

## 297

**Gespräch des Bundesministers Genscher  
mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter  
beim ZK der KPdSU, Sagladin**

213-321.00

26. Oktober 1987<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden ZK-Abteilungsleiter Sagadin<sup>2</sup>

Der Bundesminister empfing heute, 9.00 bis 9.50 Uhr, den Ersten Stellvertretenen Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, Herrn Wadim Sagadin, (er erschien ohne Begleitung) zu einem Gespräch, aus dem folgendes festgehalten wird:

*BM* begrüßte Herrn Sagadin und bat ihn um eine Bewertung des Moskauer Treffens zwischen den Außenministern Schewardnadse und Shultz.<sup>3</sup>

*Sagadin* führte aus, daß das Treffen Fortschritte erbracht habe, die Atmosphäre habe sich verändert. Es habe ein normales Gespräch stattgefunden, anders als noch vor einem Jahr. Das INF-Abkommen sei praktisch fertig, wenn auch noch einige aktuelle Probleme zu lösen seien. Hier seien die Amerikaner sehr vorsichtig. Die Gespräche über START befänden sich jetzt in der gleichen Phase wie die INF-Gespräche seinerzeit im Frühjahr, d.h., es würde konkret und nicht nur allgemein gesprochen. Wenn SDI nicht existierte, könnte man einen Abkommensentwurf fertig machen. Trotzdem könne man weiter sprechen, die Gespräche seien nicht in einer Sackgasse. *BM* fragte, was außerhalb des Labors erlaubt sei. *Sagadin* erwiderte, er wolle inoffiziell antworten: Alles sei im Weltraum möglich, auch „Halbwaffen“, in gewissem Umfang z.B. Laser. Der fragenden Feststellung des *BM*, also Waffen mit begrenzten Fähigkeiten, stimmte *Sagadin* zu. Nur „Schlagwaffen“ seien unzulässig.

*BM* unterstrich, daß die von Sagadin vorgenommene Bewertung der Qualität des Dialogs, der INF- und der START-Gespräche praktisch deckungsgleich mit dem sei, was AM Shultz gesagt habe. Im Westen werde jetzt die Frage gestellt, warum beide Seiten sich nicht auf ein Gipfeltreffen verständigt hätten.

*Sagadin* entgegnete mit der Bemerkung, daß hier im Vergleich zu früher Unterschiede aufgetreten seien. Früher seien Überlegungen über ein Treffen am dritten Ort angestellt worden, dieses Mal habe Gorbatschow seine Bereitschaft erklärt, nach Washington zu gehen. Nun müsse man sehen, wie sich die Gespräche über

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 26. Oktober 1987 gefertigt.

<sup>2</sup> Der Erste Stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagadin, hielt sich vom 24. bis 26. Oktober 1987 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte am 23. Oktober 1987 für das Ministerbüro: „Herr Sagadin kommt auf Einladung der DKP zu Feiern anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution in die BR Deutschland. Er war zuletzt am 17.2.1987 von BM zum Gespräch empfangen worden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

<sup>3</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

START in Genf entwickelten. *BM* fragte, ob Gorbatschow noch in diesem Jahr nach Washington reisen werde. *Sagladin* antwortete: „Ich glaube, ja“. *BM* wies darauf hin, daß die Rede von einer Reise Präsident Reagans nach Moskau gewesen sei. *Sagladin* bestätigte dies, bemerkte aber, daß noch kein Termin feststehe.

*BM* fuhr fort, er habe gestern vor einem Parteigremium die Formel von „vorsichtiger Zuversicht“ zur Charakterisierung der Moskau-Reise von AM Shultz gebraucht.<sup>4</sup> In einer Erklärung zum Treffen heute morgen habe er betont, wie wichtig es sei, daß die Großmächte die Verhandlungen zu einem Abschluß brächten.<sup>5</sup> Substantielle Fortschritte über START und ein Gipfeltreffen gingen auch uns an. Er hoffe, daß ein Briefwechsel zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan die Dinge weiterführe. *Sagladin* bemerkte, daß Gorbatschow das Schreiben angekündigt habe, er habe allerdings nichts über den Inhalt verlauten lassen.<sup>6</sup>

*BM* fuhr fort, daß wir an Fortschritten bei START interessiert seien. Bemerkenswert sei die Feststellung von AM Schewardnadse in seiner Presseerklärung gewesen, daß die Unterzeichnung des INF-Abkommens nicht notwendigerweise beim Gipfeltreffen stattfinden müsse.<sup>7</sup> Das sei interessant. Aber wir wünschten auch den Gipfel, weil er den Rahmen des West-Ost-Verhältnisses bestimmen werde. Wir hätten den Wunsch, daß das INF-Abkommen auf andere Abkommen ausstrahle. Die chemischen Waffen machen uns Sorge. Die Proliferation in die Dritte Welt mache uns Sorge, die chemischen Waffen dürfen nicht die Atomwaffe des kleinen Mannes werden. *Sagladin* warf ein, man müsse etwas tun bei den konventionellen Waffen. *BM* verwies auf die NATO-Erklärung von Brüssel<sup>8</sup> sowie auf die Warschauer-Pakt-Erklärung von Ost-Berlin<sup>9</sup>.

Auf Bitte des BM nach einer Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen führte *Sagladin* aus: Nach der Rückkehr von ZK-Sekretär Dobrynin<sup>10</sup> habe es ausführliche Diskussionen im Politbüro gegeben. In den deutsch-sowjetischen Beziehungen wolle man in viele Richtungen gehen. Er habe vor kurzem eine

<sup>4</sup> Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 25. Oktober 1987 vor dem Hauptausschuß der FDP in Baden-Baden vgl. die Pressemitteilung Nr. 1187 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179067.

<sup>5</sup> Für das Interview des Bundesministers Genscher mit Radio Bremen am 26. Oktober 1987 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1188 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179067.

Für das Interview Genschers, das am 27. Oktober 1987 in der Tageszeitung „General-Anzeiger“ erschien, vgl. die Pressemitteilung Nr. 1189 vom 26. Oktober 1987; Referat 013, Bd. 179067.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Oktober 1987 an Präsident Reagan vgl. FRUS 1981–1988, VI, S. 489–493.

<sup>7</sup> In der Presse wurde zur Erklärung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 23. Oktober 1987 in Moskau gemeldet: „Falls keine Übereinkunft zu den Schlüsselfragen erzielt werde, erklärte Schewardnadse im weiteren Verlauf der Pressekonferenz, heiße das nicht, daß der Vertrag über die Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen nicht unterzeichnet wird. Die Frage sei nur, durch wen, wann und wo das geschehe.“ Vgl. den Artikel „Gespräche zwischen Sowjetunion und USA in Moskau abgeschlossen“, NEUES DEUTSCHLAND vom 24. Oktober 1987, S. 5.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Sekretärs des ZK der KPdSU, Dobrynin, vom 8. bis 14. Oktober 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 280.

Begegnung mit Botschafter Meyer-Landrut gehabt (bei dieser Gelegenheit würdigte er die Tätigkeit des Botschafters), beide hätten konstruktive Ideen ausgetauscht.<sup>11</sup> Das Politbüro sei der Auffassung, daß das Gewicht der BR Deutschland für die Sowjetunion größer geworden sei. Das Gewicht der BR Deutschland habe auch bei Abrüstung und Wirtschaft zugenommen, um so mehr als die BR Deutschland an den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle teilnehme.

*BM* erklärte, die BR Deutschland werde eine drängende Rolle spielen. Die Bundesregierung hielte einen Ausbau der bilateralen Beziehungen für notwendig. Die Gespräche, die D2 und Botschafter Kvizinskij über ein Konsultationsprotokoll führten, seien ein wichtiger Schritt.<sup>12</sup> Eine Konsultationsabsprache könnte den Beziehungen eine neue Qualität geben. Wir erwarten den Besuch von AM Schewardnadse. Wir würden Terminvorschläge machen und gingen davon aus, daß der Besuch in diesem Jahr stattfinde.<sup>13</sup> (Sagladin stimmte zu.) Seit Frühsummer 1986<sup>14</sup> und seit dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten<sup>15</sup> habe sich eine sehr gute Gesprächsserie entwickelt, und es habe gute Fortschritte gegeben. Wir meinten es ernst, wenn wir von „zentraler Bedeutung“ der bilateralen Beziehungen sprechen: nicht nur für uns, sondern auch für das Ost-West-Verhältnis. Wir wollten mit großem Ernst mit der sowjetischen Seite über die Zukunft sprechen, auf der Grundlage des Moskauer Vertrages<sup>16</sup> und des langfristigen Wirtschaftsabkommens<sup>17</sup>. Er wolle die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht überschätzen, aber auch nicht unterbewerten.

*Sagladin* fragte, ob bei dem Besuch von AM Schewardnadse in diesem Jahr das Konsultationsprotokoll der Hauptpunkt sein werde. *BM* bestätigte dies, wobei er hoffe, daß wir so weit kämen.

<sup>11</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 20. Oktober 1987, im Gespräch am selben Tag habe der Erste Stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, den Willen der UdSSR zum Ausbau der bilateralen Beziehungen unterstrichen: „Unsere Aufgabe“ sei, ‚konkrete Wege‘ dafür zu weisen. Bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen verwies er auf Schwierigkeiten, die durch die Reformen mitbedingt seien: Die neuen ‚Mechanismen‘ seien noch nicht funktionsfähig, zentrale Ministerien wehrten sich z. B. gegen Kompetenzverlagerungen an die Republiken.“ Meyer-Landrut wies auf Sagladins bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik hin: „Falls BM Herrn Sagadin zu sprechen wünscht, würde dieser das sicher sehr begrüßen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3369; Referat 213, Bd. 143532.

<sup>12</sup> Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 280, Anm. 22.

<sup>13</sup> Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

<sup>15</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59f.

Vgl. dazu ferner das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“, Referat 421, Bd. 141310. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 195.

Sagladin schlug vor, im Hinblick auf ein Treffen von Generalsekretär Gorbatschow und BK Kohl schon jetzt zu überlegen, welchen Inhalt wir der Begegnung geben sollen. (Wörtlich:) Der Besuch, das Treffen – ich weiß nicht – findet nach einer schwierigen Periode statt. Nach allgemeiner Erwartung werde es ein wichtiger Schritt in den bilateralen Beziehungen sein, aber auch in europäischer und internationaler Hinsicht. Der Besuch als solcher wird bedeutsam sein, darüber hinaus soll er konkrete Fortschritte bringen. Die Frage des *BM*, ob die sowjetische Seite schon Ergebnisse ihrer Überlegungen habe, verneinte *Sagladin*. Er wies auf den Schewardnadse-Besuch hin. *BM* meinte, man könne sich auf den Schewardnadse-Besuch besser einstellen, wenn schon Überlegungen angestellt worden seien. Dies gebe dem Treffen mehr Substanz. *Sagladin* vertrat die Auffassung, daß die europäische Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen werde. Er hoffe, daß das Thema EG–RGW bis dahin erledigt sei.<sup>18</sup> Kontakte zum Europäischen Parlament seien bereits hergestellt.<sup>19</sup> Vieles hinge beim Bau des gemeinsamen europäischen Hauses<sup>20</sup> von unseren beiden Ländern ab. Ein wichtiges Thema sei die Abrüstungsproblematik in Europa. Bei den Kurzstreckensystemen verstehe die sowjetische Seite unsere Position. Die Bemerkung Sagladins, daß die Kurzstreckenproblematik ein schwieriges Problem darstelle, replizierte *BM* mit der Bemerkung, daß wir in Reykjavík<sup>21</sup> von Obergrenzen gesprochen hätten. Man könne an eine schrittweise Lösung denken.

*BM* lud *Sagladin* ein, etwas über die bevorstehenden Jubiläumsfeiern zu sagen. *Sagladin* führte aus, daß das Referat, das Gorbatschow am 2. November vortragen werde<sup>22</sup>, nicht nur vom Politbüro, sondern auch vom ZK gebilligt worden sei. Auch dies sei ein Novum. Gorbatschow werde etwas über die Geschichte sagen, die Wahrheit nämlich. Das zweite Thema werde die Umgestaltung sein. Zugleich werde er allgemeine Überlegungen zu internationalen Fragen anstellen. Er werde z.B. die Frage aufwerfen, ob man realistischerweise eine atomwaffenfreie Welt anstreben könne. Das Referat habe nach dem ZK-Plenum<sup>23</sup> nicht publiziert werden können, weil es erst am 2. November gehalten werde. *BM* warf ein, es werde sehr viel spekuliert, die sowjetische Seite sei gut beraten, dagegen etwas zu tun.

*Sagladin* räumte Schwierigkeiten bei der Umgestaltung freimütig ein. Sie bestünden beim Übergang von der extensiven zur intensiven Wirtschaft, beim

<sup>18</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

<sup>19</sup> Zum Besuch einer Delegation des Obersten Sowjets beim Europäischen Parlament vom 6. bis 13. Oktober 1987 teilte Botschaftsrat Löhr, Brüssel (EG), am 13. Oktober 1987 mit: „Unter Leitung des Vorsitzenden des Nationalitätsowjets, Lew Tolkunow, besucht laut Mitteilung Sozialist[ischer] EP-Fraktion erste hochrangige sowjetische Delegation seit Bestehen der EG seit 6.10.1987 EG-Institutionen in Brüssel. Besuch erfolgt auf Einladung von Sozialist. und EVP-Fraktion, deren Besuche von November 1985 und Februar 1987 in Moskau damit erwidert werden. [...] Im Verlauf des Gesprächs mit EP-Präsident Lord Plumb am 6.10.1987 sprach Del. Leiter Tolkunow Einladung zu SOW-Besuch einer EP-Del. für 1988 aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2860; Referat 200, Bd. 134084.

<sup>20</sup> Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

<sup>21</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anlässlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

<sup>23</sup> Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vgl. Dok. 160, Anm. 9.

Übergang von alten zu neuen Leitungsmethoden. Zur Zeit existieren das alte und das neue System nebeneinander. Ab 1. Januar 1988 würden 60% der Betriebe nach neuen Methoden und 40% der Betriebe nach alten Methoden geleitet werden. Dies schaffe Probleme. Auch bestünden erhebliche psychologische Schwierigkeiten, vieles nähme sich auf dem Papier leicht aus, aber viele Menschen müßten alte Gewohnheiten ablegen. *BM* fragte nach der Akzeptanz bei der Bevölkerung. *Sagladin* antwortete, daß im Prinzip alle für die Umgestaltung seien. Aber die Veränderungen sollten so schnell wie möglich eintreten. Hier gebe es weitere Probleme. *BM* verwies darauf, daß er in seiner Minnesota-Rede<sup>24</sup> von der Notwendigkeit des langen Atems gesprochen habe. Darauf versetzte *Sagladin*: Der *BM* hielte immer so interessante Vorträge in den USA und in der BR Deutschland, warum nicht auch in der Sowjetunion? *BM* erwiederte: Laden Sie mich ein!

*BM* erkundigte sich nach der Lage im Golf. *Sagladin* stellte fest, er habe keine neuen Informationen. Die Entwicklung sei in der Sackgasse. *BM* unterstrich die Notwendigkeit der Fortsetzung der Zusammenarbeit im Sicherheitsrat. Es sei sehr schwer, die Krise zu beherrschen. Um so wichtiger sei eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Damit könne auch gezeigt werden, daß wir gemeinsame Verantwortung zu übernehmen bereit seien. Es könne dies ein Exempel im guten Sinne sein. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, um die Stellung der VN zu stärken. Er schätze die sowjetische Unterstützung für den spanischen Kandidaten in der UNESCO<sup>25</sup> – in der UNESCO müsse ein neuer Anfang gemacht werden. *Sagladin* stimmte zu, daß durch eine Zusammenarbeit im Sicherheitsrat Vertrauen geschaffen werde. Insgesamt sehe die Situation bei regionalen Konflikten ein wenig besser aus, er verwies auf das Abkommen von Guatemala<sup>26</sup>. *BM* bemerkte, das Abkommen entspreche unserer Philosophie, wonach Konflikte von den Beteiligten in der Region selbst gelöst werden sollen.

*BM* sprach sich dafür aus, in Europa den Integrationsprozeß voranzubringen. Heute beginnt in Den Haag eine Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der WEU.<sup>27</sup> Dort wird der Harmel-Bericht<sup>28</sup> bekräftigt werden. Ziel sei

<sup>24</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 7.

<sup>25</sup> Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

Kandidat Spaniens für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war Federico Mayor Zaragoza, der Stellvertreter des Amtsinhabers.

Am 7. November 1987 wurde Mayor auf der Generalkonferenz der UNESCO, die vom 20. Oktober bis 21. November 1987 in Paris stattfand, mit 142 gegen sieben Stimmen bei zwei Enthaltungen zum neuen Generaldirektor gewählt.

<sup>26</sup> Zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. Dok. 228.

<sup>27</sup> Die Tagung des WEU-Ministerrats fand am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag statt. Themen waren der Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR, insbesondere der bevorstehende Abschluß eines INF-Vertrags, die „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“, die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die Erweiterung der WEU und die Lage am Persischen Golf. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats von Arnim vom 30. Oktober 1987; VS-Bd. 11913 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

Auf der Tagung wurde zudem die Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ verabschiedet. Referat 209 notierte dazu am 29. Oktober 1987: „Aufgrund eines Ministerauftrags (Ziffer 14 des Kommuniqués von Luxemburg vom 28. April 1987) erarbeitete die ‚Sonderarbeitsgruppe‘ der WEU eine ‚Plattform über europäische Sicherheitsinteressen‘, die bei der vergangenen MR-Tagung im Haag (26./27.10.1987) angenommen und veröffentlicht wurde. In diesem Dokument beschreiben die Mitgliedstaaten der WEU in einer dynamischen Phase der Entwicklung zwischen West und Ost das Konzept einer europäischen Sicherheitspolitik, das politische Solidarität und ausreichende militärische Stärke im Atlantischen Bündnis sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung und das

die europäische Friedensordnung, wobei der KSZE-Prozeß eine große Rolle spielle. Die Bundesregierung – so führte BM weiter aus – entwickle gute Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts. Im Sommer habe er einen guten Besuch in Bulgarien unternommen.<sup>29</sup> BM bezeichnete die Beziehungen zu Bulgarien als solide und gut. Bei dem Besuch des ungarischen Premierministers und Außenministers habe es Fortschritte in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht gegeben.<sup>30</sup> Der Honecker-Besuch sei wichtig gewesen.<sup>31</sup> Es sei klar geworden, daß die BR Deutschland und die DDR ihre Verantwortung erkannt hätten. Der BM werde auch nach Prag<sup>32</sup> und Bukarest<sup>33</sup> gehen. Mit Polen würden Gespräche über einen Besuch Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres geführt.<sup>34</sup> Insgesamt hätten wir gute Fortschritte gemacht, das gilt auch für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. BM erinnerte an den Staatsbesuch des Bundespräsidenten. Der nächste Schritt müsse die Reise von AM Schewardnadse hierher sein. Wir wünschten eine umfassende und tiefgreifende Zusammenarbeit. Dieser Wille werde vom gesamten Bundestag getragen.

Abschließend bemerkte *Sagladin*, daß 187 Delegationen zu den Jubiläumsfeiern nach Moskau kommen würden, aber nicht nur kommunistische, sondern auch Demokraten und einige Liberale. Aus dem Warschauer Pakt würden die Generalsekretäre kommen, das Referat von Gorbatschow werde drei Stunden dauern. Am 4./5. November seien informelle Treffen ohne Tagesordnung angesetzt.

*BM* schloß das Gespräch, indem er Grüße an AM Schewardnadse und ZK-Sekretär Dobrynin auftrug.

### Referat 213, Bd. 143532

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1512*

Streben nach echter Entspannung als integrale Bestandteile umfaßt.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151083. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>29</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 16. bis 19. Juli 1987 in Bulgarien vgl. Dok. 217, Anm. 4.

<sup>30</sup> Zum Besuch des ungarischen Außenministers Várkonyi am 21./22. Juli 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 217, Anm. 4.

Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

<sup>31</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>32</sup> Bundesminister Genscher besuchte die ČSSR vom 25. bis 27. November 1987. Vgl. dazu Dok. 341.

<sup>33</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf. Vgl. dazu Dok. 375.

<sup>34</sup> Zur Verschiebung des zunächst für Sommer 1987 geplanten Besuchs des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 122, Anm. 17.

Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. Warschau, berichtete am 28. Oktober 1987, seine Gespräche in Warschau am selben Tag hätten zu einer befriedigenden Regelung für die Modalitäten eines Besuchs des Bundesministers geführt: Genscher könne im Rahmen des inoffiziellen Programms „einen Kranz an einem Grabdenkmal für gefallene deutsche Soldaten des Ersten Weltkrieges“ niederlegen. Dabei solle der Text der Kranzschlaufe lauten: „Den Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft“. Eine Ehrung von Toten des Zweiten Weltkriegs war nicht durchsetzbar.“ Die polnische Seite habe akzeptiert, daß Genscher wie andere „hochrangige Besucher aus dem Westen, insbesondere auf AM-Ebene“, bei dem Aufenthalt mit Mitgliedern der Opposition sprechen und das Grab des Priesters Popiełuszko besuchen wolle. Kastrup zog den Schluß: „Im Lichte meiner Gespräche möchte ich empfehlen, der polnischen Seite möglichst bald ein konkretes Besuchsdatum vorzuschlagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1771; VS-Bd. 13501 (214); B 150, Aktenkopien 1987.

Genscher besuchte Polen vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

**298**

**Gespräch des Ministerialdirigenten Fiedler  
mit dem Leiter des israelischen Militärischen  
Nachrichtendienstes, Lipkin-Shahak**

310-321.36 ISR

27. Oktober 1987<sup>1</sup>

Gespräch des Chefs des israelischen militärischen Sicherheitsdienstes, General Amnon Shahak, mit Herrn Dg31<sup>2</sup> am 27.10.1987<sup>3</sup>

Am 27.10.1987 suchte General Shahak in Begleitung des israelischen Gesandten<sup>4</sup>, weiterer Angehöriger der israelischen Botschaft sowie von Verbindungs-offizieren aus dem BMVg Herrn Dg 31 zu einem Höflichkeitsbesuch auf.

Dabei legte eingangs Herr Dg 31 ausführlich seine Eindrücke von der Lage am Golf nach Rückkehr von seiner Reise in mehrere Golfstaaten in Begleitung von StM Schäfer<sup>5</sup> dar.

Dazu sagte General *Shahak*, daß weniger der Iran als vielmehr der Irak zu einem Kompromiß verpflichtet sei, da letzterer den Krieg<sup>6</sup> begonnen habe. Solange Khomeini lebe, werde sich an den Kriegszielen des Iran nichts ändern. Dabei stelle sich die Frage nach der Entscheidungsstruktur innerhalb der iranischen Führung. Während diese im Irak offensichtlich sei (alleinentscheidend sei Saddam Hussein), stelle sich die Frage, wer im Iran die Entscheidungen treffe. Offensichtlich sei Macht nicht – analog Irak – bei Ayatollah Khomeini allein konzentriert. *Dg31* vertrat die Auffassung, daß Khomeini die Grundlinien festlege, während er die Ausführung anderen überlasse.

General *Shahak* fragte Herrn Dg 31, wie dieser aus seiner Erfahrung als Botschafter in Bagdad<sup>7</sup> die Wirkung des Krieges auf die Moral der Zivilbevölkerung beurteile. Herr *Dg31* entgegnete, daß die iranischen Raketen einen großen psychologischen Effekt ausübten; bislang seien ausschließlich zivile Ziele getroffen worden (möglicherweise mit einer Ausnahme).

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Worbs am 27. Oktober 1987 gefertigt und über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Richter an Ministerialdirigent Fiedler „mit der Bitte um Billigung“ geleitet.

Hat Richter am 28. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin Kaempfe am 5. November 1987 vorgelegen.

Hat Fiedler laut handschriftlichem Vermerk vorgelegen: „Paraphe in Exemplar MB.“

<sup>2</sup> Heinz Fiedler.

<sup>3</sup> Der Leiter des israelischen Militärischen Nachrichtendienstes, Generalmajor Lipkin-Shahak, hielt sich vom 26. bis 30. Oktober 1987 zu einem Informationsbesuch in der Bundesrepublik auf.

<sup>4</sup> Gabriel Padon.

<sup>5</sup> Staatsminister Schäfer besuchte Bahrain, Katar, Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate vom 18. bis 23. Oktober 1987. Referat 311 vermerkte am 13. Oktober 1987, Ziel sei es, „Informationen über die Lage im Golf und die Haltung der Golfstaaten angesichts der Eskalation des irakisch-iranischen Krieges, der verstärkten Präsenz der amerikanischen und europäischen Marine im Golf und der nachdrücklichen Friedensbemühungen des SR und des GS der VN zu erhalten“. Die Gespräche sollten ferner dazu dienen, „unsere neutrale Haltung im Golfkrieg zu bekräftigen, unsere Position im SR der VN darzulegen, Solidarität mit den Golfstaaten [zu] demonstrieren und die guten bilateralen Beziehungen [zu] festigen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 141120.

<sup>6</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

<sup>7</sup> Heinz Fiedler war vom 2. Juli 1985 bis 6. August 1987 Botschafter in Bagdad.

General *Shahak* zufolge verfügt Iran jetzt über mehr Raketen als früher, die es aus Nordkorea beziehe. Russischer Druck hätte den früheren Lieferanten Libyen dazu gebracht, zunächst sein Personal und dann auch seine Raketen aus dem Iran abzuziehen. Boden-Boden-Raketen bauet Iran jetzt selbst.

*Dg31* wies darauf hin, daß weder die Raketen noch die Luftstreitkräfte, sondern letztlich die Landstreitkräfte kriegsentscheidend seien.

General *Shahak* stimmte der Auffassung von Herrn *Dg31* zu, daß Saddam Hussein den Irak unter fester Kontrolle habe. Lediglich ein Armeeputsch (in der Folge einer militärischen Niederlage) könne seine Herrschaft erschüttern. Die schiitische Bevölkerungsmehrheit im Irak fühle sich in erster Linie als Iraker, dann erst als Schiiten. Er stimmte der Auffassung von Herrn *Dg31* zu, daß ein Sieg Irans erhebliche Konsequenzen für die arabischen Golfstaaten haben würde, aber auch für Ägypten und für Syrien, das bislang „aus einigen praktischen Gründen“ den Iran unterstütze.

Im Libanon sieht General *Shahak* eine gefährliche Entwicklung aufziehen: Derzeit investiere der Iran massiv im Bequaatal, aber auch in Südbeirut und an einigen Orten im Südlibanon, was ihm angesichts des Verfalls der libanesischen Währung billig komme. Durch den Aufkauf von Schulen, Moscheen, Farmen unterstütze der Iran die lokale Bevölkerung und gewinne deren Sympathien. Der Iran setze seinen Einfluß auf zweierlei Wegen um:

1) Bei Baalbek seien ca. 500 Pasdaran stationiert, über deren Präsenz Syrien nicht froh sei, sie aber akzeptiert habe.

2) Die Hisbollah werde vom Iran unterstützt und sei von diesem völlig abhängig. Sie bedeute eine Bedrohung auch für Syrien, das sie deshalb nicht betreten dürfe. Insgesamt herrsche eine „kontrollierte Verrücktheit“, ein Wahnsinn mit Methode vor. Die Wertvorstellungen im iranisch beeinflußten Teil Libanons seien dabei, sich völlig zu verwandeln. Menschliches Leben gelte nichts.

Für den Iran sei der Libanon der einzige Ort (außerhalb des eigenen Territoriums), wo die islamische Revolution funktioniere. Dabei könne sich der Iran nicht nur auf Schiiten, sondern auch auf Sunnitnen (z. B. Fundamentalisten bei Tripoli) stützen.

Während für den Irak (gegebenenfalls nach dem Abtritt Saddam Husseins) die Fortsetzung eines eigenständigen Weges denkbar sei, gebe es für den Libanon keine Zukunft.

Im nächsten Jahr seien Präsidentschaftswahlen im Libanon.<sup>8</sup> Aber was sei die Bedeutung dieses Amtes? Der Präsident könne heutzutage nicht einmal mehr im christlichen Teil frei reisen, sondern müsse erst die christlichen Milizenführer um Erlaubnis fragen – vom moslemischen Machtbereich ganz zu schweigen.

Die israelischen Interessen im Libanon seien mit der „Sicherheitszone“ abgedeckt. Sie gelte als großer Erfolg. Seit 1982<sup>9</sup> habe es keine Guerillaoperationen in Nordisrael mehr gegeben.

<sup>8</sup> Die Amtszeit des Präsidenten Gemayel endete am 22. September 1988.

<sup>9</sup> Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen im Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

Die Botschaft in Beirut legte am 7. November 1985 dar: Israel „zog sich im Mai 1985 aufgrund eigener Entscheidung (u. a. innenpolitischer Druck in Israel, Aktivitäten des national-libanesischen Widerstan-

Syrien habe derzeit große ökonomische Probleme, die es auch militärisch lähmen. Assad habe das Land fest im Griff und plane auch vorsichtig für die Zukunft. Mittelfristig bedeute das Land allerdings eine wachsende Bedrohung für Israel.

**Referat 310, Bd. 149594**

**299**

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel**

**424-411.10 SUA VS-NfD**

**28. Oktober 1987**

Über Dg 42<sup>2</sup>, D4<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Vorwurf der illegalen Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Bau von U-Booten nach Südafrika<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Dem Auswärtigen Amt ist bekanntgeworden, daß die OFD<sup>6</sup> beabsichtigt, das Bußgeldverfahren gegen die Firmen HDW und IKL einzustellen und dem BMF einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hat.

2) Wir haben keinen Überblick über den Stand der Ermittlungen der OFD, da nach unserer letzten Unterrichtung (November 1986<sup>7</sup>) von der OFD weitere Beweise erhoben worden sind.

3) OFD und BMF waren zunächst der Ansicht, es liege ein Verstoß gegen § 45 Abs. 3 AWV<sup>8</sup> vor; sonst wäre nicht verständlich, warum das AA um Stellungnahme zu dem strafbegründenden Merkmal erhebliche Störung der Auswärtigen Beziehungen (§ 34 AWG<sup>9</sup>) gebeten wurde. Wir vermuten, daß die OFD im

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1515*

des im Südlibanon) aus dem größeren Teil des von ihm besetzten Gebietes zurück und hält seitdem noch einen etwa 15 km tiefen Sicherheitsstreifen entlang der libanesisch-israelischen Grenze mit Hilfe der von Israel ausgerüsteten und finanzierten südlibanesischen Armee unter dem Brigadier Antoine Lahad und eigenen Truppen besetzt“. Vgl. Referat 310, Bd. 149636.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Höynck am 29. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 29. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Jürgen Ruhfus.

<sup>5</sup> Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 215.

<sup>6</sup> Oberfinanzdirektion.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Bericht der Oberfinanzdirektion Kiel, der mit Schreiben vom 28. November 1986 an das Bundesministerium der Finanzen übermittelt wurde; Referat 230, Bd. 158126. Vgl. dazu auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 51.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Paragraphen 45, Absatz 3 der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2692.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Paragraphen 34 des Außenwirtschaftsgesetzes in der Fassung vom 2. März 1974 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

Anschluß an eine Stellungnahme des BMWi heute der Ansicht ist, § 45 Abs. 3 AWV sei nur anwendbar, wenn Kenntnisse über die für den Bau eines U-Bootes „wesentlichen Teile“ weitergegeben würden.

§ 45 Abs. 3 AWV ist nach der SR<sup>10</sup>-Resolution 418 (1977)<sup>11</sup> in die AWV eingefügt worden, um den Inhalt dieser Resolution in nationales Recht zu übertragen. Ob der BMWi bei seiner Interpretation diesen Zusammenhang beachtet hat, ist uns nicht bekannt.

## II. Internationale Reaktion auf Einstellung des Verfahrens

1) Der Abschluß des Verfahrens mit einer Einstellung des Bußgeldverfahrens durch eine Verwaltungsbehörde ist außenpolitisch der denkbar ungünstigste Fall. Wir müssen damit rechnen, daß uns bilateral und im VN-Rahmen (Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrates) der Vorwurf gemacht wird:

Die Bundesregierung habe sich im Falle der U-Boot-Blaupausen nicht an das Waffenembargo des VN-SR gehalten und verstoße damit gegen Völkerrecht. (Verboten sind nach dem Waffenembargo „die Lieferung von Waffen und damit zusammenhängendem Material aller Art ... und die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung von Waffen“.)

Das Arms Embargo Committee des VN-SR könnte offiziell an den SR berichten.

2) Es ist damit zu rechnen, daß sich auch Herr Garba (Vorsitzender des Anti-Apartheid-Ausschusses) und Herr Minty (World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa) diesem Vorwurf anschließen. Da beide auf eine Strafverfolgung gedrängt hatten, muß damit gerechnet werden, daß sie das Arms Embargo Committee zu Aktionen gegen uns auffordern werden. Auch der Anti-Apartheid-Ausschuß kann jederzeit zu einer Debatte des Falles einberufen werden.

3) Sollte die Einstellung des Verfahrens vor Ende der 42. VN-GV (etwa Mitte Dezember 1987<sup>12</sup>) bekannt werden, könnte es von interessierter Seite Bemühungen geben, uns in einer Resolution der GV namentlich zu verurteilen. Besonders leicht wäre das bis zum Ende der Apartheid-Debatte (20.11.) durch Aufnahme eines zusätzlichen Absatzes in eine der anstehenden Resolutionen möglich.

## III. Außenpolitische Schadensabweitung bzw. -milderung

Falls es zur Einstellung des Verfahrens kommt, könnten wir versuchen, den zu erwartenden außenpolitischen Schaden durch folgende Argumente aufzufangen:

1) Kein Verstoß gegen Resolution 418, weil Lieferung nicht vollständiger Bauunterlagen vom Wortlaut der Resolution nicht erfaßt wird.

2) Bundesregierung hat durch sofortiges Eingreifen nach Bekanntwerden illegaler Lieferungen verhindert, daß wesentliche der Geheimhaltung unterliegende Fertigungsunterlagen nach Südafrika geliefert wurden.

<sup>10</sup> Diese Abkürzung wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

<sup>11</sup> Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

<sup>12</sup> Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

3) Mit den gelieferten Fertigungsunterlagen läßt sich das von HDW konzipierte U-Boot nicht bauen.

Wir müßten<sup>13</sup> diese Argumente möglichst schnell nach Einstellung des Verfahrens von uns aus multilateral in den VN, aber auch bilateral gegenüber afrikanischen Staaten vorbringen.

D 3<sup>14</sup> und D 2<sup>15</sup> haben mitgezeichnet.

Nagel

**Referat 424, Bd. 145937**

## 300

### Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

**Geheim**

**29. Oktober 1987<sup>1</sup>**

Lieber Ron,

für Ihre Botschaft vom 25. September 1987, mit der Sie mir erneut die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Wahl von Manfred Wörner zum neuen Generalsekretär der NATO<sup>2</sup> zusichern und dies mit hoher persönlicher Wertgeschätzung seiner fachlichen und menschlichen Qualitäten verbinden, möchte ich Ihnen auf diesem Wege noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen.

Ich brauche Ihnen meinerseits nicht zu versichern, daß ich Ihre Überzeugung teile, daß bei der Wahl des Nachfolgers von Peter Carrington die Einheit und Geschlossenheit unseres Bündnisses gewahrt werden muß.

In diesem Bestreben habe ich vertraulichen Kontakt mit Kåre Willoch aufgenommen, den ich aus langer gemeinsamer Arbeit im Kreis der christlichen und konservativen Parteien als hervorragenden Vertreter seines Landes und als hochqualifizierten Politiker kenne und schätze. Gleichzeitig hat Außenminister Genscher seinen norwegischen Kollegen<sup>3</sup> angesprochen. Daß die norwegische

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek gestrichen. Dafür fügte er ein: „sollten“.

<sup>14</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>15</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>1</sup> Das Schreiben wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. Oktober 1987 „im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers“ an Bundesminister Genscher „zu Ihrer Unterrichtung“ übermittelt.

Hat Genscher am 2. November 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Elbe übermittelte Ministerialdirigent Jansen, z. Z. Luanda, am 30. Oktober 1987 den Text des am selben Tag eingegangenen Schreibens „zur Vorlage bei BM“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 48; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 269.

<sup>3</sup> Thorvald Stoltenberg.

Kandidatur bis zur Stunde aufrechterhalten wird, hat innen- und außenpolitische Gründe, die ich respektiere.

Gleichwohl dürfte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, die Nachfolgefrage einer Klärung zuzuführen, insbesondere im Blick auf die bevorstehende Herbsttagung der NATO-Außenminister<sup>4</sup>, die die Wahl des neuen Generalsekretärs zu vollziehen haben wird. Eine wichtige Vorentscheidung hierfür sind die in einer Sitzung des NATO-Rates – auf Ebene der Ständigen Vertreter – am 13. dieses Monats zum Ausdruck gebrachten Voten: Für Manfred Wörner sprachen sich acht Partner aus, für Kåre Willoch zwei, noch keine endgültige Entscheidung gaben vier zu erkennen, von ihnen allerdings wiederum die Mehrzahl mit dem Bemerkern, sie könnten sich ohne Probleme einem sich bildenden Konsens anschließen.<sup>5</sup>

Der amerikanische Vertreter<sup>6</sup> erklärte bei dieser Sitzung, die USA hätten ihre Präferenz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und gegenüber Norwegen zum Ausdruck gebracht, könnten sich aber im Kreis der Allianzpartner noch nicht offiziell äußern.

Aufgrund der Kontakte mit Norwegen und angesichts der klaren Mehrheit unserer Partner für Manfred Wörner und des sich abzeichnenden Konsenses zu seinen Gunsten möchte ich Sie bitten, die Bündnispartner auch offiziell zu unterrichten, daß die Vereinigten Staaten die Wahl Manfred Wörners unterstützen. Dieser Schritt würde die noch zögernden Partner dazu bewegen, sich einem Konsens anzuschließen.

Zugleich würde die Klärung der Nachfolgefrage die andauernde Beschäftigung der Medien mit diesem Thema beenden – eine Beschäftigung, die wir nicht nur im Interesse der Einheit unseres Bündnisses beenden sollten, sondern auch aus Respekt vor Peter Carington, der sich um unser Bündnis in hohem Maße verdient gemacht hat, und dessen energische Führung wir gerade in der vor uns liegenden Phase der Sicherheitspolitik dringend benötigen.<sup>7</sup>

Mit freundlichen Grüßen  
[Kohl]

**VS-Bd. 14157 (010)**

<sup>4</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1339 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 13. Oktober 1987; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>6</sup> Alton G. Keel Jr.

<sup>7</sup> Bundesminister Genscher richtete am 2. November 1987 ein Schreiben in gleicher Sache an den amerikanischen Außenminister Shultz. Vgl. dazu Dok. 304.

**301****Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

**114-6389/87 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 4662**

**Aufgabe: 30. Oktober 1987, 20.10 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 31. Oktober 1987, 02.23 Uhr**

**I. Zusammenfassung**

Bei der SCG/HLG-Sitzung der Stationierungsländer<sup>2</sup> am 30.10.1987 in Washington, die unter Vorsitz von A. Holmes und Gaffney stattfand, standen Fragen des Reduzierungsfahrplans im Mittelpunkt. Des weiteren gab Holmes einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Verhandlungsstand. Weiterer Tagesordnungspunkt war eine Durchsicht der neuen Fassung des Multilateral Basing Country Agreement. Die von den USA vorgelegte Fassung hat unseren Änderungswünschen voll Rechnung getragen.

Was den Reduzierungsfahrplan betrifft, so konnte Einvernehmen über drei der von uns am 19.10.1987<sup>3</sup> genannten vier Kriterien für den Reduzierungsfahrplan erzielt werden:

- Beteiligung aller Stationierungsländer und aller Waffensysteme von Beginn der Reduzierungen an,
- Erfassung der PII bei jedem Reduzierungsschritt,
- Vermeidung einer Situation, in der am Ende des Eliminierungsprozesses im wesentlichen nur PII verbleiben würden.

Lediglich das vierte Kriterium, wonach das gegenwärtige Verhältnis zwischen PII und GLCM (ca. 1:2) während des Reduzierungsprozesses beibehalten werden sollte, und der hierauf beruhende Vorschlag, zu Beginn der zweiten Eliminierungsphase die 150 Gefechtsköpfe auf

- 54 PII in Deutschland und
- je 48 GLCM in GB und Italien

zu verteilen, fand nicht die Zustimmung der USA.

<sup>1</sup> Das von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt, z. Z. Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

<sup>3</sup> Am 19. Oktober 1987 fand in Washington eine gemeinsame Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO statt. Botschafter van Well, Washington, berichtete am selben Tag, die amerikanische Seite habe zur Frage des Reduzierungsfahrplans für die im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in fünf westeuropäischen Ländern stationierten amerikanischen nuklearen Mittelstreckensysteme dargelegt, „man habe sich ja grundsätzlich bei vergangenen HLG-Treffen darauf geeinigt gehabt, die maximale Abschreckungswirkung der Systeme so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne sei die PII als das wichtigste System von größter Bedeutung. Man sehe auch die möglichst lange Beibehaltung von PII als wichtigen Faktor, um die SU zur Vertragserfüllung beim Abbau ihrer Systeme zu veranlassen.“ Zudem sei ein zeitgleicher Abbau der Systeme in allen Stationierungsländern teurer. Die USA teilten ferner mit, daß die UdSSR bei den INF-Verhandlungen in Genf eine Zwei-Phasen-Einteilung der Reduzierung vorgeschlagen habe. Die erste Phase solle „70 bis 80 % der gesamten Reduzierungszeitdauer umfassen“ und „Gleichheit auf dem Stande von je 150 Gefechtsköpfen“ herstellen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4492; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

## II. Im einzelnen

### 1) Reduzierungsfahrplan

Der SCG-Vorsitzende, Allen Holmes, betonte das starke amerikanische Interesse daran, daß die „PII force“ bis in die zweite Eliminierungsphase hinein intakt bleibe. Nur eine genügend große Anzahl von PII stelle sicher, daß die SU ihren Eliminierungsverpflichtungen aus dem Vertrag nachkomme.

Die USA hätten daher eine starke Präferenz, daß, wie in ihrem am 19.10.1987 dargelegten Modell, in Eliminierungsphase II außer den 52 GLCM in Italien 98 PII in der BR Deutschland verblieben.

Botschafter Dr. Holik erwiderte hierauf, daß dieses Modell für uns nicht akzeptabel sei. Es sei nicht mit allen von uns bei der letzten SCG/HLG-Sitzung genannten vier Kriterien vereinbar:

- Beteiligung aller Länder und aller LRINF-Systeme von Beginn des Eliminierungsprozesses an,
- Erfassung der PII in jeder Eliminierungsphase,
- Vermeidung einer Situation, in der gegen Ende des Eliminierungsprozesses im wesentlichen nur PII auf westlicher Seite verbleiben würden,
- Beibehaltung des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen PII und GLCM (ca. 1:2).

Für uns sei nicht hinnehmbar, daß zum Schluß nur noch zwei von den fünf Stationierungsländern an der Dislozierung beteiligt wären und das Verhältnis PII–GLCM ins Gegenteil verkehrt würde.

Es gelte, den falschen Eindruck zu vermeiden, als wolle die BR Deutschland bis zum letzten Augenblick an den PII festhalten. Die Anzahl von 98 PII, die in Phase II verbleiben sollten, sei zu hoch.

Bei aller Anerkenntnis militärischer Erwägung müsse eine Entscheidung aufgrund politischer Gesichtspunkte getroffen werden. Angesichts der britischen Bereitschaft, anders als im amerikanischen Plan vorgesehen, auch in Eliminierungsphase II GLCM in GB zu behalten, sollte eine Lösung jedoch möglich sein, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trage.

In der sich an diese beiden Erklärungen anschließenden Aussprache, in der der britische Vertreter nochmals mit Nachdruck die Bereitschaft seines Landes bekräftigte, GLCM auch in Phase II weiterhin in GB zu belassen, wurde den ersten drei von uns genannten Kriterien zugestimmt.

In der Diskussion über das vierte Kriterium schlug Holmes folgende Verteilung vor:

- in D 90 PII,
- in I 48 GLCM,
- in GB 16 GLCM.

Er führte des weiteren aus, daß frühzeitig zu Beginn der ersten Phase neun PII und sechzehn GLCM abgebaut werden könnten, zu einem späteren Zeitpunkt weitere neun PII und die restlichen 48 GLCM.

Der Vertreter der JCS fügte dem hinzu, daß der Erhalt von 90 PII bis in Eliminierungsphase II hinein aus militärischen Gründen notwendig sei, um eine entsprechende Zahl von zeitkritischen Zielen in der SU abdecken zu können.

Botschafter Dr. Holik erwiderte hierauf, daß auch die Zahl von 90 PII für uns nicht akzeptabel sei. Auch das jetzt von Holmes vorgelegte Modell ändere nichts daran, daß die Systemaufteilung nach wie vor zu unseren Lasten unausgewogen bleibe.

Mit großem Nachdruck wies General Hüttel darauf hin, daß wir – seit Beginn der Diskussion über die Ausgestaltung des Reduzierungsfahrplans – in SCG und HLG klargestellt hätten, daß diese Fragen ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden müßten. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es drei Orte, an denen sich PII befinden.<sup>4</sup> Es sei nicht möglich, daß an einem dieser Orte mit Reduzierungen begonnen werde, während sich in den übrigen zwei nichts tue.

General Hüttel führte des weiteren aus, daß – zumindest in der Öffentlichkeit – die deutschen PIa Teil des INF-Abkommens geworden seien, die bis kurz vor Auslaufen der Eliminierungen in Deutschland verbleiben würden. Angesichts dieser Tatsache sei es unerlässlich, den Eliminierungsprozeß in Phase I, das heißt in den ersten 25 Monaten, so auszustalten, daß in allen drei Orten PII abgezogen würden.

Abschließend wies General Hüttel ebenfalls darauf hin, daß die jetzt genannte Zahl von 90 PII zu hoch sei. Nach Ende der Sitzung erklärte uns der britische Vertreter, daß sein Land in der Frage, wieviel GLCM in Phase II in GB verbleiben sollten, flexibel sei. Er sei überzeugt, daß GB jede Lösung mittragen könne, die zwischen uns und den Amerikanern gefunden werde.

## 2) Verhandlungsstand

Aus der kurzen Übersicht über den Stand der Verhandlungen sind folgende Punkte festzuhalten:

### a) MBCA<sup>5</sup>/Notenaustausch<sup>6</sup>

Die SU habe ihre Forderung wiederholt, daß ihr das MBCA zur Kenntnis gebracht werde. Andernfalls sei sie nicht bereit, über den geplanten Notenaustausch zwischen den Stationierungsländern und der SU zu sprechen. GB, B, NL und wir wiederholten unsere Zustimmung zur amerikanischen Absicht, den Sowjets das MBCA unter der Voraussetzung zur Kenntnis zu bringen, daß ein von allen Stationierungsländern gebilligter Text vorliege, über den mit der SU unter keinen Umständen verhandelt werde. Ein italienischer Vorschlag, die Sowjets nicht über den Wortlaut zu informieren, sondern nur den Inhalt des MBCA zu paraphieren, fand keine Zustimmung.

### b) Vorortinspektionen von „suspect sites“

Holmes dankte für die Bereitschaft der Stationierungsländer, nach Abschluß der Eliminierungen etwaige Verdachtskontrollen auf ihrem Territorium durchführen zu lassen. Die rasche Zustimmung hierzu, die die Stationierungsländer noch vor

<sup>4</sup> In der Bundesrepublik waren Pershing II in den amerikanischen Militärbasen in Mutlangen, Waldheide bei Heilbronn und Neu-Ulm stationiert.

<sup>5</sup> Multilateral Basing Country Agreement.

<sup>6</sup> Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 194.

den Gesprächen der Außenminister in Moskau gegeben hätten<sup>7</sup>, sei für die USA sehr hilfreich gewesen.

Wir betonten zu diesem Punkt, daß vermieden werden müsse, daß die Verdachtskontrollen nahezu ausschließlich in einem Stationierungsland durchgeführt werden. Dem stimmten die übrigen Stationierungsländer zu.

bb) Aus den Ausführungen von Holmes ergab sich, daß die Ausgestaltung der Verdachtskontrolle eine der schwierigsten noch zu lösenden Fragen ist:

– <sup>8</sup>Die USA haben ihre Bereitschaft, daß Verdachtskontrollen auch in den Stationierungsländern durchgeführt werden können, damit verknüpft, daß die USA das Recht haben, im Rahmen der Verdachtskontrolle Dislozierungsgebiete und „support facilities“ landgestützter mobiler ballistischer Raketen mit einer Reichweite von mehr als 500 km (das bedeutet, auch die SS-24 und SS-25) zu inspizieren. Die sowjetische Reaktion sei, wie zu erwarten gewesen sei, sehr negativ gewesen.

Ebenfalls negativ habe die SU darauf reagiert, daß in den Stationierungsländern nur Einrichtungen „owned or operated by the US“ erfaßt werden sollten. Die SU habe den Vorwurf erhoben, damit wollten sich die USA der Verdachtskontrolle in den Stationierungsländern entziehen.

c) Ein weiteres Problem, das es zu lösen gelte, ergäbe sich daraus, daß die erste Stufe der SS-20 praktisch nicht unterscheidbar sei von der SS-25. Die SU habe dies eingestanden, dabei aber darauf hingewiesen, daß die Stufen nicht austauschbar seien. Um eine zügige Lösung zu ermöglichen, seien die USA bereit, Produktionsstätten für die SS-25-Flugkörper von der Verdachtskontrolle auszunehmen. Sie würden aber darauf bestehen, daß die „final assembly facilities“ durch „permanent monitoring“ überwacht würden. Im Gegenzug hierzu hätten die Sowjets gefordert, daß sie Zugang zu Produktionsstätten für GLCM und SLCM erhielten.

Holmes erklärte hierzu abschließend, daß man sich mit dieser schwierigen Frage zur Zeit in einer Sackgasse befindet.

### 3) MBCA (Multilateral Basing Country Agreement)

Bei der Sitzung haben die USA einen neuen Text für das MBCA vorgelegt, der allen von uns gewünschten Änderungen und Ergänzungen voll Rechnung trug.<sup>9</sup> Eine abschließende Billigung dieses Textes war jedoch nicht möglich, da GB erneut eine Fülle von Änderungswünschen vortrug.<sup>10</sup> Ihnen wurde von den übrigen Stationierungsländern und den USA ad referendum zugestimmt. Es wurde vereinbart, daß die USA erst zum 8.11.1987 den Stationierungsländern über die

<sup>7</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

<sup>8</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4663 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Ann. 1.

<sup>9</sup> Für das amerikanische Papier vom 30. Oktober 1987 „Agreement among the United States of America and Belgium, the Federal Republic of Germany, Italy, the Kingdom of the Netherlands and the United Kingdom, regarding Inspections relating to the Treaty between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of Intermediate-Range and Shorter-Range Nuclear Missiles of the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics“ vgl. VS-Bd. 11364 (220).

<sup>10</sup> Vgl. dazu das britische Papier „Basing Country Agreement: Further UK Comments“; VS-Bd. 11364 (220).

dortigen amerikanischen Botschaften die nunmehr erarbeitete Fassung zustellen. Diese Fassung gelte dann als abschließend gebilligt, wenn bis zum 4.11.1987 keine gegenteiligen Erklärungen abgegeben werden.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 11364 (220)**

## 302

### Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

**114-6392/87 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 4670**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 30. Oktober 1987, 23.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 31. Oktober 1987, 05.19 Uhr**

Bereitschaftsdienst bitte bei Dienstbeginn 8.00 Uhr vorlegen.  
 Betr.: Washington-Besuch von AM Schewardnadse (30.10.1987)<sup>2</sup>;  
 hier: Briefing durch State Department

#### Zur Unterrichtung

I. AM Schewardnadse führte am 30.10.1987 in Washington Gespräche mit Präsident Reagan und AM Shultz, an deren Ende in einer „gemeinsamen Bekanntmachung“<sup>3</sup> die Vereinbarung eines Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow in den Vereinigten Staaten am 7. Dezember 1987 stand. Schewardnadse überbrachte Reagan ein Schreiben Gorbatschows<sup>4</sup>, das Reagan, der es als entgegenkommend und staatsmännisch bezeichnete, begrüßt hat. Das Schreiben wird von der Administration gegenwärtig noch im einzelnen geprüft. Der Text der „gemeinsamen Bekanntmachung“ und eine Erklärung Präsident Reagans zum Abschluß seines Gesprächs mit Schewardnadse<sup>5</sup> wurden als Fern-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 2. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Hartmann „n[ach] R[ückkehr]“ und Botschafter Holik verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationssekretär Haller. Zudem bat er um Wiedervorlage.

Hat Holik am 3. November 1987 vorgelegen.

Hat Wagner, Müller und Mülmenstädt vorgelegen.

Hat Haller am 12. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. auch FRUS 1981–1988, VI, S. 494–527.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des „Joint Statement“ vom 30. Oktober 1987 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 70. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 4. November 1987, S. 1f.

<sup>4</sup> Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Oktober 1987 an Präsident Reagan vgl. FRUS 1981–1988, VI, S. 489–493.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 30. Oktober 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1256f.

kopie übermittelt.<sup>6</sup> Schewardnadse wollte noch am Freitag<sup>7</sup> abend nach Moskau zurückkreisen.

II. Assistant Secretary Ridgway und Botschafter Nitze gaben am Abend des 30.10. für Botschaften verbündeter Staaten ein Briefing, aus dem folgendes festzuhalten ist:

#### 1) Ablauf der Gespräche

Vormittags traf Schewardnadse zunächst mit Shultz und Carlucci zusammen. Gesprächsrunde wurde nach einiger Zeit um VAM Bessmertnych und Botschafter Dubinin sowie Assistant Secretary Ridgway und Botschafter Matlock erweitert.

Um 12.00 Uhr fuhr AM Shultz in das Weiße Haus, um den Präsidenten zu informieren, gegen 13.00 Uhr fand Gespräch Präsident/Shultz mit Schewardnadse statt. Im Anschluß daran gab Reagan Erklärung ab (3. Ziffer I). Nach Mittagessen wurden Gespräche der Außenminister im erweiterten Kreis des Vormittags unter Hinzuziehung Nitzes, Kampelmans und Karpows fortgesetzt. Gegen 16.45 Uhr wurden Gespräche mit Presseerklärungen von Schewardnadse und Shultz<sup>8</sup> abgeschlossen.

2) Zum Inhalt der Gespräche führte Ridgway aus, die gesamte Breite der auf der amerikanisch-sowjetischen Tagesordnung stehenden Themen sei angesprochen worden. Als Ziel für den Gipfel sei festgelegt worden, in allen Bereichen Fortschritte zu erzielen, in Washington das INF-Abkommen abzuschließen, in Moskau im ersten Halbjahr 1988 nach Möglichkeit ein START-Abkommen. Besondere Betonung legte Ridgway auf prozeduralen Charakter der jetzt getroffenen Absprachen, wie dies auch aus der „gemeinsamen Ankündigung“ hervorgehe. In der Substanz hätten sich sowjetische Positionen kaum verändert.

#### 3) Menschenrechte

Ridgway begrüßte zunehmende sowjetische Bereitschaft, dieses Thema zu erörtern. Schewardnadse habe eingeräumt, das Thema bleibe auf der Tagesordnung. Shultz habe bleibendes amerikanisches Interesse an Fortschritten in diesem Bereich unterstrichen. Es sei Einvernehmen erzielt worden, daß die stellvertretenden Außenminister sich noch vor dem Gipfel zur Erörterung von Menschenrechtsfragen treffen.<sup>9</sup> Ridgway hob die sowjetische Bereitschaft, die Erörterung von Menschenrechtsfragen auch nach außen zunehmend sichtbar werden zu lassen, besonders hervor.

#### 4) Regionale Themen

Ridgway erwähnte, Amerikaner hätten gehofft, hier schon über den Bericht des VN-GS über seine Kontakte mit Iran und Irak<sup>10</sup> zu verfügen. Es habe aber auch

<sup>6</sup> Für die Fernkopien Nr. 859 und 860 des Botschaftsrats Blomeyer-Bartenstein, Washington, vom 30. Oktober 1987 vgl. Referat 220, Bd. 144773.

<sup>7</sup> 30. Oktober 1987.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Presseerklärung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 30. Oktober 1987 und der anschließenden Fragerunde mit Journalisten vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 71–73.

<sup>9</sup> Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead vom 16. bis 18. November 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 312, Anm. 8.

<sup>10</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 22.

ohne dies einen Gedankenaustausch über den Golfkonflikt gegeben. Sowjets erwarteten jetzt Bericht über Mission Woronzows<sup>11</sup> und würden Amerikanern später im Lichte dessen ihre Überlegungen zur Lage mitteilen.

Es sei vereinbart, daß Mitte November ein weiteres Treffen zwischen Armacost und Woronzow stattfinde. Der genaue Zeitpunkt hierfür müsse noch festgelegt werden.<sup>12</sup>

### 5) Bilaterale Themen

Amerikaner haben laut Ridgway Erörterung des Themas „Probleme der beiderseitigen diplomatischen Missionen“ auf die ministerielle Ebene gehoben, weil hier bisher keine Fortschritte erzielt worden seien. Durchbruch sei auch beiden Außenministern noch nicht geeglückt.

### 6) Rüstungskontrollthemen

Nitze, der diesen Teil des Briefings übernahm, unterstrich, daß es nicht Absicht der Außenminister gewesen sei, die Behandlung technischer Fragen an sich zu ziehen. Zu den einzelnen Verhandlungsbereichen machte er folgende Ausführungen:

#### a) INF

Sowjets hätten sich optimistisch gezeigt, Verhandlungen innerhalb von zwei bis drei Wochen zum Abschluß zu bringen. Amerikaner hätten bemerkt, in diesem Falle müsse sich Verhandlungstempo erheblich beschleunigen. Sowjets hätten noch etwa 35 Einzelpunkte als lösungsbedürftig bezeichnet, Amerikaner etwa 30 Punkte. Positionsunterschiede bestünden insbesondere hinsichtlich folgender Bereiche (vgl. auch heutigen DB über Äußerungen Holmes' in SCG<sup>13</sup>):

- Verdachtsinspektionen bei bodengestützten Raketen (wichtig wegen schwieriger Unterscheidung zwischen SS-20- und SS-25-Einrichtungen),
- Nichtumgehungsklausel (bereits berichtete Bereitschaft der Amerikaner, zu Formulierung keine internationale Verpflichtung einzugehen, die dem INF-Vertrag entgegenstehe, betrachten Sowjets weiterhin als nicht ausreichend),
- sowjetische Forderung nach Folgeverhandlungen,
- sowjetische Forderung nach auf den Abzug von INF-Systemen folgender zehnjähriger Inspektionsmöglichkeit bei erklärten INF-Einrichtungen. (Amerikaner nur dazu bereit, Inspektionen zuzulassen, solange sie dort selber anwesend sind.)

Amerikaner haben Schewardnadse die Bedeutung einer befriedigenden Regelung der ausstehenden Verifikationsfragen deutlich gemacht und auf die Rolle hingewiesen, die dieses Thema bei der Ratifikationsdebatte im Senat spielen werde.

<sup>11</sup> Durchgängig korrigiert aus: „Worontsow“.

Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow hielt sich am 28./29. Oktober 1987 im Irak und am 1. November 1987 im Iran auf.

<sup>12</sup> Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, traf am 17. November 1987 in Genf mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow zu Gesprächen über Regionalfragen zusammen. Vgl. dazu den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 23. November 1987 übergebenen Gesprächsvermerk; Referat 230, Bd. 158100.

<sup>13</sup> Zur gemeinsamen Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO am 30. Oktober 1987 in Washington vgl. Dok. 301.

Beide Außenminister haben vereinbart, in engerer Bindung mit ihren Unterhändlern in Genf zu bleiben. Zusätzlich sollen in Washington Kontakte zwischen Shultz und Dubinin und in Moskau Kontakte zwischen Schewardnadse und Matlock stattfinden.

#### b) START

Zwei Themen seien als besonders gewichtige Punkte für die Zukunft festgehalten worden:

- Untergrenzen

Hier hätten Amerikaner erneut besondere Bedeutung der Begrenzung der Gefechtsköpfe auf ICBM<sup>14</sup> auf 4800 unterstrichen. Sowjets hätten hier keine Bewegung gezeigt.

- Verifikationsfragen

Beide Seiten seien „übereingekommen, nach Wegen zu suchen, wie das Thema in Genf vorangebracht werden“ könne. Nitze unterstrich, daß die START betreffende Passage in der gemeinsamen Bekanntmachung, „consider development of instructions to delegations on a future treaty on 50 percent reductions“, nicht bedeute, daß man auch auf eine Art Wladivostok-Erklärung<sup>15</sup> oder ein „Key-provisions“-Papier hinarbeite. Ziel sei die Erarbeitung eines Vertrags- textes.

#### c) Defense and Space

Beide Seiten hätten im wesentlichen ihre bekannten Positionen erläutert. Als bedeutsam bezeichnete es Nitze, daß Sowjets jetzt bereit seien, die ABM-Frage unter dem Gesichtspunkt „strategischer Stabilität“ zu erörtern. Es sei begrüßenswert, daß Sowjets sich auf diesen von den Amerikanern und dem Westen insgesamt lange vertretenen Ansatz einließen. Nach wie vor bestünden die Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Interpretation des Vertrages, der Dauer der Periode, in der nicht vom Rücktrittsrecht vom Vertrag Gebrauch gemacht werde, und dessen, was nach Ablauf der Sieben- bzw. Zehn-Jahres-Frist geschehen werde. Sowjets hätten Erläuterung gegeben, daß nach ihrer Auffassung am Ende der Zehn-Jahres-Periode und selbst dann, wenn die zwei bis drei Jahre vorher beginnenden Gespräche über ein mögliches neues ABM-Regime erfolglos geblieben wären, der Vertrag in seiner ursprünglichen Fassung einschließlich sechsmonatigem Kündigungsrecht weitergelten solle.

SDI sei von Schewardnadse als „amerikanisches Programm“ bezeichnet worden, während ABM „gemeinsames“ amerikanisch-sowjetisches Programm sei, mit dem man sich befassen müsse. Nitze bezeichnete diesen Ansatz als „veränderte Präsentation“. Sowjets wollten an das Thema SDI sowohl unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung des ABM-Vertrages als auch unter dem Gesichtspunkt der Unterscheidung zwischen erlaubten und nicht erlaubten Aktivitäten und der hierfür zu erstellenden Parameter herangehen.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Holik mit Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ballistische Raketen.“

<sup>15</sup> Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladivostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

## 7) Dauer des Dezember-Gipfels

Ridgway sagte, zur Dauer des Gipfels seien in der Bekanntmachung keine Angaben gemacht worden, da nicht vorhersehbar sei, wieviel Zeit zur Bewältigung der Sachthemen und des protokollarischen Programms benötigt werde. Gegenwärtig sei nicht daran gedacht, im Anschluß an den Washington-Aufenthalt noch Besuchsprogramm in den USA durchzuführen.<sup>16</sup>

[gez.] van Well

**VS-Bd. 11283 (220)**

### 303

#### **Botschafter Disdorn, Luanda, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 473**  
**Citissime**

**Aufgabe: 30. Oktober 1987, 17.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 31. Oktober 1987, 12.34 Uhr**

Betr.: BM-Besuch in Angola (29./30.10.1987);  
 hier: Gespräch BM mit Präsident dos Santos<sup>2</sup>

1) Das Gespräch BM/Präsident dos Santos, von Präsident dos Santos sehr engagiert geführt, befaßte sich mit den bilateralen Beziehungen und der Lage im südlichen Afrika. Breiten Raum nahmen die US-angolanischen Gespräche über den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola<sup>3</sup> als Voraussetzung für die Unabhängigkeit Namibias entsprechend Resolution 435<sup>4</sup> ein.

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatjow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben ging auch an die Botschaft in Dakar. Dazu hieß es: „Bitte an BM-Delegation, ausschließlich für Leiter Ministerbüro, Dr. Jansen, weiterleiten (Bericht ist noch von BM zu billigen).“ Hat Vortragendem Legationsrat Sitz am 17. Dezember 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Im Anschluß an einen Aufenthalt vom 27. bis 29. Oktober 1987 im Senegal besuchte Bundesminister Genscher Angola. Das Gespräch mit Präsident dos Santos fand am 30. Oktober 1987 statt. Anschließend hielt sich Genscher vom 30. Oktober bis 1. November 1987 erneut im Senegal auf, um an der Konferenz der Botschafter der Bundesrepublik in den Staaten südlich der Sahara teilzunehmen, die vom 28. bis 31. Oktober 1987 in Dakar stattfand.

<sup>3</sup> Im Politischen Halbjahresbericht zu Angola wurde am 15. Oktober 1987 ausgeführt: „Der Verhandlungsprozeß zwischen Angola und den USA ist nach einer längeren Phase des völligen Stillstandes wieder in Bewegung geraten. Nach einer ersten Begegnung in Brazzaville am 2. April, bei der die angolanische Seite eine flexible Verhandlungsposition in Aussicht gestellt hatte, waren die Ergebnisse der ersten offiziellen Verhandlungsrunde am 14./15. Juli in Luanda für die amerikanische Seite eher enttäuschend.“ Unter dem Druck der Frontlinienstaaten habe Präsident dos Santos jedoch Ende Juli 1987 vorgeschlagen, „ein mehrseitiges internationales Abkommen anzustreben, an dem Südafrika, Angola, SWAPO und Kuba beteiligt sein sollten [...]. Mit Note vom 4. August übermittelte Angola den USA neue Vorschläge, in denen gegenüber der bisherigen angolanischen Position (sog. Plataforma von 1984) kürzere Fristen für den Abzug der Kubaner zugestanden und zusätzliche Flexibilität angeboten wurden.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138072.

Vortragender Legationsrat Sitz vermerkte am 16. Oktober 1987, der angolanische Botschafter de Almeida habe Staatsminister Schäfer am Vortag mitgeteilt, das letzte angolanisch-amerikanische

## 2) Im einzelnen

2.1) Präsident dos Santos bezeichnete einleitend den Besuch des BM in Angola als außerordentlich bedeutsames und wichtiges Ereignis. Der Besuch finde zum richtigen Zeitpunkt statt. Es komme nunmehr darauf an, die Zusammenarbeit, die bereits mit dem Besuch von StM Schäfer<sup>5</sup> und der Unterzeichnung eines Abkommens (über NMH<sup>6</sup>) in eine neue Phase eingetreten sei, weiterzuentwickeln. Die politischen Probleme seien gelöst. Es müsse nunmehr möglich sein, eine Einigung auch über die weiteren praktischen Schritte der Zusammenarbeit zu erreichen.

Präsident dos Santos beschrieb die Lage Angolas: Hunger, Flüchtlinge, Unterentwicklung und Zerstörung. Das Land sei arm, habe aber wegen seiner natürlichen Reichtümer ein großes Entwicklungspotential. Angola brauche die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland. Alle verurteilten die Apartheid, Angola habe aber unmittelbar unter ihren Auswirkungen zu leiden. Die für Angola notwendige Hilfe sei keine Frage der Ideologie, sondern eine humanitäre Frage. Das Ziel sei die Verbesserung der Lebensbedingungen für die angolanische Bevölkerung. Es seien die äußeren Faktoren, die Angola am meisten zu schaffen machen. Namibia werde von Südafrika bewußt zur Destabilisierung Angolas benutzt. UNITA sei mit Hilfe der portugiesischen Geheimpolizei entstanden und habe sich später in den Dienst der politischen Ziele Südafrikas gestellt. UNITA sei keine „autonome“ Organisation, sondern führe lediglich die Ziele Südafrikas aus. Das Problem sei im angolanischen Rahmen lösbar, aber nur, wenn jegliche Beeinflussung von außen aufhöre, wenn Namibia unabhängig sei und Zaire seine Unterstützung für UNITA einstelle. Die Politik der Amnestierung habe im Norden Angolas (FNLA<sup>7</sup>) bereits den angestrebten Erfolg einer Aussöhnung erreicht. Dies sei unter den angeführten Voraussetzungen auch im Süden möglich.

Präsident erläuterte dann kurz die angolanische Wirtschaftspolitik, in der neue Wege beschritten würden, und die sich daraus ergebenden besseren Möglichkeiten für ein verstärktes Engagement deutscher Unternehmen in Angola.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1528*

Treffen am 24. September 1987 in Brüssel habe Fortschritte erbracht: „Wichtigste noch offene Frage sei, ob der Abzug der ersten 20 000 Kubaner bereits innerhalb eines Jahres (so die USA) oder innerhalb von zwei Jahren (so die Angolaner) vonstatten gehen müsse. Hier hätten die Angolaner aber Flexibilität signalisiert, wenn eine befriedigende Synchronisierung des Vorgangs mit der Implementierung von Resolution 435 einhergehe.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138073.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat Hiller informierte am 26. Mai 1987: „Staatsminister Schäfer hat einen dreitägigen Besuch (23. bis 26. Mai 1987) in Angola beendet und ist weiter nach Botswana und Lesotho geflogen. Während dieses nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen (1979) ersten Besuchs in Angola auf politischer Ebene ist ein Nahrungsmittelhilfe-Abkommen unterzeichnet worden. Damit hat Angola auch formell die Berlin-Klausel akzeptiert und den Weg für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit (EZ) frei gemacht.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 320, Bd. 138073.

<sup>6</sup> Botschafter Disdorn, Luanda, berichtete am 26. Mai 1987: „N[ahrungs]M[ittel]H[ilfe]-Abkommen mit Angola und Protokoll wurden am 25.5.1987 von StM Schäfer und Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten, de Moura, unterzeichnet und der an dem angolanischen AM gerichtete erklärende Brief (sog. Mosambik-Formel) übergeben. Das deutsche Alternat mit Protokoll wird per Kurier über-sandt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; Referat 320, Bd. 138076.

Für das Abkommen und den Begleitbrief „im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen von Berlin (West) durch die Bundesrepublik“ vgl. Referat 320, Bd. 138076.

<sup>7</sup> Frente Nacional de Libertação de Angola.

BM bestätigte in seiner Erwiderung, daß auch wir die bilateralen Beziehungen politisch und wirtschaftlich weiter ausbauen wollten. Sein Besuch habe in dieser Hinsicht Signalfunktion. Es sei sehr einleuchtend, daß Angola die inneren und äußeren Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zu schaffen versuche. Wir verfolgten diese Bemühungen, insbesondere das wirtschaftliche Reformprogramm, mit großem Interesse. Auch der Antrag auf Mitgliedschaft bei IWF/Weltbank sei ein richtiger Schritt, der diesem Ziel diene.<sup>8</sup> Die Bundesrepublik Deutschland werde den Antrag unterstützen.

BM führte weitere Maßnahmen an, die im bilateralen Verhältnis ergriffen werden könnten (Abschluß eines Investitionsschutzabkommens und staatlich verbürgte Kredite für deviseneinbringende Investitionen) und die alle geeignet seien, die für ein verstärktes wirtschaftliches Engagement notwendige Vertrauensgrundlage zu verbessern.

2.2) Zum Stand der US-angolanischen Gespräche über den Abzug der Kubaner erklärte Präsident dos Santos, daß in den Verhandlungen eine Verzögerung eingetreten sei, weil Angola bei den USA noch nicht ein volles Verständnis der angolanischen Lage erreicht habe. Offen sei auch die Haltung der Südafrikaner, zu denen es angolanischerseits auch in dieser Frage keine Gesprächskontakte gebe. Die USA bestünden auf einem Zeitplan für den Abzug sämtlicher Kubaner aus ganz Angola, während Angola an ein schrittweises Vorgehen denke. Angola benötige konkrete Garantien für seine Sicherheit, die ihm aber niemand geben könne. Angola habe deshalb einen Kompromiß vorgeschlagen, nämlich die kubanische Truppenpräsenz im nördlichen Angola, das sog. Nordkontingent, zunächst beiseite zu lassen. Wenn sich die USA damit einverstanden erklären könnten, daß über das „Nordkontingent“ zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werde, dann könne Angola sich hinsichtlich des „Südkontingents“ sehr viel flexibler verhalten.

Die Südafrikaner wendeten gegen diesen Kompromißvorschlag ein, daß die Anwesenheit der Kubaner auch oberhalb des 13. Breitengrades einen verfälschenden Einfluß auf die Wahlen (im Rahmen von SR 435) in Namibia hätte. Schon angesichts der Entfernungen sei dieser Einwand jedoch unverständlich. Angola halte den von ihm vorgeschlagenen Kompromiß für angemessen und vernünftig und frage sich, da die Einwände dagegen nicht verständlich seien, ob nicht andere Gründe für die Ablehnung maßgeblich seien.

In seiner Erwiderung stellte BM heraus, wie wichtig es sei, daß SR-Resolution 435 in ihrer<sup>9</sup> geltenden Form implementiert werde. Die Bundesrepublik habe nie ein Junktim hergestellt. Trotzdem halte er es für richtig, daß Angola die Frage der kubanischen Präsenz pragmatisch angehe. BM verwies in diesem Zusammenhang auf die großen Erfolge, die mit einer pragmatischen, kompromißbereiten

<sup>8</sup> Botschafter Disdorn, Luanda, teilte am 20. Oktober 1987 mit, laut Presseberichten vom 18. Oktober 1987 habe Angola dem IWF mitgeteilt, „daß es den Antrag auf Beitritt zum IWF und zur Weltbank auf ‚diplomatischem Wege‘ übersandt habe“. Entsprechende Absichten habe Präsident dos Santos seit Sommer öffentlich artikuliert: „Aus hiesiger Sicht gibt es keinerlei Gründe, die einem Beitritt Angolas entgegenstehen könnten. Im Gegenteil, die Mitgliedschaft im IWF und die sich hieraus wahrscheinlich ergebenden wirtschaftspolitischen Reformen sind geeignet, den pragmatischen Wirtschaftskurs der Regierung weiter zu festigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 401, Bd. 188393.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „seiner“.

Politik in der Lösung der Ost-West-Gegensätze in Europa in den vergangenen Jahren erzielt werden konnten.

Über die Namibia-Frage stehe er mit Secretary of State Shultz in engem Kontakt. Er habe keinen Zweifel, daß es den USA ernst sei mit der Implementierung von Resolution 435 und daß sie entschlossen seien, alle Möglichkeiten ihres Einflusses auf Südafrika einzusetzen. Er könne nur dringend dazu anraten, das entstandene Momentum zu nutzen und die wahrscheinlich einmalige Chance, die sich jetzt biete, nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Dies spreche dafür, sich in der Frage des Abzugs der Kubaner mit großer Flexibilität zu verhalten und es damit der jetzigen US-Administration zu ermöglichen, die notwendigen Maßnahmen bei den Südafrikanern durchzusetzen.

Der Vorschlag, im Abzug der Kubaner nach einem Stufenplan vorzugehen, beinhalte nicht notwendigerweise eine Meinungsverschiedenheit mit den USA. Es komme darauf an, wie die zweite Phase, der Abzug des „Nordkontingents“, ausgestaltet werde: offen oder mit einem Zeitrahmen, der lediglich etwas weiter gefaßt sei.

Er rate dringend dazu, an SR 435, so wie sie<sup>10</sup> gelte, festzuhalten und nicht durch zusätzliche Vorschläge Südafrika die Möglichkeit zu geben, die Implementierung erneut zu blockieren. BM machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß er die Einbeziehung etwa der SWAPO nicht für nützlich halte, da sie Südafrika nur zu neuen Störversuchen, etwa dem Verlangen nach einer Beteiligung von UNITA, veranlassen könnte. Zu besonderer Vorsicht riet BM auch hinsichtlich der Rolle der Kubaner, die diese nach den angolanischen Vorstellungen („globales Abkommen“) offenbar auf dem Weg zur Implementierung von SR 435 spielen sollen.

Präsident dos Santos erwiderte in zwei Punkten:

Die angolanische Seite bevorzuge anstelle eines festen Zeitplans für den Abzug des Nordkontingents eine lediglich grundsätzliche Verpflichtung. Auch Angola wolle strikt an SR 435 in ihrer<sup>11</sup> geltenden Form festhalten. Der Vorschlag für ein globales Abkommen zwischen Kuba, USA, Südafrika und Angola beziehe sich lediglich auf die Regelung „technischer“ Fragen. Es solle eine Art technische Kommission gebildet werden.

BM wies abschließend nochmals darauf hin, daß Angola eine vermutlich historische Chance habe und daß er den Präsidenten nur ermutigen könne, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.<sup>12</sup>

3) Gespräch BM/Präsident dos Santos dauerte gut 1 1/2 Stunden und wurde vom Präsidenten mit großer Eindringlichkeit und dem offensichtlichen Bemühen geführt, seinen Gesprächspartner zu überzeugen und zu gewinnen. Dies gilt für den bilateralen Teil ebenso wie für die Frage des Abzugs der Kubaner. Auch

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „er“.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „seiner“.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. BM-Delegation, teilte am 30. Oktober 1987 mit: „Botschaft Washington wird gebeten, die amerikanische Seite davon zu unterrichten, daß die Themen Namibia und Kubaner-Abzug im heutigen (30.10.) Gespräch des BM mit Präsident dos Santos nochmals vertieft behandelt wurden.“ Dabei habe Bundesminister Genscher die vom amerikanischen Außenministerium übermittelten Wünsche in das Gespräch eingebracht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 320, Bd. 138073.

dieses Gespräch macht in seiner Gesamtwirkung erneut deutlich, daß Angola auf die westlichen Länder setzt. Die Zeiten einer bewußten oder unbewußten Abgrenzung sind längst vorbei. Die europäischen Länder, die Europäische Gemeinschaft, und besonders wir, auch dies machte das Gespräch deutlich, spielen aus angolanischer Sicht nun auch politisch eine immer größere Rolle. Es ist abzusehen, daß sich das angolanische Werben um unsere Hilfe, unsere politische Unterstützung und unsere Zusammenarbeit in Zukunft eher verstärken wird. Wir sollten dies aktiv aufnehmen, mit eigenen Initiativen nicht zögerlich, spät und erst nach langem angolanischen Drängen. Die von BM ausgesprochene Einladung des angolanischen Außenministeriums zu einem Gegenbesuch wurde von angolanischer Seite mit ersichtlicher Genugtuung entgegengenommen.

[gez.] Disdorn

**Referat 320, Bd. 138073**

## 304

### Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

**VS-vertraulich**

**2. November 1987<sup>1</sup>**

Lieber George,

die Diskussion der Nachfolge von Generalsekretär Lord Carrington innerhalb der NATO erfüllt mich mit Sorge.

Ich habe Ihnen bei unserem Treffen in New York Ende September<sup>2</sup> und in Washington Anfang Oktober<sup>3</sup> noch einmal zum Ausdruck gebracht, daß die Entscheidung über die Nachfolge nun ohne Verzögerung für Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner getroffen werden sollte, der fachlich und persönlich alle Voraussetzungen für diese Aufgabe erfüllt.

In meinem mit dem norwegischen Außenminister Stoltenberg geführten Gespräch am Rande unseres Treffens in Washington habe ich unmißverständlich verdeutlicht, daß die Bundesregierung an der Kandidatur von Manfred Wörner festhält. Sie fühlt sich hierin durch die Voten bestärkt, die die Ständigen Vertreter in der Sitzung des NATO-Rats am 13. Oktober abgegeben haben: Für Manfred Wörner sprachen sich acht Partner aus, für Kåre Willoch zwei, noch keine endgültige

<sup>1</sup> Durchdruck.

Das undatierte Schreiben wurde von Ministerialdirigent Jansen mit Drahterlaß Nr. 8706 vom 2. November 1987 an die Botschaft in Washington übermittelt. Dazu teilte er mit: „Botschaft wird gebeten, als Anlage folgendes Schreiben des BM umgehend AM Shultz zuzuleiten. Höflichkeitsübersetzung folgt.“ Vgl. VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 22./23. September 1987 in New York vgl. Dok. 263, Anm. 31.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 8. Oktober 1987 in Washington vgl. Dok. 283, Anm. 25.

Entscheidung geben vier zu erkennen, von ihnen allerdings wiederum die Mehrzahl mit dem Bemerken, sie könnten sich ohne Probleme einem sich bildenden Konsens anschließen.<sup>4</sup>

Der amerikanische Vertreter<sup>5</sup> erklärte bei dieser Sitzung, die USA hätten ihre Präferenz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und gegenüber Norwegen zum Ausdruck gebracht, könnten sie aber im Kreis der Allianzpartner noch nicht offiziell äußern.

Aufgrund der Kontakte mit Norwegen und angesichts der klaren Mehrheit unserer Partner für Manfred Wörner und des sich abzeichnenden Konsenses zu seinen Gunsten möchte ich Sie dringend bitten, die Bündnispartner jetzt auch offiziell davon zu unterrichten, daß die Vereinigten Staaten die Wahl Manfred Wörners unterstützen. Dieser Schritt würde die noch zögernden Partner dazu bewegen, sich einem Konsens anzuschließen.

Zugleich würde die Klärung der Nachfolgefrage die andauernde Beschäftigung der Medien mit diesem Thema beenden – eine Beschäftigung, die wir nicht nur im Interesse der Einheit unseres Bündnisses beenden sollten, sondern aus Respekt vor Peter Carrington, der sich um unser Bündnis in hohem Maße verdient gemacht hat und dessen energische Führung wir gerade in der vor uns liegenden Phase der Sicherheitspolitik dringend benötigen. Bundeskanzler Dr. Kohl hat in diesem Sinne am 29. Oktober des Jahres Präsident Reagan geschrieben.<sup>6</sup>

Mit freundlichen Grüßen  
Dein Hans-Dietrich

**VS-Bd. 14157 (010)**

<sup>4</sup> Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. den Drahtbericht Nr. 1339 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 13. Oktober 1987; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>5</sup> Alton G. Keel Jr.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 300. Ministerialdirigent Jansen übermittelte dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium der Verteidigung am 10. November 1987 das Antwortschreiben des amerikanischen Außenministers vom 9. November 1987 an Bundesminister Genscher. Shultz stimmte darin der Bitte um eine baldige Entscheidung der Nachfolge von NATO-Generalsekretär Carrington zu und teilte mit: „To that end, I have instructed Ambassador Keel to inform all his colleagues of U.S. support for Mr. Wörner at the earliest opportunity. At the same time, he will reiterate our hope that NATO debate on this question can be kept private.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 8955; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

**305****Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek****422-410.41 IRN VS-NfD****3. November 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Amerikanische Wirtschaftssanktionen gegen Iran;

hier: Amerikanisches Ersuchen um vergleichbare deutsche Maßnahmen

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu IV.

I. 1) Präsident Reagan hat am 26.10.1987 beschlossen, daß alle Einfuhren in die USA aus dem Iran gestoppt werden und die Ausfuhr in den Iran von 14 Warenkategorien mit potentieller militärischer Verwendbarkeit verboten wird.<sup>4</sup> Er reagierte damit auf entsprechende Initiativen beider Häuser des Kongresses und auf den in den letzten Monaten zu beobachtenden Anstieg der amerikanischen Öleinfuhren aus Iran.

2) Wie u. a. aus Äußerungen von AM Shultz hervorgeht, gibt sich die amerikanische Regierung keinen Illusionen über die unmittelbaren Wirkungen solcher nur von einem Land ergriffenen Maßnahmen auf die iranische Politik hin. Sie versucht deshalb, andere westliche Handelspartner des Iran zu wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Iran zu bewegen. Ein der Botschaft Washington wie im Auswärtigen Amt übergebautes Papier<sup>5</sup> enthält u. a. folgende Punkte:

- Auch wenn die Situation der einzelnen Länder verschieden sei, liege es doch im gemeinsamen Interesse, daß der Iran nicht zu dem Schluß komme, diese Länder stellten kurzfristige kommerzielle Vorteile vor langfristige Interessen.
- Das Signal an Iran müsse eindeutig sein: Kein mit den USA befreundetes und verbündetes Land ist bereit, „business as usual“ zu betreiben.
- Deshalb werde die Bundesregierung ersucht („we urge your Government“), soweit als möglich die Einfuhr iranischer Erzeugnisse, insbesondere Rohöl und verarbeitete Ölprodukte, zu unterbinden; außerdem solle die Ausfuhr in den Iran von militärisch nutzbaren Gütern („items with potential military utility“) eingestellt werden.

3a) Die amerikanisch-iranischen Handelsbeziehungen sind außerhalb des Rohölsektors ohne Bedeutung:

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Vortragendem Legationsrat Lutz konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Lichte des Gespräches mit stellvertretendem US-Außenminister Whitehead sollte vorsorglich Prüfung mit BMW gemäß Ziffer IV begonnen werden. Im Verhältnis zu USA wird die Frage des ‚Unterlaufens‘ von US-Maßnahmen die wichtigste Frage sein. Daher auch sollte nicht zu spät mit einer Erörterung im EG-Rahmen begonnen werden. (Es besteht mindestens eine Teilzuständigkeit der EG, jedenfalls aber die Notwendigkeit einer politischen Abstimmung in der EG).“

<sup>3</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM.“ Ferner verfügte er den Rücklauf an Referat 422.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 26. Oktober 1987 und der Executive Order Nr. 12613 vom 29. Oktober 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1232 und S. 1244 f.

<sup>5</sup> Für das Non-paper „Trade Sanctions on Iran“ sowie dazugehörige Dokumente vgl. Referat 422, Bd. 149156.

– Die amerikanischen Exporte in den Iran beliefen sich 1986 auf 34 Mio. \$, wovon rund 10 Mio. \$ auf die jetzt vom Embargo erfaßten Waren entfielen;

– die Importe aus dem Iran erreichten 1986 einen Wert von rd. 600 Mio. \$, wovon 500 Mio. \$ auf Rohölleferungen entfielen (Rest: Kaviar, Pistazien u.ä.). Allein im Zeitraum Januar bis Juli 1987 überstieg der Wert der Rohölleferungen bereits 1 Mrd. \$.

b) Die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen sind demgegenüber durch hohe deutsche Überschüsse und stark rückläufige iranische Öllieferungen charakterisiert:

	Deutsche Ausfuhren	Deutsche Einfuhren
1985	4,8 Mrd. DM	1,8 Mrd. DM
1986	3,3 Mrd. DM	1,1 Mrd. DM
1987		
(Jan.–Aug.)	1,9 Mrd. DM	537 Mio. DM
<b>zum Vergleich:</b>		
<b>1986</b>		
(Jan.–Aug.)	2,4 Mrd. DM	797 Mio. DM

Die deutschen Ölimporte aus Iran sanken im Vergleichszeitraum Januar bis September von 1,8 Mio. t (1986) auf 759 000 t (1987 – 1,5 % der deutschen Ölimporte in diesem Zeitraum).

c) Die amerikanischen Befürchtungen, daß durch steigende Ölbezüge zur Finanzierung der iranischen Kriegsanstrengungen<sup>6</sup> beigetragen werde, gelten demnach für die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen nicht (hohes iranisches Defizit).

II. 1) Die Bundesregierung hat – ebenso wie frühere Bundesregierungen – stets den Standpunkt vertreten, daß wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen in aller Regel kein geeignetes Instrument zur Erreichung politischer Ziele darstellen; die Erfahrung lehrt, daß sie diesen Zweck fast immer verfehlt haben.

Die USA haben traditionell ein anderes Verständnis vom Verhältnis Politik–Handel, vielleicht bedingt durch andere historische Erfahrungen (schon für die amerikanische Unabhängigkeit spielte ein Warenboykott eine wichtige Rolle, „Boston Tea Party“).

Dem implizierten amerikanischen Vorwurf, wirstellten unsere Profite über gemeinsame westliche Interessen, könnte entgegengehalten werden:

- Fruchtbare Handelsbeziehungen gedeihen nur auf dem Boden langfristiger vertrauensvoller Zusammenarbeit; man kann sie nicht, je nach politischen Bedürfnissen, an- und abknipsen wie elektrisches Licht.
- Handelsbeziehungen dienen auch der Einbindung der Partner in ein Geflecht von Interessengemeinschaften und Abhängigkeiten und wirken somit mäßigend auf politische Entscheidungen ein.
- Sanktionen beeinträchtigen auch das Vertrauen anderer Handelpartner, die dann solche Maßnahmen gegen sie in der Zukunft nicht völlig ausschließen können.

<sup>6</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

- Unsere Wirtschaft ist viel stärker als die amerikanische vom Export und somit ungestörten Handelsbeziehungen abhängig.
  - Vom Export hängen zahlreiche Arbeitsplätze und somit Existenzengen ab; in Anbetracht der ohnehin hohen Arbeitslosigkeit könnten durch Ausfälle im Iran-Handel vernichtete Arbeitsplätze nicht ohne weiteres ersetzt werden.
- 2) In einigen besonderen Fällen hat die Bundesregierung eine Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen allerdings nicht vermeiden können, so zuletzt aus Gründen der europäischen Solidarität gegen Südafrika (Beschluß der EG-Außenminister vom 16.9.1986<sup>7</sup>). Auch gegen Iran sind nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran (1979)<sup>8</sup> Handelsbeschränkungen beschlossen worden<sup>9</sup>, die allerdings wegen späterer Freilassung der Geiseln praktisch nicht zur Anwendung kamen.

Den nach terroristischen Anschlägen<sup>10</sup> am 8. Januar 1986 bekanntgegebenen amerikanischen Sanktionsmaßnahmen gegen Libyen<sup>11</sup> hat sich die Bundesregierung – wie auch andere westliche Länder – nicht angeschlossen<sup>12</sup>; allerdings

<sup>7</sup> Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

<sup>8</sup> Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde am 4. November 1979 von Demonstranten besetzt; 63 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Reza Pahlevi zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten dies ab. Nach dem Scheitern eines militärischen Befreiungsversuchs am 24./25. April 1980 bemühten sich u. a. die Bundesrepublik und Algerien um eine Vermittlung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348 und Dok. 357. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 88 und Dok. 95, sowie AAPD 1980, II, Dok. 265, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306.

Am 19. Januar 1981 wurden in Algier durch amerikanische und iranische Vertreter verschiedene Vereinbarungen unterzeichnet. Dies führte zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 1–5 bzw. S. 9.

<sup>9</sup> Am 22. April 1980 traten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zu einer Sondersitzung im Rahmen der EPZ in Luxemburg zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellermann berichtete am 25. April 1980, daß sie Wirtschaftssanktionen gegen den Iran beschlossen hätten, über deren Inkraftsetzung auf dem informellen Treffen am 17./18. Mai 1980 in Neapel entschieden werden solle. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 51; Referat 012, Bd. 115729. Für den Wortlaut der Erklärung vom 22. April 1980 vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 26f.

Zum Treffen am 17./18. Mai 1980 resümierte Ministerialdirigent Dröge am 20. Mai 1980: „In der Sanktionsfrage kam es in Ausführung der Luxemburger Beschlüsse vom 22.4. zu der für die europäisch-amerikanischen Beziehungen wichtigen gemeinsamen Erklärung über unverzügliche Inkraftsetzung von Wirtschaftssanktionen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 119460. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 28.

<sup>10</sup> Am 27. Dezember 1985 verübten Terroristen Anschläge auf die Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El Al sowie der amerikanischen Fluggesellschaft TWA in den Flughäfen von Rom (Leonardo da Vinci) und Wien (Schwechat), bei denen 19 Personen ums Leben kamen. Vgl. dazu den Artikel „Terror auf den Flughäfen in Rom und Wien“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 28./29. Dezember 1985, S. 1.

<sup>11</sup> Am 7. Januar 1986 ordnete Präsident Reagan folgende Maßnahmen gegen Libyen an: „Mit sofortiger Wirkung verboten sind: Gewährung oder Verlängerung von Krediten und Anleihen; Reisen von US-Bürgern oder auf Dauer in den USA niedergelassener Personen nach und aus Libyen [...]. Mit Wirkung ab 1.2.1986 verboten sind: Aus- und Einfuhr von Waren, Dienstleistungen und Technologien nach und aus Libyen – Ausnahmen: Publikationen, Nachrichtenmaterial und humanitäre Spenden; Transport und Verkehr nach und von Libyen; Ankauf von Waren zwecks Ausfuhr aus Libyen in Drittländer; Abschluß und Durchführung von Wirtschafts- und Handelsverträgen.“ Darüber hinaus kündigte Reagan am 8. Januar 1986 an, „daß ab sofort alle finanziellen Guthaben Libyens in den USA eingefroren werden“. Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 9. Januar 1986; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986. Für den Wortlaut der Executive Orders Nr. 12543 und Nr. 12544 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2108, S. 37f.

<sup>12</sup> Zur Haltung der Bundesregierung zu möglichen Sanktionen gegen Libyen vgl. AAPD 1986, I, Dok. 12 und Dok. 28.

hat sie deutsche Unternehmen aufgefordert, aus den amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen keine Vorteile zu ziehen (kein „undercutting“: Eintritt in ausgefallene Aufträge an amerikanische Firmen).

3) Die ersten Reaktionen aus anderen westlichen Ländern deuten ebenfalls auf eine reservierte Aufnahme der amerikanischen Aufforderung zur Verhängung von Wirtschaftssanktionen hin.

Lediglich Frankreich hat – als Folge des Abbruchs der Beziehungen zu Iran<sup>13</sup> – erklärt, die amerikanischen Maßnahmen lägen auf der Linie der französischen Politik; bereits im August ist den Ölgesellschaften empfohlen worden, auf Ölimporte aus Iran zu verzichten. Japan hat seine Ölimporteure aufgefordert, nicht von den US-Sanktionen zu profitieren und Erdölkäufe im Iran nicht zu erhöhen; weitergehenden Maßnahmen steht Japan auch deswegen kritisch gegenüber, weil sie Friedensbemühungen im Rahmen der VN behindern könnten (im November hat Japan SR-Präsidentschaft inne).<sup>14</sup> Britisches FCO hat auf Anfrage weitgehende Übereinstimmung unserer Haltung zu amerikanischen Wirtschaftssanktionen bestätigt; britisch-iranischer Handel sei im übrigen stark zurückgegangen, so daß weitere Einschränkungen kaum möglich seien.<sup>15</sup> Auch italienisches AM sieht keinen Bedarf für Wirtschaftsmaßnahmen; entscheidend komme es auf Vermittlungsbemühungen im VN-Rahmen an.<sup>16</sup>

III. Für die Bundesregierung hat der Regierungssprecher bereits am 27. und 28. Oktober klargestellt, daß die Verhängung von Wirtschaftsmaßnahmen gegen Iran nicht beabsichtigt sei. Außerdem hat BM Bangemann öffentlich darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung nicht an den Nutzen solcher Sanktionen glaubt.<sup>17</sup>

Es stellt sich allerdings die Frage, ob unterhalb der Ebene von Sanktionsmaßnahmen nicht eine gewisse Rücksichtnahme auf amerikanische Interessen angezeigt

<sup>13</sup> Zum Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Iran vgl. Dok. 221, Anm. 13.

<sup>14</sup> Botschafter Hallier, Tokio, informierte am 2. November 1987 zur Position Japans: „Während AM Kuranari am 29.10.1987 gegenüber US-Botschafter Mansfield betonte, daß japanische Antwort auf amerikanisches Ansinnen vom Fortschritt der Friedensbemühungen des VN-GS abhänge, erklärte Vize-AM Murata in einer Unterredung mit Under Secretary of State Armacost, daß Japan keine Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran verhängen werde. Dies sei – so Murata in unserem heutigen Vier-Augen-Gespräch mir gegenüber [...] – mit der Stellung Japans als Präsidentschaft des VN-SR unvereinbar. Man habe jedoch Armacost Zusicherungen gegeben, daß Japan keinesfalls, auch nicht über den Spot-Markt, Iran-Öl über das gegenwärtige Volumen hinaus beziehen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1996; Referat 422, Bd. 149156.

<sup>15</sup> Nach Gesprächen im britischen Außenministerium übermittelte Gesandter von Stein, London, am 2. November 1987 die Information, „daß britische Haltung zu amerikanischen Wirtschaftssanktionen weitgehend mit der unsrigen übereinstimme (in close line to German position). Auch GB verfolge Auffassung, daß Konflikt politisch gelöst werden müsse, und unterstütze daher voll die Bemühungen im UN-SR und des UN-GS. Daneben versuche es seit langem nachhaltig, auf die SU Einfluß zu nehmen, damit diese ihre Waffenlieferungen in die Konfliktregion einstelle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1904; Referat 422, Bd. 149156.

<sup>16</sup> Die Botschaft in Rom berichtete am 2. November 1987 zur Position Italiens: „Für die Lösung des Golfkonflikts bauet man derzeit ganz auf die Vermittlungsbemühungen im UN-Rahmen. Wirtschaftssanktionen eigneten sich nach italienischer Erfahrung grundsätzlich nicht dazu, militärische Auseinandersetzungen zu beenden. Die Verhängung eines Einfuhrverbots gegen iranische Waren und Rohstoffe, die einen nicht unbeträchtlichen Anteil am italienischen Gesamtimport hätten, sei daher nicht beabsichtigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1904; Referat 422, Bd. 149156.

<sup>17</sup> Zu den Äußerungen des Bundesministers Bangemann, z.Z. Abu Dhabi, bei einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 29. Oktober 1987 vgl. die Mitteilung des Presse- und Informationsamts vom selben Tag; Referat 422, Bd. 149156.

ist. Hierbei wäre zu berücksichtigen, daß bereits bei anderen aktuellen Fragen, insbesondere im Bereich der Währungs- und Wirtschaftspolitik, Meinungsverschiedenheiten mit den USA bestehen.

In Betracht käme, falls sich der amerikanische Druck auf uns erhöhen sollte<sup>18</sup>,

- Verhinderung eines Unterlaufens amerikanischer Maßnahmen (kein „undercutting“, wie im Falle Libyens),
- noch strengere Praxis bei Erteilung von Ausfuhr genehmigungen für Lieferungen genehmigungspflichtiger Güter an Iran,
- restriktive Praxis bei Übernahme von Ausfuhrbürgschaften für Warenlieferungen, die möglicherweise für die Kriegsanstrengungen des Iran relevant sind.

1) Die Botschaft Teheran hat bereits darauf hingewiesen, daß nach Andeutungen aus iranischen Wirtschaftskreisen bei Ersatzteillieferungen und Ölverkauf mit stärkerer Hinwendung zu deutschen Partnern als Reaktion auf die US-Maßnahmen zu rechnen sei.<sup>19</sup>

Wenn bekannt werden sollte, daß deutsche Unternehmen in aufgrund von US-Maßnahmen ausfallende amerikanische Lieferungen an Iran eintreten („undercutting“), dürfte dies in den USA auf besonders scharfe Kritik stoßen. Wie bereits Anfang 1986 im Falle Libyens geschehen, sollte deshalb an die deutsche Wirtschaft appelliert werden, auf solche Geschäfte zu verzichten. Angesichts der geringen amerikanischen Exporte nach Iran (s.o.) dürften solche Fälle in der Praxis allerdings nur selten vorkommen.

Dagegen besteht die konkrete Möglichkeit, daß über den Spot-Markt wieder verstärkt frei gewordene iranische Olmengen auf den deutschen Markt drängen. Aufgrund der Besonderheiten des Ölmarkts ist dies auch von den Ölimporten kaum zu verhindern. Wie im Falle Libyens sollte deshalb auf einen entsprechenden Appell der Bundesregierung verzichtet werden; allenfalls könnte auch hier toleriert werden, daß amerikanische Tochterfirmen in Deutschland den Bezug iranischen Öls auf Weisung ihrer Zentralen in den USA einschränken.

2) Die vom US-Ausfuhrverbot erfaßten Warengruppen gehen erheblich über die in den COCOM-Listen enthaltenen Güter hinaus, die bei uns der Ausfuhr genehmigungspflicht unterliegen.

Für die Ausfuhr genehmigungspflichtiger Waren, die als „militärisch nutzbar“ i.S. des amerikanischen Petiums angesehen werden können, werden nach wie vor in gewissem Umfang Ausfuhr genehmigungen für Lieferungen an Iran erteilt (Angaben des BMWi; eine genaue Aufschlüsselung ist bei BMWi angefordert):

<sup>18</sup> Der Passus „falls ... sollte“ wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

<sup>19</sup> Botschafter Freitag, Teheran, legte am 29. Oktober 1987 dar, daß das Handelsembargo der USA, sofern wirksam, für den Iran zu Devisenknaptheit führen und damit auf dessen „Wirtschaftsbeziehungen mit (überwiegend gegen Devisenzahlungen liefernde) OECD-Staaten unmittelbar durchschlagen“ werde. Daraus werde sich wohl eine verstärkte iranische Nachfrage nach Ersatzgütern aus der Bundesrepublik gegen höhere deutsche Ölabbnahmen ergeben, wobei die iranische Seite auf die Stellung der Bundesrepublik als größtem Lieferanten sowie auf den guten Stand der bilateralen Beziehungen verweisen werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1885; Referat 422, Bd. 149156.

	Liste A (Rüstungsgüter)	Liste C (Dual-use-Güter)	zusammen
1983	189 Mio. DM	67,1 Mio. DM	256,8 Mio. DM <sup>20</sup>
1984	152,6 Mio. DM	151 Mio. DM	303,7 Mio. DM
1985	98,9 Mio. DM	581,5 Mio. DM	680,5 Mio. DM
1986	146 Mio. DM	noch nicht bekannt	

Dabei handelt es sich im wesentlichen um

- Maschinen und Ersatzteile (Verschleißteile) der Fa. Fritz Werner, Heckler & Koch und Mauser für Munitionsproduktion. Fritz-Werner-Lieferungen 1981–87: ca. 160 Mio. DM (alles Liste A);
- Sende-Empfangsanlagen, Chiffriergeräte, Peilantennen für militärische und zivile Zwecke (alles Liste C<sup>21</sup>).

Hier könnte an einen Verzicht auf Genehmigung von Maschinen und Ersatzteilen, die für die Munitionsproduktion benötigt werden (Liste A), gedacht werden (zu den für Fa. Fritz Werner daraus entstehenden Problemen vgl. Aufzeichnung der Abt. 4 vom 17.8.1987 – 424-411.10 IRN VS-Nfd<sup>22</sup>, liegt der Leitung vor). Eine solche Maßnahme könnte ohnehin erforderlich werden, wenn sich der Sicherheitsrat der VN auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der SR-Resolution 598<sup>23</sup> verständigen sollte. Darüber hinaus käme eine Versagung der Genehmigung fernmeldetechnischer Anlagen, deren Endempfänger iranische militärische Besteller sind, in Betracht.

3) Ausfuhrbürgschaften können für Geschäfte mit Iran bis zu einer Orientierungsröße von 20 Mio. DM pro Einzelgeschäft übernommen werden; größere Aufträge werden nur in besonderen Fällen verbürgt. Kriegsrisiken sind von der Deckung ausgeschlossen.

Das Obligo aus Bundesbürgschaften für Irangeschäfte beträgt z. Zt. 4,3 Mrd. DM; dazu kommen Grundsatzzusagen für noch nicht fest abgeschlossene Geschäfte mit Auftragswerten von 1,05 Mrd. DM.

Bisher sind nicht ausfuhrgenehmigungspflichtige Lieferungen an Besteller aus dem militärischen Bereich i.d.R. verbürgt worden, wenn nicht der konkrete Verdacht bestand, daß die Waren für den unmittelbaren Kriegseinsatz bestimmt sind (z. B. Schiffsmotoren für Pasdaran). Künftig könnten Bürgschaften für Lieferungen an militärische Besteller versagt werden, sofern nicht besondere Gründe für eine Indeckungnahme sprechen (z. B. medizinisches Gerät).

IV. Da am 9./10. November ein Besuch des stellvertretenden amerikanischen AM Whitehead in Bonn<sup>24</sup> ansteht, könnte zunächst abgewartet werden, ob und in welcher Form die amerikanische Regierung bei dieser Gelegenheit erneut

<sup>20</sup> So in der Vorlage.

<sup>21</sup> An dieser Stelle wurde handschriftlich eingefügt: „+A“.

<sup>22</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vgl. Dok. 230.

<sup>23</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>24</sup> Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead in der Bundesrepublik vgl. Dok. 312.

Wirtschaftsmaßnahmen gegen Iran zur Sprache bringt.<sup>25</sup> Mit BMWi sollte aber schon jetzt in eine Prüfung folgender möglicher Maßnahmen eingetreten werden:

- a) Vorlage jedes einzelnen Ausfuhr genehmigungs antrages bei BMWi/AA und Anlegung eines besonders strengen Maßstabs bei der Prüfung gemäß Ziffer III. 2<sup>26</sup>;
- b) restriktive Deckungspraxis bei Lieferungen an Besteller im militärischen Bereich gemäß Ziffer III. 3;
- c) bei Ausfuhrbürgschaften Erklärung des deutschen Exporteurs, daß er seiner Kenntnis nach nicht in ein ursprünglich amerikanisches Geschäft eintritt, sowie Ausschluß amerikanischer Zulieferungen aus der Hermes-Deckung;
- d) Aufforderung an deutsche Unternehmen, keine wirtschaftlichen Vorteile aus amerikanischen Maßnahmen gegen Iran zu ziehen.
- e) Außerdem sollte mit BMWi die Frage des Zeitpunkts der grundsätzlich für Frühjahr 1988 vorgesehenen Sitzung der deutsch-iranischen Wirtschaftskommission aufgenommen werden.

D 2<sup>27</sup> und D 3 i. V.<sup>28</sup> haben mitgezeichnet.

P.S.: Im hypothetischen Fall, daß die Verhängung von Sanktionsmaßnahmen (Verbot der Einfuhr von Öl und der Ausfuhr bestimmter Warenarten) in Betracht gezogen wird, wäre eine mögliche Zuständigkeit der EG zu berücksichtigen:

- a) Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sind als handelspolitische Maßnahmen grundsätzlich Gegenstand der gemeinsamen Handelspolitik (Art. 113 EG-V<sup>29</sup>). Ob dies auch für politisch motivierte Sanktionsmaßnahmen zutrifft, ist unter den MS allerdings umstritten. Die Bundesregierung hat sich bisher i. d. R. für eine Anwendung des Art. 113 eingesetzt.
- b) Wenn es zu unmittelbar geltendes Gemeinschaftsrecht setzenden Maßnahmen nicht kommen sollte, käme eine Anwendung des Art. 224 EG-V<sup>30</sup> in Betracht (Abstimmung von Maßnahmen im Kriegs- bzw. Spannungsfall). Hier käme ein politischer Beschuß der Außenminister mit anschließender nationaler Umsetzung in Betracht.

Ggf. wird diese Problematik zum Gegenstand einer besonderen Aufzeichnung gemacht werden.

Die oben (Ziffer IV) aufgeführten Maßnahmen gehören ausschließlich in die nationale Zuständigkeit.

Jelonek

#### **Referat 422, Bd. 149156**

<sup>25</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

<sup>26</sup> Korrigiert aus: „Ziffer II. 2“.

<sup>27</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>28</sup> Hans-Günter Sulimma.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut von Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut von Artikel 224 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 892–894.

## 306

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Bundeskanzler Vranitzky**

4. November 1987<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am Mittwoch, dem 4. November 1987 (11.00 Uhr bis 12.45 Uhr)<sup>2</sup>

Teilnehmer auf österreichischer Seite: Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, Frau Gesandtin Dr. Eva Nowotny als Note-taker.

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Peter Hartmann als Note-taker.

(Die beiden Note-taker nahmen ab 12.15 Uhr an dem Gespräch teil.)

Der *Bundeskanzler* faßt als Ergebnis des Gespräches über bilaterale Fragen zusammen:

- Zur Problematik des alpenüberquerenden Verkehrs<sup>3</sup> habe er EGK-Präsident Delors am 27. Oktober 1987<sup>4</sup> geschrieben und darauf gedrängt, daß das anstehende Verhandlungsmandat auf der nächsten Ratstagung der Verkehrsminister am 7. Dezember 1987 verabschiedet wird.<sup>5</sup> Die Angelegenheit werde er außerdem auf dem bevorstehenden ER am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen<sup>6</sup> ansprechen. Dem Unterzeichner<sup>7</sup> gibt der Bundeskanzler den Auftrag,

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 4. November 1987 gefertigt und am 11. November 1987 „zur persönlichen Kenntnisnahme von Herrn Bundesminister Genscher“ an Ministerialdirigent Jansen übermittelt.

Hat Jansen am 11. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister.“ Hat Genscher am 15. November 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178923.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Vranitzky besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 6. November 1987.

<sup>3</sup> Referat 423 notierte in einer undatierten Aufzeichnung: „Erhebliche Probleme, die auch das Verhältnis Ös[terreich]/EG betreffen, stellen sich im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr. [...] Als Transitland für den alpenquerenden Personen- und Güterverkehr mit Italien sowie mit Jugoslawien und unserem EG-Partner Griechenland kommt Ös. im europäischen Verkehrsnetz besondere Bedeutung zu. Verkehrsinfrastruktur und Umwelt sind großen und weiter zunehmenden Belastungen ausgesetzt (dies gilt besonders für Tirol), die Ös. nach und nach verringern möchte. Es sucht hierbei die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und war lange bemüht, restriktive Maßnahmen zu vermeiden. Im Verlauf des Jahres 1987 versuchte Ös., eine allgemeine Autobahngebühr (auf unsere Vorstellungen wieder fallen gelassen) einzuführen, und schaffte am 1.9.1987 die Brenner-Jahresmautkarte für ausländische LKWs ab. Diese Frage hat seitdem [...] die Beziehungen zwischen Ös. und der Bundesrepublik Deutschland erheblich belastet.“ Vgl. Referat 423, Bd. 176632.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „20. Oktober 1987“.

<sup>5</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 27. Oktober 1987 an den Präsidenten der EG-Kommission, Delors, vgl. Referat 423, Bd. 176632.

Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister billigte am 7. Dezember 1987 in Brüssel die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften, Jugoslawien, Österreich und der Schweiz mit dem Ziel, eine den Bedingungen des Binnenmarktes entsprechende Transitverkehrsregelung zu schaffen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1987, S. 87.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 358.

<sup>7</sup> Peter Hartmann.

vor Ende des Monats den Stand der Beratung in Brüssel beim zuständigen BMV zu erfragen.

Im übrigen würden wir unsere Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988<sup>8</sup> nutzen, um in der Sache weiter voranzukommen.

Der Bundeskanzler, der Bundeskanzler Vranitzky zuvor unser Papier mit den Elementen für eine bilaterale Vereinbarung über die Lösung der Transitprobleme überreicht hatte, erklärt, über dieses Papier sollten die Verkehrsminister der beiden Länder<sup>9</sup> so bald wie möglich sprechen. Wenn dies aus der Sicht von Bundeskanzler Vranitzky förderlich sei, so biete er zusätzliche Kontakte zwischen MD Teltschik oder dem Unterzeichner und den zuständigen Beamten im österreichischen Bundeskanzleramt an.

- In der Frage des Abkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen solle man jetzt die Verhandlungen voranbringen.<sup>10</sup> Sobald Bundeskanzler Vranitzky das in Aussicht genommene Gespräch mit MP Strauß geführt habe, werde der Bundeskanzler seinerseits den bayerischen Ministerpräsidenten ansprechen. Sein Wunsch sei es, die Angelegenheit möglichst bald zu einem Abschluß zu bringen.

Der Bundeskanzler spricht sodann noch kurz die Bitte der Stadt Bonn an, im Rahmen der bevorstehenden 2000-Jahr-Feier (1989) einen Teil der in Wien aufbewahrten Reichskleinodien ausstellen zu können.

*Bundeskanzler* sagt Prüfung zu.

Bundeskanzler Vranitzky kommt dann auf den Wunsch seiner Regierung zu sprechen, Wien als Konferenzort für künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle<sup>11</sup> anzubieten. Mit Ausnahme von Frankreich hätten sich bisher alle Teilnehmerstaaten für Wien ausgesprochen. Die französische Haltung werde damit begründet, daß die bisher erfolglos verlaufenen MBFR-Verhandlungen die KRK-Verhandlungen negativ präjudizieren könnten.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, das Thema auf dem bevorstehenden deutsch-französischen Gipfel<sup>12</sup> mit Staatspräsident Mitterrand zu erörtern.<sup>13</sup> Hierbei wolle er vor allem damit argumentieren, daß es politisch wichtig sei, eine Geste gegenüber Österreich zu machen.<sup>14</sup>

Der Bundeskanzler weist den Unterzeichner an, Frau Gesandtin Nowotny nach dem deutsch-französischen Gipfel von dem Ergebnis zu unterrichten.

Bundeskanzler *Vranitzky* erklärt, er sei gestern mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der ČSSR, Rohliček, zusammengetroffen. Dieser habe ihm von

<sup>8</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

<sup>9</sup> Jürgen Warnke (Bundesrepublik) und Rudolf Streicher (Österreich).

<sup>10</sup> Zur Frage eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Österreich zur Regelung von Fragen im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen vgl. Dok. 207.

<sup>11</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

<sup>12</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

<sup>13</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Warum wurde ich nicht daran erinnert?“

<sup>14</sup> Der Passus „Der Bundeskanzler ... zu machen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das geschehen?“

dem Richtungsstreit zwischen „Liberalen“ und „Orthodoxen“ berichtet und darauf hingewiesen, daß die Dinge sich mehr in Richtung von MP Štrougal entwickelten. Die „Hardliner“ schienen im Augenblick politisch ausgebootet zu sein. Auf die Entwicklung in der SU eingehend, meint Bundeskanzler Vranitzky, dort sei in den letzten Tagen sehr schillernd diskutiert worden.<sup>15</sup>

Der *Bundeskanzler* erwidert, ein Meinungsaustausch über diese Fragen sei ihm sehr wichtig. Seines Erachtens hätten sich die Schwierigkeiten Gorbatschows in den letzten Monaten verstärkt. Dies sei allerdings keine personalisierte Frage, sondern in objektiven Faktoren begründet. Was Gorbatschow wolle, nämlich ein ineffizientes System effizienter zu machen, sei im Grunde genommen nicht machbar.

Man müsse im übrigen entschieden der Illusion entgegentreten, daß sich die Sowjetunion in Richtung auf eine Demokratie entwickle. Er gehe davon aus, daß sich die SU in den nächsten drei bis fünf Jahren stark mit sich selbst beschäftigen werde. Das bedeute allerdings nicht, daß die SU in prinzipiellen Fragen den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes „Leine lassen werde“. Es gebe aber offensichtlich mehr „Auslauf“ für sie.

Sein Ziel sei es, die jetzige Entwicklung zu nutzen und möglichst viel für die Menschen herauszuholen.

Der Bundeskanzler erläutert kurz die jüngste Vereinbarung mit Ungarn über die Förderung der Kulturarbeit der Ungarndeutschen.<sup>16</sup> Diese stelle ein wichtiges Signal für andere Länder des WP dar, insbesondere für Polen, wo die Lage der Deutschstämmigen besonders schlecht sei. Er werde möglichen polnischen Wünschen so lange nicht entgegenkommen, als sich diese Lage nicht bessere.

Auch im Falle Rumänien sei die Lage der rund 200 000 Deutschen äußerst unerfreulich. Er wolle sich daher bemühen, deren Auswanderung über die bestehende Regelung<sup>17</sup> hinaus zu beschleunigen. Allerdings habe Ceaușescu insofern

<sup>15</sup> Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, berichtete am 2. November 1987, der Sekretär des ZK der KPdSU, Lukjanow, habe bei einer Pressekonferenz am 31. Oktober 1987 eingeräumt, daß es bei der Sitzung des ZK-Plenums am 21. Oktober 1987 Kontroversen gegeben habe. Der Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Jelzin, habe „vor allem den Arbeitsstil der führenden Organe der Partei und den Fortgang der Perestroika angesprochen. Sein Beitrag habe eine Reihe von Wertungen enthalten, mit denen die Mitglieder des ZK nicht übereinstimmt hätten. Da Genosse Jelzin seinen Rücktritt angeboten habe, würden Politbüro und Moskauer Stadtparteikomitee in Übereinstimmung mit geltenden Bestimmungen „Fragen im Zusammenhang mit diesem Angebot“ prüfen.“ Lukjanow habe damit „seit Tagen umlaufende Gerüchte zu kontroversem Diskussionsverlauf und Rücktrittsantrag Jelzins bestätigt“. Genaueres bleibe unbekannt: „Über die Gründe für Jelzins ungewöhnlichen Auftritt herrscht nach wie vor Rätselraten. Er hat sein Amt in Moskau mit großen Ansprüchen an sich selbst angetreten, bisher aber wenig dauerhaften Erfolg gehabt. [...] Seine eigene Politik scheint von einem gewissen ‚Voluntarismus‘ geprägt, wie man ihn sonst Chruschtschow vorwirft. Daß sich trotz seines harten Durchgreifens in vielen Einzelfällen und zahlreichen Umbesetzungen im Kaderbereich bisher so wenig gebessert hat, muß Jelzin unbefriedigend erscheinen. Und daß manche seiner Initiativen an anderer Stelle in Partei und Bürokratie bewußt sabotiert werden, ist aufgrund seiner hohen Konfliktbereitschaft nicht auszuschließen.“ Möglicherweise spielt auch Jelzins Gesundheitszustand eine Rolle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3512; Referat 213, Bd. 143517.

<sup>16</sup> Zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vom 7. Oktober 1987 über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren sowie über die Förderung von kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit und die Förderung der deutschen Sprache vgl. Dok. 277, Anm. 15 und 17.

<sup>17</sup> Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

ein Problem, als auch rund 2 Mio. Ungarn in Rumänien lebten, die das Land verlassen wollten.

Er selber werde im Januar nach Prag reisen.<sup>18</sup> Wir hätten bisher zur ČSSR ein eher distanziertes Verhältnis gehabt.<sup>19</sup> Es bestehe aber auch deutscherseits großes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf den jüngsten Besuch von Generalsekretär Honecker zu sprechen.<sup>20</sup> Es spreche zur Zeit wenig dafür, daß Honecker das Feld räumen wolle. Honecker bleibe zwar strammer Kommunist, wolle aber nicht als „Unperson“ – wie seinerzeit Ulbricht – in die Geschichte eingehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR sei verglichen mit den anderen WP-Staaten besser, aber im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland gehe die Schere immer weiter auf. Die DDR habe erheblichen Nutzen vom innerdeutschen Handel. Die der DDR seinerzeit eingeräumte Bürgschaft habe ihr bei der Bebeschaffung weiterer Kredite durch Privatbanken sehr geholfen.<sup>21</sup>

Seine Bedingung sei seinerzeit gewesen, daß die DDR sich zu weiteren Erleichterungen im Reiseverkehr bereit erkläre. Diesen Verpflichtungen sei sie nachgekommen. In diesem Jahr würden rund 3 1/2 Millionen Besucher aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland kommen, davon 1,2 Millionen, die noch nicht im Rentenalter stünden.

Bemerkenswert sei, daß die Einstellung der Bevölkerung der DDR zur Frage der Staatsbürgerschaft sich verändert habe. Früher hätten rund 50 % für eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft plädiert; nach neueren Umfragen seien es nur noch 20 %. Man müsse allerdings auch sehen, daß mit diesen verstärkten Reisekontakte auch Probleme auf die DDR zukämen. Auch sei für die DDR die Tatsache belastend, daß immer mehr DDR-Bürger mit DM einkauften, die praktisch zur zweiten Währung geworden sei.

Die SU beobachte diese Entwicklung mit einer gewissen Distanz. Polen habe auf den Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland mit Gehässigkeit reagiert.

Der Bundeskanzler erklärt, Gorbatschow werde möglicherweise im Frühjahr<sup>22</sup> in die Bundesrepublik Deutschland kommen.<sup>23</sup> Dies habe er einem Brief entnommen, den ihm der Generalsekretär der KPdSU vor wenigen Tagen übermittelt habe.<sup>24</sup>

Bundeskanzler *Vranitzky* erinnert an die desolate wirtschaftliche und politische Lage Jugoslawiens. Dabei müsse man sagen, daß Jugoslawien nichts falsch oder

<sup>18</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>19</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>21</sup> Zu den Milliarden-Krediten für die DDR in den Jahren 1983 und 1984 vgl. Dok. 269, Anm. 8.

<sup>22</sup> Die Worte „im Frühjahr“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>23</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik erst vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2-4.

<sup>24</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

Zum Antwortschreiben Kohls vom 24. November 1987 vgl. Dok. 335.

richtig mache, sondern einfach nichts tue. Die deutsche Bürgschaft für Ungarn bezeichnet Bundeskanzler Vranitzky ausdrücklich als eine Großtat, mit der Ungarn wirksam geholfen werde.<sup>25</sup> In Wirklichkeit ginge es allerdings auch den Ungarn wirtschaftlich nicht viel besser; sie verstanden es nur, sich besser nach außen zu verkaufen.

Bundeskanzler Vranitzky kommt abschließend kurz auf die Haltung seines Landes zur EG zu sprechen und erklärt, die Frage einer Mitgliedschaft stünde jetzt nicht im Vordergrund.

Der Herr *Bundeskanzler* schließt mit der Bemerkung, er gehe allerdings davon aus, daß sich diese Frage Mitte der 90er Jahre stellen werde.

**Referat 010, Bd. 178923**

## 307

### Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Hocké

5. November 1987<sup>1</sup>

Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen am 5. November 1987 im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

An dem Gespräch, das von 11.00–11.45 Uhr dauerte, nahmen außerdem teil:  
Frau Fiorella Capelli, Leiterin der Europa- und Nordamerika-Abteilung des UNHCR; Herr James Widgren, Koordinator für die Regierungsgespräche über Asylbewerber in Europa und Nordamerika beim UNHCR; Herr René van Rooyen, Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bun-

<sup>25</sup> Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationssekretär Krumrei, Bundeskanzleramt, am 9. November 1987 gefertigt und am 25. November 1987 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach übermittelt.

Hat Legationssekretär Köhler am 27. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung u. a. an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Bazing und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Giesder verfügte.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz in Vertretung von Richthofen am 30. November 1987 vorgelegen.

Hat Bazing am 30. November 1987 vorgelegen.

Hat Giesder am 30. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seiwert verfügte.

Hat Seiwert am 4. Dezember 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 231, Bd. 148299.

<sup>2</sup> Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Hocké, besuchte die Bundesrepublik vom 3. bis 5. November 1987.

desrepublik Deutschland, sowie Botschafter Dr. Fredo Dannenbring, Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in Genf.

Der *Hohe Kommissar* stellte die weltweiten Zusammenhänge im Bereich der Flüchtlingshilfe dar. Mehr als 90% aller Flüchtlinge fänden heute in Nachbarländern der Dritten Welt Aufnahme, deren Regierungen in der Regel auch zur Hilfe bereit seien. Doch könne das Engagement dieser Regierungen in der Flüchtlingshilfe noch größer sein, wenn erkennbar auch die Industriestaaten im Sinne einer fairen Lastenverteilung das Flüchtlingsproblem mittrügen. Die Bedeutung dieses Zusammenhangs für die Mobilisierung weiterer Hilfe für die Flüchtlinge in der Dritten Welt dürfe nicht unterschätzt werden.

Die öffentliche Meinung in Westeuropa aber sei dem Flüchtlingsproblem nicht günstig gesonnen, vor allem, weil heute anders als früher wirkliche Flüchtlinge mit vielen anderen Gruppen verwechselt werden könnten, die ja aus verschiedenen Gründen ihre Heimat verlassen (Auswanderer/Terroristen/Drogenschmuggler). Europa dürfe sich davon nicht abhalten lassen, seine Aufgabe gegenüber den echten Flüchtlingen zu erfüllen, und solle daher genauer zwischen den verschiedenen Arten von Flüchtlingen unterscheiden. Der Visum-Zwang allein sei dazu nicht in der Lage. Der Hohe Kommissar zeigte Verständnis dafür, daß Westeuropa und insbesondere auch die Bundesrepublik den ungefilterten Massenzustrom aller Arten von Flüchtlingen zu bremsen versucht.<sup>3</sup>

Bundesminister *Dr. Schäuble* schilderte die besondere Asylsituation in der Bundesrepublik Deutschland. Er wies auf den hohen deutschen Aufnahmanteil innerhalb Westeuropas und auf die jährlich vor allem für Gemeinden und Länder entstehenden Unterhaltskosten für die Flüchtlinge von im Durchschnitt 2 1/2 Mrd. DM hin. Dies dürfe gerade in Deutschland nicht zum Auftreten von innenpolitischen Gegenbewegungen führen, wie es in Frankreich der Fall sei (Le Pen). Ein weiteres Sonderproblem ergebe sich aus der Rechtslage: Aus dem einklagbaren Asylanspruch (Art. 16 GG<sup>4</sup>) folge eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von fünf bis sechs Jahren für Asylsuchende, auch wenn am Ende nur einem geringen Teil der Flüchtlingsstatus zuerkannt werde. Eine Ausweitung des verfassungsmäßigen Asylanspruchs auch auf Wirtschaftsflüchtlinge würde jedoch in jeder Hinsicht eine unkontrollierbare Situation schaffen und damit gerade den in wirklicher Not sich befindenden Flüchtlingen einen schlechten Dienst erweisen.

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß Europa insgesamt seinen Teil des Flüchtlingsproblems zu tragen habe und faire Lastenverteilung mit der Dritten Welt anzustreben sei. Der Großteil der Flüchtlinge werde zweckmäßigerweise vor allem in der Heimatregion untergebracht; die Verteilung auf westeuropäische Staaten sei am besten auf westeuropäischer Ebene gemeinsam zu klären.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 26. August 1986; Dok. 38, Anm. 17.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

<sup>5</sup> Der Passus „die Verteilung ... zu klären“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „BMI – BK?“

Der *Hohe Kommissar* sprach sich dafür aus, den Flüchtlingen über die Nothilfe hinaus auch ein normales Leben zu ermöglichen, insbesondere die Aufnahme einer Arbeit. Dies erleichtere den Flüchtlingen ihre Existenz bedeutend und nütze den Gastländern, denen der Ertrag dieser Arbeit auch zugute käme. Dabei zeige die Erfahrung<sup>6</sup>, daß viele Flüchtlinge doch in überschaubarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren könnten. Dies sollte die Regierungen dazu veranlassen, der Integration von Flüchtlingen positiver gegenüberzustehen.

Auf die Frage nach einer konkreten möglichen Regelung für ein zeitweiliges Asyl schlug der Hohe Kommissar vor, jeweils im Einzelfall pragmatisch darüber zu entscheiden. In diesem Zusammenhang müsse gesehen werden, daß viele Gastländer Flüchtlinge weitergeben müßten, weil die Ursprungsländer sie in ihrer Nachbarschaft nicht akzeptieren wollen. Die hierdurch auch auf Europa zukommende Belastung schwanke und sei zahlenmäßig daher nicht genau zu erfassen.

Übereinstimmung bestand darüber, daß die angeschnittenen Fragen weiterer Diskussion bedürften.

Bundesminister *Dr. Schäuble* versicherte, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Teil des Flüchtlingsproblems tragen wolle und daß sie sich bisher bereits nach Kräften darum bemüht habe. Die Bundesregierung werde sich an der Diskussion über eine bessere Kooperation innerhalb Westeuropas und mit dem UNHCR weiter beteiligen.<sup>7</sup>

**Referat 231, Bd. 148299**

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Bei uns?“

<sup>7</sup> Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem UNHCR vgl. Dok. 137, Anm. 4.

**308**

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter**

**220-370.00 SB VS-NfD****9. November 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn D 2A<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister<sup>4</sup> vorgelegt

Betr.: Genfer Verhandlungen;

hier: Aussichten für eine Kompromißlösung im Verhandlungsbereich  
Weltraum- und Defensivwaffen

Anlg.: 25

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

**I. Vorbemerkung**

Seit der Vereinbarung des amerikanisch-sowjetischen Gipfeltermins<sup>6</sup> wird zunehmend darüber spekuliert, ob die SU dabei ist, ihre Verhandlungsposition im Bereich Weltraum- und Defensivsysteme zu revidieren und das Junktim START/Weltraum zu lockern.

Richtig ist, daß die SU ihre Kritik an SDI wesentlich zurückgenommen hat und sich primär auf Ausfüllung des Kompromißrahmens von Reykjavík<sup>7</sup> (zehn Jahre Festhalten am ABM-Vertrag) konzentriert. In der wichtigsten Frage jedoch, die in Genf konkret zur Lösung ansteht, blieben beide Seiten bisher hart: Die SU will die Erprobung von Raketenabwehrsystemen und -komponenten im Weltraum verhindern, die USA wollen sich eben diese Option offenhalten.

Dessen ungeachtet erscheint aber angesichts des faktischen SDI-Programmstandes eine Evolution der Verhandlungspositionen beider Seiten nicht ausgeschlossen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Botschafter Holik am 11. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine interessante Aufzeichnung!“

<sup>4</sup> Hat Bundesminister Genscher am 15. November 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 16. November 1987 vorgelegen.

Hat Holik am 16. November 1987 erneut vorgelegen.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigegeben waren Auszüge eines Berichts des amerikanischen Verteidigungsministeriums an den Kongreß vom 21. September 1987 über den ABM-Vertrag (Anlage 1) sowie Auszüge eines Berichts an den Kongreß über das SDI-Programm vom 19. März 1987 (Anlage 2). Vgl. Referat 220, Bd. 144758.

<sup>6</sup> Vgl. das „Joint Statement“ vom 30. Oktober 1987; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 70. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 4. November 1987, S. 1f.  
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavík vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

## II. Stand des SDI-Programms

Der Glanz von SDI verblaßt. Es fällt schwer, im gegenwärtigen Programm noch Anhaltspunkte für einen etwa bevorstehenden tiefgreifenden Wandel der strategischen Gleichung zu erkennen. Wesentliche Gründe hierfür sind:

- Die Grenzen des technisch Machbaren sind nach wie vor eng;
- der Kongreß bremst.

### 1) Die Grenzen des technisch Machbaren

SDI ist heute nur noch in eingeschränktem Maße das weitausgreifende Forschungsprogramm, das 1984/85 die sicherheitspolitische Diskussion bestimmte. Sollten die gegenwärtigen Pläne des Pentagon verwirklicht werden, so wird SDI in Richtung auf „Near-term“-Entwicklung, -Erprobung und -Dislozierung umstrukturiert. Vordergründig erscheint dies zunächst als eine erhebliche Beschleunigung des Programms. Hinter der geplanten Umstrukturierung verborgen sich jedoch zwei Tatsachen, die eher auf eine gewisse Stagnation hindeuten:

- Die ursprünglich avisierten futuristischen, wirklich revolutionären Waffentechnologien (Strahlenwaffen, elektromagnetische Hochgeschwindigkeitskanonen) werden einstweilen hintan gestellt, ohne daß die Frage ihrer Machbarkeit geklärt wäre.<sup>8</sup>
- Statt dessen soll bis auf weiteres der Schwerpunkt auf kinetisch wirkenden Abfangraketen (boden- und weltraumgestützt) eher herkömmlicher Technologie liegen.

Mit der vom Pentagon angestrebten frühzeitigen Dislozierungsoption (1994/95) soll die strategische Zielplanung der SU wesentlich erschwert und damit die Abschreckung gestärkt werden. Kritiker halten dem entgegen, daß wirksame, überlebensfähige und kosteneffektive Raketenabwehr im Weltraum mit den ins Auge gefaßten Abfangraketen, die sich auf Satelliten in niedrigen Umlaufbahnen befinden sollen, nicht zu erreichen ist. Das Vertrauen des Pentagon selbst in die „Near-term“-Technologie scheint begrenzt zu sein:

„Because it cannot be expected that the Soviet threat will remain static, a defence that could be effective if deployed in the mid-1990s may not be effective if deployed significantly later. Consequently, such delays could result in the loss of deployment options.“<sup>9</sup>

<sup>8</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Im Bericht ‚Science and Technology of Directed Energy Weapons‘ der Amerikanischen Physikalischen Gesellschaft (A[merican]P[ysical]S[ociety]) vom April 1987 heißt es hierzu: ‚We estimate that even in the best of circumstances, a decade or more of intensive research would be required to provide the technical knowledge needed for an informed decision about the potential effectiveness and survivability of directed energy weapon systems. In addition, the important issues of overall system integration and effectiveness depend critically upon information that, to our knowledge, does not yet exist.‘ (Die Wissenschaftler der APS-Studiengruppe hatten vollen Einblick in das SDI-Programm.) Eine Presseerklärung der APS ergänzte: ‚In view of the large gap between current technology and the advanced levels required for an effective missile defence, the SDI program should not be a controlling factor in U.S. security planning and the process of arms control. It is the judgment of the Council of the American Physical Society that there should be no early commitment to the deployment of SDI components.‘“

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Zitat aus dem als Anlage 1 beigefügten Dokument.“

Zudem gibt es auch<sup>10</sup> innerhalb der an SDI beteiligten Wissenschaftler die Sorge, daß die langfristig angelegte Forschung zugunsten eines überstürzten kurzfristigen Entwicklungs- und Erprobungsprogramms geopfert werden könnte. Im übrigen sind eine Reihe weiterer Grundprobleme, wie das der Transportkapazität in den Weltraum, nach wie vor ungeklärt.

## 2) Bremswirkung des Kongresses

Die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses bremst SDI auf zweifache Weise: zum einen durch das Beharren auf der engen Auslegung des ABM-Vertrags<sup>11</sup>, zum anderen durch Abstriche an den Budgetfordernungen der Administration.

Der Widerstand im Kongreß gegen die inhaltliche Neubestimmung des ABM-Vertrags mittels der sog. „breiten Interpretation“ ist nach wie vor groß (insbesondere seitens Senator Nunn, des einflußreichen Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat<sup>12</sup>). Der Widerstand richtet sich gegen die vom Pentagon für die nächsten Jahre geplanten Tests im Weltraum, die der Erprobung vollständiger ABM-Systeme oder ihrer Komponenten<sup>13</sup> dienen sollen. Nach der traditionellen, „engen“ Auslegung des Vertrags wären solche Tests verboten. Beide Häuser des Kongresses verabschiedeten zum Verteidigungshaushalt 1988 Zusätze, die den Übergang zur Anwendung der breiten Auslegung von der Zustimmung des Kongresses abhängig gemacht hätten.<sup>14</sup> Der voraussichtliche Haushaltskompromiß zwischen Administration und Kongreß soll laut New York Times vom 8.11.1987 nur für solche Tests Mittelzuweisungen enthalten, die sich im Rahmen der engen Auslegung halten.<sup>15</sup> Damit würde die Entscheidung über die Umstrukturierung des SDI-Programms und den Übergang zur breiten Auslegung um mindestens ein Jahr verschoben. (Dies bedeutet noch kein Präjudiz für die amerikanische Verhandlungsposition in Genf, da es dort um Festlegungen für sieben bis zehn Jahre geht.)

Die zweite wesentliche Bremswirkung des Kongresses auf SDI zeigt sich im Vergleich von Mittelanforderungen und -bewilligungen:

- Anforderungen für FY 1985–88: 16 Milliarden Dollar.
- Bewilligungen für FY 1985–88: ca. 11 Milliarden Dollar.<sup>16</sup>

Die allgemeine Haushaltsslage in den USA spricht dafür, daß sich dieser Trend in Zukunft eher noch verstärkt. Das bedeutet u.a., daß die vom Pentagon geplante Umstrukturierung der SDI mit ausgedehnten Testreihen und Dislozierungsoption ab 1994/95 schon aus diesem Grund kaum realistisch ist, da die Planung des Pentagon von der Prämisse ausgeht, daß die Mittelanforderungen voll bewilligt werden. (Die als Anlage 1 und 2 beigefügten Dokumente illustrieren mit weiteren

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „gibt auch“.

<sup>11</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

<sup>12</sup> Zur ablehnenden Haltung des Senators Nunn gegenüber einer „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 280, Anm. 13.

<sup>13</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 21.

<sup>14</sup> Zum Stand der Beratungen über den amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 266, Anm. 7.

<sup>15</sup> Vgl. den Artikel „A Compromise on Arms Reached in Washington“, THE NEW YORK TIMES vom 8. November 1987, S. 14.

<sup>16</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Allein für F[iscal]Y[ear] 1988 wird die Differenz ca. 2 Mrd. Dollar betragen: Anforderung 5,7 Mrd. – Bewilligung ca. 3,6–3,9 Mrd. Dollar.“

Einzelheiten, wie konträr der gegenwärtige Stand des Programms in Pentagon und Kongreß gewertet wird.)<sup>17</sup>

### III. Perspektiven für die Genfer Verhandlungen

#### 1) Verhandlungsstand im Bereich Defensiv- und Weltraumwaffen

Seit dem Gipfeltreffen von Reykjavik besteht grundsätzliches Einvernehmen, den prinzipiellen Konflikt in der Frage strategischer Verteidigung zunächst auszuklämmern und mittels befristeter Festschreibung des ABM-Vertrags eine temporäre Lösung anzustreben.

Zur Ausfüllung dieses Kompromißrahmens bedarf es der Einigung in drei Fragen:

- Zeitdauer des Verzichts auf das Kündigungsrecht aus dem ABM-Vertrag (USA: sieben Jahre – SU: zehn Jahre).
- Regelung für die Zeit nach Ablauf der vereinbarten Frist (USA: automatischer Wegfall jedenfalls der entscheidenden Bestimmungen des ABM-Vertrags – SU: Fortgelten des ABM-Vertrags mit der gegenwärtig geltenden Kündigungsfrist).
- Bestimmung der konkreten Schranken des ABM-Vertrags für den vereinbarten Zeitraum.

Frage 1 dürfte kein größeres Problem darstellen. Frage 2 ist schwieriger, erscheint aber einer prozeduralen Lösung zugänglich. Frage 3 ist entscheidend. Der Dissens darüber, ob Tests von ABM-Systemen oder ihrer Komponenten im Weltraum erlaubt (so USA) oder verboten (so SU) sein sollen, dürfte sich kaum durch einen Formelkompromiß überdecken lassen. Dieser Dissens ist gegenwärtig in folgende Verhandlungspositionen gekleidet:

- Die SU schlug auf dem Washingtoner Außenministertreffen im September<sup>18</sup> zwei Alternativen zur Bestimmung der konkreten Schranken des ABM-Vertrags vor:
  - Entweder Beachtung des ABM-Vertrags „as signed and ratified in 1972“, womit die ursprüngliche (enge) Auslegung gemeint sein dürfte,
  - oder Ausarbeitung einer Verbotsliste der Testobjekte und ihrer Leistungsparameter, die nicht für Erprobungszwecke in den Weltraum gebracht werden dürfen.
- Die USA schlagen für den vereinbarten Zeitraum die „strikte Einhaltung der Bestimmungen des ABM-Vertrags“ vor, was aus amerikanischer Sicht die Möglichkeit zur Anwendung der „breiten“ Auslegung offen lässt. Botschafter Lehman erklärte bei den Konsultationen in Bonn am 7.10.1987 auf Frage ausdrücklich, daß die USA keine Beschränkung auf die enge Auslegung akzeptieren könnten.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 21.

<sup>18</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

<sup>19</sup> Der amerikanische Sonderbotschafter Lehman führte am 7. Oktober 1987 gegenüber Botschafter Holik aus, daß „die neuen, in Washington unterbreiteten Vorschläge der SU zum Verhandlungsbereich Weltraum“ wohl immer noch darauf abzielten, „SDI zu Fall zu bringen“. Ferner äußerte er: „Selbst wenn es sich jedoch herausstellen sollte, daß die SU bereit wäre, SDI-Forschung in den Grenzen der traditionellen, restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags zu akzeptieren, müßten die USA dies ablehnen.“ Schließlich werde die Sorge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor

## 2) Entwicklungsmöglichkeiten der amerikanischen Verhandlungsposition

Es ist davon auszugehen, daß Präsident Reagans oft wiederholter Satz, SDI niemals zum „bargaining chip“ zu machen, auch in Zukunft der Ausgangspunkt der amerikanischen Verhandlungsposition bleibt. Frage ist, welche SDI der Präsident meint. SDI in der ursprünglichen Konfiguration als reines Forschungsprogramm wird von der SU nicht mehr in Frage gestellt. Ginge es dem Präsidenten nur um die Forschung<sup>20</sup>, so wäre ein Kompromiß in Genf bereits in Reichweite. Sollte der Präsident jedoch ungehinderte Entwicklungs- und Erprobungsmöglichkeiten im Weltraum im Laufe der nächsten sieben bis zehn Jahre als *Conditio sine qua non* betrachten, so wäre amerikanischerseits mit keiner Kompromißbereitschaft zu rechnen.

Die Beratung des Präsidenten in dieser entscheidenden Frage hängt davon ab, wie hoch der Testbedarf im Lichte des SDI-Programmstandes eingeschätzt wird. Die Anmeldung frühzeitigen Testbedarfs durch das Pentagon im Rahmen der geplanten Umstrukturierung des SDI-Programms war nach überwiegender Expertenmeinung politisch motiviert. Als Hauptmotive wurden die Erwartungen genannt, daß mit der Wende von abstrakter Forschung zu konkreter Entwicklung und Erprobung

- die Budgetforderungen im Kongreß leichter zu begründen seien;
- künftige Regierung und künftiger Kongreß auf nachhaltige Fortführung der SDI festgelegt würden.

Das erste vermutete Motiv hat sich als Fehlkalkulation erwiesen, das zweite im wesentlichen ebenfalls: Budgetäre Festlegungen über das laufende Haushaltsjahr hinaus sind nur bedingt möglich. Eine Reihe amerikanischer Rüstungsprojekte wurden auch nach Milliardeninvestitionen nicht fortgeführt (Beispiel: ABM-Systeme Anfang der 70er Jahre). Lediglich unter einem Aspekt würde die Umstrukturierung des SDI-Programms voraussichtlich irreversible Fakten schaffen: Der Übergang zur Anwendung der breiten Auslegung des ABM-Vertrags wäre schwerlich rückgängig zu machen. Eben dies ist aber nach dem voraussichtlichen Kompromiß zwischen Administration und Kongreß für FY 1988 für die Amtszeit Präsident Reagans kaum noch zu erwarten (vgl. oben Seite 4<sup>21</sup>). Da ferner der Hauptverfechter frühzeitigen Testbedarfs, VM Weinberger, nicht mehr im Amt ist<sup>22</sup>, erscheint eine Neubewertung dieser Frage seitens der amerikanischen Regierung nicht ausgeschlossen. Konkrete Anzeichen hierfür gibt es jedoch noch nicht. Nitze hat sich offenbar nach dem Washingtoner Außenministertreffen vom September für eine positive Antwort auf den sowjetischen Listenvorschlag (konkrete Aufzählung verbotener Weltraumaktivitäten) ausgesprochen, sich hiermit jedoch bisher nicht durchsetzen können.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1551*

einer „Dislozierung neuer Defensivsysteme im Weltraum [...] vom ABM-Vertrag auch in seiner weiten Auslegung abgedeckt“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 220 vom 8. Oktober 1987; Referat 220, Bd. 144758.

<sup>20</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „einschließlich Weltraum-Tests auf Subkomponentenebene“.

<sup>21</sup> Vgl. Anm. 13 und 17.

<sup>22</sup> Nach der Bekanntgabe seines Rücktritts am 5. November 1987 schied der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger am 23. November 1987 aus seinem Amt aus.

### 3) Entwicklungsmöglichkeiten der sowjetischen Position

Amerikanischerseits (Lehman, Kampelman) wurde bereits vor den letzten beiden Außenministertreffen<sup>23</sup> die Erwartung geäußert, daß es der SU für den vereinbarten Zeitraum des Festhaltens am ABM-Vertrag in erster Linie auf die Verhinderung von Stationierungen im Weltraum ankäme; bei entsprechender amerikanischer Festigkeit werde die SU von ihrer Forderung nach einem Testverbot für ABM-Systeme und ihrer Komponenten im Weltraum abrücken. SDI-Stationierung wiederum sei den USA auch bei Anwendung der breiten Auslegung des ABM-Vertrags im Weltraum nicht möglich. Bei der Zwölfer-Unterrichtung über den Shultz-Besuch in Moskau am 26.10.1987 äußerte sich Woronzow in einer Weise, die den amerikanischen Erwartungen nahezukommen schien.<sup>24</sup>

Eine breitere Analyse sowjetischer Äußerungen der letzten Wochen kann diesen Schluß zwar nicht bestätigen, doch weist die gegenwärtige sowjetische Verhandlungsposition Kompromißpotential auf:

- SDI wird im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen nicht mehr thematisiert.
- Als Hauptanliegen wird nunmehr die befristete Festschreibung des ABM-Vertrags hervorgehoben, und zwar nicht mehr die „Stärkung“ (Verschärfung) des Vertrags, sondern seine Beachtung in der ursprünglichen Form. Alternativ wird der jedenfalls im Ansatz pragmatische Vorschlag einer Negativliste für Weltraumversuche angeboten, womit die Auslegungsklippe umschifft werden könnte.
- Die Verhandlungslösung soll durch eine konzeptionelle Diskussion über strategische Stabilität erleichtert werden.

Zusammengefaßt zeigt dies den Willen, für einen konstruktiven Verhandlungsdialog Brücken zu bauen. So greift der neue Akzent auf „strategischer Stabilität“ ein amerikanisches Anliegen auf (wobei hinzuzufügen ist, daß das – auch von uns immer wieder betonte – Erfordernis strategischer Stabilität bereits im Mandat vom 8.1.1985<sup>25</sup> als Verhandlungsziel genannt wird).

<sup>23</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 302.

<sup>24</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 27. Oktober 1987 über die am Vortag vom sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow für die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten vorgenommene Unterrichtung über den Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR. Dabei sei der Themenkomplex START/Weltraumwaffen „mit Gorbatschow, aber auch ausführlich zwischen den Ministern und in Arbeitsgruppe besprochen worden. Es habe Fortschritte in der Frage der Sub-Limits gegeben. Die Positionen seien aufgrund der von SU eingeführten Zahlen sehr nahe beieinander. Die Diskussion werde auf der Grundlage gemeinsamen Textes geführt, der noch zahlreiche Klammer- und offene Stellen aufweise, aber die Basis sei eine gemeinsame. Inspektion und Kontrolle solle sich stark an INF-Modell anlehnen. Hauptproblem sei die in Washington von Schewardnadse aufgeworfene Frage: ABM-10-Jahres-Moratorium oder Negativliste. Dabei gehe SU nicht von weiter oder enger Auslegung aus, sondern erwarte Einhaltung von ABM wie unterzeichnet, wie ratifiziert und wie bis 1983 beachtet.“ SDI sei indes „von SU nicht angesprochen worden. Die US sollten doch mit diesem wenig aussichtsreichen Programm machen, was sie wollten. Die SU interessiere der ABM-Vertrag, d. h. man wolle eine Stationierung von Waffensystemen im Weltraum verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3456; Referat 220, Bd. 144758.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985),

Das genaue Ausmaß sowjetischer Kompromißbereitschaft ist allerdings schwer zu bestimmen. Anhaltspunkte dafür, daß die Sowjetunion in der Hoffnung, ein START-Abkommen werde SDI politisch den Todesstoß versetzen, bereit sein könnte, auf jegliche Verbindung von START und Weltraum zu verzichten, gibt es nicht. Gegenwärtig müssen wir noch davon ausgehen, daß die Unterzeichnung (nicht das Aushandeln) eines START-Abkommens eine Annäherung in der entscheidenden Frage der Zulässigkeit von Tests im Weltraum voraussetzt. In dieser Frage mag der Bezug zu SDI verbal überdeckt werden – durch Betonung des ABM-Vertrags, des Listenvorschlags oder strategischer Stabilität –, faktisch besteht er gegenwärtig noch weiter.

Immerhin ist interessant, wie sehr sowjetische Sprecher in jüngster Vergangenheit betonten, daß SDI sie heute weniger beunruhigt als früher. Schewardnadse erklärte auf seiner Pressekonferenz am 30.10.1987 in Washington: „Sacharow hält dieses Programm für perspektivlos.“ Schewardnadse erwähnte nicht, daß Sacharow aus diesem Grunde auch das Junktum zu START für überflüssig hält. Ob die SU bei nüchterner Betrachtung des SDI-Programmstandes und der Stimmung im amerikanischen Kongreß sich ebenfalls in diese Richtung bewegen wird, bleibt abzuwarten. Der objektive SDI-Programmstand böte jedenfalls beiden Seiten Anlaß, an die Frage der Zweckmäßigkeit bzw. Zulässigkeit von Tests im Weltraum entspannter heranzugehen.

Hofstetter

**Referat 220, Bd. 144758**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1553*

Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

**Generalkonsul Steinkühler, Mailand, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 128****Citissime****Aufgabe: 9. November 1987, 09.10 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 9. November 1987, 10.23 Uhr**

Betr.: Volkstrauertag 1987;

hier: Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano<sup>2</sup>Bezug: Telefongespräch RL 513<sup>3</sup>/Funke vom 5.11.87

Mit der Bitte um Weisung

1) Ich nehme von der Entscheidung des Auswärtigen Amtes Kenntnis, daß ungeachtet der Vorkommnisse und entgegen dem letzten Stand der mit dem VDK getroffenen Vereinbarungen<sup>4</sup> statt meiner der Vertreter des VDK<sup>5</sup> die Ansprache halten soll. Damit rückt das Auswärtige Amt von der Erlaßlage (RE vom 2. Oktober 1987 – 513-703.10) ab, wonach „die Leiter der Auslandsvertretungen in eigener Zuständigkeit über den Rahmen<sup>6</sup> der örtlichen Gedenkfeiern entscheiden“ und „bei der Ausgestaltung der Gedenkfeier die politische Sensibilität mancher Gastländer zu bedenken ist“. Auffällig ist insbesondere der Widerspruch zum letztgenannten Grundsatz.

2) Die Darstellung der inkriminierten Feierstunde vom 16. Mai<sup>7</sup> vervollständige ich insofern, als dabei von anderer Seite auch erklärt wurde, die Trauer müsse

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Born am 9. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kuhna „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Grafe verfügte.  
Hat Grafe am 9. November 1987 vorgelegen.

Hat Kuhna am 11. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Botschafter Ruth im verschlossenen Umschlag z[ur] gefälligen K[enntnisnahme].“ Ferner verfügte er die Wieder-vorlage.

Hat Kuhna am 12. November 1987 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Auf dem 1967 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) eingeweihten Soldatenfriedhof in Costermano lagen rd. 22 000 gefallene Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS begraben. Zum Volkstrauertag wurden dort regelmäßig Gedenkveranstaltungen abgehalten. Zur Gedenkfeier am Volkstrauertag 1987, dem 15. November 1987, vgl. den Schriftbericht Nr. 651 des General-konsuls Steinkühler, Mailand, vom 16. November 1987 und das dem Vorgang beigelegte Programm; Referat 206, Bd. 140538.

Mitte 1988 wurde bekannt, daß im Jahr 1967 u. a. der frühere SS-Sturmbannführer und Kommandant des Vernichtungslagers Belzec, Wirth, in Costermano bestattet worden war.

<sup>3</sup> Karl Heinz Kunzmann.

<sup>4</sup> In einem Briefwechsel vom 7. Oktober bis 2. November 1987 bemühten sich Generalkonsul Stein-kühler, Mailand, und der Generalsekretär des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Barth, um eine Klärung des Ablaufs der Gedenkfeier. Vgl. dazu B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

<sup>5</sup> Als Redner seitens des VDK war zunächst dessen Vorstandsmitglied Kreß vorgesehen. Mit Fernschrei-ben vom 2. November 1987 teilte der Generalsekretär des VDK, Barth, indes mit, daß Kreß unter den gegebenen Umständen, die ihn „tief verstimmt“ hätten, an der Gedenkveranstaltung nicht teilnehmen werde. Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

<sup>6</sup> Das Wort „Rahmen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Born durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>7</sup> Am 16. Mai 1987 fand eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 20. Jahrestags der Einweihung des deutschen Soldatenfriedhofs in Costermano statt, bei der sowohl Botschafter Ruth, Rom, als auch der Präsident des VDK, Haßkamp, eine Rede hielten. Für die mit Schreiben des VDK vom 10. No-vember 1987 übersandte Rede Haßkamps vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778. Für die Rede Ruths, die dieser mit Schreiben vom 20. Januar 1988 selbst übermittelte, vgl. Referat 206, Bd. 140538.

Generalkonsul Steinkühler, Mailand, informierte die Botschaft in Rom am 5. Juni 1987 über ein Gespräch mit dem Präfekten von Verona, Panetta, vom Vortag, bei dem sich dieser zur Gedenkfeier

ein Ende haben und der Blick sei nach vorn zu richten. Daraufhin sind die Grundsätze des Atlantischen Bündnisses in Erinnerung gerufen worden. Diese Sehweisen werden aus dem italienischen Menschenbild und der Art und Weise, wie der Faschismus verarbeitet und der Kommunismus erfahren wird, hier so nicht geteilt.

3) Indem das Auswärtige Amt den durch den VDK ausgeübten Druck an mich weiterzugeben versucht, liefert es einen schmerzlichen Beweis für die im Mittelpunkt der Historikerdebatte<sup>8</sup> stehende These, daß es Bereiche in unserer Gesellschaft gibt, in denen die nationalsozialistische Vergangenheit moralisch nicht verarbeitet worden ist.<sup>9</sup> Anstatt mich sibyllinisch mit einer telefonischen Unterrichtung zu versehen, hätte es eine loyale Verfahrensweise geboten, mir Kenntnis von den Anschuldigungen zu geben, die der VDK mir gegenüber erhoben hat. Schließlich habe nicht ich, sondern haben andere hier etwas zu vertreten. Ich werde mich jedenfalls gegenüber Versuchen, meine an unserer verfaßten Ordnung orientierten Überzeugungen und Handlungen anzutasten, worin ich allerdings glaubte, mich mit dem Auswärtigen Amt in Übereinstimmung zu befinden, zur Wehr zu setzen wissen.

Wie jede andere Einrichtung, so hat auch der VDK berechtigter Kritik sich zu stellen.

4) Inzwischen hat der Veroneser Präfekt<sup>10</sup>, der ursprünglich meine Einladung schriftlich bestätigt hatte, über die örtlichen militärischen Dienststellen der Friedhofsverwaltung von Costermano mitteilen lassen, daß er zum Zeitpunkt der Gedenkfeier nicht verfügbar sei, nachdem er offenbar auf mir nicht bekannten Wegen erfahren hat, daß entgegen meiner Ankündigung der Vertreter des VDK zu sprechen beabsichtigt. Damit ist bereits Schaden<sup>11</sup> eingetreten, den zu verhüten ich mich bemüht hatte.

Ich bitte das Auswärtige Amt, mich fernschriftlich über An- und Abfahrtszeit bzw. Wünsche für Hotelreservierung des Vertreters des VDK zu unterrichten, damit ich die entsprechende Amtshilfe leisten kann. Statt meiner wird mein Ständiger Vertreter<sup>12</sup> den Repräsentanten des VDK nach Costermano begleiten, da ich als Adressat der berechtigterweise vorgebrachten italienischen Gravamina nicht bereit bin, das Fehlverhalten des VDK durch die Anwesenheit des Leiters der zuständigen Auslandsvertretung zu decken. Um die eingetretene Irritation nicht noch unnötigerweise zuzuspitzen, kann ich nur dringend von der durch RL 513 etwas zu expeditiv notifizierten Empfehlung abraten, die Programm-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1555*

vom 16. Mai 1987 kritisch geäußert habe. Panetta habe das „gebieterische Auftreten“ des Präsidenten des Volksbundes [...] überrascht“. Den nach der Gedenkveranstaltung abgehaltenen sog. „Ehrenwein“ und das anschließende Mittagessen habe Panetta als unpassend empfunden, so daß sich der Präfekt gefragt habe, „ob diese Feierstunde in Abwägung aller historischen und psychologischen Aspekte wirklich angezeigt gewesen wäre“. Vgl. das Schreiben; Referat 206, Bd. 140538.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Ernst Reinhard PIPER (Hrsg.), „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 295.

<sup>9</sup> Der Passus „Indem das Auswärtige Amt ... verarbeitet worden ist“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>10</sup> Eugenio Panetta.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Born hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>12</sup> Hans Funke.

änderung vor der Veranstaltung auch noch anzukündigen. Allenfalls könnte der Repräsentant des VDK eingangs erklären, daß es dem Verband möglich geworden sei, die Veranstaltung selbst wahrzunehmen, wodurch gleichzeitig der nach den Vorfällen unserem Ansehen erwünschte Abstand zum Auswärtigen Amt erzielt würde.<sup>13</sup>

[gez.] Steinkühler

**Referat 206, Bd. 140538**

**310**

**Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile,  
an das Auswärtige Amt**

**114-6531/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 416  
Citissime**

**Aufgabe: 9. November 1987, 14.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. November 1987, 21.43 Uhr**

Betr.: Colonia Dignidad<sup>2</sup>;  
hier: Konsularsprechtag am 7.11.1987<sup>3</sup>

Bitte um Weisung zu Ziffer 5

**Prolog**

Die Geheimhaltung dieses Berichts und der daraus folgenden Konsequenzen ist eine absolute Voraussetzung für unser weiteres Handeln. Ich bitte, daß Inhalt auch im Hause restriktiv behandelt wird.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann teilte Generalkonsul Steinkühler, Mailand, am 10. November 1987 mit: „VDK hat erklärt, daß es ihm jetzt nicht mehr möglich sei, Vorstandsmitglied zur Durchführung der Gedenkeiher in Costermano zu entsenden. Generalkonsul wird gebeten, Feierstunde programmgemäß selbst durchzuführen. Bei künftigen Gedenkeiern wird auf engen Kontakt mit dem VDK bezüglich der Ausgestaltung der Feier Wert gelegt (siehe Runderlaß vom 2.10.87, 3. Absatz). [...] Zu den Ausführungen unter Punkt 3 des Bezugsschreibes, die nicht unwidersprochen hingenommen werden können, erfolgt weitere Weisung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 45; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

Für die weitere Weisung von Kunzmann vgl. Dok. 350.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 10. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS S[udhoff].“

<sup>2</sup> Zur Colonia Dignidad vgl. Dok. 270.

<sup>3</sup> Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 16. Oktober 1987: „Die zwischen der Botschaft und Auswärtigem Amt abgestimmten Maßnahmen gegenüber Colonia Dignidad beginnen erste Wirkungen zu zeigen. Nach vorheriger Terminabsprache suchte mich am 1. Oktober Dr. Hopp, der Arzt von [Colonia]D[ignidad], auf. Es handelte sich sichtlich um eine Kontaktaufnahme zur Feststellung, wie das Verhältnis zur Botschaft normalisiert werden kann.“ Er, Kullak-Ublick, habe Hopp gesagt, „daß die Abgeschlossenheit von CD und ihre Handlungsweise darauf hindeuteten, daß sie die Realitäten der Zeit, in der wir leben, gar nicht mehr begreifen. [...] Die Abweisung des Konsularsprechertages im Februar d.J. könne nur als Beweis dafür gelten, daß sie Dinge zu verbergen hätten und vor allem den Kontakt von Botschaftsangehörigen mit den Mitgliedern von CD verhindern wollten. Jede Normalisierung könne nur damit beginnen, daß dieser Konsularsprechtag abgehalten werde und

1) Nachdem das Thema CD von hiesigen Medien aus deutscher Presse übernommen worden ist und mit geplantem Konsularsprechtag für 5. November kolportiert wurde, habe ich kurzfristig umdisponiert, Besuch auf Sonnabend, 7. November, verlegt und mich persönlich zum Sitz von CD (400 km) begeben. Ich wurde begleitet von LRI Haller, RA<sup>4</sup> Filusch, KOK<sup>5</sup> Schäfer (Personenschutzbeamter) sowie meiner Frau<sup>6</sup>. Letzteres erwies sich als besonders wertvoll, weil meine Frau eine Fülle von Einzelgesprächen mit alten und jungen Frauen führen konnte, die uns viele Aufschlüsse gegeben haben.

2) Wir haben uns neun Stunden in CD aufgehalten und eine nicht endende Zahl von Einzel- und Gruppengesprächen geführt.

Wir haben Erkenntnisse mitgebracht, die den Gesamtkomplex komplizierter und subtiler darstellen, als er sich bisher aus Unterlagen und schriftlichen Darstellungen ergeben hat.

Wir wissen, daß unsere Forderungen an die chilenische Seite einen anderen Ansatz haben müssen, als dies bisher geschah. Hierzu folgt unter Ziffer 4<sup>7</sup> ein erster Vorschlag.

Wir sind alle gleichermaßen betroffen über das Gehörte, Gesehene und Beobachtete zurückgekehrt. Hierüber folgt Schriftbericht mit Kurier am 11. November.<sup>8</sup> Jetzige Information ist vorläufig.

3) Im einzelnen halte ich fest:

3.1) Vor 25 Jahren war CD eine Gründung von religiös und sozial engagierten Menschen, die unter höchstem persönlichen Einsatz und uneigennützig ein blühendes Gemeinwesen für sich und ihre Kinder aufgebaut haben, das Eigenleben aufgaben und alles der Gemeinschaft unterordneten. Arbeit, Gebet, Musik und soziales Engagement nach innen und außen waren die praktizierten Leitmotive. Die Aufgabe des Eigenlebens der Familien stellte eine Gabe an die Gemeinschaft dar.

3.2) Diese Generation ist heute alt, verbraucht und im Ruhestand. Ihre Plätze wurden mehrheitlich von den damaligen Kindern eingenommen, die jetzt 25 bis 40 Jahre alt sind. Aufgewachsen im Bereich der Kolonie, ohne Kontakt zur Außenwelt, stellt sich für sie die Welt in dieser begrenzten Perspektive dar.

Die Kinder von damals werden auch heute noch wie Kinder gehalten. 25- bis 40-jährige Männer und Frauen treten dem Besucher wie 15-jährige Kinder gegen-

sich die Tore so öffneten, wie es bei allen normalen Unternehmen der Fall sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 387; Referat 330, Bd. 159188.

Kullak-Ublick informierte am 29. Oktober 1987 ferner: „Zweites Gespräch mit Vorstandsmitglied Schmidt und Arzt Dr. Hopp von CD führte zu der Vereinbarung, daß am 5. November Konsularsprechtag am Sitz von CD abgehalten wird. Ich beabsichtige, meinen Vertreter, Dr. Spohn, und RK-Referent LRI Haller mit weiterem Konsularbeamten zu entsenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 406; Referat 330, Bd. 159188.

<sup>4</sup> Regierungsamt Mann.

<sup>5</sup> Kriminaloberkommissar.

<sup>6</sup> Ingeborg Kullak-Ublick.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „Ziffer 5“.

<sup>8</sup> Für die mit Schriftbericht Nr. 1126 und 1128 des Botschafters Kullak-Ublick, Santiago de Chile, vom 11. November 1987 übermittelten Berichte von ihm, seiner Frau sowie des Legationsrats I. Klasse Haller vgl. Referat 330, Bd. 159188. Vgl. dazu ferner den Artikel „Metropolis und Theresienstadt“. Bonner Diplomaten besuchten die berüchtigte Colonia Dignidad“, DER SPIEGEL, Nr. 49 vom 30. November 1987, S. 32.

über und benehmen sich wie solche. Kräftige Männer, relativ schwache Mädchen, an harte Arbeit gewöhnt, eine kindliche Einfalt ausstrahlend. Von Kindheit an zur Arbeit erzogen, haben sie offenbar niemals eine Schule kennengelernt. Schulische Grundkenntnisse erhielten und erhalten sie noch durch Mitglieder der Kolonie, in Zeiten und Arbeitspausen, die solches ermöglichen. Von den Handwerksmeistern der Gründergeneration haben sie offenbar eine solide handwerkliche Ausbildung erhalten, so daß die Kolonie autark in allen Lebensbereichen ist und nicht nur landwirtschaftliche Produkte, sondern auch handwerkliches Können nach außen verkauft.

3.3) Arbeit als Lebensinhalt. Beginn um 7 Uhr morgens. Ende nicht terminiert. Kein Sonntag, kein Feiertag, kein Weihnachten. Kein gemeinsames Essen. Dafür Essenabholung in einer Arbeitsunterbrechung und Verzehr allein irgendwo. Internatsähnliche Unterbringung: männlich, weiblich, alt, jung jeweils getrennt. Keine Kontakte der Geschlechter. Geschlechtslosigkeit als System.

3.4) Spiritus Rector ist allein Paul Schäfer. Eine fast dämonische Energie geht von ihm aus. Mit unbändigem Willen hat er die Gemeinschaft zu seinem Instrument gemacht und beherrscht sie. Es gibt keine Meinung mehr neben seiner. Ihm zur Seite als einziger Vertrauter und (abhängiger) Mitarbeiter der 35-jährige dort aufgewachsene Dr. Hartmut Hopp (Arzt). Colonia Dignidad ist als „gemeinnütziger Verein“ eingetragen und anerkannt. Als Vereinsvorstand amtieren fünf Leitungsmitglieder, die ohne interne Befugnis ebenfalls in totaler Abhängigkeit von Schäfer stehen.

Sein Wille ist so dominierend, die Ausrichtung so umfassend, sein Despotismus so unbegrenzt, daß alle Mitglieder von CD den Eindruck von Robotern hinterlassen. Menschen, die wie unter Hypnose handeln und leben und keine eigene Persönlichkeit und Identität kennen. Die alte Generation hat beides verloren. Oder verdrängt, die neue Generation konnte es nie entwickeln.

Eine Gesellschaft von roboterhaften Funktionssklaven.

3.5) Colonia Dignidad hat alle Identität der Gründergemeinschaft verloren. Der Wille eines Mannes hat die Gründung zu einem Arbeitslager degradiert. Wie es hierzu kam, wäre eine andere<sup>9</sup> Untersuchung wert. Es würde den Rahmen dieses Berichts sprengen.

Im ganz persönlichen Gespräch mit Haller, meiner Frau oder mir sagte der eine<sup>10</sup> oder der andere der Alten auf die Frage, wie lange er schon hier sei, in resignierter Weise „schon 25 Jahre“. Jeder fügte ungefragt hinzu: „Aber ich kam freiwillig.“ Ein sechsjähriger Junge flüsterte mir ins Ohr, „hier ist es nicht schön“. Die Alten wußten um ihren Verlust, der Junge spürte das kommende Schicksal. Beides war bewegend. Aus der Mitte kam nichts.

3.6) CD ist ein blühendes Wirtschaftsunternehmen. Wohin gehen die Gewinne? Nach außen zeigt die Gemeinschaft soziale Leistungen, die ihr Wohlwollen einbringen:

- kostenloser Gesundheitsdienst für die Umgebung, einschließlich stationärer Behandlung,

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „einer anderen“.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „sagte einer“.

- eine moderne Schule 8km vom Sitz der CD entfernt für die Kinder der Landbevölkerung der Umgebung,
- handwerkliche Dienste, wo sie gebraucht werden (Tag und Nacht).

Heutiger Inhalt: Gewinnstreben als Ziel. Ausbeuten der Menschen bis zum letzten. Soziales Engagement als Feigenblatt nach außen, zugegebenermaßen auch dieses effizient.

3.7) Dieses alles in einem geschickt ausgeklügelten System der Unterordnung, Bespitzelung und drakonischen Selbstverwaltung nach innen. Das schablonenhaft wiederholte Wort „ich bin hier gern, ich bin hier frei, ich will niemals von hier fort“ begegnet dem Besucher bei jedem Gespräch. Die dargestellte Freiwilligkeit der Einordnung und Unterordnung sind eine Schutzmauer für den Leitenden. Wie reißt man diese Mauer ein? Wie kommt man an die Persönlichkeit der Menschen, die keine Persönlichkeit mehr haben?

3.8) Auf dieses Thema angesprochen, antwortet Schäfer unverblümmt: Hier geht es um Sieg oder Niederlage. Ich setze auf Sieg. Die Absolutheit der Aussage und der Ich-Bezogenheit macht betroffen. Die Frage nach seiner Verantwortung für die Menschen beantwortet er nicht. Die Vermutung liegt nahe, daß er sein System bis zum Letzten halten wird. Siegt er, so steht er auf einsamer Höhe. Verliert er, so läßt er<sup>11</sup> Hunderte unmündiger Menschen im Stich. Dieser Mann geht nicht unter. Das steht fest.

3.9) Schäfer ist bereits ein psychiatrischer Fall. Ebenso sind es die Menschen von CD. Hierauf haben wir uns einzustellen. Normale Maßstäbe sind nicht mehr anzulegen.

#### 4) Vorschlagsmodell

4.1) Die Besuche der Botschaft müssen oft und regelmäßig wiederholt werden. Die Botschaft muß greifbar für die Menschen dort sein. Das erfordert zunächst Fortführung des Gesprächs mit der Leitung, damit die Tore offen bleiben.

4.2) Ich halte es für notwendig, daß eine Delegation aus Bonn nach guter Vorbereitung und mit konkreter Aufgabenstellung anreist, die dieses subtile System und seine Menschen zu erfassen sucht. Die Gruppe sollte aus drei Personen bestehen: ein Beauftragter des AA als Leiter, ein Arzt, am besten ein Psychiater, ein Bevollmächtigter der Staatsanwaltschaft. Diese Gruppe muß als Besuchsdelegation des AA firmieren. Die wahre Zusammensetzung darf niemand erfahren.<sup>12</sup>

4.3) Auftrag der Delegation wäre eine fachgerechte Aufarbeitung aller hier gemachten Angaben, wobei auch der Schriftbericht zu berücksichtigen wäre, der am 11. November hier abgeht. Hieraus ist zu formulieren, über welche Normen der internationalen Menschenrechtsprinzipien vorgegangen werden kann, verbunden mit der Tatsache, daß 300 betrogene deutsche Staatsangehörige als Arbeitsinstrumente in einem Arbeitslager gehalten werden, wobei jeder von ihnen auf die Freiwilligkeit seines Daseins verweisen wird.

4.4) Das Resümee wäre dann ein Dokument, das der chilenischen Seite mit der Forderung zum Einschreiten übergeben wird. Erst in zweiter Instanz und bei

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „läßt er die“.

<sup>12</sup> Zum Besuch einer Sachverständigendelegation in Chile vgl. Dok. 378.

Nichthandeln der chilenischen Seite nach mehrfach<sup>13</sup> gesetzter Frist wäre UN-MR-Sonderberichterstatter Volio mit zu beteiligen.

4.5) Dieses Procedere kann nur zum Erfolg führen, wenn es diskret und ohne Öffentlichkeit durchgeführt wird. Wenn uns das Schicksal der 300 Menschen am Herzen liegt, für die als Landsleute wir alle Mitverantwortung tragen, dann darf dieses Thema nicht zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden. Halten wir uns nicht an diese Forderung, d.h., wenn irgend etwas vorher bekannt wird, dann gehen bei CD die Schotten zu. Die Konsequenzen für die Menschen sind nicht voraussehbar. Sie können katastrophal sein.

5) Ich selbst plante meine Dienstreise nach Bonn ab 22. November für acht bis zehn Tage. Das wäre ein günstiger Zeitpunkt für das Erarbeiten des Einsatzplans. Dabei kann ich möglicherweise mit der Delegation vorab sprechen und aus der Fülle meiner Eindrücke all das berichten, was schriftlich gar nicht festzuhalten ist. Es ist der Bericht aus einem Geisterhaus.

Da am 26./27. November Herr Geißler hier sein wird<sup>14</sup>, wurde mir aufgegeben, meine Reise zu verschieben (DE 241 vom 6.11.87 – Dg 33<sup>15</sup>).

Ich bitte nochmals um Prüfung. Gestriges Gespräch mit Vizepräsident Zaldívar der Christdemokratischen Partei ergab, daß Geißler an beiden Tagen in der Christdemokratischen Internationale voll verbucht ist. Man erwartet ehestens logistische Hilfe von der Botschaft. Diese kann auch mein Vertreter<sup>16</sup> geben.

[gez.] Kullak-Ublick

**VS-Bd. 14150 (010)**

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Seite mufach“.

<sup>14</sup> Der Generalsekretär der CDU, Geißler, hielt sich vom 24. bis 27. November 1987 zu einem Besuch in Chile auf.

<sup>15</sup> Ministerialdirigent von Schubert übermittelte Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, folgende Weisung: „Unter Bezugnahme auf DE 012-9 vom 5.11. zum bevorstehenden Besuch CDU-GS Dr. Geißler in Santiago geht Amtsleitung davon aus, daß Sie anwesend sein und ihre geplante Dienstreise entsprechend verschieben werden.“ Vgl. den Drahterlaß; Unterabteilung 33, Bd. 146541.

<sup>16</sup> Ulrich Spohn.

**311****Botschafter von Stülpnagel, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

**114-6538/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2883**

**Aufgabe: 9. November 1987, 17.22 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 10. November 1987, 00.32 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 159/87

Betr.: Chemische Waffen<sup>2</sup>;  
hier: Gespräche Leiter CD-Delegation<sup>3</sup> in Washington

**I. Zusammenfassung**

1) In der Erwartung eines INF-Abschlusses und der danach anstehenden Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrollmaßnahmen hat in der US-Administration die Debatte über die Gewährleistung der „gleichen Sicherheit für alle“ bei Verwirklichung einer CW-Verbotskonvention eine neue Qualität angenommen. State Department, DoD, JCS und ACDA zitieren eine Bemerkung von Außenminister Shultz auf einer NATO-Ministertagung: „A five percent risk in a CW-convention would not be acceptable“ – ohne allerdings zu präzisieren, was mit diesen fünf Prozent gemeint sein könnte. DoD und ACDA ziehen jedoch hieraus den Schluß, eine CW-Konvention sei praktisch nicht in einer Weise verifizierbar (s. laufende Berichterstattung der Botschaft Washington, die in New York nicht vorliegt), daß der Kongreß seine Zustimmung geben werde. Wenn die Problematik der Verifikation bereits beim INF-Abkommen ein Stolperstein für die Ratifikation sein könne, werde das um ein vielfaches kompliziertere Verifikationssystem einer CW-Konvention den Kongreß nicht befriedigen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Butler am 12. November 1987 vorgelegen.  
Hat Vortragendem Legationsrat Revels am 20. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 268, Anm. 23. Botschafter Holik notierte am 16. Oktober 1987: „Die am 28.8.1987 zu Ende gegangene Sitzungsperiode 1987 der Genfer Abrüstungskonferenz brachte wichtige Fortschritte: Die herausragende politische Frage der Verdachtskontrolle ist durch Annäherung der SU an die amerikanischen Vorstellungen weitgehend gelöst. Die Zustimmung aller Staaten außer F zu frühzeitigen exakten Ortsangaben ihrer CW-Bestände und die Einigung über die Verifikation der Erklärungen sowie der Schließung und Vernichtung von CW-Produktionsanlagen sind weitere erhebliche Erfolge. [...] Zu lösen bleibt noch eine Reihe von Fragen vorwiegend technischen Charakters, deren Schwierigkeit jedoch nicht unterschätzt werden darf. Dazu gehören insbesondere: Umsetzung der Annäherung bei der Verdachtskontrolle in VertragsSprache (Billigung durch alle CD-Teilnehmer); Einzelfragen der Nichtherstellungskontrolle (Schwellenwerte, Behandlung industriell genutzter supertoxisch-tödlicher Substanzen); Gewährleistung der Sicherheit während der CW-Vernichtungsperiode; Regelungen für die Vertragsorgane. [...] Die Chancen für eine Lösung der offenen Fragen werden [...] nicht allein von den Verhandlungsbemühungen in Genf abhängen, sondern ganz entscheidend auch von der Wahrung des sicherheitspolitischen Grundkonsenses für ein CW-Verbot innerhalb des Bündnisses. Seitdem die SU im Frühjahr 1987 begonnen hat, zunehmend westliche Positionen zu übernehmen, wird der Fortschritt der Arbeiten an der CW-Konvention dadurch gebremst, daß wichtige Bündnispartner (insbesondere USA, F) den sicherheitspolitischen Wert eines CW-Verbots in Zweifel ziehen. [...] Solange diese sicherheitspolitischen Bedenken forbestehen, ist seitens der genannten Länder auch nur mit beschränkter Kooperation bei dem Bemühen zu rechnen, sich im Wege des Kompromisses auf praktikable Ansätze – etwa bei der Verifikation der Nichtherstellung – zu einigen.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

<sup>3</sup> Paul-Joachim von Stülpnagel.

Quelle dieser Auffassung ist jedoch nicht der Kongreß, sondern die Administration, von der Teile in diesen Tagen offen feindselig gegen eine CW-Konvention überhaupt argumentieren, wobei sich nur die JCS und das State Department weniger barsch ausdrücken. Dabei wird sogar Mißtrauen der ACDA gegen den Kongreß deutlich: Das besondere Problem der USA sei es, daß selbst bei festgestellten Verstößen der Sowjetunion gegen ein Abkommen der Abrüstungsprozeß nach einiger Zeit wieder weitergehe, der Bruch von Vereinbarungen also schließlich folgenlos bleibe, wie die Verstöße gegen den ABM-Vertrag gezeigt hätten.<sup>4</sup> Mit anderen Worten: Der Kongreß kann zwar Schwierigkeiten machen, es ist ihm aber nicht zu trauen.

Alle Zweige der Administration bezeichnen die bisherigen Genfer Arbeiten zur Verifikation als völlig unbefriedigend, sehen das Ergebnis als einen Beweis dafür an, daß eine ausreichende Verifikation kaum zu erreichen sein werde oder gar nicht möglich sei.

Die Schlußfolgerung hieraus ist, daß die USA eine Sicherheitsreserve an chemischen Waffen haben müßten, die deutlich geringer als die bisherigen Vorräte sein und, in den USA gelagert, auch international kontrolliert werden könnte. Eine solche Sicherheitsreserve müsse aufrechterhalten werden, bis die Gefahr eines Verstoßes gegen die Konvention (nicht nur durch die SU, sondern auch durch Länder der Dritten Welt) und der Besitz von CW durch Nicht-Mitgliedstaaten der Konvention beendet seien, d. h. von unbestimmter Dauer über die Übergangszeit hinaus. Es wurde nicht deutlich, ob die Amerikaner – anders als die Franzosen – auch eine Produktionskapazität aufrechterhalten wollen. Die Ablehnung des französischen Vorschlags<sup>5</sup> erfolgte nur pauschal.

Ich habe eingewandt, daß es für ein solches Vorhaben nur zwei denkbare Lösungen gebe: eine à la NV-Vertrag<sup>6</sup>, d. h., CW-besitzende Staaten dürften einen Teil ihrer Vorräte behalten, Staaten, die solche nicht besitzen, aber keine CW erwerben. Eine zweite, die von der Gleichheit aller Mitgliedstaaten ausgeht und daher jedem die Ausstattung mit einer Sicherheitsreserve erlaubt. Nach meiner persönlichen Auffassung würden dem ersten Typ wegen seines diskriminierenden Charakters die meisten Länder der Dritten Welt nicht zustimmen, sie wären also frei, CW herzustellen; dem zweiten würde eine unakzeptable Proliferationswelle folgen, die aus deutschem Blickwinkel insbesondere in Europa eine höchst unerwünschte Entwicklung darstellen würde.

Die zivilen Beamten im DoD befürworteten gleichwohl eine NV-vertragsartige Lösung, die ACDA war nuancierter und sagte, sie strebe eine Lösung ohne Pro-

<sup>4</sup> Präsident Reagan übermittelte dem amerikanischen Kongreß am 10. März 1987 einen Bericht über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen, in dem sechs Verstöße bzw. mögliche Verstöße gegen den ABM-Vertrag genannt wurden. Für den Wortlaut des offenen Teils sowie des Begleitschreibens vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 225–234. Vgl. dazu ferner die National Security Decision Directive Nr. 260 „Soviet Noncompliance with Arms Control Agreements“ vom 17. Februar 1987; <https://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html>.

<sup>5</sup> Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, berichtete am 27. Oktober 1987: „Nach Auskunft amerikanischer Gesprächspartner hat sich US-Administration bisher noch nicht auf eine Position zum französischen „Security-Stocks“-Vorschlag festgelegt. Die Joint Chiefs of Staff stehen dieser Idee jedenfalls aufgeschlossen gegenüber.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2547; Referat 222, Bd. 162043.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

liferation an. Die JCS, die eine Sicherheitsanalyse mit offenbar deutlich negativem Ergebnis angefertigt haben, und das State Department hielten als einzige die Möglichkeit offen, durch eine Verbesserung des Verifikationsmechanismus doch noch zu einer akzeptablen Ausgestaltung der Konvention kommen zu können. Der amerikanische Entwurf von 1984 (CD/500<sup>7</sup>) müßte zu diesem Zweck substantiell nachgebessert werden.

2) Die Sicherheitsreserve ist noch nicht offizielle US-Doktrin, für ihre Verwirklichung gibt es noch kein Konzept. Gleichwohl drängen der zivile Teil des DoD und ACDA auf eine rasche positive Entscheidung, damit in Genf „zügig weiterverhandelt“ werden könne.

Es stellt sich die Frage, in welcher Weise wir auf die Administration einwirken können. Diskussionen mit DoD und ACDA erscheinen – mindestens zur Zeit – aussichtslos. Es wäre daher zu prüfen, in welcher Weise wir mit dem State Department sprechen können, um zumindest eine Entscheidung über die Sicherheitsreserve aufzuschieben. Wir müßten zu diesem Zwecke wohl Vorschläge für eine erhebliche Verstärkung der Genfer Aktivitäten bei der Verifikation machen. Gegenwärtig beherrschen technische Fragen den politischen Entscheidungsprozeß; deshalb müssen wir der Technik mehr Aufmerksamkeit schenken und nach neuen und komplexeren Lösungsmöglichkeiten im gesamten Verifikationsbereich suchen. Dieses würde aber den Aufbau einer entsprechenden, von den Ressorts zu beschickenden Struktur voraussetzen, damit wir in einen Sachverständigen dialog mit den USA eintreten können. Dies bezieht sich auch auf eine gemeinsame Risikoabschätzung, an der gegenwärtig in Washington offenbar kein Interesse besteht, weil wir nur an Europa dächten, die USA aber weltweite Verpflichtungen hätten. Amerikanische Beiträge zur Verbesserung des Verifikationssystems sind, weil insbesondere die an sich hierfür zuständige ACDA eben von der Nicht-Verifizierbarkeit einer Konvention überzeugt ist, nicht zu erwarten. Beiträge unsererseits, die etwas bewirken sollen, würden eine andere Dimension des Aufwandes als bisher voraussetzen.<sup>8</sup>

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob wir uns vorbeugend öffentlich zur Philosophie einer Sicherheitsreserve äußern sollten. Die Bundesrepublik Deutschland kommt jetzt aus der Zone der technischen Erörterungen in die der politischen Entscheidungen.

## II. Einzelaspekte

- 1) Das Gespräch mit dem stellvertretenden ACDA-Direktor David Emery, der Ende des Jahres die Agentur verläßt, blieb ohne Erkenntnisse.
- 2) Lynn Hansen, ACDA Assistant Director und Leiter der multilateralen Abteilung, warnte vor der Vorstellung einer raschen Verabschiedung der Konvention.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs der USA vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

<sup>8</sup> Botschafter Holik legte am 7. Dezember 1987 ein „Arbeitspapier zu zwei ungelösten Problemen der Nichtherstellungskontrolle“ vor, die noch vor Weihnachten „in die westliche Arbeitsgruppe und anschließend in die Abrüstungskonferenz“ eingeführt werden sollten. Die Beiträge befaßten sich einerseits „mit der Behandlung in der zivilen Industrie genutzter supertoxisch-tödlicher Substanzen (STLC)“ und andererseits „mit dem Vorschlag, außer den bereits in den Überlegungen der Abrüstungskonferenz vorgesehenen Regelkontrollen zusätzliche ‚Ad-hoc-Inspektionen‘ im Bereich der chemischen Industrie zu ermöglichen“. Vgl. Referat 222, Bd. 162048.

In den jüngsten INF-Verhandlungen hätten die Sowjets mit neuen Vorbehalten im Bereich der Verifikation die USA enttäuscht. Es zeige sich immer mehr, daß On-site-Inspektionen nicht ausreichten. Auf meinen Hinweis, daß zu den CW auch die ungefüllte Munition rechne und hier ein zweiter Pfad für die Aufspürung von Verstößen (außer der chemischen Industrie auch die Munitionsindustrie) gegeben sei, reagierte er ohne Enthusiasmus. Alle bisherigen amerikanischen Untersuchungen hätten ergeben, daß eine CW-Konvention unverifizierbar sei. Experten unserer beiden Regierungen könnten das gemeinsam prüfen. Auch die Soldaten der Verbündeten sollten sich zusammensetzen, um die Gefahren eines unentdeckten Verstoßes gegen die Konvention, d.h. der Besitz von auch nur wenigen Tonnen Kampfstoff, zu analysieren.

In der gegenwärtigen Phase wäre es höchst kontraproduzent, das CD-Mandat (das keine Ausarbeitung von Vertragstexten erlaubt) zu ändern.

3) Die Ausführungen von Mr. Robert G. Joseph, Director Theater Nuclear Policy im Pentagon, waren eher provokativer Natur und als Schluckhilfe für die hier bereits als Tatsache empfundene Existenz von Sicherheitsreserven gedacht. Er berichtete, das Militärkomitee der NATO habe eine Risikoanalyse zu CW angefertigt (uns bisher unbekannt)<sup>9</sup>, außerdem ergebe sich die Notwendigkeit der Reserve aus den jährlichen CW-Assessments der NATO(?). Er wie auch andere Gesprächspartner wollten die Frage nicht untersuchen, ob eine retaliation in kind, wie sie als Philosophie hinter dem amerikanischen und französischen Denken liegt, eine richtige oder gar zwingende Politik ist.

4) Brigadegeneral Eugene L. Daniel von den JCS teilte nicht ganz den Pessimismus „der Herren von oben“ (gemeint waren die zivilen Gesprächspartner im Pentagon). Nach seiner Meinung müßten etwaige Sicherheitsreserven einem erklären, von der internationalen Behörde kontrollierten Regime unterworfen werden. Jeder Mitgliedstaat müsse hierauf ein Anrecht haben, da jeder selbst über seine Sicherheit zu entscheiden habe<sup>10</sup>. Die USA könnten ihre Reserve durchaus im Bundesstaat Utah stationieren. Vom Abzug der in der BR Deutschland lagernden Altwaffen bis 1992<sup>11</sup> schien er auszugehen. Die JCS hätten eine Risikobewertung gemacht<sup>12</sup> und seien dabei zu dem Schluß gekommen, daß die Sowjetunion möglicherweise Kampfstoffe besitze, die von dem bisherigen Wortlaut der Konvention<sup>13</sup> nicht gedeckt würden, wie etwa nicht-toxische Stoffe, die menschliche, körperliche oder seelische Eigenschaften änderten, aber keine Massenvernichtungsmittel seien. Es sei auch möglich, daß die SU Kampfstoff-Fabriken bis zu einem allfälligen Einsatz „schlafen“ lasse, so daß diese nicht gefunden werden könnten. Darüber hinaus bestehe ein besonderes US-Problem darin, daß die Regierung durch einen internationalen Vertrag ihre Industrie nicht verpflich-

<sup>9</sup> An dieser Stelle notierte Vortragender Legationsrat Reyels handschriftlich: „FüS III 5 unbekannt. Erbeten.“ Ferner vermerkte er: „FüS III 5: NATO-Studie gerade begonnen: Fertigstellung v[oraus]-sichtlich Ende 88.“

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „über seine Si entscheiden habe“.

<sup>11</sup> Zum geplanten Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 275.

<sup>12</sup> Die Wörter „hätten eine Risikobewertung gemacht“ wurden von Vortragendem Legationsrat Reyels hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BMVg, FüS III 5: Bewertung ist noch in Arbeit.“

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

ten könne, internationale Inspektoren zuzulassen<sup>14</sup>; die Industrie könne sich mit Hilfe der Gerichte dagegen erfolgreich wehren. Auch der Schutz militärischer Geheimnisse rücke jetzt mehr in den Vordergrund. Und: Für eine wirklich effiziente Verifikation durch Geräte reiche the State of the Art noch nicht aus.

5) General Burns, stellvertretender Leiter der Abteilung Politico Military des State Department, bezeichnete die Haltung Frankreichs gegenüber einer CW-Konvention als erheblich negativer als die der USA und Großbritanniens. Seit 1984 (CD/500) hätten sich die Probleme im CW-Bereich verschärft, die Sowjetunion habe mehr Vorräte und Einrichtungen als damals. Es sei beabsichtigt, zu prüfen, ob eine Verifikation heute noch möglich sei.<sup>15</sup> Die USA würden ihre CW erst aufgeben, wenn auch von einem einzigen kleinen Staat keine mehr vorhanden seien. Daraus ergebe sich, daß alle CW-Besitzer oder potentiellen Besitzer die Konvention annehmen müßten, ehe sie in Kraft treten könne. Die Verifikationskapazität einer Konvention müsse im Vergleich zu bisherigen Vorstellungen drastisch erhöht werden, was entsprechende Kosten verursachen werde. Die Verifikationsexperten sollten Entscheidungsvorschläge machen.

6) Ein Gespräch mit Mitarbeitern von Senator Dole (R) und Representative Fascell (D) ergab, daß Andeutungen über die neue Gedankenrichtung der Administration wohl schon im Kongreß angekommen, aber noch nicht verarbeitet worden sind. Allgemein wurde vermerkt, daß der Kongreß eine Konvention nicht ratifizieren werde, die von der Administration als nicht verifizierbar bezeichnet würde.

7) Beteiligung des BMFT<sup>16</sup> wird angeregt. Militärattaché Washington macht eigenen Bericht.<sup>17</sup>

[gez.] Stülpnagel

**VS-Bd. 11557 (222)**

<sup>14</sup> Der Passus „die Regierung ... Inspektoren zuzulassen“ wurde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>16</sup> Das Wort „BMFT“ wurde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 4782 und 4825 des Brigadegenerals Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, vom 9. und 11. November 1987; VS-Bd. 12160 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

## 312

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem  
stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead**

10. November 1987<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem stellvertretenden Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, John C. Whitehead, Dienstag, 10.11.1987, 10.30 Uhr bis 11.05 Uhr<sup>2</sup>

Der Herr Bundeskanzler (BK) empfing stellvertretenden AM Whitehead (W.) zu einem etwa halbstündigen Höflichkeitsbesuch.

Anwesend auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, William Bodde; auf deutscher Seite: AL2<sup>3</sup>, RL212<sup>4</sup>.

*BK* begrüßt Whitehead herzlich und bittet mit<sup>5</sup> Blick auf dessen vorangegangenen Besuch in Belgrad<sup>6</sup> um seine Eindrücke.

*Whitehead* erwidert, Jugoslawien stecke in einer wirtschaftlichen Krise (Inflation 150 %) und versuche, sie durch großartige neue Wirtschaftspläne zu überwinden – dabei seien jedoch Zweifel am Erfolg angebracht.

Die politische Situation sei ebenfalls ziemlich schlecht: MP Mikulić werde in den Medien zum Rücktritt aufgefordert. Insgesamt eine ziemlich unerfreuliche Situation, die für alle Freunde Jugoslawiens Grund zur Sorge sein sollte: Man brauche ein stabiles Jugoslawien!

*BK* hält die Situation ebenfalls für besorgniserregend – das Land habe von Tito ein katastrophales Erbe übernommen. Dieser habe große Gesten gemacht, die Schulden müßten nun die Nachfolger bezahlen. Er sehe nicht, wie wirksame Abhilfe geschaffen werden könne, ohne daß das System sich verändere.

*Whitehead* pflichtet lebhaft bei: Tito habe auch institutionell ein schwieriges Erbe hinterlassen: Jede einzelne Republik könne die Bundesgesetzgebung durch Veto lahmlegen – wenn man dies den 50 Staaten der USA erlauben würde, gäbe es Chaos!

*BK* erinnert an das geschichtliche Erbe Jugoslawiens, das u. a. darin bestehe, daß unterschiedliche Völkerschaften mit eiserner Hand zusammengebracht worden

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 11. November 1987 gefertigt.

<sup>2</sup> Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead besuchte die Bundesrepublik am 9./10. November 1987. Am 10. November 1987 traf Whitehead zu einem Gespräch mit Bundesminister Genscher zusammen. Gesprächsthemen waren die bevorstehende Reise Whiteheads in die DDR, die innerdeutschen Beziehungen, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage in Jugoslawien sowie Wirtschafts- und Währungsfragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135405.

<sup>3</sup> Horst Teitschik.

<sup>4</sup> Uwe Kaestner.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „im“.

<sup>6</sup> Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead hielt sich am 8./9. November 1987 in Jugoslawien auf.

seien (Kosovo-Albaner/Kroaten). Im übrigen pflichtet er W. bei: Jugoslawien sei von ungeheurer Bedeutung für die Stabilität der ganzen Region.

Was die DDR angehe – so BK weiter –, wolle er sich nach dem Gespräch W.s mit Chef BK<sup>7</sup> auf wenige Punkte konzentrieren:

Die Zeit arbeite nicht für die DDR. So habe sie z.B. geglaubt, die Menschen würden die Geschichte vergessen – sie täten dies aber nicht. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen sei heute größer als vor zehn Jahren. Auch die in der DDR heranwachsende Jugend empfinde sich als Deutsche, vielleicht noch mehr als hierzulande.

Dies sehe auch GS Honecker – er aber habe derzeit wohl das Hauptinteresse, an seinem eigenen Denkmal zu arbeiten. Er wolle nicht wie Ulbricht zur Unperson werden. Er wolle gute Gefühle erwecken – wie seine Nachfolger damit einmal fertig würden, interessiere ihn heute nicht so sehr (im übrigen lebe auch Honecker schon auf Kosten der Nachfolger).

Die Mauer werde mit alledem nicht verschwinden, aber man müsse sich ver gegenwärtigen, was bei einer Einwohnerzahl von 17 Mio. die Tatsache bedeute, daß 1987 5 Mio. Besuche (einschließlich Wiederholungen) zu verzeichnen seien und man 1988 5 Mio. Besucher zu erreichen hoffe.

Schließlich werde unsere D-Mark zunehmend zur Zweitwährung der DDR – dies schaffe eine Dreiklassengesellschaft:

- Funktionäre, die schon immer Privilegien genossen hätten,
- Besitzer von DM, die alles kaufen könnten (Beispiel: Autos) und
- Leute, die nichts haben.

Auch hier vollziehe sich ein Prozeß, der nicht heute, nicht morgen, aber langfristig ernstzunehmende Wirkungen haben werde.

Was die Menschenrechte angehe, so unterstützen wir nachdrücklich die Position der USA: Die kommunistischen Regime in Ost- und Südosteuropa blieben brutal – nur Narren bei uns sähen dies anders.

Er – BK – bitte W., bei Erörterung des Menschenrechtsthemas in Moskau<sup>8</sup> auch die deutschstämmigen Sowjetbürger einzubeziehen. (Von den geschätzten 2 Mio. wollten bis zu 400 000 zu uns ausreisen – etwa gleiche Relationen ergäben sich bei den sowjetischen Juden.)

<sup>7</sup> Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead traf am 10. November 1987 mit Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen, die Lage Berlins sowie die Ost-West-Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135405.

<sup>8</sup> Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead hielt sich vom 16. bis 18. November 1987 in der UdSSR auf. Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 17. November 1987, er sei von einem Vertreter der amerikanischen Botschaft über den Besuch informiert worden. Demnach sei Whitehead „zweimal von Vize-AM Adamischin und einmal von AM Schewardnadse empfangen worden. W. habe insgesamt auf bessere Verwirklichung von Menschenrechten in SU gedrängt. Er sei dabei von Einzelfällen ausgegangen, habe dann aber generell auf Lockerung der Emigrationsbedingungen und Erleichterungen bei Familienzusammenführung bestanden. W. sei schließlich sogar so weit gegangen, eine Reform des sowjet[ischen] Strafgesetzbuches als Teil einer verbesserten M[enschen]R[echts]-Lage einzufordern. Adamischin habe zunächst rezeptiv reagiert, dann aber seinerseits Vorhaltungen über Verletzung von MR in USA gemacht“. Dennoch sei die „Gesprächsatmosphäre offen und gut gewesen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3688; Referat 213, Bd. 143570.

Große Ausnahme sei Ungarn: W. wisse, daß wir mit Ungarn eine Reihe von Verträgen<sup>9</sup> abgeschlossen hätten, darunter einen Bürgschaftsvertrag für einen 1-Milliarde-DM-Bankkredit<sup>10</sup>. Die ungarische Wirtschaftslage sei in Wahrheit ebenfalls katastrophal – unser Interesse sei jedoch, daß der Gulasch-Kommunismus nicht kollabiere, sonst kämen die alten Stalinisten wieder ans Ruder. (*Whitehead* pflichtet lebhaft bei.)

Ungarn – so *BK* weiter – sei uns entgegengekommen, insbesondere durch Abschluß einer Vereinbarung über die Förderung der Ungarn-Deutschen<sup>11</sup>.

Dies sei für uns ein wichtiger Präzedenzfall gegenüber Polen: Dort hätten wir in dieser Frage die größten Probleme, und zwar sowohl mit dem Staat wie mit der Kirche (Exkurs über beiderseitige Begegnungen mit polnischen Kardinälen).

Schließlich sei die Lage unserer Landsleute auch in Rumänien katastrophal: Alle wollten herauskommen – und wir müßten sie herausholen, auch wenn dies in Form des schlimmsten Menschenhandels der Gegenwart geschehe.<sup>12</sup>

*Whitehead* wirft ein, Präsident Ceaușescu habe ihm bei der letzten Begegnung erklärt, Rumänien fordere nur Erstattung der Ausbildungskosten ...

*BK* betont, über derartige Fragen diskutiere er mit Ceaușescu überhaupt nicht. Sein Interesse sei, die Ausreisefrage in drei Jahren zu lösen. Wohl sehe er, daß Ceaușescu Probleme mit den Ungarn habe: Diese wollten nicht ausreisen, sondern sozusagen das Land mitnehmen.

*Whitehead* berichtet über seinen Auftrag, in Moskau mit AM Schewardnadse und stellvertretendem AM Adamischin Menschenrechtsaspekte für den kommenden Gipfel Reagan/Gorbatschow<sup>13</sup> vorzubereiten. Auf diesem Gebiet sei tatsächlich in letzter Zeit einiger Fortschritt erreicht worden (z. B. jüdische Auswanderung 1986: 1000 – 1987 geschätzt: 10 000). Die USA erwarten nunmehr weitere Konzessionen von der Sowjetunion, so daß auf dem Gipfel konkreter Fortschritt festgeschrieben werden könne (z. B. Freilassung aller noch inhaftierten Refusniks). Dabei aber müsse man sich fragen, ob mit der Auflösung der Rückstände bei den Ausreiseanträgen nicht eine künftige Antragstellung schwieriger, wenn nicht gar unmöglich werde. Keinesfalls dürfe aus dem, was heute als Fortschritt ausgehe, morgen ein praktischer Rückschritt werden.

*BK* pflichtet bei. Er erinnert an unsere Hilfe im Fall Schtscharanskij<sup>14</sup> und bietet an, bei gegebener Gelegenheit auch weiterhin hilfreich zu sein – W. möge ihm Nachricht zukommen lassen, wenn es konkrete Anliegen in dieser Richtung gebe.

<sup>9</sup> Zum Vertrag vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. Dok. 277, Anm. 12.

Zu den Abkommen vom 7. Oktober 1987 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung bzw. über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren vgl. Dok. 277, Anm. 13 und 15.

<sup>10</sup> Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

<sup>11</sup> Zur Vereinbarung vom 7. Oktober 1987 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung von kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit und die Förderung der deutschen Sprache vgl. Dok. 277, Anm. 17.

<sup>12</sup> Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>14</sup> Zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij vgl. AAPD 1986, I, Dok. 25 und Dok. 26.

*Whitehead* erkundigt sich nach Ausreisewünschen von Deutschen aus der DDR: Wie denke die Bundesregierung darüber? Könne der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland mehr als die jetzigen Raten aufnehmen?

*BK* entgegnet, die Frage der Absorptionsfähigkeit unserer Wirtschaft sei sicher nicht das Problem – hier könne man allerdings keine Umfragen beim „Mann auf der Straße“ abhalten.

Wir gingen davon aus, daß derzeit etwa 200 000 Ausreiseanträge gestellt seien und weitere 600 000 (= 5 % der Bevölkerung der DDR) potentielle Antragsteller seien. Es liege aber – auch wenn man die überwiegend wirtschaftliche Motivation sehen müsse – nicht in unserem Interesse, daß die Leute weggingen, sondern daß sie dableiben. Dabei habe er besonderes menschliches Verständnis für Bevölkerungskreise, die vom Regime besonders hart angefaßt würden (Beispiel: gläubige Christen – Schikanen bei Berufsausbildung usw.).

*BK* wünscht *W.* viel Erfolg in Moskau: Wenn dort das Tor aufgemacht werde, öffne es sich auch anderswo. (*Whitehead* stimmt zu.) Hoffentlich – so *BK* weiter – begreife man dies auch in Washington. Auch er – *BK* – sei in Prinzipienfragen hart – aber man müsse etwas für die Menschen tun. In seiner fünfjährigen Amtszeit sei es die vielleicht schwierigste Entscheidung gewesen, Honecker hier im Kanzleramt mit Flaggen und Nationalhymnen zu empfangen.<sup>15</sup> Jetzt aber kämen fast täglich Besucher aus der DDR zum Kanzleramt und wollten ihm „Guten Tag“ sagen. Dies sei für ihn die Sache wert.

Dabei dürfe man jedoch kein Prinzip aufgeben: Gorbatschow sei und bleibe ein kommunistischer Führer, und nur Narren würden ihm den Friedensnobelpreis verleihen. Aber auch dies sei nicht ausgeschlossen, wie ja die Verleihung an das Ärztekomitee mit prominenter KGB-Beteiligung gezeigt habe.<sup>16</sup>

Ende des Gesprächs: 11.05 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

<sup>15</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>16</sup> Zur Verleihung des Friedensnobelpreises 1985 an die Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ vgl. AAPD 1985, II, Dok. 331.

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder

412-422.82/2-F

10. November 1987

Über Dg 41<sup>1</sup>, D4<sup>2</sup> und Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister zur Information

Betr.: Ausgleichszahlungen für Großbritannien<sup>4</sup>

Bezug: Weisung BM Genscher vom 9.11.1987

1) Vorstellungen der KOM (Dok. 101)<sup>5</sup>

Nach den Vorstellungen der Kommission soll GB auf zweifache Art entlastet werden:

- Zum einen durch Reduzierung des GB-Finanzierungsanteils am EG-Haushalt: Durch Berücksichtigung des BSP oder auch des BIP im Finanzierungssystem sinkt der GB-Finanzierungsanteil deutlich, da der BSP/BIP-Anteil für GB niedriger ist als sein Anteil bei der MwSt.-Bemessungsgrundlage.
- Zum anderen durch eine spezielle Ausgleichsregelung: Basis für diese Ausgleichsregelung soll nicht mehr – wie bisher – die gesamte Nettobelastung sein, sondern die Differenz zwischen britischem BSP-Anteil und dem Rückflußanteil bei den Agrarmarktausgaben. Diese Differenz soll zu 50% ausgeglichen werden.

Für D schlägt die Kommission eine Minderbeteiligung an der Finanzierung des GB-Ausgleichs in Höhe von 25 % (anstelle 100%)<sup>6</sup> vor.

Formelle Vorschläge der KOM werden in Kürze erwartet.<sup>7</sup>

2) Reduzierung des GB-Finanzierungsanteils am EG-Haushalt

a) GB hat sich bei den bisherigen Beratungen gegen die von der Kommission vorgeschlagene dritte und vierte Einnahmeart<sup>8</sup> und statt dessen für eine ausschließliche Anbindung an das jeweilige nationale BSP ausgesprochen.<sup>9</sup>

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Trumpf am 10. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 10. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Je mehr das neue Eigenmittelsystem GB begünstigt, desto eher wird man einen degressiv gestalteten brit[ischen] Ausgleichsanspruch erreichen können (Endpunkt Null).“

<sup>4</sup> Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

<sup>5</sup> Für den „Bericht der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts“ vom 3. März 1987 (KOM(87)101) vgl. Referat 412, Bd. 168701. Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. ferner Dok. 51 und Dok. 69.

<sup>6</sup> Diese Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In der Besprechung bei BM am 9.11. wurde ein anderer Prozentsatz genannt.“

<sup>7</sup> Für die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat vom 12. November 1987 für einen Beschuß zur Korrektur der Haushaltungleichgewichte (KOM(87)600) vgl. Referat 412, Bd. 168706.

<sup>8</sup> In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Finanzen vom 22. Oktober 1987 hieß es: „Die Kommission hat vorgeschlagen, 1% der harmonisierten MWSt-Bemessungsgrundlage abzuführen. Die Bundesregierung stimmt der MWSt-Bemessungsgrundlage als dritter Einnahmeart grundsätzlich zu. Die Entscheidung über die Höhe des MWSt-Satzes sollte jedoch

Beim KOM-Vorschlag würde GB zwischen 1988 und 1992 um rund 6 Mrd. ECU gegenüber dem derzeitigen Finanzierungssystem entlastet werden, bei einer reinen BSP-Anbindung um rund 6,2 Mrd. ECU.

Zum Vergleich der Entlastung bzw. zusätzlichen Belastung einzelner MS vgl. folgende Tabelle:

#### Be-/Entlastungen (Mio. ECU) 1988–1992

	Vorschlag KOM	BSP-Modell (Vorschlag GB)	BIP-Modell (deutscher Vorschlag)	evtl. Kompromiß (MWSt-1%/ BSP Kombination)
B	+ 725	+ 736	+ 367	+ 368
DK	+ 384	+ 398	+ 204	+ 132
D	+ 594	+ 615	- 161	+ 302
GR	- 246	- 253	- 56	- 124
F	- 1062	- 1108	- 523	- 539
IRL	- 349	- 358	- 108	- 177
IT	+ 7118	+ 7296	+ 3479	+ 3608
LUX	- 115	- 118	- 110	- 59
NL	+ 28	+ 23	+ 4	+ 13
P	+ 189	+ 187	+ 106	+ 95
SP	- 1092	- 1120	- 333	- 554
UK	- 6043	- 6177	- 2869	- 3063

b) Nach dem KOM-Vorschlag würden vor allem I<sup>10</sup> und D zur Finanzierung des GB-Ausgleichs im Rahmen des neuen Finanzierungssystems beitragen. F würde

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1571*

eng mit der Ausgestaltung der Komplementärfinanzierung und des etwaigen GB-Ausgleichs verknüpft werden.“ Zur Ausgestaltung der Restfinanzierung (Komplementärfinanzierung) wurde ferner ausgeführt: „Die Kommission hat vorgeschlagen, die vierte Einnahmeart an die Differenz zwischen dem jeweiligen nationalen BSP und [der] MWSt-Bemessungsgrundlage anzubinden. Neben dem Kommissionsvorschlag sind inzwischen von den Mitgliedstaaten vier Alternativvorschläge eingebracht worden. Wir haben vorgeschlagen (Entscheidung der Euro-StS vom 9.10.87), die vierte Einnahmeart ausschließlich an das jeweilige nationale BIP anzubinden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168705.

<sup>9</sup> Bei einem Gespräch mit Ministerialdirigent Trumpf und Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 23. September 1987 führte der Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium, Kerr, aus, GB sei „zur Einführung des BSP-Elements (ob ‚rein‘ oder im Rahmen der von der Kommission vorgeschlagenen ‚Komplementärfinanzierung‘) bereit, weil dies offensichtlich vorteilhaft für GB wäre. Aus dem gleichen Grunde könnte GB auch einer Zusammenlegung der dritten und vierten Einnahmeart zu einer einzigen am BSP anknüpfenden zustimmen. Mit allem Ernst wolle er aber darauf hinweisen, daß dies alles nur möglich sei, wenn hinsichtlich des GB-Ausgleichs nicht hinter Fontainebleau zurückgegangen werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 412, Bd. 168704.

Bei einem Gespräch am 11. November 1987 informierte der britische Außenminister Howe Bundesminister Genscher, daß der Meinungsbildungsprozeß zur vierten Einnahmeart noch nicht abgeschlossen sei: „Der Kommissionsvorschlag würde eine geringe Reduzierung in der britischen Ausgleichszahlung mit sich bringen: Wenn es für einige Mitgliedsländer von Vorteil sei, hier ein degressives Element einzubauen, habe man damit keine Probleme.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 412, Bd. 168706.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt: „, B“.

sich dagegen überhaupt nicht an der Finanzierung dieser Teilentlastung für GB beteiligen müssen. Im Gegenteil: F würde durch die Änderung des Finanzierungssystems ebenfalls deutlich entlastet werden.

Aus grundsätzlichen Erwägungen haben wir einem „gerechteren“ Finanzierungssystem stets zugestimmt. Wir sind dabei immer von der Überlegung ausgegangen, daß besondere Ausgleichszahlungen für GB um so weniger notwendig werden, je gerechter das Finanzierungssystem ist.

### 3) Besondere Ausgleichszahlungen für GB

a) Wir sind für den Fortfall weiterer besonderer Ausgleichszahlungen für GB.

Bei den Verhandlungen über den Budgetausgleich in der ersten Hälfte der 80er Jahre hat die britische Regierung ihre Forderungen stets damit begründet, daß GB als weniger wohlhabendem MS – BSP/Kopf unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt – eine hohe Nettobelastung nicht zumutbar sei.

Mit der Erweiterung der Gemeinschaft um E und P<sup>11</sup> ist diese Begründung hinfällig geworden. Das britische BIP pro Kopf liegt nunmehr sowohl in Marktpreisen wie auch in Kaufkraftparitäten gemessen über dem Gemeinschaftsdurchschnitt.

Dies entspricht auch britischen Berechnungen. Einer britischen Note zur künftigen Strukturpolitik ist eine Berechnung des Durchschnitts des BIP/Kopf in Kaufkraftparitäten für die Jahre 1984–1986 beigelegt. Danach liegt GB mit 103,5 an sechster Stelle noch vor I und B.

b) Wenn das von der KOM vorgeschlagene System der Ausgleichszahlungen für alle MS angewandt würde, hätten neben GB auch D, E, I, L und B Ausgleichsansprüche.

Die nach diesem System für 1987 errechneten Bemessungsgrundlagen würden für GB: 2,0 Mrd. ECU, D: 1,9 Mrd. ECU, E: 580 Mio. ECU, I: 350 Mio. ECU, B: 340 Mio. ECU, L: 55 Mio. ECU, betragen.

c) Bei der Bewertung der britischen Nettobelastung (laut KOM 1987 vor Ausgleich rund 3 Mrd. ECU) muß berücksichtigt werden, daß in der britischen Bruttobelastung Leistungen enthalten sind, die ihrer Natur nach für einen Ausgleich nicht in Frage kommen können:

- Beitrag zu den Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft,
- Beitrag zu den Erstattungen der Gemeinschaft an die MS,
- Beitrag zu den Strukturausgaben der Gemeinschaft,
- Beitrag zu den sonstigen Gemeinschaftspolitiken.

Auch der britische Beitrag zu den Agrarmarktausbargen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik richtet sich nach den in den gemeinsamen Marktordnungen festgelegten Kriterien. GB hat seit seinem Beitritt<sup>12</sup> die Ausgabentatbestände der Agrarmarktordnungen mitbestimmt.

4) Alle Vorgespräche mit GB haben ergeben, daß MP Thatcher die britische Forderung nach Aufrechterhaltung der britischen Entlastung zumindest in Höhe der

<sup>11</sup> Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.

<sup>12</sup> Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1973 bei.

Entlastung, die sich nach dem Fontainebleau-Mechanismus ergäbe, in Kopenhagen<sup>13</sup> äußerst hart vertreten wird.

Politisch zu entscheiden ist, wie hart wir auf dem ER Kopenhagen verhandeln wollen und ob wir u.U. bereit sind, den Europäischen Rat an dieser Frage scheitern zu lassen.

Für die notwendige Entscheidung gibt es folgende Optionen:

- wir lehnen Ausgleichszahlungen weiterhin ab;
- wir sind bereit, Ausgleichszahlungen grundsätzlich zuzustimmen (evtl. degressives System mit zeitlich fixiertem Endpunkt) bei
  - Ausgleichszahlungen auch an D oder
  - deutscher Null-Beteiligung bei der Finanzierung von Ausgleichszahlungen oder
  - deutscher Minderbeteiligung bei der Finanzierung von Ausgleichszahlungen.

Schönfelder

#### Anlage

##### Wohlstandsvergleich zwischen den EG-MS

	BIP/Kopf (in Marktpreisen) in % des EG-Durchschnitts	BIP/Kopf (in Kaukraftparitäten) in % des EG-Durchschnitts
	1984	1986
B	96	105,5
DK	134	148,7
D	125	134,7
GR	42	42,6
F	111	121,7
IRL	62	67,8
I	76	82,4
L	115	128,2
NL	106	113,5
P	–	28,3
SP	–	55,7
UK	94	104,6
EG-Durchschnitt = 100		
Quelle: Eurostat		

**Referat 412, Bd. 168706**

<sup>13</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

## 314

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder**

412-401.00

11. November 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Dg 41<sup>2</sup>, Herrn D 4<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> zur Information

Betr.: Krise der Finanzmärkte;  
hier: Hintergrundanalyse

## Kurzfassung

1) Das Louvre-Abkommen vom Februar 1987<sup>5</sup> hat zum Ziel, die Wechselkurse zu stabilisieren und durch die vereinbarten kompatiblen wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Vertrauen der Märkte zu sichern.

2) Wechselkursstabilisierung, das Gleichgewicht auf den Finanzmärkten und Anti-Inflationspolitik bilden ein neues „magisches Dreieck“ für die internationale Wirtschaftspolitik. Im Gefolge der Louvre-Vereinbarung schien die Wechselkursstabilisierung zu gelingen. Zinsen und Inflationsrate zeigten in den USA steigende Tendenz, im Sog der Dollar-Zinsen auch die DM-Zinsen. Die unterschiedliche Entwicklung der Inflationserwartungen erhöhte die Labilität des Gleichgewichts auf den Finanzmärkten. Das öffentliche Infragestellen des Louvre-Abkommens durch FM Baker<sup>6</sup> löste einen massenhaften Rückzug aus dem Dollar und den Kurssturz an den Börsen aus. Ausmaß und Verlauf wurden wesentlich von den in letzten Jahren entwickelten Strukturveränderungen der Finanzmärkte mitbestimmt.

3) Der Krise liegt nicht nur eine Diskrepanz in der Wirtschaftspolitik der USA, Js und Ds, sondern auch in der wirtschaftspolitischen Präferenzstruktur dieser Länder zugrunde. Im Konflikt zwischen Stabilität und Beschäftigung gewichten vor allem die USA und D ihre Politik unterschiedlich. Die USA legen das Schwergewicht auf Wachstum bei niedrigen Zinsen und nehmen sinkenden Dollarkurs in Kauf. Dem widerspricht nicht, daß sie die von den Kursrückgängen bei Aktien tendenziell (über sinkende Binnennachfrage) ausgehenden dämpfenden Wirkungen nicht ungern sehen. Ein nachhaltiger Abbau des amerikanischen Handelsbilanzdefizits wäre nach rein ökonomischen Kriterien am ehesten über eine Rückführung der Binnennachfrage möglich.

4) In D liegt bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und steigender DM das Schwergewicht auf Erhaltung einer niedrigen Inflationsrate. D hat seine Verpflichtun-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Linden konzipiert.

Hat Schönfelder am 12. November 1987 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 11. November 1987 in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 11. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. November 1987 vorgelegen.

<sup>5</sup> Zur Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. Dok. 50.

<sup>6</sup> Der Passus „Das öffentliche ... FM Baker“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das der einzige Grund? (siehe Seite 5).“ Vgl. Anm. 15.

gen aus dem Louvre-Abkommen zwar formal erfüllt. Die Aufgabe, einen aktiven Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft über höheres Binnenwachstum zu leisten, ist jedoch noch nicht gelöst.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Louvre-Abkommens lag die Wachstumsprognose für D bei 2,5%, derzeit nur noch zwischen 1,5 und 2%.

5) Wichtig ist es, die heilsamen Wirkungen des Börsen-Schocks auszunutzen, um

- das Zinsdifferential zu den USA zu erhalten, z.B. durch Senkung der deutschen Zinsen,
- ausreichende Liquidität zur Verfügung zu stellen,
- behutsam den Dollarkurs herunter zu schleusen<sup>7</sup>, um einen nachhaltigen Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu erreichen und
- den Abbau des US-Haushaltsdefizits zu beschleunigen,
- das reale Wachstum der deutschen Wirtschaft zu stimulieren, z.B. durch Strukturmaßnahmen. Aber auch Vorziehen von Teilen der Steuerreform<sup>8</sup> und weitere Zinssenkungen sollen nicht ausgeschlossen werden.

#### Langfassung

II. 1) Im Louvre-Abkommen vom 22. Februar 1987 wurden einige Maßnahmen bezüglich der internationalen Wirtschaftsstrategie vereinbart:

- Stabilisierung der Wechselkurse auf dem damals geltenden Niveau,
- Rückführung der externen und internen Ungleichgewichte durch fiskalpolitische Maßnahmen,
- stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Interesse von Preisstabilität und Wachstum.

Inhalt des Louvre-Abkommens ist,

- mit Hilfe einer international koordinierten Politik zunächst die Devisenmärkte zu beruhigen und
- durch eine entschlossene Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen das Vertrauen der Märkte zu sichern und damit den seit fünf Jahren andauernden weltweiten Aufschwung fortzusetzen.

2) Im Gefolge des Louvre-Abkommens begannen sich die Devisenmärkte zunächst in einem labilen Gleichgewicht zu stabilisieren. Dies war noch nicht das Ergebnis eines wiedergewonnenen Vertrauens der Marktteilnehmer, sondern vielmehr einer engen Koordination der Geld- und Währungspolitik der großen Zentralbanken: Im Rahmen von massiven Interventionen wurden im Verlauf dieses Jahres bisher über 90 Mrd. US-Dollar aufgekauft und das Zinsdifferential zwischen DM und Yen auf der einen, Dollar auf der anderen Seite auf rd. 3 % ausgeweitet. Der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß kam in realer, nicht aber nominaler Betrachtung in Gang.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie weit? Deutscher Export!“

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.

Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

3) Mit der Stabilisierung des Dollarkurses stiegen aber auch die Zinsen in den USA. Der Zinsanstieg wurde durch erhöhte Inflationserwartungen induziert, die durch folgende Faktoren genährt wurden:

- Auslaufen der preisstabilisierenden Rohstoff-Baisse (insbesondere Öl),
- Preis- und Lohndruck angesichts einer guten Kapazitätsauslastung (Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe + 4,5 %),
- Nachfrageüberhang durch staatliches Haushaltsdefizit,
- leicht restriktiver geldpolitischer Kurs des Federal Reserve Board.

Die US-Zinsen stiegen von Januar bis in die Woche vor dem „Schwarzen Montag“ im Oktober 1987<sup>9</sup> von 7,1 % auf über 10 % (das Differential zwischen den deutschen und US-amerikanischen Anleihe-Renditen von 1,2 % auf über 3 %). In derselben Zeit profitierten D wie auch J von der aufwertungsbedingten Verbilligung ihrer Importe (importierte Stabilität), so daß sich die Inflationsschere zwischen USA, D und J deutlich öffnete.

4) In D stiegen im Sog der Dollar-Zinsen die Geld- und Kapitalmarktzinssätze langsam an. Die Bundesbank entschied, ihre Geldmarktsätze den Marktsätzen anzupassen, um ein stärkeres Auseinanderdriften etwa des Diskontsatzes und der Marktsätze zu verhindern, ohne dabei den geldpolitischen Kurs zu verändern.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Am 19. Oktober 1987 kam es weltweit zu starken Kursverlusten an den Börsen. In der Presse wurde berichtet: „Das Desaster begann an der New Yorker Börse, dann stürzten die Aktienkurse in Tokio und Hongkong, in London und Frankfurt. Auf den schwarzen Montag mit Milliarden-Verlusten folgten Hektik und Panik. Alte Ängste wurden spürbar: Droht eine neue Weltwirtschaftskrise, kommt es zum lange prophezeiten großen Crash? [...] Der Sturz an den Börsen zumindest war tiefer als 1929, dem Jahr der großen Krise.“ Vgl. den Artikel „Wie in einer Kettenreaktion kippten die Kurse“, DER SPIEGEL, Nr. 44 vom 26. Oktober 1987, S. 134 f.

Zum „Schwarzen Montag“ berichtete Bundesbankdirektor Schönberg, New York, am 20. Oktober 1987: „Der gestrige Kursrückgang der amerikanischen Aktien um mehr als 500 Punkte (Dow Jones Index) wird von den meisten Beobachtern auf eine Kombination unterschiedlicher Faktoren zurückgeführt.“ Nur wenige Kommentatoren, so Schönberg, teilten die Sicht der Tageszeitung „The New York Times“, wonach der Zinsanstieg in Deutschland den Anstieg der Zinssätze in den USA ausgelöst und damit den Kursrutsch möglich gemacht habe. Statt dessen habe „Secretary Bakers Drohung, den Louvre-Akkord zu suspendieren, vertrausuntermindert gewirkt“. Zudem hätten die Zahlungsbilanzentwicklung in den USA, die Furcht vor Inflation und weiteren Zinssteigerungen einerseits sowie der Computerhandel andererseits eine wesentliche Rolle gespielt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 586; Referat 412, Bd. 168653.

Vortragender Legationsrat Schönfelder notierte am 20. Oktober 1987: „Der Kurssturz an den Weltbörsen hat auch am Dienstag (20.10.1987) angehalten und sich zum Teil noch beschleunigt. In wenigen Tagen haben die Anleger weltweit Wertverluste in Höhe von einigen Billionen DM hinnehmen müssen. Der Goldpreis erreichte mit 490 Dollar für die Feinunze einen neuen Höchststand seit 4,5 Jahren.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

Referat 412 resümierte am 2. November 1987: „Der Kurssturz ist sicherlich nicht dahin zu interpretieren, daß die Weltwirtschaft von einer seit sechs Jahren anhaltenden Aufschwungsphase in eine Rezession oder gar Depression übergeht. Das reale Wachstum hält in den wichtigsten Industrieländern an und wird sich im nächsten Jahr wahrscheinlich wieder beschleunigen. Ein Vergleich des ‚Schwarzen Montags‘ von 1987 mit dem ‚Schwarzen Freitag‘ von 1929 ist nur hinsichtlich des Ausmaßes der Kurseinbrüche an den Börsen und auch hier nur bedingt sinnvoll. Erhöhte Gefahren für die reale weltwirtschaftliche Entwicklung hat es in den letzten Tagen aufgrund der Kursverluste an den Börsen nicht gegeben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat Schönfelder vermerkte am 19. Oktober 1987: „Der inoffizielle Leitzins des deutschen Geldmarktes, der Zinssatz für die Wertpapier-Pensionsgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit den Deutschen Kreditinstituten, stieg letzte Woche von 3,75 % auf 3,85 %. Diese Erhöhung war die vierte in der Offenmarktpolitik der Bundesbank seit Juli d. J. Damals betrug der Wertpapier-Pensionszins noch 3,55 %. Er stieg über 3,60 % und 3,65 % auf 3,75 % in der letzten Woche.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

Finanzminister Baker kritisierte öffentlich diese Maßnahmen der Bundesbank und drohte mit weiteren Dollar-Abwertungen.<sup>11</sup> Dadurch stellte er die Geschäftsgrundlage des Louvre-Abkommens in Frage und verunsicherte die Devisenmärkte.

5) Die unterschiedliche Inflationsentwicklung und der Zinsanstieg in den USA berührten nicht nur die Währungspolitik, sondern erhöhten auch die Labilität der Aktien- und Wertpapiermärkte. Steigende Zinsen führten zu einer Verschiebung der Nachfrage von risikobehafteten Aktien zu festverzinslichen Wertpapieren. Es wurde immer deutlicher, daß auf einigen Märkten nur noch auf Kurssteigerungen spekuliert wurde. In Tokio war die durchschnittliche Aktienrendite (Gewinn/Kurs) auf unter 1 % gesunken, in New York auf 2,5 %, in London auf 3 % und in Frankfurt auf 4,4 %. Demgegenüber lagen die Renditen für festverzinsliche Werte in Tokio bei 6,9 %, in New York bei 10,2 % und in Frankfurt bei 6,5 %. Es war deshalb nur eine Frage der Zeit, wann die Nachfrageverschiebung von Aktien in Wertpapiere sich zu einem Trend verdichtete.

Das zeitlich z. T. zufällige Zusammentreffen verschiedener Faktoren (öffentliche Kritik Finanzminister Bakers, Diskussion über Quellen-Steuerreform in Deutschland<sup>12</sup>, Golfkrieg<sup>13</sup>, voraussichtliches US-Rekordhandelsbilanzdefizit in 1987<sup>14</sup> und deutscher Handelsbilanz-Rekordüberschuß im September)<sup>15</sup> erhöhte die Unsicherheit derart, daß ein überhasteter und völlig ungeordneter Ausstieg aus den Aktienmärkten ausgelöst wurde. Da gleichzeitig auch die Wechselkurse nachgaben, hatten die Marktteilnehmer keine festen Orientierungspunkte mehr für ihr Verhalten. Die Bewegung setzte massenpsychologische Kräfte in Gang, die sich einer ökonomischen Analyse entziehen.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat Schönfelder vermerkte am 19. Oktober 1987: „Seit Donnerstag letzter Woche (15.10.1987) hat US-Finanzminister Baker in zahlreichen Interviews in ungewöhnlich offener Form die deutsche Zinspolitik kritisiert. Er schloß nicht aus, daß die Administration den Dollar weiter fallen lassen werde. Vor dem Hintergrund dieser Äußerungen und den nicht sehr günstigen wirtschaftlichen Perspektiven der USA fiel daraufhin der Dollar auf 1,7740 [DM] (19.10.1987). Ein weiterer Rückgang ist nicht ausgeschlossen. Die Gefahr deutsch-amerikanischer Irritationen muß auch vor dem Hintergrund des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfs gesehen werden. [...] Im einzelnen führte Baker aus: Die jüngsten Zinserhöhungen in der Bundesrepublik Deutschland entsprächen nicht den im Rahmen der G 7 von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Die USA würden nicht mit eigenen Zinserhöhungen folgen. Falls aber die Bundesrepublik Deutschland fortfahre, entgegen den von ihr eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu handeln, würden die USA sich berechtigt fühlen, eine Änderung des Louvre-Abkommens vom 22. Februar d. J. zu verlangen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

<sup>12</sup> Bundesminister Stoltenberg erklärte am 11. Oktober 1987, die Bundesregierung plane für 1989 die Einführung einer zehnprozentigen Quellensteuer auf alle Erträge aus Verbindlichkeiten inländischer Kapitalnehmer. Vgl. dazu den Artikel „Stoltenberg konkretisiert seine Steuer-Vision“, DIE WELT vom 12. Oktober 1987, S. 14.

<sup>13</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

<sup>14</sup> Referat 412 hielt am 2. November 1987 fest: „Trotz der starken Dollarabwertung in den letzten beiden Jahren konnten die großen Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizite der USA zwar real gemildert, aber nominal nicht abgebaut werden. Die Handelsbilanz der USA schloß im August 1987 mit einem Defizit von 15,7 Mrd. Dollar. Mit den Augustzahlen wurde auch eine Jahresprognose von 171,1 Mrd. Dollar (nach dem Rekorddefizit von 163,1 Mrd. Dollar im Vorjahr) bekanntgegeben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

<sup>15</sup> Der Passus „Das zeitlich ... im September“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. Anm. 6.

Die Handelsbilanz der Bundesrepublik schloß im September 1987 mit einem Überschluß in Höhe von 11,5 Mrd. DM ab und lag damit 1,1 Mrd. DM über dem Vergleichswert des vorherigen Jahres. Vgl. dazu MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDES BANK, November 1987, S. 11.

Es bleibt aber festzustellen, daß die Krise im Kern eine ökonomisch erklärbare Folge der Zinsentwicklung im Gefolge der Louvre-Strategie und der zunächst erfolgreichen Wechselkursstabilisierung war. Und es ist ebenso „logisch“ anzunehmen, daß eine Beruhigung erst wieder eintreten wird, wenn die Renditedifferentiale zwischen Aktien und Wertpapieren auf ein Maß geschrumpft sind, bei dem Anlegerpräferenzen und Ertragserwartungen wieder besser übereinstimmen. Ein solches Gleichgewicht kann sich auf einem sehr viel niedrigeren Niveau der Kurse einstellen. Voraussetzung für die Beruhigung ist die Erwartung relativ stabiler Wechselkurse. Erhöhte Wechselkursrisiken addieren sich zu den Renditeerwartungen der Anleger, rufen Devisenspekulanten auf den Plan und führen zu unkalkulierbaren Bewegungen.

In den letzten Tagen sind die Zinsen insbesondere in den USA gesunken. Das Differential zwischen den US- und den deutschen Zinsen ist geschmolzen, infolgedessen der Dollarkurs gesunken.

III. 1) Ausmaß und Verlauf des ungeordneten Rückzugs aus den Märkten wurden wesentlich durch das Wachstum und die Strukturveränderung der Finanzmärkte in den letzten Jahren mitbestimmt:

- Das Volumen anlagesuchender internationaler Liquidität ist deutlich gestiegen. In den USA, D und J ist die Geldmenge schneller gewachsen als das BIP. Wenn die Geldmenge stärker wächst als die Wirtschaft, wird Geldvermögen gebildet (in D wuchs die Ersparnis der privaten Haushalte bei einem realen Wachstum von 2,5% im letzten Jahr um 5,5%). Weltweit führt eine wachsende internationale Liquidität bei weniger stark wachsendem Welthandel zu einer stärkeren monetären Anlage- und Reservebildung und zu Kursanstiegen bei Aktien.

<u>Geldmengenwachstum (M3)</u>	1982	1983	1984	1985	1986	1987
USA	9,3	12,5	7,9	9,1	8,0	9,0
J	5,8	3,6	2,8	5,0	6,9	7,0
D	3,6	10,2	3,3	4,7	8,3	4,9

#### BIP (real)

USA	- 2,5	3,6	6,4	2,7	2,5	2,3
J	3,1	1,5	5,1	4,7	2,5	2,7
D	- 1,0	3,2	3,0	2,5	2,4	1,9

<u>Welthandel</u>	- 2,2	2,9	8,6	3,2	4,9	3,3
-------------------	-------	-----	-----	-----	-----	-----

Quelle: IWF

- Die Globalisierung der Finanzmärkte und damit eines wichtigen Teils der jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitiken hat nationale und Zeitgrenzen weitgehend aufgelöst, aber auch die Grenzen innerhalb der Marktsegmente fließend

gemacht: Versicherungen treten im Bankensektor auf, Banken bieten Versicherungen an; Banken konkurrieren mit Emissionshäusern und umgekehrt. Die Folge: Die internationale Interdependenz wurde größer. Die Politik und Verfassung einer dominanten Volkswirtschaft wie die<sup>16</sup> der USA überträgt sich auf die Weltwirtschaft und löst parallele Entwicklungen aus. Eigenständige Politik und ein Abkoppeln von der dominierenden Volkswirtschaft ist nur noch in engen Grenzen möglich. (Dies gilt insbesondere für die von der Bundesbank geforderte und vehement verteidigte Autonomie der Geldpolitik.) Ihr kann nur entgegengewirkt werden durch die Bildung von Gegengewichten wie z. B. im Rahmen der europäischen Integration, durch das Zusammenfügen von „Stabilitätsinseln“ zu Blöcken.

- Computer-Banking und die Einführung der Elektronik haben das Kommunikationstempo unter den Märkten erhöht.
- Die Deregulierung (Liberalisierung) hat den Wettbewerb verschärft und Freiräume für Innovationen geschaffen.

Die Finanzmärkte haben sich insgesamt zu einem Instrument entwickelt, das sehr viel flexibler und schneller auf Änderungen des wirtschaftlichen Umfeldes reagiert. Ihre große Leistungsfähigkeit haben sie beim Recycling der Petro-Dollars<sup>17</sup> und beim bisherigen Management der internationalen Verschuldung<sup>18</sup> gezeigt. Die jüngste Krise machte die Risiken, die diesen Märkten innewohnt, deutlich.

2) Das Zusammenwachsen der Finanzmärkte und die zunehmende Interdependenz der einzelnen Volkswirtschaften lassen unterschiedliche Präferenzen, die dem wirtschaftspolitischen Handeln einzelner Länder zugrunde liegen, deutlich werden.

Im wirtschaftspolitischen Zielkonflikt des „magischen Vierecks“ (Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich) gibt D stärker der geldpolitischen Stabilität, USA (und andere europäische Staaten) der Beschäftigung den Vorrang.

IV. Die Krise bedeutet einen Rückschlag für das Louvre-Abkommen, aber sie ist im Rahmen dieses Abkommens lösbar. Kurzfristig geht es darum zu verhindern, daß der Schock zu einem Kreislaufstillstand führt, langfristig die heilsamen Wirkungen des Schocks auszunutzen, durch

- Demonstration einer aktiven Zusammenarbeit unter den G3<sup>19</sup>/G7-Volkswirtschaften statt verbaler Konfrontation und Kritik, Zurückhaltung beim öffentlichen Umgang mit Informationen;
- Bereitstellung von Zentralbankliquidität, um Insolvenzen zu verhindern, die durch spekulative Kreditfinanzierungen von Aktien entstanden sind, und Verluste auszugleichen, die durch notwendige Wertberichtigungen im Portfolio von Unternehmen und Banken entstehen;

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „wie der“.

<sup>17</sup> Zur Rückführung der Devisenüberschüsse der erdölproduzierenden Staaten („recycling“) vgl. AAPD 1974, I, Dok. 177, Anm. 27, und AAPD 1975, I, Dok. 8.

<sup>18</sup> Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.

<sup>19</sup> Bundesrepublik, Japan und USA.

- weitere vorsichtige Senkung der Zinsen, um
  - die Flucht aus den Aktien zu bremsen,
  - den Investoren, die durch die Entwicklung zu Attentismus veranlaßt wurden, einen Impuls zu geben und Wachstum zu fördern.

Im Interesse der Wechselkursstabilisierung müssen dabei die Zinsdifferenziale zumindest erhalten bleiben (d.h. gleichgerichtetes Vorgehen der Zentralbanken und damit evtl. auch weitere Senkung der deutschen Zinsen<sup>20</sup>):

Behutsames Herunterschleusen des Dollarkurses, um

- den Umfang der Stützungskäufe zu reduzieren und eine außenwirtschaftlich induzierte Ausweitung der Geldmenge zu verhindern,
- die Wechselkursimpulse für den Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte zu verstärken und damit den Anpassungsprozeß zu beschleunigen.

Dabei ist zu berücksichtigen:

- Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie,
- Zusammenhalt des EWS<sup>21</sup>,
- Nutzung der politischen Schockwirkung, um das Haushaltsdefizit der USA nachhaltig zurückzuführen. Dabei kommt es weniger auf die absoluten Zahlen an als auf den Beweis, daß die US-Regierung politisch in der Lage ist, die Haushaltssolidierung energisch fortzusetzen.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Referat 412 vermerkte am 2. November 1987: „Nach dem Treffen von BM Stoltenberg und Bundesbankpräsident Pöhl mit Finanzminister Baker am 19.10.1987 in Frankfurt hat die Bundesbank den Zins leicht zurückgenommen und den Kreditinstituten eine Liquiditätshilfe über ein neues Wertpapier-Pensionsgeschäft in Form eines Mengentenders zu einem festen Zinssatz von 3,80 % angeboten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

Am 9. November 1987 erläuterte Vortragender Legationsrat Schönfelder: „Der Dollarkurs ist inzwischen von einem mittleren Stabilisierungsniveau von DM 1,80 (Louvre-Abkommen) um über 8 % auf 1,67 DM (9.11.1987) gesunken. Der Zentralbankrat hat am 5.11.1987 reagiert und angekündigt, in dieser Woche den Tagesgeld-Leitzins im Rahmen eines neuen Mengentenders für Wertpapier-Pensionsgeschäfte auf 3,5 % festzusetzen (der letzte Zinssatz war 3,8). Er senkte außerdem den Lombardsatz von 5 % auf 4,5 %.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

<sup>21</sup> Vortragender Legationsrat Schönfelder legte am 9. November 1987 dar: „Der rapide Dollarverfall hat zu Spannungen im EWS geführt. Die ital[ienische] Lira, der belgische und französische Franken sind in die untere Hälfte, die DM und noch stärker der Gulden in die obere Hälfte des Kursbandes gerutscht. Die am Wechselkursmechanismus beteiligten Zentralbanken haben massiv intramarginal interveniert. Die französische Zentralbank hat in Abstimmung mit der Bundesbank ihre Geldmarktsätze von 7,5 auf 8,25 % erhöht, um über eine Ausweitung des DM/FF-Zinsdifferentials das Wechselkursgefüge zu festigen. Die Schwierigkeiten des EWS ergeben sich überwiegend aus dem Aufwertungsdruck auf die Leitwährung des EWS, die DM. Es stellt sich die Frage, ob die anderen am EWS-Wechselkursmechanismus beteiligten Staaten eine Aufwertung ihrer Währung gegenüber dem US-Dollar hinnehmen können. [...] Das EWS verpflichtet die Schwachwährungs länder zu Stützungskäufen und/oder Erhöhung der Zinsen gegenüber den deutschen Geldmarkt zinsen. Gleichzeitig werten sie (im Sog der DM) gegenüber dem US-Dollar auf. Aus Wachstumsgründen sind sie aber an Zinssenkungen und aus Leistungsbilanzgesichtspunkten an einem unveränderten Dollarkurs interessiert, jedenfalls nicht an einer Aufwertung. Eine Lösung dieser Spannungen könnte in einer Leitkursänderung bestehen. Dabei könnte dem bestehenden Inflationsdifferential zwischen DM, Gulden und den restlichen EWS-Währungen Rechnung getragen werden. Bei weiter sinkendem US-Dollarkurs ist ein Realignment nur noch eine Frage der Zeit. Je weiter der Dollar sinkt, desto größer wird die notwendige Korrektur im EWS.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

<sup>22</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

- Erhaltung und wenn möglich weitere Stimulierung des Wirtschaftswachstums in D:
  - Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin sehr hoch.
  - Das Wirtschaftswachstum wird 1987 mit 1,5–2 % (zum Zeitpunkt des Louvre-Abkommens wurden 2,5% geschätzt) hinter den Erwartungen zurückbleiben.
  - Das Wachstum der Binnennachfrage weist sinkende Tendenz auf (1986 3,7%, 1987 3,0%).
  - Die Inflationsrate ist extrem niedrig.

Schönenfelder

**Referat 412, Bd. 168636**

**315**

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe**

12. November 1987<sup>1</sup>

50. deutsch-französische Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch Bundeskanzler–PM Chirac am 12. November 1987

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, MD Teltschik, VLR Bitterlich; auf französischer Seite: PM Chirac, M. Bujon de l'Estang, M. Rodocanachi. Der *Bundeskanzler* heißt PM Chirac zu den 50. deutsch-französischen Konsultationen in Karlsruhe nochmals herzlich willkommen. Er dankt eingangs PM Chirac für die gute Zusammenarbeit beider Regierungen im Vorfeld und bei der ESA-Ministerkonferenz am 9./10. November in Den Haag.<sup>3</sup> Die enge deutsch-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 23. November 1987 gefertigt und am selben Tag zusammen mit der Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac am 13. November 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Weisung, ob beide Vermerke BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übermittelt werden können.“ Hat Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der für Teltschik handschriftlich vermerkte: „Ja.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 316 und Dok. 318.

<sup>3</sup> Zur deutsch-französischen Abstimmung im Vorfeld der ESA-Ministerratstagung vgl. Dok. 285, Anm. 13.

Referat 431 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung: „Die Bundesregierung hat sich am 6. November 1987 im Grundsatz für eine Beteiligung am europäischen Weltraumprogramm entschieden. Dabei soll [...] eine zeitliche Streckung der drei Großprojekte Hermes, Ariane V, Columbus erfolgen, um eine Senkung der jährlichen Kostenbelastung um 15% zu erreichen. [...] Die Bundesregierung hat eine Schlüsselrolle für den Erfolg des auf dem ESA-Ministerrat am 9. und 10.11.1987

französische Abstimmung habe erheblich zum Zustandekommen dieser für die europäische Weltraumpolitik wichtigen Entscheidungen beigetragen.

Der Bundeskanzler schlägt PM Chirac folgende Punkte für das Gespräch vor:

- Vorbereitung des Europäischen Rats in Kopenhagen<sup>4</sup>; Ziel müsse es sein, die Mitarbeiter zu beauftragen, wenn möglich eine gemeinsame Marschrichtung für den Europäischen Rat zu erarbeiten.
- Vorbereitung des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1988<sup>5</sup> (insbesondere Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit).
- Aktuelle wirtschaftliche Lage angesichts der Ereignisse an den internationalen Devisenmärkten und Börsen.<sup>6</sup>

Der Bundeskanzler verweist im Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftslage darauf, daß Bundesminister Dr. Stoltenberg sich heute morgen mit Minister Balladur telefonisch abgestimmt habe. PM Thatcher habe ihn gestern wissen lassen, daß sie mehrmals bereits bei US-Präsident Reagan interveniert habe. Bisher würden sich die Amerikaner zu keiner Entscheidung durchringen. Er habe gehört, sie hätten sich den 20. November hierfür als Datum gesetzt.<sup>7</sup> Entwicklung sei extrem sensibel. Deutsche Unternehmer kämen aus den Vereinigten Staaten zurück und verbreiteten hier Unruhe; sich brächten aus New York die Parole mit, daß die Administration nichts mehr tun wolle; die Propheten redeten den Dollar herunter. Er frage sich, ob die Minister Balladur und Stoltenberg oder sogar PM Chirac und er nicht diskret die Amerikaner dazu anhalten sollten, klar zu sagen, was sie wirklich wollten. Es sei nicht gut, wie Mrs. Thatcher dieses öffentlich zu tun.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1582*

in Den Haag beschlossenen europäischen Weltraumprogramms; eine negative Entscheidung hätte dieses in nationale Einzelvorhaben auseinanderbrechen lassen und möglicherweise sogar zum Zerfall der ESA geführt. Die Bundesregierung ist damit ihrer europapolitischen Verantwortung gerecht geworden. Der ESA-Ministerrat hat die Voraussetzungen für eine Beteiligung am amerikanischen Raumstationsprojekt neu festgelegt. Mindestvoraussetzung sind insbesondere: uneingeschränkte europäische Entscheidungsrechte bei Bau, Betrieb und Nutzung der freifliegenden Elemente (d.h. M[an-]Tended]F[ree]Flyer] und polare Plattform); einvernehmliche Regelung der Frage der militärischen Nutzung der Station; Einführung von Schieds- bzw. Konsultationsklauseln; Vereinbarung eines die europäischen Interessen wahren Rechtsregimes.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151083.

Für den Wortlaut der Entschließungen und der Schlüferklärung der ESA-Ministerratstagung am 9./10. November 1987 in Den Haag vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 51-60.

<sup>4</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706-710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>6</sup> Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

<sup>7</sup> Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 21. November 1987, daß die vierwöchigen Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und dem Kongress zur Reduzierung des Haushaltsdefizits erfolgreich beendet worden seien: „Auf einer Pressekonferenz wurde das Paket von Präsident Reagan zusammen mit führenden Vertretern des Kongresses der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Eingang enthält Haushaltverbesserungen in Höhe von 30 Mrd. Dollar im F[fiscal]Y[ear] 1988 und in Höhe von 45 Mrd. Dollar im FY 1989. [...] Nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf sind wesentliche Elemente des Defizitabbaus im FY 1988 Steuererhöhungen in Höhe von rd. 9 Mrd. Dollar, Kürzungen bei den Militärausgaben in Höhe von 4,9 Mrd. Dollar, Einsparungen bei den ‚Entitlements‘ (Leistungsgesetzen) in Höhe von 4 Mrd. Dollar und bei sonstigen Ausgaben in Höhe von 2,6 Mrd. Dollar. Zusätzliche Einnahmeverbesserungen sollen durch Gebührenerhöhungen (user fees), durch Verkäufe von Anlagewerten (asset sales), geringere Zinsausgaben und durch einen beschleunigten Steuereinzug erzielt werden. Die Verbesserungen im FY 1989 sollen unter Einschluß von 14 Mrd. Dollar Steuererhöhungen 45 Mrd. Dollar betragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5011; Referat 412, Bd. 168653. Vgl. dazu ferner die Erklärung Reagans; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1365-1371.

PM *Chirac* betont, er wisse nicht, ob die Amerikaner etwas tun wollen oder werden. Finanzminister Baker übe einen unglückseligen Einfluß aus; Außenminister Shultz habe wahrscheinlich keinen Einfluß; Präsident Reagan möchte sein Image in keinem Fall in Frage stellen. Er habe nicht den Eindruck, daß eine Demarche von uns ein konkretes Ergebnis zeigen werde. Wenn man an eine gemeinsame Demarche denke, müsse diese diskret erfolgen.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich hiermit ausdrücklich einverstanden.

PM *Chirac* entgegnet, daß es sehr wichtig sei, daß die beiden Finanzminister heute rechtzeitig, noch vor den Abendnachrichten im Fernsehen, ihre gemeinsame Erklärung abgeben würden.<sup>8</sup> Den Text der Erklärung hätten sie ja telefonisch bereits vorbereitet. Bereits das gemeinsame Communiqué der beiden Finanzminister vor gut einer Woche (gemeint: konzertierte Zinsaktion<sup>9</sup>) sei gut gewesen und habe einen beruhigenden Effekt an den Börsen ausgelöst.<sup>10</sup>

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

PM *Chirac* erläutert, daß vorgestern abend ein Mitarbeiter von ihm einen Mitarbeiter von US-Präsident Reagan getroffen habe. In dieser Unterhaltung sei klar geworden, daß der Präsident keine steuerlichen Maßnahmen ergreifen wolle, um seinem Image nicht zu schaden. Die Amerikaner würden daher zu keiner echten Reduzierung des Haushaltsdefizites kommen. Unter diesen Umständen sei es unbedingt notwendig, die europäische und hier vor allem die deutsch-französische Solidarität im wirtschaftlichen, finanziellen und währungspolitischen Bereich zu verstärken. Er wisse, daß dies für die Bundesregierung wegen der Unabhängigkeit der Bundesbank<sup>11</sup> schwierig sei. Es sei aber unmöglich, Europa weiter zu vertiefen, ohne gleichzeitig in der Wirtschafts- und Finanzpolitik Solidarität auszuüben.

PM *Chirac* hebt hervor, wir sprechen über Fortschritte in der militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.<sup>12</sup> Wir brauchen parallel dazu Fort-

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Gemeinsamen Communiqués des Bundesministers Stoltenberg und des französischen Finanzministers Balladur vom 12. November 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 1071f.

<sup>9</sup> Referat 412 notierte am 6. November 1987: „Nach Sitzung des Zentralbankrats am 5.11.1987 senkte Bundesbank Lombardsatz auf 4,5% (5,0) und Tageszins-Leitsatz auf 3,5% (3,8%). Auch in zahlreichen anderen Ländern Zinssenkungen, was den Dollar-Rückgang verlangsamt. In F Zinssteigerungen (5.11.: Geldmarktinterventionssatz von 7,5 auf 8,25%) in engster Abstimmung mit D. Grund: Wechselkursstruktur im EWS (starker Druck auf FF nach DM-Aufwertung gegenüber Dollar) sollte gefestigt werden, um erneutes Realignment im EWS unnötig zu machen. Ob dies gelingt, werden die kommenden Tage und Wochen zeigen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Gemeinsamen Communiqués des Bundesministers Stoltenberg und des französischen Finanzministers Balladur vom 5. November 1987 vgl. LE MONDE vom 7. November 1987, S. 27 (Auszug).

In der Presse wurde berichtet: „Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und der französische Finanzminister Édouard Balladur haben es in einer gemeinsamen Erklärung begrüßt, daß die Bundesbank und die französische Notenbank durch ihre Zinsbeschlüsse versuchen, die Wechselkursentwicklung zu beeinflussen und den Spekulationen über Änderungen der Kursrelationen im Europäischen Währungssystem entgegenzutreten. [...] Die deutschen und die französischen Währungsbehörden würden sich gemeinsam bemühen, im Sinne des Louvre-Abkommens stabile Verhältnisse auf ihren Finanzmärkten herzustellen, heißt es in der gemeinsamen Erklärung.“ Vgl. den Artikel „Abstimmung mit Paris“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. November 1987, S. 13.

<sup>11</sup> Vgl. dazu § 12 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 747.

<sup>12</sup> Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 273.

schritte in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Die deutsch-französische Solidarität müsse in ihrer Gesamtheit gesehen werden.

Den Außen- und Verteidigungsministern<sup>13</sup> liege der Entwurf einer Erklärung des Gipfels zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vor. Hierzu habe die deutsche Seite vorgeschlagen, einen Absatz hinzuzufügen, in dem die Entschlossenheit bekräftigt wird, einen gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrat<sup>14</sup> zu schaffen, um der Zusammenarbeit einen neuen Impuls zu verleihen.<sup>15</sup> Aus seiner Sicht dürfe man entweder diesen Rat nicht erwähnen oder einen zusätzlichen Text erstellen<sup>16</sup>, in dem es heißt, daß im gleichen Geiste durch die Schaffung eines besonderen Rates die wirtschaftliche, finanzielle und währungspolitische Zusammenarbeit vertieft werden solle.<sup>17</sup> Durch einen solchen zusätzlichen Text könne man darlegen, daß man gleichgewichtig voranschreiten wolle.

Auf den Einwand des *Bundeskanzlers*, daß er sich solch einen Text erst einmal anschauen müsse, erläutert PM *Chirac*, daß er mit der Bildung eines Verteidigungsrates einverstanden sei, daß dies jedoch ein gleichgewichtiges Vorgehen im Wirtschafts-, Finanz- und Währungsbereich voraussetze.

Gerade in letzterem Bereich gebe es einen besonderen Punkt: Die Bundesbank weigere sich, FF in ihre Reserven aufzunehmen. Die Bundesbank begründe dies damit, daß sie dann auch gezwungen sei, alle anderen europäischen Währungen, wie die griechische Drachme, in ihre Reserven aufzunehmen. Er verstehe diesen Standpunkt, aber man könne ja die Aufnahme fremder Devisen in die Reserven der Bank auf den französischen Franc beschränken. Hierzu könne man nach außen sagen, daß unsere Zentralbanken künftig alle Währungen in ihre Reserven aufnehmen werden, die zum einen in dem Europäischen Währungssystem voll integriert und zugleich innerhalb des Währungskorbes der Sonderziehungsrechte enthalten sind. Damit werde für die Eingeweihten klar, daß damit nur der französische Franc gemeint sein könne.

PM *Chirac* führt weiter aus, daß Frankreich seine Zinsen habe erhöhen müssen, diese seien jetzt aus seiner Sicht zu hoch und führten direkt in die Rezession. Er sei aber nicht gewillt, sich seine wirtschaftspolitischen Erfolge durch Währungs-technokraten kaputt machen zu lassen.

Er verweist auf die kürzliche Baseler Tagung der Zentralbankgouverneure.<sup>18</sup> Das Ergebnis sei mittelmäßig, nichtssagend, gewesen. Die Presse habe die Zentralbanker geradezu lächerlich gemacht, sie als unfähig, machtlos, beschrieben. Er kenne die Verfassungsprobleme in Deutschland. Er halte es jedoch für un-

<sup>13</sup> Hans-Dietrich Genscher und Manfred Wörner (Bundesrepublik) sowie Jean-Bernard Raimond und André Giraud (Frankreich).

<sup>14</sup> Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. November 1987 zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1070f.

<sup>16</sup> So in der Vorlage.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. November 1987 zur wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1071.

<sup>18</sup> Die Sitzung der Notenbankgouverneure der Zehnergruppe und der Schweiz fand am 9./10. November 1987 statt. Vgl. dazu den Bericht des Bundesbankdirektors Gleske für Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, vom 12. November 1987 und die dazugehörigen Anlagen; Referat 412, Bd. 168663.

bedingt notwendig, Fortschritte in der Zusammenarbeit zu erzielen, um die deutsche und die französische Politik und die konkreten Maßnahmen miteinander zu koordinieren. Beim nächsten Windstoß an den Börsen werde der französische Franc den unteren Interventionspunkt erreichen. Er habe nicht die Absicht, dies zu verhindern. Was dies bedeute, müsse dem Bundeskanzler klar sein: Dies führe zu einer Aufwertung der DM.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß heute morgen in Bonn bei ihm ein Gespräch über die aktuelle Wirtschaftslage und die Entwicklung an den internationalen Geldmärkten und Börsen im Beisein des Bundesbankpräsidenten<sup>19</sup> stattgefunden habe. Dabei sei man sich einig gewesen, daß wir ein besonderes Interesse daran hätten, das Europäische Währungssystem zu verteidigen.<sup>20</sup>

PM *Chirac* erwidert, daß dies auch das französische Interesse sei. Man sei aber an einer Grenze angekommen. Die französischen Zinsen seien einfach zu hoch geworden, und umgekehrt seien die deutschen Zinsen zu wenig abgesenkt worden. Das System breche langsam ein, er befürchte das Hineinrutschen in eine ernste Rezession. Die Überschuländer, insbesondere auch in Europa, müßten den wirtschaftlichen Aufschwung fördern und anziehen. Er sei nicht optimistisch, was die Zukunft angehe.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß ihn am meisten die Hysterie beunruhige. Die Krise werde geradezu herbeigeredet, dies habe zum Beispiel die hysterische Reaktion auf die unbedachten Äußerungen des amerikanischen Finanzministers Baker gezeigt.<sup>21</sup>

PM *Chirac* stimmt der Analyse des Bundeskanzlers zu, die Entwicklung habe aber tatsächlich die bekannten Ergebnisse erbracht. Vielleicht sei jetzt noch Zeit, die Dinge umzukehren; wenn man zu lange warte, sei es dafür zu spät. Er habe aber den Eindruck, daß die Europäer keinen großen Einfluß auf die Amerikaner hätten.

Der *Bundeskanzler* regt an, daß man sich heute abend erstmals gemeinsam anschauen solle, was die Minister Balladur und Stoltenberg ausgehandelt hätten. Aus seiner Sicht sei ein Fünfer- oder Siebener-Treffen nur dann gut, wenn ein positives Ergebnis schon vorher klar sei. Besonders schlimm sei, daß eigentlich zu der aktuellen Entwicklung kein Grund bestehe.

PM *Chirac* widerspricht: Die Zinsen seien insgesamt zu hoch. Genauso seien die Überschüsse und Defizite zu hoch. Von den USA sei nicht viel zu erwarten. Die Japaner scheinen ihre Wirtschaft schneller als ursprünglich gewollt oder beabsichtigt ankurbeln zu wollen. Im Interesse der Zwölf müßte Deutschland ebenfalls seine Wirtschaft ankurbeln, z. B. gehöre aus französischer Sicht dazu, daß Deutschland die Steuerreform<sup>22</sup> vorziehe.

Der *Bundeskanzler* äußert sich skeptisch gegenüber einem Vorziehen der Steuerreform. Die Konsequenzen würden überschätzt. Für viel wichtiger halte er eine

<sup>19</sup> Karl Otto Pöhl.

<sup>20</sup> Zu den Folgen der Krise an den internationalen Finanzmärkten für das EWS vgl. Dok. 314, Anm. 21.

<sup>21</sup> Zu den Äußerungen des amerikanischen Finanzministers Baker vgl. Dok. 314, Anm. 11.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.

Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

andere Sache. Die Gewerkschaften wollten mit aller Macht in Deutschland die Arbeitszeit verkürzen. Er halte dies für falsch. Die Tarifabschlüsse im kommenden Jahr würden durch den öffentlichen Dienst eingeleitet. Selbst wenn es Ärger mit den Gewerkschaften geben werde, wolle er Arbeitszeitverkürzungen verhindern. Wir brauchten in Deutschland keine Arbeitszeitverkürzungen, es sei vielmehr wichtig, über die Löhne einen Schub für die Wirtschaft herzustellen. Er verweist darauf, daß er heute morgen in der kleinen Runde mit dem Bundesbankpräsidenten gesagt habe, wir werden alles tun, um unserer Verantwortung für Europa und gegenüber den USA gerecht zu werden. Vielleicht sei es gut, diskret in Paris, London, Bonn und Rom gemeinsam zu überlegen, was zu tun sei, ohne auf die Amerikaner zu warten.

PM *Chirac* stimmt dem zu. Er habe viel Respekt für US-Präsident Reagan, sehe aber nicht, daß die Amerikaner etwas tun werden. Ein anderes wichtiges Problem aus seiner Sicht sei die Vorbereitung der Entscheidungen des Europäischen Rates in Kopenhagen. Gerade wegen der Entwicklung der internationalen Lage sei ein positives Ergebnis besonders wichtig. Er habe den Eindruck, daß die deutsche und die französische Haltung nicht sehr weit auseinanderliegen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

PM *Chirac* betont, daß Deutschland und Frankreich mit einer gemeinsamen Haltung nach Kopenhagen gehen könnten und sollten. Man solle die wichtigsten Punkte jetzt besprechen, anschließend könnte man die Mitarbeiter darum bitten, eine gemeinsame deutsch-französische Linie insgesamt auszuarbeiten.

Der *Bundeskanzler* greift die Strukturfonds auf, zunächst die Finanzausstattung.<sup>23</sup>

PM *Chirac* verweist darauf, daß Deutschland eine Anhebung um ca. 50% befürworte, während Frankreich 30 bis 40% für ausreichend halte. 40% wäre wohl eine gute gemeinsame Ausgangslinie.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß er in diesem Problembereich keine deutsch-französischen Divergenzen sehe. Auf eine genaue Ziffer brauche man sich vorläufig nicht festzulegen. Diese sei der Entscheidung in Kopenhagen vorbehalten.

PM *Chirac* weist sodann darauf hin, daß die Logik fordere, die Strukturfonds auf Spanien und Portugal zu konzentrieren. Die anderen ärmeren Länder, insbesondere die südlichen, hätten bereits genug besondere Mittel erhalten.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß er keine Probleme mit dieser Logik habe, er sei jedoch skeptisch, ob diese Linie politisch durchsetzbar sei.

23 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

Ministerialdirigent Trumpf notierte am 13. Oktober 1987: „Die Bundesregierung hält die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft nicht nur für ein wichtiges Integrations-, sondern auch dringendes wirtschaftspolitisches Ziel. Das wirtschaftliche Gefälle in der Gemeinschaft muß abgebaut werden. Der Bundeskanzler hat deshalb im Europäischen Rat im Juni 1987 einer substantiellen Erhöhung der Strukturfonds zugestimmt. [...] Der von der Kommission vorgeschlagenen Verdopplung bis 1992 werden wir nicht zustimmen können.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168704.

Die Referate 410, 412 und 416 legten am 3. November 1987 in einer gemeinsamen Aufzeichnung dar: „Als zukünftig wesentliche Ziele der Strukturpolitik nennt die Kommission: Anpassung der strukturell rückständigen Regionalwirtschaften; Umstellung der im Niedergang befindlichen Industrieregionen; Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit; berufliche Eingliederung von Jugendlichen; Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168705.

PM *Chirac* betont zur Kompetenzverteilung zwischen EGK und den Mitgliedstaaten im Rahmen der Fonds, daß er gegenüber einer Verstärkung der Kompetenzen der EG-Kommission sehr zurückhaltend sei. In diesem Punkt beständen keine Meinungsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland.

Zur Reform der Agrarpolitik erläutert PM *Chirac*, daß Deutschland Flächenstilllegungen wolle, Frankreich aber nicht. Deutschland wolle Getreidequoten, Frankreich aber nicht. Aus seiner Sicht könne eine gemeinsame Linie darin bestehen, daß jeder etwa auf der Hälfte dem anderen entgegenkomme: Er sei bereit, die Flächenstilllegungen, wie bereits von den Mitarbeitern besprochen, zu akzeptieren, dafür müsse Deutschland die Forderung nach Festlegung der Quoten für Getreide aufgeben.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die Agrarfragen weiter seien als dieses konkrete Problem. Die EG-Kommission schlage insbesondere ein System von Haushaltsstabilisatoren<sup>24</sup> vor, bei denen er befürchte, daß diese sich kontraproduktiv auswirken.

PM *Chirac* erklärt sich damit einverstanden, daß die Auswirkungen der Stabilisatoren nicht über den jährlichen Produktionszuwachs hinausgehen dürften.

Der *Bundeskanzler* kommt auf den Eingangsvorschlag von PM *Chirac* zurück und weist darauf hin, daß die gesamte Agrarproblematik einschließlich der Haushaltsstabilisatoren noch im Meinungsbildungsprozeß sei. Er fragt PM *Chirac*, ob es Möglichkeiten gebe, daß alle Mitgliedstaaten zu marktentlastenden Maßnahmen verpflichtet werden, wobei jedem Mitgliedstaat eine größtmögliche Freiheit eingeräumt werde, unter der Voraussetzung, daß jeder Mitgliedstaat tatsächlich das für alle festgelegte Ziel erreiche.

PM *Chirac* meint, daß dies grundsätzlich wohl möglich sei.

PM *Chirac* kommt auf den GB-Ausgleich<sup>25</sup> zu sprechen und fordert insoweit drei Rahmenbedingungen: Ein GB-Ausgleich müsse realistisch sein, degressiv ausgestaltet sein, alle Mitgliedstaaten müßten sich daran beteiligen.

Auf entsprechende Zwischenfrage des Bundeskanzlers betont PM *Chirac*, daß Frankreich mit der Anwendung des Bruttosozialprodukts bei den Eigenen Einnahmen<sup>26</sup> einverstanden sei.

<sup>24</sup> Der Präsident der EG-Kommission, Delors, unterbreitete im Rahmen des „Delors-Pakets“ vom 15. Februar 1987 den Vorschlag, zur Eindämmung der Agrarproduktion sowie zur Stärkung der Haushaltsdisziplin zusätzliche Haushaltsstabilisatoren einzuführen. Die Pläne wurden schließlich durch zwei am 4. August 1987 dem Rat zugeleitete Mitteilungen der EG-Kommission über die Bilanz der Maßnahmen zur Steuerung der Agrarmärkte und Perspektiven der Gemeinsamen Agrarpolitik (KOM(87)410) sowie über die Haushaltsdisziplin (KOM(87)430) konkretisiert. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1987, S. 9-14. Für die Mitteilung über die Haushaltsdisziplin vgl. auch Referat 412, Bd. 168704.

Referat 416 notierte am 10. September 1987: „Die KOM schlägt vor, das bestehende Instrumentarium zur Stabilisierung der Haushaltsausgaben (Einschränkung der Interventionsregelung, Mitverantwortungsabgabe) so zu ergänzen, daß sie während des laufenden Wirtschaftsjahres die Ausgabenhöhe begrenzen kann. Dazu schlägt sie vor: Einführung einer jährlichen Höchstmenge von 155 Mio. Tonnen für die Getreideerzeugung, bei deren Überschreitung die Mitverantwortungsabgabe und/oder die Preise und sonstige Interventionsbedingungen angepaßt werden; Einführung einer Schwelle für die Höchstinterventionsmengen, bei deren Überschreitung die Intervention (staatliche Ankaufgarantie) von der KOM ausgesetzt werden kann; Brachlegung landwirtschaftlicher Flächen einschließlich ‚Set-aside‘-Maßnahmen (dazu folgt KOM-Bericht im Herbst 1987).“ Vgl. Referat 416, Bd. 141995.

<sup>25</sup> Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

<sup>26</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

Zum GB-Ausgleich verweist der *Bundeskanzler* darauf, daß er befürchte, daß dieser langsam zum Gewohnheitsrecht werde. Auf Grundlage des Vorschlags der EG-Kommission wie auch der britischen Forderungen sehe er kein Ende des britischen Ausgleichs. Er stehe aber in Deutschland unter erheblichem Druck, den GB-Ausgleich nicht mehr hinzunehmen. Der Ausgleich sei auch gar nicht mehr gerechtfertigt.

PM *Chirac* betont, daß, wenn man das Bruttosozialprodukt anwende, dies den Britenausgleich reduzieren werde.

Der *Bundeskanzler* fragt PM *Chirac*, ob seine Forderung nach einer Beteiligung aller Mitgliedstaaten am Britenausgleich Taktik sei oder eine Linie, die er fest durchhalten wolle. Wenn letzteres der Fall sei, dann wolle sich keiner am Britenausgleich beteiligen.

PM *Chirac* weist darauf hin, daß es leichter werde, wenn GB isoliert sei. Wenn sich Deutschland und Frankreich einigen würden, wobei sich Spanien wahrscheinlich dem aufgeschlossen anschließen werde, könne es in Kopenhagen zu einer Einigung zu Elf kommen. Drei Monate später werde dann GB „einknicken“.

PM *Chirac* spricht im übrigen kurz die Fettsteuer<sup>27</sup> an, die ein Volumen von 2 Mrd. ECU für den EG-Haushalt ausmache. Ihm sei bewußt, daß wir nach wie vor die Fettsteuer ablehnten.

PM *Chirac* schlägt abschließend vor, daß eine offiziöse Arbeitsgruppe mit fünf Personen auf beiden Seiten gebildet werden solle, um eine gemeinsame deutsch-französische Marschrichtung für Kopenhagen zu erarbeiten.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich hiermit einverstanden.<sup>28</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

<sup>27</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

Referat 411 notierte am 28. Oktober 1987, daß in den Europäischen Gemeinschaften noch kein Beschuß zur Einführung einer Fettsteuer gefaßt worden sei. Bei den Beratungen sei deutlich geworden, „daß die Gegner der Flett[Albgabel] im Rat über eine Sperrminorität“ verfügten: „Die EGK hat daraufhin ihren Vorschlag anlässlich der Sitzung des Agrarrates am 1.7.87 aus dem Beschußpaket herausgenommen. Der Vorschlag der EGK bleibt gleichwohl Gegenstand einer ergänzenden Untersuchung und von Konsultationen mit den wichtigsten Handelspartnern. Deren Ergebnisse sollen auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen im Dezember d.J. vorgelegt werden.“ An der Haltung der Bundesregierung habe sich allerdings nichts geändert. Sie lehne die Fettsteuer aufgrund möglicher handelspolitischer Retorsionsmaßnahmen der USA und Kanadas weiterhin ab. Vgl. Referat 411, Bd. 144314.

<sup>28</sup> Am 20. November 1987 fanden in Paris deutsch-französische Gespräche zur Erarbeitung gemeinsamer Positionspapiere für die Tagung des Europäischen Rates am 4./5. Dezember 1987 statt. Themen waren die EG-Strukturpolitik, der britische Haushaltsumsatz, die Höhe und Struktur der EG-Eigen-einnahmen sowie die Frage der Agrarstabilisatoren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lautenschlager vom selben Tag; Referat 412, Bd. 168706.

**316****Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner  
mit dem französischen Außenminister Raimond und  
Verteidigungsminister Giraud in Karlsruhe****VS-NfD****12. November 1987<sup>1</sup>**

Von BM noch nicht genehmigt

Gemeinsame Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister am 12. November 1987 von 12.30 Uhr bis 15.15 Uhr anlässlich des 50. deutsch-französischen Gipfels in Karlsruhe<sup>2</sup>

Die Außen- und Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs trafen sich wie üblich zu Beginn des 50. deutsch-französischen Gipfels in Karlsruhe zu einer gemeinsamen Sitzung in Begleitung der Politischen Direktoren (Noiville und D2<sup>3</sup>) und ihrer Pendants in den Verteidigungsministrien (M. d'Amécourt und Staatssekretär Rühl).

Aus dem Gespräch, das von 12.30 Uhr bis 14.00 Uhr anlässlich eines Mittagessens im Beisein auch der Botschafter<sup>4</sup> und von 14.00 bis 15.15 Uhr in einem Besprechungsraum ohne Botschafter geführt wurde, ist festzuhalten:

1) Rüstungszusammenarbeit

Beide Seiten begrüßten die bevorstehende Unterzeichnung des MoU<sup>5</sup> über die gemeinsame Entwicklung und Produktion eines Panzerabwehrhubschraubers der zweiten Generation<sup>6</sup> und stellten die Notwendigkeit fest, daß die industriellen Aktivitäten dafür möglichst schnell aufgenommen werden sollten. Sie unterstrichen die große politische Bedeutung für die deutsch-französische Zusammenarbeit und für das operative Zusammenwirken der beiden Landstreitkräfte in diesem Bereich. BM Wörner berichtete über die parlamentarische Zustimmung in den dafür zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages. VM Giraud bezeichnete den PAH 2 als das technisch-operativ beste Waffensystem dieser Art in dieser Epoche.

2) Aufstellung eines deutsch-französischen Großverbandes der Landstreitkräfte (Brigade)<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. November 1987 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Jess am 19. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 315 und Dok. 318.

<sup>3</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>4</sup> Franz Pfeffer (Bundesrepublik) und Serge Boidevaix (Frankreich).

<sup>5</sup> Memorandum of Understanding.

<sup>6</sup> Zum deutsch-französischen Projekt eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers (PAH 2) vgl. Dok. 89, Anm. 24.

Für den Wortlaut der deutsch-französischen Regierungsvereinbarung vom 13. November 1987 über die Entwicklung des Panzerabwehrhubschraubers vgl. BULLETIN 1987, S. 1071.

<sup>7</sup> Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 23. Oktober 1987 wurde festgehalten, daß die Arbeit an einem gemeinsamen Truppenteil seit September 1987 den Schwerpunkt

Die Minister nahmen den Bericht der Verteidigungsminister über die Gliederung, die Kommandostruktur, den Standort, die Unterstellung und den Auftrag des deutsch-französischen Heeresverbandes<sup>8</sup> zustimmend zur Kenntnis. Sie waren sich darin einig, daß dieser Verband reale militärische Effektivität und Modellcharakter haben solle. Sie stimmten darin überein, den Staats- und Regierungschefs zu empfehlen, den Beschuß über die Aufstellung, das Kommando und die Zusammensetzung der Stäbe anlässlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages am 22.1.1988 in Paris<sup>9</sup> zu fassen. Mit diesem Heeresverband solle die enge deutsch-französische militärische Zusammenarbeit konkretisiert werden. VM *Giraud* unterstrich das gemeinsame Interesse an der Aufstellung eines militärisch effizienten Heeresverbandes. Es ginge hier nicht um „show business“.

AM *Raimond* schlug vor, statt von einer Brigade von einem deutsch-französischen Heeresverband der Landstreitkräfte zu sprechen.

*BM* erwidierte, der Begriff „gemeinsame deutsch-französische Brigade“ sei bei uns in der Öffentlichkeit etabliert. Die Einführung neuer Begriffe könnte neue Fragen aufwerfen.

VM *Giraud* warb dennoch für den Begriff „Großverband“, da dieser keine Ähnlichkeit mit bestehenden Einrichtungen habe. Der Ausdruck „grande unité“ sei daher sehr geeignet. Er würde es später auch erleichtern, über die Größe einer normalen Brigade hinauszugehen. Demgegenüber sei der Begriff „Brigade“ in der französischen Umgangssprache zu determiniert.

### 3) Bildung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates<sup>10</sup>

Die Minister nahmen Kenntnis vom Beginn der Verhandlungen zwischen den beiden Außenministerien über die Bildung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates, der die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sicherheit und Verteidigung ausrichten, d.h. ihr politische Orientierung geben solle.<sup>11</sup> Es wurde in Aussicht genommen, den Staats- und Regierungs-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1590*

der militärischen Zusammenarbeit bilde: „Eine Unterarbeitsgruppe ‚GE-FR Truppenteil‘ wurde zur Untersuchung von Realisierungsmöglichkeiten eingesetzt. Der Ansatz zielt auf die Bildung einer deutsch-französischen Brigade, für die jedes Land gleiche Anteile (je zwei Bataillone und anteilige Brigadeneinheiten) stellt. Diese soll vorrangig Schutzaufgaben in der rückwärtigen Kampfzone wahrnehmen und im Einzelfall nach gemeinsamer politischer Entscheidung im Rahmen der für die französischen Landstreitkräfte gültigen Operationsplanung in der Vorneverteidigung zum Einsatz kommen.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151083.

<sup>8</sup> Für den undatierten Bericht der beiden Verteidigungsministerien über den „Gemischten Truppenteil“ vgl. die Anlage 2 der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 9. November 1987; Referat 201, Bd. 143394.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>10</sup> Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276.

<sup>11</sup> Die Verhandlungen über den deutsch-französischen Verteidigungsrat begannen am 10. November 1987. Ministerialdirigent von Plotz vermerkte am selben Tag: „Grundlage der Beratungen war der von deutscher Seite zum ersten Mal am 24. Juli 1987 der französischen Seite zugelieferte Beschußentwurf, der mit dem Ergebnis erster deutsch-französischer Erörterungen (24.7. und 27.8.) zu einer Synopse zusammengefaßt und der französischen Seite am 23.9. übergeben worden war. In der Substanz blieben Beratungen, insbesondere was das Mandat des Verteidigungsrates angeht, im allgemeinen. Französische Seite zeigte sich eher beschränkt gesprächsfähig und verwies darauf, daß ihr der Text

chefs zu empfehlen, den Beschuß über die Einsetzung des gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates anlässlich des 25. Jahrestages des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22.1.1988 zu fassen. Die Außenminister verabredeten, anlässlich ihres nächsten bilateralen Treffens am 27.11.1987 in La Celle-Saint-Cloud den Meinungsaustausch unter Berücksichtigung der nächsten Verhandlungsrunde auf Expertenebene am 25.11.1987 fortzusetzen. AM *Raimond* qualifizierte die erste Verhandlungsrunde auf Expertenebene als Gelegenheit zur Darlegung der Probleme und Klärung von Verfahrensfragen und kündigte die Vorlage von Dokumenten für die zweite Verhandlungsrunde am 25.11.1987 an.<sup>12</sup>

4) Allgemeine Feststellungen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung

VM *Giraud* erklärte, die deutsch-französische Zusammenarbeit werde in Frankreich gut aufgenommen. Gleichwohl gebe es aber noch Mißtrauen. Er halte es verfahrensmäßig für nicht schlecht, diese Gruppen Fragen stellen zu lassen, bevor die abschließende Bewertung des Manövers<sup>13</sup> vorliege. Insofern sei es gut, nicht zu schnell vollendete Tatsachen zu schaffen.

Auf die Frage von BM *Genscher*, ob VM *Giraud* die in Frankreich offenbar noch bestehenden Bedenken gegen die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung für überwindbar halte und woher diese Bedenken kämen, antwortete VM *Giraud*, bei der Brigade sehe er keine Schwierigkeiten, wohingegen man hinsichtlich des Verteidigungsrates größere Anstrengungen unternehmen müsse, weil die französische Regierung gezwungen sei, vor das Parlament zu gehen. Die Bedenken rührten im wesentlichen aus der Vergangenheit her.

5) Bewertung der Übung „Kecker Spatz“

BM *Wörner* und VM *Giraud* fanden, daß die ersten gemeinsamen Schlußfolgerungen zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“ (*Moineau hardi*) zu positiv ausgefallen seien. Das gemeinsame Manöver wäre zwar im Ergebnis zu

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1591*

nicht offiziell vom Elysée zugeleitet worden sei. Zwischen den Zeilen wurde aber deutlich, daß Text wohl bekannt war, französische Seite aber zunächst eine Sondierungsrunde wünschte, um präzisen Inhalt und Hintergrund der deutschen Vorstellungen zu erfahren.“ Vgl. VS-Bd. 12088 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

12 Die zweite Verhandlungsrunde über den deutsch-französischen Verteidigungsrat fand am 25. November 1987 in Paris statt. Für die Ergebnisse vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Morr vom 26. November 1987; VS-Bd. 12088 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Ministerialdirigent von Ploetz bilanzierte am 26. November 1987, daß die „französische Seite wie wir bis zum 22. Januar 1988 einen positiven Abschluß anstrebt. Andererseits ist auch deutlich geworden, daß die Verhandlungsführer aus Außen- und Verteidigungsministerium in Paris nur eine Minimalvereinbarung wünschen. Chirac verläßt sich offensichtlich auf das konservative Status-quo-Denken des Quai d'Orsay, andererseits aber auch auf seine diplomatische Fähigkeit, durch begrenztes Eingehen auf die deutschen Überlegungen – und damit auch die Wünsche des französischen Staatspräsidenten – mögliche, im Wahlkampf störende Wirkungen einer Verweigerungshaltung zu vermeiden. Für uns muß es darauf ankommen, in den zentralen Punkten – Konkretisierung der bilateralen Zusammenarbeit mit dem Ziel zunehmender Herausbildung der europäischen Identität auf dem Gebiet von Sicherheit und Verteidigung und Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit mit dem Ziel einer zunehmend koordinierten und schließlich gemeinsamen Politik – fest zu bleiben.“ Vgl. VS-Bd. 12088 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“ vgl. Dok. 276.

Recht positiv bewertet worden, doch wäre es gut gewesen, wenn der erste Bericht etwas mehr über die Schwierigkeiten ausgesagt hätte, die sich bei dem Manöver gezeigt hätten.<sup>14</sup>

BM Wörner bezeichnete diesen Bericht als einen mehr diplomatischen als militärischen Bericht.

BM Wörner stellte fest, daß es bei der Übung „Kecker Spatz“ folgende Probleme gegeben habe:

- Sprachschwierigkeiten,
- Schwierigkeiten hinsichtlich der technischen Kommunikation,
- Schwierigkeiten wegen unterschiedlicher operationaler Konzepte,
- Schwierigkeiten wegen der Unterschiede in der Verwendbarkeit der Ausrüstungen,
- Schwierigkeiten in der Koordinierung der Bewegung.

Das heiße nicht, daß das Manöver in seiner Grundanlage falsch gewesen wäre. Es habe in weiten Teilen gut funktioniert. Wenn ein solches Manöver keine Probleme gezeigt hätte, wäre dies ein Wunder oder eine Lüge.

VM Giraud bezeichnete die Darstellung von BM Wörner als optimistisch. Wichtigstes positives Ergebnis des Manövers sei die Schnelligkeit der Ankunft der französischen Streitkräfte bei ihren deutschen Verbündeten und deren sofortige Einsatzfähigkeit nach Ankunft gewesen. Die Einheiten der FAR hätten in zwei Tagen 1300 km zurückgelegt und seien bereits zwölf Stunden nach Ankunft zu 90% einsatzfähig gewesen. Trotz der Sprachschwierigkeiten habe das Kommando gut funktioniert. Der zweimalige Kommandowechsel habe keine Probleme verursacht. Die Fähigkeit der FAR zu schnellem Einsatz an der Seite des deutschen Verbündeten sei ein politisch sehr wichtiger Faktor. Er müsse allerdings auch feststellen, daß die leichten Verbände der FAR ohne schwere Unterstützung durch den deutschen Verbündeten sich allein nicht hätten lange halten können. VM Giraud bezeichnete die FAR insoweit als „Harpune der Ersten Armee“. Dies sei eine wichtige Schlußfolgerung für die abschließende Bewertung des Manövers.

VM Giraud führte weiter aus, daß das Manöver davon ausgegangen sei, daß der Gegner nicht über Hubschrauber verfüge. Nach französischer Einschätzung habe das Manöver die erhöhte Bedeutung des Einsatzes von Anti-Hubschraubern<sup>15</sup> unterstrichen. Für das deutsche Kommando sei diese Erkenntnis neu gewesen. Er sei gespannt, ob man sich auf eine gemeinsame Bewertung einigen werde.

VM Giraud berichtete weiter, daß die Unterrichtung während des Manövers aus technischen Gründen unzureichend gewesen wäre. Als nachteilig habe sich herausgestellt, daß das Kommandosystem auf deutscher Seite mit dem französischen System nicht übereinstimme.

<sup>14</sup> Für den undatierten Bericht „Erste gemeinsame Schlußfolgerungen zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz/Moineau hardi“ vgl. die Anlage 3 der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 9. November 1987; Referat 201, Bd. 143394.

<sup>15</sup> So in der Vorlage.

BM *Wörner* warf ein, daß unsere Seite französische Apparate benutzt habe. Auf oberster Führungsebene habe die französische Seite jedoch über modernere Apparate verfügt.

StS *Rühl* stellte fest, die Hauptschwierigkeit habe darin gelegen, daß die leichten französischen Truppen mit den schweren deutschen Truppen auf längere Zeit zusammenarbeiten mußten. Daran habe sich auf deutscher Seite die Kritik an der Anlage des Manövers hauptsächlich entzündet. Das werde sich ändern, wenn die französischen Streitkräfte neue Hubschrauber bekämen.

VM *Giraud* wandte ein, daß dies nicht für die Kritiker auf französischer Seite gelte. Er bat, diese Frage bei der Manöverbewertung mit zu prüfen. Er halte es für wichtig, die Schwierigkeiten zu erkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, statt so zu tun, als interessiere einen das nicht. Es sei klar, daß die FAR nicht allein handeln könne. Diese Feststellung halte er politisch für wichtig, weil niemand glauben dürfe, die FAR könne die Probleme im Norden Deutschlands lösen. Man könne Deutschland nicht gut verteidigen, solange in der norddeutschen Tiefebene ein Loch klaffe.

BM unterstrich diese Feststellung und wies zusätzlich auf das bestehende Loch an der Nordflanke der NATO hin. In diesem Zusammenhang berichtete er, daß er bereits im Jahre 1975 in der damaligen Bundesregierung die Stationierung einer amerikanischen Brigade im Raum Bremen<sup>16</sup> unterstützt habe. Diese Brigade stelle die Vorhut für ein ganzes amerikanisches Armeekorps dar, das innerhalb von drei Wochen im Spannungsfall herangeführt werden kann. BM Genscher wies in diesem Zusammenhang auch auf die für die Verteidigung günstigere geographische Situation im Süden als im Norden Deutschlands hin.

VM *Giraud* stellte fest, diese Situation zeige, daß die Abschreckungsstrategie weiter funktionieren müsse.

BM stimmte dem zu.

Nach einem Exkurs über die Zuständigkeiten der Finanzminister in der deutschen und der französischen Regierung sprach sich BM Genscher dafür aus, daß vom 50. deutsch-französischen Gipfel in Karlsruhe ein Signal für die Verteidigung und Stärkung des EWS ausgehen<sup>17</sup> und daß man einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer europäischen Währungsunion unternehmen sollte.

6) Bericht über Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung

Die Minister billigten den Bericht des deutsch-französischen Ausschusses über Sicherheit und Verteidigung vom 6.11.1987.<sup>18</sup> Sie stellten fest, daß dieser Bericht lediglich zur internen Verwendung bestimmt sei.

7) Entwurf einer Erklärung für den 50. deutsch-französischen Gipfel im Bereich von Sicherheit und Verteidigung<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Zur Stationierung einer amerikanischen Brigade bei Bremen („Brigade 76“) vgl. AAPD 1976, I, Dok. 46, Dok. 104 und Dok. 120, sowie AAPD 1976, II, Dok. 225 und Dok. 251.

<sup>17</sup> Zu den Folgen der Krise an den internationalen Finanzmärkten für das EWS vgl. Dok 314, Anm. 21.

<sup>18</sup> Legationsrat I. Klasse von Morr resümierte am 9. November 1987 die Ergebnisse der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Vgl. dazu die Anlage A der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 9. November 1987; Referat 201, Bd. 143394.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. November 1987 zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1070 f.

Die Minister erörterten den vom Ausschuß für<sup>20</sup> Sicherheit und Verteidigung vorgelegten Entwurf einer Erklärung für den 50. deutsch-französischen Gipfel.<sup>21</sup>

VM *Giraud* bat, in Absatz 4 bei der Bewertung des Manövers „Kecker Spatz“ statt von der „Schnelligkeit eines Einsatzes der französischen Streitkräfte“ von der „Fähigkeit zu einem raschen Einsatz der französischen Streitkräfte“ zu sprechen. BM *Wörner* wandte dagegen ein, daß sich die Bedeutung dieser Aussage für uns dadurch abschwäche. Die französischen Minister behielten sich daraufhin die Entscheidung von PM Chirac vor. Der französische Änderungsvorschlag wurde entsprechend in Klammern eingefügt.

Der französische Vorschlag, in Ziffer 1 im Zusammenhang mit der WEU das Wort „notamment“ (namentlich) einzufügen, fand Zustimmung.

Die Minister einigten sich, in der Ziffer 2 den künftigen Standort der gemischten Brigade und deren Zusammensetzung zu streichen. Es bestanden jedoch keine Bedenken, darüber mündlich Auskunft zu geben.

Auf deutschen Vorschlag wurde nach der Ziffer 2 ein Passus über die Absicht beider Seiten eingefügt, in naher Zukunft einen Verteidigungsrat zu bilden. Auf französischen Wunsch einigten sich die Minister auf die Bezeichnung „Conseil de Sécurité et de Défense“ (Sicherheits- und Verteidigungsrat). Für den Passus wurde der französische Vorschlag gebilligt:

„3/ Etudier les modalités de mise en œuvre d'un Conseil de Sécurité et de Défense conjoint qui serait chargé d'orienter la coopération entre les deux pays en matière de sécurité.“

(3/ Die Modalitäten zur Einsetzung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates zu prüfen, der die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sicherheit ausrichten soll.)

8) Planung der Vorhaben zum 25. Jahrestag<sup>22</sup> des Elysée-Vertrages

D2 trug hierzu vor, daß aus Anlaß des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages im Bereich von Sicherheit und Verteidigung geplant seien:

- Beschuß zur Aufstellung der Brigade,
- ggf. Beschuß eines Sicherheits- und Verteidigungsrates,
- Austausch der Lehrgangskataloge,
- gemeinsame Truppeneinheit bzw. Parade.

Die beiden Verteidigungsminister einigten sich, die Frage der gemeinsamen Truppeneinheit bzw. Parade untereinander zu klären.

9) West-Ost-Verhältnis/Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung

BM *Genscher* stellte in seiner Einführung fest, daß nach der Verabschiedung der WEU-Plattform<sup>23</sup> zwei wichtige Ereignisse bevorstünden: der amerikanisch-sowjetische Gipfel<sup>24</sup> und die Herbsttagung des NATO-Ministerrats in Brüssel<sup>25</sup>.

20 Korrigiert aus: „von“.

21 Für den Entwurf der Erklärung vgl. Referat 201, Bd. 143391.

22 Korrigiert aus: „der Vorhaben zum Vorhaben zum 25. Jahrestag“.

23 Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

24 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

25 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

BM erinnerte an die schwierigen Kommuniqué-Verhandlungen im Juni 1987 in Reykjavik<sup>26</sup>, die die Aufzählung der wichtigen Elemente der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik insbesondere in Ziffer 7 und 8 des Kommuniqués<sup>27</sup> zum Ergebnis hatten, die nunmehr weiterentwickelt werden müssen. Er wolle damit sagen, daß es ein Gesamtkonzept des Bündnisses der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik gebe, das aber der Weiterentwicklung bedürfe. Wir dürften uns nicht kleiner machen, als wir seien. Uns liege daran, die dem Bündnis gestellten Aufgaben in der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Er habe deshalb Wert darauf gelegt, auch Fortschritte in der europäischen Einigung und im KSZE-Prozeß zu erzielen und sich darüber hinaus der weltweiten Verantwortung bewußt zu sein. Er würde es sehr begrüßen, wenn von dem Gipfeltreffen ein Signal zur Verteidigung des EWS und seiner Fortentwicklung in Richtung einer europäischen Währungsunion ausgehen würde. Dynamik in den West-Ost-Beziehungen erfordere zugleich Einigkeit unter den westlichen Demokratien.

BM fuhr fort, hinsichtlich des rüstungskontroll- und abrüstungspolitischen Gesamtkonzepts entsprechend dem NATO-Kommuniqué von Reykjavik wolle er sich auf folgende Punkte konzentrieren: Wir seien der Meinung, daß das Bündnis die größte Energie auf die Verhandlungen über die Herstellung konventioneller Stabilität in Europa<sup>28</sup> verwenden müsse. Die Ziele, die das Bündnis erreichen wolle, seien in der Brüsseler Erklärung vom Dezember 1986<sup>29</sup> definiert worden. Der Westen sollte auf diesem Gebiet in die Offensive gehen, auf dem der Osten zu leisten habe, da er in bestimmten Bereichen eindeutig überlegen sei. Wir täten das auch deshalb, weil wir der Meinung seien, daß das konventionelle Kräfteverhältnis angesichts der greifbar nahen Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung an Bedeutung zunähme.

BM fuhr fort, das zweite Gebiet, wo wir einen baldigen positiven Verhandlungsabschluß wollen, sei das weltweite Verbot der chemischen Waffen<sup>30</sup>. Das dritte Gebiet sei das, was wir als Vorbereitung des Mandats für Verhandlungen über bodengestützte amerikanische und sowjetische Flugkörper mit einer Reichweite unterhalb 500 km bezeichnen.

BM schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß er in diesem Zusammenhang bewußt nicht über die Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen gesprochen habe; hier seien wir uns einig, daß eine 50-prozentige Reduzierung der Potentiale der Supermächte wünschenswert sei und wir uns eine Verständigung der beiden Weltmächte vom Gipfeltreffen in Washington erhofften.<sup>31</sup> Für

<sup>26</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut von Ziffer 7 und 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung vom 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

<sup>28</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>30</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

<sup>31</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 243.

Referat 220 führte aus, daß es bei den Verhandlungen gegenwärtig primär „um die Frage der Zwischen-grenzen („sub-ceilings“)“ gehe, „die für die konkrete Zusammensetzung der strategischen Potentiale

uns sei es wichtig, daß wir uns mit unseren französischen Freunden über die drei genannten Kategorien verständigten, die ganz wesentliche Auswirkungen auf den deutschen Boden hätten.

AM *Raimond* wies in seiner Erwiderung zunächst darauf hin, daß es im Kommuniqué von Reykjavik die beiden Ziffern 7 und 8 gäbe. Ziffer 7 zähle die Gesamtheit des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses auf, Ziffer 8 enthalte den Auftrag, eine Studie über das Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung zu erarbeiten.

BM warf an dieser Stelle ein, daß zwischen uns Klarheit darüber bestehen sollte, daß das Bündnis über ein Gesamtkonzept bereits verfügt, das weiterentwickelt werden soll.

AM *Raimond* erwiderte, das sei für ihn nicht das Problem. Ziffer 7 des Kommuniqués enthalte eine Aufzählung, Ziffer 8 beziehe sich jedoch auf eine Studie, die sich gleichzeitig befassen solle mit Rüstungskontrolle sowie weiteren Elementen im Sinne von untereinander verflochtenen Problemen.

BM stellte fest, daß wir dagegen nichts einzuwenden hätten, weil wir dies im Text der Ziffer 8 so beschlossen hätten.

AM *Raimond* stellte fest, daß die Studie bisher nicht in Angriff genommen worden sei. BM erwiderte, daß auch wir dies bedauerten und daß wir gemeinsam mit größtem Nachdruck bei den Bündnispartnern darauf hinwirken sollten, daß damit begonnen werde. Er wolle allerdings nochmals absolute Klarheit schaffen. Der Text gehe von einem vorhandenen Gesamtkonzept aus, das weiterentwickelt werden müsse. Diese Feststellung sei wichtig, weil nicht der Eindruck erweckt werden dürfe, als reagierte das Bündnis nur auf die Vorschläge von GS Gorbatjow. Das Bündnis habe selbst sehr klare Positionen, die, so wie dies in Ziffer 8 des Kommuniqués gesagt werde, weiterentwickelt werden müßten.

AM *Raimond* beklagte, daß wir kein „globales Konzept“ hätten. Es habe sowjetisch-amerikanische Verhandlungen mit sowjetischen Vorschlägen und westliche Reaktionen darauf gegeben. Jenseits der Diskussion in der WEU habe es in der NATO niemals eine so seriöse Diskussion über die Gesamtheit der Probleme im West-Ost-Verhältnis und der Rüstungskontrolle und Abrüstung gegeben. Man habe von Anfang an die sowjetische Logik übernommen. Er finde, es gehe nicht, daß wir keine westliche Logik hätten. Es habe sowjetische Initiativen gegeben, auf die wir mehr oder weniger logisch reagiert hätten. Er frage sich, was dagegenstehe, eine Gesamtdiskussion über das West-Ost-Verhältnis und die Gesamtheit der Abrüstung zu führen. Die konventionelle Stabilität sei sehr wichtig. Nach der Einigung über die Verfahrensfragen gehe das Bündnis jetzt an die Substanz der Vorschläge. Zu CW sei er einverstanden. Die Frage der atomaren Kurzstreckenwaffen gehöre in die Gesamtheit des Konzepts. Man müsse das Gesamte in die richtige Reihenfolge bringen. Ein isoliertes Vorgehen kompliziere das westliche Herangehen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1596*

innerhalb der vereinbarten Obergrenzen entscheidend“ seien. Zentrale Probleme seien hier die „Struktur der Triade (ICBM, SLBM, Bomber)“ sowie der „Anteil schwerer ICBM“. Weitere offene Substanzfragen seien das „Verbot mobiler ICBM“, das „Gesamtwurfgewicht ballistischer Raketen“, die Frage von Obergrenzen für SLCM, der Reduzierungszeitraum sowie die Verifikationsproblematik. Das Haupthindernis für ein Abkommen bliebe jedoch weiterhin die „Verknüpfung mit dem Verhandlungsbereich Weltraum“. Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 202, Bd. 151083.

*BM* erwiderte, er betrachte nichts isoliert. Wenn D und F erklärten, die Studie müsse rasch angepackt werden, werde AM Raimond ihn an seiner Seite haben. Er sei jedoch nicht einverstanden, daß es keine westliche Logik gebe. Das Problem sei ein anderes. Die Amerikaner hätten in Reykjavik<sup>32</sup> die westliche Logik verlassen, deren Teil stets die Strategie der Abschreckung war und auch heute noch sei. In dem Augenblick, wo Präsident Reagan die atomaren Waffen als unmoralisch bezeichnet habe<sup>33</sup>, habe er sich auf einen gefährlichen Weg begeben.

*BM* wies noch einmal darauf hin, daß wir ein gemeinsames Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept haben, daß wir uns im Dezember 1986 und im Juni 1987 in Reykjavik über die Ziele der konventionellen Abrüstung sehr einig waren, was wir bei der globalen Eliminierung der chemischen Waffen wollen und wie wir die bodengestützten amerikanischen und sowjetischen nuklearen Flugkörper unterhalb 500 km Reichweite behandeln. Natürlich müßten wir das Gesamtkonzept weiterentwickeln. Für die Bundesregierung sei das auch innenpolitisch wichtig.

*BM* fuhr fort, wir baten unsere französischen Freunde auch zu sehen, daß wir uns durch die Entwicklung in einem wichtigen Punkt nähergekommen seien. F habe an den MBFR-Verhandlungen nicht teilgenommen, die BM Wörner und er stets mit großer Skepsis betrachtet hätten. Wo wir uns jetzt mit den Verhandlungen über konventionelle Stabilität in ganz Europa hinbewegen, fänden sich D und F wieder. Dies sei sehr wichtig.

*BM* wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den USA die Hauptlast der konventionellen Verteidigung in Europa trage.

*AM Raimond* meinte, er meine nicht diese Diskussion. *BM* habe festgestellt, daß das Bündnis ein Gesamtkonzept habe, das die USA verlassen hätten. Er halte es für notwendig, klarzustellen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung und die West-Ost-Politik zusammen diskutiert werden müßten. Es gebe amerikanische Initiativen. *BM* gebe seine Auffassung in öffentlichen Reden in Davos<sup>34</sup> und Minnesota<sup>35</sup> wieder, aber im bilateralen Verhältnis gebe es keine echte Diskussion über die von ihm genannte Problematik. Auch im Juni in Reykjavik habe es hierüber keine eingehende Diskussion gegeben. Dieses halte er jedoch für notwendig, einschließlich der Probleme, die in einem weiteren Sachzusammenhang mit dem Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept stünden. Dies habe er auch Ende Oktober in Brüssel in der NATO zum Ausdruck gebracht: Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen in einem breiten politischen Kontext behandelt werden. Er teile die Auffassung von *BM*, daß es um die Weiterentwicklung eines Gesamtkonzepts des Bündnisses gehe. Wichtig sei aber, daß die Allianz nunmehr daran gehe, in Substanz und Verfahren Einvernehmen über den weiteren Fortgang der Rüstungskontrollpolitik zu erzielen. Gorbatschow werde nicht zögern, sich ein weiteres Zuwarten des Bündnisses zunutze zu machen.

<sup>32</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>33</sup> Vgl. die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

<sup>34</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

<sup>35</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 7.

BM Wörner führte aus, in einem solchen konzeptionellen Gesamtzusammenhang, der sowohl aus verhandlungstaktischen als auch aus Gründen des strategischen Zusammenhangs notwendig sei, spielten für uns Deutsche neben der Reduzierung der strategischen Waffen und der weltweiten Eliminierung der chemischen Waffen zwei Bereiche eine Rolle:

- das konventionelle Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Paktes,
- der Bereich der bodengestützten nuklearen Flugkörper unterhalb 500 km Reichweite.

Es müsse versucht werden, hier zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Der Ausgleich des konventionellen Ungleichgewichts sei das zentrale Interesse der Rüstungskontrollpolitik der nächsten Zeit. Das laufe parallel mit den anderen Zielen. Er warne vor einem nur zahlenmäßigen Herangehen an das Problem.

Hier gehe es um mehr, nämlich um den Abbau der Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts. Die Sowjetunion müsse strukturell angriffsunfähig werden. Bei einem reinen Zahlenspiel werde es Gorbatschow sehr einfach haben, uns auseinanderzudividieren. Hinsichtlich der nuklearen Waffen unterhalb 500 km Reichweite teile er die Bedenken, daß dies zu einer dritten Null-Lösung führen könnte. Er sei sehr entschieden gegen eine dritte Null-Lösung. Diese sei mit unserer Sicherheit unvereinbar. Andererseits dürfe das nicht bedeuten, daß wir kein Konzept zur Lösung der SNF-Problematik haben. Wir müßten wissen, was wir wollten, und uns verständigen über ein paralleles Vorgehen oder ein Vorgehen nacheinander. Über das verhandlungstaktische Herangehen müsse man sprechen.

VM Giraud wies auf die Notwendigkeit hin, Klarheit darüber zu gewinnen, worüber man einig sei und worüber nicht. Nach seiner Auffassung gebe es im Westen Einigkeit über drei Gegenstände:

- die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen,
- die Beseitigung der Invasionsfähigkeit der Streitkräfte des Warschauer Paktes,
- die chemische Abrüstung.

Was die atomaren Kurzstreckenwaffen angehe, so glaube er, daß es klug wäre, abzuwarten, bis sich die NATO über die Konsequenzen aus dem Abschluß des INF-Abkommen einig geworden sei. Die Amerikaner seien darüber zerstritten; was die Europäer betreffe, dürften wir nicht zu einer dritten Null-Lösung kommen. Wenn der Westen in Verwirrung darüber diskutiere, was Post-INF geschehen solle, werde Gorbatschow letztlich die Diskussion führen, denn er wolle Europa denuklearisieren. Angesichts der verabschiedeten WEU-Plattform wolle er die europäische Solidarität und die deutsch-französische Solidarität unterstreichen. Nach der Eliminierung der Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite durch das INF-Abkommen sei es erforderlich, die nuklearen Mittel des Bündnisses der neuen Lage anzupassen. Danach könne man die folgenden Probleme angehen. Er wolle die Notwendigkeit unterstreichen, Europa nicht zu denuklearisieren.

BM faßte die Diskussion wie folgt zusammen:

Operativ halte er fest, daß die in Ziffer 8 des NATO-Kommuniqués von Reykjavík angeforderte Studie schnellstens begonnen wird. Er frage sich, ob es in Frankreich Vorstellungen darüber gebe, wie man auf den amerikanisch-sowjetischen Gipfel reagieren solle. Denke man in Paris noch an andere Zusammenkünfte auf

höherer Ebene außer der Herbsttagung des NATO-Ministerrates am 10./11. Dezember?

AM *Raimond* erwiderte, AM *Shultz* werde die Bündnispartner am 10. Dezember in Brüssel unterrichten. Das reiche aus. Für einen NATO-Gipfel werde im Augenblick in Paris kein Bedarf gesehen.

D2 wies unter Bezugnahme auf das PK in Kopenhagen auf die Absicht der Präsidentschaft<sup>36</sup> hin, den Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Kopenhagen am 4./5. Dezember<sup>37</sup> die Verabschiedung einer West-Ost-Erklärung vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen vorzuschlagen.<sup>38</sup>

AM *Raimond* erklärte hierzu, er sei nicht sehr für eine solche Erklärung.

BM stimmte dem zu; konkret könne man vor dem Gipfeltreffen nichts sagen. Eine allgemeine Erklärung mache wenig Sinn.

Es bestand Einvernehmen abzuwarten, was die dänische Präsidentschaft sich konkret vorstellt. Aus der Sicht von heute könne man in einer West-Ost-Erklärung auf dem ER jedoch keinen großen Nutzen sehen.

**Referat 202, Bd. 151084**

<sup>36</sup> Die EG-Ratspräsidentschaft hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 Dänemark inne.

<sup>37</sup> Zur Tagung des Europäischen Rates vgl. Dok. 358.

<sup>38</sup> Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 11./12. November 1987 in Kopenhagen vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling am 13. November 1987, daß sich die dänische EG-Ratspräsidentschaft wegen des anstehenden amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens für die Behandlung der West-Ost-Beziehungen auf der Tagung des Europäischen Rates ausgesprochen sowie die Verabschiedung einer diesbezüglichen Erklärung angeregt habe. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen habe dem entgegnet, daß der Europäische Rat sich auf die Behandlung der EG-Themen konzentrieren müsse und somit nur wenig Zeit für die Behandlung der West-Ost-Beziehungen bleibe. Allerdings wolle man „den dänischen Vorschlägen nicht im Wege stehen“. Vgl. den Runderlaß Nr. 42–45; Referat 200, Bd. 134829.

**Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt****114-6608/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 4860****Aufgabe: 12. November 1987, 21.45 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 13. November 1987, 04.40 Uhr**

Betr.: INF-Verhandlungen;  
hier: Derzeitiger Stand

Bezug: DB Nr. 4608 VS-v vom 27.10.87<sup>2</sup>

1) Die Verhandlungen in Genf haben seit den Außenministertreffen in Moskau<sup>3</sup> nur langsame Fortschritte bei der Ausräumung der noch verbliebenen Gegensätze gemacht. Die Mehrzahl der im Bezugsbericht beschriebenen Differenzen besteht weiterhin. Gesprächspartner in der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department sind der Auffassung, daß es eines politischen Kraftaktes auf höchster Ebene bedürfe, um zu entscheiden, wann, wo und wie die Verdachtskontrollen zulässig sein sollen. Innerhalb der Administration gehe die Diskussion weiter, welche Lösungen man hierfür anstreben solle und was realistischerweise erreichbar sei. Es sei möglich, daß man dabei zu Lösungen komme, die eine Vereinfachung der gegenwärtigen hochkomplexen Vorschläge enthielten.

2) Die nur langsamem Fortschritte am Verhandlungstische in Genf seien damit zu erklären, daß ein großer Teil der verbleibenden Detailfragen erst durch Eingang bei den Verdachtskontrollen lösbar werde (dann aber auch keine größeren Hindernisse mehr aufwerfen sollte). Man sehe sich bei vielen Einzelfragen einer sowjetischen Delegation gegenüber, die offensichtlich nicht über ausreichend Weisungen verfügt. Teilweise würden Koordinationsprobleme deutlich, so wenn Dubinin in Moskau „portal monitoring“ unterstütze, während gleichzeitig Obuchow es in Genf zurückweise.

3) Der detaillierte Datenaustausch ist weiterhin nicht erfolgt. Die SU-Delegation habe ihn zwar mehrfach als unmittelbar bevorstehend angekündigt, dann aber

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 13. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik und Referat 201 sowie an Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.  
Hat Mülmenstädt vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter van Well, Washington, informierte über den Fortgang der INF-Verhandlungen nach dem Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22./23. Oktober 1987 in Moskau. Er übermittelte die Bestandszahlen der amerikanischen SRINF- und LRINF-Systeme per 30. September 1987, „die die USA der SU am 26.10. übergeben“ hätten. Ferner ging van Well auf die noch offenen Fragen ein, darunter die Anzahl der jährlichen Verdachtskontrollen, die „Ausdehnung der Verdachtskontrollen auf Stationierungsländer und US-Einrichtungen in Drittstaaten“, den Zeitpunkt der „Auskunft über Art und Ort einer Inspektion“ sowie den Zugang von Einrichtungen bei Verdachtskontrollen, die Frage der unterschiedlichen Kategorien von Verdachtskontrollen, die „Bewegungsfreiheit am Inspektionsort“ und die Möglichkeit zum einseitigen Inspektionsabbruch, die Frage der Notifikation bei „Forschungs- und Entwicklungstarts“ und der Aufnahme eines allgemeinen Artikels „mit Nichtumgehungsverpflichtungen“ in den INF-Vertrag sowie die „Kriterien für die Verifikation der endgültigen Produktionsbeendigung“ und das „Verfahren für die Eliminierung der Gefechtsköpfe“. Vgl. VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>3</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

immer wieder Rückzieher gemacht und jetzt festgestellt, daß sie derzeit dazu nicht in der Lage sei. Über die Gründe dieser Verzögerung sei man sich im klaren. Sowohl rein technische Probleme wie auch Meinungsverschiedenheiten zwischen politischen und militärischen Stellen seien denkbar. Verhandlungstaktische Gründe für die Verzögerung seien ebenfalls nicht auszuschließen, doch sehe man nicht, welche Vorteile sich die SU davon verspreche. Es ist anzunehmen, daß Gerassimows Vorwürfe (vgl. DB Nr. 3635 vom 12.11. aus Moskau<sup>4</sup>), die USA hätten neu und überraschend Einbeziehung von ICBM in die INF-Nicht-Produktionskontrollen verlangt, eine Reaktion auf die sowjetische Verzögerung beim Datenaustausch sind. Sie stellen sicher eine Antwort auf die an die Öffentlichkeit geleakte Unzufriedenheit der US-Administration mit dieser Verzögerung dar. Sachlich sind die Vorwürfe haltlos. Die US hat bei der Kontrolle der Nicht-Produktion immer darauf hingewiesen, daß bei Überschneidungen in INF- und ICBM-Produktionsstätten eine Kontrolle erforderlich sei. Neue amerikanische Vorstöße hierzu hat es nicht gegeben. Ganz im Gegenteil habe man frühere Forderungen, auch die SS-24 einzubeziehen, aufgegeben und beschränke sich nunmehr ausschließlich auf die teilweise baugleiche SS-25. Derartige Probleme können aber nicht die hier herrschende feste Überzeugung erschüttern, daß der Vertrag bis zum Gipfeltermin<sup>5</sup> fertiggestellt sein wird. Es wird darauf verwiesen, daß es durchaus auch in Einzelbereichen Fortschritte gegeben habe. Hierzu gehört die Einigung über den Umfang und die Modalitäten der Zerstörung durch Abschuß (launch to destroy).

4) Von den Gesprächen Kampelmans mit Woronzow (Genf, 16.11.) erwarte man die Klärung weiterer Einzelheiten.<sup>6</sup> Dort gehe es im übrigen aber ebenso um die

<sup>4</sup> Botschaftsrat Neubert, Moskau, berichtete über die Stellungnahme des Pressesprechers des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, vom selben Tag. Amerikanischen Medienberichten, daß „INF-Verhandlungen sich verzögerten, weil SU erforderliche Informationen über ‚Dislozierungsräume und Raketentypen‘ nicht rasch genug zur Verfügung“ stelle, habe Gerassimow entgegnet, die Schwierigkeiten rührten daher, daß „die amerikanische Seite im letzten Moment, sozusagen beim Fallen des (Theater-)Vorhangs, Vorschläge zur Verifizierung des Nichtvorhandenseins von INF durch Einbeziehung des sowjet[ischen] ICBM in die Verifikation vorgebracht“ habe. Ferner habe er betont, daß die SU selbstverständlich bereit sei, über die Verifikation von ICBM zu sprechen, „aber in der nächsten Etappe, bei der Erörterung eines Vertrages über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen“. Vgl. Referat 220, Bd. 144773.

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>6</sup> Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 21. November 1987, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, habe in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) am Vortag über die Ergebnisse der Gespräche des amerikanischen Sonderbotschafters Kampelman mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 16./17. November 1987 in Genf berichtet: „Überraschend kam die Erklärung, daß US numehr bereit ist, auf sowjetische Forderung nach Festlegung des Verhältnisses von PII und GLCM zu Ende der ersten Phase einzugehen. Die Form der [...] Übereinkunft ist noch nicht entschieden. Anscheinend ist derzeit an den Austausch von Briefen parallel zur Vertragsunterzeichnung gedacht. Jedoch sei auch die Möglichkeit der Form eines ‚Agreed Understanding‘ oder sogar der Einbeziehung in den Vertragstext nicht auszuschließen. Die Formel selbst soll in ihrer Kompliziertheit offensichtlich nur einen Dissens überdecken, der zwischen Pentagon und State Department noch nicht ausgetragen war. State Department sieht kein Problem, sich auf die [...] sowjetische Forderung nach maximal 54 PII zu Beginn der zweiten Phase einzulassen, Pentagon war dazu noch nicht bereit. Formel von ‚up to 72‘ trägt dem Rechnung. Es handelt sich wohlgemerkt um die Zahl von Deployed- und Non-deployed-Systemen incl[usive] spares. Am Rande der Sitzung wurde uns klar zu verstehen gegeben, daß wir mit unserem Wunsch nach 54 Systemen keine Probleme erwarten sollten. Noch keinen durchschlagen-

Vorbereitung anderer Gesprächspunkte des Gipfels, insbesondere von START. Der Durchbruch bei dem Komplex der Verdachtskontrollen könne wohl nur auf sehr hoher Ebene erzielt werden. Gesprächspartner ließ erkennen, daß dies sicherlich nicht unterhalb der AM-Ebene möglich sein werde, ließ aber offen, ob dies ein neues Zusammentreffen notwendig machen werde.

Einzelfragen:

Verifikation Baugleichheit SS-5 mit Forschungsракете SL 8-J: SU stelle neuerdings Baugleichheit wieder in Abrede, habe aber noch keine neuen Aussagen gemacht. SU sei weiterhin nicht bereit, US-Vertragsvorschläge zu Behandlung von Forschungs- und Entwicklungsträgersystemen zu akzeptieren.

Länge der Eliminierungsphasen ist weiterhin strittig: SU beharrt auf 29 Monaten für erste Phase, US-Vorschlag: 25 bis 26 Monate. Einigung besteht dagegen inzwischen über Zahl der zu Beginn der zweiten Phase zulässigen Systeme. Dies sollen 171 Träger sein. Insgesamt dürfe jede Seite zu diesem Zeitpunkt maximal 200 Gefechtskopfsysteme besitzen, inklusive aller Non-deployed-Bestände. Diese Einigung zeige, daß man in Einzelpunkten durchaus sich pragmatisch verständigen könne. Mit der Zahl 200 sei es gelungen, eine verlässliche Begrenzung zu erzielen, nachdem das Konzept 150 plus 15 Prozent aufgrund der Unterschiedlichkeit der jeweiligen Systeme zunächst wohl keine völlig ausgeglichene Lösung für beide Seiten zu erlauben schien.

Bei launch to destroy habe man sich darauf geeinigt, daß jede Seite das Recht habe, 100 LRINF-Trägersysteme innerhalb der ersten sechs Monate abzufeuern. Für SRINF-Systeme soll ein solches Recht nicht eingeräumt werden. Die Abschußmodalitäten seien so geregelt worden, daß man die andere Vertragspartei zehn Tage vor Abschuß unterrichte, der eigentliche Start solle dann in Bündeln über einen Zeitraum von zwei bis drei Tagen erfolgen, wobei ein Mindestabstand von sechs Stunden von Start zu Start einzuhalten sei. Mit dieser Lösung glaube man, eine befriedigende Vereinbarung in dieser Frage erzielt zu haben. Es fällt auf, daß die Zahl damit erheblich unter den zunächst vorgesehenen 25 Prozent der Gesamtbestände liege. Vermutlich haben sich hier die Sicherheitsbedenken der JCS bzgl. der aus den Starts zu gewinnenden Testergebnisse durchgesetzt. Dies gilt insbesondere auch bzgl. der für beide Seiten gleichen Obergrenze, so daß die SU aus ihrem größeren Arsenal keine Vorteile ziehen kann. (Auf Gefechtsköpfe bezogen reduziert natürlich jeder SS-20-Start das Trägersystem für drei GK.)

Bzgl. der Gefechtskopfvernichtungsmodalitäten habe man Einigung darüber erzielt, auf die Ausarbeitung eines detaillierten Verfahrens zu verzichten. Jede

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1602*

den Fortschritt hat es in der zentralen Frage der Inspektion der SS-25-Produktionseinrichtungen gegeben. US steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß ihre Cruise-Missile-Fabriken nicht vergleichbar seien, da die Ähnlichkeit zwischen SS-20 und SS-25 sehr viel größer sei als die durch ihre Launcher-Systeme unterschiedenen GLCMs und SLCMs. Dennoch habe es auch in dieser Frage eine Annäherung der Standpunkte gegeben. Man erwarte eine Einigung beim Treffen von Shultz und Schewardnadse in Genf. Dort muß auch die Frage der übrigen Bestimmungen der Verdachtskontrollen weiter erörtert werden. Wie informell am Rande der Sitzung zu erfahren war, ist US hier noch zu einigen Vereinfachungen bereit und glaubt nicht, daß hieraus ein den Vertrag gefährdender Streitpunkt werden könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5013 vom 21. November 1987; VS-Bd. 11283 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

Seite könne dies unter Zugrundelegung der in Washington beim AM-Treffen<sup>7</sup> vereinbarten Kriterien in eigener Regie durchführen.

Weiterhin ungelöst ist die Frage, wie sichergestellt werden kann, daß SS-25-Produktionsstätten nicht fortfahren, SS-20-Raketen zu produzieren. Das von der SU ins Spiel gebrachte Portal Monitoring der Fabriken (um eine Kontrolle innerhalb der Komplexe zu vermeiden) ist, wie oben dargestellt, anscheinend auch in der SU weiterhin umstritten. US würde gern ein Portal Monitoring der SS-25-Produktionsstätten sehen, ist aber nicht bereit, entsprechendes für Cruise-Missile-Produktionsstätten zuzugestehen. Man sei der Meinung, daß es sich hierbei nicht um äquivalente Einrichtungen handele. Was man der SU anbieten könne, wäre die PM<sup>8</sup>-Kontrolle z.B. der Raketenmontage-Einrichtung in Pueblo, Colorado. Man habe allerdings nichts, was den sowjetischen „ballistic missile final assembly plans“ völlig entspreche. Eine Lösung zeichne sich hier noch nicht ab, es sei aber absolut falsch, wenn Gerassimow behauptete, daß die US in dieser Frage in der letzten Zeit irgendwelche neuen zusätzlichen Forderungen erhoben habe. Über die SU-Vorschläge zu Artikeln mit einer Nicht-Umgehungsverpflichtung und zur Verpflichtung auf Folgeverhandlung sei man weiterhin im Gespräch, habe auch eine<sup>9</sup> neue Textvorlage unterbreitet, sehe aber noch keine Lösung. Die im Bezugs-DB beschriebenen Differenzen zu Modalitäten der Verdachtskontrollen sind weiterhin ungelöst, w.o. beschrieben, ist eine Einigung hierzu erst dann zu erwarten, wenn die grundsätzliche Frage entschieden ist, welche Einrichtungen wie lange der Verdachtskontrolle unterworfen werden sollen. Alle damit zusammenhängenden Fragen werden, auch wenn sie praktisch lösbar wären, offensichtlich aus verhandlungstaktischen Gründen zunächst zurückgehalten. Am Rande des Gesprächs unterrichtete Partner über US-Demarche in Bonn mit neuem Vorschlag zur Aufgliederung des Abbaus der westlichen Systeme.<sup>10</sup> Er berichtete, daß SU verlangt habe, daß am Ende der Phase 1 höchstens 54 PII übrig sein dürften. Man habe US-Position wiederholt, daß dies keinen Verhandlungsgegenstand darstelle und man nicht bereit sei, in dieser Frage Verpflichtungen einzugehen. Allerdings sei der SU informell am Rande der Verhandlungen bedeutet worden, daß die US gedachten, bereits in der ersten Phase sowohl PII als auch GLCM abzubauen. Man sei aber nicht bereit, der SU hierzu Einzelheiten mitzuteilen, und werde natürlich weiterhin jeden Versuch abwehren, diesbezügliche Fest-

<sup>7</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

<sup>8</sup> Portal Monitoring.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „keine“.

<sup>10</sup> Botschafter Holik informierte am 13. November 1987: „Mit Schreiben vom 12.11.1987 hat die US-Botschaft einen Kompromißvorschlag übermittelt [...], demzufolge in der ersten Reduzierungsphase 27 PII beseitigt würden, so daß zu Beginn der zweiten Phase ein P-II-Bestand von 81 bliebe. Um das Gesamtniveau von rund 150 Flugkörpern zu erreichen, sollten Marschflugkörper etwa zu gleichen Teilen in Italien und Großbritannien stationiert bleiben (also insgesamt rund 70 Marschflugkörper).“ Holik bewertete den neuen Vorschlag kritisch, da er „unserem Wunsch, die PII in den Reduzierungsprozeß von Beginn an deutlich und in ausgewogenem Umfang einzubeziehen, noch immer nicht gerecht“ werde. Holik schlug zwei Handlungsoptionen vor: „a) Beharren auf unserer bisherigen Position (Beibehaltung von 54 PII) [...]. b) Einem gegenüber unserem bisherigen Vorschlag erhöhten P-II-Bestand (72 statt 54) zuzustimmen.“ Holik befürwortete die Option a), schlug aber Option b) als Rückfallposition vor, um „mögliche Irritationen in der Schlußphase der INF-Verhandlungen zu vermeiden“. Vgl. VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

legungen in irgendeiner Form direkt oder indirekt zum Vertragsbestandteil werden zu lassen.

Gesprächspartner bemerkte auf persönlicher Basis, daß SU Vorschlag 54 PII nach 29 Monaten (SU-Vorschlag für Dauer Phase 1) de facto nicht weit von US-Position entfernt sei.<sup>11</sup>

[gez.] Paschke

**VS-Bd. 11364 (220)**

<sup>11</sup> Am 17. November 1987 wies Botschafter Holik die Botschaft in Washington an, im amerikanischen Außenministerium folgende Nachricht zu übergeben: „With regard to the American proposal of November 12, 1987 on the drawdown of Pershing II and GLCM missile systems the Government of the Federal Republic of Germany would like to make the following points: The proposed drawdown of three batteries of PII in the first phase, leaving a total of 81 missiles at the outset of the second phase, regrettably still falls short of our wish to maintain the present ratio of PIIs and GLCMs during the reduction process, as far as possible. We would, therefore, ask you to consider once again our proposal of October 30 to withdraw 54 PIIs in the first phase, leaving 54 PIIs in the Federal Republic of Germany and 96 GLCMs in Great Britain and Italy. This proposal would maintain the present structure of burden sharing among NATO basing countries and thereby demonstrate its continuing validity. To preserve potential leverage on the Soviets exercised by the PII we suggest to stagger PII-withdrawal during the first phase by: withdrawing three PII batteries at the beginning of the first phase; withdrawing the remaining three PII batteries towards the end of the first phase.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 9293; VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 18. November 1987, daß die Nachricht „weisungsgemäß am 18.11. an Politisch-Militärische Abteilung des State Department übergeben“ worden sei. Eine unmittelbare Reaktion habe es nicht gegeben: „Im Gespräch mit Mitarbeiter des zuständigen INF-Referats ergab sich aber, daß US nunmehr offensichtlich bereit sind, sowjetische Forderung nach Gesamtdauer der Phase 1 von 29 Monaten zuzustimmen. Sollte sich dies bestätigen, so würde die Dauer der zweiten Phase von 11 auf 7 Monate, d.h. also um ein Drittel, reduziert. Eine entsprechende Verringerung der 81 von US-Seite für die zweite Phase vorgeschlagenen PII ergibt genau die 54 Systeme unserer Position. Der Abbau der drei Batterien könnte dann während der Zeit erfolgen, um die die Phase 1 verlängert wird. Unter diesen Umständen sollte den US ein Eingehen auf uns ohne tatsächliche Abstriche an ihren eigenen Positionen möglich sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4946; VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

## 318

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Staatspräsident Mitterrand und  
Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe**

13. November 1987<sup>1</sup>

50. deutsch-französische Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe;<sup>2</sup> hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und dem französischen Premierminister Chirac im Beisein der beiden Außenminister<sup>3</sup> am 13. November 1987, 9.45 bis 10.30 Uhr

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, BM Genscher, MD Teltschik, VLR Bitterlich; auf französischer Seite: Präsident Mitterrand, PM Chirac, Madame Guigou, M. Bujon de l'Estang.

Die Staats- und Regierungschefs behandeln im Beisein der beiden Außenminister zunächst die beiden Gipfelerklärungen zur Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Finanzbereich<sup>4</sup>.

Auf französischen Vorschlag hin verständigen sie sich darauf, daß in der Erklärung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Passagen zum geplanten Verteidigungsrat<sup>5</sup> wie zur Aufstellung des deutsch-französischen Heeresgroßverbandes<sup>6</sup> an das Ende der Erklärung gestellt werden sollen, und zwar als gesonderte Absätze nach den vier Punkten zur Verstärkung des Austauschs in allen Fragen, insbesondere auch im Bereich der Rüstungskontrolle, zur Rüstungs-kooperation, zu den bilateralen Vorhaben und zum Krisenmanagement.

PM Chirac bittet darum, auf der ersten Seite der Erklärung zur Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im vierten Absatz, Satz 2 die Worte „die Schnelligkeit eines Einsatzes der französischen Streitkräfte“ durch die „die Fähigkeit eines Einsatzes der französischen Streitkräfte“ zu ersetzen.

Der *Bundeskanzler* und BM *Genscher* weisen demgegenüber darauf hin, daß dadurch die wesentliche Aussage dieses Satzes erheblich abgeschwächt werde.

PM Chirac stimmt nach längerer Aussprache der ursprünglichen Formulierung zu.

Der *Bundeskanzler* greift sodann die Frage der Entwicklung der Regierungsbeiträge für das Deutsch-Französische Jugendwerk<sup>7</sup> auf. Die verfügbaren Mittel

<sup>1</sup> Ablichtung.

Zur Übermittlung der Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 315, Anm. 1.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 315 und Dok. 316.

<sup>3</sup> Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Jean-Bernard Raimond (Frankreich).

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärungen vom 13. November 1987 zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bzw. zur wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1070f.

<sup>5</sup> Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.

<sup>6</sup> Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

<sup>7</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vom 2. November 1987 wurde vermerkt: „Die Regierungsbeiträge für das DFJW betrugen 1964 je 20 Mio. DM.“

hätten sich bei stagnierenden Regierungsbeiträgen in den letzten Jahren rückläufig entwickelt. Aus seiner Sicht sollten beide Regierungen überprüfen, ob nicht die Mittel ab 1989 angemessen erhöht werden könnten. Man solle im nächsten Jahr hierüber konkret sprechen.

PM *Chirac* stimmt dem zu.

PM Chirac kommt anschließend auf die beim Gespräch am Vortage erörterte Vorbereitung des Europäischen Rats in Kopenhagen<sup>8</sup> zurück. Er erläutert, daß die Herstellung eines vorherigen, vertraulichen Einvernehmens zwischen Frankreich und Deutschland möglich und nützlich sei. Hierzu habe man bereits am Vortage ein informelles Verfahren verabredet.<sup>9</sup> In einem Punkte sei es wichtig, den beiden Delegationen präzise Anweisungen zu geben. Es gehe dabei um die künftigen Eigenmittel<sup>10</sup> und insbesondere den GB-Ausgleich<sup>11</sup>. Er schlage vor, folgende gemeinsame Prinzipien festzuhalten, die die Arbeit der Experten erleichtern würden:

- GB-Ausgleich müsse degressiv ausgerichtet sein.
- GB-Ausgleich müsse so niedrig wie möglich sein.
- Alle elf Mitgliedstaaten beteiligen sich am Ausgleich.
- Festlegung der vierten Finanzierungsquelle auf Grundlage EGK-Vorschlag<sup>12</sup>, wobei man gewisse Modifikationen vorsehen könne, um die Überbelastung von Italien, Spanien und Deutschland abzuschwächen.
- Festlegung des GB-Ausgleichs nach dem EGK-Vorschlag<sup>13</sup>, d. h. Prozentsatz des EAGFL-Defizits von GB. Entsprechend Ausgestaltung der dritten und vierten Finanzierungsquelle könne man an modulierte Ausgestaltung dieses Prozentsatzes denken, um zur Degravität zu kommen.

BM *Genscher* weist demgegenüber darauf hin, daß dieser Vorschlag eine Schlechterstellung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem jetzigen Ausgleichs-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1606*

Damit konnten ca. 250 000 junge Deutsche und Franzosen jährlich gefördert werden. Die Wechselkursentwicklung führte zu einem ständigen realen Absinken des französischen Beitrags. Die Bundesregierung mußte mit einer Senkung ihres eigenen Beitrags antworten, um die vertragliche Parität zu wahren. Seit 1985 konnten die Beiträge beider Seiten auf je 18,5 Mio. DM stabilisiert werden. Frankreich paßt seinen eigenen nominalen Beitrag seither entsprechend der Wechselkursentwicklung laufend an, obwohl der Haushalt des federführenden Jugendstaatssekretariats beim PM nicht entsprechend der Inflation wächst. Der Realwert des gemeinsamen Fonds des DFJW liegt aufgrund der Inflation heute bei weniger als der Hälfte des Realwertes von 1964. [...] Angesichts dieser Situation und der 1988 bevorstehenden Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Elysée-Vertrages und des Deutsch-Französischen Jugendwerks strebt das BMJFFG für 1989 eine kräftige Erhöhung des deutschen Regierungsbeitrages an, vorausgesetzt, daß auch die französische Seite ihren Beitrag entsprechend anhebt. Die Größenordnung wird entscheidend von der Bereitschaft der französischen Seite abhängen.“ Vgl. B 92 (Referat 614), Bd. 666.

<sup>8</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

<sup>9</sup> Zur deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung gemeinsamer Positionspapiere für den Europäischen Rat in Kopenhagen vgl. Dok. 315, Anm. 28.

<sup>10</sup> Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 51, Anm. 16.

<sup>11</sup> Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

<sup>12</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

Vgl. dazu ferner die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat für einen Beschuß über die Eigenen Mittel vom 31. Juli 1987 (KOM(87)420); Referat 412, Bd. 168705.

<sup>13</sup> Für die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat vom 12. November 1987 für einen Beschuß zur Korrektur der Haushaltsungleichgewichte (KOM(87)600) vgl. Referat 412, Bd. 168706.

system bedeutet. Aus unserer Sicht sei GB-Ausgleich nicht mehr gerechtfertigt. Wenn andere ihn wollten, so sollten sie dafür zahlen – wir nähmen nicht daran teil. Französischer Vorschlag führe dazu, daß in Kopenhagen nur noch über die Höhe des GB-Ausgleichs verhandelt werde. Deutschland und Frankreich könnten sich aber über zwei Grundsätze einigen: Bereits in Fontainebleau<sup>14</sup> habe man den Briten klargemacht, daß ein Ausgleich nicht mehr unbeschränkt lange erfolgen könne. Daher müsse ein britischer Ausgleich zeitlich limitiert sein. Zudem müsse er, wenn er überhaupt noch gewährt werde, degressiv ausgestaltet werden. Teilnahme Deutschlands am Briten-Ausgleich – als letzter Rückzugslinie – wäre im übrigen nur vorstellbar, wenn deutscher Anteil, wie von EGK vorgeschlagen, maximal 25 % betrage. AM Raimond und er hätten heute im übrigen den Mitarbeitern Auftrag gegeben, eine degressive Lösung des Problems zu erarbeiten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß sein Hauptproblem darin bestehe, daß der GB-Ausgleich zu einer Dauereinrichtung werde. Er sei in der Sache kompromißbereit, jedenfalls aber müsse GB-Ausgleich degressiv ausgestaltet sein und ein Enddatum enthalten.

PM *Chirac* äußert Befürchtung, daß GB die Ergebnisse des ER zum Delors-Paket wahrscheinlich nicht akzeptieren werde. Er hoffe jedoch, daß es gelingen werde, GB durch die Zustimmung von elf Mitgliedstaaten zu isolieren. Mrs. Thatcher werde dann drei Monate später nachgeben.

Der *Bundeskanzler* teilt diese Erwartung von PM Chirac nicht und verweist auf die Beratungen des Stuttgarter Europäischen Rats im Juni 1983<sup>15</sup>. PM Thatcher sei eine Meisterin im taktischen Vorgehen. Für ihn sei Fortsetzung des GB-Ausgleichs ein innenpolitisches Problem. Er halte nichts von der Aussage, daß die Bundesrepublik Deutschland Zahlmeister Europas sei. Dies sei ein törichter Satz seines Vorgängers<sup>16</sup> gewesen. Er sei sich bewußt, daß die Bundesrepublik Deutschland das meiste in die EG-Kasse von allen Mitgliedstaaten zahlen müsse. Er wolle im europäischen Einigungsprozeß weiterkommen. Er erinnert daran, daß 1989 die Wahl des Europäischen Parlamentes anstehe, die de facto eine nationale Wahl darstelle.<sup>17</sup> Die Wahlbeteiligung werde ein besonderes Problem darstellen, da die Popularisierung einer europäischen Wahl nicht gerade einfach sei. Dies sei aber durchstehbar. Ihn ärgere immer wieder, daß ihm vorgehalten werde, es sei wesentlich günstiger für die Bundesrepublik Deutschland, wenn er sich so „stur“ verhalte wie Mrs. Thatcher. Für ihn gebe es einfach keinen Grund für die Aufrechterhaltung eines britischen Ausgleichs mehr.

PM *Chirac* stimmt dem Bundeskanzler grundsätzlich zu, weist aber darauf hin, daß die Europäer akzeptiert hätten, GB Geld zu geben.

Präsident *Mitterrand* weist seinerseits darauf hin, daß man 1984 in Fontainebleau die Forderung von Mrs. Thatcher nach Festlegung eines Ausgleichs für sieben Jahre zurückgewiesen hätte. Hätte man damals PM Thatcher zugestimmt, so hätte dies Dauer des GB-Ausgleichs bis einschließlich 1991 bedeutet. Damalige

<sup>14</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>15</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

<sup>16</sup> Helmut Schmidt.

<sup>17</sup> Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.

Entscheidung beinhalte klar, daß die übrigen elf Mitgliedstaaten einen GB-Ausgleich nicht zeitlich unbeschränkt hinnehmen wollen. Man habe in Fontainebleau GB-Ausgleich schließlich nur in dem zeitlichen Horizont von drei bis vier Jahren bis zur schon damals absehbaren Neuordnung der Finanzierung gewährt. Konsequenz für die anstehenden Entscheidungen wäre, daß man allenfalls daran denken könne, GB einen degressiv ausgestalteten Ausgleich für zwei oder drei Jahre zu gewähren.

BM *Genscher* greift dies auf und betont, daß die Forderung nach einer zeitlichen Beschränkung des Briten-Ausgleichs gerade durch eine degressive Ausgestaltung unbedingt erhärtet werden müsse.

BM Genscher spricht sodann den Arbeitskalender bis zum Europäischen Rat an. Am 27. November werde er in Paris mit seinem französischen Kollegen nochmals alle Aspekte der Vorbereitung des Europäischen Rats durchgehen. Dann könne man feststellen, wie weit die Haltungen der beiden Länder sich angenähert hätten.<sup>18</sup> Man müsse erreichen, daß Deutschland und Frankreich bei der Konklave der Außenminister am 29. und 30. November, wenn irgend möglich, die gleiche Linie vertreten.<sup>19</sup> Am 1. Dezember erfolge dann das Ministergespräch beim Bundeskanzler zur Vorbereitung des Europäischen Rats.<sup>20</sup> In den verbleibenden zwei Tagen bis zur Tagung des Europäischen Rates selbst sei dann noch Möglichkeit für Kontakte zwischen den Hauptstädten.

Der *Bundeskanzler* greift abschließend kurz das Schnellbahnprojekt Paris–Brüssel–Köln–Amsterdam und London<sup>21</sup> auf. Er weist auf die von den Verkehrs-

<sup>18</sup> Am 28. November 1987 berichtete Ministerialdirigent Trumpf, daß die Abstimmung mit Frankreich „einige Ergebnisse gebracht“ habe, insbesondere im Agrarbereich: „Mit Frankreich sind wir uns auch einig, daß der Britenausgleich vom britischen Wohlverhalten vor allem in der Agrarfrage abhängt. Dagegen bestehen leider noch Divergenzen mit F in der Finanzierungsfrage. Es gibt einen engen Zusammenhang von Britenausgleich und Beitragsschlüssel. GB wird in Zukunft zweimal entlastet: einmal durch geringere Einzahlung bei der neuen vierten Einnahmequelle und nach einem Ausgleichsmechanismus. F will GB massiv über die vierte Quelle entlasten und gleichzeitig den besonderen Ausgleich bis 1992 in relativ großen Schritten herunterfahren. Das hat für F finanzielle Vorteile. Für uns ist das von F vorgeschlagene Vorgehen von allen denkbaren Finanzierungs- und Ausgleichsmodellen das ungünstigste. Hier ließ F sich nicht in Richtung auf den für uns im Kompromißwege akzeptablen Präsidentschaftsvorschlag bewegen. Auch wir brauchen entschieden mehr Flexibilität, als BMF uns bisher (BIP-Modell!) zugestanden hat. F drängt uns mit dem Argument, es nehme im Gesamtpaket Lasten auf sich (Verzicht auf Strukturmittel, Rücksichtnahme auf unsere Agrarinteressen) zu mehr Konzessionsbereitschaft. Dies wird uns im ER beschäftigen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

<sup>19</sup> Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 30. November 1987, daß das zweitägige Konklave der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Brüssel die vielen offenen Fragen nicht habe verringern können, „da alle Dellegationen] bei ihren bekannten Positionen zu den einzelnen Vorschlägen des Delors-Pakets“ geblieben seien. Auch sei deutlich geworden, „daß die Lösung der noch offenen Agrarprobleme, insbesondere die Stabilisatoren bei Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie die Frage der Einkommensbeihilfen und der Flächenstillegungen, für den Erfolg des Gipfels in Kopenhagen von zentraler Bedeutung“ seien, „wie umgekehrt allerdings auch eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den MS und eine substantielle Erhöhung der Strukturfonds von vielen Del. zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zu einer Gesamtlösung gemacht werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3579/3580/3581; Referat 412, Bd. 168707.

<sup>20</sup> Für das Ministergespräch im Bundeskanzleramt vgl. Dok. 346.

<sup>21</sup> Zum Projekt einer Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln–Amsterdam–London vgl. Dok. 147, Anm. 25.

Referat 423 vermerkte am 30. Oktober 1987: „Am 26. Oktober 1987 haben sich die beteiligten Verkehrsminister in Brüssel getroffen und eine Resolution verabschiedet, in der sie konkrete Leitlinien zur Streckenführung, zum rollenden Material, zur Finanzierung, zum Bau und Betrieb der Hochgeschwindigkeitsverbindungen verabschiedet haben. Die Verkehrsminister erteilten zugleich den nationalen

ministern vorbereitete Gipfelerklärung hin, über die man noch in der Plenarsitzung sprechen werde.<sup>22</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

## 319

### **Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher an die Botschaft in Washington**

**201-363.31-1495/87 VS-geheim  
Fernschreiben Nr. 9155 Plurez**

**Aufgabe: 13. November 1987, 14.49 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: Pershing-II-Stationierung;  
hier: Dislozierungsstand und Ersatzteilreserve

Bezug: DB Nr. 4664 vom 30.10.1987 aus Washington – 6391/87 VS-geheim<sup>2</sup>

1) Die uns von den USA auf der SCG/HLG-Sitzung in Washington am 30.10.1987 übergebene Aufstellung über die Verteilung der P-II- und GLCM-Flugkörper:

- disloziert 120 Flugkörper,
- nicht disloziert 12 Flugkörper,

stimmen mit unseren Unterlagen überein. Es handelt sich danach um 108 operative PII sowie um weitere 24 Flugkörper (ohne Gefechtsköpfe), die die USA zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der 108 PII als Einsatzreserve<sup>3</sup> (maintenance spares) in der Bundesrepublik Deutschland bereithalten.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1609*

Eisenbahn-Gesellschaften den Auftrag zur Projektierung des Vorhabens. Damit gaben sie einen wichtigen politischen Impuls für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz.“ Allerdings bestünden Interessendifferenzen, weil „die Strecke Paris – London für die französische Regierung eindeutig Vorrang“ besitze: „Angesichts dieser Problematik bleibt für die deutsche Politik vordringliche Aufgabe, die Realisierung der Trasse Paris – Brüssel – Köln/Amsterdam mit Anbindung an die Strecke Paris – London durchzusetzen. Ansonsten drohen nicht nur die Abspaltung des deutschen Schnellbahnnetzes von der Trasse Paris – London – Brüssel, sondern auch erhebliche Nachteile für die deutsche Eisenbahnindustrie.“ Vgl. Referat 423, Bd. 176664.

22 Für die Entwürfe und die endgültige Erklärung des Bundeskanzlers Kohl, des Staatspräsidenten Mitterrand und des Ministerpräsidenten Chirac zum Schnellbahnprojekt Paris – Brüssel – Köln – Amsterdam – London vgl. Referat 423, Bd. 176664.

Vgl. dazu ferner die Gemeinsame Erklärung des Bundesministers Warmke und des französischen Verkehrsministers Méhaignerie zu Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsverbindungen; BULLETIN 1987, S. 1073.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

<sup>2</sup> Botschafter van Well, Washington, übermittelte eine vom amerikanischen Außenministerium am 30. Oktober 1987 übergebene „Aufstellung über die Verteilung der P-II- und GLCM-Flugkörper und deren Abschlußvorrichtungen in der BR Deutschland“. Vgl. VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>3</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Bertram handschriftlich: „Besser: Instandsetzungsreserven.“

2) Wir haben in der Öffentlichkeit bislang immer nur von 108 einsatzbereit stationierten Flugkörpern gesprochen. Die Notwendigkeit für weitere Flugkörper als Einsatzreserve wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär Würzbach in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 7. Februar 1985 zwar grundsätzlich bejaht.<sup>4</sup> Zahlen wurden jedoch nicht genannt, noch die Tatsache, daß zwölf dieser Systeme als Einsatzreserve disloziert sind.

3) Die uns von den USA jetzt übergebenen Daten werden als Teil (Daten-Memorandum) des ratifizierungsbedürftigen INF-Vertrages nach Zuleitung an den US-Senat veröffentlicht werden. Wir haben deshalb ein Interesse daran, daß die amerikanische Zahlenaufstellung unter Abtrennung der Einsatzreserve die von uns genannte Stationierungszahl von 108 Flugkörpern ausweist. Andernfalls könnte der Eindruck einer falschen Unterrichtung der Öffentlichkeit – 108 statt 120 Flugkörper – durch die Bundesregierung entstehen.

Sie werden deshalb gebeten, die US-Administration auf diese Problematik hinzuweisen und darum zu ersuchen, daß die in dem Daten-Memorandum als disloziert angegebenen 120 Flugkörper in 108 einsatzbereite und 12 als Einsatzreserve (maintenance spares) stationierte Flugkörper unterschieden werden. Besser noch erschiene uns die Hinzufügung dieser zwölf zu den bereits als non-deployed ausgewiesenen zwölf Flugkörpern, so daß wir im Ergebnis 108 Deployed- und 24 Non-deployed-Flugkörper unterscheiden können.<sup>5</sup>

Dreher<sup>6</sup>

**VS-Bd. 12130 (201)**

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach, Bundesministerium der Verteidigung, vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 120. Sitzung, S. 8885 f.

<sup>5</sup> Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 16. November 1987, die Weisung sei ausgeführt worden. Seitens des amerikanischen Außenministeriums sei zugesichert worden, „sich umgehend für eine Änderung der Datenpräsentation in unserem Sinne einzusetzen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4892; VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Am 18. November 1987 berichtete Ruhfus: „State Department teilt mit, daß unserem Wunsch folgend eine Aufgliederung der US-Angaben in 108 PII plus 12 Einsatzreservesysteme (Maintenance Spares) vorgenommen worden ist. Datensatz wird SU in dieser Form übergeben werden. Die Aufschlüsselung wird mit der Differenzierung zwischen volleinsatzfähigen Systemen und Einsatzreserve auch in der Untergliederung auf Einsatzorte durchgeführt und soll auch für die Cruise Missiles angewendet werden, um einen logischen Bruch in der Präsentation zu vermeiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4947; VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher vermerkte am 15. Dezember 1987: „In der Bundesrepublik Deutschland sind vorhanden: 108 P-II-Sprengköpfe; 108 dislozierte und einsatzbereite P-II-Flugkörper; zwölf dislozierte P-II-Flugkörper als Instandsetzungs-/Ersatzteilreserve, nämlich je vier in den drei Stationierungsarten, ohne Sprengköpfe; zwölf nicht-dislozierte und nicht einsatzbereite P-II-Flugkörper als allgemeine Reserve, lagernd in Weilerbach, d. h. nicht in den Stationierungsarten, ohne Sprengköpfe; 72 P-II-Trainingsflugkörper, nicht-scharf, flugunfähig, mit Ballaststoff (meist Zement) gefüllt als ‚Dummie‘ bzw. Attrappe für Ausbildungszwecke; sieben P-II-Raketenwerfer als Instandsetzungs-/Ersatzteilreserve, in Neu-Ulm stationiert.“ Diese Zahlen seien „in den Jahren 1984/85 mit den USA vereinbart worden“. Vgl. VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>6</sup> Paraphe.

## 320

**Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires,  
an das Auswärtige Amt**

**114-6647/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1326  
Citissime**

**Aufgabe: 16. November 1987, 12.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 16. November 1987, 17.20 Uhr**

Betr.: Internationale Fahndung nach Schwammburger, Vorname: Josef<sup>2</sup>;  
hier: Ergreifung, Auslobung

Bezug: 1) DB Nr. 1323 vom 13.11.87 – RK 531.43 VS-v<sup>3</sup>  
2) FS 8861 vom 15.11.87 – LKA Stuttgart<sup>4</sup>

Zur Unterrichtung und Bitte um Weisung zu Ziffer 2, 3, 4

- 1) Botschaft hat, wie mit Bezugs-DB angekündigt, Note an argentinischen AM<sup>5</sup> abgesandt. Inhalt Note trägt auch Ersuchen StA<sup>6</sup> Stuttgart (s. Bezugs-FS zu 2) Rechnung. StA<sup>7</sup> Hölscher wurde bereits gelegentlich seines Anrufs unterrichtet.
- 2) Botschaft erbittet detaillierte Weisung zur weiteren Durchführung Auslieferungsverfahrens.
- 3) Ergreifung Sch. wurde von hiesigen Medien bereits am Abend des 13.11.87 (Radio, TV) gemeldet. Presse berichtet seit 14.11.87 über Fall Sch. „La Nación“

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 23. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Referat 511 notierte am 16. November 1987, daß gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer Josef Schwammburger ein „Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen des Verdachts des vielfachen Mordes an Juden und der fortgesetzten räuberischen Erpressung“ anhängig sei. Schwammburger werde zur Last gelegt, von 1942 bis 1944 als Kommandant der Zwangsarbeitslager Rozwadów, Przemyśl und Mielec über 1700 Juden eigenhändig erschossen oder deren Erschießung befohlen zu haben: „Wegen dieser Vorwürfe ist im Januar 1973 die argentinische Regierung um Auslieferung ersucht worden, da Hinweise vorlagen, daß S. sich in Argentinien aufhalten könnte.“ Schwammburger sei „international zur Festnahme ausgeschrieben“ gewesen, und die Strafverfolgungsbehörden von Baden-Württemberg hätten erst kürzlich die Belohnung für Hinweise zu dessen Ergreifung auf 500 000 DM heraufgesetzt. Vgl. VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>3</sup> Botschaftsrat I. Klasse Woltmann, Buenos Aires, berichtete über die Mitteilung des argentinischen Justizministeriums, wonach Josef Schwammburger am 13. November 1987 von der argentinischen Bundespolizei in Huerta Grande bei Córdoba festgenommen worden sei. Schwammburgers Identität werde überprüft. Sofern nicht andere Weisung erfolge, werde die Botschaft die argentinischen Behörden „auf weiterhin bestehendes Interesse Bundesregierung an Auslieferung Sch[wammburgers] gemäß Ersuchen aus 1973 und Haftbefehl aus 1972 hinweisen“. Woltmann bat um Anweisung der Auslobungssumme, da der Informant des Aufenthaltsorts von Schwammburger, Andres, die Botschaft sicher bald „ansprechen“ und auf eigene Gefahrdrohung hinweisen wird, die für ihn schnelle Abwicklung der Angelegenheit“ erforderlich mache. Vgl. VS-Bd. 13661 (330); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>4</sup> Die Staatsanwaltschaft Stuttgart bat, die Botschaft in Buenos Aires solle das Auslieferungsersuchen von 1972/1973 für Josef Schwammburger wiederholen und darauf hinweisen, „daß nach einer hier im April 1973 eingegangenen Mitteilung von Interpol Buenos Aires das Auslieferungsersuchen und die Unterlagen dem Bundesrichter Nr. 4 für Strafsachen von Buenos Aires, Sekretariat Nr. 13, vorliegen. Außerdem könnte daran erinnert werden, daß der argentinische Staatspräsident durch Dekret Nr. 2328 vom 27. März 1973 das Auslieferungsersuchen zur Entscheidung angenommen und an den zuständigen Bundesrichter abgegeben hat.“ Folglich sei anzunehmen, „daß eine erneute Vorlage der Auslieferungsunterlagen nicht erforderlich ist“. Vgl. VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>5</sup> Dante Mario Caputo.

<sup>6</sup> Staatsanwaltschaft.

<sup>7</sup> Staatsanwalt.

teilte in Samstag-Ausgabe u.a. mit, daß Sch. in Nachmittagsstunden („en la víspera“) in Ortschaft Huerta Grande (bei Córdoba) festgenommen worden sei. Festnahme sei Kulminationspunkt der Ermittlungen Bundesrichters Villafaña. Sch. habe keinen Widerstand geleistet und zu erkennen gegeben, daß er der Gesuchte sei. Andere spätere Pressemeldungen stellen Festnahme in Zusammenhang mit vor wenigen Wochen erschienener Veröffentlichung Wiesenthal-Zentrums, die jedoch zu Sch. keinen näheren Hinweis außer Aufenthalt in Argentinien enthielt. Da Sch. – so Angaben des Botschafts-Informanten – sich in Bewachung durch rechtsgerichtete Kreise befand, ist auch nicht anzunehmen, daß Wiesenthal-Zentrum über konkretere Angaben verfügte. Im Hinblick auf eventuell mögliche Angriffe seitens rechtsgerichteter Kreise hier im Land ist Botschaft jedoch nicht interessiert, eigentliche Ursache der Festnahme Sch. publik zu machen. Es wird um Weisung gebeten, wie Botschaft auf Anfragen reagieren soll, ob und inwieweit Botschaft in Festnahme eingeschaltet gewesen sei. Bisher wird allenfalls auf Auslieferungsverfahren von 1973 verwiesen.

4) Im Hinblick auf finanziellen Aspekt der Angelegenheit (Auslobung) ist jedoch entscheidend, welcher Umstand wirklich zu Festnahme geführt hat.

Wie dort vorliegende Berichterstattung durch Botschaft ergibt, stand RK-Referent<sup>8</sup> seit 19. August 87 mit H. Andres in wiederholtem Kontakt, welcher am 5.11.87 mündliche Angaben zu aktuellem Aufenthalt Sch. machte. (Entsprechender Nachweis, handschriftliche Aufzeichnungen RK-Referenten, werden mit nächstem Kurier übersandt.<sup>9</sup>) H. Andres hat bereits heute angerufen und nach Auslobungssumme gefragt. Botschaft bittet um umgehende Weisung gemäß Bezugs-DB Ziffer 4 unter Bezugnahme auf dortige Zusage schnellstmöglicher Abwicklung. H. Andres wird am 19.11.87 erneut anfragen. Botschaft muß dann in die Lage gesetzt sein, konkrete Antwort zu geben, wann und wie Auslobungssumme übergeben werden kann.<sup>10</sup>

[gez.] Finckenstein

**VS-Bd. 13661 (330)**

<sup>8</sup> Peter Adamek.

<sup>9</sup> Vgl. den Schriftbericht des Botschafters Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, vom 18. November 1987; VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch übermittelte der Botschaft in Buenos Aires am 17. November 1987 folgende Informationen: „1) Wie BMJ nach Abstimmung mit zuständigen Justizbehörden von B[aden-]W[ürttemberg] mitteilt, wird ausgelobte Summe z.Zt. bereitgestellt. Justizbehörden veranlassen z.Zt. alles Notwendige, damit Geldsumme angewiesen werden kann, sobald Identität von S[chwammburger] zweifelsfrei feststeht. [...] AA teilt nach Abstimmung mit BMJ die Auffassung der Botschaft, daß bei Anfragen auf Auslieferungsersuchen von 1973 verwiesen werden sollte. Weiter kann gesagt werden, daß Botschaft aktiv eingeschaltet gewesen sei.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 9291; VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, berichtete am 26. November 1987: „Nachdem die Anweisung der Auslobungssumme [...] am 23.11.1987 bei der Deutschen Bank in Buenos Aires eingegangen war, nahm der RK-Referent am Vormittag des 24.11.1987 den Betrag von DM 500 000 im Tageskurs-Gegenwert von US-Dollar 294 465 [...] in Empfang.“ Zuvor sei die Identität Schwammburgers festgestellt und „die Zustimmung zur Auszahlung der Auslobungssumme“ durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart erklärt worden: „Gegen 16.00 Uhr erschien Herr ‚Andres‘ in der Botschaft, um die zugesagte Auslobungssumme abzuholen. [...] Herr ‚Andres‘, der an seinem Pseudonym weiterhin festzuhalten bat, quittierte den Empfang des Geldes mit der auf der Rückseite der Bescheinigung vom 3.11.87 enthaltenen handschriftlichen Erklärung.“ Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

**321****Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Präsident Chissano in Maputo****VS-vertraulich****18. November 1987<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Sozialistischen Volksrepublik Mosambik, Generalmajor Joaquim Alberto Chissano, am 18. November 1987, 9.00 Uhr bis 12.15 Uhr, im Amtssitz des Präsidenten in Maputo.

Teilnehmer: Ministerpräsident Dr. Mário Fernandes da Graça Machungo; Außenminister Pascoal Manuel Mocumbi; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Sabine Eichhorn, Dolmetscherin.

Der *Präsident* begrüßte den Bundeskanzler. Es sei eine Ehre für ihn, daß der Bundeskanzler auf seiner ersten Reise nach Afrika in die Volksrepublik Mosambik gekommen sei.<sup>2</sup> Dieser Besuch sei das Ergebnis langjähriger Bemühungen, freundschaftliche Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland herzustellen. Er sehe in diesem Besuch ein gutes Zeichen und eine Wende in der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für den freundlichen Empfang. Diese Reise sei für ihn sehr wichtig. Es sei seine erste Reise nach Afrika. Die Einladung des Präsidenten habe er bewußt angenommen. Er bitte ihn jedoch um Verständnis für die Kürze seines Aufenthaltes. Er komme zu einem wichtigen Zeitpunkt, der vielleicht eine Chance beinhalte: die Chance, den Dialog zu beginnen, um die Beziehungen vernünftig zu entwickeln und damit dem Frieden zu dienen.

Es gebe zuviel Terror und Gewalt in der Welt. Dies gelte auch für diese Region. Aufgrund ihrer Geschichte wüßten die Deutschen, daß aus Gewalt nichts Gutes erwachsen könne. Er hoffe deshalb, daß die Vernunft fortschreite.

Nach diesen einleitenden Worten überreichte der Bundeskanzler ein Dokument der Bundesregierung für eine Nahrungsmittelhilfe von 4000 Tonnen Langkornreis.<sup>3</sup> Der Bundeskanzler betonte, daß er diese Nahrungsmittel als Zeichen der menschlichen Verbundenheit verstanden wissen möchte. Der Präsident nahm das Dokument mit unbewegtem Gesicht entgegen.

Nach der Überreichung der Urkunde setzte der *Präsident* das Gespräch fort. In Afrika würde man traditionell gerne hören, was der Gast sagen wolle. Man frage nach seinem Wohlergehen. Normalerweise berichte dann der Gast, wie er das Haus verlassen habe, wie er sich auf den Weg gemacht habe usw. Heute wolle er jedoch auf eine solche Einleitung verzichten.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 25. November 1987 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 15. bis 17. November 1987 in Kamerun, am 17./18. November in Mosambik und vom 18. bis 21. November 1987 in Kenia auf. Vgl. dazu auch Dok. 323 und Dok. 324.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke notierte am 13. November 1987: „Anlässlich der BK-Reise nach Mosambik werden für Mosambik zusätzlich 4167 M[etrische]T[onnen] Langkornreis [...] im Wert von ca. 6,7 Mio. DM bereit gestellt. BK Kohl wird während seines Besuchs in Maputo eine entsprechende Schenkungsurkunde überreichen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155877.

Die Lage in Mosambik sei sehr komplex. Wenn der Bundeskanzler länger geblieben wäre, hätte man die Situation intensiver besprechen können. Vielleicht könnte jedoch das Gespräch in Bonn fortgeführt werden.

Der *Bundeskanzler* versicherte, daß er gekommen sei, um ein sehr offenes Gespräch zu führen. Sie seien beide keine Diplomaten, sondern Politiker. Deshalb sollten sie mit großer Offenheit miteinander sprechen. Dies würde für beide Seiten sehr nützlich sein.

Er wolle jedoch dem Präsidenten zuerst einen Bericht über die Lage in der Bundesrepublik Deutschland geben. Er sei mit der Entwicklung zu Hause sehr zufrieden. Die wirtschaftliche Lage sei gut. Im Augenblick sei man mit dem Problem des Dollarverfalls<sup>4</sup> und der amerikanischen Defizite<sup>5</sup> konfrontiert. Daraus hätten sich vielerlei Gefährdungen für die Weltwirtschaft ergeben. Die Bundesregierung wolle ihrerseits zur Überwindung dieser Krise einen Beitrag leisten.<sup>6</sup> Dennoch werde die Lage der Weltwirtschaft zerbrechlich bleiben. Hinzu kämen die Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer.<sup>7</sup>

Die Bundesrepublik Deutschland sei von dieser internationalen wirtschaftlichen Entwicklung als Exportland in besonderer Weise betroffen. Im Export habe die Bundesrepublik international den ersten Platz übernommen. Die Exportquote betrage ca. 35 %. Damit werde die Abhängigkeit vom Export besonders deutlich.

Dennoch gebe es Grund zu Optimismus. Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik sei zufriedenstellend. Es gebe praktisch keine Inflation; das Wachstum verlaufe stetig. Sorge bereite jedoch nach wie vor die Arbeitslosigkeit.

Zwei weltpolitische Entwicklungen seien für die Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße bedeutsam. Die erste beträfe die Entwicklung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Sicherlich seien große Probleme in der EG zu überwinden. Man müsse jedoch zugrunde legen, daß eine nationalstaatliche Entwicklung von über dreihundert Jahren nicht über Nacht verändert werden könne. Die Europäische Gemeinschaft sei jetzt dreißig Jahre alt. Die Entwicklung innerhalb der EG schreite nach wie vor unaufhaltsam voran.

Es sei jetzt das erklärte Ziel, bis 1992 den gemeinsamen Markt zu erreichen.<sup>8</sup> Mit 340 Millionen Menschen werde es sich bei der Europäischen Gemeinschaft um den größten Binnenmarkt der Welt handeln. Damit werde auch für die Weltpolitik ein neues Datum gesetzt. Dies sei auch für Mosambik von Interesse, weil Portugal inzwischen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft geworden sei.<sup>9</sup> Über die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft würden viele Interessen von außen in die Europäische Gemeinschaft hineinwirken.

Im Rahmen dieser Entwicklung sei die deutsch-französische Zusammenarbeit besonders wichtig. Darin spiegele sich für ihn die positivste Entwicklung in Europa innerhalb dieses Jahrhunderts wider. Man müsse wissen, daß es in bei-

<sup>4</sup> Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.

<sup>5</sup> Zum Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 314, Anm. 14, bzw. Dok. 315, Anm. 7.

<sup>6</sup> Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

<sup>7</sup> Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDES-GESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

<sup>9</sup> Portugal trat den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

den Ländern keine Familie gäbe, die von den beiden Weltkriegen unberührt geblieben wäre. Das Schicksal von Gefallenen, Flüchtlingen, Fliegerangriffen und anderem mehr habe die Menschen in beiden Ländern gezeichnet. Deshalb sei die Entwicklung der Zusammenarbeit so bedeutsam. Am 22. Januar 1988 werde in Paris ein neuer Höhepunkt in der deutsch-französischen Zusammenarbeit erreicht werden.<sup>10</sup> Gemeinsam werde man beschließen, die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik<sup>11</sup> wie in der Wirtschaft<sup>12</sup> zu intensivieren. Gleichzeitig werde man die Einrichtung einer integrierten Brigade<sup>13</sup> beschließen. Dies sei in der gemeinsamen Geschichte beider Länder einmalig. Dabei sei das Ereignis in seiner Symbolkraft wichtiger als das Ergebnis in der Sache selbst. Mit diesem Schritt erreiche man eine neue Qualität in der Zusammenarbeit in Europa.

Diese Entscheidungen seien auch bedeutsam für die West-Ost-Beziehungen insgesamt. Auch dort zeichnen sich neue Chancen ab. Die Bundesregierung habe dazu wesentliche Beiträge geleistet. Die Stabilisierung der NATO sei dabei entscheidend gewesen. Auf dieser Grundlage sei eine Politik der Abrüstung möglich geworden. Es gäbe in Europa zu viele Waffen, die reduziert werden müssten.

Im Dezember werde es zu dem dritten Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow kommen.<sup>14</sup> Er sei überzeugt, daß ein Abkommen über die Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenraketen der Reichweite von 500 bis 5500 km erreicht werden könne. Dies werde auch die Chance verbessern, die Abrüstungsverhandlungen auch in anderen Bereichen voranzubringen. Dabei sei das Interesse der Bundesregierung vor allem auf ein weltweites Verbot chemischer Waffen gerichtet.<sup>15</sup> Besondere Bedeutung komme auch der konventionellen Abrüstung zu.<sup>16</sup> Die Bundesregierung unterstütze auch das Ziel, im Rahmen der START-Verhandlungen<sup>17</sup> die strategischen Systeme um 50 % zu reduzieren.

Die Bundesrepublik Deutschland sei mit der Tatsache konfrontiert, daß gewissermaßen vor ihrer Haustüre die Sowjetunion ein gewaltiges militärisches Übergewicht aufgebaut habe, das reduziert werden müsse. Dafür gebe es jetzt erstmals eine Chance.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>11</sup> Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.

<sup>12</sup> Zu den französischen Vorschlägen für wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 241.

<sup>13</sup> Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

<sup>14</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

Nach dem ersten Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf trafen Reagan und Gorbatschow am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavík zum zweiten Mal zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319, sowie AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>15</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

<sup>16</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

<sup>17</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

Die Sowjetunion sei mit enormen Problemen konfrontiert. Militärisch sei sie heute eine Weltmacht und so stark wie nie zuvor. Wirtschaftlich könne man sie nur als eine Mittelmacht bezeichnen. Innerhalb des Warschauer Paktes hätten die DDR, Ungarn und Bulgarien die Sowjetunion bereits im Pro-Kopf-Einkommen übertrafen. Gorbatschow sei entschlossen, diese Situation zu verändern. Er sei persönlich überzeugt, daß dies Gorbatschow auch ernsthaft anstrebe. Es bleibe jedoch eine offene Frage, ob seine Kraft ausreiche, dieses Ziel zu erreichen. Er als Bundeskanzler wolle, daß Gorbatschow Erfolg habe. Um diesen Erfolg zu erreichen, gebe es für Gorbatschow zwei Alternativen: den Rückfall in den Stalinismus. Eine solche Politik könne heute jedoch nicht mehr funktionieren. Die andere Alternative sei die Einleitung von Reformen, wie sie Kádár in Ungarn bereits vor 20 Jahren eingeleitet habe. Dieser Weg wäre positiv. Es scheine, daß Gorbatschow in diese Richtung gehen wolle.

Der *Präsident* fragte den Bundeskanzler, wie denn der Weg von Kádár aussehe. Der *Bundeskanzler* antwortete, daß Ungarn dabei sei, immer mehr Marktmechanismen in die Wirtschaft einzuführen. Dieser Weg sei dem Präsidenten sicherlich nicht unsympathisch.

Die Bundesregierung habe gerade mehrere Vereinbarungen mit Ungarn abgeschlossen.<sup>18</sup> Sie seien in ihrer Art einzigartig. Sein Interesse sei es, die Ungarn in ihrer Reformpolitik zu unterstützen, weil dieser Weg zu Dialog und Zusammenarbeit führe. Wenn wir uns alle in unseren Festungen einmauern würden, könne daraus nichts Gutes entstehen.

Die Sowjetunion unterstütze das ungarische Reformmodell. Im übrigen ginge auch die Reformpolitik von Deng Xiaoping in die gleiche Richtung. Es sei kein Zufall, daß es der Bundesregierung gelungen sei, zur Volksrepublik China exzellente Beziehungen zu entwickeln. Inzwischen würden mehr als 3000 Studenten aus der Volksrepublik China in der Bundesrepublik studieren. Diese Entwicklung sei für den Präsidenten sicherlich von Interesse.

Der Bundeskanzler berichtete, daß vermutlich Generalsekretär Gorbatschow im Frühjahr nach Bonn kommen werde.<sup>19</sup> Gorbatschow habe ihm jetzt einen Brief geschrieben und darin sein Interesse unterstrichen, ein neues Blatt in den beiderseitigen Beziehungen beschreiben zu wollen.<sup>20</sup> Er sei sicher, daß sich die Beziehungen jetzt entwickeln werden. Dies werde jedoch nichts an der Tatsache ändern, daß die Sowjetunion eine kommunistische Weltmacht bleiben werde.

Die Bundesrepublik Deutschland sei in Westeuropa heute das stärkste Land. Sie habe sich für die freiheitlich-demokratischen Lebensformen entschieden. Die

<sup>18</sup> Zum Vertrag vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. Dok. 277, Anm. 12.

Zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vom 7. Oktober 1987 über die Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung, die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren sowie die Förderung von kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit und die Förderung der deutschen Sprache vgl. Dok. 277, Anm. 13, 15 und 17.

<sup>19</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik erst vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2-4.

<sup>20</sup> Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

Zum Antwortschreiben Kohls vom 24. November 1987 vgl. Dok. 335.

Sowjetunion sei unser Nachbar, und wir müßten miteinander leben. Wir säßen auf ungeheuren Bergen von Waffen, die er als Bundeskanzler reduzieren wolle. Voraussetzung bleibe jedoch, daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet bleibe. Die Abrüstung dürfe nicht zu weniger Sicherheit führen. Alle seien sich jedoch bewußt, welch ungeheure Kosten mit der Rüstung verbunden seien. Angesichts der Probleme, die er auf seiner Reise in Afrika antreffe, sei er sich bewußt, was alles zu tun wäre und daß das Geld vernünftiger ausgegeben werden könnte, wenn die militärischen Kosten gesenkt würden.

Die Bundeswehr verfüge heute über rund 500 000 Soldaten. (Der *Präsident* nahm dies mit sichtbarem Erstaunen zur Kenntnis.) Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Bundeswehr heute die stärkste konventionelle Armee in Westeuropa sei. Dies sei angesichts des sowjetischen Übergewichts erforderlich. Die Bundeswehr sei heute eine der modernsten Armeen der Welt. Dies entspreche aber nicht dem unbedingten Ehrgeiz der Bundesregierung, sondern der sicherheitspolitischen Notwendigkeit.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er überzeugt sei, daß in zehn bis fünfzehn Jahren der Nord-Süd-Konflikt größere Bedeutung haben werde als der West-Ost-Konflikt. Es sei deshalb klug, sich darauf einzustellen. Der *Präsident* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß das Bewußtsein in der deutschen Bevölkerung für diese Entwicklung wachse. Die Bundesrepublik leiste heute mit am meisten für die Dritte Welt. Dies beträfe den Staat wie die Kirchen und den privaten Bereich.

In Moskau würde man es nicht gerne hören, wenn er darauf hinweise, daß die Bundesregierung in einem Jahr mehr Steuermittel für die Dritte Welt zur Verfügung stelle als der gesamte Warschauer Pakt zusammen. Er halte diese Politik jedoch für richtig, um Spannungen in der Welt abzubauen.

Aus diesem Grunde sei er auch heute nach Mosambik gekommen. Er sei sehr besorgt über die Entwicklung in dieser Region des Südlichen Afrika.<sup>21</sup> Er wolle sich deshalb aus erster Hand informieren und die Probleme unmittelbar kennenlernen.

<sup>21</sup> Die Botschaft in Maputo berichtete im Politischen Halbjahresbericht für Mosambik mit Stand vom 1. September 1987: „Zerrüttung des Landes durch die Widerstandsbewegung RENAMO und wirtschaftlicher Niedergang“ seien die Probleme, mit denen Präsident Chissano konfrontiert sei. Die Sicherheitslage sei „desolat“ und habe sich „seit der Unterzeichnung des Nkomati-Vertrages im März 1984 erheblich verschlechtert. Alle zehn Provinzen des Landes sind von der RENAMO-Tätigkeit betroffen. Nur noch die größeren Städte sowie einige wenige geschützte Großprojekte gelten als sicher. Die Hauptstadt Maputo ist eingeschlossen. Mosambikanische Truppen, schlecht ausgerüstet und miserabel verpflegt, mußten zuletzt im Sommer und Herbst 1986 [...] schwere Schlappen erleiden.“ Dagegen habe die RENAMO es geschafft, „der Regierung die Kontrolle über ca. 90 % des Territoriums ganz oder teilweise zu entziehen. Ihre Kampfweise besteht weiterhin in zum Teil brutalen „Hit-and-run“-Angriffen auf zumeist zivile Ziele (Versorgungsleitungen, Überlandbusse, Lastwagenkonvois, Staatsfarmen, Produktionsbetriebe, Gesundheitszentren [...])“. Auch die Wirtschaftslage habe sich dramatisch verschlechtert: „Die schon vorher wirksamen negativen Faktoren (Dekolonialisierungsfolgen, Ineffizienz der sozialistischen Plan- und Staatswirtschaft, Blockierung der Verkehrswege durch die Widerstandsbewegung RENAMO) wurden durch ungünstige klimatische Einflüsse verstärkt. Die Versorgung der Bevölkerung kann in den Städten und einigen Provinzen des Landes nur noch durch Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland sichergestellt werden: 3,5 Mio. Menschen sind Opfer des Bürgerkriegs und der Dürre. 300 000 Mosambikaner sind in die Nachbarländer geflohen. [...] Die Wirtschaft des Landes liegt zum Teil völlig darnieder. Das Geld hat kaum noch Kaufwert. Es fehlt am Nötigsten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 470; Referat 320, Bd. 155858.

lernen. Er sei auch daran interessiert, den Präsidenten persönlich kennenzulernen. Es sei für ihn besonders wichtig, das Gesicht eines Partners zu erleben und seine Eindrücke nicht nur aus den Akten zu gewinnen. Der *Präsident* nickte zustimmend.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sein Besuch dazu beitragen werde, die Beziehungen auf allen Ebenen zu entwickeln. Er sei jedoch überzeugt, daß eine sinnvolle Wirtschaftshilfe nur möglich sein könne, wenn der Terror beendet und Friede hergestellt sei.

Was er sage, gelte immer auch für die Europäische Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang wolle er ein offenes Wort sagen. Die Bundesrepublik sei innerhalb der Europäischen Gemeinschaft das wirtschaftlich stärkste Land. Sie würde auch am meisten für die Gemeinschaft bezahlen. Dies sei jedoch gerecht, weil die Bundesregierung auch den größten Nutzen aus der EG ziehe. In diesem Jahr gingen 58 % des Exports der Bundesrepublik Deutschland in die EG-Partnerstaaten.

Die Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Afrika sei vielschichtig. Die Bundesrepublik befindet sich dabei in einer besonderen Situation. Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Spanien und Portugal seien Kolonialmächte gewesen. Deutschland sei es nur für eine kurze Zeit gewesen, weil es den Ersten Weltkrieg verloren habe. Dies sei gewissermaßen die positivste Wirkung des verlorenen Krieges gewesen, nämlich das Ende der Kolonialherrschaft in Kamerun und Togo. Er habe gerade in Kamerun erleben können, daß dort heute noch Erinnerungen an die deutsche Kolonialherrschaft in der Form einer freundlichen Nostalgie vorhanden seien. Die Bevölkerung Kameruns habe ihn überaus freundlich empfangen.<sup>22</sup>

Der *Präsident* erklärte, daß es schade sei, daß der Bundeskanzler nicht Tansania besuche. Lesotho werde als die kleine Schweiz Afrikas bezeichnet. Die Tansanier sagen, daß die Schweiz gewissermaßen das große Lesotho sei. Er habe dort Urlaub gemacht und dabei erfahren, daß die alten Leute nur von Deutschland gesprochen hätten.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Bundesrepublik Deutschland heute ein unbefangenes Verhältnis gegenüber den afrikanischen Staaten hätte, weil die Beziehungen nicht belastet seien. Dennoch müsse er aufpassen, weil dies nicht alle Partner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gerne sehen. Es sei ja bekannt, daß zwischen ihm und Präsident Mitterrand eine enge Freundschaft bestünde. Aber der Präsident von Kamerun, Biya, habe ihm erzählt, daß mit der Bekanntgabe seines Besuches in Kamerun zahlreiche französische Besucher sich in Kamerun angemeldet hätten. Er selbst sei jedoch der Auffassung, daß Kon-

<sup>22</sup> Botschafter Reiche, Jaunde, berichtete am 18. November 1987, daß der tags zuvor zu Ende gegangene Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Kamerun als „großer Erfolg“ gewertet werden könne: „Die politisch bedeutsame Geste, die in der Wahl Kameruns als des ersten schwarzafrikanischen Landes lag, das der Bundeskanzler offiziell besuchte, wurde durch einen besonders herzlichen Empfang der zu Zehntausenden die Straße säumenden kamerunischen Bevölkerung honoriert. Der BK suchte immer wieder den persönlichen Kontakt zur Bevölkerung, die darauf spontan reagierte. Er dürfte dabei in wenigen Tagen zu einem der populärsten ausländischen Politiker in Kamerun geworden sein. Nach dem Urteil länger hier tätiger Kollegen aus dem diplomatischen Corps ist der Empfang des Bundeskanzlers nur noch mit dem Besuch des Papstes in Kamerun (1985) zu vergleichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 396; Referat 321, Bd. 154332.

kurrenz das Geschäft belebe. Er sei sich auch nicht sicher, ob ihn Mrs. Thatcher besonders gerne in Kenia sehe oder die Portugiesen hier in Mosambik. Er wisse dies nicht. Die Portugiesen würden sich sicher über seinen Besuch freuen, erwiderte Präsident Chissano.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß es ihm nicht darum ginge, irgend jemandem etwas wegzunehmen. Seine Absicht sei es, einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten. Er gehe dabei von seinen sehr persönlichen Erfahrungen aus. Er selbst habe noch den Zweiten Weltkrieg mit all seinem Elend erlebt. 1945 sei er gerade fünfzehn Jahre alt gewesen. Der Bundeskanzler schildert das Schicksal seiner Familie.

Heute sei er zweiundvierzig Jahre politisch tätig. Er habe sich geschworen, Hilfe zu leisten, soweit dies möglich sei. Die Region des Südlichen Afrika sei ein Pulverfaß. Wenn eine friedliche Evolution nicht möglich sei, werde es zu einem entsetzlichen Blutbad kommen. Er habe die Politik des Präsidenten sehr genau verfolgt. Es sei sein Eindruck, daß der Präsident eine pragmatische Linie eingeleitet habe, die er persönlich schätze. Er sei deshalb hierher nach Mosambik gekommen, um diese Politik zu unterstützen.

Parallel zu dem Gespräch seien die Mitarbeiter dabei, Details der Zusammenarbeit zu besprechen. Die Bundesregierung sei bereit, für die Jahre 1987/88 trotz der Haushaltsschwierigkeiten Mittel in der Größenordnung von 60 Millionen Finanzhilfe und 12 Millionen Technische Hilfe zur Verfügung zu stellen.<sup>23</sup> Er wolle offen sagen, daß er sich persönlich einsetzen werde, noch mehr zu tun, wenn es der Wunsch des Präsidenten sei. Dies gelte bilateral wie für die Europäische Gemeinschaft. Er wolle jedoch hinzufügen, daß dies um so leichter möglich sei, wenn der Präsident fortfahre, die privatwirtschaftlichen Möglichkeiten in Mosambik zu verbessern.<sup>24</sup> Die DEG sei beispielsweise dabei, entsprechende privatwirtschaftliche Projekte zu prüfen. Ein verstärktes Engagement setze jedoch eine innere Befriedung voraus.

<sup>23</sup> Die Botschaft in Maputo informierte am 20. Oktober 1987 über Regierungsgespräche zwischen der Bundesrepublik und Mosambik vom 12. bis 14. Oktober 1987 in Maputo zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit für die Jahre 1987/88: „Die Zusammenlegung der EZ für 1987/88, um somit einen Betrag von 72 Mio. DM zuzagen zu können, wurde von mosambikanischer Seite mit großer Freude angenommen. Die für November in Bonn vorgesehenen Verhandlungen dürften, nach dem guten Verlauf der Konsultationen zu urteilen, ohne jegliche Schwierigkeiten ablaufen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 579; Referat 320, Bd. 155863.

Mit Schreiben vom 17. November 1987 übersandte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Niederschrift über das Ergebnis der deutsch-mosambikanischen Regierungsverhandlungen in Bonn am Vortag. Darin hieß es: „In Würdigung der von der mosambikanischen Regierung eingeleiteten Strukturreform der Wirtschaft stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland 72 Mio. DM zur Verfügung; davon entfallen 60 Mio. DM auf die Finanzielle Zusammenarbeit, 12 Mio. DM sind Technische Zusammenarbeit. Für die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) gelten folgende Konditionen: 0,75 % Zinsen, 50 Jahre Laufzeit einschließlich zehn Freijahren. Die Mittel der Technischen Zusammenarbeit (TZ) werden als Zuschuß gewährt.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155863.

<sup>24</sup> Die Botschaft in Maputo notierte am 7. Juli 1987, daß Mosambik im „Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Neuorientierung [...] 1984 ein Gesetz über Auslandsinvestitionen verabschiedet“ habe: „Dieses Gesetz enthält Rechtsgarantien gegen Nationalisierung [...], Bestimmungen über Gewinntransfer und Kapitalexport, Zollfreiheit für den Import von Kapitalgütern, Grundstoffen und Vorprodukten und Steuerfreiheit für Zeiträume zwischen zwei und zehn Jahren. In Maputo wurde ein besonderes Investitionsförderungsbüro geschaffen, das eine erste Anlaufstelle für ausländische Investoren ist.“ Ferner habe Mosambik im Juli 1984 einen Investitionsförderungsvertrag mit den USA abgeschlossen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 360; Referat 320, Bd. 155863.

Die Bundesregierung sei darüber hinaus bereit, in Mosambik tätige Nicht-Regierungs-Organisationen, so z.B. die Deutsche Welthungerhilfe, weiter zu unterstützen. Die gleiche Zusicherung könne er auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten des Südlichen Afrika (SADCC<sup>25</sup>) geben. Er beurteile diese Entwicklung sehr positiv.

Sollte Mosambik von den Vereinten Nationen als LLDC (Least Developed Countries) anerkannt werden, könne die Bundesregierung FZ-Kredite auch als Zuschüsse geben. Die Bundesregierung sei dann auch bereit, einen Erlaß der Schulden aus diesjährigen FZ-Krediten nach Antrag wohlwollend zu prüfen. Der Präsident hätte sicher feststellen können, daß die Bundesregierung aktiv an den im Pariser Club im Juni d.J. erreichten, für Mosambik besonders günstigen Umschuldungsvereinbarungen hilfreich mitgewirkt habe.<sup>26</sup> Zusammenfassend wolle er feststellen, daß dies sicherlich alles wichtige Maßnahmen für Mosambik seien, dennoch hoffe er, daß es dem Präsidenten vor allem gelingen werde, die Befriedung des Landes nach innen zu erreichen.

Damit sei er an einem wesentlichen Punkt. Mosambik nehme für die Entwicklung in der Gesamtregion eine zentrale Position ein. Die Bundesregierung sei daran interessiert, Mosambik politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Dabei sei aber ein wirklich blockfreies Mosambik besonders wichtig und bedeutsam. Die Fehler seien bekannt, die der Westen nach der Befreiung Mosambiks<sup>27</sup> anfänglich begangen habe. Der Präsident müsse jedoch wissen, daß er viele zusätzliche Freunde gewinnen könne, wenn sich sein pragmatischer Kurs durchsetzen werde. Er habe ihm als Bundeskanzler keinen Rat zu geben. Wenn der Präsident ihn jedoch fragen würde, dann wolle er ihm auch sagen, daß der pragmatische Kurs des Präsidenten und seine Politik einer echten Blockfreiheit der einzige Weg seien, der zu einem Erfolg führen könne.

Generell könne man weltweit feststellen, daß die Ideologie auf dem Rückzug sei. Er habe deshalb nicht ohne Grund von der Politik Gorbatschows, Kádárs und Deng Xiaopings gesprochen. Er wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Er lehne dies ja auch für die Bundesrepublik Deutschland ab. Der Präsident sei ja gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika<sup>28</sup>, in Großbritannien<sup>29</sup> und in Frankreich<sup>30</sup> gewesen. Die Bundesrepublik Deutschland sei mit allen diesen Staaten befreundet. Er sei über die Gespräche des Präsidenten von allen diesen Regierungen unterrichtet worden. Der *Präsident*

<sup>25</sup> Southern African Development Coordination Conference.

<sup>26</sup> Die Botschaft in Maputo vermerkte am 7. Juli 1987: „Am 16.6.1987 vereinbarte der ‚Pariser Club‘ mit Mosambik eine Schuldenregelung, die Mosambik eine Entlastung von 237 Mio. US-Dollar verschafft. Der Beitrag der Bundesregierung ist gering, da sie mit Gesamtforderungen von 1,12 Mio. US-Dollar nur ein kleiner Gläubiger ist. Die Regelung sieht vor, daß 100 % der Tilgungs- und Zinsrückstände per 31.5.1987 und 100 % der Tilgungs- und Zinsfälligkeitkeiten zwischen dem 1.6.1987 und dem 31.12.1988 in jeweils zehn Jahren nach zehn Freijahren zurückgezahlt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 360; Referat 320, Bd. 155863.

<sup>27</sup> Mosambik wurde am 25. Juni 1975 unabhängig.

<sup>28</sup> Präsident Chissano besuchte die USA vom 1. bis 6. Oktober 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4371 des Gesandten Paschke, Washington, vom 8. Oktober 1987; Referat 320, Bd. 155862.

<sup>29</sup> Präsident Chissano besuchte Großbritannien vom 6. bis 9. Mai 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 88 des Botschafters Nölle, Maputo, vom 11. Mai 1987; Referat 320, Bd. 155862.

<sup>30</sup> Präsident Chissano hielt sich vom 28. bis 30. September 1987 in Frankreich auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2338 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 15. Oktober 1987; Referat 202, Bd. 174771.

warf ein, daß er sogar einige gebeten habe, dem Bundeskanzler über die Gespräche zu berichten.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er aufgrund dieser Unterrichtungen auch nach Mosambik gekommen sei. Er wolle sehr deutlich, aber zugleich auch sehr ehrlich dem Präsidenten folgendes sagen. Dies sei kein Problem, warf der *Präsident* ein.

Viele in Europa würden mit den Problemen des Südlichen Afrika nur ihre eigenen Geschäfte verfolgen, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Er sei nicht bereit, eine solche Politik zu akzeptieren oder gar zu unterstützen. Die Diskussion über Sanktionen gegenüber Südafrika<sup>31</sup> sei in Europa häufig nur innenpolitisch begründet. Vielfach werde dabei am wenigsten an das Schicksal der betroffenen Menschen gedacht.

Die Befürworter von Sanktionen spielten sich häufig als moralische Apostel auf, obwohl sie nur harte Geschäftsinteressen verfolgten.

Der Präsident müsse wissen, daß er keinerlei Sympathie für eine Politik der Apartheid habe. Dies habe er Präsident Botha gesagt.<sup>32</sup> Er sei jedoch dagegen, darüber ständig in öffentlichen Versammlungen zu reden. Der Präsident wisse, zu welchen Ergebnissen wirtschaftliche Sanktionen geführt hätten. Für die Bundesrepublik Deutschland sei entscheidend, daß von seiten Südafrikas nichts geschehe, was zu einer Destabilisierung der Nachbarländer führe. Genauso bedeutsam sei, daß in Südafrika die Einsicht bei allen politischen Kräften wachse, daß eine Revolution nur in ein Chaos führen könne. Es sei ihm bewußt, wie schwierig eine evolutionäre Entwicklung sei. Es gebe jedoch keine Alternative dazu.

Der Bundeskanzler betonte, daß es ihm nicht darum ginge, in den Fragen Südafrikas in der Weltöffentlichkeit Prestige zu gewinnen. Es ginge ihm ausschließlich darum, hilfreich sein zu können. Dabei sei es nicht erforderlich, in jedem Fall öffentlich zu wirken. Er habe nicht den Ehrgeiz, den Friedensnobelpreis verliehen zu bekommen. Wenn er die Preisträger der letzten Jahre betrachte, könne er deren Verdienste nicht immer erkennen.

Der Bundeskanzler bat den Präsidenten um eine Beurteilung der Lage in Mosambik wie in den anderen Frontlinienstaaten<sup>33</sup> und um seine Einschätzung der Situation in Südafrika. Er kenne etwas die Mentalität der Regierung Südafrikas. Bei den weißen Südafrikanern handele es sich gewissermaßen um eine Mischung aus Briten, Niederländern und Deutschen. Diese Mischung müsse nicht immer zwangsläufig Klugheit ergeben. Dies sei eine schlechte Mischung, warf der *Präsident* ein.

Man müsse sie jedoch in Rechnung setzen, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er habe darüber nachgedacht, ob es nicht Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland geben könne, die für die Überwindung der Probleme im Südlichen

31 Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

32 Bundeskanzler Kohl legte mit Schreiben vom 28. November 1985 an Präsident Botha die Grundsätze der Südafrika-Politik der Bundesregierung dar und gab darin seiner Überzeugung Ausdruck, „daß die völlige Überwindung der Apartheid ein Kernstück jeder neuen Staatsordnung Südafrikas sein muß, wenn diese künftig ein friedliches Zusammenleben gewährleisten soll“. Vgl. Referat 320, Bd. 156009.

33 Neben Mosambik gehörten Angola, Botswana, Sambia, Simbabwe und Tansania zu den Frontlinienstaaten.

Afrika hilfreich sein könnten. Er habe dabei vor allem an Franz Josef Strauß gedacht und mit ihm bereits darüber gesprochen.

Franz Josef Strauß beobachte die Politik Mosambiks mit großem Interesse. Er wisse auch, daß die Destabilisierung Mosambiks zu einer Katastrophe führen könne. Genauso sei er sich darüber im klaren, daß sich Südafrika bewegen müsse. Südafrika habe in den letzten Jahren wichtige Reformen durchgeführt. Sie seien jedoch zeitlich meistens zu spät erfolgt. Die südafrikanische Regierung laufe gewissermaßen der Zeit nach. Hätte sie die Reformen vor acht oder zehn Jahren durchgeführt, hätte sie größere Wirkung erzielt.

Präsident *Chissano* berichtete, daß er genau in diesem Raum, in dem sie gerade miteinander sprechen würden, auch mit Präsident Botha gesprochen hätte. Sie hätten ihm angeboten, hier in diesem Raum gemeinsam Gespräche mit Mandela zu führen.

Der *Bundeskanzler* verwies auf Max Weber, den der Präsident sicherlich kenne, und der einmal gesagt habe, Politik heiße, dicke Bretter zu bohren.<sup>34</sup> Er wünsche sich, daß der Präsident diesen Ratschlag beherzige und immer weiter bohren werde. Er habe sich deshalb überlegt, ob es in der gegenwärtigen Lage nicht gut wäre, wenn er Franz Josef Strauß bitte, solche Gespräche zu vermitteln. Franz Josef Strauß verfüge in Südafrika über eine große Reputation. Er könnte noch in diesem Jahr die Gespräche aufnehmen.

Präsident *Chissano* bat den Bundeskanzler zu erläutern, was er unter „Vermittlung von Gesprächen“ versteunde.

Solche Gespräche sollten zur Entspannung beitragen, erwiderte der *Bundeskanzler*. Der Präsident müsse wissen, daß in den Fragen Südafrikas in Europa zur Zeit eine gewisse Windstille herrsche. 1988 würden jedoch in den Vereinigten Staaten von Amerika Wahlen stattfinden.<sup>35</sup> Dort gebe es 14 Millionen schwarze Wähler. Er sei überzeugt, daß im Rahmen dieses Wahlkampfes das Thema Südafrika neue Brisanz gewinnen und eine neue Diskussion über Sanktionen beginnen werde.

Er lehne solche Sanktionen ab, weil sie vielfach nicht mehr als reine Heuchelei seien. So habe die Europäische Gemeinschaft den Kauf von Krügerrands verboten.<sup>36</sup> Heute würde das Gold in die Schweiz transferiert und dort die Krügerrands geprägt. Der Bundeskanzler verwies auch auf das Beispiel möglicher Sanktionen für den südafrikanischen Gemüseexport. Gerade die Niederlande seien für Sanktionen in diesem Bereich eingetreten. Gleichzeitig seien sie jedoch die größten Produzenten von Gemüse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und würden deshalb sofort die entstehende Lücke ausfüllen. Solche Sanktionen wür-

<sup>34</sup> Vgl. Max WEBER, Politik als Beruf, in: Max Weber Gesamtausgabe. Im Auftrag der Kommission für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hrsg. von Horst Baier, M. Rainer Lepsius, Wolfgang J. Mommsen, Wolfgang Schluchter und Johannes Winckelmann. Abteilung I: Schriften und Reden. Bd. 17: Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Birgitt Morgenbrod, Tübingen 1992, S. 251 f.

<sup>35</sup> Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

<sup>36</sup> Auf der EG-Ministerratstagung am 27. Oktober 1986 in Luxemburg wurde eine Verordnung erlassen, mit der die Einfuhr von Goldmünzen aus Südafrika in die Gemeinschaft ausgesetzt wurde. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1986, S. 86.

den den betroffenen Menschen nicht helfen. Es müsse jetzt darum gehen, psychologischen Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben. Und zwar mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stünden. Außerdem sei die Bundesregierung bereit, Projekte für die Ausbildung von Schwarzen und Farbigen in Südafrika finanziell zu unterstützen. Dies sei die einzige Möglichkeit, neue Kader auszubilden.

Bilateral könne man sich sehr schnell einig werden: Wenn der Präsident seinen jetzigen Kurs fortführe, werde er die Unterstützung der Bundesregierung und vor allem seine persönliche haben.

Präsident *Chissano* bedankte sich für die Offenheit und Freimütigkeit, mit der der Bundeskanzler zu ihm gesprochen habe. Es geschehe sehr selten, daß westliche Regierungschefs mit ihnen so sprächen, wie es der Bundeskanzler getan hätte. Normalerweise sei es nicht üblich, daß die Besucher auch über ihre eigenen Probleme sprechen würden. Er freue sich, daß der Bundeskanzler zuerst über seine Probleme und die in Europa berichtet habe. Damit hätte er beide Länder auf eine gleiche Ebene gestellt. Dies sei eine gute Grundlage für die gegenseitige Achtung und Freundschaft.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß dies die Grundlage dafür sei, gegenseitiges Vertrauen zu gewinnen. Dies sei auch in einer Familie nicht anders.

Präsident *Chissano* wies darauf hin, daß der Entwicklungsstand beider Länder sehr unterschiedlich sei. Dies gelte auch für die jeweiligen politischen Erfahrungen und für die politische Führung in beiden Ländern. Hier beständen große Unterschiede. Dennoch wüßten sie, daß trotz dieser Unterschiede sie auch für die entwickelten Länder Beiträge leisten könnten wie diese für die unterentwickelten Länder. Vor diesem Hintergrund sei für ihn alles sehr interessant gewesen, was der Bundeskanzler über die internationale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der mit dem Ostblock berichtet habe. Sie hätten in Mosambik unter den Widersprüchen sehr gelitten, die nicht in ihrem eigenen Land, sondern zwischen Ost und West existieren würden. Seit Beginn ihres Befreiungskampfes hätten sie diese Widersprüche verspürt. Sie seien sich dabei durchaus bewußt gewesen, daß bestimmte Haltungen nicht gegen sie gerichtet gewesen seien. Sie hätten sich jedoch für sie nachteilig ausgewirkt. Sie hätten auch die Auswirkungen des Konfliktes zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China verspürt. Ursprünglich hätten sie die Unterstützung beider Länder gehabt. Beide hätten ihnen in der Folge jedoch gesagt, daß sie die Unterstützung der anderen Seite ablehnen sollten. Mao hätte sie aufgefordert, mit der Roten Bibel in der Hand herumzulaufen. Die Sowjetunion habe gewünscht, daß sie deren Slogans vertreten. Die Position, für die sie sich selbst entschieden hätten, sei die der Unabhängigkeit. Dies unterscheide sie von anderen Befreiungsbewegungen. Vielleicht seien sie deshalb schneller erfolgreich als andere gewesen. Andere hätten immer wieder die Freundschaften gewechselt. Sie hätten dabei ihre Persönlichkeit und den eigentlichen Sinn ihres Kampfes verloren.

Er habe sich gefreut, vom Bundeskanzler zu hören, daß er kein Diplomat sei. Auch sie seien gewöhnt, offen und direkt über Probleme zu sprechen. Sicherlich gäbe es anfänglich viel Mißtrauen, wenn man sich nicht persönlich kenne. Dies beinhalte auch immer die Gefahr, daß die Absichten der anderen Seite falsch ausgelegt würden. Sie selbst müßten nicht interpretiert werden, weil sie nur

das sagen würden, was sie sich auch dächten. Sie seien Politiker und keine Diplomaten. Sie würden sich jedoch noch in anderer Hinsicht unterscheiden. In ihrem Lande gebe es keine Wahlkämpfe, in denen bestimmte Positionen vor den Wahlen angekündigt würden. Sie befänden sich noch in der Situation, in der sie nur für sich selbst kämpfen würden. Es gehe ihnen darum, die Probleme ihres eigenen Landes zu lösen. Damit seien sie mit dem Willen des Volkes identisch, denn mit dem Volk gemeinsam wollten sie die Probleme lösen. Sie wollten nicht etwas für das Volk leisten, sondern mit ihm gemeinsam.

Präsident Chissano bedankte sich für die Erläuterung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Er freue sich, daß es den Deutschen gut ginge. Er wünsche sich, daß es so bleibe, denn nur so könnte die Bundesrepublik Deutschland Länder der Dritten Welt unterstützen. Er habe auch mit Interesse gehört, was der Bundeskanzler zum Thema des Dollar-Verfalls und über die Gefährdungen der Weltwirtschaft berichtet habe. Auch sie hätten nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig<sup>37</sup> auf eine Verbesserung der Lage gehofft. Sie hatten vorübergehend erwartet, daß sich nach Venedig die Verschuldungsprobleme und die Zinsbelastungen verringern würden. Durch den Verfall des Dollars seien jetzt die Probleme nicht kleiner geworden. Er habe Präsident Reagan und Präsident Mitterrand für ihre Haltung in Venedig gedankt. Jetzt habe er die Gelegenheit, sich auch beim Bundeskanzler persönlich für seine Haltung in Venedig zu bedanken.

Der Bundeskanzler habe darüber hinaus die Hauptprobleme unserer Zeit angesprochen, Fragen der Entwicklung, der Abrüstung und des Friedens. Bei dieser Gelegenheit entschuldigte sich Präsident Chissano, daß er immer wieder von der „BRD“ spreche. Dies hätte jedoch keinen anderen Grund als den der Kürze.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er damit keine Probleme habe. Er berichtete, daß Besucher in Moskau immer wieder danach gefragt würden, ob sie auch die richtigen Deutschen seien. Darunter verstünde man die Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Er wisse, wer die richtigen Deutschen seien, erwiderte Präsident *Chissano*. Er sei im Kontakt mit Deutschen aufgewachsen. Seine Mutter sei von deutschen Ordensschwestern aufgezogen worden. Sie würde mit diesen Schwestern noch immer Kontakt halten. Das Problem der „richtigen Deutschen“ hätte sich erst später ergeben.

Präsident Chissano fuhr fort, daß er mit besonderer Freude von der deutsch-französischen Zusammenarbeit gehört habe. Sie selbst hätten bereits eine gute Zusammenarbeit mit Frankreich entwickelt. Darin sehe er eine gute Grundlage, um auch die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern.

Anschließend kam der Präsident auf die Lage in seinem eigenen Land zu sprechen. Der Bundeskanzler habe recht, wenn er davon spreche, daß Mosambik eine zentrale Rolle für die Politik im Südlichen Afrika spielle. Die Rolle Mosambiks sei für ganz Afrika sehr wichtig, weil sein Land ein Tor für die Länder im Hinterland darstelle, die keinen Zugang zum Meer hätten. Die Küste Mosambiks sei 2800 km lang. Sie verfügten über drei wichtige und sechs kleinere Häfen. Das

<sup>37</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

Land liege am Indischen Ozean und sei darauf ausgerichtet. Vor ihrer Küste lägen beispielsweise Madagaskar und die Seychellen. Von besonderer Bedeutung sei die Meeresstraße von Mosambik, die eine wichtige Route für den Erdöltransport sei. Dieser Kanal von Mosambik könnte eine Wasserstraße des Friedens sein. Sie könnte aber auch zu einer Straße des Krieges werden, wenn die Politik der Abrüstung und Entspannung nicht erfolgreich sein würde. Sie selbst wollten eine friedliche Wasserstraße, die den Orient mit dem Okzident verbinde und nicht trenne.

Mosambik liege in einer der reichsten Regionen Afrikas. Südafrika sei das am stärksten entwickelte Land. Sie selbst seien mit Südafrika durch eine vielfältige Infrastruktur verbunden. Sein Land habe immer die Aufgabe übernommen, Dienstleistungen für andere zu erbringen. So verliefen die Eisenbahnlinien in seinem Land nicht von Norden nach Süden, sondern von der Küste zum Hinterland. Außerdem sei die gesamte Infrastruktur so eingerichtet gewesen, daß sie ausschließlich zum Vorteil des britischen Empires funktionierte. Der britische Einfluß spiegele sich auch darin, daß sie immer noch den Linksverkehr hätten. Auch die Länder im Hinterland hätten immer starken Einfluß auf Mosambik ausgeübt. Darin komme die zentrale Bedeutung von Mosambik zum Ausdruck. Dies sei jedoch nicht das gesamte Bild.

Man müsse gleichzeitig in Rechnung stellen, daß sich aufgrund ihres Befreiungskampfes die Aufmerksamkeit der gesamten Welt auf sie gerichtet habe. Diese Aufmerksamkeit habe sich auch auf ihre Bemühungen gerichtet, Lösungen für den Frieden zu suchen und sich an Verhandlungen zu beteiligen. So hätten sie von Anfang an Kontakte mit dem südafrikanischen Präsidenten Vorster und dem rhodesischen Präsidenten Smith unterhalten. 1974 hätten sie zum Waffenstillstand zwischen ZANU und Smith beigetragen.<sup>38</sup> Dabei sei es ihnen gelungen, größere Unruhen im Südlichen Afrika zu verhindern, die nach ihrem Erfolg in Mosambik denkbar gewesen wären. Dies habe in der Folge jedoch zum Rücktritt von Smith geführt, der sich gegen den Widerstand der radikalen Kräfte nicht durchsetzen konnte. Sie hätten alles getan, zur Befriedung der Region beizutragen. Durch das Auftreten von Rassisten sei es jedoch zu einer Verschärfung der Probleme gekommen.

Präsident Chissano berichtete, daß sie gemeinsam mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika sich um eine Lösung für Rhodesien bemüht

<sup>38</sup> Zu dem seit der rhodesischen Unabhängigkeitserklärung vom 11. November 1965 bestehenden Verfassungskonflikt führte die Botschaft in Blantyre am 11. Juni 1975 aus, die rhodesische Regierung versuche seit Ende 1971, den Konflikt auf der Grundlage der am 24. November 1971 zwischen Großbritannien und Rhodesien unterzeichneten Übereinkunft zu lösen. Auf der Konferenz von Lusaka am 4./5. Dezember 1974, an der die Präsidenten Khama (Botswana), Kaunda (Sambia) und Nyerere (Tansania) sowie Bischof Muzorewa und die Vorsitzenden der Zimbabwe African People's Union (ZAPU), Nkomo, und der Zimbabwe African National Union (ZANU), Sithole, teilgenommen hätten, sei es „zum Zusammenschluß von ANC, ZAPU, ZANU und FRO[nt for the] LI[beration of] ZI[mabwe] zum neuen ANC unter Führung Bischof Muzorewas“ gekommen. Smith habe sich daraufhin genötigt gesehen, „politische Häftlinge im Austausch gegen eine Waffenruhe an der Nordostgrenze freizulassen und Verhandlungen zur Vorbereitung einer Verfassungskonferenz zuzubilligen“. Zielvorstellungen der Teilnehmer der Konferenz von Lusaka seien dabei gewesen: „a) Übergang zum ‚Majority Rule‘ in fünf Jahren, b) qualifiziertes Wahlrecht nur während Übergangszeit, c) afrikanischer Parlamentssofortanteil 50–60 %, d) afrikanische Regierungsbeteiligung anfangs 30 %, bei Ablauf der Übergangszeit 50 % übersteigend.“ Bis Mitte des Jahres 1975 habe sich „ein labiler Waffenstillstand“ entwickelt. Vgl. die mit Schriftbericht Nr. 426 übermittelte Aufzeichnung; Referat 320, Bd. 108206.

hätten. Sie hätten intensiv an dem Zustandekommen des Lancaster-House-Abkommens<sup>39</sup> beigetragen. Sicherlich hätten sie nur eine bescheidene Rolle, jedoch eine konstruktive gespielt, um das Lancaster-House-Abkommen zu ermöglichen.

Sie hätten sich auch mit ihren Freunden Probleme geschaffen, als sie die Kühnheit besaßen, das Nkomati-Abkommen mit Südafrika abzuschließen.<sup>40</sup> Sie hätten noch immer große Probleme, diese Entscheidung sowohl ihren Freunden wie ihren Feinden zu erläutern. Dies sei jedoch der Preis, den sie für ihre Unabhängigkeit zahlen müßten.

Präsident Chissano bekräftigte, daß es ihre Pflicht sei, für den Frieden im eigenen Land wie in der ganzen Region und damit für den Frieden in der ganzen Welt zu arbeiten. Mit Interesse habe er gehört, daß der Bundeskanzler vom Pulverfaß gesprochen habe. Sie lebten auf einem Vulkan. Sie seien jedoch in der Lage, das Pulver aus dem Faß zu nehmen. Dennoch bleibe ihre Region ein gefährlicher Vulkan für den Frieden in der ganzen Welt. Sie bemühten sich, Frieden zu schaffen. Dabei dächten sie auch an den Frieden für die ganze Welt. Es sei jedoch ihre politische Linie, zuerst die nationalen Interessen von Mosambik zu vertreten. Dies sei ein sehr wichtiger Satz, warf der *Bundeskanzler* ein.

Präsident *Chissano* fuhr fort, daß es zuallererst ihr Interesse sein müßte, als Land existieren zu können, bevor sie einen Beitrag für die übrige Welt leisten könnten. Voraussetzung dafür sei ihre Unabhängigkeit. Dafür hätten sie gekämpft, und sie hätten sie erreicht. Jetzt würden sie für die wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfen. Zwischen Ländern könne es nur eine Interdependenz geben, wenn sie ihre Unabhängigkeit erreicht hätten. Und gleichberechtigt seien, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

<sup>39</sup> Vom 10. September bis 15. Dezember 1979 fand im Lancaster House in London die Verfassungskonferenz für den Übergang Simbabwes/Rhodesiens zur Unabhängigkeit statt. Das am 21. Dezember 1979 unterzeichnete Lancaster-House-Abkommen enthielt eine Zusammenfassung der Unabhängigkeitsverfassung, Regelungen für die Übergangszeit vor der Unabhängigkeit sowie ein von den Bürgerkriegsparteien unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124 (Auszug).

Gemäß den Bestimmungen des Lancaster House-Abkommens wurde ein britischer Gouverneur eingesetzt, der für den 14. Februar bzw. vom 27. bis 29. Februar 1980 Wahlen ansetzte, aus denen die ZANU als Siegerin hervorging. Am 18. April 1980 entließ Großbritannien Simbabwe formell in die Unabhängigkeit. Am selben Tag nahmen die Bundesrepublik und Simbabwe diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 101.

<sup>40</sup> Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, informierte am 15. Oktober 1987, das Nkomati-Abkommen sei immer noch Grundlage der südafrikanisch-mosambikanischen Beziehungen: „Der Vertrag ist im wesentlichen ein Nicht-Angriffs- und Nicht-Einmischungsvertrag. Südafrika verpflichtete sich, die Unterstützung der RENAMO-Rebellen in Mosambik einzustellen. Mosambik sagte im Gegenzug die Unterbindung der militärischen Aktivitäten des African National Congress (ANC) zu, die von seinem Territorium aus gegen Südafrika gerichtet waren.“ Bei der Durchführung des Abkommens hätten sich in der Folge aber Probleme ergeben, da der südafrikanische „Sicherheitsapparat (Militärs, Nachrichtendienst)“ nicht bereit gewesen sei, die Unterstützung der RENAMO-Rebellen zu unterlassen: „Im Gefolge der Aufdeckung der Zusammenarbeit zwischen den südafrikanischen Militärs und RENAMO nach der Einnahme des RENAMO-Hauptquartiers in den Gorongosa-Bergen im August 1985“ sei die Durchführung des Nkomati-Abkommens eingestellt worden. Dennoch hätten beide Seiten betont, daß sie an dem Abkommen prinzipiell festhalten wollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 569; Referat 320, Bd. 155860.

Präsident Chissano bekräftigte, daß sie deshalb für ihre Unabhängigkeit kämpfen würden. Es sei ihre Aufgabe, Mosambik auf solide Füße zu stellen und aufzubauen. Der Bundeskanzler habe von der jahrhundertelangen Entwicklung in Europa gesprochen. Auch in Europa habe es Kämpfe um die innere Konsolidierung gegeben.

Es sei ihre Aufgabe, die Aufgabe ihrer Generation, nicht zu vergessen, die Grundprobleme ihres eigenen Volkes zu lösen. Sie hätten sich in Mosambik für die Blockfreiheit entschieden. Diese Werte wie Unabhängigkeit, Blockfreiheit, Menschenwürde hätten sie während ihres Unabhängigkeitskampfes lernen müssen.

Es sei ihr Interesse, mit allen Ländern zusammenzuarbeiten, ohne etwas mit der Ideologie zu tun haben zu müssen. Die Rolle der Ideologie sei für sie eine Art Orientierungsgröße. Sie müsse jedoch der Evolution unterliegen. Sie gingen davon aus, daß die Welt eine Einheit darstelle. Immerhin sei Marx ja in Deutschland geboren worden, habe dann aber die Russen beeinflußt. Heute kämen die Russen nach Deutschland, um ihrerseits dort zu lernen. Er sei überzeugt, daß Marx heute etwas gänzlich anderes lehren würde. Er bekäme sicherlich heute keinen Lehrstuhl in Moskau, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Präsident Chissano erzählte dem Bundeskanzler folgenden Witz: Generalsekretär Chruschtschow sei auf einer öffentlichen Versammlung aufgetreten und habe die Sowjetunion als das erfolgreichste Land der Welt gepriesen. Nach einiger Zeit habe sich ein alter Mann ständig zu Wort gemeldet. Da er nicht nachgelassen habe, habe ihm Chruschtschow dann doch das Wort erteilt. Als der alte Mann aufstand, hätte man erkennen können, daß er mit seinem großen Bart mit Karl Marx<sup>41</sup> große Ähnlichkeit hatte. Dieser alte Mann habe dann nur einen Satz gesagt: Proletarier aller Länder, verzeiht mir.

Präsident Chissano wiederholte, daß Marx heute vieles anders schreiben würde. Er habe sich in seiner Zeit mit den gesellschaftlichen Problemen von damals befaßt. Es sei heute ihre Aufgabe, Lösungen für die Probleme von heute zu finden.

Ihre Politik bestünde heute darin, das Land zu entwickeln und die natürlichen Ressourcen zu nutzen. Mosambik verfüge über natürliche Ressourcen in ausreichendem Maße, um die Lebensbedingungen der Menschen verändern zu können. Er wisse nicht, ob er heute dem portugiesischen Kolonialismus dankbar sein solle oder nicht. Sie hätten die Ressourcen nicht angerührt. Sie seien gewissermaßen noch jungfräulich. Zur Zeit seien sie mit Hunger, Elend und Dürre konfrontiert. Andererseits verfügten sie über Wasser und gute Böden. In Mosambik gebe es fünfzehn Millionen Hektar bebaubares Land. Darüber hinaus sehr viele Wälder; ein Meer voller Fische, Seen, Lagunen, Flüsse, alle mit großem Fischreichtum. Das Land sei reich an Bodenschätzten: an Kohle, Naturgas und Erdöl. Sie hätten gewissermaßen unversiegbare Quellen, um Energie produzieren zu können. Diese Quellen seien bisher nicht genutzt worden. Sie möchten dieses Potential für ihre Bevölkerung und für andere Länder nutzen. Ihre wirtschaftliche Lage sei jedoch sehr schwierig. Dafür gebe es verschiedene Gründe, und es läge ihm daran, daß der Bundeskanzler sie richtig verstehe. Es sei in Afrika schon häufig die Gewohnheit, dem Kolonialismus Verantwortung für alle Probleme zuzuschieben.

<sup>41</sup> Korrigiert aus: „Bart Karl Marx“.

Präsident Chissano berichtete, daß er die Ehre gehabt hätte, Premierminister einer Übergangsregierung gewesen zu sein.<sup>42</sup> Der heutige Premierminister sei damals für die wirtschaftliche Koordination zuständig gewesen.<sup>43</sup> Als Folge des Krieges hätten sie eine chaotische wirtschaftliche Lage vorgefunden. Ursache dafür sei aber auch das Entwicklungskonzept gewesen, das Portugal für seine Kolonien zugrunde gelegt hätte. Mosambik verfüge über große Reichtümer. Dennoch habe sein Land nur die Funktion gehabt, Dienstleistungen für seine Nachbarländer erbringen zu müssen. Dies habe die Entsendung von Arbeitskräften in das Hinterland beinhaltet.

Eine andere Ursache für ihre Probleme sei die Destabilisierung, die nicht erst mit der Unabhängigkeit von Simbabwe<sup>44</sup>, sondern bereits mit der Unabhängigkeit von Mosambik begonnen habe. Präsident Chissano überreichte dem Bundeskanzler eine Videokassette über die Entwicklung des Südlichen Afrika. Dieser Film erkläre die Destabilisierung, wie sie von den drei rassistischen Systemen der damaligen Zeit in Szene gesetzt worden sei. Wenn der Bundeskanzler sich diesen Film ansehe, werde er verstehen, mit welchen Methoden versucht worden sei, sein Land zu destabilisieren. Vor allem Rhodesien und Südafrika seien dafür verantwortlich.

1976 seien Brücken, Krankenhäuser und Schulen zerstört worden. Verantwortlich dafür sei Smith gewesen, der sich dabei Handlangern aus Mosambik bediente, die in seinen Streitkräften gedient hätten. Rhodesien habe damals aus diesen Leuten eine Gruppe gebildet, deren Aufgabe es gewesen sei, Mosambik zu destabilisieren. Smith habe dieser Gruppe den Namen RENAMO gegeben. Sie sollte dem rhodesischen Sicherheitsdienst dienen. Heute werde die Destabilisierung von großen bewaffneten Banden, wie sie sie bezeichnen würden, ausgeübt, die eine Entwicklung des Landes verhindern wollen.

Bei der RENAMO handele es sich um keine politische Organisation. Heute versuche Südafrika, der Welt RENAMO als eine politische Organisation zu präsentieren, die mit dem Westen befreundet und der Demokratie verpflichtet sei. Es handele sich jedoch um eine terroristische Organisation, die seit 1976 existiere. Diese Terrororganisation habe die Wirtschaft und das Leben großer Teile der Zivilbevölkerung zerstört. Die Zivilbevölkerung sei nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie sei aber zugleich das Hauptziel dieser Gruppe. Nach seiner Auffassung handele es sich bei der RENAMO um die anti-demokratischste Organisation, die er kenne und die sich gegen das Volk richte. Sie scheuten nicht davor zurück, Menschen in eine Hütte einzusperren und sie dann anzuzünden. Sie halten Busse an und stecken sie in Brand. Eine solche Gruppe könne nicht als demokratisch bezeichnet werden. Ausgebildet würde sie von Südafrika.

Präsident Chissano wies darauf hin, daß es auch noch andere Gründe für ihre wirtschaftlichen Probleme gäbe. Dazu gehöre vor allem die Dürre, die zu der schwierigen Lage der Wirtschaft beigetragen habe. Er könne nicht verneinen, daß sie in den ersten Jahren Fehler gemacht hätten. Er könne auch nicht aus-

<sup>42</sup> Joaquim Alberto Chissano war vom 20. September 1974 bis 25. Juni 1975 Ministerpräsident von Mosambik (Portugiesisch-Ostafrika).

<sup>43</sup> Mário Fernandes da Graça Machungo war 1975/76 Industrie- und Handelsminister sowie von 1976 bis 1978 Industrie- und Energieminister der Volksrepublik Mosambik.

<sup>44</sup> Simbabwe wurde am 18. April 1980 unabhängig.

schließen, daß sie auch in Zukunft noch Fehler machen würden. Sie seien aber schon zufrieden, wenn sie solche Fehler erkennen und korrigieren könnten. Vor allem ihre Abkehr von ihrer ursprünglichen politischen Ausrichtung hätte negative Folgen für die Wirtschaft gehabt.

Als einen weiteren Grund bezeichnete Präsident Chissano die Sanktionen Südafrikas, die sich gegen Mosambik richten würden.<sup>45</sup> Sie hätten 120 000 Arbeitskräfte gehabt, die jährlich nach Südafrika gegangen seien. Heute seien es nur noch 60 000. Südafrika habe ohne vorherige Ankündigung die Zahl der Arbeiter aus Mosambik reduziert. Die Regierung hätte 60 % der Löhne für die Arbeiter in Gold ausbezahlt bekommen. Dieser Vertrag sei heute von Südafrika aufgekündigt.

Im Hafen von Maputo seien 11 Millionen Tonnen umgeschlagen worden: Waren für und aus Südafrika. Heute sei es nicht mehr als 1 Million Tonnen. Auch dies seien Sanktionen, die sich gegen Mosambik auswirken würden.

Präsident Chissano berichtete über das Cabo-Bassa-Wasserkraftwerk.<sup>46</sup> Dieses Kraftwerk sei gebaut worden, um Südafrika mit Energie zu versorgen. Südafrika habe jedoch mit Hilfe von Terroristen die Übertragungsleitungen zerstören lassen. So seien sie heute nicht mehr in der Lage, Energie nach Südafrika verkaufen zu können.

Dies sei ein großer Schaden, der sich auch für Portugal auswirke. Im Augenblick würden sie Verhandlungen mit Südafrika führen.<sup>47</sup> Sie hätten jedoch den Eindruck, daß Südafrika nicht interessiert sei, Energie des Cabo-Bassa-Kraftwerkes übernehmen zu wollen. Die Haltung Südafrikas sei widersprüchlich: Einerseits benötige Südafrika diese Energie, andererseits sabotiere es dieses Kraftwerk. Der Strom hier in der Hauptstadt Maputo dagegen komme aus Südafrika, und sie müßten dafür erhebliche Beträge aufbringen. Auch Zement müßten sie

<sup>45</sup> Botschafter Nölle, Maputo, informierte am 16. Oktober 1987: „Die mosambikanische FRELIMO-Partei- und Staatsführung ist von der Verantwortung Südafrikas für die wirtschaftliche Misere des Landes sowie für die negative Entwicklung der Sicherheitslage in Mosambik überzeugt, aber offensichtlich blind gegenüber eigenen Fehlern, bedingt durch ihre marxistische Ausgangslage. Diese sog. Destabilisierungspolitik Südafrikas wird in Maputo immer wieder angeprangert (u. a. Abzug des Handels über den Hafen Maputo, Verringerung der Zahl der Gastarbeiter, vornehmlich der mosambikanischen Bergleute, Zerstörung der Verkehrsinfrastruktur durch von Südafrika geförderte RENAMO-Tätigkeit)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 214; Referat 320, Bd. 155860.

<sup>46</sup> Am 2. September 1969 gab die portugiesische Regierung den Zuschlag für den Bau eines Wasserkraftwerks in Cabo Bassa (Mosambik) an das internationale Konsortium „Zambeze Hydro-Eléctrico Consórcio“ (ZAMCO) bekannt, an dem neben Unternehmen aus Frankreich, Italien, Portugal und Südafrika auch Unternehmen aus der Bundesrepublik beteiligt waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats IB 3 vom 5. März 1970; Referat III B 5, Bd. 798.

<sup>47</sup> Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 23. November 1987 über „die ab 19.11.1987 in Pretoria angesetzten Gespräche (Südafrika, Mosambik und Portugal)“ zur „Zukunft des Cabo-Bassa-Kraftwerks, das wegen der RENAMO-Aktivitäten in Mosambik [...] keinen Strom“ liefern könne. Von einem erfolgreichen Ausgang der trilateralen Gespräche würden alle Staaten profitieren: „Südafrika von reichlicher und preiswerter elektrischer Energie, Maputo durch eine Steigerung seiner Deviseneinnahmen und Portugal durch eine Verminderung der Lasten, die es für Cabo Bassa zu tragen hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 673; Referat 320, Bd. 156023.

Am 25. November 1987 bilanzierte Stabreit: „Sollte es zu einer Wiederaufnahme der Stromlieferungen aufgrund der trilateralen Verhandlungen kommen, wäre dies ein weiterer Schritt Südafrikas in Richtung auf eine neue Regionalpolitik, die auf die Schaffung wechselseitiger Abhängigkeiten setzt [...] und nicht mehr ausschließlich auf das erdrückende militärische und wirtschaftliche Übergewicht der Republik Südafrika.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 685; Referat 320, Bd. 156023.

aus Südafrika beziehen, weil ihre Zementwerke zerstört worden seien. Verantwortlich dafür sei Südafrika. Dies alles beweise, daß Südafrika sehr wohl Sanktionen gegen Mosambik verhänge.

Präsident Chissano erläuterte dem Bundeskanzler seine Haltung zu Sanktionen. Er bekräftigte, daß Sanktionen für ihn nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie entschlossen, einstimmig und zum richtigen Zeitpunkt erfolgen würden. Sonst wären sie erfolglos. Es sei jedoch keine gute Praxis, was z. B. Frankreich gemacht habe. Es habe die gesamte Technologie für Panzer und Flugzeuge an Südafrika geliefert und gleichzeitig erklärt, keinen Handel mit Südafrika treiben zu wollen. Der *Kanzler* warf ein, daß die Bundesrepublik Deutschland nichts dergleichen nach Südafrika geliefert habe.

Dies wisse er, fuhr Präsident *Chissano* fort. Für ihn seien Sanktionen die Konsequenz eines souveränen Aktes. Jedes Land könne über Sanktionen entscheiden. Sanktionen hätten jedoch auch einen moralischen Wert; d. h., sie seien auch Ausdruck dafür, daß ein Land mit der Politik Südafrikas nicht einverstanden sei. Was geschehe dann? Die einen würden keinen Krügerrand mehr kaufen, andere dagegen tun es. Was im Falle von Sanktionen nötig sei, sei eine Politik, die von allen Seiten in gleichem Maße verfolgt werden müsse, sonst verlören Sanktionen an Kraft und Wirkung.

Das Argument, daß unter Sanktionen vor allem das Volk in Südafrika und in den Frontstaaten leiden würde, scheine ihm nicht besonders stark zu sein. Die Frage der Anwendung von Sanktionen oder der Nichtanwendung werde als solche noch nichts ändern. Entscheidend sei allein die Frage, wieweit man die Interessen Südafrikas mit Sanktionen treffen könne oder nicht. Sie hätten in Mosambik einen Befreiungskampf geführt, der viele Tote gekostet habe. Sie hätten aber gewußt, daß es am Ende positive Ergebnisse geben werde. Deshalb seien sie in der Lage gewesen, die Leiden und Opfer zu ertragen. Dies seien Opfer, die man manchmal erbringen müßte.

Dies sei auch der Grund gewesen, warum sie für Sanktionen gegen Rhodesien eingetreten seien.<sup>48</sup> Diese Sanktionen hätten enorme Auswirkungen gehabt und Smith erheblich wirtschaftlich und militärisch und politisch geschwächt. Er müsse jedoch zugeben, daß sie im Falle von Südafrika nicht über eine solche Fähigkeit verfügen würden. Er wisse, daß im Falle von Sanktionen gegen Südafrika andere Tore geöffnet blieben. Sie wüßten aber, daß Sanktionen Wirkungen vor allem bei der weißen Bevölkerung hätten und sie gezwungen habe, über andere Lösungen nachzudenken. Das eine schließe das andere nicht aus: Man könnte positive Maßnahmen für die schwarze Bevölkerung ergreifen und andererseits Sanktionen, die ein starkes moralisches Gewicht hätten.

<sup>48</sup> Am 16. Dezember 1966 beschloß der VN-Sicherheitsrat mandatorische Wirtschaftssanktionen aller VN-Mitgliedstaaten gegen Rhodesien. Auch Nichtmitglieder der VN wurden dazu aufgefordert, sich diesen Maßnahmen anzuschließen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 232 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 68 f. Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf, u. a. zum Verbot des Imports von Waren oder des Handels mit Produkten aus Rhodesien, der Kreditvergabe an rhodesische Unternehmen, der Einreise rhodesischer Staatsangehöriger, des Flugverkehrs von und nach Rhodesien sowie zum Abzug aller konsularischen und Handelsvertreter. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

Er habe oft mit Mrs. Thatcher darüber gesprochen und mit ihr viel darüber diskutiert. Es handele sich nicht nur um ein Problem der Völker in ihrer Region, sondern auch um ein Problem des britischen und des deutschen Volkes, die Beziehungen in diese Region hätten. An sie richte sich die Frage, ob sie Opfer bringen wollten. Die Nahrungsmittelhilfe, die der Bundeskanzler ihm heute übergeben hätte, sei auch ein Opfer, das die Bundesrepublik erbracht habe.

Wenn es in den Vereinten Nationen Abstimmungen über Sanktionen gegen Südafrika gäbe, würden sie zustimmen. Ansonsten müßten sie sich zurückhalten und könnten nicht ständig Sanktionen einfordern, weil die Folgen für ihr Land bekannt seien. Er sei sich auch im klaren darüber, daß Sanktionen ihrer Seite Sanktionen gegen sich selbst seien. Er habe aber die dringende Bitte, wenn schon Handel mit Südafrika getrieben werde, dann sollte er über ihre Häfen abgewickelt werden. Wenn ihre Häfen nicht angelaufen würden, werde sich ihre Situation weiter verschlechtern.

Mosambik werde letztlich immer ein Opfer von Sanktionen sein, von welcher Seite sie auch erfolgen würden. Sie seien den westlichen Ländern für ihre Hilfe an Mosambik dankbar. Sie hätten auch gute Voraussetzungen geschaffen, um diese Hilfe aufnehmen zu können. So hätten sie jetzt ein Programm für eine Wirtschaftsreform verabschiedet. Dieses Programm sei auf der Grundlage der Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ausgearbeitet worden.<sup>49</sup> Dies sei die Basis für die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit. Sie umfasse wesentliche wirtschaftliche Reformen. So seien jetzt auch die Möglichkeiten für private Initiativen geschaffen worden. Die Wirtschaft solle sich nach den Gesetzen des Marktes richten. Sie würden zwar die ungarischen Erfahrungen nicht genau kennen, aber vielleicht würden sie ein ähnliches Programm verfolgen. Sie hätten ihre eigene Landeswährung abgewertet und eine neue Preispolitik eingeführt. Für eine Reihe von Produkten hätten sie die Preise freigegeben. Gleichzeitig seien jedoch die Herstellerpreise erhöht worden und die Löhne im Grunde zurückgeführt worden. Sie hätten auch ihre Steuerpolitik reformiert. Den Bauern hätten sie günstigere Konditionen für Bankkredite eingeräumt. In anderen Bereichen hätten sie jedoch die Kreditbedingungen verschärft. Insgesamt würden sie jedoch in stärkerem Maße diese Kredite vergeben.

Präsident Chissano berichtete, daß sie gleichzeitig eine Dezentralisierung der Verwaltung eingeleitet hätten. Die Betriebe würden eine größere Autonomie erhalten. Gleichzeitig hätten sie die Anreize für Privatinvestitionen sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen verbessert.

Präsident Chissano wies darauf hin, daß für sie die Zinssätze für ausländische Kredite ein besonderes Problem darstellen würden. Sie hätten zwar mit Erfolg

49 Die Botschaft in Maputo erläuterte am 7. Juli 1987: „Die mosambikanische Regierung verkündete am 31.1.1987 ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm, das eine Abwertung des Metical um 80 %, eine Anhebung der Gehälter um 50 %, eine drastische Heraufsetzung der Preise für Grundnahrungsmittel und öffentliche Dienstleistungen, ein verbessertes Steuersystem sowie einen Abbau der staatlichen Bürokratie beinhaltet. Am 26.6.1987 erfolgte eine erneute Abwertung des Metical. Diese Maßnahmen stellen eine Implementierung der mit dem IWF am 8.6.1987 vereinbarten Strukturanzapfungsfazilität dar, die sich vornehmlich zum Ziel gesetzt hat, wirtschaftliches Wachstum zu initiieren sowie das hohe Zahlungsbilanzdefizit und die hohe Verschuldung zu vermindern.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 360; Referat 320, Bd. 155863.

eine Umschuldung erreichen können, dennoch bleibe das Problem der hohen Zinssätze weiterhin bestehen.

Ein weiteres Problem für sie stelle die Politik der Destabilisierung dar, die sich gegen ihr Land richte. Dies habe dazu geführt, daß vier Millionen Menschen umgesiedelt werden mußten. Das Nothilfeprogramm vom Februar helfe ihnen sehr. Im Rahmen dieses Programms werden ihnen logistische Unterstützung, Nahrungsmittelhilfe und Produktionsmittel für die Landwirtschaft gewährt. Gleichzeitig erhielten sie Hilfe für Neuansiedlungen und für die Nutzung ihrer Wasserressourcen. Außerdem würden Konsumgüter und Bekleidung zur Verfügung gestellt.

Anschließend kam Präsident Chissano auf die bilaterale Zusammenarbeit zu sprechen. Er beklagte, daß diese bilaterale Zusammenarbeit erst sehr spät begonnen habe.<sup>50</sup> Anfänglich sei man sehr zögerlich gewesen. Er freue sich, daß der Bundeskanzler jetzt nach Mosambik gekommen sei. Er empfinde eine sehr persönliche Freude über diesen Besuch. Er hätte gewissermaßen noch seinen Kopf auf dem Schafott liegen, weil er bereits als Außenminister<sup>51</sup> seinen Kopf verwettet habe, daß es möglich sein müsse, gute Beziehungen zur Bundesrepublik herzustellen. Damit sei er klüger gewesen als andere, warf der *Bundeskanzler* ein.

Präsident *Chissano* fuhr fort, daß ihm aber damals Genossen gesagt hätten, daß dies nicht möglich sein werde. Sicherlich habe es etwas lange gedauert, bis die Beziehungen in Gang gekommen seien. Der *Bundeskanzler* erklärte, daß außer ihm noch kein westlicher Regierungschef in Mosambik gewesen sei. Präsident *Chissano* bestätigte, daß dies, was Westeuropa betrefte, richtig sei. Dagegen habe sich die Zusammenarbeit mit Frankreich und Italien stark entwickelt. Sie hätten sich aber auch immer die Zusammenarbeit mit Deutschland gewünscht. Jetzt könne er gewissermaßen seinen Kopf vom Schafott herunternehmen, weil er am Ende doch recht behalten habe.

Sie seien bereit, mit der Bundesrepublik Deutschland ein allgemeines Kooperationsabkommen abzuschließen, das die Orientierungslinien für die bilaterale Zusammenarbeit erfassen sollte. Er schlage auch die Einrichtung einer Gemischten Wirtschaftskommission vor.

Ein Hauptproblem für sie stelle aber nach wie vor ihre internationale Verschuldung und die hohen Zinssätze dar. Sie könnten keinen Zinssatz über drei Prozent hinaus akzeptieren. Ideal wäre für sie natürlich ein volliger Schuldenerlaß, wie es der Bundeskanzler einleitend angedeutet habe. Vorteilhaft wäre dabei besonders, wenn die Schulden der Betriebe einbezogen werden könnten. Ihr Interesse sei es, so niedrige Zinssätze wie möglich zu erhalten. Dies würde ihre Importmöglichkeiten erleichtern und ihre Zahlungsbilanz entlasten.

<sup>50</sup> Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik wurden mit Wirkung vom 26. Februar 1976 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.

Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 27. Juli 1987, daß sich die bilateralen Beziehungen seit 1976 deutlich intensiviert hätten. Jedoch habe einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zunächst die mosambikanische Weigerung entgegen gestanden, „das Land Berlin in Verträge mit der Bundesrepublik mit einzubeziehen“. Dieses Hindernis sei aber „nach dem ersten Besuch des damaligen Außenministers Chissano in Bonn“ entfallen. Vgl. Referat 320, Bd. 155860.

<sup>51</sup> Joaquim Alberto Chissano war vom 25. Juni 1975 bis 6. November 1986 Außenminister der Volksrepublik Mosambik.

Im besonderen Maße würden sie es begrüßen, wenn sie die Unterstützung der Bundesregierung insbesondere für die Landwirtschaft erhalten könnten. Dabei ginge es vor allem um die Unterstützung von Kleinbetrieben und Familienbetrieben, wie dies in einigen Teilen ihres Landes bereits erfolgen würde. Er bitte auch um Unterstützung im Verkehrsbereich, bei der Bewässerung und der ländlichen Elektrifizierung. Im Verkehrsbereich könnte ihnen vor allem damit geholfen werden, daß die Mercedes-Flotte wieder in Gang gebracht und eine Infrastruktur für Reparaturen geschaffen werden könnte.

Um Unterstützung bitte er auch bei der Lösung der Probleme in der Hauptstadt. Hier ginge es vor allem um die Abwasserbeseitigung und die Drainage. Gelöst werden müsse auch die Frage der Müllbeseitigung. Dafür würden die Transportmittel fehlen. Sie verfügten nur über einige wenige Müllbeseitigungsfahrzeuge. Es wäre für sie besonders wichtig, wenn sie einige solche Fahrzeuge erhalten könnten. Dies könnte dazu beitragen, daß sie dadurch an Medikamenten sparen könnten, weil die hygienischen Verhältnisse verbessert würden.

Es fehle auch an Ausrüstung für die Brandbekämpfung und für Bestattungs-institute.

Sie seien zu einer Kooperation auf allen Ebenen bereit. Aufgrund der Kürze wolle er nur die Bereiche nennen: Energieversorgung; Transportwesen; Erschließung der Bodenschätze; Entwicklung der Eisenbahn; Aufbau der Industrie; Förderung von Naturgas und Erdölexplorationen; Aufbau einer Telekommunikation; Entwicklung des Baugewerbes, insbesondere Produktion von Baumaterialien. Sie würden dabei vor allem an Joint-ventures, aber auch an andere mögliche Kooperationsformen denken. Sie würden es begrüßen, wenn Unternehmen nach Mosambik kämen. Es gäbe eine erklärte Politik für ausländische Investitionen in Mosambik. Sie seien auch bereit, für solche Investitionen größere Sicherheiten zu schaffen und ein Investitionsförderungs- und Investitionsschutzgesetz abzuschließen.

Präsident Chissano kam dann noch einmal auf das Problem der Terroristen zu sprechen. Sie würden die Terroristen mit militärischen Mitteln bekämpfen. Er sei überzeugt, daß sie die Terroristen militärisch besiegen könnten. Dies werde sicherlich noch lange dauern und viele Opfer kosten. Er bitte jedoch darum, daß die RENAMO nicht länger internationale Unterstützung erhalte, wie dies heute vor allem noch von Portugal und den Vereinigten Staaten aus noch immer geschehe. Man müsse die RENAMO von ihren Vorhaben abringen, weil sie auch den Interessen des Westens schaden würde.

Mosambik wünsche sich die Zusammenarbeit mit dem Westen. Er wisse jedoch, daß sich diese Zusammenarbeit nicht schnell entwickeln könne, solange die Terroristen am Werke seien. Man müsse sie dazu bringen, ihre blutigen Überfälle zu unterlassen. Sie seien bereit, eine allgemeine Amnestie zu erlassen. Eine solche Amnestie müsse jedoch von der Volksversammlung beschlossen werden. Er sei überzeugt, daß dies für ihn einen harten Kampf bedeuten werde. Präsident Chissano berichtete, daß in den letzten Wochen 600 bis 700 Menschen an drei verschiedenen Orten massakriert worden seien.<sup>52</sup> Dennoch glaube er, daß er in

<sup>52</sup> Botschafter Nölle, Maputo, informierte am 23. Juli 1987 über einen Artikel der mosambikanischen Zeitung „Notícias“ vom Vortag, in dem über einen RENAMO-Angriff in Homoíne in der Inhambane-

der Lage sein dürfte, die Volksversammlung von einer solchen Amnestie zu überzeugen. Aber er müsse darauf hinweisen, daß die wichtigsten Gesetze bei ihnen auf der Straße und in den Dörfern diskutiert würden. Er müsse deshalb mit dem stärksten Widerstand bei den Betroffenen selbst rechnen.

In Südafrika denke man, daß eine solche Amnestie eine geringe Konzession sei. Man müsse jedoch wissen, daß die Demokratie in Mosambik in besonderer Weise funktioniere. Man müsse nicht Mitglied einer Partei sein, um Kandidat für das Parlament werden zu können. Man müsse nur ein anständiger Patriot sein. Parlamente gebe es auf der Ebene des Dorfes, der Distrikte, der Provinzen und auf nationaler Ebene. Wenn die Terroristen bereit seien, sich zu integrieren, könnten sie ihre Würde zurückgewinnen. Bei der RENAMO handele es sich um keine politische Bewegung, und sie würden sie auch nicht dazu machen.

Im Anschluß daran kam Präsident Chissano auf den Vorschlag des Bundeskanzlers zu sprechen, ein Gespräch mit Franz Josef Strauß zu führen. Präsident Chissano erklärte, wenn Franz Josef Strauß dieses Phänomen der bewaffneten Banden richtig verstehe, sei er bereit, ihn zu empfangen. Er könne dann diesen Kräften sagen, sie sollten mit ihren terroristischen Aktionen aufhören.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die Offenheit des Gespräches. Er sei überzeugt, daß das gemeinsame Gespräch fortgeführt werden könne. Es sei ihm möglich gewesen, ein Bild von der Politik des Präsidenten zu gewinnen.

Was die bilaterale Zusammenarbeit betreffe, sei er bereit, die Anregungen des Präsidenten positiv aufzugreifen. Er werde bald von sich hören lassen. Vielleicht werde er die Staatssekretäre aus dem Wirtschaftsministerium und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kürze nach Maputo senden. In jedem Fall werde er bald reagieren. Sicherlich könnten eine Reihe von Vereinbarungen getroffen werden, wenn der Präsident seine erklärte politische Linie fortführe, die mehr Offenheit und größere Chancen für Privatinvestitionen ermögliche. Letztlich werde es aber ganz entscheidend darauf ankommen, daß der innere Frieden in Mosambik erreicht werden könne.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1634*

Provinz berichtet wurde. Ihm seien 380 Menschen zum Opfer gefallen, darunter Frauen, Kinder und ältere Personen. Laut „Notícias“ handele es sich dabei um das bisher größte „Massaker seit Beginn der südafrikanischen Aggression“ gegenüber Mosambik“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 138; Referat 320, Bd. 155860.

Am 13. August 1987 berichtete Nölle unter Bezug auf einen weiteren Artikel in „Notícias“, daß „sich die Zahl der Opfer des Massakers von Homoine auf 424 erhöht habe“. Zudem sei es am 10. August 1987 zu einem neuerlichen RENAMO-Angriff in der Gaza-Provinz nahe der Stadt Xai-Xai gekommen, dem „72 Menschen zum Opfer gefallen“ seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; Referat 320, Bd. 155860. Legationsrat I. Klasse Salber, Maputo, berichtete am 1. November 1987: „Am 29. Oktober 1987 haben bewaffnete Banditen einen Bus- und LKW-Konvoi auf Nationalstraße Nr. 1, etwa 80 km nördlich von Maputo, nahe der Stadt Palmeira, überfallen und ein Massaker unter den Mitreisenden angerichtet. Nach offiziellen Angaben sind mindestens 211 Menschen getötet worden, Spekulationen sprechen von nahezu 300 Toten. Ort des Verbrechens liegt nicht weit von jener Stelle, an der erst am 16. Oktober 1987 53 Personen von „Bandidos Armados“ getötet wurden.“ Salber bilanzierte, daß die Ereignisse der vergangenen Tage einen „neuen Höhepunkt des Terrors in Mosambik“ darstellten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; Referat 320, Bd. 155860.

Botschafter Stabreit, Pretoria, informierte am 6. November 1987, die südafrikanische Regierung habe die Beschuldigung der mosambikanischen Regierung, „sie sei für das Massaker vom 29.10.1987 verantwortlich“, zurückgewiesen und dabei auf den Nkomati-Vertrag verwiesen, in dem Südafrika zugesichert habe, „jegliche Unterstützung für die RENAMO-Rebellen einzustellen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; Referat 320, Bd. 155859.

Der Bundeskanzler erklärte, daß er von Franz Josef Strauß wisse, daß er eine Unterstützung der RENAMO abgelehnt habe. Dies wolle Franz Josef Strauß nicht. Der Präsident müsse jedoch wissen, daß das Wort von Franz Josef Strauß in Südafrika Gewicht habe. Gleichzeitig dränge die Zeit. Er habe mit Franz Josef Strauß gesprochen, wenn der Präsident ihn einlade, sei er bereit, noch in diesem Jahr nach Mosambik zu kommen. Er solle kommen, erwiderte Präsident Chissano.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er Franz Josef Strauß darüber berichten werde. Er solle Gespräche mit dem Präsidenten und in Südafrika führen.<sup>53</sup> Er könne dem Präsidenten versichern, daß sich Franz Josef Strauß innerlich sehr stark für die Region des Südlichen Afrika engagiere. Hier handele es sich nicht für ihn um ein Thema unter vielen.<sup>54</sup> In dieser Frage sei er besonders engagiert. Er wolle dem Präsidenten ganz offen sagen, daß er es für nützlich halten würde, wenn Franz Josef Strauß nach Mosambik kommen würde. Dies wäre auch ein Signal an die deutschen Unternehmen, die solche Aktionen besonders aufmerksam verfolgen würden. Außerdem wisse er, daß die politische Linie, die der Präsident ihm erläutert habe, auch der Auffassung von Franz Josef Strauß entsprechen würde. Im übrigen müsse der Präsident wissen, daß ihm in Europa nicht die Ideologen helfen würden. Vielmehr müsse er wissen, daß Leute wie er mit ihren klaren Positionen ein besonderes Gewicht hätten. Er werde in drei Wochen am Europäischen Rat teilnehmen.<sup>55</sup> Wenn er über sein Gespräch mit dem Präsidenten berichten werde, so werde das seine Wirkung nicht verfehlten. Er wolle auch gegenüber Mosambik ein berechenbarer Partner sein. Dies habe im übrigen auch Generalsekretär Gorbatschow begriffen. In diesem Sinne sei er überzeugt, daß eine gute Zusammenarbeit möglich sein werde. Präsident Chissano bedankte sich für das interessante und gute Gespräch.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

<sup>53</sup> Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 19. bis 30. Januar 1988 in Südafrika, Namibia und Mosambik auf. Am 22. Januar 1988 führte er ein Gespräch mit Präsident Chissano. Zu seinen Gesprächen mit Präsident Botha am 20. und 25. Januar 1988 vgl. AAPD 1988.

<sup>54</sup> So in der Vorlage.

<sup>55</sup> Zur Tagung des Europäischen Rates am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

322

**Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 671****Citissime****Aufgabe: 18. November 1987, 14.45 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 18. November 1987, 18.29 Uhr**

Betr.: Reise BM nach Riad, 16.–18.11.1987<sup>2</sup>;  
 hier: Gespräch mit AM Prinz Saud al-Faisal

**Zur Unterrichtung**

BM traf am 17.11.1987 zu einstündigem Vier-Augen-Gespräch mit AM Prinz Saud al-Faisal zusammen, das anschließend in erweitertem Kreis weitere zwei Stunden fortgesetzt wurde. Während des Vier-Augen-Gesprächs kamen die Minister überein, im ersten Halbjahr 1988 im Rahmen der Verhandlungen zwischen EG und GCC<sup>3</sup> mehrmals zusammenzutreffen. Es wurde vereinbart, daß zuerst Prinz Saud al-Faisal Anfang 1988 (voraussichtlich im Februar) Bonn einen Besuch abstatten sollte.<sup>4</sup>

1) Prinz Saud lobte im Delegationsgespräch den guten Stand der bilateralen Beziehungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Besuch des BM finde in einer für den Frieden in der Region kritischen Phase statt. Saudi Seite verknüpfe mit dem Besuch nicht nur die Erwartung, daß sich bilaterale Beziehungen weiter vertiefen, sondern daß auch langfristige Zusammenarbeit zwischen EG und GCC gefördert werde und die Aussichten verbessert würden, den Frieden in der Region wiederherzustellen. BM legte dar, Besuch solle in der kritischen Phase, die die Region durchlaufe, gegenüber der Weltöffentlichkeit sowohl unseren guten Willen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu SAR als auch zur Intensivierung der Beziehungen zwischen EG und GCC deutlich machen. Zur

<sup>1</sup> Hat Legationsrat Haßmann am 19. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Eickhoff und Referent Detering sowie an Vortragenden Legationsrat Dassel „n[ach] R[ückkehr]“ „je z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Eickhoff vorgelegen.

Hat Detering am 20. November 1987 vorgelegen.

Hat Dassel vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 18. November 1987 in Saudi-Arabien auf. Am 18./19. November besuchte er den Irak und am 19./20. November 1987 Jordanien. Vgl. dazu auch Dok. 329 und Dok. 330.

<sup>3</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 232, Anm. 6.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. November 1987 hieß es: „Beim Treffen der Zwölf mit den AM des GCC am 24.9.1987 in New York am Rande der VN-GV hat BM Genscher vorgeschlagen, ein Kooperationsabkommen innerhalb von vier bis sechs Wochen abzuschließen, um angesichts der Entwicklung in der Region ein ‚Signal‘ zu setzen. Der saudische AM hat den Vorschlag des BM im Namen der GCC-Staaten begrüßt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die GCC-Staaten es nicht verstünden, wenn die Gemeinschaft trotz aller Freundschaftsbeteuerungen dem GCC ein Abkommen vergleichbar dem Kooperationsabkommen EWG–Israel verweigere.“ Die EG-Kommission habe am 8. Oktober 1987 einen Mandantsentwurf vorgelegt, der zunächst den „Abschluß eines Kooperationsabkommens mit Meistbegünstigungsklausel“ und in einem zweiten Schritt den Abschluß eines Freihandelsabkommens vorsehe. Vgl. Referat 413, Bd. 145002. Vgl. ferner Anm. 8.

<sup>4</sup> Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal besuchte die Bundesrepublik am 17./18. März 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

Vertiefung des bilateralen Verhältnisses strebten wir eine Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und eine Intensivierung des politischen Dialogs an. Der hohe Stand der bilateralen Beziehungen solle auch der Öffentlichkeit bewußt werden. BM regte Prüfung an, in welcher Weise (gemeinsame Kommission o. ä.) dieses Ziel am besten erreicht werden könne. Auch die Unterzeichnung des Kulturabkommens eröffne den bilateralen Beziehungen neue Wege. (Über die Unterzeichnung des Kulturabkommens folgt gesonderter DB.<sup>5</sup>)

2) BM führte aus, er selbst habe 1980 vorgeschlagen, das Verhältnis EG und GCC vertraglich zu regeln, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet.<sup>6</sup> Die glückliche Tatsache, daß wir im ersten Halbjahr 1988 die Präsidentschaft in der EG im gleichen Zeitraum innehätten wie SAR im GCC, müsse genutzt werden, um Kooperationsabkommen unter Dach und Fach zu bringen.

Prinz Saud legte dar, zunächst solle eine allgemeine „declaration of intent“ abgegeben werden, die aber bereits eine Reduzierung von Zöllen auf beiden Seiten erwähne. Das sodann abzuschließende wirtschaftliche Abkommen werde dadurch in seinen Aussichten nicht beeinträchtigt. Er hoffe, dieses Abkommen bei seinem Besuch in Bonn Anfang 1988 unterzeichnen zu können. Prinz Saud bat BM, seinen Einfluß beim Ministerrat am 23.11. im saudischen Sinne geltend zu machen. BM sagte dies zu, legte allerdings dar, Ministerrat am 23./24.11. werde bereits vom bevorstehenden europäischen Gipfel<sup>7</sup> überschattet sein.<sup>8</sup> Vielleicht werde Besuch von Prinz Saud Anfang 1988 notwendig sein, um Durchbruch zu erzielen. BM erklärte, die von Prinz Saud zu „Koordinatoren“ für die Verhandlungen ernannten AL Wirtschaft (Mamoun Kurdi) und AL westliche Länder (Nizar Mandani) seien jederzeit in Bonn willkommen.

3) BM begrüßte die Ergebnisse des außerordentlichen arabischen Gipfels von Amman.<sup>9</sup> Es liege in unserem Interesse, daß unsere arabischen Freunde näher zusammenrückten. Nur so könnten sich die Lösungsmöglichkeiten für Golf-

<sup>5</sup> Die Botschaft in Riad teilte am 18. November 1987 mit, daß Bundesminister Genscher und der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal das bilaterale Kulturabkommen am Vortag unterzeichnet hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 674; Referat 311, Bd. 140039.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. November 1987 zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien über kulturelle Zusammenarbeit, das am 2. April 2006 in Kraft trat, vgl. BUNDESGESETZBLATT 2007, Teil II, S. 48f.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann informierte am 16. Januar 1980, Bundesminister Genscher habe am Vortag bei der EG-Ministerratstagung in Brüssel, die zugleich im Rahmen der EPZ stattfand, ein Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Golfstaaten und Irak vorgeschlagen: „Die Gemeinschaft müsse ein Zeichen setzen, daß sie zu engerer politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit bereit sei. Als Kooperationsmodell biete sich das Abkommen mit den ASEAN-Staaten an, obwohl hier auch Fragen der Energiepolitik einzubeziehen seien.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 292; B 201 (Referat 411), Bd. 436.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Europäischen Rates am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

<sup>8</sup> Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), informierte am 24. November 1987 über die Ergebnisse der EG-Ministerratstagung am 23./24. November 1987 in Brüssel. Der Rat habe am 23. November u. a. Verhandlungsrichtlinien für ein Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Golf-Kooperationsrat (GCC) verabschiedet. Das Mandat „sieht flexible Gestaltung der zeitlichen Abfolge der zwei Phasen vor: zunächst Kooperationsabkommen mit Meistbegünstigung, sodann – sofort nach Unterzeichnung des ersten Abkommens – Gespräche mit dem GCC über den Abschluß eines weitergehenden Abkommens“. Die Entscheidung für das Mandat sei möglich geworden, nachdem der Begriff des „Freihandelsabkommens“ durch den Begriff eines „andersartigen Abkommens“ ersetzt worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3482; Referat 410, Bd. 136089.

<sup>9</sup> Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

krieg<sup>10</sup> und Nahost-Konflikt verbessern. Wir begrüßten es insbesondere, daß nun der Weg zur Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen mit Ägypten frei sei.<sup>11</sup>

Prinz Saud betonte, Ergebnisse des Gipfels eröffneten neue Marschroute für arabische Welt, da endlich gemeinsame arabische Linie zum arabisch-israelischen Konflikt sowie zum irakisch-iranischen Krieg gefunden bzw. wiedergefunden worden sei. Eine Voraussetzung für die Beendigung des Golfkrieges sei durch die SRR 598<sup>12</sup> geschaffen worden, an der neben den ständigen Mitgliedern auch die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Japan mitgewirkt hätten. Es gehe nunmehr darum, daß alle SR-Mitglieder auf der Implementierung von SRR 598 bestehen müßten. Auf dem Arabischen Gipfel habe Einigkeit bestanden, daß sowjetische Haltung im Golfkonflikt zumindest dubios sei. Einhellige Empörung habe über chinesische Waffenlieferungen an Iran geherrscht. Alle arabischen Staaten würden ihre Beziehungen zu solchen Ländern überprüfen, die Iran Waffen verkauften.

4) Zur saudischen Haltung gegenüber Iran führte Prinz Saud aus, SAR sei höchst besorgt, daß trotz Verabschiedung von SRR 598 und der in Amman gezeigten arabischen Solidarität keinerlei Anzeichen für ein Einlenken des Iran zu erkennen seien. Vielmehr eskaliere der Konflikt weiter. Die arabischen Staaten und alle SR-Mitglieder müßten daher Druck auf Iran ausüben. SAR sehe keine andere Möglichkeit zur Beendigung des Krieges. Diese Haltung entspringe keiner Feindseligkeit gegenüber dem Iran. SAR strebe keine Isolierung des Iran an und befürworte ausgezeichnete Beziehungen des Iran mit westlichen Ländern. Auch SAR wünsche gute Beziehungen zum Iran, der ein sehr wichtiges Land der Region sei. Nach Beendigung des Krieges solle Iran eine seiner Größe und Bedeutung angemessene Rolle spielen. Man dürfe nicht vergessen, daß Iran das islamische Land mit der längsten gemeinsamen Grenze zur SU sei. Gerade deshalb dürfe man nicht hinnehmen, daß im Iran Entwicklungen stattfänden, die seinen eigenen Interessen und denen der arabischen Länder fundamental entgegengesetzt seien.

BM führte aus, Ergebnisse von Amman seien eine Ermutigung für die Freunde der Araber und die Araber selbst. Sie stellten zugleich eine warnende Ermahnung an diejenigen in Teheran dar, die nicht bereit seien, Schritte zur Verwirklichung der SRR 598 zu unternehmen.<sup>13</sup> Auch seien sie ein Signal an SU und China, die Einheitlichkeit des SR zum Golfkrieg nicht aufs Spiel zu setzen. BM betonte, er teile die saudische Bewertung von SRR 598 als historischen Beschuß. Die Bundesrepublik Deutschland habe wesentlich dazu beigetragen, daß SRR 598 einstimmig angenommen worden sei. Nun gehe es darum, die Autorität des VN-GS

<sup>10</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter informierte am 11. November 1987, die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman habe beschlossen, daß die Mitgliedstaaten künftig frei seien, ihre „Beziehungen zu Ägypten nach eigenem Gutdünken zu gestalten“. Dieser Beschuß gehe von der Vorstellung aus, daß „die Bedrohung der arabischen Sicherheit (durch Iran und Israel) [...] engste Zusammenarbeit in der gesamten arabischen Welt“ erfordere: Dies sei „praktisch eine Freigabe zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Bahrein, die VAE und Irak haben sofort angekündigt, von dem Angebot Gebrauch machen zu wollen.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141124.

<sup>12</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg; Dok. 296, Anm. 22.

zu stärken und Iran davon zu überzeugen, daß die Resolution implementiert werden müsse.

BM unterstrich, daß die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu manch anderem Land nie Waffen an Iran geliefert habe oder liefern werde. Seine Reise nach Bagdad sei ein hochpolitischer Ausdruck unserer auf eine Beendigung des Golfkrieges gerichteten Bemühungen und drücke die Anerkennung dafür aus, daß Irak sich zu einer Verwirklichung von SRR 598 bemühe.<sup>14</sup> Ebenso wie SAR hätten wir aber kein Interesse, Iran zu isolieren. Gleichzeitig entspreche es unserer Haltung, Iran stets darauf hinzuweisen, daß es zur Verwirklichung von SRR 598 beitragen müsse. Der arabische Gipfel habe bewiesen, daß die arabischen Staaten trotz Fortbestehens gewisser Gegensätze eine gemeinsame Haltung zum Golfkrieg einnähmen. Das sich daraus ergebende Momentum müsse, zusammen mit SRR 598, genutzt werden, um gemeinsame Anstrengungen in Richtung auf eine Friedenslösung zu unternehmen.

5) BM sprach Problematik der Fälle von Schuldhaft und Ausreiseverweigerung an und übergab an Prinz Saud eine Liste mit Namen von betroffenen Deutschen.<sup>15</sup>

Er appellierte an Prinz Saud, einige dieser Fälle noch im Besuchszeitraum einer Lösung zuzuführen.

Prinz Saud betonte, es sei nicht Sache des saudischen Staates, in zivilrechtliche Ansprüche saudischer Bürger einzugreifen. Saudiische Regierung sei zwar bemüht, betroffene Saudis zum Verzicht auf ihre Ansprüche zu bewegen, könne dafür aber keine Erfolgsgarantie übernehmen. Im übrigen verwies Prinz Saud auf Bemühungen, langfristig Lösungsmöglichkeiten durch eine gemischte Arbeitsgruppe erarbeiten zu lassen. Er räumte ein, daß rechtliche Grundlagen in SAR sich von europäischen Vorstellungen unterschieden, verwies jedoch darauf, daß keine Diskriminierung von Ausländern stattfinde, sondern saudische Staatsbürger gleichermaßen betroffen seien. Die Befassung deutscher Medien und des Bundestages<sup>16</sup> bezeichnete Prinz Saud als nicht hilfreich: Auf den erneuteten Vorhalt, daß negative Befassung von Medien und des Parlaments durch flexiblere saudische Haltung vermieden werden könnte, erklärte Prinz Saud lediglich, betroffene Deutsche könnten ausreisen, wenn finanzielle Bürgschaften übernommen würden oder aus Deutschland „personeller Ersatz“ für die hier Festgehaltenen geschickt würde. Saudiische Regierung habe ihren Goodwill bewiesen,

<sup>14</sup> Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

<sup>15</sup> Für die von Bundesminister Genscher übergebene Liste vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1791.

Referat 511 vermerkte am 3. November 1987: „Zur Zeit werden in Saudi-Arabien sechs deutsche Staatsangehörige an ihrer Ausreise gehindert oder befinden sich in Schuldhaft. Die deutschen Staatsangehörigen werden auf Veranlassung saudischer Gläubiger in Saudi-Arabien festgehalten, die gegen sie oder die sie entsendenden Firmen Forderungen geltend machen. Das saudische Recht gibt dem Gläubiger die Möglichkeit, zur Sicherung von zivilrechtlichen Forderungen gegen einen Schuldner die sogenannte Schuldhaft oder ein Ausreiseverbot zu erwirken. Die Schuldhaft oder das Ausreiseverbot bleiben grundsätzlich bis zur gerichtlichen Klärung der Forderungen oder bis zur Stellung eines saudischen Bürgen bestehen. Entsprechende Gerichtsverfahren können sich in Saudi-Arabien über Jahre hinziehen.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1791.

<sup>16</sup> Der Bundestag behandelte in einer Fragestunde am 17. September 1987 die Frage der Ausreise der deutschen Staatsbürger Uwe Hensel und Hartmut Krause aus Saudi-Arabien. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 27. Sitzung, S. 1792f.

indem sie Ausreise von Krause und Hensel mit BM Bangemann zugelassen habe.<sup>17</sup>

[gez.] Nowak

**Referat 311, Bd. 140034**

**323**

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Präsident Moi in Nairobi**

**Geheim**

**19. November 1987<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Kenia, Daniel T. arap Moi, am 19. November 1987, 9.10 Uhr bis 10.50 Uhr im State House in Nairobi<sup>2</sup>

Teilnehmer: J.T. arap Leting, Permanent Secretary, Secretary to Cabinet, Head of Civil Service; ein Mitarbeiter des Außenministeriums von Kenia; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

Präsident *arap Moi* hieß den Bundeskanzler herzlich willkommen. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein großer Freund Kenias. Kenia sei von der Bundesrepublik wirtschaftlich stark unterstützt worden, insbesondere im Rahmen von Krediten, wie sie auch die Vereinigten Staaten von Amerika gewährt hätten.

<sup>17</sup> Referat 511 vermerkte am 14. Oktober 1987: „Krause und Hensel werden seit April 1986 in Saudi-Arabien wegen Forderungen der saudischen Firma Wadi Hanifa gegen ihren Arbeitgeber, die deutsche Firma Tukay, festgehalten. Hensel und Krause sind unbeteiligte Angestellte der Firma Tukay. Bundeskanzler Kohl hat in einem Schreiben vom Mai 1987 an den Hüter der beiden Heiligtümer, König Fahd, um eine baldige Ausreise der beiden Deutschen gebeten. Eine Antwort steht noch aus.“ Vgl. Referat 311, Bd. 140034.

Botschafter Nowak, Riad, teilte am 19. Oktober 1987 mit, der anlässlich der Sitzung der gemeinsamen Wirtschaftskommission in Riad weilende Bundesminister Bangemann habe gegenüber dem saudi-arabischen Wirtschaftsminister al-Khail die „Frage der Ausreiseerlaubnis für in Saudi-Arabien zurückgehaltene Deutsche“ angesprochen und dabei insbesondere den „politischen Aspekt des aktuellen Falles“ betont. Dieser „bleibe unverzüglich zu lösen, wenn die Atmosphäre der Zusammenarbeit auf privatwirtschaftlichem Gebiet nicht gestört werden solle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 578; Referat 311, Bd. 140034.

Am 21. Oktober 1987 berichtete Nowak, die deutliche Kritik an der Ausreiseverweigerung und der „Zahlungsmoral saudischer Stellen und Privatleute“ sei nicht wirkungslos geblieben: „In langwierigen, von saudischen Stellen wie Privatleuten schließlich nachdrücklich unterstützten Bemühungen gelang es, Krause und Hensel zur Ausreise zu verhelfen. Sie befinden sich in der Maschine des Bundesministers.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 588; Referat 311, Bd. 140034.

Referat 511 notierte am 4. November 1987: „Im Fall Krause/Hensel kam die Ausreisegenehmigung nur zustande, nachdem sich der Arbeitgeber der beiden Deutschen zu einer Bankbürgschaft in Höhe der Streitsumme bereit erklärt und ein saudischer Geschäftsmann eine zusätzliche Bürgschaft übernommen hatte.“ Vgl. Referat 311, Bd. 140038.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 13. Januar 1988 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 15. bis 17. November 1987 in Kamerun, am 17./18. November in Mosambik und vom 18. bis 21. November 1987 in Kenia auf. Vgl. dazu auch Dok. 321 und Dok. 324.

Diese beiderseitige Freundschaft habe keine Unterbrechung erfahren. Der Besuch des Bundeskanzlers werde diese Freundschaft weiter vertiefen. Die Beziehungen müßten noch enger gestaltet werden. Er schlage vor, eine direkte Telefonleitung zu installieren, damit er den Bundeskanzler direkt anrufen könne, wenn Probleme entstehen sollten.

Es sei wichtig, daß der Bundeskanzler die Probleme Kenias kennenlerne, damit die Bundesrepublik wie Großbritannien und die Europäische Gemeinschaft Kenia verstehen könnten. Manchmal habe er den Eindruck, daß sie bestraft würden, weil sie ihr Land gut verwaltet hätten und regelmäßig ihre Schulden bezahlen würden. Manchmal seien sie etwas verwirrt, weil sie den Eindruck hätten, daß ihre Freunde Mißwirtschaft belohnen würden, Kenia jedoch, da es gut verwaltet würde, keinerlei Vorzugsbehandlung erfahre.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er den Präsidenten verstehen könne. Er selbst habe gelegentlich einen ähnlichen Eindruck. Wenn die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels zusammenträfen, würden sie jedesmal Hausaufgaben verteilen. Er als Bundeskanzler erledige jedesmal seine Hausaufgaben, andere jedoch nicht. So hätten z.B. die USA ihr Haushaltsdefizit nicht reduziert<sup>3</sup>, dennoch fordern sie die Bundesregierung auf, mehr für die Belebung der Wirtschaft zu tun. In solchen Fällen tröste er sich immer mit dem Gleichnis vom verlorenen Sohn aus der Bibel: Als der verlorene Sohn nach Hause zurückkehrte, wurde ein großes Freudenfeuer entzündet. Das Holz dafür hätten jedoch diejenigen gesammelt, die zu Hause geblieben wären. Er verstehe deshalb die Gefühle des Präsidenten.

Präsident *arap Moi* bedankte sich für das Verständnis des Bundeskanzlers und fügte hinzu, daß er diese Erfahrung auch in der Delegationssitzung wiederholen werde.<sup>4</sup> Er habe den Wunsch, daß der Finanzkredit in eine Warenhilfe umgetauscht werde.<sup>5</sup> Das würde ihnen helfen, ihre Schulden zu bezahlen.

Er wolle jedoch noch weitere Punkte ansprechen. Die Bundesrepublik Deutschland verfüge über ausgezeichnete Hubschrauber. Er selbst müsse viel reisen. Deshalb wäre ein Hubschrauber eine große Hilfe für ihn persönlich. Er brauche einen solchen Hubschrauber nicht für die Armee.

Ein anderer Punkt sei sein Wunsch, einen Teil seiner Armee in der Bundesrepublik Deutschland auszubilden. Es gehe ihm dabei vor allem um Offiziere der verschiedenen Dienstränge. Er sei auch daran interessiert, Sicherheitsperso-

<sup>3</sup> Zum Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 315, Anm. 7.

<sup>4</sup> Botschafter Klaiber, Nairobi, berichtete am 23. November 1987 über das erste Delegationsgespräch am 19. November 1987 nach dem Vier-Augen-Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Moi. Letzterer habe darin einen Schuldenerlaß in Form einer Umwandlung der „zur Verfügung gestellten Kredite in Zuschüsse“ gefordert mit der Begründung, daß es enttäuschend sei, hart zu arbeiten und die Auflagen des IWF und der Weltbank zu erfüllen und hierfür keinen Schuldenerlaß zu erhalten. Überdies habe Moi die „Aufstockung des deutschen Stipendienangebots für ein Studium in Deutschland“ erbetteln. Kohl habe die Leistungen Kenias gewürdig und seine Freude darüber bekundet, „daß das Interesse an der deutschen Sprache in Afrika wachse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 613; Referat 322, Bd. 149936.

<sup>5</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 14. Oktober 1987 wurde festgehalten, daß Kenia zugunsten des Baus einer Straße auf Warenhilfe verzichtet habe. Ferner hieß es: „Der nun vorgetragene Wunsch – gegenüber Botschafter Klaiber – nach Warenhilfe wird kaum zu erfüllen sein, insbesondere nicht nach zusätzlichen Mitteln. Endgültiges dazu kann erst nach Abschluß der Haushaltsberatungen gesagt werden.“ Vgl. Referat 322, Bd. 149936.

nal in der Bundesrepublik ausbilden zu lassen. Außerdem benötige er Deutschlehrer für die Schulen<sup>6</sup> und technische Hilfe.

Der *Bundeskanzler* sagte zu, die Frage des Hubschraubers auf direkter vertraulicher Basis weiterzuverfolgen. Auch die Frage der militärischen Ausbildung und die der Sicherheitskräfte werde er auf dem gleichen Wege beantworten.

Präsident *arap Moi* verwies auf den anwesenden Mitarbeiter *arap-Leting*, der der Kontaktpartner sein solle.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß es ihm sehr daran läge, freundschaftliche Kontakte zu entwickeln. Die Zeiten seien sehr schwierig, und deshalb sei es wichtig, daß man sich persönlich gut kenne. Dies sei auch seine Meinung, und er stimme dem absolut zu, erwiderte *arap Moi*. Sein Ziel sei eine special relationship mit dem Bundeskanzler.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Präsident *arap Moi* ein großer Führer in Afrika sei und ein wichtiges Land repräsentiere. Zwischen beiden Ländern gebe es erfreulicherweise keine Probleme. Deshalb sei es das Normalste in der Welt, daß sie beide enge und freundschaftliche Beziehungen entwickeln würden.

Der Bundeskanzler kam dann auf die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland selbst zu sprechen. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verlaufe positiv. Probleme seien jetzt aufgrund des Dollarverfalls entstanden.<sup>7</sup> Die Bundesregierung habe dagegen versucht, ihre Hausaufgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft zu erledigen. Heute sei die Bundesrepublik die größte Exportnation in der Welt noch vor Japan. Die Exportquote liege bei 35 %. Die Deutschen müßten jedoch hart arbeiten, um diese Position halten zu können. Die Bundesrepublik werde immer im gleichen Atemzug mit den USA und Japan genannt. Es werde dabei vergessen, daß die USA über eine viermal größere und Japan über eine zweimal größere Bevölkerungszahl verfügten. Dies bedeute für die Bundesrepublik, daß ihre Bürger früher aufstehen müßten, vor allem auch deshalb, weil die Bundesrepublik die niedrigste Geburtenrate der Welt hätte und die Menschen immer älter würden. So habe es 1950 ca. 200 000 Menschen gegeben, die über 80 Jahre alt gewesen seien. Heute seien es über 2 Millionen Menschen. Was essen sie denn, warf Präsident *arap Moi* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß diese Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wichtige Konsequenzen für die Gesundheitsvorsorge, für das Sozialsystem wie für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt hätte. Dennoch handele es sich um lösbarre Probleme. Allerdings habe die Bundesrepublik 10 bis 15 Jahre verschlafen. Vor fünf Jahren habe er begonnen, Veränderungen einzuleiten.

Er habe vor allem der Forschungspolitik eine besondere Bedeutung zugemessen, weil die Bundesrepublik Deutschland ein armes Land sei, was eigene Ressourcen

<sup>6</sup> Botschafter Klaiber, Nairobi, informierte am 23. Oktober 1987, daß die Bundesrepublik „ein angesehener und gesuchter Partner bei den kulturpolitischen Bemühungen Kenias“ sei. Deutsch werde „seit Januar 1987 an zwölf kenianischen Oberschulen unterrichtet“, wobei eine „Ausweitung des Deutschunterrichts auf bis zu 20 Oberschulen [...] von kenianischer Seite gewünscht“ werde: „Mit der Ausbildung von ken. Deutschlehrern an den beiden Universitäten in Nairobi und durch Fortbildungskurse/Stipendien von Goethe-Institut und DAAD in Deutschland wurde begonnen. Die Errichtung einer Ausbildungsbereitung für kenianische Deutschlehrer an der Kenyatta University ist geplant.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; Referat 322, Bd. 149936.

<sup>7</sup> Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

beträfe. Die Bundesrepublik verfüge nur über Kohle, und die sei nicht immer ein Vorteil. Der eigentliche Schatz der Bundesrepublik seien ihre Menschen, die sich durch Fleiß, hohe Ausbildung, auszeichneten. Die Konzentration auf die Forschung bedeute deshalb Vorsorge für die Zukunft. 1987 würden von staatlicher und privater Seite 59 Milliarden DM für die Forschung ausgegeben. Dies sei die einzige Möglichkeit, eine internationale Spitzenposition in wichtigen Bereichen zu halten.

Der Bundeskanzler kam im Anschluß daran auf die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft zu sprechen. Die Europäische Gemeinschaft stünde vor wichtigen Entscheidungen. Das Ziel sei, bis 1992 den Binnenmarkt zu verwirklichen.<sup>8</sup> Er werde 340 Millionen Menschen umfassen und damit der größte Wirtschaftsraum der Welt sein. Eine solche Entwicklung sei auch von besonderer Bedeutung für Afrika. Dies gelte selbstverständlich für die Bundesrepublik selbst. Sie sei das stärkste Land innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Dort gebe es noch eine Reihe von Problemen aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten. Dies gelte z.B. besonders für Portugal. Man müsse jedoch wissen, daß die europäischen Staaten 300 Jahre gegeneinander gearbeitet hätten. Jetzt würden diese Staaten seit 30 Jahren versuchen, immer enger zusammenzuarbeiten. Der Präsident wisse ja auch von seinen Erfahrungen in Afrika selbst, daß man nicht alles innerhalb einer Generation verändern könne.

Das Kernstück der europäischen Politik stelle die deutsch-französische Zusammenarbeit dar. Zwischen beiden Ländern habe es eine Feindschaft gegeben, die zwei Weltkriege ausgelöst habe. Heute seien die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik von einer engen Freundschaft geprägt, wie es sie nie zuvor gegeben habe. Am 22. Januar 1988 werde man gemeinsam den 25. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages begehen, der von Konrad Adenauer und de Gaulle vereinbart worden sei.<sup>9</sup> Bei diesem Anlaß werde man ein gemeinsames Abkommen über engere militärische Zusammenarbeit und über eine gemeinsame Sicherheitspolitik vereinbaren.<sup>10</sup> Dieses Ergebnis sei vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Dies gelte auch für die Entscheidung, eine integrierte deutsch-französische Brigade aufzustellen.<sup>11</sup> Außerdem beabsichtige man, die Generalstabsoffiziere beider Länder für eine bestimmte Zeit gemeinsam auszubilden. Dies alles stelle eine gewaltige Veränderung in den beiderseitigen Beziehungen dar.

Ein Problem stelle die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Ländern der Europäischen Gemeinschaft dar. Auch die Vorstellung, wie rasch sich die europäische Integration entwickeln solle, sei in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich. Großbritannien beispielsweise ziehe eine langsamere Entwick-

<sup>8</sup> Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDES-GESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.  
Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen.  
Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>10</sup> Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.

<sup>11</sup> Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

lung vor. Mrs. Thatcher habe Probleme, die Integration rasch voranzutreiben. Für sie sei es schwer vorstellbar, daß London nicht länger der Nabel der Welt sei. Man müsse jedoch erkennen, daß sich in der internationalen Politik neue Zentren entwickeln. Wenn die Europäer sich nicht zusammenschließen, werden sie im nächsten Jahrhundert in der internationalen Politik keine Rolle mehr spielen.

Die entscheidenden Mächte werden dann die USA, die Sowjetunion und die Volksrepublik China sein. Präsident *arap Moi* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß der Aufbau Europas auch für Afrika wichtig sei. Ein starkes Europa habe auch große Bedeutung für ein starkes Afrika und für die Entwicklung einer engen Nachbarschaft. Dies sei korrekt, fügte *arap Moi* hinzu.

Der *Bundeskanzler* wandte sich den Ost-West-Beziehungen zu. Diese seien in Bewegung gekommen. Die Sowjetunion befindet sich heute in einer besonderen Lage: Einerseits sei sie militärisch so stark wie nie zuvor, andererseits sei sie wirtschaftlich nur eine Mittelmacht. Sie sei ein Riese, der auf tönernen Füßen stünde. Die Vorgänger von Generalsekretär Gorbatschow seien nicht in der Lage gewesen, grundsätzliche Veränderungen einzuleiten. Heute sei die Sowjetunion mit enormen Rüstungslasten konfrontiert. Die sowjetische Wirtschaft stagniere nicht nur, sie falle immer mehr zurück. Heute gebe es bereits drei Länder innerhalb des Warschauer Paktes, die im Pro-Kopf-Einkommen die Sowjetunion bereits überholt hätten. Dies gelte für Ungarn, die DDR, sogar für Bulgarien.

Gorbatschow versuche jetzt, Reformen einzuleiten. Man müsse sie ernst nehmen, auch wenn er über die möglichen Ergebnisse skeptisch sei. Gorbatschow befindet sich in einer schwierigen Lage, weil er ein ineffektives System effektiv machen wolle. Im Prinzip sei jedoch ein kommunistisches System von Natur aus ineffektiv. Die Menschen würden seit Adam und Eva aus zwei Motiven handeln: aus ideellen Gründen sowie aus materiellen. Diese Eigenschaft der Menschen verleugne der Kommunismus. Gorbatschow müsse jetzt versuchen, das System zu ändern. Dafür blieben ihm drei bis fünf Jahre. Das Ergebnis könne man jedoch nicht vorhersehen.

Diese Politik Gorbatschows bestimme auch die Abrüstungsverhandlungen. Der Westen müsse jetzt jede Chance wahrnehmen. Voraussetzung dafür bliebe jedoch, daß man nüchtern bleibe und keinen Illusionen nachlaufe. Die Kräftebalance zwischen West und Ost müsse garantiert bleiben. Die Sicherheit müsse nach erfolgter Abrüstung größer und nicht geringer sein. Jetzt gebe es eine Chance für wirkliche Abrüstung. Das Treffen Präsident Reagans mit Generalsekretär Gorbatschow werde dafür entscheidend sein.<sup>12</sup> Die Bundesregierung unterstütze ein solches INF-Abkommen. Präsident Reagan sei ein nüchterner Politiker und loyaler Freund. Dennoch müsse man wissen, daß die USA jetzt vor Wahlen stünden<sup>13</sup> und sich wie ein Patient mit Fieber verhalten können. Die USA gingen jetzt einer unsicheren Phase entgegen. Dies zeige auch ihre Budgetpolitik.

<sup>12</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>13</sup> Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Die vor uns liegende Periode biete eine Chance für eine friedliche Entwicklung. Schon heute sei vorauszusehen, daß in zehn bis fünfzehn Jahren der Nord-Süd-Konflikt von größerer Bedeutung sein werde als der West-Ost-Konflikt. Die Probleme der internationalen Verschuldung<sup>14</sup> wie des weltweiten Hungers deuten darauf hin. Der Präsident habe recht, wenn er darauf hinweise, daß eine Reihe von Ländern der Dritten Welt aufgrund ihrer eigenen Mißwirtschaft in eine solche Lage geraten sei. Mangelnde Fähigkeiten wie auch ideologische Einseitigkeiten hätten dazu beigetragen. Es sei wichtig, die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zu vertiefen. Aus diesem Grunde sei er auch nach Afrika gekommen, um ein Land wie Kenia kennenzulernen und Probleme, wie sie sich aus der Politik Südafrikas ergeben. Gestern sei er noch in Mosambik gewesen.

Präsident *arap Moi* sprach dem Bundeskanzler seinen herzlichen Dank für den Bericht über die Bundesrepublik Deutschland und über die West-Ost-Beziehungen aus. Alles, was der Bundeskanzler gesagt habe, sei auch für die Lage in Afrika richtig. Die West-Ost-Beziehungen könnten jederzeit auf Afrika übergreifen. Sie bräuchten deshalb in den West-Ost-Beziehungen Stabilität und ein Gleichgewicht der Kräfte. Dies würde auch Afrika helfen.

Kenia habe 1963 seine Unabhängigkeit erreicht. Sie hätten auf der Grundlage ihrer afrikanischen Werte einen afrikanischen Sozialismus verfolgt. Eine andere Politik als ihr „way of life“ sei für sie nicht möglich. Sie hätten sich trotz der wirtschaftlichen Probleme und der Streitigkeiten innerhalb des eigenen Landes entwickelt. Diese Probleme seien heute weitgehend überwunden. Das Land sei geeint. Vieles, was darüber in der Presse berichtet werde, treffe nicht zu. Es gebe in Kenia Kirchen. Keine davon jedoch dominiere. Präsident *arap Moi* verwies auf die sozialen Unruhen in Südamerika, die ihren Ursprung vor allem in der Dominanz der Kirche und in der Vermischung von Staat und Kirche hätten. In Kenia seien die katholischen und protestantischen Kirchen wichtig. Die lutherische sei stärker, weil sie differenzierter sei. Sie würden jedoch harmonisch zusammenarbeiten.

Die Probleme Kenias seien vor allem auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuführen. Sie hätten verstanden und eingesehen, daß das Wachstum der Bevölkerung ein besonderes Problem darstelle. Er setze sich als Politiker persönlich für die Familienplanung ein. Alle würden dies verstehen. Ihre Politik der Familienplanung beginne, allmählich Erfolg zu haben. Sie würden in einzelne Distrikte und vor allem in die ländlichen Gebiete gehen.

Die Regierung hätte in den Distrikten zentrale Punkte für die Entwicklung eingerichtet. Die Zentralregierung entscheide längst nicht alles. Das Land sei in acht Provinzen mit 42 Distrikten aufgeteilt. Innerhalb der Distrikte gebe es Entwicklungsausschüsse, die die Prioritäten für ihre Entwicklung selbst entscheiden würden.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, wie es gelungen sei, die verschiedenen Stämme zu integrieren. Dies sei sehr unterschiedlich erfolgt, erwiderte Präsident *arap Moi*. Es gebe Distrikte, in denen nur ein Stamm leben würde. In anderen Distrikten gebe es mehrere Stämme. Manchmal heiße es, daß er einem Minderheitenstamm angehöre. Dieser Stamm umfasse jedoch mehr als drei

<sup>14</sup> Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.

Millionen Angehörige. Er selbst komme aus Baringo. In den Jahren seiner Präsidentschaft hätte er Mitarbeiter aus verschiedenen Stämmen gehabt. Seine Heimatprovinz gehöre zu den reichsten Gebieten Kenias. Seine Provinz versorge Kenia mit Nahrungsmitteln.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, wie stark heute noch die Stammesbindung sei. Der *Präsident* antwortete, daß er seinen Stamm nicht für ein und alles halte. Die Stammesbindung sei eine Gefahr für Afrika. In Mosambik und Angola seien die bestehenden Probleme darauf zurückzuführen, daß die verschiedenen Stämme nicht zusammenarbeiten würden. In Kenia sei dieses Problem weitgehend ausgestorben. Immer mehr junge Menschen würden über die Stammesgrenzen hinaus heiraten. Nach seiner Einschätzung würde nur noch rund 1% der Bevölkerung in Kenia in starkem Maße an Stammesbindungen festhalten. Deshalb würden sie ihre Politik, diese Stammesgrenzen zu überwinden, nicht forcieren.

Kenia stelle eine Insel des Friedens dar. Im Nachbarland Uganda herrsche seit 1966 ein Chaos. Die Lage habe sich nicht beruhigt. Das Land sei von Stammesaffären geprägt. Die Stämme würden sich gegenseitig töten. Er habe versucht, die widerstreitenden Stämme wieder zusammenzuführen. Deshalb habe er ein Abkommen entworfen, um zu einer Befriedung beizutragen. Die jetzigen Führer Ugandas hätten jedoch seinen Vorschlag beiseite geschoben.<sup>15</sup> Jetzt seien sie erneut an ihn herangetreten. Er wüßte jedoch nicht, ob er helfen könne. Er würde jetzt ständig Botschaften aus Uganda erhalten. Er könne jedoch nur eine Politik verfolgen, die die Menschen akzeptieren können.

Die Afrikaner müßten erkennen, daß die Einheit in ihrem Interesse sei. Man müsse wissen, daß die Ideologien immer nur von außen kämen. Ideologien hätten Afrika gespalten und Chaos bewirkt. Wenn sie jedoch eine Politik verfolgen würden, die von den Menschen akzeptiert werde, ginge alles gut.

Viele außerhalb Afrikas würden glauben, daß Afrika diese Stammeszugehörigkeiten brauche. Sender wie BBC, die Deutsche Welle, Voice of America – sie alle sprechen immer von unterschiedlichen Stämmen. Sie sollten jedoch verstehen, daß sie eine Einheit seien. Das Kabinett in Kenia setze sich aus Angehörigen verschiedener Stämme zusammen. Sie würden nicht einmal mehr darüber reden. Dies wachse sich aus, und nach einiger Zeit würde man nicht mehr darüber sprechen, woher der einzelne komme. Dann könnten sich die Menschen im Lande auch frei bewegen.

Er würde immer gefragt, warum Kenia am Einparteiensystem festhalte. Er wolle dem Bundeskanzler mit allem Ernst sagen, daß die bestehenden Stammesunterschiede vor allem auch in der Kolonialzeit gefördert worden seien. Würde man

<sup>15</sup> Botschafter Klaiber, Nairobi, berichtete am 4. November 1987: „Seit dem Amtsantritt Präsident Musevenis in Uganda Anfang 1986 hat sich das kenianisch-ugandische Verhältnis verschlechtert. Präsident Moi, der bei den Nairobi-Friedensgesprächen Ende 1985 zwischen dem damaligen Rebellenführer Museveni und der Okello-Regierung sein ganzes Prestige als Vermittler eingesetzt hatte, war bitter enttäuscht, daß Museveni kurz darauf mit der Einnahme Kampalas im Widerspruch zu den Nairobi-Vereinbarungen Präsident Mois Bemühungen zur Makulatur hat werden lassen. Präsident Moi hegt seitdem persönlich großes Mißtrauen gegenüber seinem mit militärischen Mitteln an die Macht gelangten Nachbarn Museveni. Seit dem Treffen anlässlich des Regionalgipfels in Kigali Ende 1985 weigert er sich, mit Museveni überhaupt zusammenzutreffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 533; Referat 322, Bd. 149936.

ein Mehrparteiensystem einführen, so hätte man, soweit er Afrika kenne, nur noch Stammesparteien und keine Integration. Durch die Bildung einer Einheitspartei seien sie letztlich demokratischer als jede Stammespartei. In Kenia gebe es bis zu sieben Kandidaten für ein Mandat. Dies sei die einzige Möglichkeit, Stammesdenken zu überwinden. Der Bundeskanzler habe mit Recht davon gesprochen, daß es Europa nicht möglich sei, in zwanzig Jahren ihre gemeinsame Geschichte von über dreihundert Jahren zu überwinden.

Der *Bundeskanzler* stimmte zu, daß es ein Fehler sei, daß die Europäer ihr Denken häufig auf andere Länder übertragen würden. Präsident Chissano von Mosambik habe ihm erzählt, daß er einer von drei schwarzen Schülern in einer Schule von tausend weißen Schülern gewesen sei. Eine solche Erfahrung müsse Folgen haben.

Die Deutschen hätten erst 1870 eine Zentralregierung erhalten, dennoch gebe es auch heute noch große Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland. Er wisse, daß auch für die Entwicklung in Afrika viel Zeit erforderlich sei.

Präsident *arap Moi* fügte hinzu, daß selbst England noch solche Unterschiede zwischen den Provinzen kenne, z. B. Wales, Schottland u. a. Die Traditionen in Europa seien achthundert bis zwölphundert Jahre alt. Die Menschen in Europa seien sich trotz ihrer Streitigkeiten ihrer nationalen Identität bewußt. Wie sollten aber die Menschen in Afrika ihre nationale Identität verstehen lernen? In Kenia hätten sie das Stammesdenken durch die Bildung der Einheitspartei reduziert. Vielleicht sei es in fünfzig Jahren möglich, eine Entscheidung über die Gründung mehrerer Parteien innerhalb einer Nation zu treffen.

Der *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß es 1930 in Deutschland dreißig Parteien gegeben hätte. Die Folge davon sei der Erfolg des Nationalsozialismus gewesen. Heute gebe es in der Bundesrepublik Deutschland vier Parteien. Die Bevölkerung wünsche nicht mehr Parteien. Damit habe man Stabilität in der Bundesrepublik erreicht.

Präsident *arap Moi* unterstrich noch einmal, daß sich die Afrikaner der Probleme bewußt seien. Hier in Kenia sei es ruhig und friedlich. Er wolle auch der Bundesregierung für ihre Unterstützung danken.

Der Bundeskanzler habe von dem Schatz der Bundesrepublik in der Form ihrer Menschen und ihrer Fähigkeiten gesprochen. Wenn es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg diesen Schatz nicht gegeben hätte, hätten die Deutschen trotz des Marshall-Planes<sup>16</sup> nicht das erreicht, was sie heute erreicht haben.

Darin bestünde eines seiner Probleme innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, ergänzte der *Bundeskanzler*. Wenn die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft beim Kamingespräch zusammensäßen und der Präsident der Kommission, Delors, seinen Bericht über die Lage in den einzelnen Ländern und

<sup>16</sup> Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshall-Plan“ genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

deren wirtschaftliche Entwicklung gebe, spreche er stets zuletzt über die Bundesrepublik. Und dies verbreite nicht nur Freude. Vor vierzig Jahren hätten die Deutschen ganz von vorne beginnen müssen, heute seien sie jedoch wieder da. Die Arbeit der Menschen sei der Schatz des Landes gewesen. Dreizehn Millionen Flüchtlinge hätten eingegliedert werden müssen. Sie hätten nichts besessen, also hätten sie hart gearbeitet. Dies sei Reichtum, warf Präsident *arap Moi* ein.

Kenia sei heute ein geeintes Volk. Deutschland, Großbritannien und Frankreich als Freunde sollten dies verstehen. Er würde es gerne sehen, daß die Freunde Kenias der Welt beweisen würden, daß ein Land wie Kenia seine Probleme lösen könne. Sie hätten jeder Ideologie widerstanden, im Gegensatz zu anderen wie Tansania oder Sambia, das eine bestimmte Form des Humanismus verfolgt habe. In Mosambik und Angola habe die Sowjetunion ihren Einfluß ausgeübt. In Uganda herrsche Chaos.

1975 seien die Führer von Angola zu ihm nach Kenia gekommen. Kenyatta habe damals mit ihnen gesprochen. Er selbst sei bei diesem Gespräch dabei gewesen. Sie hätten darüber gesprochen, wie sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen könnten. Ihre Gesprächspartner hätten jedoch in Angola ohne Wahlen die Macht übernommen und Savimbi gezwungen, einen Teil des Landes zu übernehmen. Machel hätte versucht, sich von der Ideologie zu lösen. Leider sei er jedoch gestorben.<sup>17</sup> Er habe ihn gekannt. Präsident Chissano kenne er dagegen nicht. Er wisse, daß die RENAMO vor allem aus Brasilien unterstützt werde. Es handele sich dabei um ehemalige Grundbesitzer aus Mosambik. Südafrika sehe es sehr gerne, daß diese Kräfte die RENAMO unterstützen würden.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß Präsident Chissano sich ebenfalls öffnen wolle. Dies sei für ihn jedoch schwierig.

Präsident *arap Moi* erklärte, daß sie Kontakte mit Katholiken in Mosambik und mit der RENAMO aufgenommen hätten, um Gespräche mit Präsident Chissano zustande zu bringen. Er wolle eine Amnestie erlassen, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Dies sei ihm bekannt, erwiderte Präsident *arap Moi*. Er wisse jedoch nicht, ob die Leute Präsident Chissano vertrauen würden. Nyerere habe zwölftausend Soldaten geschickt. Von Simbabwe seien ebenfalls zwölftausend Soldaten zur Unterstützung von Präsident Chissano nach Mosambik entsandt worden. Sie kontrollieren drei Viertel des Landes. Die Führung in Mosambik ignoriere jedoch ein Problem: Es gebe zahlreiche Stämme, die nie einen Zusammenhalt gekannt hätten. Deshalb bestünde dieses Mißtrauen. Am besten wäre es, mit allen diesen Stämmen zu sprechen. Er habe Präsident Chissano alles erklärt und ihn aufgefordert, die Stämme in die Partei und in die Nationalversammlung aufzunehmen. Und Südafrika müsse seine Destabilisierungspolitik beenden, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Absolut, fuhr der *Präsident* fort.

Die Probleme in Mosambik und Angola könnten erst dann gelöst werden, wenn man miteinander spreche und sich einige und dann die Gespräche mit Südafrika aufnehme.

<sup>17</sup> Präsident Machel kam am 19. Oktober 1986 bei einem Flugzeugabsturz in Südafrika ums Leben.

Im Falle von Angola handele es sich um eine globale Angelegenheit, in die die Russen, die Amerikaner, die Kubaner und Südafrika verwickelt seien. Alle ausländischen Truppen müßten Angola verlassen, damit Präsident dos Santos und Savimbi miteinander sprechen könnten. Auch Präsident Chissano müsse dies tun. Erst dann könne eine innere Befriedung möglich werden. Wenn diese erreicht sei, könnten sich diese Länder dann mit Südafrika befassen. Dann würde Südafrika die Probleme bekommen. Gegenwärtig würden jedoch die globalen Aspekte mit den inneren Problemen verknüpft.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, ob er Kontakte zu Südafrika habe. Bisher habe es keine Kontakte gegeben. Er habe jedoch erklärt, wenn Südafrika Mandela freilasse, könnten sie zu Besprechungen nach Nairobi kommen.

Der *Bundeskanzler* schloß die Frage an, ob der Präsident Kontakte zum ANC habe. Präsident *arap Moi* erwiderte, daß der ANC Unterstützung von der Basis erhalte. Es wäre falsch, ANC zu ignorieren. Wenn sich die Dinge in Südafrika positiv entwickeln sollen, müsse der ANC anerkannt werden, damit er nicht eine Politik der Gewalt verfolge. Alle Parteien in Südafrika seien wichtig. Sie würden die Weißen nicht hassen, jedoch helfe dieses System in Südafrika niemandem, weder den Weißen noch den Schwarzen. Es sei ein borniertes System, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Der *Präsident* fuhr fort, daß es jetzt notwendig sei, Lösungen zu suchen. Insbesondere müsse eine bestimmte Regierungsform gefunden werden.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß es entscheidend wäre, Garantien sowohl für die Weißen wie für die Farbigen und für die Schwarzen zu erreichen. Niemand traue jedoch dem anderen. Präsident *arap Moi* bestätigte dies.

Es sei jetzt notwendig, gemeinsam eine Regierungsform auszuhandeln, die solche Garantien enthalte und zu einer inneren Befriedung führe. Wenn jedoch die Weltpolitik mit den inneren Angelegenheiten Südafrikas vermischt würde, entstünden daraus noch viele Probleme.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er sich in Südafrika in starkem Maße engagiert habe, um zu Lösungen beizutragen. Er habe dies jedoch weniger öffentlich als diskret getan. In Europa gebe es im Zusammenhang mit Südafrika viel Heuchelei. Dies habe man vor allem bei der Debatte über Sanktionen gegen Südafrika<sup>18</sup> erleben können. Solche Sanktionen hätten jedoch nur die armen Leute in Südafrika bezahlen müssen. Beispielsweise habe man die Sanktion erlassen, daß der Krügerrand nicht mehr importiert werden dürfe.<sup>19</sup> Heute werde er in der Schweiz geprägt und verkauft. Auf dem Europäischen Gipfel in Den Haag habe es Auseinandersetzungen über die Frage der Sanktionen gegeben.<sup>20</sup> Sie seien jedoch an seiner Haltung gescheitert. Er sehe größeren Sinn darin, zur beruflichen Ausbildung von Schwarzen in Südafrika beizutragen. Er habe einen solchen Vorschlag eingebracht. Er sei jedoch der einzige gewesen, der zu finanziellen Leistungen bereit gewesen sei.

<sup>18</sup> Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

<sup>19</sup> Auf der EG-Ministerratstagung am 27. Oktober 1986 in Luxemburg wurde eine Verordnung erlassen, mit der die Einfuhr von Goldmünzen aus Südafrika in die Gemeinschaft ausgesetzt wurde. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1986, S. 86.

<sup>20</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 181.

Präsident *arap Moi* wies in diesem Zusammenhang auch auf die Problematik in den Frontstaaten<sup>21</sup> hin. Auch sie müßten im Auge behalten werden. Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

**324**

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma**

**19. November 1987<sup>1</sup>**

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Mosambik-Aufenthalt des Bundeskanzlers<sup>3</sup>

Der Drahtbericht Nr. 282 aus Maputo vom 18.11.1987 (s. Anlage<sup>4</sup>) bestätigt die Befürchtung, die wir schon vor der Reise hatten: Der Bundeskanzler hat sich

<sup>21</sup> Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 19. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 22. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Besorgnisse von Dg 32 sind leider nur zu berechtigt. Ich werde das auch mit BK aufnehmen. Nicht nur die Reputation des Botschafters gebietet seine Teilnahme, sondern auch seine Sachkunde, an der es bei den Beteiligten fehlt.“

Hat Ministerialdirigent Sulimma am 15. Juni 1990 erneut vorgelegen, der für Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich vermerkte: „Obwohl das erst jetzt zu mir kam, ist BM-Reaktion doch auch jetzt noch wichtig.“

Hat Schlagintweit am 19. Juni 1990 vorgelegen.

Hat Sulimma am 20. Juni 1990 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Schmidt und Simon sowie Vortragende Legationsrätin I. Klasse Gräfin Strachwitz „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]<sup>4</sup>“ verfügte.

Hat Schmidt vorgelegen.

Hat Simon am 25. Juni 1990 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Bolewski in Vertretung von Strachwitz am 26. Juni 1990 vorgelegen.

Hat Strachwitz am 27. Juni 1990 vorgelegen.

Hat Sulimma am 28. Juni 1990 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Ministerialdirigenten Henze und Zeller verfügte.

Hat Henze am 28. Juni 1990 vorgelegen.

Hat Zeller vorgelegen.

<sup>2</sup> Jürgen Sudhoff.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 17./18. November in Mosambik auf. Für das Gespräch mit Präsident Chissano vgl. Dok. 321.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Nölle, Maputo, bewertete den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Mosambik als „bedeutenden Impuls“ für die bilateralen Beziehungen, der neue Perspektiven eröffne. Zudem teilte er mit, daß ihm über das Vier-Augen-Gespräch zwischen Kohl und Chissano „inhaltlich nichts bekannt“ sei, da weder er noch Ministerialdirektor Schlagintweit zu dem Gespräch hinzugezogen worden seien. Lediglich bei der „Eröffnung des Gesprächs nahmen für einige Minuten die beiden offiziellen Delegationen teil“. Vgl. Referat 320, Bd. 155860.

offensichtlich geweigert, zu dem Gespräch mit Präsident Chissano unseren Botschafter in Mosambik<sup>5</sup> mitzunehmen.

Die Abwertung, die ein Botschafter in Afrika (wie in anderen Ländern der Dritten Welt) erfährt, wenn sein Kanzler ihn nicht zu einem Gespräch mit dem Präsidenten des Landes, in dem er akkreditiert ist, hinzuzieht, liegt auf der Hand. Es ist zu befürchten, daß dies sehr negative Auswirkungen auf die Bereitschaft der führenden Persönlichkeiten Mosambiks, mit dem deutschen Botschafter zu sprechen, haben wird. Für Präsident Chissano könnte das ein Zeichen sein, daß der Botschafter nicht das Vertrauen seines Kanzlers genießt.

Selbst bei einem Gespräch „unter vier Augen“ gibt es einen Note-taker. Dieser müßte in einem solchen Fall dann eben der Botschafter sein.

Die in Maputo geübte Praxis sollte sich nicht wiederholen. Im Vorfeld des Besuchs hatte D 3<sup>6</sup> schon versucht, auf das Kanzleramt einzuwirken; möglicherweise ist das auf dem Flug noch ergänzend geschehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Absicht, selbst mit dem Kanzleramt hierüber zu sprechen, verwirklichen würden.

gez. Dr. Sulimma

**Referat 320, Bd. 155860**

<sup>5</sup> Wilfried Nölle.

<sup>6</sup> Reinhard Schlagintweit.

325

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein

431-370.48

19. November 1987

Über Dg 43<sup>1</sup> und D 4<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> zur Information

Betr.: Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen;  
hier: Irakischer Angriff auf das im Bau befindliche iranische KKW Bushehr  
am 17. November 1987<sup>4</sup>

1) Ein Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen wurde erstmals in den Zusatzprotokollen I und II von 1977 zu den Genfer Konventionen vom 12. August 1949 ausgesprochen.<sup>5</sup> Artikel 56 (ZPI) bzw. Artikel 15 (ZPII) postulieren: „Anlagen oder Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten, nämlich ... Kernkraftwerke, dürfen auch dann nicht angegriffen werden, wenn sie militärische Ziele darstellen, sofern ein solcher Angriff gefährliche Kräfte freisetzen und dadurch

<sup>1</sup> Wiegand Pabsch.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Pabsch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek am 19. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat den Staatssekretären Sudhoff und Lautenschlager am 19. November 1987 vorgelegen.

Hat Lautenschlager am 21. November 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister zur Kenntnis (wegen des aktuellen Vorgangs sofort); Abteilungen 2+5 sollen danach ggf. ergänzend sich äußern.“

Hat Bundesminister Genscher am 21. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte, eine unverzügliche Initiative vorzubereiten. Wieder[Vorlage] 30.11.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] W[eis]s[un]g BM.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Lautenschlager und Sudhoff „im Rücklauf“ verfügte.

Hat Lautenschlager am 24. November 1987 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 24. November und erneut am 25. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 43, 431, b[itte] zu Hausbesprechung mit 2, 2 A, 5 einladen; wir sollten in der Zuständ[ig]keitsfrage offen sein.“

Zum Fortgang vgl. die Aufzeichnung von Jelonek; Dok. 344.

<sup>4</sup> In der Presse wurde berichtet: „Iran hat sich nach Angaben der Internationalen Atomenergieagentur (IAEO) nach den irakischen Luftangriffen auf das noch nicht fertiggestellte Kernkraftwerk Bushehr mit der Bitte um Hilfe an die Organisation gewandt. [...] Bei dem Luftangriff am Dienstag sind elf Menschen ums Leben gekommen, darunter ein deutscher Ingenieur. Ob Radioaktivität bei der Bombardierung freigesetzt wurde, wurde von iranischer Seite nicht mitgeteilt. [...] Die Iraner hatten im März bekanntgegeben, daß spaltbares Material in die Anlage gebracht worden sei. Mit der Mitteilung war die Warnung verbunden, daß weitere Bombardierungen durch die Iraker zu den gleichen radiologischen Folgen wie Tschernobyl führen könnten. Das Atomkraftwerk Bushehr, dessen Fertigstellung nach der iranischen Revolution im Jahre 1979 verschoben wurde, war zwischen März 1984 und Juli 1986 schon viermal von den Irakern bombardiert worden.“ Vgl. den Artikel „Der Irak bombardiert Atomkraftwerk/Teheran bittet Wiener IAEO um Hilfe“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. November 1987, S. 2.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.

Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorberhalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung verursachen kann.“ Die Bundesrepublik Deutschland hat beide Protokolle gezeichnet, aber noch nicht ratifiziert.<sup>6</sup> Der Irak hat sie weder unterzeichnet noch ratifiziert, so daß ihm daraus keine Verpflichtungen erwachsen.

Diese kriegsvölkerrechtlichen Regelungen wurden jedoch in der Folgezeit zunehmend als unbefriedigend empfunden, weil sie sehr eingeschränkt nur auf (im englischen Text noch deutlicher) „nuclear electrical generating<sup>7</sup> stations“ anwendbar waren. Besonders der israelische Angriff auf den noch im Bau befindlichen irakischen Osirak-Reaktor<sup>8</sup> und später auch die irakischen Angriffe auf die Baustelle in Bushehr/Iran machten die Unzulänglichkeit dieser Regelung deutlich, vor allem auch in Fällen, in denen sich die Beteiligten nicht formell im Kriegszustand befinden. Am wichtigsten aber erschien es, den Kreis der zu schützenden Anlagen über Kernkraftwerke hinaus auch auf Brennelemente-Zwischenlager, Wiederaufarbeitungsanlagen, Atommülldeponien etc. zu erweitern.

Die Interpretation der Bundesrepublik Deutschland, daß sich ein derartiges Verbot von Angriffen auf Kernanlagen bereits aus allgemeinem Völkerrecht (Übermaßverbot) ergebe, wird von der internationalen Staatengemeinschaft nicht allgemein geteilt, so daß man hier nicht von gesichertem allgemeinen Völkerrecht sprechen kann.

2) 1980 nahm Schweden die Diskussion im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz auf und unterbreitete einen Vorschlag, nach dem das Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen mit dem Verbot radiologischer Waffen zu einem gemeinsamen Vertrag verschmolzen werden sollte. Die Frage wurde jahrelang im Ad-hoc-Ausschuß der Abrüstungskonferenz diskutiert. Widerstände entwickelten sich dort einmal grundsätzlich gegen eine zukünftige Konvention über den Schutz von kerntechnischen Anlagen vor Angriffen, aber auch gegen eine Verbindung einer derartigen Konvention mit einem Verbot radiologischer Waffen im engeren Sinne. Darüber hinaus tauchten eine ganze Reihe von Definitionsfragen auf, die mit den anderen Problemen zusammen einen wirklichen Fortschritt bei der Abrüstungskonferenz bisher verhinderten.

3) In der IAEA stand das Thema seit 1983 auf der Tagesordnung jeder Generalkonferenz. Bisher beschränkten sich die jeweiligen Resolutionen auf eine Verurteilung von Angriffen auf Nuklearanlagen und die Aufforderung an die Mitgliedsländer, alles zu einer Vermeidung von solchen Angriffen zu tun, um damit zur sicheren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie beizutragen. In den Berichten des Generaldirektors<sup>9</sup> an die Generalkonferenz wurde jeweils auf die Diskussion bei der Abrüstungskonferenz verwiesen.

<sup>6</sup> Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.  
Zur Ratifizierungsdebatte vgl. Dok. 48.

<sup>7</sup> Die Wörter „nuclear electrical generating“ wurden von Staatssekretär Sudhoff durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „d. h. in Betrieb befindliche“.

<sup>8</sup> Die Wörter „israelische Angriff“ und „Osirak-Reaktor“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses Thema war auch Gegenstand von Diskussionen (u. Resolutionen) in der GV der VN.“

Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

<sup>9</sup> Hans Blix.

4) Wir haben bisher stets die Haltung eingenommen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland der Diskussion eines entsprechenden Abkommens im Kreise der IAEO nicht verschließen sollte. Hierfür spricht, daß eine Gleichsetzung von radiologischen Waffen und zivilen kerntechnischen Anlagen, wie dies gegenwärtig in Genf der Fall ist, im Hinblick auf die innenpolitische Diskussion wenig wünschenswert ist. Zum anderen stellt jeder Angriff auf eine von der IAEO kontrollierte zivile Nuklearanlage, der in der Regel damit gerechtfertigt wird, daß von dieser Anlage eine militärische Bedrohung für den Angreifer ausgehe, die Glaubwürdigkeit des NV-Sicherungssystems der IAEO und die Autorität der Organisation in Frage.

Andererseits ist für uns von geringerer Bedeutung, wo die Diskussion stattfindet, wenn dabei nur Fortschritte in Richtung auf einen Vertrag zum Schutz kerntechnischer Anlagen vor militärischen Angriffen zu verzeichnen wären. Im Hinblick auf den Widerstand einiger Staaten gegen die Diskussion dieses Themas im Rahmen der IAEO<sup>10</sup> scheint es deshalb zur Zeit aussichtsreicher, diese Angelegenheit im Rahmen der Abrüstungskonferenz in Genf weiterzuverfolgen.

5) Dabei wird aber die IAEO bei der Bewältigung der entstandenen Definitions- und Verifikationsprobleme wichtige Hilfestellung leisten müssen. Noch ist fraglich, ob sämtliche kerntechnischen Anlagen oder nur solche geschützt werden sollen, die ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Vieles spricht dafür, sämtliche Anlagen zu schützen, da die enge Verbindung zwischen zivilem und militärischem Kreislauf bei spaltbarem Material in manchen Ländern nicht aufzulösen ist. Entscheidend sollte die Menge des radioaktiven Inventars der jeweiligen Anlage sein (schwedischer Vorschlag: 10 hoch 18 Becquerel Strahlenpotential bzw. 10 Megawatt thermische Reaktorleistung).<sup>11</sup> Die zu schützenden Anlagen müßten dann in einem Register erfaßt werden, und zwar wahrscheinlich getrennt nach Anlagen, die bereits von der IAEO kontrolliert und dort registriert sind, zum anderen in solche, die von IAEO-Kontrollen nicht erfaßt werden und nur beim VN-GS eingetragen sind. Zusätzlich muß der Schutzbereich der Anlagen definiert werden, um zu ausgedehnte und deshalb militärisch nicht akzeptable Sanktuarien zu vermeiden.

Blankenstein

**Referat 431, Bd. 153212**

<sup>10</sup> Referat 431 vermerkte am 31. August 1987, die USA, Frankreich und Schweden hätten sich beim IAEO-Gouverneursrat im Dezember 1986 wiederholt gegen eine Befassung des Themas im Rahmen der IAEO ausgesprochen und statt dessen weiter eine Diskussion allein „im Kreise der Genfer Abrüstungskonferenz“ befürwortet. Vgl. Referat 431, Bd. 153212.

<sup>11</sup> Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 17. August 1987, der schwedische Botschafter Ekéus habe in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz am 13. August 1987 zu den Verhandlungen über Radiologische Waffen (RW) einen Vorschlag unterbreitet, welche Anlagen geschützt werden sollten. Dabei habe er „den Umfang der zu schützenden Nuklearanlagen durch Reduzierung auf den Begriff ‚Massenvernichtung‘“ eingegrenzt. Weiter führte Stülpnagel aus: „Zum Kriterium des Massenvernichtungseffektes nannte er als Schwellenwerte konkrete Zahlen (10 hoch 18 Becquerel, bzw. 10 M[ega]Watt). Die Ausführungen des Botschafters, die wir im Kern unterstützen sollten, könnten die Stagnation der Verhandlungen zu RW überwinden helfen. Delegation beabsichtigt, den schwedischen Vorstoß zu Beginn der Frühjahrssitzungsperiode 1988 mit einer entsprechenden Rede vor dem Plenum zu unterstützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1766; Referat 431, Bd. 153212.

**326****Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder****412-401.00****19. November 1987<sup>1</sup>**

Über Dg 41<sup>2</sup>, D4<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Punktation zur internationalen Wirtschaftslage;  
hier: Schlußfolgerungen für die Wirtschaftspolitik

**I. Der Anpassungsprozeß**

1) Die großen strukturellen Ungleichgewichte der Weltwirtschaft – Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite<sup>5</sup> in den USA<sup>6</sup>, hohe Leistungsbilanzüberschüsse in D und J – sind infolge eines expansiven, auf die Binnennachfrage gestützten Wachstums in den USA in den Jahren 1983–1986 entstanden.

Ihre Korrektur ist möglich, durch

- eine nachhaltige Rückführung des US-HH-Defizits und
- eine Umkehr des Wachstumsgefälles zwischen USA einerseits, J und D (sowie den übrigen europäischen IL) andererseits.

Dabei darf sich die Lage der Dritten Welt nicht verschlechtern.

2) Das Dollar kursniveau bestimmt die Anpassungsgeschwindigkeit der Leistungsbilanzsaldoen. Eine zu schnelle Dollarabwertung würde die wirtschaftliche Entwicklung sowohl in den Überschuß- wie auch den Defizitländern belasten. Deshalb ist eine Stabilisierung der Wechselkurse im Sinne des Louvre-Abkommens<sup>7</sup> im Interesse aller. Sie kann aber nicht Ersatz für den entschlossenen Einsatz von Fiskal- und Strukturpolitik sein.

3) Ziel des Anpassungsprozesses ist nicht, den völligen Leistungsbilanzausgleich, sondern tragfähige Salden zu erreichen. Deshalb kommt es nicht so sehr auf die

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Linden konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf am 20. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirigent Pabsch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek am 20. November 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 21. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Eine interessante und sehr lesenswerte Aufzeichnung.“

Hat Legationssekretär Berger am 25. Mai 1988 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM“ über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 25. Mai 1988 vorgelegen.

Hat Jelonek am 25. Mai 1988 vorgelegen.

Hat Trumpf am 30. Mai 1988 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 31. Mai 1988 erneut vorgelegen.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „Leistungsdefizite“.

<sup>6</sup> Zum Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 314, Anm. 14, bzw. Dok. 315, Anm. 7.

<sup>7</sup> Zur Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. Dok. 50.

absoluten Zahlen, sondern darauf an, daß die Märkte die Überzeugung gewinnen, daß der Trend zu immer größer werdenden Ungleichgewichten gebrochen und die Entwicklung in den Griff gebracht werden kann.

## II. Auswirkungen der Krise der Finanzmärkte<sup>8</sup>

Die Krise hat die Chancen, aber auch die Risiken für einen Abbau der strukturellen Ungleichgewichte erhöht:

### 1) Die Chancen

- Die Krise hat die Politiker, die Märkte und die breite Öffentlichkeit stark verunsichert und z.T. finanziell getroffen. Dadurch wird der Handlungsdruck auf die Politik erhöht, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit gegeben, ohne Verlust der Glaubwürdigkeit vom eigenen politischen Kurs abzuweichen.
- In den USA, wo statistisch jeder Haushalt rd. 14 000 US-\$ an Buchwerten verloren hat, ist die Finanzpolitik durch die Krise zu einem innenpolitischen Problem geworden. Außenwirtschaftlichen Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik begegnete man bisher in den USA mit „benign neglect“, nach dem Motto „the dollar is our currency, but your problem“. Nunmehr deckt sich das Eigeninteresse vieler Amerikaner stärker mit den internationalen Verpflichtungen der USA zur Kooperation.
- Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporte verbessert, die der Überschüßländer verschlechtert sich durch den Abfall des Dollars. Dies dürfte den Anpassungsprozeß auch in nominalen Zahlen deutlich werden lassen. Damit sinkt die Gefahr protektionistischer Maßnahmen in den USA.
- Der niedrige Dollarkurs fördert autonome Kapitalexporte in die USA (damit Entlastung der Leistungsbilanz).
- Für D und J verbessern sich durch die WK<sup>9</sup>-Entwicklung die Terms of Trade. Damit weiterhin Import von Stabilität, Preissenkungsspielräume für Exporte wegen geringerer Produktionskosten.

### 2) Die Risiken

- Die Verunsicherung und Vertrauenskrise verleitet zum Attentismus der Investoren.
- Die Vermögensverluste beeinflussen die Nachfrage der privaten Haushalte. Dies ist aus der Sicht des Defizitlandes USA eine positive, aus der Sicht der Überschüßländer eine negative Folge. Ergebnis: Tendenziell schwächeres Wachstum.
- Bei Unternehmen Vermögensverluste durch notwendige Wertberichtigungen.
- Unsichere Erwartungen bezüglich Umsätze, Gewinnen, insbesondere in den Überschüßländern. Daher Verschiebung von Investitionsentscheidungen.
- Erhebliche Haushaltsrisiken in D (Steuermindereinnahmen, verminderter Bundesbankgewinn, höhere Subventionszahlungen bei Kohle, Airbus etc.; höhere EG-Agrarausbgaben: 1 Pfennig Kursverlust rd. 600 000 ECU).

<sup>8</sup> Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

<sup>9</sup> Wechselkurs.

### III. Schlußfolgerungen für deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung gerät nach innen wie nach außen in Rechtfertigungsnot.

#### 1) Innenpolitisch

Die Bundesregierung hat in ihrer Wirtschaftspolitik der letzten Jahre die Erhaltung der Geldwertstabilität in deren Vordergrund gestellt. Die Fortsetzung dieser Politik erscheint bei hoher Arbeitslosigkeit nur dann möglich, wenn das Wirtschaftswachstum hoch genug ist, um mittelfristig einen Abbau der Arbeitslosigkeit möglich erscheinen zu lassen.

Wenn das Wachstum weiterhin schwächer wird, erhält der Abbau der Arbeitslosigkeit einen höheren Stellenwert in der innenpolitischen Diskussion. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen verschärfen sich.

#### 2) Außenwirtschaftlich

D hat formal seine Verpflichtungen aus dem Louvre-Abkommen erfüllt. Seitdem hat sich das Wachstum aber abgeschwächt, ohne daß zusätzliche Maßnahmen ergriffen wurden. Dies entspricht nicht dem „Geist des Louvre-Abkommens“.

Wir konsumieren und investieren unterdurchschnittlich. In einer ökonomisch interdependenten Welt ist ein systematisches „unter seinen Verhältnissen Leben“ ebenso problematisch wie das Gegenteil (vgl. USA, Tabelle 1<sup>10</sup>).

- Wachstumsschwäche, die durch eine selbstverordnete Politik akzentuiert ist, beeinträchtigt den außenpolitischen Spielraum.
- Die deutsche Volkswirtschaft hat nicht die Größe, um im globalen Maßstab eine Lokomotivfunktion auszuüben. Sie ist aber die größte Volkswirtschaft in der EG und in Europa insgesamt mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum (EG 1987: + 2,2%, D: 1,75; Prognosen).
- D hat aber gemessen am BSP den größten Spielraum, um fiskalpolitische Wachstumsimpulse zu geben. Auch andere EG-MS mit ungünstigeren Budgetbedingungen sollten eine expansivere, gemeinschaftlich koordinierte Fiskalpolitik mittragen, wenn sie höheres Wachstum schafft (Tabelle 4).
- Dabei müssen die Risiken einer erhöhten Neuverschuldung in Kauf genommen werden. Sie ist zweifellos eine „second best, but better to none“-Option. Wenn aber das angestrebte Ziel – erhöhtes reales Wachstum – erreicht wird, ist sie nur vorübergehender Natur.

D darf nicht die europäische Dimension seiner Außenwirtschaft vergessen:

- Die deutschen Exporte gehen zu über 50% in die EG und sind investitionsorientiert. Sie sind relativ wenig vom Dollarkurs beeinflußt und hängen stark vom Wachstum in den EG-Staaten ab. Zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit müssen sie technologieintensiv und innovativ sein. Für die deutsche Wirtschaftspolitik bedeutet dies:

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigegeben waren Tabellen zur vergleichenden Entwicklung des realen Wachstums des Bruttonsozialprodukts (Tabelle 1), der Binnennachfrage (Tabelle 2), des Außenbeitrags (Tabelle 3), des Anteils des Defizits am Bruttonsozialprodukt (Tabelle 4) und zur Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in der Bundesrepublik (Tabelle 5). Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

Förderung des technischen Fortschritts durch Investitionen in D und

- Beitrag zum Wachstum in den EG-Staaten.

Innerhalb der EG haben wir eine Lokomotivfunktion. Die daraus sich ergebende Verantwortung, aber auch Gestaltungsmöglichkeiten dürfen wir nicht durch eine defensive Fiskalpolitik einengen.

- Der deutsche Außenhandel wird der größte Nutznießer des Binnenmarktes der EG sein. Deshalb sollte die Neugestaltung der Strukturfonds<sup>11</sup> nicht nur als ein Mittel zur Ausgleichung der Wirtschaftsstrukturen der zwölf EG-MS gesehen werden, sondern auch als eine aktive Direktinvestition in unsere Wachstumsmärkte. Je stärker das Wachstum in unseren Partnerstaaten und je freier der Waren- und Kapitalverkehr in der Gemeinschaft sein wird, desto größer wird auch der Nutzen für unsere Außenwirtschaft sein.
- In diesem Zusammenhang müssen wir bereit sein,
  - unsere Finanzkraft einzusetzen, die sozialen Folgen einer raschen Liberalisierung der Märkte mit anderen MS abzufedern und
  - Kritik an unserer defensiven Haltung (z.B. in Währungsfragen) ernst zu nehmen (s. Padoa-Schioppa-Bericht<sup>12</sup>).
- Einerseits kann eine stringente Stabilitätspolitik in D zu politischen Kontroversen mit unseren Partnern führen und die erreichte Konvergenz in der wirtschaftlichen Entwicklung der EG gefährden. Andererseits können wirtschaftliches Wachstum in der EG und Fortschritte bei der Integration nicht durch Stabilitätsverluste in D erkauft werden. Das richtige Maß muß gefunden werden.
- Im Vordergrund unserer Politik sollte nach mehreren Jahren der Betonung der Geldwertstabilität angesichts der extrem niedrigen Inflationsrate und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sowie des zunehmenden Drucks unserer wichtigsten Partnerländer die Förderung des Wachstums stehen. Den Investitionen kommt eine zentrale Rolle zu. Die Bruttoinvestitionen in D sind seit den 70er Jahren gesunken, d.h., die Realkapitalbildung hat mit der steigenden Zahl der Arbeitskräfte nicht Schritt gehalten. Dies ist neben den hohen Realzinsen und dem hohen Reallohn ein Grund für die strukturelle Arbeitslosigkeit (Tabelle 5). Ein Vorziehen der Steuerreformteile<sup>13</sup>, die Investitionen fördern, kombiniert mit staatlichen Investitionsausgaben, die katalysierend wirken, verbunden mit Subventionsabbau und Deregulierung erscheint geboten.

Schönfelder

**Referat 412, Bd. 168636**

<sup>11</sup> Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 315, Anm. 23.

<sup>12</sup> Zum Padoa-Schioppa-Bericht vgl. Dok. 51, Anm. 12.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.

Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

327

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher****201-363.31-1537/87 geheim****20. November 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Dg<sup>2</sup>, Herrn D2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister<sup>5</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Militärstrategische Rolle von Nuklearwaffen kürzerer Reichweite in einer Post-INF-Ära

Bezug: Ihre Weisung vom 19.11.1987

Anlg.: 1) DB Nr. 1501 vom 13.11.1987 aus Brüssel NATO – 201-1498/87 VS-v<sup>6</sup>  
 2) Vorlage Abteilung 2 vom 23.7.1987 – 201-1014/87 geheim<sup>7</sup>

Anlagen nur bei Original

**I. Kurzfassung**

1) Sie hatten um eine Bewertung der in dem Bezugsbericht zu 1 (Seite 4) genannten beiden Fragen des Internationalen Stabs zur Vorbereitung eines rüstungskontrollpolitischen Konzepts<sup>8</sup> gebeten. Zu den rüstungskontrollpolitischen Aspek-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

<sup>2</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirigent von Ploetz in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen am 20. November 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Jürgen Sudhoff.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Genscher am 22. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Vorlage geht von einer unveränderten Lage im konventionellen Bereich aus. Deshalb hat die konventionelle Abrüstung mit dem Ziel der Nichtangriffsfähigkeit große Bedeutung. Unsere Verbündeten werden sich bei der Vorbereitung dieser Verhandlungen zur Eile bequemen müssen. 2) R[ücksprache].“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rückspr[ache] StS bei BM“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff „im Rücklauf“ verfügte.

Hat Sudhoff am 24. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein interessantes Papier!“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 28. November 1987 erneut vorgelegen.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12133 (201).

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 13. November 1987, in deren Zentrum die Umsetzung von Ziffer 8 des Kommuniqués des NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavík – die Frage nach einem Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle – gestanden habe: „Im Vordergrund stand die Rolle nuklearer Waffen und dabei auch die Behandlung bodengestützter Flugkörper unterhalb 500 km Reichweite. [...] Rat war sich einig darüber, daß Erarbeitung Gesamtkonzepts nicht nur wegen interner Allianzbedürfnisse, sondern auch wegen der mehr und mehr dieses Thema aufgreifenden öffentlichen Diskussion dringlicher geworden ist, als man in Reykjavík angenommen habe.“ Vgl. VS-Bd. 11321 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>7</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vgl. Dok. 197, Anm. 3.

<sup>8</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete, der Ständige NATO-Rat habe beschlossen, einen Katalog von Fragen erstellen zu lassen, die in der Sitzung am 13. November 1987 zur Sprache gekommen seien. Unter Bezugnahme auf die Position der Bundesrepublik „zu Systemen unter 500 km Reichweite sollen diese Fragen voraussichtlich wie folgt lauten: „What is the role of nuclear systems

ten der Fragen erfolgt gesonderte Aufzeichnung durch Abteilung 2A.<sup>9</sup> Abteilung 2 behandelt den Teil der Frage: „Was ist die Rolle von nuklearen Systemen unter 500km im Abschreckungsverbund der NATO?“ Hierzu sollten wir auf der nächsten Ratssitzung einen ersten Diskussionsbeitrag mit folgenden Elementen – ist zugleich Kurzfassung der Aufzeichnung – liefern:

- Im Lichte von nuklearer Abrüstung wird die Aufgabe der Herstellung konventioneller Stabilität in Europa dringender. Im Vordergrund unserer Überlegungen muß dieser Bereich stehen. Das gilt im Rahmen der Fortentwicklung des Gesamtkonzepts Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die <sup>10</sup>Ziele sind in Brüssel formuliert worden.<sup>11</sup> Der Westen muß hier in die Initiative gehen und überzeugende Vorschläge vorlegen. Daneben haben die Bemühungen um Gewährleistung unserer Sicherheit durch Wahrung unserer Verteidigungsbereitschaft und Unterhalten militärischer Potentiale, die zur Abschreckung von Angriffen und Einschüchterungsversuchen angemessen sind, in diesem Bereich große Aufmerksamkeit<sup>12</sup> bekommen.
- Die Aufgabe der Kurzstreckensysteme kann nicht in der Isolation<sup>13</sup> diskutiert werden. Sie gehören<sup>14</sup> in den Gesamtzusammenhang von Nuklearwaffen und ihrer Rolle in der Strategie der Allianz. Wir sollten hier in der politischen Logik der Allianzstrategie bleiben und nicht den Fehler machen, die verschie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1660*

below 500 km range in the Alliance deterrence posture, how should they be addressed in a comprehensive arms control concept? How can the right of all allies of equal security be best ensured in such a concept and zones of different security be avoided?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1501 vom 13. November 1987; VS-Bd. 11321 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>9</sup> Botschafter Holik nahm am 20. November 1987 Stellung zu den beiden Fragen: „Das Aufgreifen der rüstungskontrollpolitischen Aspekte der SNF im Rahmen des Gesamtkonzepts (Frage 1, Teil 2) entspricht unserem Interesse, auch hinsichtlich der regional begrenzten Wirkung dieser Systeme (Frage 2). Zu den militärstrategischen Aspekten der SNF (Frage 1, Teil 1) nimmt Abteilung 2 Stellung. [...] Wie die bisherige Diskussion im NATO-Rat gezeigt hat, ist die von uns angestrebte intensive Erörterung der rüstungskontrollpolitischen Aspekte von SNF im Rahmen der breit angelegten Diskussion der Ständigen Vertreter nicht zu erreichen. Deshalb sollten wir darauf hinwirken, daß der NATO-Rat auf der Ebene der Außenminister bei der bevorstehenden Herbst-Tagung eine besondere Arbeitsgruppe, zu der Vertreter aus den Hauptstädten entsandt werden können, einsetzt, die sich mit dieser Thematik befaßt. [...] Erste informelle Kontakte mit Großbritannien und Frankreich haben ergeben, daß beide Länder trotz fortbestehender Vorbehalte gegen SNF-Verhandlungen bereit sind, der Einsetzung einer solchen Arbeitsgruppe zuzustimmen. Nach übereinstimmender britischer und französischer Auffassung sollte diese Gruppe Fragen der nuklearen Rüstungskontrolle (neben SNF auch START und die Frage eventueller weitergehender Reduzierungen strategischer Systeme nach einem 50-Prozent-START-Abkommen) behandeln. Beide Länder lehnen unseren Vorschlag, in den terms of reference für diese Gruppe die Ausarbeitung eines Mandats für künftige SNF-Verhandlungen niederzulegen, ab. Auch in einer Verlautbarung über die Einsetzung der Gruppe soll der Eindruck einer Verhandlungsperspektive vermieden werden. Frankreich möchte diese Arbeitsgruppe ebenso wie andere (bisher nicht näher spezifizierte) Arbeitsgruppen in den breiten Rahmen einer über die Reykjavík-Erklärung hinausgehenden Allianz-Untersuchung über die Zukunft des West-Ost-Verhältnisses (‘challenges and opportunities of the nineties’) einfügen. Ein Auftrag zu einer solchen breit angelegten Untersuchung soll nach französischer Auffassung von den Außenministern bei ihrer Brüsseler Herbst-Tagung erteilt werden.“ Vgl. VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „KRK.“

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zu“.

<sup>13</sup> Die Wörter „in der Isolation“ wurden von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „gehört“.

denen Ebenen nach strategiefremden Kriterien aufzuspalten<sup>15</sup>. Die Erörterung einer Post-INF-Nuklearsituation muß deshalb über das gesamte Arsenal und seine Rollen in der Strategie reden, d.h. wir müssen in diese Diskussion auch das evtl. Ergebnis eines sowjetisch-amerikanischen Gipfels im START-Bereich einbeziehen.

- Dieses alles bedeutet nicht, daß wir eine neue Strategiediskussion für notwendig halten oder wünschen. Wir haben aus voller Überzeugung der Bestätigung der gültigen Strategie in Reykjavík<sup>16</sup> und in Monterey<sup>17</sup> zugestimmt und bleiben dabei. Dies muß auch jetzt in Brüssel<sup>18</sup> wieder bestätigt werden. Die Plattform der WEU<sup>19</sup> hat diese Position aufgrund einer eingehenden Diskussion bestätigt. Wir bleiben auch bei den auf dieser Grundlage entwickelten „Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Einsatz nuklearer Waffen“ (GPG)<sup>20</sup>, die allen Nuklearwaffen einen politischen Zweck geben. Wir sehen, wie es auch Präsident Mitterrand sehr zutreffend gesagt hat, die Aufgabe von Nuklearwaffen darin, den<sup>21</sup> Aggressor abzuschrecken.

Wir sind in diesem Zusammenhang aber auch der Meinung des Bündnisses, daß erst ein gewisses Spektrum von nuklearen Optionen die notwendige Flexibilität auf der einen Seite und auf der anderen Seite die wünschenswerte Unkalkulierbarkeit produzieren kann. In diesem Sinne beteiligen wir uns an den Arbeiten der HLG und treten dafür ein, für die rüstungskontrollmäßige Erfassung der bisher nicht in Rüstungskontrollverhandlungen einbezogenen Nuklearwaffen eine Bündnisposition zu erarbeiten.

## II. Im einzelnen

1) Dem Warschauer Pakt verbleiben nach der durch den INF-Vertrag vorgesehene Eliminierung der landgestützten Flugkörpersysteme im Reichweitenband von 500 bis 5500 km an nuklearem Potential im Reichweitenband unter 500 km

- SRINF/SNF (583 Scud; 134 SS-21; 643 FROG),
- Mittelstreckenflugzeuge größerer und kürzerer Reichweite,
- Gefechtsfeldwaffen.

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „der dem Entstehen unterschiedlicher Bedrohungssperzeptionen (was im Interesse der SU liegt) Vorschub leistet“.

<sup>16</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>17</sup> In Monterey fand am 3./4. November 1987 die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher legte am 6. November 1987 dar: „Die 42. NPG stand im Zeichen der für den 7.12.1987 erwarteten Unterzeichnung des INF-Abkommens, das einstimmig begrüßt und als großer westlicher Verhandlungserfolg gewürdigt wurde. Zugleich wurde – mit einem Unterton der Sorge – die Erwartung geäußert, daß der US-Senat dieses Abkommen bald ratifiziert. Eine Nicht-Ratifizierung würde das Bündnis in eine tiefe Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise stürzen. Weinberger trennte zwar deutlich zwischen Unterzeichnung einerseits und Ratifizierung andererseits, gab sich aber relativ zuversichtlich. [...] BM Wörner trug die Sorge der deutschen Öffentlichkeit über das im Bereich unter 500 km verbleibende nukleare Bedrohungspotential des WP und unser Anliegen nach dessen rüstungskontrollpolitischer Erfassung vor, doch ging hierauf keiner unserer Partner ein. Als indirekte Antwort erklärte Weinberger, eine dritte Null-Lösung komme für die USA nicht in Frage. Die Prioritäten in der Rüstungskontrolle nach INF wurden durchgehend bei START und KRK, vereinzelt noch bei CW, gesehen.“ Vgl. VS-Bd. 12124 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>18</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

<sup>19</sup> Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

<sup>20</sup> Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

<sup>21</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „ev[en]t[uellen]“.

Die NATO verfügt in diesem Reichweitenband in der Zusammensetzung über grundsätzlich das gleiche Nuklearwaffenpotential. Mit jedoch nur 88 Lance ist die Zahl ihrer Kurzstreckensysteme deutlich geringer (außerdem 32 Launcher für Pluto).

2) Die Aufgaben des Nuklearpotentials der NATO im Rahmen des Abschreckungskonzepts der flexiblen Erwiderung<sup>22</sup> sind in den von der Nuklearen Planungsgruppe 1986 verabschiedeten „Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Nuklearwaffeneinsatz zur Verteidigung der NATO“ beschrieben. Zusammen mit den SNF haben SRINF die militärstrategische Aufgabe,

- die Massierung überlegener Kräfte des Gegners zu erschweren,
- das Unterlaufen nuklearer Abschreckung durch schnelle Entscheidung der konventionellen Schlacht zu verhindern,
- zur Abschreckung gegnerischen Ersteinsatzes gleicher Kategorie beizutragen bzw. die Ausnutzung eines solchen Einsatzes zu verhindern.

Vor allen Dingen aber bilden SRINF und SNF die Brücke zwischen konventioneller Verteidigung und Nuklearoptionen, die sowjetisches Territorium erreichen. Damit machen sie die Androhung einer kontrollierten, aber von der anderen Seite in jeder Beziehung unkalkulierbaren Eskalation glaubwürdiger.

3) Die Frage einer Rolle der Systeme unterhalb von 500 km in einer Post-INF-Welt ist von der strategischen Seite her allenfalls andiskutiert. Ausgangspunkt dieser Debatte müßten die Allgemeinen Politischen Richtlinien (GPG) sein. Die Diskussion kann sich aber nicht auf die Systeme im Reichweitenband unter 500 km beschränken, sondern wird auch die in Europa verfügbaren Systeme größerer Reichweite umfassen müssen, weil die Gesamtstruktur der amerikanischen in Europa verbleibenden nuklearen Systeme und evtl. Änderungen dieser Struktur im Zusammenhang zu sehen sind.

4) Vor einer konkreten Äußerung zu einzelnen Systemen ist eine militärstrategische Standortbestimmung innerhalb der Bundesregierung für die Bundesrepublik Deutschland und im europäischen Rahmen der wichtigsten Partner erforderlich. Diese Standortbestimmung muß nicht unbedingt eine Strategie-debatte oder die Entwicklung einer neuen Strategie bedeuten. Sie muß aber der Tatsache Rechnung tragen, daß der in den 60er Jahren gefundene strategische Kompromiß, so wie er in der MC-14/3 („flexible response“) festgehalten ist, eines Durchdenkens bedarf. Kissinger hat die Problematik in seinem Namensartikel (Newsweek 12.10.1987) deutlich beschrieben.<sup>23</sup> Die Verlagerung der überwiegenden Bürde nuklearer Verteidigung auf US-Nuklearwaffen in Amerika oder auf See bewirkt „technisch“ eine Abkoppelung.<sup>24</sup> Keine Regierung in Bonn würde eine Strategie unterstützen, in deren Rahmen „ausschließlich Deutsche durch nukleare Vergeltung von deutschem Boden aus bedroht“ wären. Kissinger sieht die Lösung weder in der Rüstungskontrolle noch in der Modernisierung von Kurzstreckenwaffen. Die Allianz müsse sich vielmehr der Frage stellen, wer im

<sup>22</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

<sup>23</sup> Vgl. den Artikel „Kissinger: A New Era for NATO“, NEWSWEEK vom 12. Oktober 1987, S. 19–22.

<sup>24</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Andererseits.“

Falle einer Krise welche nuklearen Verantwortlichkeiten und in welchem Zeitrahmen habe.

Die Bündnisstrategie kombiniert Gesichtspunkte der militärtechnischen Funktion und Funktionsfähigkeit mit den politischen der Risikokontrolle und der Risikoteilung. Der Bedeutung dieser Fragen kann man nicht gerecht werden, wenn man das künftige Schicksal nur eines einzigen Waffensystems erörtert. Genausowenig kann man die Frage nach der künftigen Implementierbarkeit der Strategie der flexiblen Erwiderung mit<sup>25</sup> der Verfügbarkeit oder Nichtverfügbarkeit eines einzigen Systems beantworten<sup>26</sup>.

5) Die Interessenlagen der einzelnen Bündnispartner sind in den Jahren seit der Verabschiedung der MC-14/3 deutlicher geworden.

a) Für die USA artikuliert sich das Interesse seit SDI und dem Reykjavik-Gipfel<sup>27</sup> immer stärker dahin, das nukleare Risiko für sich selbst abzubauen und das verbleibende Risiko kontrollierbar zu halten. Die Abstützung der Abschreckung für das eigene Territorium auf nukleare Abschreckung<sup>28</sup> ist in den USA im wesentlichen nicht umstritten. Umstritten ist aber die Frage, inwieweit den europäischen oder anderen Bündnispartnern nukleare Abschreckung zur Verfügung gestellt werden kann – mit dem Risiko, die eigene nationale Existenz in die Waagschale zu werfen.<sup>29</sup>

Die flexible Erwiderung versucht, dieser Problematik Rechnung zu tragen, indem sie die nukleare Abschreckung nicht nur auf zentralstrategische Optionen abstützt, sondern über die Jahre eine Vielzahl von nuklearen Optionen verfügbar gemacht hat. Daß dies auch die Vorstellung erzeugt hat, ein in die nukleare Dimension eskalierender Konflikt in Europa könne regional beschränkt werden, ist ein vielleicht unbeabsichtigter, aber im Interesse nationaler öffentlicher Akzeptanz der Gesamtstrategie<sup>30</sup> nicht unwillkommener Aspekt.

Hier wird eine Funktion von amerikanischen Nuklearwaffen, die nicht zum strategischen Arsenal gehören, deutlich, die durch nichts anderes zu ersetzen ist, nämlich die bündnisinterne Verschleierung der Erkenntnis, daß wirksame „extended deterrence“ heute nur um den Preis eines hohen Risikos für die nukleare Schutzmacht zu haben ist (Einsatz gegen Aggressor-Territorium). Das Offenlassen der Ebene des Kernwaffeneinsatzes durch Aufrechterhaltung eines vollen Optionsfächers kann die einzige Bedingung sein, unter der die Öffentlichkeit der Schutzmacht die Gewährung von „extended deterrence“ noch toleriert. Andere der oben erwähnten Aufgaben der Kurzstreckensysteme können<sup>31</sup> hingegen durch

<sup>25</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „von“.

<sup>26</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „abhängig machen“.

<sup>27</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>28</sup> Die Wörter „nukleare Abschreckung“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „strat[egische] Nuklearwaffen“.

<sup>29</sup> Der Passus „Die Abstützung ... zu werfen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben.

<sup>30</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in den USA der Administration“.

<sup>31</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „können“. Ferner fügte er handschriftlich ein: „in gewissem Umfang“.

die Nutzung auch neuer konventioneller Waffentechnologien ersetzt werden (FOFA<sup>32</sup>-Systeme, intelligente Munition, neue Sperrmittel). Ebensowenig ersetzbar ist für die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verpflichtung, zur europäischen Verteidigung bis hin zum Einsatz strategischer Nuklearpotentiale beizutragen, die Präsenz substantieller konventioneller Kräfte in Europa. In gewissen Grenzen sind die USA bereit, bei deren Bewaffnung mit nuklearen Mitteln Mitsprache der Stationierungsländer zu gestatten. Es ist aber davon auszugehen, daß eine Politik der Denuklearisierung eine starke US-Tendenz auslösen würde, ihre Truppen zurückzuziehen.<sup>33</sup>

Hieraus folgt: Eine gewisse nukleare Bewaffnung der amerikanischen Truppen in Europa wird auch zukünftig – unabhängig von nuklearstrategischen Gründen – notwendig sein, wenn das amerikanische militärische Engagement erhalten und seine öffentliche Akzeptanz in den USA gesichert werden soll.

b) Diese Erkenntnis ist maßgeblich für den britischen Versuch<sup>34</sup>, eine „Brandmauer“ gegen Anschlußverhandlungen über Systeme unter 500 km Reichweite zu errichten, sowie für den französischen Widerstand gegen solche Verhandlungen. Sie prägt aber auch die Position vieler nichtnuklearer Bündnispartner. Hier ist also ein gemeinsames Interesse der<sup>35</sup> Bündnispartner identifizierbar, welches unabhängig davon ist, ob sie Nuklearmächte sind oder nicht. Aus deutscher Sicht wird dieses Interesse ebenfalls bejaht.<sup>36</sup> Wir haben es in der WEU-Plattform vom 27.10.1987 bestätigt.

Das Problem, welche Folgerungen aus der in der Plattform im Konsens getroffenen Feststellung zu ziehen sind, daß „die Strategie der Abschreckung und Verteidigung ... weiterhin auf einer geeigneten Zusammensetzung angemessener nuklearer und konventioneller Streitkräfte beruhen muß“<sup>37</sup>, ist damit aber nicht gelöst.<sup>38</sup> Die Lösungsansätze unterscheiden sich auch deutlich, je nachdem, ob sie von einer europäischen Nuklearmacht oder einer europäischen Nichtnuklearmacht kommen. GB z.B. wendet sich mit Nachdruck gegen die von den USA in der HLG als technisch möglich präsentierte Option, die neuen Trident-Raketen von<sup>39</sup> U-Booten für selektive Ersteinsätze vorzusehen. Der Grund ist offensichtlich: GB ist mit seinem bisherigen Potential nicht gefordert, wenn es um die Frage

<sup>32</sup> Follow-on Forces Attack.

Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zur Verteidigung gegen die zweite Staffel konventioneller Streitkräfte des Warschauer Pakts. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 12. November 1984; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

<sup>33</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Das ist nicht unbedingt so, weil US-Eigeninteresse an Westeuropa besteht.“

<sup>34</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zunächst“.

<sup>35</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „europäischen“.

<sup>36</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Anwesenheit USA, nicht mehr.“

<sup>37</sup> An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Was angemessen ist, bedarf der Neudefinition.“

<sup>38</sup> Die Wörter „ist damit aber nicht gelöst“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>39</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „auf“.

des Ersteinsatzes geht. Es möchte mit dieser Frage auch nicht in einer Weise gefordert werden, die einen Ersteinsatz britischer Systeme gegen die SU selbst implizieren könnte. Das bedeutet, daß GB aus diesen spezifisch britischen Gründen eisern daran festhalten wird, hierfür amerikanische Optionen in Europa verfügbar zu halten.<sup>40</sup> Aus diesem Grund hat GB bisher auch nicht geltend gemacht, daß es infolge einer INF-Implementierung „singularisiert“ werden könnte, weil die einzigen verbleibenden amerikanischen Systeme, die die SU erreichen können, ausschließlich auf britischem Boden stationiert sind (F-111). Ebenso eisern wird GB aber daran festhalten, daß neben diesen Optionen weitere verfügbar bleiben, selbst wenn sie die SU nicht erreichen können.

Frankreichs Interessenslage ist hier differenzierter angesichts des anders strukturierten französischen Potentials. Im Ergebnis ist sich Frankreich aber mit GB einig.<sup>41</sup> Die WEU-Beratungen bei der Erarbeitung des Berichts und der Plattform haben dies deutlich gemacht.

c) Damit ist für die Bundesregierung klar, daß sie von den beiden europäischen Nuklearmächten wenig Hilfe erfahren kann bei der Ausfüllung des erwähnten allgemeinen Prinzips über die Notwendigkeit eines ausgewogenen Mixes von nuklearen und konventionellen Streitkräften. Die Bundesregierung hat sich mit grundsätzlichen Problemen der Nuklearstrategie im Zusammenhang mit dem Doppelbeschuß<sup>42</sup> – wohl zum ersten Mal in dieser umfassenden Weise – befaßt. Der Bundeskanzler hat – dies ist ein Ergebnis der eingehenden Beratungen – in seinem Schreiben an den Bundesminister der Verteidigung vom 4. Oktober 1983 unsere strategische Präferenz verdeutlicht, daß „auf längere Sicht eine weitergehende Umstrukturierung des Nuklearpotentials der NATO in Europa anzustreben sei, um die Abschreckungswirkung zu erhöhen, die Einsatzflexibilität zu optimieren und die Schadenswirkung auf deutschem Boden zu verringern“.<sup>43</sup>

Diese Fragen sind in einer „Post-INF-Welt“ nur andiskutiert worden, besonders im Zusammenhang mit dem Vortrag des Generalinspekteurs<sup>44</sup> vor dem Bundessicherheitsrat am 3. Juli 1987. Eine Bewertung seiner Ausführungen ist in der beigefügten Aufzeichnung der Abteilung 2 (Anlage 2) vorgenommen worden.

Bei der letzten NPG-Sitzung ist die Erörterung im Bündnis nicht vorangekommen. Weder die USA noch GB drängten auf eine Meinungsbildung zu den in Montebello identifizierten Modernisierungsbeschlüssen.<sup>45</sup> Diese Zurückhaltung war aber rein taktisch bedingt, weil im Vorfeld der Unterzeichnung eines INF-

<sup>40</sup> Der Passus „hierfür ... halten“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier haben wir extrem gegenteilige Interessen.“

<sup>41</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist so nicht richtig. Es gilt nicht für [Präsident] Mitterrand, es [gilt] uneingeschränkt nur für französischen Verteidigungs-Minister und den hinter ihm stehenden Raymond Barre. PM Chirac ist indifferent.“

<sup>42</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>43</sup> Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Oktober 1983 an Bundesminister Wörner vgl. AAPD 1983, II, Dok. 342.

<sup>44</sup> Dieter Wellershoff.

<sup>45</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

Abkommens die politische Opportunität eines Drängens auf Beschlüsse bezweifelt wurde.

6) Für die Bundesregierung ist die weitere Behandlung dieser Fragen unter mehreren Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung.

- Als exponiertester Bündnispartner in Zentraleuropa und als Nichtnuklearmacht<sup>46</sup> sind wir am stärksten angewiesen auf fortdauernde Glaubwürdigkeit der „extended deterrence“ und damit auf US-Präsenz in einer Weise, die eine kriegsverhütende Strategie glaubwürdig erscheinen lässt – in sowjetischen Augen – und akzeptabel ist für die amerikanische Öffentlichkeit.
- Unsere Haltung zu Nuklearwaffen ist außenpolitisch von größter Bedeutung: Hier sind wir derjenige Bündnispartner, der an eine aktive Gestaltung der West-Ost-Beziehungen in ihrer ganzen Breite am konzeptionellsten und drängendsten herangeht. Wir wollen dies gemeinsam mit Frankreich und den übrigen europäischen Partnern und mit den Allianzpartnern insgesamt tun. Frankreich wird uns dabei folgen, und damit auch der Rest der europäischen Partner und die Nordamerikaner, wenn wir in seinen Augen sicherheitspolitisch solide sind, d.h., wenn wir an der praktischen Implementierung der allgemeinen Strategieaussage in einer Weise mitwirken, die klarmacht, daß wir keine totale Entfernung amerikanischer Nuklearmittel aus Europa anstreben.
- Hier könnten jedoch auf der anderen Seite vitale deutsche Interessen entgegenstehen: Die weitere Verfügbarhaltung von Waffensystemen auf westlicher Seite zu verhindern, die nach Reichweite und anderen Gesichtspunkten mit hoher Wahrscheinlichkeit im Falle eines Einsatzes nur auf deutschem Territorium eingesetzt würden, entweder der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR.

Dieser Argumentation müssen wir uns intern stellen. Eine öffentliche Erörterung hingegen ist problematisch im Hinblick auf die vorstehend genannten Überlegungen. Im Ergebnis müssen hier die allgemeinen Überlegungen gelten, daß in einem Verteidigungsbündnis Lasten und Risiken angemessen verteilt werden müssen. Eine Strategie, die das nukleare Risiko allein den Nuklearmächten anlastet, ist für diese ebensowenig akzeptabel wie eine Strategie, die konventionell exponierte nichtnukleare Bündnispartner allein mit dem zusätzlichen Risiko eines begrenzten Nuklearkriegs auf ihrem Territorium beschwert.

7) Das bedeutet, daß wir mit großer Umsicht an das Thema herangehen müssen:

- Es liegt nicht in unserem Interesse, obwohl manches dafür sprechen könnte, eine Grundsatz-Strategiedebatte im Bündnis auszulösen.<sup>47</sup> Der gegenwärtige Kompromiß der „flexiblen Erwiderung“ ist auf absehbare Zeit geeignet, auch unseren Interessen Rechnung zu tragen. Wir erleichtern die Abwehr einer solchen Diskussion, indem wir – wie in der WEU-Plattform bereits geschehen – zur Rolle von Nuklearwaffen auch in Zukunft klare Aussagen mittragen und auch öffentlich, wenn notwendig, verteidigen.
- Es liegt in deutschem Interesse, daß die Strategie so implementierbar gehalten wird, wie sie gedacht ist, d.h., sie muß der politischen Führung in ihren

<sup>46</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in dieser Lage“.

<sup>47</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu doppeltes Ausrufezeichen.

politischen Entscheidungen die notwendige Flexibilität geben. Das schließt aus, daß wir nukleare Einsätze unter dem Zwang des Gefechtsfeldes als eine mögliche Option ansehen können. Der Einsatz von Nuklearwaffen, unabhängig welcher<sup>48</sup> Reichweite, dient ausschließlich – hier hat Mitterrand unsere Position richtig erkannt – dem politischen Ziel der Abschreckung, oder in dem Fall, daß es zu einem Angriff gekommen ist, der Kriegsbeendigung und Wiederherstellung der Abschreckung.<sup>49</sup> Die politische Handlungsfreiheit, die in einem Konfliktfall der politischen Leitung zu erhalten ist, muß also konventionell gesichert werden, allerdings: Ein langer konventioneller Konflikt auf deutschem Boden gefährdet die Substanz unserer Nation. Daher liegt es in unserem Interesse, den nuklearen Einsatz<sup>50</sup> – als politisches Signal – zum richtigen, d.h. nicht zu späten Zeitpunkt vorzusehen. Er muß sich primär gegen den Träger der Aggression richten.

Die Konsequenz ist, daß es im deutschen Interesse liegt, festzuhalten an dem Konzept des „first use“ und an dem Grundsatz des „shift of emphasize<sup>51</sup>“ (d.h.<sup>52</sup> das Gebiet des<sup>53</sup> Aggressors unter Risiko zu stellen), aber insbesondere in der gegenwärtigen Situation eine vorrangige Befassung mit der konventionellen Instabilität<sup>54</sup>, weil dies das Kernproblem<sup>55</sup> unserer sicherheitspolitischen Lage ist. Im Vordergrund stehen deshalb nicht verteidigungspolitische Maßnahmen im Bereich der Nuklearwaffen unter 500km, wo der Abschreckungswert für die Entscheidungsträger im Einsatzfall gegenüber dem anderen Bereich eine zunehmend sinkende<sup>56</sup> Tendenz hat.

- Wir dürfen uns nicht in durch falsche Fragestellungen ausgelöste Zwänge bringen lassen: Eine solche falsche Fragestellung ist die Fortschreibung von Null-Lösungen: Sie würde, wie oben dargelegt, unsere eigene Sicherheitgefährdende Konsequenzen haben. Sie würde aber auch die Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Ostpolitik gefährden. Solchen Fragestellungen zu entgehen, setzt voraus, daß wir uns<sup>57</sup> im Verteidigungsbereich nicht in Entscheidungzwänge bringen lassen, die in Wirklichkeit nicht zwingend sind.

In den USA amtiert eine Administration, deren außenpolitische Interessen voraussichtlich auf die Ratifizierung eines INF-Abkommens und die Erreichung eines START-Abkommens begrenzt sein werden. Im übrigen wird es ihre Präferenz sein, alle weiteren Fragen der nachfolgenden Administration zu über-

<sup>48</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte handschriftlich ein: „von der“.

<sup>49</sup> Der Passus „oder in dem Fall ... Abschreckung“ wurde von Bundesminister Genscher in eckige Klammern gesetzt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das hat Mitterrand nicht gesagt.“

<sup>50</sup> Die Wörter „den nuklearen Einsatz“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das heißt auch strategische Waffen.“

<sup>51</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „emphasis“.

<sup>52</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „vor allem“.

<sup>53</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „ev[en]t[uellen]“.

<sup>54</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „anzustreben“.

<sup>55</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in“.

<sup>56</sup> Der Passus „gegenüber ... sinkende“ wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „steigende“.

Der gleiche Passus wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>57</sup> An dieser Stelle fügte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich ein: „auch“.

lassen.<sup>58</sup> Hierzu gehört auch das weitere Vorgehen bei der Modernisierung von Kurzstreckensystemen, das von Überlegungen im strategischen Bereich nicht losgelöst gesehen werden kann. Eine erste Reaktion dieser Neigung zur Abstinenz war das amerikanische Verhalten bei der Planung des nuklearen Szenarios für die WINTEX-Übung im März 1989. Auf Weisung aus Washington weigerte sich der US-Vertreter, für den Ersteinsatz auch Ziele auf sowjetischem Territorium vorzusehen (trotz der in den Allgemeinen Politischen Richtlinien beschlossenen Verlagerung, die Hauptlast des selektiven Nuklearwaffeneinsatzes nicht dem NATO-Gebiet aufzubürden)<sup>59</sup>, u. a. mit der Begründung, dann wäre eine neue Administration im Amte, die diese Frage anders sehen könnte.

Außerdem verfügt die amerikanische Administration bisher auch nicht über Systeme und Planungen für eine Lance-Nachfolge oder einen nuklearen Abstandsflugkörper. Für letzteren<sup>60</sup> hat der amerikanische Kongreß eine nukleare Rolle bislang ausdrücklich verboten.

Im Vordergrund unseres Interesses sollte daher stehen, die Erörterung über die Modernisierungsentscheidungen fortzusetzen bis zu einem Stadium, wo wir ein Gesamtbild haben

- der Entwicklung im strategischen Bereich,
- der Entwicklung im INF-Bereich,
- möglicher Entwicklungen im SNF-Bereich, dessen Rolle von der HLG innerhalb der Umstrukturierung geprüft wird<sup>61</sup>,

und zwar sowohl im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung wie auch in bezug auf die strategische Diskussion und verfügbare Optionen in bezug auf konkrete Systeme. Einzubeziehen in diese Überlegungen sind auch technologische Entwicklungen im konventionellen Bereich. Ein solches Herangehen würde auch erlauben, die vom Bundeskanzler im Oktober 1983 gewünschten Umstrukturierungsschritte in die Prüfung einzubeziehen mit dem Ziel, das in Europa aufrechtzuerhaltende Nukleararsenal umzustrukturieren und womöglich zu reduzieren. Konkrete Einzelheiten hierfür müßten in der HLG erarbeitet werden. Die in Aussicht genommene BSR-Bewertung sollte den deutschen Vertretern hierfür Vorgaben in der Form von Parametern mitgeben.

8) Eine derartige, auf sorgfältige Erwägung aller Aspekte angelegte Politik könnte allerdings aus zwei Richtungen abrupt gestört werden:

- wenn der US-Kongreß im Rahmen der INF-Ratifizierungsdebatte seine Zustimmung von gewissen<sup>62</sup> „Maßnahmen“, z.B. Dislozierung<sup>63</sup> modernisierter Lance,

<sup>58</sup> Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

<sup>59</sup> Der Passus „Auf Weisung ... aufzubürden“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>60</sup> Die Wörter „Für letzteren“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Soweit es Planungen gibt.“.

<sup>61</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „(Auftrag von Monterey).“

<sup>62</sup> Die Wörter „von gewissen“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „an gewisse“.

<sup>63</sup> Das Wort „Dislozierung“ wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Dislozierungsbereitschaft“.

abhängig machen<sup>64</sup> würde. In diesem Falle würden wir zu differenzieren haben zwischen der Feststellung eines militärstrategischen Bedarfs und einer Dislozierungssentscheidung, die erst nach einem mehrere Jahre in Anspruch nehmenden Forschungs- und Entwicklungsprozeß zu treffen wäre. Es würde keines neuen Doppelbeschlusses bedürfen<sup>65</sup>, weder als zusätzlicher Anreiz<sup>66</sup> für Verhandlungen noch als Mittel für sowjetische Zurückhaltung bei den eigenen Modernisierungen;

- durch konkrete sowjetische Vorschläge, z.B. einer sowjetischen dritten Null-Lösung. Die in Genf von den Sowjets<sup>67</sup> angestrebten Nachfolgeverhandlungen machen deutlich, daß die SU keine isolierten Verhandlungen der verbleibenden landgestützten Raketen wünscht, sondern nuklearfähige Flugzeuge einbeziehen will. Ein solcher breiterer Ansatz würde ein Durchhalten unserer Linie zwar nicht erleichtern, aber auch nicht unmöglich machen.<sup>68</sup>

Dreher

**VS-Bd. 12133 (201)**

<sup>64</sup> Die Wörter „abhängig machen“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „binden“.

<sup>65</sup> Die Wörter „keines neuen Doppelbeschlusses bedürfen“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber in seiner politischen Dimension der Diskussion über den D[oppel]B[eschluß] entsprechen!“

<sup>66</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eine solche Kondition würde von uns nicht mitgetragen werden können.“

<sup>67</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zunächst“.

<sup>68</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Die deutsch-britischen Konsultationen am 20.11. in Bonn haben ergeben, daß GB ein solches Herangehen im Ansatz für richtig hält und nicht nur unterstützt, sondern auch initiativ vertritt.“

Ploetz legte am 11. Dezember 1987 eine Aufzeichnung vor, in der er zu den handschriftlichen Bemerkungen und Fragen des Bundesministers Genscher und des Staatssekretärs Sudhoff Stellung bezog. Vgl. dazu Dok. 363.

## 328

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kunzmann**

513-542.15/3 VS-NfD

20. November 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Dg 51<sup>2</sup>, Herrn D 5<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup>

Betr.: Vorsprache und Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in unseren osteuropäischen Vertretungen;  
hier: Neuere Entwicklungen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1.1) Im laufenden Jahr haben bei unseren Botschaften in Osteuropa, insbesondere in Prag und Budapest, deutlich mehr Deutsche aus der DDR in Übersiedlungsangelegenheiten vorgesprochen (Prag und Budapest jeweils bis zu 100 bzw. 60 Personen im Monat). Die Zahl der Festsetzungen liegt teilweise bereits höher als im Vorjahr:

Budapest 13 (9)

Prag 17 (19)

Warschau 2 (0)

1.2) Die Häufung der Unterstützungsbitten in Ausreiseangelegenheiten, die von den Besuchern – oft auch zum wiederholten Mal – bei unseren Botschaften vorgebracht werden, sind ein klares Indiz dafür, daß die DDR ihre Ausreisepolitik restriktiver handhabt.

Die großzügigere Genehmigung von Besuchsreisen in den Westen (1987 über 3 Mio. Personen) hat den Ausreisedruck nicht verringert. Im Gegensatz zu 1986, wo über 20 000 Ausreisegenehmigungen erteilt wurden, ist in diesem Jahr nur mit 7000 Ausreisegenehmigungen zu rechnen.

Die an das BMB herangetragenen ungelösten Ausreisefälle nehmen zu (z. Z. 22 000 Fälle, die ca. 50 000 Personen erfassen).

1.3) Mit einer weiteren Zunahme der Vorsprachen und möglicherweise auch der Festsetzungen von ausreisewilligen Deutschen aus der DDR bei unseren osteuro-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kunzmann und Vortragendem Legationsrat Mulack konzipiert.

<sup>2</sup> Friedrich Kroneck.

<sup>3</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck in Vertretung des Ministerialdirektors Oesterhelt am 20. November 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. November 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck am 24. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 513 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Mulack am 24. November 1987 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kunzmann am 26. November 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn D 5 n[ach] R[ückkehr] m[it] d[er] Bitte um Kenntnisnahme.

2) Wiederlv[or]ll[age] RL 513.“

Hat Kroneck am 30. November 1987 erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 7. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Kunzmann am 9. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

päischen Vertretungen muß gerechnet werden, wenn die DDR ihre Ausreisepolitik in Zukunft nicht wieder liberalisieren sollte. In dem Fall müßte dieser Bereich möglichst hochrangig gegenüber der DDR angesprochen werden.

2.1) Alle den Botschaften vorgebrachten Ausreiseanliegen werden durch das BMB gegenüber der DDR unterstützt. Die von den Botschaften übermittelten Daten werden nach Aufbereitung listenmäßig mindestens zweimal im Monat dem Büro RA Vogel in Berlin (Ost) übermittelt. In Fällen von besonderer Härte hat das BMB die Möglichkeit einer Direktvorlage an RA Vogel (Besondere Bemühungen).

2.2) Die Festsetzungsfälle werden von BMB jeweils gesondert mit RA Vogel aufgenommen. Bisher ist es stets gelungen, derartige Fälle durch entsprechende finanzielle Leistungen an die DDR zu lösen.

Die einmalige oder mehrfache Übernachtung in der Botschaft muß nicht bereits als Festsetzung gelten. Diese liegt dann vor, wenn sich die Leute mit dem Willen festgesetzt haben, eine bestimmte Entscheidung zu erzwingen, und dieser Fall den DDR-Stellen vom BMB Berlin entsprechend übermittelt worden ist.

2.3) Die Praxis der DDR bei der Behandlung von Festsetzungsfällen ändert sich häufig. Zur Zeit werden Straffreiheit für die Festsetzung (nötigendes Aufhalten in der Botschaft) und eventuell damit zusammenhängender Straftatbestände (illegale Ausreise usw.) zugesagt. Des weiteren wird die Bearbeitung der Ausreiseanträge zugesagt und neuerdings wieder ein Termin für eine Vorsprache bei RA Vogel eingeräumt. Nicht zugesagt werden die Genehmigung des Ausreiseantrages und eine Frist für die Ausreise. Die Ausreiseanliegen gelten jeweils nicht nur für den Antragsteller, sondern auch für seine engeren Familienangehörigen (Frau und minderjährige Kinder).

2.4) Unsere Botschaften widmen sich engagiert der Beratung hilfesuchender Deutscher aus der DDR. Die vielen zusätzlichen Stunden mit psychologisch schwierigen Gesprächen und das humanitäre Engagement sind anzuerkennen. Bei den Beratungen der Botschaften geht es in erster Linie darum, die Hilfe suchenden von der Festsetzung durch argumentative Gespräche abzuhalten, ohne ihnen jedoch falsche Hilfeszusagen zu machen. Andererseits dürfen die Vertretungen einen offensichtlich gefährdeten Deutschen aus der DDR nicht abweisen (keinen in das Messer laufen lassen). Bei schwierigen Festsetzungsfällen sollen die Botschaften<sup>5</sup> auch eine gewisse Zeit lang aussitzen, da sich oft mit der Dauer der Festsetzung eine erhöhte Einlenkungsbereitschaft der Betroffenen zeigt.

II. Eine Dienstreise nach Prag und Budapest vom 11. bis 13. November hatte u. a. folgende Ergebnisse:

1) Die Verhältnisse in Prag erlauben es der Botschaft, auch über längere Zeit unter zwar beengten und nicht bequemen Verhältnissen, aber dennoch zumutbar, Zufluchtsuchende in begrenzter Zahl unterzubringen.

In Prag werden die Gespräche mit rat- und zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR prinzipiell auf Referentenebene geführt. Der RK-Referent<sup>6</sup> behandelt vor allem die Fälle, die während der Dienstzeit anfallen. Ansonsten führt auch

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck handschriftlich eingefügt:  
„diese“.

<sup>6</sup> Frank Burbach.

der Bereitschaftsdienst nach vorhergehender Einweisung die Gespräche. Die oft stundenlangen schwierigen Gespräche bedeuten eine erhebliche, auch außer-dienstliche Belastung für die Referenten der Botschaft Prag. Wegen der damit anfallenden Fernschreibtätigkeit wäre für Prag eine zusätzliche VST<sup>7</sup>-Kraft erwünscht. Die Übermittlung der Daten als FS ist unerlässlich, um eine schnellstmögliche Weiterverarbeitung in Berlin zu garantieren. Hinzu kommen Überlegungen des Datenschutzes und der wichtigen schnellen Information der Spalte des BMB (Staatssekretär Rehlinger).

In Prag wird mit einem möglichen neuen Ansturm von Zufluchtsuchenden zur Zeit des Kanzlerbesuches im Januar<sup>8</sup> gerechnet.

2.1) Bezuglich der Unterbringung von Zufluchtsuchenden ist die Kapazität in Budapest beschränkter als in Prag. Die Behandlung ist dafür besser (angenehme Unterkunft, bessere Verpflegung). Schwierig ist die Lage in Budapest wegen der räumlichen Trennung der RK-Abteilung und der Botschaft (sieben Kilometer). Bei den Gesprächen in Budapest zeigte sich, daß hier zwar wesentlich weniger Fälle von Vorsprachen und Festsetzungen zu verzeichnen sind, daß es sich aber öfters um Problemfälle handelt (vergebliche Fluchtversuche, illegaler Grenzübertritt usw.).

2.2) Die Botschaft Budapest wurde darauf hingewiesen, daß man auch bei Abwesenheit des RK-Referenten<sup>9</sup> möglichst einen Referenten mit den Gesprächen beauftragt und dieses nicht den Sachbearbeitern überläßt, um mögliche Fehler auszuschalten. Bezuglich Zusagen müsse man sich an die Vorgaben des BMB Berlin halten, um<sup>10</sup> keine zusätzlichen, nicht einhaltbaren Versprechungen zu machen bzw. falsche Hoffnungen zu wecken. Die Deutschen aus der DDR sind darauf hinzuweisen, daß ihnen rechtlich zwar Pässe ausgestellt werden können, daß diese Pässe ihnen aber eher schaden als nutzen. Eine Ausreise mit einem Paß der Bundesrepublik Deutschland ohne Einreisesichtvermerk ist weder aus der ČSSR noch aus Ungarn möglich. Es wurde nochmals eindringlich daran erinnert, keinesfalls Auskünfte an die Presse über Festsetzungsfälle zu geben. Jede Kommentierung ist zu vermeiden, Anfrager sind an das Pressereferat des Auswärtigen Amtes zu verweisen.

3) Der jetzt vorgenommene Erfahrungsaustausch mit den Botschaften Prag und Budapest hat sich als nützlich erwiesen. Derartige Gespräche sollten deshalb zukünftig regelmäßig durchgeführt werden.<sup>11</sup>

Bei einer weiteren Zunahme der Zufluchtsfälle und der Vorsprachen sollte auch eine personelle Verstärkung der betroffenen Vertretungen (zumindest vorübergehend) wohlwollend geprüft werden.

Kunzmann

**B 85 (Referat 513), Bd. 1737**

<sup>7</sup> Vorzimmer-, Schreib- und Telefondienst.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>9</sup> Hans-Burkhard Sauerteig.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „halten und“.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

## 329

**Botschafter Bartels, Amman, an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 704**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 20. November 1987, 14.40 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 20. November 1987, 16.25 Uhr**

Vermerk: Von BM noch nicht genehmigte Fassung

Betr.: BM-Reise nach Amman vom 19. bis 20.11.1987<sup>2</sup>;  
 hier: Gespräch mit AM Taher Masri<sup>3</sup>

**Zur Unterrichtung**

1) AM Masri gab in ca. einstündigem Delegationsgespräch über bisherige Unterrichtung hinausgehende detaillierte Darstellung über Verlauf des außerordentlichen AL-Gipfels in Amman.<sup>4</sup> Mit großer Offenheit schilderte er dabei auch Konferenzpsychologie und Taktik von König Hussein sowie Reaktionen einzelner Teilnehmer. Er unterstrich, daß dank gründlicher Vorbereitung der Konferenz durch zahlreiche bilaterale Gesprächskontakte König Husseins mit arabischen Führern von Anfang an positive Atmosphäre herrschte. Souveräne und stets den Ausgleich suchende Konferenzleitung durch König habe dann ermöglicht, daß sich positive, auf konkretes Ergebnis bedachte Grundhaltung praktisch aller Teilnehmer entfalten konnte. Alle Resolutionen seien schließlich einstimmig verabschiedet worden, lediglich Libyen habe zu drei Entschlüsse Vorbehalte eingelegt. Dies sei jedoch belanglos, „as Libya doesn't count“. Selbstbewußt schätzte Masri Gipfelergebnis als großen politischen Erfolg für Jordanien und insbesondere König Hussein ein. Andererseits blieb er dabei realistisch, indem er darlegte, daß mit dem Gipfel keineswegs alle Schwierigkeiten ausgeräumt seien.

<sup>1</sup> Das von Legationsrat I. Klasse Schiff, Amman, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

<sup>2</sup> Vor seinem Aufenthalt in Jordanien besuchte Bundesminister Genscher vom 16. bis 18. November 1987 Saudi-Arabien und am 18./19. November 1987 den Irak. Vgl. dazu Dok. 322 und Dok. 330.

<sup>3</sup> Botschafter Bartels, Amman, übermittelte mit Drahtbericht Nr. 703 vom 20. November 1987 eine Zusammenfassung und Wertung des Besuchs des Bundesministers Genscher in Jordanien: „Obwohl Besuch BM kurzfristig vereinbart wurde und nur 16 Stunden dauerte, gestattete er dennoch erschöpfenden Dialog mit jordan[ischer] Führung. BM und jordan. AM Masri trafen sich zu einstündigem Delegationsgespräch (Bezugsbericht). Anschließend empfingen König und Königin sowie Kronprinz Hassan BM und Frau Genscher zu ebenfalls einstündiger Unterredung“. Vgl. Referat 310, Bd. 149620.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 11. November 1987: „Der außerordentliche AL-Gipfel von Amman (8.–11. November 1987) hat zu den großen Problemen des Nahen und Mittleren Ostens – ir[a]n[isch]-ir[a]k[ischer] Krieg, NO-Konflikt, Libanon – keine wesentlichen inhaltlichen Neuerungen oder gar Durchbrüche erzielt, wohl aber die Zerstrittenheit der arabischen Welt an zwei für die Zukunft der Region wichtigen Fronten abgemildert: Syrien und den übrigen arabischen Staaten ist es gelungen, eine gemeinsame Sprache zum irn.-irk. Krieg zu finden. Ägypten erhielt grünes Licht zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, die nach Camp David abgebrochen worden waren. Mit diesem Ergebnis hat der Gipfel die ursprünglichen – freilich sehr gedämpften – Erwartungen übertroffen. Das Verdienst hierfür fällt König Hussein zu, dessen Umsicht, Mut und Beharrlichkeit sich abermals für die arabische Welt als hilfreich erwiesen haben. König Hussein bezeichnete den Gipfel abschließend als ‚eine Konferenz der Versöhnung und der Einigkeit‘. Es bleibt abzuwarten, ob insbesondere die syrische Flexibilität anhält oder ob es Iran gelingt, Syrien wieder fester an sich zu binden.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141124.

Hände dürften nicht in den Schoß gelegt werden. Jordanien, insbesondere König Hussein, werde die eigenen Anstrengungen fortsetzen, um Entschließungen und Absichtserklärungen des AL-Gipfels praktisch umzusetzen. Hierfür erbat er aktive Unterstützung durch BM, vor allem auch im Hinblick auf deutsche Mitgliedschaft in VN-SR<sup>5</sup> und deutsche EG-Präsidentschaft ab 1.1.1988.

## 2) Gesprächsverlauf im einzelnen

a) Masri bezeichnete BM-Besuch und Interesse an Information über Ammaner AL-Gipfel als Zeichen der Freundschaft und Ausdruck der Verbundenheit mit Jordanien. Al-Gipfel habe zum richtigen Zeitpunkt stattgefunden und sei sehr gut verlaufen. Arabische Führer hätten gespürt, daß etwas geschehen müsse. Konferenz habe sich insbesondere mit vier Problembereichen befaßt. Aussöhnung Syrien–Irak (mit entsprechenden Auswirkungen auf Golf-Konflikt<sup>6</sup>) habe im Vordergrund gestanden, dann sei es um AL-Verhältnis zu Ägypten<sup>7</sup>, die Situation im Libanon<sup>8</sup> und schließlich um arabisch-israelischen Konflikt und Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz (IFK)<sup>9</sup> gegangen. Letzteres Thema sei nicht wegen fehlenden Interesses in Hintergrund getreten, sondern wegen Tatsache, daß andere, weitaus dringendere Fragen („hotter issues“) zu erörtern waren.

### b) Libanon

König habe Bemühen um Überwindung der inneren Krise des Libanon in Vordergrund zu stellen versucht und Angelegenheit gleich nach Konferenzeröffnung zur Sprache gebracht. Er habe sich für bilaterale Aussprache zwischen Assad und Gemayel ausgesprochen. Assad wollte jedoch vorsichtiger an die Dinge herangehen. Daraufhin habe Jordanien Begegnung auf niedrigerer Ebene vorgeschlagen, sei aber auch damit nicht weitergekommen, da syrische Seite erst Genaues über libanesische Haltung habe erfahren wollen. Libanesische Delegation habe daraufhin Papier vorgelegt (syrische Seite will dazu Stellung nehmen). Trotz dieser intensiven Bemühungen, die algerischer Präsident<sup>10</sup> kräftig unterstützt habe, sei es so nur gelungen, Dialog in Gang zu setzen und Zustimmung für weitere jordanische Vermittlungsbemühungen zu erhalten. Syrische Haltung sei konstruktiv gewesen. Assad habe deutlich gemacht, daß er bei entsprechender Machtverteilung keine Einwände gegen maronitische Präsidentschaft erhebe und auch mit einem Präsidenten Gemayel leben könne. In Verfassung<sup>11</sup> verankerter maronitischer Präsident dürfe jedoch nicht alle Macht in der Hand halten; falls Libanon starken Präsidenten wolle, dann müsse Präsidentschaft allen Gruppierungen offenstehen.

Masri ließ dann wissen, daß man libanesischen MP Hoss am 21.11.1987 in Amman zu Gesprächen erwarte. BM wies auf Treffen mit Gemayel am 25.11.87

<sup>5</sup> Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18f.

<sup>6</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

<sup>7</sup> Zur Neuregelung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga und Ägypten vgl. Dok. 322, Anm. 11.

<sup>8</sup> Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 336, Anm. 6.

<sup>9</sup> Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

<sup>10</sup> Chadli Bendjedid.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der libanesischen Verfassung vom 23. Mai 1926 in der Fassung vom 21. Januar 1947 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 573–582.

in Deutschland hin.<sup>12</sup> Masri sagte zu, mir so frühzeitig wie möglich Informationen über Hoss-Gespräche zur Unterrichtung BM zukommen zu lassen. Masri legte schließlich noch dar, daß Hoss sich vor Konferenz selbst ausmanövriert habe, da er sehr aggressives Papier verteilen und außerhalb der von Gemayel geführten Delegation teilnehmen wollte. Dies habe König Hussein abgelehnt.

#### c) Ägypten

Erörterungen hierzu seien einfach gewesen. (BM: Zeit war reif.) GCC-Staaten hatten sich schon vor AL-Gipfel über Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu AGY verständigt. Irak habe sich für AL-Mitgliedschaft AGYs stark gemacht, Syrien und Libyen hätten dies jedoch mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Auch Algerien habe sich zunächst ablehnend gezeigt, sich dann jedoch der Mehrheitsmeinung zugewandt. Assad habe daraufhin erklärt, nicht „cause for division“ sein zu wollen. Er habe Widerstand und Vorbehalte gegen Rückkehr Ägyptens ins arabische Lager auf bilateraler Ebene fallenlassen.

#### d) Syrien–Irak, Golf-Krieg

Durchbruch im syrisch-irakischen Verhältnis sei am Abend des zweiten Konferenztages erfolgt, als König die beiden Kontrahenten im Kreis fünf weiterer Teilnehmer (Führer von Kuwait<sup>13</sup>, Abu Dhabi<sup>14</sup>, Algerien, Nordjemen<sup>15</sup> sowie saudischer Kronprinz<sup>16</sup>) empfangen habe. Gleich zu Beginn habe sich Spannung gelöst, daraufhin habe man drei Stunden lang mit Blick auf Zukunft und ohne Vorhaltungen aus der Vergangenheit miteinander gesprochen und folgendes vereinbart: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen<sup>17</sup>, Öffnung der Grenzen, Ende der gegenseitigen Beschimpfungen in Medien.

König Hussein werde am 23.11.1987 nach Damaskus reisen, um Fortgang der irakisch-syrischen Aussöhnung und Libanon-Frage zu erörtern.<sup>18</sup>

Auf BM-Frage nach Hauptproblemen zwischen Assad und Saddam Hussein verwies Masri auf psychologische und persönliche Animositäten. Außerdem halte Assad an syrisch-irakischem Einigungsabkommen<sup>19</sup> (1978 mit Saddam Husseins Vorgänger<sup>20</sup> abgeschlossen) fest. Jordanien habe dem entgegengeholt, daß Zusammenwachsen nur allmählich erfolgen könne und zunächst Vertrauen auf beiden Seiten hergestellt werden müsse. Anders als bei Geheimtreffen in Jord-

<sup>12</sup> Präsident Gemayel besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 27. November 1987. Vgl. dazu Dok. 336.

<sup>13</sup> Dschabir al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah.

<sup>14</sup> Zayed bin Sultan al-Nahyan.

<sup>15</sup> Ali Abdullah Saleh.

<sup>16</sup> Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud.

<sup>17</sup> Der Irak hatte im September 1980 die diplomatischen Beziehungen zu Syrien abgebrochen.

<sup>18</sup> König Hussein hielt sich am 25. November 1987 in Syrien auf.

<sup>19</sup> Präsident Assad besuchte den Irak vom 24. bis 26. Oktober 1978. Am 26. Oktober 1978 unterzeichneten Assad und Präsident al-Bakr eine „Charta für eine gemeinsame Nationale Aktion“. Der syrische Botschafter al-Atassi legte Ministerialdirektor Lautenschlager am 12. Februar 1979 zu den darin niedergelegten Zielen dar: „Die Fusionierung zwischen Syrien und Irak werde aller Voraussicht nach bis spätestens Ende dieses Jahres vollzogen sein. Die Form (Föderation oder Konföderation) sei noch offen. Die Vereinigung beider Länder werde aber sehr weit gehen (ein Staatspräsident, ein Parteiführer, eine Außenpolitik und eine Armee). Die neue Union werde ein ‚Faktor der Stabilität‘ im Nahen Osten sein, der leichter einer Einflußnahme von außen widerstehen könne als Einzelstaaten. Ihr käme angesichts der Destabilisierung der Lage im Iran besondere Bedeutung zu.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 125025.

<sup>20</sup> Ahmed Hassan al-Bakr.

nien (April 1987) habe Assad nicht widersprochen. Bei Apriltreffen seien 20 Stunden lang nur Vorwürfe über Streitigkeiten der Vergangenheit ausgetauscht worden. Dieses Mal habe Syrien den Wandel gewollt. Assad habe erkannt, daß Syrien isoliert und geschwächt ist, mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und daher Rückkehr zu arabischer Gemeinschaft angebracht erscheint. Wandel werde auf syrischer Seite allmählich erfolgen, da Assad Zeit brauche, um Partei einzustimmen und Verbindungen zu Iran umzustellen (hierbei muß Syrien wohl Situation im Libanon, insbesondere Stellung der dortigen Hisbollah, berücksichtigen). Syrisch-irakische Verständigung habe schließlich Erörterungen über Golf-Krieg erleichtert.

Golf-Krieg sei im Zusammenhang mit irakisch-syrischem Verhältnis, Lage in Kuwait (und Vorfällen in Mekka<sup>21</sup>), nicht als eigenständiger Punkt erörtert worden. Dies sei in vier auf Delegationsleiter beschränkten Sitzungen geschehen. Dabei sei deutlich geworden, daß Assad seine Haltung geändert hatte und Bewegung in der Angelegenheit anstrebe.

Masri schilderte dann Diskussionsverlauf im Redaktionskomitee bei Formulierung der Resolutionen zu SRR 598<sup>22</sup> und Lage in Kuwait:

Jordanien wollte Festlegung auf Implementierung von SRR 598 nach Buchstabe, Geist und dort festgelegter Abfolge. Letzterem habe syrischer AM<sup>23</sup> nicht zugestimmt. Auf Weisung von König Hussein habe Masri daraufhin bei Assad dargelegt, daß diese Forderung taktische Notwendigkeit darstelle, solange IRN SRR 598 nicht akzeptiert habe. Bindende Verpflichtung der Konfliktparteien, neben Waffenstillstand auch übrige Punkte zu implementieren, wäre sonst gefährdet. Daraufhin habe Assad zugestimmt.

Weiterer Streit habe sich um Erwähnung der ausländischen Flotten im Golf entsponnen. Jordanien wollte diesen, zwischen arabischen Staaten kontroversen Punkt im Gegensatz zu Syrien vermeiden. (Auf BM-Frage: Es hätte sich Streit über Unterstützung amerikanischer oder sowjetischer Haltung hierzu entzündet.) SAR und KUW hätten jordanische Haltung unterstützt. Schließlich habe Assad auch in diesem Punkt nachgegeben.

Im Wortlaut wesentlich schärfere Resolution zur Lage Kuwaits (Verurteilung iranischer Angriffe<sup>24</sup>) sei danach innerhalb von fünf Minuten erledigt worden. Von Masri eigentlich erwarteter Vorbehalt gegen die Androhung von diplomatischen Maßnahmen gegen Staaten, die Iran Waffen liefern, sei zu seiner eigenen Überraschung nicht erfolgt.

#### e) Palästina-Konflikt

Arabische Meinungsverschiedenheiten beschränkten sich auf Formulierungen, grundsätzliche Haltung sei geschlossen. Obwohl arabisch-israelischer Konflikt

<sup>21</sup> Zu den Zusammenstößen zwischen iranischen Pilgern und saudi-arabischen Sicherheitskräften am 31. Juli 1987 vgl. Dok. 232, Anm. 4.

<sup>22</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>23</sup> Faruk al-Scharaa.

<sup>24</sup> Botschafter Wulffen, Kuwait-Stadt, berichtete am 27. Oktober 1987: „Die jüngsten Raketenangriffe auf kuwaitisches Territorium, immerhin fünf innerhalb von zwei Monaten, haben erhebliche Beunruhigung in die Bevölkerung, vor allem in die Ausländerkolonie, getragen. [...] Äußere und innere Sicherheit des Emirats haben sich verschlechtert. Es scheint, daß Kuwait immer mehr in den Krieg zwischen Irak und Iran hineingezogen wird.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 717; Referat 311, Bd. 139980.

eigentlich nicht TOP des o.a. AL-Gipfels war, mußte zu diesem Punkt wenigstens kurz Stellung genommen werden. PLO wollte jedoch ausführlichere Resolution, in der Selbstbestimmungsrecht, eigener unabhängiger palästinensischer Staat und ausschließlicher PLO-Vertretungsanspruch festgeschrieben werden sollten. Meinungsunterschiede waren bis zum letzten Moment nicht zu überbrücken. Schließlich habe man Ausweg in zwei Resolutionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten gesucht. Gemäßigte, IFK-Einberufung unterstützende Resolution stelle die wichtige, die übergreifende Haltung des AL-Gipfels beschreibende Haltung dar. Zweite Resolution wiederhole die bei anderen Gelegenheiten gefaßten arabischen Beschlüsse.

<sup>25)</sup>3) In Dank an AM Masri drückte BM Genugtuung, auch als Europäer, über das Ergebnis des AL-Gipfels aus, der nicht nur Fortschritte für arabische Solidarität, sondern auch deutliche Stärkung der Position von König Hussein erbracht habe.

4) Masri erläuterte dann – vertraulich – Planung für Follow-up des Gipfels. Zunächst habe er EG-Botschafter ausführlich unterrichtet, danach auch die Botschafter der übrigen permanenten SR-Mitglieder. US-Präsident Reagan und SU-GS Gorbatschow würden durch Briefe von König Hussein zusätzlich informiert. An F und GB würden ebenfalls schriftliche Botschaften überbracht, D sei durch BM-Besuch voll im Bilde. Weiter sollen Italien sowie Mugabe als Präsident der Nichtpaktgebundenen sowie Kaunda als OAU-Präsident informiert werden. Masri selbst werde voraussichtlich ab 27.11.1987 Reise nach JAP und CHN antreten. Ziel dieser Aktionen sei, der internationalen Gemeinschaft den in Amman vollzogenen Aufbruch zu neuer arabischer Gemeinsamkeit zu erläutern. BM kündigte eine die Gipfel-Ergebnisse würdigende EPZ-Erklärung beim nächsten Rat am 23.11.1987 an<sup>26</sup> und unterrichtete Masri, daß US-AM Shultz in Brief Behandlung des arabisch-israelischen Konflikts bei Gipfel-Begegnung von Reagan und Gorbatschow<sup>27</sup> bestätigt habe.<sup>28</sup> Daher sei umfassende Information von USA und SU sehr wichtig, auch von CHN, auf das Moskau bei seinen Entscheidungen immer mit einem Auge blicke.

5) Auf BM-Frage, wie Jordanien weiteres Vorgehen des VN-SR sehe, verwies Masri auf hierzu von US entwickelte Vorstellungen, mit der Formulierung einer Folgeresolution zu SRR 598 zu beginnen. Dies werde von Jordanien unterstützt.

Masri kam dann auf iranische Vorbereitung neuer Offensive zu sprechen (BM: tiefe Besorgnis). Damit sei Tür für weitere Bemühungen des VN-GS<sup>29</sup> verschlossen, und es blieben kaum Handlungsoptionen. Masri erwartet, daß iranische Offensive zwar quantitativ bedeutend sein werde, jedoch weniger gefährlich als

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 705 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 23./24. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 322, Anm. 8.

Für den Wortlaut der am 23. November 1987 veröffentlichten Presseleitlinien der Präsidentschaft im Rahmen der EPZ zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 182 f.

<sup>27</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>28</sup> Für das mit Drahterlaß Nr. 30 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 17. November 1987 an Ministerialdirigent Jansen, z.Z. BM-Delegation, übermittelte Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher vom selben Tag vgl. VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>29</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 22.

letzte Frühjahrsoffensive. Kampfbegeisterung iranischer Soldaten habe deutlich nachgelassen. Als wahrscheinlichen Zeitpunkt nannte Masri auf BM-Frage Januar/Februar, evtl. könnten Kampfhandlungen aber auch bereits im Dezember beginnen.

Masris Frage, was Teheran wohl am meisten beeindrucken könne, beantwortete BM mit Hinweis auf in SR erreichte Einigung der Fünf, die unter allen Umständen erhalten werden müsse. Entsprechende US-Bemühungen gegenüber SU sollten daher unterstützt werden. BM und Masri stimmten darin überein, daß SU sich bislang konstruktiv zeige.

Besonders besorgt zeigte sich Masri über Gefahr einer iranischen Kurzschlußreaktion gegen US im Golf, insbesondere im Verlauf der gegenwärtigen Bemühungen zur Implementierung von SRR 598, da dies mit Stärkung der IRK-Position einhergehe. BM drückte Hoffnung aus, daß IRN seine bisher gezeigte Vorsicht beibehalte. Masri verwies schließlich noch auf Schwächung Irans durch zunehmende Schwierigkeiten beim Verkauf seines Öls.

6) BM machte deutlich, daß arabische Zwistigkeiten bestimmte Leute ermuntert hätten<sup>30</sup> (zu politischen Abenteuern). Auf AL-Gipfel wiedergewonnene Geschlossenheit habe besonders in Peking Eindruck hinterlassen.

Masri unterstrich daraufhin nochmals die ruhige, ausgeglichene Atmosphäre, die während des gesamten AL-Gipfels geherrscht habe. Selbst Jalloud habe sich entgegen allen Erwartungen ruhig und beherrscht gezeigt. Auf BM-Frage meinte Masri, daß Jalloud durch die besonnene Gesprächsleitung von König Hussein und durch das Verhalten der anderen Teilnehmer beeindruckt war und von daher nicht aus der Rolle fallen wollte. Lediglich bei der Erörterung der AGY-Frage habe Jalloud deutliche Kritik geäußert und mit Iran-Unterstützung gedroht. Saddam Hussein habe daraufhin sehr ruhig darauf hingewiesen, daß Libyen mit Tschad-Konflikt<sup>31</sup> ebenfalls schwachen Punkt habe. Würde Irak Tschad unterstützen, könne Libyen sehr schnell zwei Drittel seines Territoriums abschreiben. Daraufhin habe Jalloud zurückgesteckt.

7) Gespräch wandte sich dann arabisch-israelischem Konflikt zu. BM teilte Masris Auffassung, daß dies z.Zt. keine „heiße Frage“ sei, und drückte Hoffnung aus, daß AL-Gipfel positive Auswirkungen auch für diese Frage zeigen werde.

Masri unterstrich nachdrücklich, daß arabische Seite Prinzip der friedlichen Konfliktlösung unterstütze, aber andere Seite, nämlich Israel und USA, noch nicht hierfür bereit sei. Assad stimme mit jordanischem Vorgehen, wie AL-Gipfel unterstützt<sup>32</sup>, vielleicht nicht voll überein, er habe sich aber nicht dagegen gewandt. SRR 242<sup>33</sup> bilde Grundlage für jordanische Haltung. Dies heiße israelischer Rückzug aus den besetzten Gebieten. Frage der palästinensischen Selbstbestimmung

<sup>30</sup> Korrigiert aus: „habe“.

<sup>31</sup> Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 63, Anm. 11.

Am 8. August 1987 wurde die Stadt Aouzou durch Regierungsstreitkräfte des Tschad erobert. Die Regierung des Tschad gab am 10. September 1987 bekannt, den am Vortag vom OAU-Vorsitzenden Kaunda geforderten Waffenstillstand gegenüber Libyen ab 11. September 1987 einzuhalten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, Z 165 und Z 181.

<sup>32</sup> So in der Vorlage.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578f.

stelle sich, wenn Souveränität wiederhergestellt ist, nicht vorher, PLO-Terminologie stehe dem entgegen.

8) PLO-Haltung sei für Jordanien nicht akzeptabel. Verknüpfung der Forderung nach Selbstbestimmung mit PLO-Alleinvertretungsanspruch und Forderung nach unabhängigem palästinensischen Staat werde so Entscheidung Israels überlassen. Nach jordanischer Auffassung sind diese Fragen nach einer Regelung mit Israel zu klären. Deshalb stimme Jordanien einer unabhängigen PLO-Delegation bei IFK und dort erhobener Forderung nach unabhängigem palästinensischen Staat nicht zu.

BM-Frage, ob Arafat letztlich bestimmter Haltung zugestimmt habe, beantwortete Masri ausweichend. Arafat sei mit der Befürchtung angereist, daß Jordanien ihn bei der Konferenz kaltstellen wolle. Anstatt von PM<sup>34</sup> wollte er bei Ankunft von König begrüßt werden, dieses Privileg hätten jedoch nur Staatsoberhäupter gehabt (auch nicht saudischer Kronprinz). Daraufhin haben Arafat und PLO Abendessen-Empfang des Königs boykottiert. Durch Vermittlung von Marwan Qasem, Chef des Königlichen Hofes, sei es am folgenden Tage dann zu Gespräch Arafats mit König gekommen. Beide seien anschließend gemeinsam in AL-Plenarsitzung gegangen. Diese demonstrative Geste des Königs habe zur Entspannung beigetragen. Arafat habe Jordanien-Aufenthalt über Konferenzende hinaus verlängert und weiteres Gespräch mit König geführt. Masri legte Wert auf Feststellung, daß Jordanien gegenüber PLO gesprächsbereit sei und PLO-jordanisches Verhältnis nicht mit bisherigem Zwist zwischen Assad und Saddam Hussein verglichen werden dürfe.

BM fragte sodann nach Arafats Stellung innerhalb PLO. Seit AL-Konferenz von Fes, 1982<sup>35</sup>, sei Arafats Position geschwächt. Zusätzlich müsse er nun, so Masri, auch auf die drei seit Algier<sup>36</sup> mit PLO verbundenen radikalen Gruppierungen Rücksicht nehmen. Masri sieht, so auf entsprechende BM-Frage, Stellung Arafats sowohl nach innen als auch gegenüber arabischen Regierungen als geschwächt an. Entscheidendes Problem für PLO sei, daß sie Einfluß in allen Frontstaaten (Jordanien, Syrien, Libanon, Ägypten) verloren habe. Dennoch sei PLO nach wie vor ernst zu nehmendes Symbol palästinensischer Identität.

9) BM fragte nach Erwartungen hinsichtlich Israels. Masri erwiderte, über USA Verbindung zu halten und von AGY mit zusätzlichen Informationen insbesondere über „Peres' dreams for the future“ versorgt zu werden. Shamirs Haltung sei unverändert. (BM: Er kann sich nicht ändern.) USA wollten dies nicht zur Kenntnis nehmen. König habe US-AM Shultz in London (Oktober<sup>37</sup>) bei drei Begegnungen vergeblich darauf hingewiesen.<sup>38</sup> Peres könne Bild nicht ändern. Dem stimmte BM zu unter Hinweis darauf, daß er im Sommer noch etwas optimistischer war. Masri äußerte Vermutung, USA neigten mehr zu Shamirs Hal-

<sup>34</sup> Zaid al-Rifai.

<sup>35</sup> Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

<sup>36</sup> Zur Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 20. bis 25. April 1987 vgl. Dok. 199, Anm. 5.

<sup>37</sup> Korrigiert aus: „September“.

<sup>38</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 19./20. Oktober 1987 in Großbritannien auf, wo er mit König Hussein zusammentraf.

tung und würden Peres keinerlei Hilfestellung geben. Ohne neue Anstöße (die über die bisherigen US-Ansätze, Lebensbedingungen für Bevölkerung in besetzten Gebieten zu verbessern, hinaus gingen) sei Bewegung vorerst nicht zu erwarten.

[gez.] Bartels

**Referat 310, Bd. 149620**

**330**

**Botschafter Ellermann, Bagdad, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 908**

**Citissime nachts**

**Aufgabe: 21. November 1987, 12.00 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 21. November 1987, 12.34 Uhr**

Betr.: Besuch Bundesministers in Bagdad am 18./19.11.1987<sup>2</sup>

1) Besuch Bundesministers brachte angestrebtes politisches Ergebnis:

- Neubeginn guter deutsch-irakischer Beziehungen,
- klares Verständnis irakischer Seite über unsere Position zu Resolution 598<sup>3</sup> und Beendigung des Krieges<sup>4</sup>,
- Freilassung des zu 20 Jahren verurteilten Jacob Petross<sup>5</sup>,
- eingehender Gedankenaustausch über Amman-Gipfel<sup>6</sup>.

In allen Gesprächen, insbesondere mit Präsident Saddam Hussein, machte Bundesminister deutsche Position klar, daß wir möglichst baldige Implementierung von Resolution 598 wünschen und daß jede Eskalation des Krieges und weitere Opfer von Nichtbeteiligten, wie den Tod des deutschen Ingenieurs bei einem Angriff auf das iranische Kernkraftwerk bei Bushehr<sup>7</sup>, vermieden werden sollten. Gespräche Bundesministers fanden Unterstützung durch politische Entscheidung der Bundesregierung, Irak einen neuen Hermes-Kreditplafond in Höhe von 300 Mio. DM einzuräumen.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.  
Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff am 23. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hatte zuvor vom 16. bis 18. November 1987 Saudi-Arabien besucht. Im Anschluß an seinen Besuch im Irak reiste Genscher nach Jordanien, wo er sich am 19./20. November 1987 aufhielt. Vgl. dazu Dok. 322 und Dok. 329.

<sup>3</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>4</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

<sup>5</sup> Zum Haftfall Petross vgl. Dok. 224, Anm. 20.

<sup>6</sup> Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

<sup>7</sup> Durchgängig korrigiert aus: „Bushir“.

Zum irakischen Angriff auf das iranische Kernkraftwerk Bushehr vgl. Dok. 325 und Dok. 344.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat Lutz vermerkte am 4. Dezember 1987: „Im Rahmen der 4. Tagung der deutsch-irakischen Wirtschaftskommission ist der irakischen Seite am 18.11.1987 die Eröffnung eines 300-Mio.-DM-Plafonds in Aussicht gestellt worden, wobei die ersten 100 Mio. DM eröffnet werden

Irakisches Bemühen, Besuch erfolgreich zu gestalten, war unverkennbar. Hierfür spricht, daß Präsident Saddam Hussein Bundesminister gegenüber die sofortige Entlassung von Herrn Petross ankündigte. (Petross wurde noch am gleichen Tage freigelassen.) Man sucht unsere politische Unterstützung im Golfkonflikt und ist bemüht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren. Breiten Raum nahm auf irakischer Seite die wiederholte Darlegung der Vorgeschichte des irakisch-iranischen Konfliktes ein.

2) Wichtigstes Ereignis war einstündiges Gespräch des Bundesministers mit Präsident Saddam Hussein.

Saddam Hussein führte folgendes aus:

Es gäbe grundsätzliche Fragen, über die man sich verständigen könne und bei denen man zu einer gemeinsamen Auffassung kommen könne. Es bestehe ein weltweites Interesse an dem Krieg zwischen Iran und Irak. Wenn er von diesem Krieg spreche, dann nicht nur als Iraker, sondern für den Irak als Mitglied der Völkergemeinschaft. Er wolle nicht auf Einzelheiten des Krieges eingehen. Der Bundesminister wisse, daß der Irak am Vorabend des Krieges ehrgeizige Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes gehabt hätte. Deutsche Firmen seien an der Ausführung in umfangreichem Maße beteiligt gewesen.

Dieses Aufbauprogramm werde trotz des Krieges in reduziertem Umfang fortgesetzt. Bei Kriegsausbruch sei seine Partei zwölf Jahre an der Macht gewesen<sup>9</sup>, d.h., sie seien in der Ausübung von politischer Macht nicht unerfahren gewesen und hätten gewußt, wie man entscheidende Fehler vermeidet. In dieses politische Konzept hätte ein Krieg nicht gepaßt. Seine politische Ideologie sei getragen von besserem Wohlstand und besserem Leben für den Menschen. Irak habe vor Kriegsausbruch nie eine militärische Maßnahme gegen irgend jemanden unternommen. Auch während des Krieges nicht gegen Dritte. Der Iran sei dagegen bekannt für aggressives Handeln, wie gegen die USA und andere Länder in der Region. Für den Irak sei es selbstverständlich gewesen, der UN-Resolution vom 28.9.1980 unmittelbar nach Kriegsausbruch zuzustimmen.<sup>10</sup> Hätte Irak kriegerische Absichten gehabt, dann hätte es die Annahme dieser Resolution abgelehnt. Es sei der Iran gewesen, der die Resolution nicht angenommen habe. Wenn Irak nicht mit Beharrlichkeit dem iranischen Aggressor entgegengetreten wäre, beständen heute Gefahren nicht nur für die Region, sondern auch für Europa und andere Staaten in der Welt. Manchmal werde der Iran auf internationalem Parkett sehr sanft behandelt. Vielleicht sei die Motivation hierfür, den Krieg zu beenden. Auch der Irak wolle gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Iran. Es bestehe aber kein Spielraum, wenn es um die Souveränität und die Grenzen seines Landes ginge.

Er schlage dem Bundesminister den privilegierten Ausbau politischer und wirtschaftlicher Beziehungen vor. Die Bundesregierung sei früher der wichtigste

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1681*

sollen, wenn Irak bis zum Jahresende fällige Zinsrückstände bezahlt hat [...]. Realistischerweise dürfte zunächst wohl nur mit der Eröffnung des Teilplafonds von 100 Mio. DM zu rechnen sein, da kaum zu erwarten ist, daß der Irak bald die Voraussetzungen für die Freigabe der restlichen 200 Mio. DM erfüllt.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149143.

<sup>9</sup> Am 17. Juli 1968 übernahm die Baath-Partei die Macht im Irak.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 479 des VN-Sicherheitsrats vom 28. September 1980 zum irakisch-iranischen Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 23.

Handelspartner Iraks gewesen. Was die Resolution 598 angehe<sup>11</sup>, seien sie mit der sofortigen Implementierung der Resolution in der vorgegebenen Reihenfolge einverstanden. Das irakische Verständnis der Implementierung sei offensichtlich richtig, denn 22 arabische Länder hätten auf dem Gipfel in Amman seinem Konzept vom Frieden zugestimmt.

Saddam Hussein schloß seine Ausführungen damit, daß er als Zeichen seiner humanitären Einstellung die Freilassung des inhaftierten Petross ankündigte, der noch am selben Tage auf freien Fuß gesetzt werden würde. Bezuglich des ursprünglich zu Tode verurteilten und sodann zu lebenslänglich begnadigten al-Kadhi meinte er, daß eine weitere Begnadigung nach den Gesetzen des Landes nicht möglich sei.<sup>12</sup>

Der Bundesminister dankte für die Darlegungen. Er befürworte den Ausbau guter Beziehungen zwischen beiden Ländern und verwies auf den erfolgreichen Abschluß der deutsch-irakischen Wirtschaftsgespräche in Bonn. Bei der Entscheidung, dem Irak einen Hermes-Plafond von 300 Mio. DM einzuräumen, handle es sich um eine politische Entscheidung, wie auch sein Besuch politischen Charakter habe. Bundesminister dankte auch im Namen des Bundespräsidenten für die Begnadigung von Herrn al-Kadhi zu lebenslänglich und drückte Hoffnung aus, daß doch noch eine weitere Begnadigung möglich sei. Er dankte sodann dem Präsidenten dafür, daß er Freilassung von Herrn Petross angeordnet habe. Er kündigte an, daß der Botschafter mit zwei weiteren Fällen humanitärer Bedeutung im IAM<sup>13</sup> vorsprechen werde.<sup>14</sup> Dies seien wichtige Schritte zur Festigung der bilateralen Beziehungen. Der nächste wichtige Schritt sei ein Besuch von AM Tariq Aziz, den er in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen habe.<sup>15</sup> Auf die Frage des Bundesministers, ob Petross mit ihm in die Bundesrepublik zurückkreisen könne, erwiderte Saddam Hussein, daß dies aus verfassungsrechtlichen Gründen erst in zwei bis drei Tagen möglich sei.<sup>16</sup>

<sup>11</sup> Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

<sup>12</sup> Referat 511 notierte am 27. Oktober 1987: „Der eingebürgerte deutsche Staatsangehörige al-Kadhi, geb. am 11.11.1941 in Haditha/Irak, wurde am 26. August 1986 im Irak/Flughafen Bagdad verhaftet. Das Auswärtige Amt hat in der Folgezeit mehrmals demarchiert und die irakische Seite dringend gebeten, die al-Kadhi zu Last gelegten Straftaten darzulegen [...]. Am 1. Februar 1987 wurde al-Kadhi überraschend durch das irakische Revolutionsgericht wegen Spionage zum Tode verurteilt. Bundesminister Genscher hat noch am gleichen Tag ein Gnadengesuch an den irakischen Außenminister gerichtet. Der Bundespräsident hat mit Schreiben vom 12. Februar 1987 Präsident Saddam Hussein gebeten, das verhängte Todesurteil nicht zu vollstrecken. Ein Gnadengesuch der Ehefrau des Verurteilten wurde an das irakische Präsidialamt weitergeleitet. Bundestagspräsident Jenninger hat den Fall al-Kadhi am 2. Juni 1987 gegenüber dem irakischen Parlamentspräsidenten Dr. Hammadi angesprochen. Staatspräsident Saddam Hussein hat am 9. Juli 1987 das Todesurteil gegen al-Kadhi aufgehoben und in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt.“ Vgl. Referat 311, Bd. 139977.

<sup>13</sup> Irakisches Außenministerium.

<sup>14</sup> Botschafter Ellermann, Bagdad, informierte am 22. November 1987: „Im Gespräch mit Präsident Saddam Hussein brachte Bundesminister, nachdem über Fälle Petross und al-Kadhi gesprochen worden war, die noch verbleibenden beiden Haftfälle (Ali Homam Ghazi und Wolfgang Granlund) zur Sprache und kündigte an, daß Botschafter wegen dieser Haftfälle im IAM vorsprechen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 914; Referat 311, Bd. 139973.

<sup>15</sup> Der irakische Außenminister Aziz besuchte die Bundesrepublik am 29./30. Juni 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>16</sup> Botschafter Ellermann, Bagdad, teilte am 25. November 1987 mit, daß Jacob Petross am 19. November freigelassen worden und am 25. November 1987 per Flug in die Bundesrepublik ausgereist sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 925; Referat 311, Bd. 139976.

Bundesminister führte sodann zu Resolution 598 aus, daß es sich hierbei um die bedeutsamste Entscheidung des SR handele. Er, Saddam Hussein, wisse, wie schwer es gewesen sei, sie zustande zu bringen. Jetzt sei wichtig, daß die Implementierung zügig erfolge und daß von keiner Seite Änderungen am Inhalt oder dem Verfahren der Implementierung vorgenommen würden. Ganz entscheidend sei hierbei, daß die beiden Großmächte als ständige Mitglieder des SR bei der Implementierung einvernehmlich handelten. Aus diesem Grunde käme dem Gipfel am 7.12.1987 in Washington ganz entscheidende Bedeutung zu.<sup>17</sup> AM Shultz hätte ihm mitgeteilt, daß die Implementierung von Resolution 598 als wichtiger Punkt des Gipfels zur Sprache käme.<sup>18</sup> Nichts wäre gefährlicher oder bedauerlicher, als wenn das Momentum bei der Implementierung verloren ginge. Sowohl mit den Amerikanern, aber auch mit den Sowjets sei er in Kontakt, um die Implementierung vorwärtszubringen. Er glaube, daß die Resolution durch den Gipfel in Amman eine Stärkung erfahren habe. Um so wichtiger sei es, daß in dieser entscheidenden Situation jede Eskalation vermieden würde. Er könne nur empfehlen, sich jetzt auf die Implementierung der Resolution zu konzentrieren und sich im übrigen zurückzuhalten. Unser Eintreten für die Resolution werde geleitet von dem Wunsche, die Leiden für die betroffenen Menschen zu beenden. Die Bundesregierung habe zu beiden Völkern gute Beziehungen. Es käme darauf an, daß der Konflikt sich nicht ausweite. Darüber habe er eingehend in Riad gesprochen und auf die Bedeutung eines Kooperationsabkommens zwischen der EG und den GCC-Staaten<sup>19</sup> hingewiesen.

Wie sehr auch nichtbetroffene Länder Opfer des Krieges würden, zeige der irakische Angriff auf das Kernkraftwerk bei Bushehr, den er besonders bedauert habe, da hierbei ein deutscher Ingenieur zu Tode gekommen sei, dessen Aufgabe es gewesen sei, zu kontrollieren, daß die Iraner internationale Sicherheitsvorschriften einhalten. Unser Engagement in diesem Konflikt werde geprägt von den Erfahrungen unserer eigenen Geschichte. Es gebe keine Probleme auf dieser Welt, die nicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden könnten. Deswegen hofften wir, daß die Implementierung von Resolution 598 zum Erfolg führe. Vielleicht würde sich das positiv auf das Verhältnis Ost/West auswirken und uns dritten Ländern wieder näherbringen. Für uns seien die Völker des Nahen Ostens nicht fremde Welten, sondern Nachbarn. Die politische, wirtschaftliche und technologische Entwicklung mache die Länder der Welt immer mehr voneinander abhängig. Die Deutschen fühlten sich den Arabern und damit den Irakern historisch verbunden. Aus diesem Grunde wünsche er von Herzen, daß sich der Irak bald wieder dem friedlichen Aufbau widmen könne. Er freue sich, daß der Gipfel von Amman nach langer Zeit wieder Einigkeit im arabischen Lager gebracht habe. Er wisse nicht, ob sich alle irakischen Wünsche erfüllt hätten. Fortschritte seien aber offenkundig.

<sup>17</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>18</sup> Vgl. dazu das mit Drahterlaß Nr. 30 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 17. November 1987 an Ministerialdirigent Jansen, z. Z. BM-Delegation, übermittelte Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher vom selben Tag; VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>19</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 322, Anm. 3 und 8.

In kurzer Erwiderung meinte Saddam Hussein, es hätten sich in Amman alle irakischen Erwartungen erfüllt, nur im Hinblick auf die Aufhebung des Boykotts gegen Ägypten hätte man einen weitergehenden Erfolg gewünscht. Er wolle ausdrücklich dementieren, daß Irak etwa nicht für die Aufhebung des Boykotts eingetreten sei. Im übrigen müsse er dem Bundesminister zustimmen, daß Probleme auf friedlichem Wege gelöst werden sollten. Die Araber müßten ihre Konflikte wieder intern und mit friedlichen Mitteln austragen.

<sup>20</sup>3) In Gespräch mit stellvertretendem Ministerpräsidenten Ramadan ging es um wirtschaftliche Fragen. Ramadan legte die letzten Wirtschaftsreformen (Dezentralisierung, Verwaltungsvereinfachung, Landwirtschafts- und Industriebereich) dar.<sup>21</sup> Er drückte Zufriedenheit über Ergebnis der Bonner Wirtschaftsgespräche aus und hoffte, daß deutsche Firmen sich wieder in verstärktem Maß an wirtschaftlichem Aufbau beteiligten. Bundesminister legte dar, daß es sich bei neuem Hermes-Kreditrahmen um eine großzügige, aus politischen Gründen getroffene Entscheidung handele, mit der man hoffe, bei deutschen Firmen das Interesse an dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. Deutsche Unternehmen seien nicht nur für gute Qualität, sondern auch für guten Service bekannt. Sehr wichtig sei für uns die irakische Bedienung von Verbindlichkeiten, insbesondere bei mittleren und kleineren Firmen, die weniger Reserven aufzuweisen hätten. Bei kleineren Firmen sei die Begleichung von Forderungen oft lebenswichtig. Ausführliches Protokoll folgt mit Schriftkurier.<sup>22</sup>

4) Bei den mehrstündigen Delegationsgesprächen ging es im wesentlichen um

- irakisch-iranischen Konflikt,
- Ausführung von Resolution 598,
- Beurteilung des Amman-Gipfels,

und zwar mit demselben Tenor wie im Gespräch mit dem Präsidenten.

Einen breiten Raum nahm auf irakischer Seite die Darlegung der Vorgeschichte des Kriegsausbruchs ein.

5) In Schlußgespräch des Bundesministers mit AM Tariq Aziz zogen beide Minister positive Bilanz. Bundesminister drückte Genugtuung aus, daß ein humanitärer Fall zufriedenstellend gelöst worden sei. Dies werde sich in der deutschen Öffentlichkeit sehr positiv auswirken. Es sei der beiderseitige Wille zu positiver Entwicklung deutlich zum Ausdruck gekommen. Die deutsch-irakische Wirtschaftskommission habe eine gute Basis für eine Intensivierung der wirt-

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 909 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Im Politischen Halbjahresbericht für den Irak vom 1. November 1987 wurde festgehalten: „Seit Januar 1987 wurde eine Entbürokratisierung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung (ca. 80 bis 85% des BSP) eingeleitet, durch die eine gewisse Dezentralisierung und Verlagerung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse auf die nunmehr den Ministerien direkt nachgeordneten staatlichen Unternehmen erfolgte (in vielen Fällen Auflösung der bisher zwischengeschalteten sogenannten ‚State Organisations‘). Des Weiteren wird der irakische Privatsektor verstärkt (z.B. Verpachtung von Tankstellen, forcierter Verkauf bzw. Verpachtung von Farmland, Molkereien und Schlachthöfen im staatlichen Eigentum, beabsichtigte Teilprivatisierung von Iraqi Airways). Diese Kurskorrektur in der Wirtschaftsordnungspolitik dient dem Ziel, auch unter schwierigen Kriegs- und finanziellen Bedingungen durch größere Effizienz und Flexibilität in allen Wirtschaftssektoren die Inlandsproduktion zu steigern.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 646 des Botschaftsrats I. Klasse Freundt, Bagdad, vom 5. November 1987; Referat 311, Bd. 139972.

22 Vgl. den Schriftbericht Nr. 684 der Botschaft in Bagdad vom 25. November 1987; Referat 311, Bd. 139973.

schaftlichen Beziehungen gelegt. Deutsche Unternehmen seien sehr am irakischen Markt interessiert. Firmen wie Mannesmann und Strabag hofften auch in Zukunft auf gute Zusammenarbeit. AM Tariq Aziz teilte Bundesminister mit, daß Staatspräsident Saddam Hussein große Genugtuung über das Gespräch mit Bundesminister empfunden habe. Der Präsident habe seine Ausführungen sehr geschätzt und ihn als Staatsmann mit langjährigen internationalen Erfahrungen zu würdigen gewußt.

[gez.] Ellerkmann

**Referat 311, Bd. 139973**

### 331

#### **Botschafter Ruhfus, Washington, an Auswärtiges Amt**

**114-6751/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5007**

**Aufgabe: 21. November 1987, 09.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 21. November 1987, 16.05 Uhr**

Betr.: INF-Verhandlungen/Quint-Sitzung in Washington am 20.11.1987<sup>2</sup>

Bezug: 1) DE Nr. 9342 vom 20.11.<sup>3</sup>

2) DE Nr. 1087 vom 20.11. VS-geheim<sup>4</sup>

Allen Holmes eröffnete die Sitzung mit einem knappen Bericht über die Verhandlungen zwischen Kampelman und Woronzow in Genf (hierzu gesonderter DB<sup>5</sup>):

**1) Zusammenfassung**

Erstes Thema der Aussprache war der sowjetische Entwurf zum Notenwechsel<sup>6</sup>. Hierzu bestand übereinstimmend die Auffassung, daß er nicht akzeptabel sei

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 23. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt „z[ur] K[enn]nisnahme“ verfügte.

Hat Wagner am 23. November 1987 vorgelegen.

Hat Mülmenstädt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 194 und Dok. 301.

<sup>3</sup> Botschafter Holik informierte die Botschaft in Washington und das Bundesministerium der Verteidigung: „Der sowjetische Entwurf eines Notenaustausches zwischen Sowjetunion und Stationierungsländern wirft erhebliche Probleme auf und ist in dieser Form für uns nicht akzeptabel.“ Holik übermittelte Änderungsvorschläge und wies insbesondere darauf hin: „Ort des Notenaustausches sollen die jeweiligen Hauptstädte sein, nicht Moskau, da die Stationierungsländer der SU bestimmte Rechte einzäumen und nicht umgekehrt.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144773.

<sup>4</sup> Botschafter Holik übermittelte der Botschaft in Washington das Schreiben, das der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, an ihn gerichtet hatte. Vgl. dazu VS-Bd. 11364 (220).

<sup>5</sup> Für Auszüge aus dem Drahtbericht Nr. 5013 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 21. November 1987 vgl. Dok. 317, Anm. 6.

<sup>6</sup> Für den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 24. November 1987 übergebenen sowjetischen Entwurf für einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme vgl. VS-Bd. 11364 (220).

und den Sowjets dies in der stärksten möglichen Form klargemacht werden müsse.

Dringlichstes Problem für die US war die Zustimmung der Stationierungsländer<sup>7</sup> zu Verdachtskontrollen auf ihrem Territorium in vertragsbezeichneten, aber während der Inspektionsdauer aufgegebenen Einrichtungen. Hierzu waren insbesondere NL und GB nicht in der Lage, heute Zustimmung zu erklären.

Zum sowjetischen Entwurf der Privilegien und Immunitäten wurde allgemein Übereinstimmung mit amerikanischen Standpunkten geäußert.

Auch die amerikanische Position zur INF-Dislozierung wurde von allen grundsätzlich unterstützt.

Übereinstimmung bestand schließlich, daß Unterzeichnung des Stationierungsländer-Abkommens (MBCA<sup>8</sup>) vielleicht am Rande des NATO-AM-Treffens um den 11.12.87 in Brüssel erfolgen könnte.<sup>9</sup>

Im einzelnen

- Notenwechsel. Alle Stationierungsländer machten es sehr klar, daß die sowjetische Zustimmung zu einem Notentext, der im wesentlichen unverändert dem westlichen Entwurf<sup>10</sup> entspreche, unverzichtbar sei. Insbesondere GB drückte diese Notwendigkeit in sehr klarer Form aus. Es bestand Übereinstimmung, daß der Abschnitt, der die Akzeptanz der Gesetze und Bestimmungen des Gastlandes vorausseicht (Absatz 3 des westlichen Entwurfs), ganz besonders wichtig sei. Wir wiesen auf die Notwendigkeit der Erwähnung des MBCA hin, hierbei insbesondere von I unterstützt. Es wurde dann jedoch davon abgesehen, die einzelnen Punkte des sowjetischen Entwurfs detailliert durchzugehen, da man grundsätzlich der Meinung war, daß es besser sei, sich nicht auf Verhandlung mit der SU hierzu einzulassen. Glitman habe heute, 20.11., in Genf gegenüber den sowjetischen Unterhändlern sehr klar den Punkt gemacht, daß es hier nicht um juristische, sondern um politische Fragen gehe, die von größter Wichtigkeit seien. GB drängte darauf, daß AM Shultz sich dieses Themas persönlich und mit allem Nachdruck annehme, falls es bis zu seinem Eintreffen in Genf<sup>11</sup> nicht gelöst sei. (Die Verhandlungen werden auch am Wochenende<sup>12</sup> weitergeführt.)
- Verdachtskontrolle in den Stationierungsländern. Hierzu machte Holmes klar, daß es sich bei der sowjetischen Forderung, Verdachtskontrollen in den Stationierungsländern auch nach der eventuellen Aufgabe der entsprechenden Einrichtungen durch die US während der vereinbarten Periode (drei Jahre Elimi-

<sup>7</sup> Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Niederlande.

<sup>8</sup> Durchgängig korrigiert aus: „BCA“.

Multilateral Basing Country Agreement.

<sup>9</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel und zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) vgl. Dok. 369.

<sup>10</sup> Für den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 5. Oktober 1987 übergebenen amerikanischen Entwurf für einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme vgl. VS-Bd. 11364 (220).

<sup>11</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 23./24. November 1987 in Genf mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse zusammen. Vgl. dazu Dok. 340.

<sup>12</sup> 21./22. November 1987.

nierungszeitraum plus zehn weitere Jahre) durchzuführen, um eine zentrale Forderung handle. Die SU sehe dies unter dem Aspekt der Gleichbehandlung, da ihre INF-Einrichtungen alle im eigenen Lande seien und damit nicht Dritten übergeben werden könnten. Holmes ging soweit, diese Frage als einen „treaty-stopper“ zu bezeichnen. NSC-Vertreter Mahley ergänzte, daß es in den Verhandlungen hierbei nicht nur um die Stationierungsländer gehe, sondern auch um die von den USA als „under contract“ behandelten Einrichtungen in den US, wozu es in der SU ebenfalls keine Entsprechung gäbe.

Eine erste Tischumfrage hierzu ergab, daß insbesondere NL und GB große Probleme mit einer solchen Regelung haben. Für NL scheint eine politische Verpflichtung, die US-Basen nach der Eliminierung keinesfalls weiter nuklear zu nutzen, im Mittelpunkt zu stehen. Im Falle GBs dürften die Souveränitätsprobleme, die sich aus einer direkten Inspektion britischer Einrichtungen durch die SU ergeben, im Vordergrund stehen. Beide Staaten betonten, daß eine Ausdehnung der bisherigen Inspektionsregelung auf national kontrollierte Einrichtungen ihrer Meinung nach erhebliche Anpassungen an bisher ausgehandelten Text des Inspektionsprotokolls und des MBCAs erforderlich machen würden, die sehr zeitaufwendig wären. B erklärte, daß es zwar mit dem amerikanischen Vorschlag große Schwierigkeiten habe, daß man aber im Sinne des Ziels der Erreichung eines INF-Vertrages zu einer Zustimmung zu dieser Konzession bereit sein könnte, wenn die erforderlichen Anpassungen der Texte vorgenommen würden. I und D äußerten weisungsgemäß, daß sie mit dem Vorschlag einverstanden sein könnten.

Nach einer Sitzungsunterbrechung, in der der britische Vertreter Holmes die Bedenken seiner Regierung und die Schwierigkeiten eines Kompromisses noch einmal sehr deutlich nahelegte, wurde in einer weiteren Tischumfrage festgestellt, daß B, I und D den amerikanischen Wünschen entsprechen könnten, während NL und GB zusagten, die Frage mit ihren Hauptstädten aufzunehmen und nach Möglichkeit vor Abreise von AM Shultz nach Genf am Sonntag, 22.11. vormittags, die US über ihre Position zu unterrichten.

Für den Fall, daß eine Zustimmung der Stationierungsländer zur von der SU gewünschten Regelung erfolgt, stellen sich die amerikanischen Juristen die praktische Lösung so vor, daß das Inspektionsersuchen auch in diesem Falle weiterhin an die USA ginge und unter amerikanischer Verantwortung die sowjetischen Inspektoren durch US-Vertreter den Zugang zu den fraglichen Einrichtungen erhielten. Insbesondere diese Konstruktion rief große Bedenken bei NL und GB hervor. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, die Einrichtungen nach Ende ihrer Nutzung durch die US für die Dauer der Inspektionsfrist nominell/juristisch weiterhin als US-Base anzusehen, die für eine Nutzung durch die Gastländer freigegeben würden. Eine weitere Erörterung dieses Punktes erfolgte nicht.

- Privilegien und Immunitäten. Hier wies US auf drei ihrer Sicht nach zentrale Punkte hin:
  - das Recht auf Gepäckkontrolle,
  - keine Zustimmung zu Steuerfreiheit,
  - Unverletzlichkeit des Wohnraumes nur im Falle von langdauernder Benutzung bei Portal-Monitoring-Vereinbarung.

Alle Stationierungsländer stimmten diesen Prinzipien zu und erklärten, daß sie auch mit den übrigen amerikanischen Anmerkungen und Kommentaren einverstanden sein könnten.

- INF-Dislozierung. Hierzu erläuterte Holmes noch einmal die Motive seines Briefes an die SCG-Vertreter. Dies fand allgemeine Zustimmung, nur NL merkte an, daß es hier besonderem politischen Druck ausgesetzt sei, es aber in einer gerade am 19.11. durchgeführten Parlamentsdebatte verstanden habe, sich alle Optionen offenzuhalten.
- Zeitschema. Holmes trug folgende Überlegungen über ein mögliches Szenario für die Zeit von Unterzeichnung bis Inkrafttreten des Abkommens vor: Unterzeichnung während des Gipfeltreffens in Washington, vermutlich am 8.12.<sup>13</sup>

Unterzeichnung des MBCA am Rande des NATO-AM-Rats in Brüssel am 11.12., alternativ dazu in der Zeit vom 14. bis 19.12. durch NATO-Botschafter in Brüssel oder durch jeweilige Botschafter in Washington. Notenaustausch in den jeweiligen Hauptstädten vor dem 20.12. Übermittlung der Unterlagen an den Senat ebenfalls vor dem 20.12. Überweisung der MBCAs, soweit notwendig, an die nationalen Parlamente Dezember 1987/Januar 1988. Ratifizierungsdebatte im Senat ca. Februar bis Juni 1988. Während der gleichen Zeit auch Ratifizierung der MBCAs durch die nationalen Parlamente. Anschließend Unterzeichnung durch den Präsidenten<sup>14</sup>, Austausch der Vertragsinstrumente und Deponierung bei den Vereinten Nationen. Dieser illustrative Zeitablauf wurde zur Kenntnis genommen, GB drückte seine Präferenz für eine Unterzeichnung der MBCAs während des NATO-Rates in Brüssel aus.

[gez.] Ruhfus

**VS-Bd. 11364 (220)**

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Am 8. Dezember 1987 wurde der INF-Vertrag unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>14</sup> Ronald W. Reagan.

## 332

**Fregattenkapitän Strebe, Teheran, an das Auswärtige Amt**

**114-6754/87 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1972**

**Aufgabe: 21. November 1987, 12.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 23. November 1987, 08.30 Uhr**

Betr.: ISR-IRN-Rüstungsgeschäfte

Bezug: KB<sup>2</sup> 69/87 vom 18.11.87

Quelle: 1) TUR-Militärattaché (B 2)

2) Gespräche mit Militärattachés, Diplomaten, jüdischen Bazaris

#### Sachverhalt

Ehemaliger ISR Luftwaffen-Chef hat ca. Mitte Oktober 1987 in Teheran ISR-IRN-Vertrag über Waffen und Ersatzteile geschlossen. Vertrag soll Gesamtvolumen von 600 Mio. US-Dollar haben und folgende Lieferungen vorsehen:

- Ersatzteile<sup>3</sup> (Hauptanteil an Liefervolumen) für Flugzeuge, Luftabwehr-Raketen und sonstiges Wehrmaterial aus US-Produktion,
- Luftabwehr-Raketen,
- Stinger,
- Luft-Boden-Raketen,
- Panzerabwehr-raketen TOW II,
- See-See-FK<sup>4</sup> (Gabriel?).

Teil des Abkommens ist die Erlaubnis zur Ausreise iranischer Juden nach Israel und die Einstellung der Farsi-Sendungen von Radio Israel.

Insgesamt sollen 30 000 iranische Juden ausreisen dürfen, davon sollen im Laufe d.J. bereits 6000 ausgereist sein, die Mehrzahl über Wien. Für jeden ausgereisten Juden soll die ISR-Regierung 50 Tsd. US-Dollar an Teheran zahlen.

Die Farsi-Sendungen von Radio Israel brachten täglich 10 Minuten sehr gute Nachrichten mit Schwerpunkt Iran und Golfregion. Sie erfreuten sich großer Beliebtheit weiter Bevölkerungskreise Irans und waren der Regierung seit langem ein Dorn im Auge. Seit ca. 10.10.87 sind diese Sendungen eingestellt.

Ebenfalls Teil dieses ISR-IRN-Abkommens soll die Intelligence-Ausbildung von 32 Angehörigen der iranischen Streitkräfte im Mossad-Camp nahe Tel Aviv sein, die 20.10.87 begann (vgl. KB 69/87).

#### Beurteilung

Z.Zt. werden zwischen IRN und ISR in aller Stille weit bessere Beziehungen gepflegt, als die offizielle Anti-ISR-Politik der IRN-Regierung, mit dem Kriegsziel der Eroberung Jerusalems, erwarten ließe.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Fiedler vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 26. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin Kaempf verfügte.

Hat Kaempf am 26. November 1987 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Vernichten.“

<sup>2</sup> Kurzbericht.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Ersatzteil“.

<sup>4</sup> Flugkörper.

Während IRN sich nicht scheut, Waffen- und Ersatzteile einzukaufen, wo auch immer es Verkäufer findet, hat ISR außer wirtschaftlichem Interesse gewiß das Ziel, die machtpolitische Konstellation der Region nicht zugunsten IRQ<sup>5</sup> zu verändern. Solange IRQ durch IRN gebunden ist, genießt ISR weiterhin Ruhe an seiner Ostgrenze.

Dieses neue 600-Mio.-US-Dollar-Abkommen, dessen Inhalt und Abwicklungsmodalitäten noch nicht bekannt sind, wird sicher so bemessen sein, daß Iran zwar gestärkt, nicht aber zum Sieg über IRQ befähigt wird. ISR wird bei diesem „Spiel mit dem Feuer“ natürlich US-Interessen sorgfältig beachten müssen, weswegen Stinger und TOW II nicht in großen Stückzahlen erwartet werden dürfen. Auch erscheint Lieferung von Gabriel nicht nur wegen Gefährdung Sicherheit im Golf weniger wahrscheinlich, sondern auch, weil Gabriel wegen nur ihm eigenen Merkmalen sichereren Hinweis auf Ursprungsland liefern würde.

Einzelheiten über Rüstungsabkommen sind noch nicht bekannt. Für das Ausreisegeschäft gibt es zahlreiche bestätigende Hinweise, wobei der Umfang von 1,5 Mrd. US-Dollar noch im Bereich der Spekulationen liegt. Die Farsi-Sendungen von Radio ISR sind tatsächlich eingestellt.

Insgesamt erscheint das ISR-IRN Rüstungsgeschäft als sehr wahrscheinlich.

[gez.] Strebe

**VS-Bd. 13644 (310)**

### 333

#### **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**

**213-321.15 VS-NfD**

**23. November 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: Deutsch-sowjetische Direktorenkonsultationen in Bonn am  
19./20.11.1987

I. Die Konsultationen sind zufriedenstellend verlaufen und führten zu wertvollen Zwischenergebnissen. Es bestehen nunmehr gute Aussichten, bis zum Besuch von Außenminister Schewardnadse<sup>4</sup> einige Vorhaben unterschriftenreif zu machen

<sup>5</sup> Irak.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 4. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ück- sprachel].“

Hat Ministerialdirigent Jansen am 8. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Er-[ledigt].“ Ferner verfügte er den Rücklauf an Referat 213.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 11. Januar 1988 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

unter der Voraussetzung, daß zügig und konstruktiv weitergearbeitet wird. Die sowjetische Delegation hatte offensichtlich politische Weisung, flexibel zu verhandeln. Dies bedeutete einen Fortschritt gegenüber der sowjetischen Haltung bei der ersten „Berlin-Runde“ in Moskau am 5./6. Oktober<sup>5</sup> und erleichterte die bezüglich Berlins weiterhin mühsame Lösungssuche.

Die Atmosphäre war freundlich, zeitweise aufgelockert. Botschafter Kvizinskij nahm an zwei der drei Sitzungen teil, offensichtlich vor allem deshalb, um auf die Besprechung des Konsultationsprotokolls<sup>6</sup> maßgebend einwirken zu können.

Staatssekretär Sudhoff betonte in dem knapp einstündigen Gespräch mit Bondarenko erneut unsere Entschlossenheit zur Verstetigung und zum Ausbau der bilateralen Beziehungen. Zugleich unterstrich er die Notwendigkeit, die politischen Absichtserklärungen durch entsprechendes Handeln in der Praxis glaubwürdig zu machen, und illustrierte dies am Fall der verschobenen Delegationsreise des Auswärtigen Ausschusses<sup>7</sup>.

Aus der umfangreichen Traktandenliste der Konsultationen werden folgende Punkte hervorgehoben (zu den Einzelheiten der Berlin-Fragen folgt eine gesonderte Vorlage<sup>8</sup>):

## II. 1) Protokoll über Konsultationen

Wir hatten den ersten ausführlichen Durchgang (fast drei Stunden) anhand des von Bondarenko mitgebrachten sowjetischen Gegenentwurfs.<sup>9</sup> Es wurde deutlich,

<sup>5</sup> Ministerialdirigent Kastrup notierte am 7. Oktober 1987: „1) Als Ergebnis der zehnständigen Erörterungen kann festgestellt werden, daß wir Fortschritte erzielt haben, die unter dem Strich als bedeutsam gelten können. Zum ersten Mal seit den 70er Jahren wurden altbekannte, stets Reibungen verursachende Berlin-Fragen (konsularische Betreuung von Berlinern, Bezeichnungsfragen, Betreuungsmodalitäten usw.) in systematischer Weise auf Expertenebene behandelt. Dabei sind wir von der Stelle, wenn auch noch nicht vom Eis gekommen. Am Ende des ersten Tages resümierte Bondarenko, in den Hauptfragen sei keine Lösung erreicht worden. Nach Abschluß der Begegnung machte Ussytschenko am Flugplatz jedoch deutlich, daß die sowjetische Seite zufrieden ist und den nun vorgenommenen, überfälligen Anstoß für eine Flurbereinigung ebenfalls als wertvoll ansieht. 2) Es war ein äußerst mühsames Unterfangen, bei dem es auf unserer Seite klarer Worte und großer Festigkeit, ja Hartnäckigkeit bedurfte, damit sich die sowjetische Position überhaupt entwickelte. Ein ‚neues Denken‘ oder eine Bereitschaft, politischen Erklärungen („eine neue Seite“) Taten folgen zu lassen, waren zunächst nicht erkennbar. Vielmehr baute die sowjetische Seite teilweise maximalistische Positionen auf und versuchte gelegentlich sogar, uns auf einen Status quo ante zurückzudrängen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

<sup>6</sup> Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 280, Anm. 22.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat Ischinger informierte am 27. November 1987: „Die ursprünglich für die Zeit vom 16. bis 19.11.1987 vorgesehene Reise einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages nach Moskau mußte wegen der Berlin-Problematik verschoben werden, da die sowjetische Seite an der Teilnahme von zwei Berliner Abgeordneten Anstoß nahm. Die sowjetische Regierung hat ihren Standpunkt noch einmal am Tage der Absage in einem Gespräch zwischen AM Schewardnadse und Botschafter Meyer-Landrut bekräftigt. Dennoch ist sie offenbar daran interessiert, die Reise 1988 nachzuholen und den Schaden zu begrenzen, wie aus verschiedenen öffentlichen, auch diplomatischen, Äußerungen hervorgeht. [...] Die Berlin-Problematik hat seit der Intensivierung des deutsch-sowjetischen Parlamentarieraustausches als Bremse gewirkt und eine freie Entfaltung behindert. Immerhin ist jedoch seit der Wiederaufnahme des Parlamentarieraustausches, der wegen Afghanistan eingestellt war, seit zwei bis drei Jahren eine gewisse Verstetigung erkennbar. Hierbei unterscheidet die sowjetische Regierung zwischen offiziellen Kontakten der Parlamente (B[undes]-T[ag] – Oberster Sowjet) und sonstigen Abgeordneten-Reisen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143513.

<sup>8</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup vom 26. November 1987 vgl. Referat 213, Bd. 143612.

<sup>9</sup> Für den am 19. November 1987 übergebenen sowjetischen Entwurf eines Konsultationsprotokolls vgl. die Anlage 1 der Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Grunenberg vom 22. November 1987; Referat 213, Bd. 143539.

daß die sowjetischen Vorstellungen in der Substanz weit über die unsrigen hinausgehen. Bondarenko und Kvizinskij argumentierten, daß das Dokument nicht nur technischen Charakter haben, sondern eine Aussage über die allgemeine Ausrichtung unserer Arbeit enthalten solle. Ich lehnte dies nicht ab, wies aber darauf hin, daß der sowjetische Entwurf den bestehenden Unterschieden nicht genügend Rechnung trage und die unterschiedlichen Größenverhältnisse nicht berücksichtige. Das Gebot der Ehrlichkeit verlange einen nüchternen Text, der sich an den Modellen aus den 70er Jahren orientiere.

Der sowjetische Entwurf weicht vor allem in folgenden vier Punkten von dem unsrigen ab:

- schwergewichtige Präambel („Bereitschaft, gemeinsam und (oder) parallele Anstrengungen ... zu unternehmen“);
- Gewaltverzichtsklausel;
- detaillierte, aber selektive Umschreibung der Themen von Rüstungskontroll-Konsultationen mit Zielvorgaben;
- Festlegung auf globale Konsultationsthemen in der Terminologie des sowjetischen Konzepts des Systems umfassender internationaler Sicherheit.

Nach dem ersten Durchgang wurde in einer gesonderten Redaktionssitzung ein konsolidierter Text mit Klammern zusammengestellt, der den jetzigen Diskussionsstand wiedergibt.

Ich lege Ihnen hiermit diesen Text zu Ihrer Unterrichtung vor (ein Doppel geht an MD Teltschik). Zugleich lasse ich den Text im Haus prüfen.<sup>10</sup> Nach Eingang der Stellungnahme wird Ihnen – möglichst noch in dieser Woche – eine Entscheidungsvorlage vorgelegt werden.<sup>11</sup>

## 2) Generalkonsulate Kiew/München<sup>12</sup>

### 2.1) Berlinfragen

- Zur Frage der Betreuung juristischer Personen aus Berlin (West) schlug Bondarenko einen Text vor, der uns voll befriedigt.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Am 23. November 1987 leitete Vortragender Legationsrat Libal die überarbeitete Fassung eines Konsultationsprotokolls an die Referate 221, 230, 421 und 500 mit der Bitte um Stellungnahme bis 25. November 1987. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 143534.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 30. November 1987 einen neuen Entwurf für ein Konsultationsprotokoll vor, den er, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesministers Genscher, Botschafter Kvizinskij als „revidierten deutschen Vorschlag“ übergeben wollte. Vgl. Referat 213, Bd. 143534.

<sup>12</sup> Zu den Verhandlungen über die Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik und der UdSSR in Kiew bzw. München vgl. Dok. 133.

Referat 213 vermerkte am 15. September 1987: „In der letzten regulären Gesprächsrunde (21.5.) legte die sowjetische Seite den Entwurf eines Verhandlungsprotokolls vor, das während des Bonn-Besuchs von AM Schewardnadse [...] nach sowjetischem Wunsch unterzeichnet werden soll. Dieser Entwurf sieht im einzelnen vor: Amtsbezirke: Bayern und Ukraine mit der Möglichkeit zur späteren Vergrößerung (entspricht auch unseren Vorstellungen); Personalquote: 27, d. h. weitgehende Annäherung an unser Angebot von 25 Personen! [...] Zusage der gegenseitigen Unterstützung bei Regelung der Unterbringung; Möglichkeit der Funkverbindung für die Generalkonsulate; Ankündigung, daß Vertretungen bis zum 1.7.1988 eröffnet sein sollen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143543.

Am 13. November 1987 vermerkte Referat 213, seit der Gesprächsrunde am 21. Mai 1987 seien weitere Vorschläge ausgetauscht worden: „Während bei einer Reihe von Punkten uns nur redaktionelle Differenzen trennen (Funkverkehr, Kurierverbindung, Dienstreisen etc.), bestehen materielle Unterschiede von Bedeutung v. a. in den folgenden Fragen: Wir versuchen von der sowjetischen Seite die

– Bondarenko will die von uns aus Berlingründen gewünschte Struktur der Vereinbarung (einseitige Noten anstatt Notenwechsel) anscheinend konzedieren, hat aber noch Probleme mit der eigenen Rechtsabteilung.

2.2) In der schwierigsten übriggebliebenen Sachfrage (Zugang von Sowjetbürgern zum Generalkonsulat) bewegen wir uns ebenfalls auf eine Einigung zu. Bondarenko bot in der Sache die Formel aus dem KSZE-Dokument von Madrid<sup>14</sup> an. Er wies eindringlich darauf hin, daß die Amtsspitze eingeschaltet worden sei, es aber die Macht des Außenministeriums übersteige, eine Ausnahmeregelung, wie wir sie wünschten, durchzusetzen. Ihnen selbst seien die Zwischenfälle unangenehm, man bemühe sich, sie zu verhindern. Unter Hinweis darauf, daß sich die interne Behandlung der humanitären Fragen entwickle, stellte er eine bilaterale Vereinbarung für die Zukunft in Aussicht.

Ich unterstrich die Notwendigkeit einer Zusicherung, daß der Zugang besser gehabt werde als in der Vergangenheit. Die Aufnahme der Madrid-Formel in die Vereinbarung wird einen Fortschritt darstellen.

### 3) Zwei-Jahres-Kulturprogramm<sup>15</sup>

Wir haben in der zweiten, von Dg21<sup>16</sup> geleiteten Sitzung die am 5./6.10. in Moskau begonnenen Gespräche über die strittigen Berlinfragen (Betreuungsmodali-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1693*

Zusage zu erhalten, daß ungehinderter Zugang zu unserem Konsulat auch für Sowjetbürger gewährt wird. [...] Die SU hat die von uns gewünschte Zusage bislang noch keinem anderen Land gewährt. Sie verweist regelmäßig auf die Bestimmungen der eigenen Rechtsordnung und die internationalen Verpflichtungen, für die Sicherheit der diplomatischen/konsularischen Vertretungen zu sorgen. Ein möglicher Kompromiß könnte auf der Grundlage des Madriter KSZE-Schlußdokuments („der Zugang von Besuchern zu diesen Missionen wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse dieser Missionen gewährleistet“) zustande kommen. [...] Struktur der Dokumente, in die wir die zwischen beiden Seiten vereinbarten Absprachen über die Errichtung der GK einbringen. Wir wollen vermeiden, daß die Gespräche durch deutsch-sowjetische Differenzen in bezug auf Berlin blockiert werden. Wenn wir die Absprachen in einer Form fixieren können, die den Vertragscharakter vermeidet, so benötigen wir keine schriftliche Berlin-Klausel. [...] Die konsularische Betreuung der Berliner.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143543.

13 Für die sowjetische Erklärung zur Frage der konsularischen Betreuung natürlicher und juristischer Personen aus Berlin (West) vgl. Referat 213, Bd. 143543.

14 Vgl. Ziffer 7 des Kapitels „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 549.

15 Zum deutsch-sowjetischen Kulturprogramm vgl. Dok. 177, Anm. 29.

Nach der Sitzung der deutsch-sowjetischen Gemischten Kulturkommission vom 12. bis 14. Oktober 1987 in Moskau legte Vortragender Legationsrat Ehni am 23. Oktober 1987 den Entwurf eines Zwei-Jahres-Kulturprogramms „zur baldigen gemeinsamen Beratung mit der sowjetischen Seite“ vor. Vgl. Referat 213, Bd. 143612.

Am 17. November 1987 berichtete Ehni über Verhandlungen zum Zwei-Jahres-Kulturprogramm, die vom 11. bis 16. November 1987 in Moskau stattfanden: „Die Verhandlungen (insgesamt über 28 Stunden) waren eine Sitzung des Redaktionskomitees mit dem Mandat des Plenums der Gemischten Kulturkommission vom 12. bis 14.10.1987 zur Textformulierung. Die sowjetische Seite machte ihren Verhandlungswillen und positiven Verhandlungsgeist deutlich (u. a. zeitweise Leitung durch den Ersten Stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung Kultur und humanitäre Fragen im SAM, Botschafter Kupzow, zusammen mit Vertretern des Hochschul-, des Schul- und des Kulturregierungsministeriums). Trotzdem waren die Verhandlungen langwierig und gelegentlich auch hart.“ Die offenen Probleme seien folgende: „a) Anzahl und Struktur der Listen der kulturellen Austauschvorhaben und der Hochschulpartnerschaften (Berlin); b) Übertragung des WTZ-Modells auf die kulturelle Zusammenarbeit (personenbezogene Postfachlösung für Mitarbeiter des Deutschen Archäologischen Instituts). Hinweis von sowjetischer Seite auf Dreistufigkeit bei WTZ (Rahmenabkommen, drei Ressortvereinbarungen, Programmlisten mit Postfachlösung); c) Sowjetische Seite setzt alle Bezeichnungen, die das Wort ‚deutsch‘ enthalten (außer deutsche Sprache) konsequent in Anführungszeichen [...]. Sowjeti-

täten, Direktkontakte, analoge Anwendung des WTZ-Modells<sup>17</sup>, Listen, Berlin-Klausel) fortgesetzt und beachtliche Fortschritte erzielt.<sup>18</sup> Die Sachfragen waren nicht Gegenstand der Konsultationen.

4) Ich habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, der menschenrechtlichen Dimension auch im bilateralen Verhältnis mehr Raum zu geben, und nach dem amerikanischen Muster die Bildung einer Expertengruppe über humanitäre Fragen<sup>19</sup> vorgeschlagen. Bondarenko verhielt sich nicht abweisend. Wir einigten uns, Einzelheiten über unsere Botschaft an das sowjetische Außenministerium heranzutragen.<sup>20</sup>

#### 5) Informationsaustausch mit der Sowjetunion

Ich habe Verbesserungen in der PÖA<sup>21</sup> vorgeschlagen (Vortragsveranstaltungen, Fernsehauftritte, Erhöhung der Auflage von „Guten Tag“<sup>22</sup>). Außerdem hatten wir einen ausführlichen Meinungsaustausch über das Problem Deutsche Welle.<sup>23</sup> Auch dieses Thema soll durch die Botschaft Moskau vertieft werden.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1694*

sche Seite wünscht Streichung des Punktes/Ziffer zur „Deutschen Forschungsgemeinschaft“. d) Kapitel IX: Sowjetische Seite lehnt Übermittlung von Angaben über unsere Botschaft Moskau ab, da sie annimmt, daß auf diese Weise Angaben zu Berliner Vorhaben einbezogen werden. Kapitel XI: Sowjetische Seite lehnt das Wort Bundesländer ab und spricht statt dessen von Ländern der Bundesrepublik Deutschland; e) Schlußbestimmungen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143612.

<sup>16</sup> Dieter Kastrup.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.

Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ulrich vom 20. November 1987 über die Delegationsgespräche unter Leitung des Ministerialdirigenten Kastrup und des Abteilungsleiters im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am selben Tag; Referat 213, Bd. 143612.

<sup>19</sup> Beim Aufenthalt des amerikanischen Außenministers vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vereinbarten Shultz und der sowjetische Außenminister Schewardnadse am 13. April 1987 die Einrichtung einer bilateralen Expertengruppe über humanitäre Fragen. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 144.

<sup>20</sup> Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen informierte am 10. Dezember 1987, daß er die Bildung einer Expertengruppe über humanitäre Fragen bei den Direktorengesprächen mit der UdSSR am 19./20. November 1987 angesprochen habe. Ferner schlug er vor: „Wir sollten eine Konzeption für die Arbeit dieser Gruppe entwerfen, um sie dann über unsere Botschaft an das SAM heranzutragen. Eine Möglichkeit wäre, daß sich die Expertengruppe primär mit den konkreten Aufgaben befaßt (Familienzusammenführung, Vergleich von Listen der Ausreisewilligen, Einsicht in die Vermißten-Karteien, Besuchsreisen, Visa-Erteilung, Urkundenanforderungen etc.), die bereits auf anderer Ebene [...] erörtert worden sind. Zu prüfen wäre ferner, ob die Expertengruppe sich an das Konzept anlehnen sollte, das die Amerikaner und Sowjets für ihre bilaterale Zusammenarbeit auf dem humanitären Gebiet entwickelt haben; dies scheint eher global und prinzipiell angelegt zu sein.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143539.

<sup>21</sup> Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

<sup>22</sup> Zu der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seit 1979 herausgegebenen Zeitschrift „Guten Tag“ vgl. Dok. 177, Anm. 27.

In einer Aufzeichnung des Presse- und Informationsamtes vom 6. November 1987 hieß es: „Nach einer Anfangsphase von 30 000 (1979–1982) und 45 000 Exemplaren (1983–1985) erscheint ‚Guten Tag‘ seit Januar 1986 in einer Auflage von 60 000 Exemplaren.“ Die Zeitschrift sei „in der Sowjetunion bekannt und geschätzt“. Dies würden Leserbriefe und „kritische, aber nicht destruktive Auseinandersetzungen“ der sowjetischen Medien mit „Guten-Tag“-Artikeln zeigen: „Wegen der großen Nachfrage in der Sowjetunion ist geplant, die Auflage von ‚Guten Tag‘ in den nächsten Jahren um 40 000 Exemplare auf insgesamt 100 000 Exemplare zu erhöhen und die Anzahl der Städte von 47 auf 70 zu erweitern.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143516.

<sup>23</sup> Zu den sowjetischen Störaktionen gegen die Deutsche Welle vgl. Dok. 206, Anm. 6.

In einem gemeinsamen Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken und des Vortragenden Legationsrats Sommer vom 10. September 1987 wurde ausgeführt, die systematischen, 1968 be-

6) Umweltschutzabkommen<sup>24</sup>

Die Diskussion war sehr schwierig. Immerhin erklärte sich Bondarenko bereit, über eine Lösung nachzudenken, die kein Prinzip etabliert.

7) EG/RGW<sup>25</sup>

Wir haben Bondarenko über das Ergebnis der Abstimmung mit allen Beteiligten (Kommission, Berliner Senat, Alliierte) unterrichtet und auf dieser Grundlage die Frage erörtert. Bondarenko erklärte, er müsse in Moskau erneut in den Prüfungsprozeß eintreten.

### III. Zum weiteren Vorgehen

Wir werden, soweit zu den einzelnen Themen notwendig, die Verhandlungen und Gespräche auf den bisherigen Kanälen fortsetzen. Der sowjetische Wunsch ist, daß wir möglichst bis Mitte Januar 1988 abschließen (so Bondarenko ausdrücklich zum Konsultationsprotokoll).<sup>26</sup> Wegen der Berlin-Fragen und der Generalkonsulate haben wir eine dritte Runde vereinbart, zu der Dg21 im Januar erneut nach Moskau reisen sollte.<sup>27</sup>

Richthofen

### **Referat 213, Bd. 143539**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1695*

gognenen Störungen des russischen Programms der Deutschen Welle würden andauern: „Die Kritik der Sowjets an der [deutschen] Welle wurde u. a. von Botschafter Kvizinskij am 6.10.86 in einer Demarche gegenüber StS Meyer-Landrut zum Ausdruck gebracht. Die Hauptvorwürfe lauteten: Ausschreibung von Lügen und Verleumdungen; statt Berichterstattung über die BR Deutschland Einmischung in die inneren Angelegenheiten der SU; besondere Verantwortung der Bundesregierung angesichts der Belastungen der Vergangenheit.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143617.

<sup>24</sup> Zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 268, Anm. 34.

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 9. Dezember 1987: „In den Expertengesprächen zu Berlin-Fragen Anfang Oktober in Moskau und am 20. November in Bonn wurden [...] zunächst beiderseits die bisherigen Standpunkte ausgetauscht. Ich habe auf persönlicher Grundlage den Vorschlag eingeführt, die Möglichkeit eines Kompromisses dahingehend zu prüfen, daß die Aufstellung der Berliner Teilnehmer im Arbeitsplan unterschiedlich gehandhabt wird, nämlich zu einzelnen Vorhaben in der bisherigen Reihenfolge, zu anderen Projekten jeweils am Ende. Die sowjetische Delegation äußerte sich hierzu nicht. Möglicherweise liegt in dieser Richtung der Weg für einen Kompromiß.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143603.

<sup>25</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

Referat 411 notierte am 6. November 1987: „Bei Gesprächen mit EGK hat RGW zunächst Aufnahme einer G[eltungs]B[ereichs]K[lause] in Gemeinsame Erklärung (GE) abgelehnt mit der Begründung, Erklärung sei kein Vertrag, Aufnahme von GBK widersprüche daher Praxis der EG. EGK hält (mit unserer Unterstützung) daran fest, daß GBK in GE unverzichtbar ist. [...] In bilateralen Sondierungen mit uns (EGK ist unterrichtet) bemüht sich SU um Verständigung. In bisherigen Gesprächen Botschafter Meyer-Landrut/Bondarenko und D 2/Kvizinskij haben sich folgende Elemente für eine Lösung ergeben: GBK wird in GE im Standardwortlaut aufgenommen; aus nicht erklärten Gründen will SU in GBK aber keine Bezugnahme auf Gebiet des RGW [...]; in GE wird allgemeine Unberührtheitsklausel mit Hinweis auf ‚zwei- und mehrseitige Verträge‘ aufgenommen; RGW gibt – wie im Textilabkommen EG–Ungarn – außerhalb GE einseitige Erklärung ab mit Hinweis auf Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie das Vier-Mächte-Abkommen vom 3.9.1971; bei allen weiteren bilateralen zwischen RGW-MS und EG auszuhandelnden Verträgen wird keine Unberührtheitsklausel, sondern nur GBK aufgenommen; jeweiliger RGW-MS gibt außerhalb des Vertrages einseitige Gegenerklärung ab, so wie im Fall des Textilabkommens EG–Ungarn.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143596.

<sup>26</sup> Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten das Protokoll über Konsultationen am 19. Januar 1988. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

<sup>27</sup> Ministerialdirigent Kastrup hielt sich am 2./3. März 1988 in der UdSSR auf.

**334****Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix****214-542.40 RUM-1137/87 geheim****24. November 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Dg 21<sup>2</sup>/D 2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Aussiedlung Deutscher aus Rumänien;  
hier: Ihr Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zur Vorbereitung Ihres  
Rumänienbesuchs (17./18. Dezember 1987)<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zur Vorbereitung Ihres bevorstehenden Besuchs in Bukarest wollten Sie das Ausreisethema und die damit zusammenhängenden Fragen mit dem Herrn Bundeskanzler besprechen. Wie wir aus dem Bundeskanzleramt hören, ist dort dem Bundeskanzler ebenfalls vorgeschlagen worden, über dieses Thema mit Ihnen zu sprechen.

II. Die rumänische Seite wird auch in diesem Jahr in quantitativer Hinsicht der am 30.6.1988 auslaufenden, von den Beaufragten abgeschlossenen „Konvention“ gerecht werden (Mindestzahl 11000).<sup>6</sup> Setzt sich die zur Zeit rückläufige Tendenz fort (1.1.1987 – 31.10.1987 11032 Personen), wird zum Jahresende allerdings nur mit Zahlen zu rechnen sein, die in etwa denen des Vorjahres (13130) entsprechen. Nicht zu übersehen ist auch, daß sich das Schmiergeldunwesen insbesondere im Banat wieder ausgebreitet hat und Ausreisewillige nach wie vor benachteiligt werden.

Bisher erhält Rumänien

- für jeden in die Bundesrepublik auswandernden deutschen Volkszugehörigen (und ggf. nichtdeutschen Ehegatten) DM 7800,- zuzüglich pauschal jährlich 32 Mio. DM. 1986 beliefen sich diese Zahlungen auf rd. 135 Mio. DM.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Vortragendem Legationsrat von Blücher konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Kastrup am 24. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 24. November 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 25. November 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 26. November 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 18. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Blücher am 21. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien vgl. Dok. 375.

<sup>6</sup> Zwischen der Bundesrepublik und Rumänien wurden 1973 Absprachen über die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien getroffen, die gegen finanzielle Leistungen der Bundesregierung gewährt wurde. Am 7. Januar 1978 schlossen beide Seiten eine auf fünf Jahre angelegte Vereinbarung, die durch eine weitere Übereinkunft vom 24. März 1981 bis 30. Juni 1983 fortgeschrieben wurde. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11, und AAPD 1981, I, Dok. 101.

In Gesprächen am 20./21. Mai 1983 in Bukarest kamen beide Seiten u. a. überein, daß Rumänien im Zeitraum vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1988 jährlich 11 000 rumänischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit die Ausreise ermöglichen werde. Die Bundesregierung sollte für jede Person 7800 DM zahlen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 182.

An aktuellen, d.h. innerhalb der letzten fünf Jahre bekundeten oder wiederholten Ausreisewünschen sind

- a) rd. 68000 Fälle registriert. Während des genannten Zeitraums nicht erneuert wurden weitere
- b) 23000 vom DRK früher festgehaltene Aussiedlungsbegehren. Die Landsmannschaften gehen von weit höheren tatsächlichen Zahlen aus. Belegen lassen sich ihre Schätzungen,
- c) 80% der in Rumänien lebenden rd. 220000 Deutschen, allerdings nicht.

III. Gelänge es, die rumänische Seite dazu zu bewegen, einer Lösung der Ausreisewünsche innerhalb von drei Jahren zuzustimmen, so wären bei gleichbleibenden Preisen im Fall der Varianten (s.o.)

- a) (68000 Personen) jährlich rd. 210 Mio. DM, d.h. insgesamt 627 Mio. DM;
- b) (91000 Personen) jährlich rd. 269 Mio. DM, d.h. insgesamt 806 Mio. DM; und
- c) (180000 Personen) jährlich rd. 500 Mio. DM, d.h. insgesamt rd. 1,5 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt zu bestreiten.

Hierin nicht enthalten sind die „kostenneutralen“, weil stets als Rückführungs-kosten anfallenden Fahrtkostenpauschalen von DM 350,- pro Person.

Zu rechnen ist überdies mit einem anspruchsvollen rumänischen Forderungskatalog auf wirtschaftlichem Gebiet, so hinsichtlich einer Verlängerung der Sonderbürgschaft Temeschwar (700 Mio. DM)<sup>7</sup>,

- Sonderkrediten für Engagements der deutschen Wirtschaft in Rumänien,
- Verlängerung des Bürgschaftsplafonds (300 Mio. DM) für normale Exportgeschäfte<sup>8</sup>,
- des Engagements der DEG,
- Genehmigung für die Ausfuhr von Technologien, die unter die Kontrolle des COCOM fallen.

IV. Ceaușescus Politik der rigorosen Hartwährungsentschuldung<sup>9</sup> und auch sich verringende rumänische Exportüberschüsse haben Bukarest bislang nicht dazu

<sup>7</sup> Referat 421 berichtete am 9. Juni 1987: „Seit Januar 1978 (Besuch BK Schmidt in Rumänien) wird industrielles Großprojekt Timișoara zwischen beiden Seiten diskutiert. Durch die Ansiedlung von Produktionsbetrieben in diesem Gebiet (nach rumänischen Plänen insbesondere Elektronik und Hydraulik) sollte auch der deutschstämmigen Bevölkerung bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen geholfen werden. Zur Erleichterung der Durchführung dieses Vorhabens wurde von der Bundesregierung ein Sonderbürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM bereitgestellt, dessen Laufzeit am 28.6.1983 um fünf Jahre verlängert wurde.“ Ferner seien auf Vorschlag von BM Genscher Bevollmächtigte zur beschleunigten Durchführung des Projekts sowie eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Diese Arbeitsgruppe sei vom 10. bis 13. März 1986 zu ihrer vierten Tagung zusammengekommen. Vgl. Referat 214, Bd. 139535. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 110.

<sup>8</sup> Referat 421 vermerkte am 9. Juni 1987: „Der von der Bundesregierung für 1984 eingerichtete Plafond von 300 Mio. DM für Ausfuhrbürgschaften nach Rumänien wurde bisher nur in geringem Maße ausgenutzt (knapp 100 Mio. DM). Der Restplafond des Jahres 1984 wurde daher in die Jahre 1985, 1986 und 1987 übernommen. Im Falle des Ausschöpfung im laufenden Jahr würde über einen neuen Plafond beraten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139535.

<sup>9</sup> Die Botschaft in Bukarest berichtete im Länderbericht für Rumänien mit Stand vom 1. September 1987: „Durch eine strenge Limitierung der Importe aus westlichen Ländern sowie durch große Anstrengungen, die rumänischen Ausfuhren in allen möglichen Bereichen zu erhöhen, konnte in den letzten Jahren eine beachtliche Verringerung der Auslandsverschuldung erzielt werden. Die West-

veranlaßt, die Ausreisezahlen deutlich zu erhöhen und damit aus dem „Exportartikel Mensch“ mehr Kapital zu schlagen.

Verlässliche Prognosen für die künftige rumänische Haltung läßt die Persönlichkeitsstruktur Ceaușescus nicht zu.

Ein spektakulärer Massenexodus von 180 000 Menschen in wenigen Jahren würde Rumänen vor wirtschaftliche Probleme (Verlust von Arbeitskräften) stellen und wird auch mit dem Prestigedenken Ceaușescus nur schwer zu vereinen sein.<sup>10</sup>

In jüngeren Einlassungen zum Thema (Gespräche mit MdB Stercken Juli 1986<sup>11</sup> bzw. NRW-Arbeitsminister Heinemann September 1987<sup>12</sup>) erklärte Ceaușescu zwar die rumänische Bereitschaft, „Probleme der Familienzusammenführung“ aus humanitären Gründen zu bearbeiten, betonte aber als Prinzip rumänischer Politik, die deutsche Minderheit im Lande zu halten.

Die oben erwähnte Konvention spricht demgegenüber nicht von „Familienzusammenführung“, sondern – weiter gefaßt – von „Auswanderung rumänischer Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit“. Im Schlußsatz der Konvention erklären beide Seiten „gemeinsam ihren guten Willen, die Zusammenarbeit auch nach dem 30. Juni 1988 fortzuführen“ und rechtzeitig Verhandlungen über die Fortführung aufzunehmen.

V. Die rumänische Seite hat angekündigt, daß sie bei Ihrem Besuch auf Festsetzung eines Termins für die Rumänien-Reise des Bundeskanzlers dringen werde. Im Bundeskanzleramt ist man der Ansicht, daß die BK-Reise im Zusammenhang mit dem Abschluß einer neuen Ausreisekonvention durchgeführt werden sollte. Diese Auffassung wird hier geteilt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1698*

verschuldung dürfte noch ca. 5,5 Mrd. US-Dollar betragen und soll nach Vorstellung der rumänischen Führung bis zum Ende des gegenwärtigen Fünfjahresplans 1986–1990 restlos abgetragen werden. [...] Trotz des Rückgangs des rumänischen Exportvolumens wurde 1986 nach offiziellen Angaben ein Überschuß von 2 Mrd. US-Dollar erwirtschaftet.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1111 vom 8. September 1987; Referat 214, Bd. 139531.

10 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Hinzu kommt die Präzedenzwirkung in bezug auf die ungarische Minorität. Die Auswanderung eines so großen Bevölkerungsanteils aus einem Siedlungsgebiet dürfte auch Probleme der Nachbesiedlung aufwerfen.“

11 Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Stercken, besuchte Rumänien vom 14. bis 18. Juli 1986. Am 16. Juli 1986 führte er ein Gespräch mit Präsident Ceaușescu. Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete am folgenden Tag, daß Ceaușescu, von Stercken auf die Frage der Deutschstämmigen in Rumänien angesprochen, sich dafür ausgesprochen habe, daß „die Menschen dort bleiben und für bessere Lebensbedingungen arbeiten und kämpfen“ sollten, „wo sie geboren seien. [...] Eine Zeitlang nach dem Zweiten Weltkrieg sei der massive Ausreisewunsch verständlich und berechtigt gewesen, diese Zeit sei aber vorüber.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 527; Referat 214, Bd. 139529.

12 Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Heinemann, hielt sich vom 2. bis 10. September 1987 in Rumänien auf. Am 10. September 1987 wurde er von Präsident Ceaușescu zu einem Gespräch empfangen. Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 11. September 1987, daß zunächst Wirtschaftsfragen erörtert worden seien. Dann sei Heinemann auf seine Reise durch Siebenbürgen eingegangen, wo er zahlreiche Gespräche mit Deutschstämmigen geführt habe. Von ihnen habe er erfahren, daß sie zwar „keine Nachteile im täglichen Leben“ erdulden müßten, aber dennoch viele in die Bundesrepublik ausreisen wollten. Ceaușescu habe darauf geantwortet, „daß Probleme der Familienzusammenführung auch weiterhin auf humanitärer Basis bearbeitet würden“. Zugleich habe er betont, „daß es Prinzip rumänischer Politik sei, die deutsche Minderheit im Lande zu halten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 748; Referat 012-9, Bd. 138656.

Sie hatten Ihren Besuch 1983 (31.5./1.6.) durchgeführt<sup>13</sup>, unmittelbar nachdem die Beauftragten<sup>14</sup> die derzeit noch gültige „Konvention“ abgeschlossen hatten (21. Mai 1983).

Referat 421 hat mitgezeichnet.

Derix

**VS-Bd. 13502 (214)**

## 335

### **Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow**

**Geheim**

**24. November 1987<sup>1</sup>**

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für Ihr Schreiben vom 1. Oktober 1987<sup>2</sup> danke ich Ihnen. Ich habe Ihre Ausführungen über Stand und Perspektiven der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten und über aktuelle internationale Fragen mit großer Aufmerksamkeit und mit lebhaftem Interesse zur Kenntnis genommen. Ihrer Aufforderung, Ihnen dazu meine Überlegungen mitzuteilen, komme ich gerne nach.

In meiner Regierungserklärung vom 18. März d.J.<sup>3</sup> habe ich unterstrichen, daß die Bundesregierung auch künftig den Beziehungen zur UdSSR zentrale Bedeutung zumißt. Dementsprechend liegt auch mir daran, daß wir diese Beziehungen gemeinsam überdenken und durch Anstrengungen beider Seiten auf ein neues, höheres Niveau heben.

<sup>13</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 31. Mai bis 1. Juni 1983 in Rumänien vgl. AAPD 1983, I, Dok. 163 und Dok. 164.

<sup>14</sup> Heinz Günther Hüsch (Bundesrepublik) und Stelian Octavian Andronic (Rumänien).

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 24. November 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach mit der Bitte übermittelt, „den Text gemäß beigefügtem Drahterlaß der Botschaft Moskau übermitteln und das Original mit nächstem Luftbeutel nachsenden zu lassen“. Laut beigefügtem Drahterlaß wurde Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gebeten, das „Schreiben des Bundeskanzlers an GS Gorbatschow (nebst dort zu fertigender Höflichkeitsübersetzung) schnellstmöglich dem Empfänger persönlich oder aber AM Schewardnadse zu übermitteln“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. November 1987 vorgelegen.

Hat Pfetten-Arnbach am 25. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik verfügte.

Hat Holik am 25. November 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben und den Drahterlaß; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

Wir sind uns dabei bewußt: Jedes Bemühen, unsere Beziehungen solider und stabiler zu gestalten, liegt nicht nur im Interesse unserer Völker, sondern dient zugleich dem Frieden und der Zusammenarbeit in ganz Europa. Dies erlegt uns eine besondere Verantwortung auf. Um so wichtiger scheint mir, daß wir hierüber bald einen persönlichen Gedankenaustausch führen.

Der Wunsch der Menschen unserer beiden Staaten, die Beziehungen zu festigen, zu vertiefen und zukunftsgewandt zu gestalten, ist ein gutes Fundament für unsere Bemühungen. Meine Mitbürger möchten mit den Völkern der Sowjetunion Freundschaft pflegen. Sie haben die düsteren Kapitel der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht vergessen. Sie haben aus der leidvollen Geschichte gelernt.

Zugleich sind sie sich der Tatsache bewußt, daß die gemeinsame Geschichte nicht nur von Kriegen und Konflikten belastet, sondern durch lange Perioden freundlicher Zusammenarbeit und fruchtbaren gegenseitigen Austausches bereichert worden ist. Sie selbst haben in Ihrem Schreiben an diese guten Traditionen erinnert. Wir möchten darauf aufbauen.

Im Moskauer Vertrag<sup>4</sup> besitzen wir eine feste Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Beziehungen. Er hat Perspektiven eröffnet, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Hier liegt die konkrete Aufgabe der politisch Verantwortlichen, zu der ich stehe.

Ich teile Ihre Auffassung, daß man in der praktischen Politik von der realen Lage der Dinge ausgehen muß. Zur realen Lage der Dinge zählen das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes und sein Wunsch, die Teilung friedlich zu überwinden. Zur realen Lage zählt, daß die Bundesrepublik Deutschland die von ihr geschlossenen Verträge nach Buchstaben und Geist einhält. Sie erhebt keinerlei Gebietsansprüche gegen irgend jemanden. Sieachtet die territoriale Integrität aller Staaten und die Unverletzlichkeit aller Grenzen in Europa. Wie Bundespräsident von Weizsäcker bei seinem Staatsbesuch in der Sowjetunion<sup>5</sup> zum Ausdruck gebracht hat, geht es uns bei unserem legitimen Wunsch, die Teilung zu überwinden, um Humanität und Selbstbestimmung, die das ebenso legitime Streben aller Länder nach sicheren Grenzen und nach stabilen politischen Verhältnissen in Europa achtet.

Zur realen Lage zählt ferner, daß die Bindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) bei strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens<sup>6</sup> aufrechterhalten und entwickelt werden. Wir haben für die wirksame Einbeziehung von Berlin (West) in unsere bilateralen Verträge einen pragmatischen Weg vereinbart, der die Standpunkte beider Seiten respektiert.<sup>7</sup> Wenn dieser Weg, wie wir dringend wünschen, für die Gestaltung

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>5</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

<sup>7</sup> Die Formulierung einer Berlin-Klausel war das Ergebnis von Gesprächen zwischen Staatssekretär Frank und dem sowjetischen Botschafter Falin vom 25. bis 27. März 1972. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 74 und Dok. 86.

der vertraglichen Grundlagen unserer Zusammenarbeit auf allen Gebieten angewendet wird, könnten fortbestehende Schwierigkeiten rasch überwunden und die Beziehungen insgesamt substantiell fortentwickelt werden. In dieser Hinsicht messen wir dem bevorstehenden Besuch von Außenminister Schewardnadse große Bedeutung bei.<sup>8</sup>

Ich teile Ihre Auffassung, daß wir nunmehr daran gehen sollten, all das Positive, das unsere Länder verbindet und die Völker einander näher bringt, nach Kräften fortzuentwickeln. Wir sind zu umfassender Zusammenarbeit bereit. In vielen Bereichen können wir auf guten Grundlagen aufbauen.

Wir sind bereit, den politischen Dialog auf allen Ebenen zu intensivieren. Ein Protokoll über Konsultationen<sup>9</sup> soll ihm die Qualität geben, die seiner Bedeutung entspricht.

Mit der Einrichtung neuer Generalkonsulate in Kiew und München<sup>10</sup> wollen wir die nicht zuletzt kulturell bedeutsamen Hauptstädte einer Unionsrepublik bzw. eines Bundeslandes verstärkt in den Austausch einbeziehen.

Wir wollen die zur Zeit unbefriedigende Entwicklung unseres Handelsaustauschs rasch überwinden und den Wirtschaftsaustausch durch neue Formen der Zusammenarbeit bereichern. Ich rege in diesem Zusammenhang erneut den Abschluß eines Vertrages über Schutz und Förderung von Investitionen<sup>11</sup> an.

Die in diesem Jahr in Kraft getretenen Vereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit<sup>12</sup> sollten nunmehr zügig in die Praxis umgesetzt

<sup>8</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>9</sup> Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 333.

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen über die Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik und der UdSSR in Kiew bzw. München vgl. Dok. 333, Anm. 12.

<sup>11</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 13. Oktober 1987 hieß es: „Das Protokoll der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vom April 1987 stellt zum Thema Investitionen fest: ...Beide Seiten sind der Auffassung, daß der Abschluß eines Investitionsförderungs- und Schutzvertrags für die Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen auf dem Territorium der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nützlich wäre, und erklären sich bereit, hierüber Verhandlungen aufzunehmen.“ [...] Die Bundesregierung hat im Juli 1987 der sowjetischen Seite über die Botschaft in Moskau unseren Vertragsvorschlag (Mustervertrag) übergeben. Die sowjetische Seite hatte zuvor einen russischen Entwurf in Aussicht gestellt und Verhandlungen für das dritte Quartal 1987 vorgesehen. Eine russische Reaktion auf den deutschen Textvorschlag ist bis heute nicht erfolgt. [...] Ob ein Investitionsförderungs- und Schutzvertrag mit der Sowjetunion in absehbarer Zeit ausgehandelt werden kann, erscheint fraglich. Die in einem IFV vorgesehenen Kernelemente, wie umfassende Definition des Kapitalanlagebegriffs, Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsgarantie sowie Entschädigung, freier Transfer für Kapital und Erträge, internationale Schiedsgerichtsbarkeit sowohl für Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten als auch zwischen Investor und Staat, werden die sowjetische Seite vor erhebliche ideologische und praktische Probleme stellen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140464.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.

Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

Das Abkommen trat am 7. Juli 1987 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 394.

Zu den gleichfalls am 7. Juli 1987 in Kraft getretenen Ressortabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft sowie im Bereich der Agrarforschung vgl. Dok. 126, Anm. 20.

werden. Deshalb sollte die vereinbarte Gemischte Kommission möglichst rasch zusammentreten.

Wir wünschen die baldige Unterzeichnung des in diesem Jahr fertig verhandelten Abkommens über die Zusammenarbeit im Umweltschutz<sup>13</sup> und des ebenfalls bereits ausgearbeiteten Abkommens über Binnenschiffahrt<sup>14</sup>. Ein weiteres Abkommen über den Seeverkehr steht vor dem Abschluß.<sup>15</sup>

Für den gegenseitigen kulturellen Austausch gilt das Wort von den unausgeschöpften Möglichkeiten im besonderen Maße.<sup>16</sup> Sein jetziger Umfang entspricht weder den großen Beiträgen unserer Völker zur gemeinsamen Kultur Europas, noch den konkreten Wünschen der Menschen, die kulturellen Leistungen des anderen Volkes umfassend kennenzulernen. Wir sollten deshalb in nicht zu ferner Zukunft die Errichtung von Kulturinstituten ins Auge fassen.

Besonders wichtig halte ich die Erweiterung der zwischenmenschlichen Kontakte und die Verbesserung der Möglichkeiten, sich über das andere Land zu informieren. Deshalb sollten wir Initiativen zum gegenseitigen Kennenlernen – auch auf nicht-staatlicher Ebene – nach besten Kräften fördern und dabei dem Jugendaustausch besondere Aufmerksamkeit widmen.

In diesem Zusammenhang verzeichne ich mit besonderer Befriedigung, daß im laufenden Jahr eine vergleichsweise hohe Zahl von Sowjetbürgern deutscher Nationalität die Genehmigung zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erhalten hat. Ich hoffe im Interesse unserer Beziehungen, daß sich diese positive Entwicklung fortsetzen und verstärken läßt.

Herr Generalsekretär, die Tagesordnung unserer Beziehungen ist bereits jetzt reichhaltig, und die Chancen, schnelle und substantielle Fortschritte zu erzielen, liegen auf der Hand. Wir sind bereit, sie in vollem Umfang zu verwirklichen.

Mit besonderer Genugtuung stelle ich fest, daß auch die Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses insgesamt den Ausbau unserer bilateralen Beziehungen begünstigt. Ich habe die Ergebnisse der jüngsten Begegnungen der Außenminister der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau und Washington<sup>17</sup> öffentlich als Durchbruch gewürdigt. Ich bin der Auffassung, daß

<sup>13</sup> Zur Frage der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 333, Anm. 24.

<sup>14</sup> Ministerialdirektor Jelonek notierte am 30. Oktober 1986: „Am 27.10.1986 wurde in Moskau nach langjährigen schwierigen Verhandlungen das deutsch-sowjetische Regierungsabkommen über Binnenschiffahrt in Anwesenheit von BM Dollinger und dem amtierenden sowjetischen Minister für Hochseeschiffahrt, Tichonow, von den beiden Delegationsleitern paraphiert.“ Vgl. Referat 423, Bd. 159938.

Die Unterzeichnung des paraphierten Abkommens über Binnenschiffahrt unterblieb jedoch in der Folge, da die Frage der Flaggenführung von Binnenschiffen aus Berlin (West) ungeklärt blieb. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 210 vom 6. November 1987; Referat 210, Bd. 145232.

<sup>15</sup> Zur Frage der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Seeschiffahrt vgl. Dok. 177, Anm. 28.

<sup>16</sup> Zum deutsch-sowjetischen Kulturprogramm vgl. Dok. 333, Anm. 15.

<sup>17</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

Zum Besuch von Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 302.

Zum Treffen von Shultz und Schewardnadse am 23./24. November 1987 in Genf vgl. Dok. 340.

damit eine vielversprechende Grundlage für das Treffen zwischen Ihnen und Präsident Reagan am 7. Dezember 1987 geschaffen worden ist.<sup>18</sup>

Die Bundesregierung sieht in einem Abkommen über die weltweite Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km einen historischen Schritt. Von Beginn an hat die Bundesregierung die INF-Verhandlungen konstruktiv mitgestaltet und mit eigenen Beiträgen einer Vereinbarung den Weg geebnet. Die positiven Worte, die Sie für meine Entscheidung vom 26. August 1987<sup>19</sup> gefunden haben, weiß ich zu schätzen.

Ich bin überzeugt, daß dieses Abkommen den Rüstungskontrollverhandlungen auch in anderen Bereichen positive Impulse verleihen wird. Insbesondere begrüße ich die Absicht der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, im kommenden Jahr einen Vertrag mit dem Ziel zu schließen, ihre Potentiale strategischer Angriffswaffen zu halbieren.<sup>20</sup> Dabei müssen beide Verhandlungspartner Anstrengungen übernehmen, für das Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen eine die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigende, kooperative Lösung zu finden. Dies gilt auch für die Anwendung des ABM-Vertrages<sup>21</sup>.

In unserem entschiedenen Eintreten für ein möglichst baldiges weltweites Verbot der chemischen Waffen sind wir uns mit Ihnen einig.<sup>22</sup> Wir sind bereit, zusammen mit den anderen Mitgliedern der Genfer Abrüstungskonferenz an der Lösung der noch offenen Fragen aktiv mitzuarbeiten.

Für uns ist von entscheidender Bedeutung die Stabilisierung des Kräfteverhältnisses auch im konventionellen Bereich. Sie selbst haben in öffentlichen Äußerungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, Ungleichgewichte dort, wo sie bestehen, abzubauen. Wir wollen Stabilität auf niedrigem Niveau. Es liegt in unserem dringenden Interesse, daß in Wien<sup>23</sup> ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural noch vor Jahresende vereinbart wird. Die Verhandlungen könnten dann in der ersten Jahreshälfte 1988 beginnen.

Sie kennen unsere Sorgen wegen der großen Überlegenheit, über die die Sowjetunion bei den landgestützten Flugkörpern mit weniger als 500 km Reichweite verfügt. Mit meiner Entscheidung vom 26.8.1987 habe ich deshalb den Appell an Sie verbunden, diese einseitige Bedrohung abzubauen. Damit könnten Sie ein bedeutsames positives Signal zugunsten von Stabilität und Sicherheit in Europa setzen und günstige Voraussetzungen für Rüstungskontrollverhandlungen in diesem Bereich schaffen.

Das Atlantische Bündnis hat sich in Reykjavík am 12. Juni 1987 dafür ausgesprochen, im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen amerikanische

<sup>18</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>19</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

<sup>20</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

<sup>21</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

<sup>22</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

<sup>23</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

und sowjetische bodengestützte nukleare Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite deutlich und überprüfbar auf gleiche Obergrenzen zu reduzieren.<sup>24</sup>

Die Verhandlungen über konventionelle Stabilität sind nach unserer Überzeugung allerdings nicht der geeignete Rahmen für die rüstungskontrollpolitische Erfassung von Nuklearwaffen.

Ihre Anregung, unseren Gedankenaustausch auf die Architektur des künftigen Europa zu erstrecken, greife ich gerne auf. Die Bundesregierung bekennt sich seit ihrer Gründung zum politischen Ziel, eine europäische Friedensordnung zu schaffen, in der alle Völker in gleicher Sicherheit leben und sich in friedlichem Wettbewerb entwickeln, in der Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren, in der die Menschenrechte allseits geachtet werden und in der die Menschen ungehindert zueinander kommen. Dieses Ziel, das wir mit unseren Freunden und Verbündeten teilen, hat in der Schlußakte von Helsinki<sup>25</sup> und im Schlußdokument von Madrid<sup>26</sup> sichtbaren und richtungweisenden Ausdruck gefunden.

Alle Teilnehmerstaaten des gesamteuropäischen Prozesses sind aufgerufen, auf der Grundlage dieser Dokumente das Europa von heute und morgen aufzubauen. Jetzt geht es insbesondere darum, auf dem Wiener Folgetreffen ein konkretes Ergebnis zu erzielen, das für die Menschen spürbare Verbesserungen bringt und sie vom ernsten Willen aller Teilnehmerstaaten überzeugt, auch alle bisherigen Vereinbarungen im KSZE-Rahmen durchzuführen. Ich würde es ferner sehr begrüßen, wenn die von mir Ihnen gegenüber bereits im Sommer 1986 vorgeschlagene West-Ost-Wirtschaftskonferenz<sup>27</sup> nunmehr in Wien beschlossen würde.

Zu den europäischen Realitäten, die ich eingangs erwähnt habe, gehört auch der Prozeß der europäischen politischen und wirtschaftlichen Integration. Die Bundesrepublik Deutschland hat zusammen mit Frankreich bei diesem Prozeß von Anfang an eine führende Rolle gespielt. Dabei sind wir uns jedoch mit unseren Partnern einig, daß die Europäische Gemeinschaft nicht das ganze Europa ist. Um so mehr begrüßen wir die neuerlich bekräftigte Bereitschaft der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft auf eine neue, feste Grundlage zu stellen.<sup>28</sup> Ich würde es, Herr Generalsekretär, sehr begrüßen, wenn

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

<sup>27</sup> Bundeskanzler Kohl regte mit Schreiben vom 30. August 1985 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die „Einberufung einer internationalen Konferenz auf Ministerebene im Rahmen der KSZE-Mitglieder“ an. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 235.

Kohl wiederholte diesen Vorschlag im Schreiben vom 30. Januar 1986 an Gorbatschow. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 27.

Kohl unterbreitete schließlich am 26. Mai 1986 vor der VI. Interparlamentarischen Konferenz über europäische Zusammenarbeit und Sicherheit den Vorschlag einer „KSZE-Konferenz auf hoher Ebene“ über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. dazu BULLETIN 1986, S. 501.

Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

<sup>28</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 333, Anm. 25.

hierbei im ersten Halbjahr 1988, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft innehat, konkrete Fortschritte erreicht werden könnten. Ich sehe unserem Dialog auch über diesen Fragenkreis mit großem Interesse entgegen.

Herr Generalsekretär, Sie haben sich selbst und Ihrem Lande Aufgaben von grundlegender Bedeutung gestellt. Wir verfolgen mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie Ihren persönlichen Einsatz bei der Umgestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der Sowjetunion. Denn wir erwarten, daß die von Ihnen in die Wege geleiteten Veränderungen auch der Öffnung, dem Dialog und der Zusammenarbeit zwischen West und Ost zugute kommen werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen Erfolg.

Ich betrachte diesen Meinungsaustausch mit Ihnen, Herr Generalsekretär, als eine wertvolle Vorbereitung unserer persönlichen Begegnung, die, wie ich hoffe, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden wird. Ich würde mich freuen, Sie als meinen Gast in der Bundesrepublik Deutschland zu begrüßen. Die Einzelheiten Ihres Besuches sollten beim Aufenthalt von Außenminister Schewardnadse in Bonn besprochen werden.<sup>29</sup>

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung  
Helmut Kohl<sup>30</sup>

**VS-Bd. 11311 (220)**

<sup>29</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik erst vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 28. November 1987: „Das Schreiben des BK an GS Gorbatschow habe ich am 28.11. AM Schewardnadse übergeben und dabei Inhalt in zusammenfassender Form vorgetragen. Sch[ewardnadse] stellte fest, daß es sich nicht um eine normale, ‚alltägliche‘ Botschaft, sondern um einen Text von grundlegender Bedeutung für die Beziehungen handele, den man gründlich prüfen werde, so daß er sich in diesem Zeitpunkt einer Kommentierung enthalten wolle. Er sagte zu, das Schreiben noch heute dem GS zu übergeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3803; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>30</sup> Die Wörter „Helmut Kohl“ wurden von Bundeskanzler Kohl handschriftlich eingefügt.

## 336

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gemayel**25. November 1987<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel am 25. November 1987, 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr<sup>2</sup>

Gesprächsteilnehmer: Bundeskanzler, Präsident Gemayel, VLRI Dr. Ueberschaer als Note-taker, Präsidentenberater Samir Fares als Note-taker, VLR Siebourg (Dolmetscherin).

Nach Begrüßung durch den *Bundeskanzler* und Dank des Gastes für die Einladung kam dieser auf seine Gespräche mit dem Bundespräsidenten<sup>3</sup>, BM Genscher<sup>4</sup> und BM Klein<sup>5</sup> zu sprechen. Im Mittelpunkt hätten der Libanon-Konflikt<sup>6</sup> und die Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zur Vermittlung und Unterstützung gestanden.

Er, *Gemayel*, stehe dem Bundeskanzler gerne zur Beantwortung aller Fragen zum Libanon und Nahost-Konflikt zur Verfügung, wolle aber zunächst eine einführende Erklärung abgeben.

Er, *Gemayel*, sei ein großer Freund Deutschlands und der Deutschen. Er sei erstmals als Sechzehnjähriger in den 50er Jahren in Deutschland gewesen und habe sich hier seinen Aufenthalt durch Ferienarbeit in einer Berliner Gummi-Fabrik

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 26. November 1987 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 30. November 1987 über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: „Eilt!“ Ferner vermerkte Teltschik: „Hiermit wird der von Herrn Dr. Ueberschaer gefertigte und vor Abwesenheit wegen Krankheit noch durchgesehene Vermerk über Ihr Gespräch mit Staatspräsident Gemayel vorgelegt. Sie hatten Gemayel zugesichert, dessen Vorschläge im bevorstehenden EG-Rat in Kopenhagen anzusprechen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Präsident Gemayel besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 27. November 1987.

<sup>3</sup> Präsident Gemayel traf am 24. November 1987 zu einem Gespräch mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker zusammen.

<sup>4</sup> Präsident Gemayel und Bundesminister Genscher kamen am 25. November 1987 zu einem Gespräch zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149638.

<sup>5</sup> Präsident Gemayel und Bundesminister Klein führten am 25. November 1987 ein Gespräch. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 692 des Botschafters Göttelmann, z.Z. Junieh, vom 30. November 1987; Referat 310, Bd. 149638.

<sup>6</sup> Referat 310 vermerkte am 23. Oktober 1987: „Fortschreitende Kantonalisierung des Libanon, die Machtlosigkeit der Zentralregierung und die Anwesenheit fremder Kampfeinheiten sind unverändert der Nährboden für Gewalt. Die Ermordung von Ministerpräsident Karami (über die Hintermänner der Tat gibt es keine Klarheit) hat dies bestätigt. Bis zum Einmarsch von mehr als 7000 syrischen Armeesoldaten nach West-Beirut (22.2.1987) hatten der zwischen Amal-Milizen und Palästinensern ausgetragene „Lagerkrieg“ um zwei palästinensische Flüchtlingslager sowie Kämpfe der untereinander verfeindeten Gruppen (Amal-Miliz einerseits, drusische, sunnitische und kommunistische Kämpfer andererseits) zu einem völligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung geführt. Nach dem Einmarsch ist in West-Beirut eine Beruhigung eingetreten. Die Entwaffnung der Milizen konnten die syrischen Truppen jedoch bislang nur im Kerngebiet von West-Beirut durchsetzen. Eine andauernde Beruhigung der Lage würde eine Befriedung auch der südlichen Vorstädte Beiruts, wo sich besonders die pro-iranische Hisbollah verschanzt hat, und der Palästinenserlager erfordern.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141112.

verdient. In den Jahrzehnten danach habe er zahlreiche Deutschlandreisen unternommen. Er habe für Deutschland – nicht zuletzt wegen des gemeinsamen Schicksals der Teilung – stets besonderes Verständnis.

Sein, Gemayels, Vater<sup>7</sup> sei ein großer Förderer des Sportes im Libanon gewesen. Er habe sein Land 1936 bei den Olympischen Spielen in Berlin vertreten und sei von der Disziplin, der Ordnungsliebe und dem Patriotismus der Deutschen tief beeindruckt gewesen, ohne die negativen Seiten des damaligen Regimes zu erkennen.

Sein Vater habe später im Libanon eine politische Partei gegründet, die sich eben diese Prinzipien zu eigen gemacht habe. Diese deutschen Grundsätze ständen in erheblichem Widerspruch zu der levantinischen Mentalität der Ordnungs- und Disziplinlosigkeit und des fehlenden Bürgersinns. Da es im Libanon keine Gruppe mit vergleichbaren Prinzipien gegeben habe, sei es den Christen seit 1936 gelungen, im Libanon zu überleben – und dies trotz eines nun seit zwölf Jahren währenden Kriegszustandes.

Die Christen im Libanon seien stolz auf die von ihnen durchlebten Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund wolle er, Gemayel, den Bundeskanzler zur Übernahme von Verantwortung für sein von deutschen Grundvorstellungen geprägtes Land ermutigen.

Er wolle den Kanzler auch darauf hinweisen, daß die hinter ihm stehende christliche Bewegung mehrheitlich katholisch geprägt sei. Die Kraft zum Überleben und zur Integration in eine muslimische Umgebung habe der christliche Volks- teil des Libanon nur durch die von ihm empfundene und übernommene Verantwortung für alle Gemeinschaften des Libanon aufbringen können. Diese christliche Verantwortung sei das Bindeglied für die Einheit des Libanon gewesen und sei es heute noch.

Man habe dadurch eine Koexistenz zwischen Christentum und Islam im Libanon trotz des Kriegszustandes erreichen können. Die Christen im Libanon hätten die Moslems von der Notwendigkeit überzeugt, diesen Geist der Koexistenz, wie er in der Verfassung<sup>8</sup> niedergelegt sei, aufrechtzuerhalten, so daß auch heute der Wunsch aller Libanesen so ausgerichtet sei, die politische Macht zu teilen und gemeinsam auszuüben.

Die westliche Öffentlichkeit habe aufgrund einer verzerrten Berichterstattung der Medien ein falsches Bild über die Entwicklungen im Libanon. Es gebe in diesem Lande zwar ein internes Kräfteringen, aber die Auseinandersetzungen seien nicht in erster Linie ein Bürgerkrieg verfeindeter ethnischer, religiöser und politischer Gruppen. Vielmehr würden Zwist und Unordnung von außen herein- getragen und der politische Kampf durch Waffenlieferung manipuliert.

Der gemeinsame Wunsch, die Einheit des Libanon aufrechtzuerhalten, der fort- bestehe, würde von den Medien so gut wie nie gezeigt:

- das funktionierende Parlament,
- die kürzlich erfolgte Wahl des Obersten Richters durch die Vereinigung der Anwälte jeder politischen Provenienz,

<sup>7</sup> Pierre Gemayel.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der libanesischen Verfassung vom 23. Mai 1926 in der Fassung vom 21. Januar 1947 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 573–582.

- eine funktionierende gemeinsame Administration,
- und schließlich eine Armee, die Anhänger aller politischen Gruppen in sich vereint.

Eine Reihe deutscher Persönlichkeiten haben sich in letzter Zeit von der Existenzbereitschaft und dem Wiederaufbauwillen des libanesischen Volkes auf der Grundlage der traditionellen Ordnung überzeugen können (u. a. Max Strauß<sup>9</sup>, Dr. Wegener<sup>10</sup>, MdB Stercken, StS Lengl<sup>11</sup>).

Vor diesem Hintergrund wende er, Gemayel, sich an den Bundeskanzler, in dessen Eigenschaften als Deutscher, Demokrat und als Christ, mit der Bitte, dem Libanon zu helfen, seine Lebensfähigkeit, seinen Fortbestand als Staat und den Zusammenhang seiner Bevölkerung als Gemeinschaft zu erhalten. Denn die gemeinsamen Ideale wie Toleranz, Demokratie und christliche Verantwortung seien die besten Voraussetzungen, um das Nebeneinander aller politischen Gruppen und damit das Überleben des Libanon zu sichern. Die Christen des Libanon könnten ihrerseits in eine solche Befriedungsaktion ihre dem Westen sonst fehlende große Erfahrung mit dem islamischen Fundamentalismus und die Überwindung des von ihm ausgehenden Terrors einbringen.

Der *Bundeskanzler* dankte Gemayel für seine offene Darlegung des tragischen Bildes des Libanon heute, das im krassen Gegensatz zu den traditionellen Vorstellungen einer politischen Oase mit einem sorgfältig ausgewogenen Gleichgewicht aller Kräfte in einer sonst wenig stabilen Gegend stehe. Wie könne die Bundesrepublik dem Libanon behilflich sein? Da wir ab Januar die Präsidentschaft in der EG übernehmen<sup>12</sup>, könnten wir auch die Chance nutzen, um hier die Autorität der EG ins Spiel zu bringen. Wo könnten wir mit einer politischen Unterstützung ansetzen, sei es im Verhältnis zu Syrien, sei es im Verhältnis zu Israel? Was könnten wir für den Libanon im Bereich der Wirtschaft, der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe tun? Und schließlich: Wie sind die Perspektiven für das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr?<sup>13</sup>

<sup>9</sup> Der Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten, Max Strauß, besuchte den Libanon vom 13. bis 17. September 1986. Botschafter Eitel, Beirut, teilte am 23. September 1986 mit, Strauß sei bei seinem insgesamt dritten Besuch im Libanon u. a. von dem Verfassungsrechtler an der Universität München, Professor Scholler, begleitet worden. Gegenstand des Besuchs seien „die Fortsetzung der von MP Strauß mit St[ata]s[P]räsident] Gemayel Anfang September in Nizza geführten Gespräche und insbesondere Beratungen über einen von StP Gemayel inspirierten und von Prof. Scholler begutachteten Verfassungsentwurf“ gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; Referat 310, Bd. 149642.

<sup>10</sup> Der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU, Wegener, hielt sich vom 26. bis 31. Juli 1987 im Libanon auf. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, informierte am 5. August 1987, daß Wegener u. a. von Präsident Gemayel zu Gesprächen empfangen worden sei. Themen seien dabei die bilateralen Beziehungen, das Verhältnis der CDU zur Kata'ib und zur National-Liberalen Partei sowie der Libanon-Konflikt gewesen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 493; Referat 310, Bd. 149635.

<sup>11</sup> Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, besuchte den Libanon vom 9. bis 11. April 1987. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 14. April 1987, Lengl sei von Präsident Gemayel „mehrere“ empfangen worden, u. a. „auch zu einem privaten Abendessen in kleinem Kreise“. Lengl habe sich mit seinem Besuch „von der Hilfswürdigkeit des Libanon persönlich überzeugen und, gegebenenfalls, Schritte zur Beschleunigung des Mittelabflusses besprechen“ wollen. Vor der Presse habe er mehrfach betont, „daß der Libanon Hilfe nicht später, nach einer allfälligen Befriedung, sondern vor allem jetzt benötige“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; Referat 310, Bd. 149647.

<sup>12</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

<sup>13</sup> Die Amtszeit des Präsidenten Gemayel endete am 22. September 1988.

*Gemayel* erläuterte, daß er die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereits in seinen bisherigen Gesprächen eingehend erörtert habe und sich daher jetzt gegenüber dem Bundeskanzler auf die Möglichkeiten einer politischen Unterstützung konzentrieren wolle. Der Libanon habe drei Viertel seines Leidensweges hinter sich, falls ihm die Bundesregierung ihre Unterstützung gewähre. Diese sei in dreierlei Hinsicht erforderlich:

- Die Bundesregierung möge im VN-Rahmen auf einen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon gemäß SR 425<sup>14</sup> drängen.
- Ferner möge die Bundesregierung gemeinsam mit ihren europäischen Partnern nachdrücklich – gegebenenfalls durch gezielte politische und wirtschaftliche Druckmaßnahmen – auf Syrien einwirken, den Dialog mit der libanesischen Regierung mit dem Ziel eines Rückzugs der syrischen Truppen aus dem Libanon<sup>15</sup> aufzunehmen.
- Die Chancen für einen Erfolg seien gut, da die arabische Welt – u.a. Saudi-Arabien, Jordanien, Algerien – mit dem Libanon sympathisiere. Er, *Gemayel*, verfüge selbst über ausgezeichnete Beziehungen zur arabischen Welt: Auf den Arabischen Gipfeln in Kuwait<sup>16</sup> und Amman<sup>17</sup> sei ihm von allen Seiten Hilfsbereitschaft signalisiert worden.
- Syrien, das sich zur Zeit nicht in einer stabilen Lage befindet, werde nicht in der Lage sein, dem vereinten europäischen und arabischen Druck zu widerstehen;
- Die Bundesregierung könne auch bilateral die arabischen Staaten ermutigen, sich einer gemeinsamen Initiative gegenüber Syrien anzuschließen.
- Schließlich gebe es eine neue amerikanisch-saudi-arabische Initiative zur Vermittlung zwischen Syrien und dem Libanon, die auf konkreten Vorschlägen des libanesischen Präsidenten beruhe.

Diese Vorschläge könne die Bundesregierung Syrien gegenüber unterstützen.

- Das libanesische Arbeitspapier, das von der amerikanisch-saudi-arabischen Vermittlungsinitiative übernommen wurde, sei auf dem Gipfel in Amman von jordanischer und algerischer Seite gebilligt worden.
- Dieser sehr konkrete Plan, der dem Auswärtigen Amt bereits bekannt sei, sei den Syrern übermittelt worden. Eine Antwort sei jedoch noch nicht erfolgt.
- Wenn die Bundesregierung Syrien verdeutliche, daß eine Öffnung zum Westen nur möglich sei und erwidert werde, falls es eine Lösung der Libanon-Frage erleichtere, dürfte Syrien im gegenwärtigen Stadium zu Konzessionen bereit sein.

<sup>14</sup> Nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon am 13./14. März 1978 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat auf amerikanische Initiative am 19. März 1978 eine Resolution, die die Einhaltung der territorialen Integrität, Souveränität und politischen Unabhängigkeit des Libanon sowie den sofortigen Rückzug israelischer Truppen forderte. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 425 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.

<sup>15</sup> Zum Einmarsch syrischer Truppen in West-Beirut am 22. Februar 1987 vgl. Dok. 52, Anm. 25.

<sup>16</sup> Vom 26. bis 29. Januar 1987 fand in Kuwait-Stadt die fünfte Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) statt. Für den Wortlaut des Schlußkommunikates vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 249–257 (Auszug).

<sup>17</sup> Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

Gemayel schloß seinen Hilfsappell mit dem Hinweis, daß Syrien allein zwar das Libanon-Problem nicht lösen, aber eine Lösung verhindern könne. Falls die Bundesregierung und ihre europäischen Partner viel politischen und wirtschaftlichen Druck auf Syrien ausübten, wäre dies ein erster Schritt zur Wiederherstellung der Ordnung im Libanon.

Der *Bundeskanzler* sagte Gemayel zu, dessen Vorschläge im bevorstehenden EG-Rat in Kopenhagen<sup>18</sup> anzusprechen. Er bat den Unterzeichneten<sup>19</sup> um Erstellung einer entsprechenden Punktation.

*Gemayel* fuhr fort, daß Syrien seit zwölf Jahren die Vorherrschaft im Libanon ausüben wolle. Angesichts des Scheiterns dieser Pläne müsse man Syrien klarmachen, daß jetzt die Zeit für eine Kompromißlösung gekommen sei.

Dasselbe gelte für Israel, das auch nicht bereit sei, den Libanon zu verlassen.<sup>20</sup> Jede der beiden Mächte verlange von der anderen den ersten Schritt beim Truppenrückzug. Da beide den Libanon nicht verlassen wollten, gehe es beiden nur darum „den Schwarzen Peter“ loszuwerden. Auf diese Weise habe es lange Zeit hindurch eine indirekte Zusammenarbeit zwischen Israel und Syrien gegeben, die sich jetzt allerdings in einer Sackgasse befindet. Vielleicht habe der Libanon angesichts der Ohnmacht beider Regionalmächte jetzt eine Chance für die Lösung seiner Probleme.

Auf Frage des Bundeskanzlers bemerkte Gemayel, daß seine Regierung nur über relativ niederrangige Kontakte zu Israel verfüge. Innerhalb der israelischen Regierung hätten Shamir und Peres gleiche Auffassungen zur Libanon-Frage.

Zu den Perspektiven für die Präsidentschaftswahl im Libanon übergehend, wies Gemayel darauf hin, daß das libanesische Regierungssystem zwölf Jahre des Krieges überlebt und seinen Kern bewahrt habe. Sollte es allerdings im September 1988 nicht gelingen, sich auf einen neuen Präsidenten zu einigen, drohe ein gefährliches Vakuum zu entstehen. Die Voraussetzungen für eine Lösung müßten vor dem Ende seines, Gemayels, Mandats geschaffen werden. Falls es auf der Grundlage des amerikanischen Vorschlags gelinge, die Mitwirkung Syriens an einer politischen Lösung zu erreichen, sei auch eine innerlibanesische Einiung durchsetzbar.

Entscheidend sei jetzt eine internationale Initiative, die Syrien und Israel zu einem Abzug ihrer Truppen aus dem Libanon dränge. Nachdem beide Mächte zwölf Jahre ihre Vorstellungen im Libanon nicht durchsetzen konnten, dürften sie sich heute einer solchen Initiative, die von den Vereinigten Staaten, der EG und den gemäßigten arabischen Staaten unterstützt würde, kaum entziehen können.

Diese Mächte hätten ja auch ein gemeinsames Interesse, die Wurzeln des vom Libanon ausgehenden Terrorismus auszutrocknen und so seinen Export ein für alle Mal zu beenden. Der Terrorismus gehe in erster Linie von der Hisbollah, aber auch von der Sozialistischen Partei des Libanon, aus, die z.B. Gaddafi 1000 Milionäre zur Verfügung gestellt hätte. Der Mangel an Autorität der libanesischen

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

19 Hans-Christian Ueberschaer.

20 Zum Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon am 6. Juni 1982 vgl. Dok. 298, Anm. 9.

Regierung hänge eng mit der Präsenz der ausländischen Armeen im Libanon zusammen.

Auf Frage des Bundeskanzlers: Wichtigste Stütze des Terrors der Hisbollah seien Iraner, insbesondere Pasdaran, die zu dessen Unterstützung über die syrische Grenze in den Libanon hineinkämen. Diese Möglichkeit würde nach einem Abzug der syrischen Truppen entfallen.

Zur anschließenden Frage des *Bundeskanzlers* nach den Möglichkeiten einer Rückkehr zum friedlichen Miteinander aller politischen Gruppen des Libanon nach einem Abzug aller fremden Truppen äußerte sich *Gemayel* im folgenden Sinne:

- Er fordere Syrien nicht zum sofortigen Truppenabzug auf, sondern zum Dialog und zu einem geordneten Abzug.
- Er wolle vermeiden, daß der syrische Truppenrückzug in einem Eklat ende und sich im Anschluß daran Probleme durch Einwirkung von außen ergäben.
- Im Libanon selbst seien dann die Voraussetzungen geschaffen, den traditionellen Konsens aller Bevölkerungsgruppen wieder herzustellen. Der von ihm geschaffene Plan eines Gleichgewichts bei Ausübung der politischen Macht beinhaltet eine Reihe konkreter Formeln: Es solle eine neue Verfassung geben und eine neue Armee, die die bisherigen Milizen aufnehme.

Auf erneute Frage des Bundeskanzlers nach dem Terrorpotential der Hisbollah: Die Hisbollah sei im Prinzip eine kleine Minderheit, die ohne die als Kader aus dem Iran entsandten Pasdaran, ohne die monatlichen iranischen Hilfgelder in Höhe von 12 Mio. Dollar und ohne das Gewährenlassen durch die syrische Armee nie ihr gegenwärtiges Terrorpotential erreicht hätte.

Nach Abzug aller fremden Truppen entfielen die Hilfsquellen, aus denen die Hisbollah ihre Kraft beziehe. Dagegen eröffneten sich zahlreiche Möglichkeiten zur Entwicklung des Landes, zur Bekämpfung der Inflation, zur Senkung der Arbeitslosenzahl. Diese müßten sich nicht mehr, um ihr Leben zu fristen, an die Milizen verkaufen. Auch der Terror lasse sich eindämmen, sobald Gesetz und Ordnung im Libanon wiederhergestellt seien, zumal der Terror in den meisten Fällen für Geld ausgeübt werde.

Erneut auf die Perspektiven der Präsidentenwahl angesprochen, meinte Gemayel, daß eine Machtverteilung aufgrund eines nationalen Kompromisses und Konsenses gegenwärtig von Syrien verhindert werde. Die amerikanisch-saudi-arabischen Vorschläge hierfür, die Syrien übermittelt worden seien, hätten nicht dessen Interesse gefunden.

Dem bisherigen deutschen Botschafter<sup>21</sup> sei die Kompromißbereitschaft der verschiedenen religiös-politischen Gruppen des Libanon aus seinen Gesprächen mit einer Reihe moslemischer Führer bekannt. Die Libanesen könnten sich auf eine Machtteilung einigen, sofern diese nicht von Syrien verhindert werde.

Das bisherige System habe so funktioniert, daß der von den christlichen Gruppen unterstützte Präsident und der von den moslemischen Gruppen gestützte Premierminister gemeinsam gleichgewichtig Macht und Verantwortung ausgeübt hätten. Die jeweilige politische Haltung werde durch einen Konsens der sie jeweils stützenden christlichen bzw. moslemischen Gruppierungen bestimmt.

<sup>21</sup> Antonius Eitel.

Aus der gegebenen staatsrechtlichen Situation habe sich ein Zwang zu Einigung und Kompromiß für beide Seiten ergeben. Unter den besonderen Umständen des Libanon sei die Formel „one man – one vote“ nicht verwendbar.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob dieses traditionelle Gleichgewicht nicht inzwischen durch den moslemischen Einwand einer überstarken institutionellen Stellung des Präsidenten überholt sei, erwiderte *Gemayel*, daß die christliche Seite zur Schaffung eines neuen Gleichgewichts im Kompromißwege bereit sei. Die Christen hätten seinerzeit die Moslems davon überzeugt, daß man im Wege einer Machtteilung operieren könne. Eine solche Machtteilung im Kompromißwege lasse sich auch wieder schaffen, sofern nur die Syrer dies zuließen.

Er, *Gemayel*, habe den von den Amerikanern unterstützten Kompromißplan mit dem Premierminister<sup>22</sup> wie auch dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses des Libanon<sup>23</sup> besprochen. Beide seien Moslems; beide seien einverstanden mit diesem Entwurf.

Der *Bundeskanzler* warf die Frage nach einer möglichen Unterstützung des Plans durch das Ausland und damit des Verhältnisses von Präsident *Gemayel* zu den in Betracht kommenden Regierungen auf.

*Gemayel* äußerte sich dazu wie folgt:

- Frankreich habe eine nostalgische Zuneigung zum Libanon und betrachte diesen noch immer als seine politische „chasse gardée“. Es wolle dem Libanon helfen, verfüge hierfür aber nicht über die erforderlichen politischen Möglichkeiten und sei auch durch das System der „cohabitation“ gehindert. Die Bundesregierung könne ihre guten Beziehungen zu Frankreich für eine gemeinsame Initiative zugunsten des Libanon nutzen.
- Zu Großbritannien habe der Libanon keine traditionellen politischen Beziehungen. Er, *Gemayel*, habe – nicht zuletzt durch zwei Besuche bei PM Thatcher<sup>24</sup> – den Versuch einer Öffnung unternommen. GB wolle dem Libanon helfen, könne aber offenbar vor allem nur moralische Unterstützung gewähren.
- Zu Italien habe der Libanon ausgezeichnete Beziehungen. Craxi und Pertini hätten insbesondere im Rahmen der Internationalen Truppe<sup>25</sup> dem Libanon sehr geholfen. Unter den übrigen Europäern stünden Spanien und die Niederlande dem Libanon mit Sympathien gegenüber. Letztere hätte viel Hilfe im humanitären Bereich geleistet.
- Die Beziehungen zu den USA könnten als privilegiert bezeichnet werden.
- Unter den arabischen Mächten seien Algerien, Saudi-Arabien und Jordanien sehr hilfreich; Marokko und die Golfstaaten seien guten Willens, aber ohne Einfluß.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

<sup>22</sup> Selim al-Hoss.

<sup>23</sup> Hussein al-Husseini.

<sup>24</sup> Präsident *Gemayel* hielt sich am 14./15. Dezember 1983 sowie am 16./17. Februar 1987 zu Gesprächen mit Premierministerin Thatcher in Großbritannien auf.

<sup>25</sup> Italienische Streitkräfte waren im Rahmen der Multinationalen Streitmacht (MNF) vom 25. August 1982 bis 31. März 1984 im Libanon stationiert.

**337****Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem  
Präsidenten der EG-Kommission, Delors****25. November 1987<sup>1</sup>**

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, Staatsminister Stavenhagen, MDg Hartmann als Note-taker, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Auf seiten der Europäischen Kommission: Kommissionspräsident Delors, stellvertretender Kabinettschef Burghardt, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* geht kurz auf die Zusammenarbeit mit Frankreich ein und insbesondere auf die Veranstaltung anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1988 in Paris<sup>2</sup> und erklärt, er werde dafür Sorge tragen, daß der Kommissionspräsident zu seiner Rede, die er im Elysée-Palast halten werde<sup>3</sup>, eingeladen werde.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, er werde diese Einladung sehr gerne annehmen.

Der *Bundeskanzler* stellt unter Bezugnahme auf sein vorhergegangenes Gespräch mit Staatspräsident Gemayel<sup>4</sup> die Frage, was die EG tue, um dem Libanon zu helfen.

Kommissionspräsident *Delors* antwortet, die Gemeinschaft stelle dem Libanon vor allem Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung. Es sei allerdings nicht immer einfach, diese auch weiterzuleiten. In politischer Hinsicht müsse man außerdem sagen, daß die zwölf Außenminister der Gemeinschaft über wenig Möglichkeiten verfügten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er überlege sich, ob wir nicht während unserer Präsidentschaft<sup>5</sup> eine Initiative zugunsten des Libanon ergreifen sollten.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. November 1987 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „zur Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte ferner um Weisung, ob dieser Vermerk auch BM Genscher, BM Stoltenberg und BM Kiechle zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann.“

Hat Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der für Teltschik handschriftlich vermerkte: „Nein.“

Hat Teltschik am 27. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Hartmann „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Hartmann am 1. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, „z. K.“ verfügte.

Hat Bitterlich vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl anlässlich des 25. Jahrestags des deutsch-französischen Vertrags am 22. Januar 1988 in Paris vgl. BULLETIN 1988, S. 77–81.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gemayel vgl. Dok. 336.

<sup>5</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

Kommissionspräsident *Delors* unterstützt diesen Gedanken nachdrücklich und schlägt vor, daß die Politischen Direktoren hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten. Auf eine entsprechende Bitte des Bundeskanzlers erklärt sich Kommissionspräsident *Delors* ferner bereit, ihm eine Darstellung der derzeitigen Hilfsprogramme für den Libanon zu übermitteln.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, Gemayel sei der Auffassung, daß man im Libanon durchaus zu einem Arrangement kommen könne, wenn Syrien und Israel sich zurückziehen würden.<sup>6</sup>

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, die Politischen Direktoren könnten beispielsweise ein Aufbauprogramm für den Libanon entwickeln, für das man auch die Unterstützung der Weltbank gewinnen könne. Ferner könnte auch die Möglichkeit geprüft werden, bei den Libanesen im Ausland eine Anleihe aufzunehmen. Man müsse dem Libanon eine Perspektive geben.

Dem Vorschlag des Bundeskanzlers, auch die USA einzubeziehen, stimmt *Delors* prinzipiell zu, weist allerdings darauf hin, daß es für die EG-Länder psychologisch leichter sei, etwas für den Libanon zu tun, als für die USA oder beispielsweise die Sowjetunion.

Der *Bundeskanzler* bringt sodann kurz die Frage der Besetzung des EG-Informationbüros in Bonn zur Sprache.

Kommissionspräsident *Delors* verspricht, der Sache noch einmal nachzugehen.

Der *Bundeskanzler* bittet Kommissionspräsident *Delors* sodann, die Lage vor dem ER<sup>7</sup> aus seiner Sicht darzustellen.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, es sei wichtig, daß alle Mitgliedstaaten nach Kopenhagen in dem Bewußtsein gehen, daß es kein Scheitern geben dürfe. Hierbei müsse man die Dinge im großen politischen Zusammenhang sehen. Die Bürger seien über die Entwicklung an der Börse und in der internationalen Währungspolitik beunruhigt.<sup>8</sup> Zugleich müsse man mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums rechnen. BM Genscher habe angekündigt, daß die deutsche Präsidentschaft den Binnenmarkt voranbringen wolle. Dies könne zu einem wichtigen psychologischen Signal auch für die Wirtschaft werden.

Es gebe durchaus die Chance, daß man sich in Kopenhagen einige. Allerdings sei die Unnachgiebigkeit von PM Thatcher so groß wie noch nie zuvor. Kommissionspräsident *Delors* weist in diesem Zusammenhang auf das Interview von PM Thatcher in der „Financial Times“ hin.<sup>9</sup> Er wisse, daß sowohl AM Howe als auch Schatzminister Lawson für den Beitritt von GB zum EWS plädierten. Demgegenüber habe sich Thatcher in dem Interview gegen einen Beitritt gestellt.<sup>10</sup> Sie verwende hierbei praktisch die Argumente von Chevènement in F, der erkläre, daß das EWS keine Bedeutung habe („sert à rien“).

*Delors* fügt hinzu, allerdings habe er auch Zweifel an der richtigen Vorbereitung des ER durch die dänische Präsidentschaft<sup>11</sup>. Anstatt die Probleme für den

<sup>6</sup> Zum Einmarsch syrischer Truppen in West-Beirut am 22. Februar 1987 vgl. Dok. 52, Anm. 25.

Zum Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon am 6. Juni 1982 vgl. Dok. 298, Anm. 9.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

<sup>8</sup> Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

<sup>9</sup> Vgl. das Interview „Thinking about the year 2000“, FINANCIAL TIMES vom 23. November 1987, S. 19.

<sup>10</sup> Zur Frage eines Beitritts Großbritanniens zum EWS vgl. Dok. 73, Anm. 46.

<sup>11</sup> Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

ER auf einige wenige Optionen zu reduzieren, kompliziere sie unnötig die Vorarbeiten. Dies sei die falsche Arbeitsmethode.

Nicht zuletzt dank des persönlichen Einsatzes des Bundeskanzlers sei es gelungen, in den vergangenen Jahren in wichtigen Bereichen Fortschritte zu erzielen. Delors weist hierbei auf die Verabschiedung der Integrierten Mittelmeerprogramme<sup>12</sup> und die Arbeiten an der Einheitlichen Europäischen Akte<sup>13</sup> hin. Dieser Fortschritt sei jetzt gefährdet durch eine große Uneinigkeit über die Gemeinsame Agrarpolitik.<sup>14</sup> Spanien, Portugal und Griechenland stellten sich aus letztlich törichten Gründen gegen die GAP. Sie seien der Meinung, man solle weniger Geld für die GAP ausgeben, um mehr Mittel für die übrigen Programme zur Verfügung zu haben. Dabei übersähen sie, daß sie den höchsten Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung hätten. GB wolle buchstäblich die GAP zerstören. Komischerweise werde es hierbei von NL unterstützt. NL könne sich dies leisten, weil sie auch bei Zusammenbruch der GAP noch immer eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft hätten.

Die einzigen, die die GAP erhalten, aber gleichzeitig anpassen wollten, seien D, F, IT, DK, B und LUX. Für ihn sei entscheidend, daß zwischen F und D in dieser Frage ein Einvernehmen hergestellt werde. Er habe allerdings zur Zeit nicht den Eindruck, daß das deutsch-französische Tandem funktioniere.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies werde sich schon noch zeigen.

Man müsse in der Tat beim Binnenmarkt vorankommen, wobei er sich natürlich hinsichtlich der Schwierigkeiten keine Illusionen mache.

Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an die Probleme der Verkehrspolitik und erwähnt auch die Transitproblematik zwischen D, Österreich und IT<sup>15</sup>.

Der Bundeskanzler geht sodann kurz auf die Entwicklung in der SU und Osteuropa ein und erklärt, es werde wohl drei bis fünf Jahre dauern, bis man wisse, wohin der Kurs Gorbatschows führe. Die Widerstände gegen Gorbatschow seien jedenfalls größer als vor einem Jahr. Wir hätten jetzt die Chance, gewisse Türen gegenüber Osteuropa einzubauen. Der Bundeskanzler erwähnt in diesem Zusammenhang die Bürgschaft für Ungarn<sup>16</sup>, von der er sich große politische Wirkung verspreche.

Was die deutsche Präsidentschaft angehe, so sei er sich im klaren darüber, daß die ersten Monate wegen des französischen Wahlkampfes<sup>17</sup> schwierig sein würden. (Delors wirft an dieser Stelle ein, dies gelte nicht für den Binnenmarkt.) Er wolle daher den ER unter deutschem Vorsitz so spät wie möglich

<sup>12</sup> Zu den Integrierten Mittelmeerprogrammen vgl. Dok. 92, Anm. 22.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

<sup>14</sup> Zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 73, Anm. 7.

Zur Haltung der Bundesregierung zu den Reform- und Preisvorschlägen der EG-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik vgl. Dok. 92.

<sup>15</sup> Zur Frage der Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften, Jugoslawien, Österreich und der Schweiz über ein Transitverkehrsabkommen vgl. Dok. 306, Anm. 3 und 5.

<sup>16</sup> Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

<sup>17</sup> In Frankreich wurden am 24. April bzw. 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.

terminieren.<sup>18</sup> Daher sei es wichtig für uns, in Kopenhagen zu Beschlüssen zu kommen.

Der Bundeskanzler geht sodann auf die Einzelheiten des „Delors-Pakets“<sup>19</sup> ein. Zu den Strukturfonds<sup>20</sup> erklärt er, wir hätten hier eine substantielle Erhöhung zugesagt. Die Kommission erstrebe eine Verdoppelung der Mittel. Er glaube aber, daß man einen Kompromiß finden könne. Wenn man beispielsweise von 7 auf ca. 11 Mrd. ECU gehe, so sei dies schon eine gewaltige Erhöhung. Die Konzentration des Fonds auf die ärmeren Mitgliedstaaten sei für ihn kein Problem. Allerdings habe er Zweifel, ob der französische Vorschlag einer Konzentration auf SP und P durchsetzbar sei.

Kommissionspräsident *Delors* wirft ein, dies werde nicht der Fall sein. Der Vorschlag von F verstöße gegen den „Familiensinn“. So seien beispielsweise die Italiener außerordentlich wütend über die französischen Vorstellungen.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, wir seien beim Regionalfonds mit der Konzentration einverstanden, wollten aber keine Regionalisierung beim Sozialfonds und beim Agrarstrukturfonds.

Kommissionspräsident *Delors* wirft ein, hier gebe es möglicherweise ein Mißverständnis. Die Gesamtstrukturmittel für die ärmsten Regionen (im Sinne der Prioritäten des Regionalfonds) wolle man von z. Zt. 56–57% auf 60% erhöhen. So blieben 40% für den Rest.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man werde versuchen, eine Formel zu finden. In der Frage der Eigenmittel hätten wir für eine stärkere Berücksichtigung des BSP plädiert – wie die Kommission<sup>21</sup> –, seien aber der Meinung, daß man diesen Weg nicht konsequent genug beschritten habe. Es gebe durchaus konsequenter Modelle. Entscheidend für uns sei aber, daß ein Kompromiß gefunden werde, der für alle Mitgliedstaaten politisch akzeptabel sei.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, die Vorschläge der Kommission seien für D günstiger als das bisherige MwSt-Modell. Wenn BM Genscher beispielsweise im Rat erkläre, wir hätten die Wahl zwischen dem Vorschlag der Kommission und dem BSP-Modell, so habe er Zweifel, daß letzteres für D günstig sei. Sein Ziel vielmehr sei, daß die „kleinen Reichen“ mehr zahlten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ein anderes Problem stelle der Ausgleich für GB<sup>22</sup> dar. PM Thatcher mache es ihm, dem Bundeskanzler, auch gegenüber dem Deutschen Bundestag sehr schwer.

Kommissionspräsident *Delors* stimmt dem zu und erklärt, die Kommission habe eine neue Formel vorgeschlagen, wonach der GB-Ausgleich Ende 1991 auslaufen müsse. (Hinweis: Tatsächlich hat die KOM in ihrem jüngsten Vorschlag<sup>23</sup> nur

<sup>18</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 27./28. Juni 1988 in Hannover statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>19</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

<sup>20</sup> Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 315, Anm. 23.

<sup>21</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttonsozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

<sup>22</sup> Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

<sup>23</sup> Für die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat vom 12. November 1987 für einen Beschuß zur Korrektur der Haushaltsungleichgewichte (KOM(87)600) vgl. Referat 412, Bd. 168706.

eine Überprüfung Ende 1991 vorgeschlagen!) Nach dem von der KOM vorgeschlagenen System bedeute dies beispielsweise, daß GB 1988 300 Mio. ECU (= 600 Mio. DM) weniger erhalte. Demgegenüber wolle PM Thatcher die Formel von Fontainebleau<sup>24</sup> ad infinitum fortschreiben. PM Thatcher übersehe schlicht, daß sich aufgrund des Beitritts von Spanien und Portugal<sup>25</sup> für GB die Bedingungen geändert hätten, sie könne sich objektiv gar nicht auf Fontainebleau berufen, denn die dort vereinbarte Formel habe für eine Gemeinschaft der Zehn und nicht der Zwölf gegolten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß F alle Mitgliedstaaten an der Finanzierung des GB-Ausgleichs beteiligen wolle.

Präsident *Delors* erwidert, dies könne er Spanien, Portugal, Griechenland und Irland nur zumuten, wenn der Strukturfonds über 11 Mrd. DM hinaus erhöht werde. Dem Hinweis von StM *Stavenhagen*, wir befürworteten ja eine Konzentration der Mittel auf die genannten Staaten, begegnet Kommissionspräsident *Delors* erneut mit dem Hinweis, dies würde den ER „zur Explosion bringen“. Das System beruhe darauf, daß man bei den Einnahmen den Wohlstand der einzelnen Länder berücksichtige, aber bei den Ausgaben die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Regionen in Rechnung stelle. Es gebe arme Regionen auch in Italien und anderen MS. Dem erneuten Einwand von StM *Stavenhagen*, es gehe ja nur um die Verteilung der zusätzlichen Mittel, begegnet *Delors* mit dem Argument, es gehe auch um eine richtige Präsentation. Wenn man beispielsweise Regionen wie Nordirland oder die französischen überseeischen Departements ausschließe, setze man eine endlose Diskussion in Gang.

Beim Haushalt sehe man sich folgender Schwierigkeit gegenüber: Wenn man von den realen Ausgaben für die GAP 1987, die 27 Mrd. ECU betrügen, ausgehe und gleichzeitig eine Verdoppelung der Strukturfonds ins Auge fasse, so bedeute dies eine Erhöhung der Eigenmittel von 1,16 des BSP um 0,14% auf 1,3% im Jahr 1992. Die Kommission habe ihrerseits einen höheren Plafond vorgeschlagen, nämlich 1,4%.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er müsse über diese Zahlen und die sich hieraus für D ergebenden finanziellen Belastungen zunächst intern beraten. Er werde seine Mitarbeiter auffordern, ihm hierzu klares Zahlenmaterial vorzulegen, das mit der Kommission abgestimmt sein soll.

Der Bundeskanzler geht sodann auf die Frage der Haushaltsdisziplin ein und erklärt die von der Kommission vorgeschlagene zusätzliche Vereinbarung zwischen Rat, EGK und EP für wenig hilfreich, da sie zu einem jährlichen Streit zwischen Rat und EP führen müsse.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, man müsse zunächst sehen, daß die Regeln der Haushaltsdisziplin bisher nicht gebührend eingehalten wurden. Dies müsse man korrigieren. U.a. wolle die Kommission dies erreichen durch eine bessere Kontrolle bei den nichtobligatorischen Ausgaben.

Die größten Schwierigkeiten habe man im Bereich der Landwirtschaftspolitik. Dieses System könne man nicht fortführen. Aber es seien auch Fortschritte zu verzeichnen. So seien z.B. 1987 insgesamt 27 Mrd. ECU für die GAP ausgegeben

<sup>24</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>25</sup> Spanien und Portugal traten den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

worden. Hätte man die GAP 1984 nicht reformiert, wären die Ausgaben 1987 auf mindestens 32 Mrd. ECU gestiegen. Insofern habe also Frau Thatcher unrecht mit ihrer Behauptung, es sei bisher nichts zur Begrenzung der Mittel für die GAP getan worden.

Wenn nach wie vor zuviel produziert werde, so habe man im Prinzip nur drei Möglichkeiten, dem zu begegnen: durch Preissenkungen, durch eine Mitverantwortungsabgabe oder durch die Einstellung der Lagerung.

Für D seien Preissenkungen der schwierigste Punkt. Er glaube aber, daß man eine Formel finden könne, die psychologisch für die deutschen Bauern akzeptabel sei. Er habe hierüber mit MP Albrecht gesprochen und sei bereit, dessen Überlegungen für eine Flächenstillegung in seine Vorschläge aufzunehmen.<sup>26</sup> Wenn man beispielsweise bei einem Betrieb von 60 Hektar nur noch 40 Hektar bewirtschaftete, so könne man den Bauern für die stillgelegten 20 Hektar durch eine direkte Subvention entschädigen. Dies sei auch ökologisch sinnvoll. Er sei allerdings erstaunt darüber, daß BM Kiechle sich bisher geweigert habe, seinen Vorschlag für Direktsubventionen an kleine Landwirte zu prüfen. Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde auch über diese Fragen noch in den nächsten Tagen Gespräche führen.<sup>27</sup>

Kommissionspräsident *Delors* faßt noch einmal die Elemente, die nach seiner Auffassung in ein Gesamtpaket gehören, zusammen:

- a) weniger hohe Preise,
- b) Begrenzung der Lagerung,
- c) Flächenstillegung,
- d) Extensivierung,
- e) direkte Subventionen.

Seiner Meinung nach würde ein solches Paket unseren Vorstellungen für den Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes entsprechen.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, er werde diese Fragen noch einmal intern besprechen. Unter anderem werde er auch mit MP Albrecht ein Gespräch führen. Ferner stünden wir noch mit F in Gesprächen, wobei er nicht wisse, wie weit es gelinge, die beiderseitigen Positionen anzunähern.

Kommissionspräsident *Delors* empfiehlt, vor allem das Gespräch zu den Mitarbeitern von PM Chirac zu pflegen, da Minister Guillaume gegenüber D weniger kompromißbereit sei.

Der *Bundeskanzler* erläutert anschließend kurz die Maßnahmen, die die Bundesregierung treffen wolle, um die Auswirkungen der derzeitigen wirtschaftlichen und währungspolitischen Turbulenzen abzufangen.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hielt sich vom 11. bis 13. Oktober 1987 in Belgien auf und führte u.a. ein Gespräch mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1150 der Botschafterin Finke-Osiander, Brüssel, vom 16. Oktober 1987; Referat 410, Bd. 141665.

<sup>27</sup> Vgl. dazu das Ministergespräch am 1. Dezember 1987; Dok. 346.

<sup>28</sup> Vgl. die Tischvorlage „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums“ des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft für die Kabinettsitzung am 2. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168636.

Die Bundesregierung beschloß diese Maßnahmen am 2. Dezember 1987. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1987, S. 1169f.

Kommissionspräsident *Delors* begrüßt dies ausdrücklich und erklärt, er werde hierauf bei seinem Vortrag über die internationale Wirtschaftslage auf dem ER eingehen. Er weist noch einmal darauf hin, daß nach seiner Einschätzung PM Thatcher versuchen werde, auf dem ER vor allem die Versäumnisse in der GAP in den Vordergrund zu rücken, um nicht wegen der Frage des GB-Ausgleichs unter Beschuß zu kommen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd.73**

## 338

### **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix**

**214-321 Osteuropa**

**25. November 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Dg2<sup>2</sup>, Herrn D2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Die Auswirkungen der sowjetischen Reformpolitik auf die Intrablock-beziehungen;  
hier: Fortschreibung der Bestandsaufnahme und Bewertung

I. Die Intrablockbeziehungen haben sich seit dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU<sup>5</sup> (zum Thema „Demokratisierung“) zum Teil dynamisch fortentwickelt. Bis auf Rumänien und die DDR haben die NSWP-Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Stärke, positiv auf die Gorbatschowsche Reformpolitik reagiert und eigene Reformmaßnahmen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, beschlossen. Diese Entwicklung wurde durch eine flexible sowjetische Osteuropapolitik gefördert.

Vorsicht der NSWP-Staaten bei der Bewertung der Entwicklung in der SU ist jedoch nach wie vor spürbar. Die Zukunft des Reformprozesses in Osteuropa dürfte deshalb in erster Linie vom Erfolg der Reformbemühungen Gorbatschows

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Legationssekretär Lucas konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken in Vertretung des Ministerialdirigenten Kastrup am 25. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 1. Dezember 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kurzfassung liegt bei.“

Hat Ministerialdirigent Jansen und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 2. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Elbe am 9. Januar 1988 erneut vorgelegen, der den „Rücklauf von BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 20. Januar 1988 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Lucas am 20. Januar 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.

Hat Derix am 20. Januar 1988 erneut vorgelegen.

<sup>5</sup> Die Plenarsitzung des ZK der KPdSU fand am 27./28. Januar 1987 in Moskau statt. Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 27. Januar 1987 vgl. GORBATSCHEW, Reden, Bd. 4, S. 329–393.

als auch davon abhängen, inwieweit die in allen Staaten außer Polen anstehenden „Wachablösungen“ reformfreudige Kräfte an die Macht bringen werden.

Bleibt auch das Ziel der sowjetischen Osteuropapolitik die Steigerung der Effektivität und Legitimität des sozialistischen Systems sowie der Erhalt der sowjetischen Hegemonialstellung in Osteuropa, so ergeben sich aus den sich – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – abzeichnenden Öffnungstendenzen in Osteuropa für den Westen dennoch erhöhte Ansatzpunkte, den Wandlungsprozeß in Osteuropa aktiv zu unterstützen und seinen Einfluß zu verstärken. Voraussetzung hierfür ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Osteuropa in allen Bereichen sowie eine vertiefte Koordinierung im westlichen Bündnis.

II. 1) Das stärkste Echo bei den NSWP-Staaten haben bislang die sowjetischen Wirtschaftsreformen hervorgerufen. Bis auf Rumänien und die DDR wird die Notwendigkeit eines Wandels der wirtschaftlichen Strukturen von allen KPen unter Hinweis auf die sowjetische Perestroika nachdrücklich unterstrichen. Obwohl es in diesen Ländern gemeinsame Reformelemente gibt – Dezentralisierung, Reform des Preismechanismus, selektive Einführung gewisser marktwirtschaftlicher Elemente –, sind die nationalen Reformansätze im einzelnen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Geschlossene Konzepte existieren – ähnlich wie in der SU – nicht. Obwohl der Terminus „Markt“ in der osteuropäischen Reformdiskussion eine immer größere Rolle spielt, wird das Prinzip der Planwirtschaft noch in keinem Fall in Frage gestellt. Insbesondere in Ländern mit vergleichsweise fortschrittlichen Wirtschaftssystemen werden die Gorbatschowschen Reformen zum Teil als sowjetische Imitationen älterer osteuropäischer Konzepte bewertet.

a) Polen greift mit seiner zweiten Etappe der Wirtschaftsreform weit über die sowjetischen Reformen hinaus, wenngleich diese General Jaruzelski als wesentliche Berufungsgrundlage dienen.<sup>6</sup> Die polnischen Reformen sehen neben einer erheblichen Dekonzentration des Entscheidungssystems vor allem eine Reform des Preismechanismus vor, die zu einem „marktgerechteren“ Produktionsverhalten führen soll. Darüber hinaus soll die private Initiative gestärkt und ein erhöhtes Engagement westlicher Investoren ermöglicht werden.

b) Ähnlich wie Polen hat auch Ungarn seine bis vor kurzem noch unter Häresieverdacht stehenden Reformansätze („sozialistische Marktwirtschaft“) im Schatten der Gorbatschowschen Perestroika vorangetrieben. Schwerpunkte sind auch hier eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Betriebe, Durchsetzung rentabilitätsorientierter Produktionsweisen, selektiver Einsatz marktwirtschaftlicher Elemente (neues Insolvenzrecht, Bankenreform, Steuerreform). Zur Intensivierung seines Westhandels hat Ungarn wie kein anderes WP-Land Joint-ventures gefördert. Wie die Polen sehen sich auch die Ungarn als eine Art Avantgarde der „Perestroika“ in Osteuropa.

c) Bulgarien sieht sich in seinen bereits 1986 vorbereiteten und Anfang 1987 umgesetzten Beschlüssen für eine radikale Umstrukturierung der bulgarischen Wirtschaft bestätigt (insbesondere Umgestaltung der Lenkungssysteme sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Betriebe).

<sup>6</sup> Das ZK der PVAP beschloß am 8. Oktober 1987 ein Programm, das auf umfangreiche Umgestaltungen im Bereich der Wirtschaft abzielte sowie bürokratische Hürden abbauen und die Zahl der Regierungsministerien auf 20 halbieren sollte.

d) Die DDR und die ČSSR begegnen den sowjetischen Reforminitiativen bisher mit großen Vorbehalten. Fast alle offiziellen Stellungnahmen der DDR-Führung zum Thema Perestroika sind unverkennbar vom Stolz auf die DDR-Wirtschaft als der erfolgreichsten Wirtschaft im WP getragen. Die sowjetischen Reformen werden vor allem im Hinblick auf die unterschwellig für rückständig erklärte SU begrüßt, Ansätze für eine Reformdiskussion sind dagegen nicht zu erkennen. Demgegenüber versuchen in der ČSSR die pragmatischen Kräfte, unter Berufung auf die neue sowjetische Politik, überfällige Wirtschaftsreformen voranzubringen (Gorbatschows Besuch in Prag<sup>7</sup>). Nach einer Phase der Zurückhaltung hat sich die gesamte ČSSR-Führung zur Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen bekannt, aber im Vergleich zur SU eher bescheidene Reformschritte eingeleitet, vor allem Dezentralisierungsmaßnahmen.

e) Rumänien zeigt sich nach wie vor für die sowjetischen Reformbestrebungen unempfänglich. Ceaușescu weist jede Kritik an den katastrophalen Folgen der stalinistischen Wirtschaftspolitik Rumäniens unter Hinweis auf die nationale Souveränität seines Landes und vorgeblich schon verwirklichte Reformen zurück. Rumänien wird damit immer mehr zum Ärgernis für Gorbatschow, das seine Bemühungen um eine Erneuerung des Sozialismus desavouiert.

2) Auf größere Vorbehalte der NSWP-Staaten stoßen die Versuche der SU, die Wirtschaftsintegration im RGW zu vertiefen (RGW-Komplexprogramm bis zum Jahr 2000<sup>8</sup>; verstärkte Kooperation im Produktionsbereich; Joint-ventures). Die NSWP-Staaten befürchten von einer verstärkten Wirtschaftsintegration insbesondere

- einen erhöhten Zwang zu einer materiellen Unterstützung des sowjetischen Modernisierungsprogrammes (v. a. durch die Bereitstellung von Maschinen und Technologie gegen sowjetische Rohstoff- und Energielieferungen);
- Intensivierung des Intrablockhandels zu Lasten des für die NSWP-Staaten aus devisen- und innovationswirtschaftlichen Gründen wichtigen Westhandels;
- stärkere Kontrolle der Volkswirtschaften durch die SU (bilaterale Planabstimmung). Als belastend werden auch sowjetische Forderungen nach einer Verbesserung der Produktqualität innerhalb des RGW empfunden.

Trotz der Abhängigkeit der NSWP-Staaten von aufgrund ihrer Devisenarmut nicht substituierbaren Rohstoff- und Energieimporten aus der SU setzen diese dem sowjetischen Integrationsdrängen weiterhin beträchtlichen Widerstand entgegen.

III. 1) Im Gefolge des Januar-Plenums des ZK der KPdSU zum Thema „Demokratisierung“ hat sich die Reformdiskussion in Osteuropa auch auf den politischen Bereich ausgedehnt. Konkret verbirgt sich hinter Schlagwörtern wie „Demokratisierung“ und „sozialistischer Pluralismus“ die Diskussion um

- die Aktivierung und Motivierung der Bevölkerung durch erweiterte Partizipations- und Artikulationsmöglichkeiten („glasnostj“);

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 9. bis 11. April 1987 in der ČSSR auf. Zu seiner Rede am 10. April 1987 in Prag vgl. Dok. 109.

<sup>8</sup> Das „Komplexprogramm“ wurde auf der 41. außerordentlichen Ratstagung des RGW am 17./18. Dezember 1985 in Moskau verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 105–114.

- eine verbesserte Kontrolle staatlicher Gewalt durch eine „Verrechtlichung“ staatlichen Handelns (insbesondere im Hinblick auf die Behandlung von politisch Andersdenkenden);
- die künftige Rolle der Partei in Staat und Wirtschaft (u. a. Teilrückzug der Partei aus Wirtschaft und Verwaltung in Verbindung mit einer Selbstbeschränkung auf ideologische Führungsaufgaben);
- die kritische Auseinandersetzung mit den „weißen Flecken“ in der Geschichte, insbesondere mit der stalinistischen Epoche.

In den „reformfreudigen“ NSWP-Ländern (Polen, Ungarn) ist schon viel von dem verwirklicht, was in der SU noch Programm geblieben ist. Dort, wo politische Reformen ausdrücklich angestrebt werden, wird eine „Demokratisierung“ – wie in der SU – v. a. als entscheidende Voraussetzung erfolgreicher Wirtschaftsreformen verstanden. Sie soll nicht zu demokratischen Verhältnissen im westlichen Sinne führen, sondern die Effektivität des sozialistischen Systems steigern und die herrschenden KPen stärken. Im einzelnen ist das Bild sehr differenziert.

a) Am weitesten fortgeschritten ist die Reformdiskussion in Ungarn, wo offen über mögliche Kompromisse zwischen kommunistischem Einparteiensystem und pluralistischer Ordnung, Beschränkung der Partei auf ideologische Leitaufgaben sowie eine Ausweitung der Freiheitsrechte des einzelnen diskutiert wird. In der öffentlichen Diskussion wird ein Monopolanspruch des Marxismus in Frage gestellt; auch hohe Parteifunktionäre sprechen z. T. nur noch von der „Hegemonie“ des Marxismus (ZK-Sekretär Berecz). In ihrer teilweisen Rezeption westlichen politischen Denkens und ihrer Vielfalt weist die ungarische Reformdiskussion deutlich über den Ansatz Gorbatschows hinaus.

b) In Polen haben die sowjetischen Reformen in Verbindung mit dem Reformdruck seitens der politisch-gesellschaftlichen Opposition zu Veränderungen auch im politischen Bereich geführt, die die Regierung mit dem Schlagwort „sozialistischer Pluralismus“ umschreibt. Hierzu gehören u. a. die Schaffung eines Konsultativrates beim Staatsratsvorsitzenden (mit allerdings eher pseudodemokratischem Charakter) und die Einrichtung eines Ombudsmannes als Beschwerdeinstanz gegen staatliches Unrecht sowie – bereits im Herbst letzten Jahres – die Freilassung einer großen Zahl politischer Gefangener<sup>9</sup>. Ähnlich wie in Ungarn übersteigt auch in Polen das Maß an individueller Entfaltungsmöglichkeit und öffentlich geduldetem Meinungspluralismus deutlich das in der SU Mögliche.

c) Bulgarien: Hier stehen neben einer Neuordnung des Staatsaufbaus und der Dezentralisierung der Verwaltung jetzt auch eine Beschränkung der Partei im Sinne eines Rückzuges aus wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen sowie der Abbau von Privilegien für die „Nomenklatura“ im Mittelpunkt der Reformdiskussion. Tempo, Radikalität und eine gewisse Planlosigkeit der beabsichtigten bulgarischen Reformen haben indessen in der SU zu Irritation geführt.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Oesterhelt legte am 22. September 1986 dar: „Im Rahmen eines am 17. Juli d. J. verabschiedeten Sejm-Gesetzes wurden bis zum 15. September 1986 insgesamt 20000 Häftlinge entlassen bzw. Verfahren niedergeschlagen. Zu den Entlassenen gehören 225 (d. h. wahrscheinlich alle) politischen Häftlinge, deren Freilassung der polnische Innenminister überraschend am 11. September ankündigte.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139700.

d)<sup>10</sup> Als Länder mit unmittelbarem „Westkontakt“ haben die DDR und die ČSSR aus Furcht vor destabilisierenden Wirkungen eine Diskussion über politische Reformen bislang vermieden.

e)<sup>11</sup> Die Indolenz Ceaușescus ist gegenüber den Gorbatschowschen Demokratisierungsvorstellungen noch stärker ausgeprägt als im Bereich der Wirtschaftsreformen.

IV. Das größte Maß an Übereinstimmung zwischen der SU und den übrigen Staaten des WP besteht nach wie vor im Bereich der Außenpolitik. Die NSWP-Staaten unterstützen ohne Vorbehalte die sowjetischen Abrüstungsinitiativen; besondere Abrüstungsinitiativen der NSWP-Staaten (Jaruzelski-Plan<sup>12</sup>, Vorschlag einer chemie- und atomwaffenfreien Zone Mitteleuropa von DDR/ČSSR<sup>13</sup>, Vorschlag einer KWFZ Balkan von Rumänien/Bulgarien) tragen den spezifischen strategischen Interessen jener Länder Rechnung und fügen sich im übrigen in die sowjetische Politik des „gemeinsamen europäischen Hauses“<sup>14</sup> ein. Für eine gestiegene Flexibilität der SU spricht auch die Verbesserung der blockinternen Konsultationsmechanismen, wie z. B.

- sofortige Unterrichtung der osteuropäischen Regierungen durch hochrangige sowjetische Emissäre bzw. AM Schewardnadse nach dem Treffen Gorbatschow/Shultz in Moskau<sup>15</sup>,
- Bildung von regelmäßig tagenden multilateralen Arbeitsgruppen innerhalb des Warschauer Paktes zu einer besseren Abstimmung bei Abrüstungsfragen (vgl. Kommuniqué des WP-Gipfels am 29.5.1987<sup>16</sup>). Darüber hinaus verstärkte Regionalkonsultationen zwischen den Außenministerien der WP-Staaten.

Diese Neuerungen entsprechen alten Forderungen der NSWP-Staaten nach mehr Abstimmung und dienen generell der Verbesserung des Klimas in den Intra-blockbeziehungen. Die SU durfte sich hiervon vor allem ein noch aktiveres Eintreten der NSWP-Staaten für ihre außenpolitischen Vorstellungen versprechen.

V. Schon nach vergleichsweise kurzer Zeit hat Gorbatschows Reformpolitik zu einem „Reformschub“ in Polen und Bulgarien geführt und in Ungarn eingeleitete Reformen „legitimiert“. Auch wenn sich Rumänien und die DDR – aus unterschiedlichen Gründen – von der „Perestroika“ distanzieren und die ČSSR-Führung vorerst nur vorsichtige wirtschaftliche Reformen anstrebt, kann in Bezug auf

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „c“.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „d“.

<sup>12</sup> Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.

<sup>13</sup> Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone bzw. zu ihrem Vorschlag vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5 und 10.

<sup>14</sup> Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

<sup>15</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 296.

<sup>16</sup> Vgl. Ziffer 11 des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 391.

Osteuropa von einer „Aufbruchsstimmung“ durchaus gesprochen werden. Gorbatschow selbst hat den Weg hierzu geebnet, indem er den nationalen Führungen wiederholt (zuletzt in der Rede vom 2.11.<sup>17)</sup>) einen weiten Handlungsspielraum („völlige Souveränität“) bei der Ausgestaltung ihrer Reformpolitik eingeräumt hat.

Andererseits hat Gorbatschow den Grundsatz der Blocksolidarität bislang nicht zur Disposition gestellt und wiederholt auf die „gemeinsamen Interessen“ der sozialistischen Staatengemeinschaft als verpflichtende Größe verwiesen.

Die Gründe für diese Flexibilität der sowjetischen Osteuropapolitik sind vielfältig:

- Überwindung der psychologischen Folgen der Breschnew-Doktrin<sup>18</sup>, nicht zuletzt um die NSWP-Staaten für eine Unterstützung der sowjetischen Politik zu gewinnen;
- Schaffung von Berufungsgrundlagen für reformfreudige Kräfte in den NSWP-Staaten;
- Vermeidung einer Situation, in der die SU aufgrund einer zu eindeutigen Selbstbindung gezwungen sein könnte, unter unabsehbaren west- und blockpolitischen Risiken als Hüter des sozialistischen Dogmas auftreten zu müssen (z.B. in Polen);
- Verzicht auf die Ausübung von Reformdruck auf die konservativen Regime im Interesse der Stabilität des Bündnisses und in Erwartung der in den meisten Ländern anstehenden Führungswechsel.

Diesem flexiblen Ansatz entsprechend, erscheint die Entstehung einer der Vielfalt Osteuropas entsprechenden Pluralität politischer Strukturen möglich, die weniger der marxistisch-leninistischen Orthodoxie als vielmehr dem „Dogma“ der wirtschaftlichen „Entwicklung“ (Politbüro-Mitglied Jakowlew) gehorchen. Dies könnte die wirtschaftliche und politische Entwicklung Osteuropas u.U. entscheidend vorantreiben. Andererseits könnten die „nationalen Wege“ zentrifugale Tendenzen im sowjetischen Hegemonialverband verstärken und die sowjetische Führung vor neue Herausforderungen stellen. Angesichts der leidvollen Erfahrungen in der Geschichte dürfte jedoch vorerst keine KP ihre Handlungsspielräume bis hin zur Infragestellung außen- oder innenpolitischer Prinzipien der sozialistischen Staatengemeinschaft ausloten wollen. Die Führungen in Osteuropa wissen, daß der Erhalt des osteuropäischen Hegemonialverbandes – und

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anlässlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

<sup>18</sup> Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.

Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restaurierung der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DzD V/2, S. 1478.

sei es in modifizierter Form – auf nicht absehbare Zeit ein unabdingbares Ziel in der sowjetischen Außenpolitik bleiben wird, dessen Erfüllung auch für das innenpolitische Schicksal Gorbatschows von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Die NSWP werden deshalb bei der Umsetzung ihrer Reformvorstellungen Vorsicht walten lassen und mögliche Rückschläge der Umgestaltungspolitik in der SU in Rechnung stellen. Der Reformprozeß in Osteuropa wird somit entscheidend vom Erfolg der Gorbatschowschen Umgestaltungspolitik abhängen. Sollte die „Perestroika“ gelingen, werden sich die Nachfolger der orthodoxen Regime in der ČSSR, DDR und auch in Rumänien einer eigenen Umgestaltungspolitik kaum mehr entziehen können.

VI. Die Entwicklung des Reformprozesses in Osteuropa kann nicht ohne Auswirkungen auf die westliche Politik bleiben. Sollte sich der gegenwärtige Trend fortsetzen, ist mit einer wirtschaftlich wie politisch („gemeinsames Haus Europa“) begründeten Intensivierung der Westpolitik der NSWP-Staaten insgesamt zu rechnen. Hieraus ergeben sich für den Westen erhöhte Chancen, einen die Handlungsspielräume der NSWP-Staaten erweiternden Wandlungsprozeß in Osteuropa zu fördern. Wichtige Instrumente dabei sind:

- generell Ausbau unserer Dialog- und Vertragspolitik mit den NSWP-Staaten auf allen Ebenen;
- Ausbau der Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Umweltschutz, Verkehr, Berufs- und Managementausbildung etc. in einer differenzierenden Weise, die die Handlungsspielräume der NSWP-Staaten für strukturändernde Reformen erweitern.
- Durch den Abschluß von Investitionsförderungsverträgen mit Polen, der ČSSR (sowie der SU) könnte der Anreiz für deutsche Firmen, in diesen Ländern zu investieren, verstärkt werden.
- Dem Interesse der NSWP an stärkerer Integration in die Weltwirtschaft und insbesondere an Stärkung der wirtschaftlich-technischen Verflechtung mit Westeuropa sollten wir begegnen durch
  - Intensivierung der Beziehungen dieser Länder zu GATT, IWF, Weltbank,
  - Normalisierung der Beziehungen zwischen EG und RGW<sup>19</sup> sowie Abschluß von Handelsverträgen der EG mit den RGW-MS,
  - verbesserte Implementierung der KSZE-Absprachen des Korbs II<sup>20</sup> und Durchsetzung zukunftsorientierter Vorschläge (in diesem Rahmen spielt die West-Ost-Wirtschaftskonferenz<sup>21</sup> eine Rolle);
- verstärkte westliche Selbstdarstellung v.a. im geistig-kulturellen Bereich. Die Reformdiskussion in Osteuropa zeigt erneut, wie groß der Einfluß westlichen Denkens auf die intellektuellen und politischen Eliten in den mitteleuropäi-

<sup>19</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 333, Anm. 25.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlufakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

<sup>21</sup> Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

schen NSWP-Staaten nach wie vor ist. Der Westen sollte die gegenwärtigen Öffnungstendenzen durch verstärkten Austausch im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich (Jugend- und Wissenschaftleraustausch, Vortragsreisen etc.) gezielt nutzen. Es wäre dies auch ein „Test“ für die Seriosität der „gesamt-europäischen“ Politik der SU.

- Die Ausweitung der Kontakte des Europarats zu den mittelosteuropäischen Staaten (vor allem zu Polen und Ungarn), insbesondere auf kulturellem Gebiet, aber auch in Bereichen wie Umweltschutz, Gesundheitswesen und Menschenrechte, sollte von uns unterstützt werden.
- Im Rahmen der EPZ sollten wir die Zeit unserer Präsidentschaft<sup>22</sup> nutzen, die Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen SU und NSWP zu analysieren und eine angemessene Strategie der Zwölf zu entwickeln, die den sich abzeichnenden Möglichkeiten für neue Impulse und eine neue Dynamik Rechnung trägt.

Die Wahrnehmung dieser Chancen setzt einen erhöhten Einsatz finanzieller und materieller Ressourcen in der westlichen Ostpolitik voraus. Darüber hinaus bedarf es insgesamt eines vorsichtigen Vorgehens, um sowjetischen Argwohn wegen einer westlichen Politik des „Keiletreibens“ auszuschließen. Schließlich sollte die westliche Politik gegenüber den NSWP-Staaten zur Vermeidung von Widersprüchen und Reibungsverlusten im europäischen und atlantischen Rahmen koordiniert werden; dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf mögliches Mißtrauen unserer Verbündeten gegenüber einer aktiven deutschen Ostpolitik.

Derix

**Referat 214, Bd. 139440**

<sup>22</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

## 339

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde**

221-373.32/3

25. November 1987<sup>1</sup>

Über Herrn D2A<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> mit der Bitte um Zeichnung des anliegenden Schreibens an Staatssekretär Dr. Rühl

Betr.: KVAE-Implementierung:  
hier: Inspektionen der SU (28. bis 30.10.1987) und der DDR (11. bis 13.11.1987) in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: 1) StS-Vorlage vom 27.10.1987 – 221-373.32/3<sup>4</sup>  
2) StS-Vorlage vom 10.11.1987 – 221-373.32/3<sup>5</sup>

Anlg.: 1) DDR-Inspektionsbericht  
2) Entwurf Schreiben an StS Rühl (nur im Original)

1) Die SU und die DDR haben vom 28. bis 30.10.1987 bzw. vom 11. bis 13.11.1987 ihr Inspektionsrecht in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend KVAE-Dokument<sup>6</sup> genutzt. Beide Inspektionen sind insgesamt problemlos abgelaufen. Zugleich ergeben sich deutliche Unterschiede im Ansatz und in der Durchführung der Inspektion zwischen der SU einerseits und der DDR andererseits.

Die DDR hat den im KVAE-Dokument vorgesehenen Inspektionsbericht am 20.11.1987 vorgelegt, in dem sie keine Beanstandungen erhebt (Anlage 1). Der SU-Bericht steht noch aus, obwohl die Inspektion fast 14 Tage vorher erfolgte.

2) Der äußere Ablauf beider Inspektionen war – auch bedingt durch den vom KVAE-Dokument vorgegebenen Rahmen – ähnlich. Die Unterschiede in der Nutzung des Inspektionsinstruments zeigten sich jedoch schon an der Zusammensetzung des Inspektionsteams: Während die DDR überwiegend KVAE-Experten entsandte, ist bei allen SU-Inspektoren ein ND<sup>7</sup>-Hintergrund zu vermuten, in zwei Fällen auch bestätigt.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Botschafter Holik am 25. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. November 1987 vorgelegen.

Hat Botschafter Holik am 30. November 1987 erneut vorgelegen, der für Referat 221 handschriftlich vermerkte: „Abs[enden].“

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat Gruber informierte, daß die Sowjetunion „mit Verbalnote vom 26.10.87, gleichzeitig übergeben unserer Botschaft Moskau und dem Referat 213 am 26.10.87 um 19.00 Uhr, ein Inspektionsbegehren entsprechend dem Stockholmer Dokument der KVAE gestellt“ habe. Das auf die ursprünglich notifizierungspflichtige Militärrübung „Iron Forge“ bezogene Inspektionsersuchen habe keine „spezifizierte Begründung“ aufgewiesen. Vgl. Referat 221, Bd. 130149.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde berichtete, daß die DDR am 9. November 1987 mit Verbalnote an die Ständige Vertretung in Ost-Berlin und das Bundeskanzleramt „ein Inspektionsbegehren gemäß dem Stockholmer Dokument der KVAE gestellt“ habe. Eine „spezifische Begründung“ für das Begehr sei – wie bei allen bisherigen Inspektionsersuchen – nicht abgegeben worden. Vgl. Referat 221, Bd. 130149.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

<sup>7</sup> Nachrichtendienst.

Dementsprechend beschränkten sich die DDR-Inspektoren ausschließlich auf verifikationsrelevante Tätigkeiten und waren deutlich bemüht, jeden Anschein von Ausspähung zu vermeiden. Die SU-Inspektoren schienen sich für die Verifikation eher am Rande zu interessieren und legten das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf Geländeerkundung und Fotografieren von militärischen Einrichtungen und Material. Dies zeigt sich auch an der Zahl der aufgenommenen Fotos: SU ca. 2000 bis 3000, DDR: maximal 200.

Die Ausstattung beider Inspektionsteams war ähnlich: Fotoapparate, Diktiergeräte – deren Benutzung das Stockholmer Dokument den Inspektoren ausdrücklich gestattet – und Landkarten neuesten Datums. Allerdings hatten die SU-Inspektoren jeweils mindestens doppelt so viel Material zur Verfügung wie ihre DDR-Kollegen.

Auch atmosphärisch gab es deutliche Unterschiede zwischen beiden Inspektionen. Während sich die kühl geschäftsmäßige, zeitweise nicht spannungsfreie Atmosphäre bei der SU-Inspektion erst gegen Ende des Inspektionszeitraums zu lockern begann, war die Atmosphäre während der DDR-Inspektion von Anfang an gelöst und erlaubte sachbezogene Gespräche auch über den eigentlichen Inspektionsanlaß hinaus.

3) Die SU-Inspektion richtete sich gegen die von uns und den USA freiwillig notifizierte Übung „Iron Forge“ der 1. (US) Panzerdivision<sup>8</sup>.

Dabei ergaben sich zunächst Probleme, weil amerikanische Begleitoffiziere den SU-Inspektoren Beschränkungen auferlegen wollten; wir konnten jedoch die Beachtung der Mindestanforderung des Stockholmer Dokuments durchsetzen.

Wir sind mit den USA in Kontakt, um für künftige Inspektionen eine einheitliche Anwendung der KVAE-Bestimmungen sicherzustellen.<sup>9</sup> Dabei spielt auch eine Rolle, daß die USA auf bestimmten Truppenübungsplätzen in der Bundesrepublik besondere Rechte genießen.

4) Mit den beiden Inspektionen auf unserem Gebiet, denen eine US-Inspektion in der SU, eine GB-Inspektion in der DDR und eine SU-Inspektion in der Türkei vorausgegangen waren, nimmt das Instrument mandatorischer Vor-Ort-Inspektionen mehr und mehr Routinecharakter an. Dies entspricht unserer Zielsetzung in Stockholm, die damals wegen östlichen Widerstands noch nicht voll durchgesetzt werden konnte, aber auch bei Verbündeten (F) auf Reserven stößt. Wir begrüßen jedoch diese Entwicklung, weil sie zu mehr Offenheit und Vertrauensbildung führt und ihr im Hinblick auf die Verifizierungserfordernisse bei zukünftigen Rüstungskontroll-Vereinbarungen – START<sup>10</sup>, CW<sup>11</sup>, KRK<sup>12</sup> – eine

<sup>8</sup> In der Presse wurde berichtet: „Vier sowjetische Offiziere [...] beobachten seit Mittwochvormittag das Manöver ‚Iron Forge‘, an dem etwa 8000 Soldaten der 1. amerikanischen Panzerdivision teilnehmen. Das Manöver findet im Raum Bamberg–Nürnberg statt. [...] Gemäß der Stockholmer Vereinbarung besteht ein Inspektionsrecht bei Manövern, an denen mehr als 13 000 Mann teilnehmen. Diesen Umfang sollte das Manöver ‚Iron Forge‘ ursprünglich leicht übersteigen, weshalb es notifiziert wurde. Später wurde die Teilnehmerzahl jedoch reduziert, ohne daß deshalb die Notifizierung rückgängig gemacht wurde.“ Vgl. den Artikel „Sowjets inspizieren Bamberger Manöver“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Oktober 1987, S. 4.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>10</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

<sup>11</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

<sup>12</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

wichtige Schrittmacher-Funktion zukommt. Allerdings werden im Bündnis Besorgnisse über die Risiken einer Ausspähung durch Inspektionen laut.

Nach zwei östlichen Inspektionen bei uns stellt sich die Frage, wann und wo die Bundesrepublik Deutschland ihr Inspektionsrecht nutzen sollte. Aufgrund der sowjetischen und der DDR-Inspektion kommen in erster Linie diese beiden Länder, neben der ČSSR, für eine Inspektion durch uns in Betracht.

5) Die bisherige Implementierung der KVAE-Bestimmungen durch uns verlief – auch im Vergleich mit anderen NATO-Partnern – vorbildlich; allerdings mit großem organisatorischen Aufwand und starkem persönlichen Einsatz. So waren zum Beispiel an der 48-stündigen sowjetischen Inspektion bei uns auf deutscher Seite neben sechs Begleitoffizieren 130 Soldaten einer im Inspektionsgebiet stationierten Brigade beteiligt. Außerdem wurden fünf Hubschrauber und ca. 30 Fahrzeuge ausschließlich für Inspektionszwecke genutzt. Es ist abzusehen, daß insbesondere im BMVg die derzeitige Personallage und Organisationsstruktur nicht ausreichen wird, um eine reibungslose Implementierung zu gewährleisten, insbesondere auch für den Fall, daß wir unser Inspektionsrecht aktiv nutzen. Es gibt Überlegungen im BMVg, die auf eine organisatorische Neuordnung und personelle Verstärkung abzielen. Wir sollten hierzu ermutigen.<sup>13</sup>

Es wird daher vorgeschlagen, daß Sie anliegendes Schreiben an Staatssekretär Dr. Rühl richten.

Buerstedde

#### Anlage 1

Bericht über die Durchführung einer Inspektion der Truppenübung der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland „Sichere Festung“ auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland vom 11. bis 13. November 1987<sup>14</sup>

Am 9. November 1987 hat die Deutsche Demokratische Republik auf der Grundlage der Ziffern 65 und 66 des Stockholmer Dokumentes über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein Ersuchen über die Durchführung einer Inspektion im bezeichneten Gebiet mit Zentrum Kassel übergeben, das den angekündigten Raum der Durchführung der Übung der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland „Sichere Festung“ einschloß.

Die Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Inspektionsersuchen wurde am 9.11.1987, 18.00 Uhr, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Bonn übergeben.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Der Passus „Es gibt ... ermutigen“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“

<sup>14</sup> In der Presse wurde berichtet: „Die Bundesregierung hat das Manöver ‚Sichere Festung‘ entsprechend den KVAE-Bestimmungen angekündigt. An der Übung im Raum Göttingen/Paderborn/Bad Hersfeld nehmen 12 000 deutsche und 1000 amerikanische Soldaten mit insgesamt 240 Kampfpanzern teil.“ Nach Aussagen des Regierungssprechers Ost betrachte die Bundesregierung „die Inspektion als einen Schritt zur Vertrauensbildung entsprechend dem KVAE-Dokument. Die DDR könne sich bei der Inspektion von der vollständigen Einhaltung der KVAE-Bestimmungen in der Bundesrepublik überzeugen.“ Vgl. den Artikel „DDR inspiziert Manöver der Bundeswehr“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. November 1987, S. 1.

<sup>15</sup> Für die Note der DDR vom 9. November 1987 vgl. Referat 221, Bd. 130149.

Mit der durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 10.11.1987, 17.20 Uhr, übergebenen Antwortnote wurde dem Inspektionsersuchen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stattgegeben und zu einer Inspektion in Übereinstimmung mit den Ziffern 63 ff. des Stockholmer Dokumentes auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland im bezeichneten Inspektionsgebiet eingeladen.<sup>16</sup>

Auf Grund der räumlichen Nähe zum beantragten Beginn der Inspektion in Göttingen benannte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsprechend Ziffer 81 des Dokuments als Punkt der Einreise die Grenzübergangsstelle Duderstadt/Worbis. Diesem Vorschlag wurde seitens der Deutschen Demokratischen Republik zugestimmt.

Die Inspektionsgruppe im Bestand von vier Offizieren der Nationalen Volksarmee traf am 11.11.1987, 9.00 Uhr, am genannten Einreisepunkt ein.

Die Inspektionsgruppe wurde von Vertretern der Bundesrepublik Deutschland empfangen und zum Punkt des Beginns der Inspektion nach Göttingen begleitet.

Nach Abstimmung des Flugplanes und des Ablaufes der Inspektion für den ersten Tag begann diese am 11.11.1987, 10.30 Uhr, in Göttingen.

Zur Sicherstellung der Inspektion waren

- 2 Hubschrauber
- 2 klein-KOM und<sup>17</sup>
- 4 PKW (geländegängig)

bereitgestellt. Die Verpflegung und Unterbringung der Inspektionsgruppe sowie der Zugang zu geeigneten Fernmeldemitteln einschließlich der Verbindung zwischen ihren Mitgliedern waren gewährleistet.

Im Verlaufe ihrer Tätigkeit war es der Inspektionsgruppe gestattet, Geräte und topographische Karten entsprechend Ziffer 87 des Stockholmer Dokumentes zu nutzen.

Die Mitglieder der Inspektionsgruppe hatten unter Berücksichtigung der Ziffer 74 des Stockholmer Dokumentes die Möglichkeit des Zuganges zum bezeichneten Gebiet und der Besichtigung der Handlungen während der Truppenübung „Sichere Festung“.

Die Inspektion im bezeichneten Gebiet wurde am 13.11.1987, 10.30 Uhr, in Arolsen beendet.

Die Inspektion wurde zu Lande, aus der Luft sowie auf beide Arten gleichzeitig im Bestand von vier Untergruppen durchgeführt.

Die Mitglieder der Inspektionsgruppe hatten die Möglichkeit des Kontaktes und der Gespräche mit Kommandeuren und Truppenangehörigen. Der Bitte zum Zusammentreffen mit dem Leitenden der Übung und zum Erhalt von Informationen zur aktuellen Lage der Truppe wurde stattgegeben.

Die Resultate der Tätigkeit der Inspektionsgruppe im Verlaufe der 48 Stunden erlauben die Schlußfolgerung, daß die in der Ankündigung gegebenen Angaben zu den Ziffern 34 bis 36 des Stockholmer Dokumentes eingehalten wurden.

<sup>16</sup> Für die Antwortnote der Bundesregierung vom 10. November 1987 vgl. die Anlage 1 zum Schnellbrief des Bundeskanzleramts vom 11. November 1987; Referat 221, Bd. 130149.

<sup>17</sup> So in der Vorlage.

Im Verlaufe der Inspektion wurden durch die Inspektionsgruppe keine Anzeichen dafür festgestellt, daß Bestimmungen des Stockholmer Dokumentes nicht eingehalten wurden.

Die Sicherstellung der Inspektionsgruppe erfolgte entsprechend den Festlegungen des Stockholmer Dokumentes.

Die Deutsche Demokratische Republik begrüßt die gegenüber der Inspektionsgruppe demonstrierte Haltung bei der Realisierung der Festlegungen des Stockholmer Dokumentes. Sie gibt der Überzeugung Ausdruck, daß weitere Erfahrungen bei der Umsetzung des Stockholmer Dokumentes der Festigung des Vertrauens und der Erhöhung der Sicherheit in Europa dienen können.

[Anlage 2]

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

Herrn Staatssekretär Dr. Rühl  
Bundesministerium der Verteidigung  
5300 Bonn

m.p.<sup>18</sup>

vor Abschluß des ersten Jahres der KVAE-Implementierung haben unsere beiden Häuser Veranlassung, über unsere gute Zusammenarbeit auf diesem neuen Gebiet befriedigt zu sein. Diese Zusammenarbeit hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Bundesregierung die Bestimmungen des Stockholmer Dokuments in vorbildlicher Weise erfüllen konnte.

Die Implementierung war jedoch nur durch ein großes – häufig bis an die Grenzen des Zumutbaren gehendes – Engagement der beteiligten Arbeitseinheiten möglich. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Bundesrepublik Deutschland Inspektionen erst gegen Jahresende hinzunehmen hatte und selbst noch keine aktiven Inspektionen durchgeführt hat.

Unsere gemeinsamen Erfahrungen mit den Inspektionen des Jahres 1987 zeigen, daß sie uns personell stark in Anspruch nehmen. Hierfür sollten geeignete organisatorische Maßnahmen überlegt werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Sudhoff<sup>19</sup>

**Referat 221, Bd. 130149**

<sup>18</sup> Diese Buchstaben wurden handschriftlich eingefügt.  
Manu propria.

<sup>19</sup> Paraphe vom 27. November 1987.

## 340

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****114-6825/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 1558****Citissime****Aufgabe: 25. November 1987, 20.35 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 25. November 1987, 21.08 Uhr**

Betr.: Ministerrat 25.11.87 mit Bericht Secretary Shultz über Gespräche mit Schewardnadse in Genf<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung (DB ist von BM noch nicht genehmigt)

I. An über zweistündiger Sitzung nahmen neben BM Außenminister DK<sup>3</sup>, I<sup>4</sup>, NL<sup>5</sup> und NWG<sup>6</sup> sowie Staatssekretäre Außenministerien L<sup>7</sup> und P<sup>8</sup> teil. Sonstige Partner waren durch StV vertreten. Beteiligungsformel wie üblich zwei plus drei (bei uns D2<sup>9</sup>, D2A<sup>10</sup>, DMV<sup>11</sup>).

Shultz erstattete eingehenden Bericht mit Schwerpunkt auf INF und hier auf Verifikation. Diskussion war aus Zeitgründen nur kurz. BM gab allgemeine Stimmung wieder, als er erklärte, er habe noch nie so große Befriedigung empfunden wie in heutiger Sitzung.

II. 1) Shultz unterstrich zu Beginn, erzielter Erfolg sei vor allem Zusammenhalt, Festigkeit, Geduld und Konsultationsdichte im Bündnis zu verdanken. Wenn wir mit Ergebnis zufrieden sein könnten, so beruhe dies vor allem auf Einigkeit Allianz. Treffen mit Schewardnadse und Achromejew habe wichtige Entscheidungen gebracht. Shultz würdigte sowjetisches Verhandlungsteam allgemein als „serious people“ und Achromejew als „genau, recht eindrucksvoll und entscheidungsfreudig“. Auch in Reykjavik<sup>12</sup> habe sich erwiesen, wie wichtig Teilnahme sowjetischen Generalstabschefs sei. Es sei nun sicher, daß INF-Abkommen bei Gipfel, über dessen Struktur man Einigkeit erzielt habe, unterschrieben werden könne.<sup>13</sup> Andererseits hätten Gespräche mit Schewardnadse insofern auch

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 34.  
Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt vorgelegen.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 23./24. November 1987 zu Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse und dem Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, Achromejew, in Genf zusammen. Vgl. dazu auch FRUS 1981–1988, VI, S. 547–591. Vgl. dazu ferner SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 1004–1006.

<sup>3</sup> Uffe Ellemann-Jensen.

<sup>4</sup> Giulio Andreotti.

<sup>5</sup> Hans van den Broek.

<sup>6</sup> Thorvald Stoltenberg.

<sup>7</sup> Robert Goebbel.

<sup>8</sup> José Manuel Barroso.

<sup>9</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>10</sup> Josef Holik.

<sup>11</sup> Deutscher Militärischer Vertreter im NATO-Militärausschuß war Hans-Peter Tandecki.

<sup>12</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Am 8. Dezember 1987 wurde der INF-Vertrag unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

gewissen Routinecharakter gehabt, als sie bei Behandlung mühseliger Detailfragen an langwierigen Verhandlungsprozeß Genfer Unterhändler angeknüpft hätten.

Besonderes Lob für Standfestigkeit Stationierungsländer<sup>14</sup>, denen Vertrag in besonderer Weise zugute komme. Amerikanischerseits sei ganz klargemacht worden, daß Gipfel sich nicht auf Rüstungskontrolle beschränken dürfe. Auch Menschenrechte, Spannungsgebiete und bilaterale Fragen würden bei weitläufiger Tagesordnung behandelt.

a) Menschenrechte: Bei seinem Treffen in Moskau<sup>15</sup> habe man diese intensiver denn je behandelt, was auch in Washington geschehen sei<sup>16</sup>. Kürzliche Gespräche von Deputy Secretary Whitehead in Moskau<sup>17</sup> (Shultz erwähnte dessen vorherige Kontakte in Bonn mit BK und BM<sup>18</sup>, die er als sehr wesentlich bezeichnete) seien Dingen auf den Grund gegangen. Seit den alten Tagen Gromykos, der derartige Erörterung mit Hinweis auf innere Probleme SU stets abgelehnt habe, sei bedeutende Entwicklung vor sich gegangen.

Breiter Dialog dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß lediglich Ergebnisse zählten. Ridgway habe hier in Genf erneut insistiert und ungelöste Fälle getrennter Ehepartner und Frage politischer und aus religiösen Gründen festgehaltener Gefangener angeschnitten. Dabei sei sowjetische Seite auch bereit gewesen, über einschlägiges gesetzliches Instrumentarium zu sprechen. Erneut habe man sich für Ausreisewillige eingesetzt, wobei Einlassung SU zurückgewiesen worden sei, Erfordernisse Staatssicherheit ständen dem häufig entgegen.

Man werde Dialog vertieft fortsetzen und dabei auch Fachleute mit gegenseitigen Besuchen (z. B. zur Erörterung Strafgesetze und zum Besuch von Gerichtsverhandlungen – etwa beim Obersten Bundesgericht in Sachen Todesstrafe) einschalten. Es sei gelungen, acht von neun Fällen getrennter Ehegatten eingehender zu besprechen, wobei viermal Ausreisezusagen gemacht worden seien. Vorschlag Menschenrechtskonferenz Moskau<sup>19</sup> sei sowjetischerseits nicht aufgebracht worden.

b) Regionalfragen: Hinweis auf Gespräche letzter Woche zwischen Under Secretary Armacost und Woronzow.<sup>20</sup> Wichtigste Felder seien Afghanistan, iranisch-irakischer Konflikt und Golf sowie südliches Afrika gewesen. Wenn man in Genf im einzelnen auch keine konkreten Ergebnisse erzielt habe, so sei dies für Gipfel nicht auszuschließen.

<sup>14</sup> Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Niederlande.

<sup>15</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

<sup>16</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 302.

<sup>17</sup> Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead vom 16. bis 18. November 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 312, Anm. 8.

<sup>18</sup> Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead besuchte die Bundesrepublik am 9./10. November 1987. Vgl. dazu Dok. 312.

<sup>19</sup> Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

<sup>20</sup> Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, traf mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 17. November 1987 in Genf zu Gesprächen über Regionalfragen zusammen. Vgl. dazu den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 23. November 1987 übergebenen Gesprächsvermerk; Referat 230, Bd. 158100.

Hinsichtlich Afghanistans zeichne sich stärkere Bereitschaft SU für Festlegung auf Rückzugsfahrplan ab.<sup>21</sup> Politische Entscheidung militärischen Abzugs sei offenbar gefallen. Widerstandskämpfer würden immer stärker, und Zeit arbeite gegen SU, die vor einem Jahr gewiß bessere Bedingungen erreicht haben würde. Problem stehe möglicherweise in zwei Jahren nicht mehr auf internationaler Tagesordnung.

Über Golf-Konflikt sei eingehend gesprochen worden. Amerikanischerseits meine man, Pérez de Cuéllar müsse härter sein<sup>22</sup>; er dürfe sich von Iran nicht zum Narren halten lassen, was er vorgestern auch zum Ausdruck gebracht habe. Es sei grotesk, daß Larijani<sup>23</sup> sich für 22.11. in New York angesagt habe, dann jedoch ohne Entschuldigung statt dessen nach Tokio geflogen sei.<sup>24</sup> Schewardnadse habe gemerkt, daß man auf Gipfel vielleicht hier gemeinsame Sprache finden könne, doch habe er, Shultz, ihm erwidert, voneinander abweichende Meinungen gelte es ebenfalls klar zu registrieren.

Auch im südlichen Afrika zeige Moskau mehr Geschmeidigkeit. Kubanische Bürde laste auf Angola. Ein Sieg über Savimbi sei ausgeschlossen. SR-Entschließung 435<sup>25</sup> könne in absehbarer Zeit vielleicht doch implementiert werden. Neue Möglichkeiten böten sich an. Er habe aufmerksam Berichte über kürzlichen Besuch BM in Angola<sup>26</sup> gelesen und stimme mit dessen Schlußfolgerungen überein.

Auf Zwischenfrage van den Broeks bestätigte Shultz zunehmende sowjetische Flexibilität auch in anderen Regionen (z.B. Äthiopien, Kambodscha); für USA hätten jedoch Afghanistan, Golf und südliches Afrika Priorität.

c) Auf bilaterale Fragen ging Shultz im einzelnen nicht ein. Er erwähnte lediglich sich intensivierende Zusammenarbeit bei Medien sowie in Bereichen Naturwissenschaften, Raumfahrt und Umweltschutz.

<sup>21</sup> Zu den „indirekten“ Gesprächen zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 171, Anm. 5.

Referat 340 vermerkte im Oktober 1987: „Die indirekten Genfer Gespräche unter Vermittlung des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez dauern an. In der siebten Runde (25.2. – 9.3.1987) kam es in der Frage des Zeitplans für den Abzug der sowjetischen Truppen zu einer Reduzierung des Unterschieds in den Zeitvorstellungen von 45 auf 11 Monate (Islamabad 7 Monate; Kabul 18 Monate). Ein weiterer Fortschritt in dieser Frage ist jedoch an die formell unausgesprochene afghanisch-sowjetische Vorbedingung eines Fortschritts im ‚nationalen Versöhnungsprozeß‘ geknüpft. Vom 7. bis 9.9.1987 wurden die Gespräche auf afghanischen Wunsch mit einer marginalen Modifizierung in den Zeitvorstellungen (Islamabad 8 Monate; Kabul 16 Monate) ohne substantielle Ergebnisse fortgesetzt.“ Vgl. Referat 230, Bd. 142213.

<sup>22</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg und zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 296, Anm. 21 und 22.

<sup>23</sup> Korrigiert aus: „Rafsanjani“.

<sup>24</sup> Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani begleitete den iranischen Außenminister Velayati bei dessen Besuch in Japan vom 24. bis 26. November 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2106 des Botschafters Hallier, Tokio, vom 24. November 1987; Referat 311, Bd. 139998. Vortragender Legationsrat Honsowitz informierte am 27. November 1987, nach Angaben der Botschaft in Tokio habe Larijani Velayati „nur begleitet und keine getrennten Gespräche geführt (seine Anwesenheit in Tokio war mithin nicht erforderlich; er hätte Reise nach New York früher antreten können)“. Vgl. Referat 230, Bd. 158100.

Zu den Gesprächen, die Larijani vom 2. bis 4. Dezember 1987 in New York führte, vgl. Dok. 357, Anm. 28.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597f.

<sup>26</sup> Bundesminister Genscher besuchte Angola am 29./30. Oktober 1987. Vgl. dazu Dok. 303.

d) START<sup>27</sup>. Betonung, daß man nunmehr auf Grundlage gemeinsamen Textentwurfs arbeite, der indessen noch viele Klammern enthalte. Anwesenheit Achromejew sei auch hier sehr wichtig gewesen. Am Nachmittag vor eigentlichem Gipfel werde er mit Schewardnadse und Team von jeweiligen Fachleuten erneut darüber sprechen. Hinweis auf Einigung über 6000 Gefechtsköpfe und 1600 Systeme, Zählweise bei Bombern und 1540 Gefechtsköpfen bei schweren ICBMs, Annäherung bei Limit von ballistischen Gefechtsköpfen (US 4800; Achromejew: 5100).

Betonung Schwierigkeiten Verifikation besonders bei SLBMs und mobilen landgestützten Systemen (SS-25; Transport auf Straße, noch schwieriger durch Bahn). Komplikationen dadurch, daß nicht wie bei INF Null-Lösung. Einigung auf Grundsatz Vor-Ort-Inspektionen. Diese würfen jedoch äußerst komplizierte Detailprobleme auf, wie dies ja bereits bei INF klar geworden sei. Auf Zusammenhang START mit D+S<sup>28</sup> bzw. ABM-Vertrag wollte Shultz aus Zeitgründen nicht eingehen.

e) INF. Hinweis darauf, daß seit Doppelbeschuß<sup>29</sup> fast acht Jahre vergangen seien und daß SU aus Genfer Verhandlungen ausgestiegen<sup>30</sup> und dann nach Implementierung, die viel politischen Mut erfordert habe, im Januar 1985 zurückgekehrt sei<sup>31</sup>. Jetziger Vertrag („Meilenstein“) sei das, was von uns vorgeschlagen worden sei. Null-Lösung erleichtere Verifikation, verhindere weiträumige Dislozierungen SS-20 und dividiere NATO und asiatische Länder nicht auseinander. Systeme F und GB, „existing patterns of cooperation“ und FBS würden nicht berühr. Betonung, daß es sich um asymmetrische Reduzierungen handle, was für KRK<sup>32</sup> hoffentlich Präzedenz darstelle.

Man habe sich auf strengste Verifikationsbestimmungen einigen können. Auch hier sei gewiß nichts perfekt, und er wolle keine zu weitgehenden Behauptungen machen („no overclaim“). Regelung Einzelfragen sei sehr schwierig gewesen. Sogenannte nationale Mittel genügten nicht mehr, umfangreiche Vor-Ort-Inspektionen seien erforderlich. Dies müsse natürlich auch für Einrichtungen in den

<sup>27</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

<sup>28</sup> Defense and Space.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>30</sup> Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

Am 24. November 1983 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, daß die UdSSR nicht weiter an den Verhandlungen teilnehmen werde. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.

Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen wurde am 8. Dezember 1983 ohne einen Wiederaufnahmetermin beendet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 385.

<sup>31</sup> In einer Gemeinsamen Erklärung vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf am 7./8. Januar 1985 gaben der sowjetische Außenminister Gromyko und der amerikanische Außenminister Shultz die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf bekannt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 101 und Dok. 106.

<sup>32</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

USA und in den Partnerstaaten gelten.<sup>33</sup> Würdigung der engen Konsultationen mit den Stationierungsländern, die zur vollen Befriedigung aller Beteiligten verlaufen seien.

Es werde ein Inspektionsprotokoll geben, demzufolge auch SU einschlägige gesetzliche Bestimmungen zu beachten habe. Komplizierte Verifikationsregelungen umfaßten „großes Buch“, das Partnern in Brüssel sobald wie möglich zur Verfügung gestellt werde.

Es sei ein Datenaustausch vereinbart worden. Sowjetische Daten (disloziert und nicht dislozierte Systeme) lägen US bereits vor. Man erwarte jedoch noch gewisse Details, die bis zum Ende der Woche zugesagt seien. Damit besitze man glaubwürdige Unterlagen darüber, was zur Vernichtung anstehe. In Frage stehende Einrichtungen würden vor Vernichtung im Wege von „base line inspections“ inspiziert. Nächste Phase sei Zerstörung. Sie müsse innerhalb von insgesamt drei Jahren erfolgen, wofür es genaue Verifikationsprozeduren gebe. Sodann vergewissere man sich im Wege „close out inspection“ darüber, daß Vernichtung vollständig stattgefunden habe.

Während Vernichtungszeitraums und innerhalb von zehn Jahren danach könne überprüft werden, daß es keine verbleibenden Systeme gebe, was durch Überwachung der Ausgänge einschlägiger Produktionsstätten erfolge. Dies sei vor allem bei Fabriken relevant, die bisher gleichzeitig SS-20 und SS-25 gefertigt hätten. Ähnliche Inspektionen habe man indessen auch SU auf amerikanischem Territorium einräumen müssen. Hinsichtlich GLCMs handle es sich um eine Testanlage in San Diego; die dort ebenfalls gelegene Produktionsstätte für SLCMs sei davon jedoch nicht berührt. Ähnliches gelte für periodische Inspektionen von P-II-Einrichtungen, wo weiterhin andere Raketen produziert würden. Auf diese Weise würden nur die vertragsrelevanten Fakten überprüft, nicht mehr. Verdachtsinspektionen einschlägiger Anlagen könnten kurzfristig erfolgen: Vier Stunden nach Ankunft im „point of entry“ muß Inspektionsteam zu der dann von ihm gewünschten Einrichtung auf den Weg gebracht werden, und spätestens innerhalb von neun Stunden hat Inspektion zu beginnen. Innerhalb dreijährigen Vernichtungszeitraums sind zwanzig jährliche Inspektionen, in den nächsten fünf Jahren fünfzehn und in den letzten fünf Jahren zehn Inspektionen vorgesehen. Ähnlichkeit SS-25 und SS-20 werfe noch folgendes Problem auf: Erstere Raketen wurden etwa zur Hälfte auf SS-20-Basen disloziert, die ja inspiziert werden dürften. Was geschehe jedoch mit anderer Hälfte? Hier habe man sich auf sogenannte „enhanced technical means“ geeinigt, was bedeute, daß betreffende Einrichtungen für Fotos amerikanischer Satelliten kurzfristig geöffnet würden.

<sup>34</sup>Vertrag verbiete Flugtests, wobei indessen während ersten sechs Monaten Vernichtung durch „launching“ in bestimmtem Umfang erlaubt sei. Durch dieses – ohne Schwierigkeiten zu überwachende – Verbot sei sichergestellt, daß unter Umständen tatsächlich noch vertragswidrig aufrechterhaltene Systeme nach gewisser Zeit obsolet würden.

<sup>33</sup> Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 194.

<sup>34</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1559 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Verifikationsregelungen seien „nicht perfekt“, aber „pretty good“, und sie böten gute Vertrauensgrundlage („a lot of comfort“). Zu den entstehenden Kosten wolle er sich lieber nicht äußern. Sie seien wohl recht hoch, wobei man indessen daran denken müsse, daß Implementierung Doppelbeschlusses US bisher 7 bis 9 Mrd. Dollar gekostet habe. All dies sei auch von Bedeutung im Hinblick auf START. Hinsichtlich CW<sup>35</sup> könne man daraus die Lehre ziehen, daß hier erheblich weitergehende („far more extensive“) Maßnahmen erforderlich seien; andererseits müsse man sich bei CW natürlich die Frage stellen, wie weit wir uns selbst inspizieren lassen wollten.

Shultz unterstrich Asymmetrie zuungunsten SU, bei der rd. 1500 Sprengköpfe (3000 einschließlich „Reservepotential“) gegenüber 350 bzw. 800 auf Seiten US zur Vernichtung anstünden. Diese Asymmetrie sei sehr bemerkenswert („quite striking“). Allianz stehe nunmehr vor zwei Aufgaben:

- Es gelte deutlich zu machen, daß es sich bei Vertragswerk um dasjenige handele, das man westlicherseits angestrebt habe. Administration sei sich darüber im klaren, daß etwaige Verweigerung Ratifizierung im Senat „rebellion in NATO“ auslösen werde. Shultz appellierte an alle Partner, sich unzweideutig zu Abkommen zu bekennen. Er sammle einschlägige Zitate und werde sie Anfang Januar bei den Hearings im Kongreß verwenden. Hierbei gehe es nicht nur um Äußerungen Regierungen, sondern auch Opposition.
  - Man müsse sich darüber klar sein, daß mit INF-Vertrag keinesfalls alle unsere Probleme gelöst seien. Für Aufrechterhaltung glaubwürdiger Abschreckung gebe es eine Menge zu tun. Strategie flexibler Antwort<sup>36</sup> müsse weiterhin implementiert werden können. Qualität unserer konventionellen Mittel sei nunmehr besonders wichtig. Je höher diese sei, desto eher werde es gelingen, bei KRK Fortschritte zu erzielen.
- f) Strukturierung Gipfels. Es handele sich um dreitägigen „substantive hard working summit“. Man habe fünf Arbeitssitzungen (jeweils zwei am 8. und 9.12., eine weitere sowie ein Arbeitsmittagessen am 10.12.) vorgesehen. Am 10.12. sei auch ein unmittelbarer Kontakt („direct interaction“) mit Kongreßangehörigen geplant. Im übrigen – sowjetischerseits organisierte – Zusammenkünfte mit Intellektuellen sowie Unternehmern. Bessmertnych werde dieserhalb in Kürze nach Washington fliegen. Mit gemeinsamer Abschlußerklärung sei zu rechnen.<sup>37</sup>
- g) Abschließend unterstrich Shultz, daß sich Harmel-Konzept<sup>38</sup> von Abschreckung und Dialog voll bewährt habe. Auf Genfer Gipfel 1985<sup>39</sup> habe man weitere in

<sup>35</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

<sup>36</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

<sup>37</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

<sup>38</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>39</sup> Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Washington und Moskau angekündigt. Es sei nunmehr an der Zeit, sie zu verwirklichen. Beiden Ländern sei auch an Gipfel in Moskau gelegen, und man stelle sich amerikanischerseits auch auf einen solchen ein.<sup>40</sup> Er müsse ebenfalls „produktiv“ sein, und vorherige Fortschritte bei START seien entscheidend.

Die Lage ändere sich in positivem Sinn. Zwar gelte es sich vor Euphorie zu hüten, doch mache man einen Lernprozeß durch, auf welche Weise Schwierigkeiten überwunden werden könnten.

## 2) Aus Diskussion ist festzuhalten:

a) BM, der nach Andreotti als zweiter das Wort nahm, dankte für laufende Konultationen und amerikanische Verhandlungsführung und sprach Shultz und Mitarbeitern Glückwünsche für Erreichtes aus. Seine Gedanken gingen acht Jahre zurück, als man hier Doppelbeschuß gefaßt habe. Damals seien manchen Zweifel gekommen, ob wir gesetzte Ziele erreichen könnten und ob es bei<sup>41</sup> beschlossener Stationierung bleiben werde. Implementierung sei, gerade auch bei uns in Deutschland, nicht einfach gewesen. Um so wichtiger sei es, zu unterstreichen, daß dies der von uns gewünschte Vertrag sei. Engster Allianz-Zusammenhalt und klare Zielsetzung seien Voraussetzung gewesen. INF-Abkommen stelle mehr als nur einen „Meilenstein“ dar. Es sei erstes wirkliches Abrüstungsabkommen. Mit ihm beginne neue Epoche Rüstungskontrolle. 1987 könne als Jahr der Abrüstung gelten.

Er wolle für Bundesregierung keinen Zweifel daran lassen: Sollte es bei gewissen Personen in Amerika Bedenken gegen Vertrag geben, so könnten diese sich weder auf Bundesregierung noch auf BR Deutschland insgesamt berufen. Wir hätten Vertrag gewollt (und nähmen ihn nicht etwa nur hin). Betonung asymmetrischer Reduzierungen.

Es sei wichtig, daß auf Gipfel nicht nur Rüstungskontrollfragen, sondern auch Menschenrechtsproblematik, West-Ost-Beziehungen insgesamt und Regionalfragen behandelt würden. Er könne aus Erfahrung kürzlichen Besuchs Angolas das, was Shultz hierzu ausgeführt habe, nur bestätigen. Hinweis auf abgelaufenen arabischen Gipfel in Amman<sup>42</sup>, der großen Erfolg für Hussein dargestellt habe. Wir sollten seine Auswirkungen auch auf SU und China für Lösung Golfkonflikts nutzen. Fortschritte bei Implementierung SR-Entschließung<sup>43</sup> seien geboten.

Bei NATO-AM-Treffen im Dezember<sup>44</sup> müßten nicht nur INF und START erörtert, sondern im Juni in Reykjavík in Auftrag gegebenes Gesamtkonzept Rüstungskontrolle in allen seinen Bereichen (START, CW, KRK und nukleare Kurzstreckenwaffen)<sup>45</sup> weiterbehandelt werden. Hinweis auf Brüsseler KRK-

<sup>40</sup> Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

<sup>41</sup> Korrigiert aus: „nicht bei“.

<sup>42</sup> Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

<sup>43</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>44</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

Für den Wortlaut des Communiqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112.

<sup>45</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

Erklärung vom Dezember 1986<sup>46</sup> und auf Wünschbarkeit baldigen Mandats in Wien. Bei AM-Treffen gelte es, Perspektiven für Rüstungskontrollverhandlungen und Entwicklung West-Ost-Verhältnisses allgemein für Stabilität in Europa und weltweit im Sinne Harmel-Berichts aufzuzeigen. Gipfel Moskau müsse weitere substantielle Fortschritte bringen.

BM betonte abschließend, er habe noch nie eine Sitzung als so befriedigend empfunden wie heute. Auch im transatlantischen Verhältnis sei man sich selten so nahe gewesen. INF-Abkommen stelle nicht nur Erfolg im Rüstungskontrollbereich, sondern solchen für Festigkeit und Zusammenhalt Bündnisses dar. Dies brauchten wir.

b) Auch AM Andreotti versicherte, INF-Abkommen werde in Italien nicht nur von Regierung, sondern überwiegend auch von Opposition gestützt. Allgemeine Zustimmung müsse im Communiqué Ministertreffen Dezember deutlich zum Ausdruck kommen. Er sprach sich u. a. für baldigen CW-Ächtungsvertrag und dafür aus, alle Elemente des Rüstungskontrollkonzepts von Art. 8 Reykjavík<sup>47</sup> weiterzuentwickeln.

AM van den Broek, der sich mehrfach auf BM bezog, unterstrich gleichfalls, daß sein Land hinter Abkommen stehe. Er mahnte mangelnde Fortschritte WFT<sup>48</sup> im Menschenrechtsbereich an. Hier spreche man in Moskau und Wien nicht mit gleicher Sprache. Westen müsse insoweit fest bleiben und Ungleichgewicht der verschiedenen Körbe vorbeugen.

Er sprach Problem weiterer Dislozierungen nach Unterzeichnung INF-Abkommens an. Gegendruck öffentlicher Meinung werde hier immer stärker. Entscheidung noch vor 8.12. sei erforderlich. Shultz antwortete hierauf: Amerikanischerseits würden nach Unterzeichnung keine weiteren Dislozierungen mehr erwartet. Bereits dislozierte Systeme müßten bis Abschluß Ratifizierung bleiben. Dann beginne dreijährige Vernichtungsphase.

AM Stoltenberg erwähnte u. a., daß es Zeit zu nutzen gelte, solange Reagan und Gorbatschow Verantwortung trügen.

GB unterstrich die von Shultz abschließend erwähnten zwei Punkte (besonders Vermeidung von Euphorie). Zitierte PM Thatcher, die INF-Abkommen positiv gewürdigt und Hoffnung auf Fortschritte bei START und CW-Ächtung zum Ausdruck gebracht hatte.

B wies darauf hin, daß heute nachmittag 20-jähriges Jubiläum Harmel-Berichts begangen werde. Unterstützung NL bei Forderung nach Fortschritten im Menschenrechtsbereich auf WFT.

F meinte, INF-Abkommen habe gesetzte Ziele erreicht. Auch bei Verifikation habe es beachtliche Fortschritte gegeben. Warnung vor Euphorie. Für Frankreich habe

<sup>46</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>47</sup> Für den Wortlaut von Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384.

<sup>48</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 377.

nunmehr rüstungskontrollpolitisch START Priorität. Weitere Wachsamkeit sei erforderlich.

E würdigte Haltung Stationierungsländer.

Abschließend beantwortete Shultz einige Fragen:

- Über genauen Inhalt eventueller Erklärungen bei Gipfel könne er noch nichts sagen. Wahrscheinlich keine Überraschungen.
- Zwar seien – vor allem in Moskau – mit Sowjets auch KRK und CW erörtert worden. Dabei jedoch stets Hinweis US auf multilaterale Verhandlungsforen.
- Zum Schluß sprach er kürzliche Änderungen innerhalb Administration an. Carlucci und Powell<sup>49</sup> ständen in Kontinuität bisheriger Politik.

3) GS<sup>50</sup> unterstrich zum Schluß drei Aspekte von INF:

- Sehr wichtige Präzedenz asymmetrischer Vernichtungen.
- Weitgehende Verifikation, die vor acht Jahren undenkbar.
- Man habe Realismus und Entscheidungskraft bewiesen und sei falschen Ratgebern in einigen Bündnisländern nicht gefolgt.

[gez.] Hansen

**VS-Bd. 11283 (220)**

## 341

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák in Prag

**26. November 1987<sup>1</sup>**

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch des Bundesministers mit Präsident Husák am 26.11.1987 (15.00–16.00 Uhr)<sup>2</sup>

Husák begrüßt BM mit herzlichen Worten. Er freue sich, das Gespräch mit BM in einer Situation fortsetzen zu können, in der ein Stück der persönlichen Politik des BM in die Tat umgesetzt werde. Er hoffe, daß die bevorstehende Unterzeich-

<sup>49</sup> Der bisherige Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Carlucci, trat am 23. November 1987 das Amt des amerikanischen Verteidigungsministers an. Der bisherige stellvertretende Sicherheitsberater Powell übernahm am 23. November 1987 das Amt des Sicherheitsberaters.

<sup>50</sup> Lord Carrington.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 30. November 1987 gefertigt.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 30. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Jansen und Vortragenden Legationsrat Schumacher verfügte.  
Hat Jansen am 30. November 1987 vorgelegen.  
Hat Schumacher vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher besuchte die ČSSR vom 25. bis 27. November 1987.

nung des Abkommens über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen<sup>3</sup> nur ein erster Schritt sei. Wichtig sei, über den Abbau von Rüstungen hinaus Feindbilder auf beiden Seiten abzubauen. AM Chňoupek habe ihn über die Gespräche des Vormittags informiert.<sup>4</sup> Er sei befriedigt über die Fortsetzung der Bemühungen, die bilateralen Beziehungen auszubauen. Die ČSSR lege Wert darauf, nicht Stoßdämpfer zwischen Ost und West zu sein, sondern möchte Verbindungsfunctionen wahrnehmen.

*BM* erklärt, beide Seiten hätten keinen Anlaß, pessimistisch zu sein. Es habe sich als richtig erwiesen, den direkten Dialog auch und gerade in Zeiten zu pflegen, in denen sich das West-Ost-Verhältnis abgekühlt habe. *Husák* wirft ein, hierzu habe BM einen bedeutsamen persönlichen Beitrag geleistet.

*BM* fährt fort, es sei die gemeinsame Aufgabe beider Staaten, in der Mitte Europas für ein Stück Entspannung zu sorgen. Beide Länder an der Nahtstelle der Systeme seien sensibler für Entwicklungen als andere. Der Besuch des Bundeskanzlers im Januar<sup>5</sup> solle den Begriff der guten Nachbarschaft ausfüllen. Wir seien daran interessiert, in allen Bereichen eng zusammenzuarbeiten. Es komme darauf an, die nicht ausgenutzten Reserven des bilateralen Verhältnisses zu aktivieren.

Wir seien bereit, mit allen Staaten des Warschauer Paktes gute Beziehungen zu pflegen. Dies gelte insbesondere für die Sowjetunion. Er, *BM*, habe sich bereits frühzeitig dafür ausgesprochen, die Politik Gorbatschows ernst zu nehmen.<sup>6</sup> *Husák*: Dafür wurden Sie von einigen kritisiert.

*BM*: Die Kritiker hätten sich inzwischen seiner Auffassung angeschlossen. Wir wollten nach vorne blicken. Es liege in unserem Interesse, die Öffnungspolitik in der Sowjetunion zu ermutigen. Das deutsch-sowjetische Verhältnis habe große Bedeutung für die Lage in Europa.

*Husák*: Diese Erkenntnis habe über viele Jahrhunderte hinweg gegolten.

*BM* weist darauf hin, daß es nunmehr gelte, das INF-Abkommen für weitere Abrüstungsschritte zu nutzen. Bei den chemischen Waffen könne man schnell zu Ergebnissen kommen.<sup>7</sup> Die Zeit dränge. Wie vor zwanzig Jahren bei den atomaren Waffen bestehe auch hier die Gefahr der Proliferation. Er, *BM*, hoffe, daß es möglich sei, mit den Verhandlungen über die konventionellen Waffen im kommenden Jahr zu beginnen.<sup>8</sup> Es handle sich um ein „gefährliches Spielzeug“. Für erfolgreiche Verhandlungen sei allerdings ein neues Denken notwendig. Was die Raketen kürzerer Reichweite anbetreffe, so seien wir zu sofortigen Verhandlungen bereit. Er müsse allerdings offen hinzufügen, daß das westliche Bündnis zur Erarbeitung einer Verhandlungsposition noch etwas Zeit brauche.

<sup>3</sup> Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek trafen am 26. November 1987 zu Gesprächen zusammen. Themen waren Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, das Ost-West-Verhältnis sowie bilaterale Fragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139636.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 in Davos; Dok. 65.

<sup>7</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Ann. 2.

<sup>8</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

BM weist auf seine Rede im Deutschen Bundestag hin. Hier habe er einer konventionellen Nachrüstung eine klare Absage erteilt.<sup>9</sup> Mit seinem Kollegen Chňoupek stimme er überein, daß man bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien jetzt Druck machen müsse, um bald zu einem Ergebnis zu kommen.<sup>10</sup>

BM wendet sich in seinen Darlegungen der Lage in Westeuropa zu und schildert die Probleme in der EG, insbesondere was Agrarfragen, finanzielle und strukturelle Probleme anbetrifft.

Er hebt die Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses für die Stabilität in ganz Europa hervor. Präsident Mitterrand sei ein Staatsmann von großer europäischer Verantwortung und Weitsicht. Er habe zweimal geholfen, die doppelte Null-Lösung herbeizuführen.

Die sowjetische Führung sei gut beraten, nicht auf den nächsten amerikanischen Präsidenten zu warten. Im Gegensatz zu vielen seiner Amtsvorgänger sei Präsident Reagan auf außenpolitischem Gebiet in seinem letzten Amtsjahr keine „lahme Ente“. Man müsse jetzt in die Scheuer fahren, was möglich sei. Ein neuer Präsident brauche Zeit, um sich einzuarbeiten.

*Husák* erklärt, Gorbatschow spekuliere nicht auf die Person des Präsidenten, sondern sei entschlossen, seine Friedensideen durchzusetzen. Die Reformen, die Gorbatschow zuhause eingeleitet habe, würden auch in anderen sozialistischen Ländern modifiziert angepackt. Für die ČSSR strebe er eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens an. Es sei wichtig, einen neuen Arbeitsstil einzuführen. Der im Westen bestehende Eindruck, die ČSSR sei der letzte Staat in der Entwicklung, sei unzutreffend. Das bevorstehende ZK<sup>11</sup> werde sorgfältig vorbereitet. Es könne kein Zweifel daran bestehen: Die tschechoslowakische Führung wolle Glasnost. Die Durchführung der Ideen sei allerdings kompliziert und nicht ohne große soziale Beeinträchtigungen möglich. Die beabsichtigten Reformmaßnahmen könnten auch in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland eine neue Atmosphäre schaffen.

BM stimmt zu, daß eine Öffnung der sozialistischen Staaten auch zu einer größeren Kooperationsfähigkeit führe. Er weist insbesondere auf die gut ausgebildeten Facharbeiter und das große intellektuelle Potential der ČSSR hin.

*Husák:* Dieses sei bisher nicht genügend genutzt worden. Man habe einiges verpaßt, das jetzt aufgeholt werden solle. Dies müsse den Menschen bewußt gemacht werden. Die Entwicklungen in der Sowjetunion würden aufmerksam verfolgt. Man höre auch aufmerksam zu, was von westlichen Gesprächspartnern gesagt werde. Jedes Land habe seine eigenen Probleme. Es komme deshalb darauf an, Reformideen auf die jeweiligen Bedingungen anzuwenden. Man sei jedenfalls entschlossen, die Entwicklung zu beschleunigen. Der Weg sei vorgezeichnet. Es stünden grundlegende Änderungen im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich bevor. Alte Einstellungen müßten geändert werden.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vom 24. November 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 41. Sitzung, S. 2756–2760.

<sup>10</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 377.

<sup>11</sup> Die Plenarsitzung des ZK der KPČ fand am 8./9. April 1988 in Prag statt.

*BM* erklärt, dies betreffe auch die Fragen der internationalen Zusammenarbeit. Er weist auf das Buch von Jonas „Prinzip Verantwortung“<sup>12</sup> und dessen Gedanken hin.

*Husák* stimmt zu. Alle Staaten ungeachtet der Unterschiede ihrer Gesellschaftsordnungen trügen hohe Verantwortung für die künftigen Generationen. Aufgrund langer Gespräche mit Gorbatschow könne er sagen, daß der sowjetische Führer im Westen vielfach vereinfacht gesehen würde. Gorbatschow sei innerlich zutiefst überzeugt, daß alles für die Rettung der Welt getan werden müsse. Nach dem Austausch einiger eher allgemeiner philosophischer Betrachtungen übermittelt *BM* Grüße des Bundeskanzlers.

*Husák* bittet, diese zu erwidernd und schließt das Gespräch mit der Bemerkung, die ČSSR freue sich auf den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers.

**Referat 010, Bd. 178904**

## 342

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

**210-331.00 VS-NfD**

**26. November 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn D2<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung für Ihr Gespräch mit Botschafter Burt (Gesprächsführungsvorschlag in Ziffer 5)

Betr.: Berlin-Initiative<sup>4</sup>

Anlg.: 3<sup>5</sup> (davon Anlage<sup>6</sup> 3 nur beim Original)

1) Als Anlage 3 wird zur Unterrichtung ein „concept paper“ in der Fassung vom 24.11.1987 zu der auf die Anregung Präsident Reagans zurückgehenden „Berlin-

<sup>12</sup> Vgl. Hans JONAS, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M. 1979.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 27. November 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte den Weg einer Note für falsch + gefährlich und ihren Inhalt für äußerst bedenklich!“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. Dezember 1987 vorgelegen, der vermerkte: „Hat dem Herrn Minister vorgelegen.“ Ferner verfügte Elbe den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210.

<sup>4</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 4. Dezember 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 168.

<sup>5</sup> Dem Vorgang teilweise beigelegt. Vgl. Anm. 7, 10 und 16.

<sup>6</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt: „2 und“.

Initiative“ vorgelegt.<sup>7</sup> Es stellt dar den gegenwärtigen Stand der Beratungen in der Bonner Vierergruppe in Erfüllung des Minister-Auftrags von Reykjavik, zur Prüfung durch die Regierungen konkrete Vorschläge zur Ansprache der Sowjetunion zu erarbeiten.<sup>8</sup> Als Ergebnis ausführlicher Untersuchungen nennt das Papier zwei Gruppen von Vorschlägen, die die Alliierten auf der Grundlage ihrer weiterbestehenden originären Rechte an die Sowjetunion herantragen könnten:

a) im Luftverkehrsbereich

- höhere Flughöhen und größere sowjetische Zurückhaltung bei Reservierungen in den Luftkorridoren<sup>9</sup>,
- kommerzieller Zugang zu Flughäfen in Berlin (West) für alliierte und nicht-alliierte Fluggesellschaften auf Strecken außerhalb der Luftkorridore (verbunden mit der Entwicklung von Flugverkehrsverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR),

b) in anderen Bereichen

- sowjetische Zusammenarbeit bei der Entwicklung Berlins zu einem Zentrum für internationale Veranstaltungen und bei der Erleichterung menschlicher Begegnungen, z. B. durch Jugend- und Sportaustausch einschließlich einer möglichen Olympiade.

Trotz der im Papier diskutierten Möglichkeit einer sowjetischen Abweisung oder Gegeninitiative regt das Papier an, in Form einer Note, für die ein Textentwurf beigelegt ist (hier als Anlage 1 vorgelegt<sup>10</sup>), die Sowjetunion anzusprechen und baldige Vier-Mächte-Gespräche in Berlin vorzuschlagen. Abhängig von der sowjetischen Antwort würden die Alliierten spezifische Vorschläge erarbeiten und präsentieren.

2) Es war vorgesehen, das Papier den Ministern bei dem Deutschland- und Berlin-Treffen Anfang Dezember in Brüssel<sup>11</sup> vorzulegen. Ob bis zu den Expertengesprächen vor dem Ministertreffen eine auch in den Hauptstädten abgestimmte Endfassung erstellt werden kann, ist mehr als fraglich. Vor allem F und GB zeigen sich zögerlich. Angesichts des wiederholt vorgetragenen ameri-

<sup>7</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>8</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

Vortragender Legationsrat von Berg informierte das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium der Verteidigung am 25. Juni 1987: „Die Außenminister der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der BR Deutschland haben in Reykjavik ihre Beamten in Bonn beauftragt, zur Prüfung durch die vier Regierungen konkrete Vorschläge für Verbesserungen in Luftverbindungen nach Berlin zum Zweck einer Ansprache gegenüber der SU vorzubereiten. Dabei sollten sie die Bedeutung einer Verstärkung der langfristigen Stabilität und des Wohlstands Berlins durch Senkung der Schranken zwischen Ost und West in Berlin und die Bedeutung praktischer Verbesserungen für die Berliner bei vollem Schutz des Status der Stadt, insbesondere der ursprünglichen alliierten Luftzugangsrechte, in Betracht ziehen. Ferner sollte das im Oktober 1986 verabschiedete Papier über die Entwicklung von Luftfahrtbeziehungen mit der DDR berücksichtigt werden.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 210, Bd. 145177.

<sup>9</sup> Zu den Bestimmungen über den Luftverkehr von und nach Berlin vgl. Dok. 354, Anm. 10.

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „Draft note for Delivery by Three Allies to Soviet Union (preferably by Ambassadors in Moscow to Foreign Ministry“ vgl. Referat 210, Bd. 145177.

<sup>11</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 366.

kanischen Interesses, „den Schwung der Reagan-Rede (vom 12.6.<sup>12</sup>) zu nutzen“ und die Initiative zeitlich mit der INF-Abrüstung zu verbinden sowie angesichts der Unmöglichkeit, eventuelle Gegenleistungen an die Sowjetunion für praktische Verbesserungen schon jetzt abstrakt auszubuchstabieren, schließt aber jedenfalls der britische Sprecher nicht aus, daß sein Außenminister<sup>13</sup> der Sondierung gegenüber der Sowjetunion durch die Note zustimmen würde.

Die Notenform für die Sondierung war von US vorgeschlagen und von GB und F aufgenommen worden, weil sie die alliierte Demarche formalisieren und gewichtiger machen würde, auch wenn eine Note eine schriftliche Antwort mit u. U. unakzeptablen Gegenerklärungen provozieren könnte.

3) Nunmehr haben die USA in der Vierergruppe am 24.11.1987 angekündigt und beabsichtigen, Ihnen durch Botschafter Burt vorzutragen, daß sie die Übersendung der Note schon vor dem Gipfel am 7.10.12.1987<sup>14</sup>, die Ansprache gegenüber der Sowjetunion auf diesem Gipfel und die öffentliche Vorstellung der Initiative durch einen „public event“ (Fototermin?) am 11.12. anlässlich des NATO-Rates<sup>15</sup> anstreben.

In einer ersten Reaktion haben der britische und der französische Vierergruppen-Sprecher es für kaum vorstellbar gehalten, daß ihre Hauptstädte einer Absendung der Note noch vor dem Ministertreffen zustimmen werden. Der deutsche Sprecher warf die Frage auf, ob die USA ggf. in Fortsetzung der bisherigen amerikanischen nationalen Aktivität die Sowjetunion auf dem Gipfel zur Vorbereitung der Initiative bilateral ansprechen würden (s. hierzu Anlage 2<sup>16</sup>).

Aus der französischen Botschaft erfuhren wir am 26.11., daß Paris gegen eine solche bilaterale Ansprache durch die USA keine Einwände hätte, eine Note noch vor dem Ministertreffen aber nicht mittragen würde. Für eine entsprechende Haltung sprachen sich auch die Teilnehmer eines erweiterten Dreierkreises am 26.11. aus (u. a. BM Schäuble, StS Brütingam).

4) Es sind nunmehr im Ressortkreis gemeinsame Haltungen zu den einzelnen Vorschlägen abzustimmen.

Jede deutsche Reaktion auf die Initiative muß den demonstrativen Einsatz des US-Präsidenten berücksichtigen und unserem Interesse an der Aufrechterhaltung des alliierten Engagements für Berlin Rechnung tragen. Zum Inhalt der Initiative ist zu berücksichtigen, daß die Initiative sich von den ursprünglichen plakativen Vorschlägen entwickelt hat in Richtung auf praktische Verbesserungen für Berlin, in die auch unsere Vorstellungen im verkehrs- wie im Berlin-politischen Bereich Eingang gefunden haben:

<sup>12</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan in Berlin (West) vgl. Dok. 168, Anm. 5.

<sup>13</sup> Geoffrey Howe.

<sup>14</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatjow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>15</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

<sup>16</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat von Berg hielt am 26. November 1987 nach „Telefonkontakte mit UK, USA und Bundeskanzleramt“ fest, die USA wünschten, die Berlin-Initiative gegenüber der UdSSR bei den Gesprächen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatjow, vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington anzusprechen. Nach Auskunft der britischen Botschaft stehe die Regierung in London dieser Idee zurückhaltend gegenüber, doch würden die USA „die vorsichtige Reaktion Londons als „keine Ablehnung“ deuten. Frankreich halte „sich bisher völlig zurück“. Vgl. Referat 210, Bd. 145177.

- Beschränkung der Veränderungen im Korridorverkehr auf Anpassung der gegenwärtigen Praktiken ohne Aufgabe der originären Rechte.
- Weiterverfolgung des Pilotprojekts für innerdeutschen Luftverkehr, verbunden mit Öffnung Tegels für Nord-Süd-Flüge, aber angereichert durch Unterstützung des Anliegens „Öffnung Tegels“ durch mögliche Drei-Mächte-Initiative.
- Im Bereich internationaler Veranstaltungen Schwergewicht auf Überwindung sowjetischer Obstruktion gegen volle Anwendung des VMA<sup>17</sup> in Berlin (West). Plakative Projekte wie KSZE-Folgekonferenz und Olympiade werden untersucht, problematisiert und als wünschbar, aber nur mit langer Frist vorstellbar dargestellt.
- Aufnahme der Bezirkskontakte in den Themenbereich „menschliche Begegnungen“.

Andererseits ist besonders bei der Mischung von öffentlichkeitswirksamen Elementen der Initiative mit konkreten Anliegen der Alliierten im empfindlichen Bereich des Korridor-Luftverkehrs vor der Entscheidung zu dem operativen Akt einer formellen Einladung der Sowjetunion zu Vier-Mächte-Gesprächen große Vorsicht geboten. Die – auch auf unser Betreiben im concept paper ausdrücklich erwähnten – Risiken einer förmlichen Note sind oben (Ziffer 2) erwähnt, auch der Rahmen von Vier-Mächte-Botschaftergesprächen (zum ersten Mal seit dem VMA) eröffnet ein schwer beherrschbares Szenario.

5) Zur Reaktion auf die Ansprache des Themas durch Botschafter Burt – der nach Hinweisen aus dem State Department sowie nach Einschätzung Frankreichs auch persönlich an der Initiative starkes politisches Interesse hat – wird vorgeschlagen:

- Dankbare Begrüßung des amerikanischen Engagements für Berlin, das unsere Berlin-Anliegen aufnimmt.
- Hinweis, daß das Konzept und die Note sich bis in die letzten Tage erheblich entwickelt haben und daß jetzt die Zeit reif ist, auf deutscher Seite zwischen den betroffenen Ressorts eine Abstimmung zu den Vorschlägen vorzunehmen – wie auch wahrscheinlich in den anderen Hauptstädten.
- Zusage zügiger, aber sorgfältiger Prüfung dieser wichtigen Initiative.
- Unterstützung amerikanischer Absicht, Reagan-Initiative bilateral durch die USA bei Gelegenheit des Gipfels anzusprechen.
- Hinweis auf Möglichkeit anschließender Erörterung auf anstehendem Treffen in Brüssel im Lichte der sowjetischen Reaktion beim Gipfel.<sup>18</sup>

Lambach

**Referat 210, Bd. 145177**

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke vermerkte am 3. Dezember 1987, Bundesminister Genscher habe am Vortag ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt geführt, bei dem auch die Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan erörtert worden sei. Burt habe dargelegt, „daß die von den USA noch vor dem Gipfel beabsichtigte Note an die SU keine Zustimmung bei uns sowie GB und F gefunden habe, weshalb dieser Plan aufgegeben worden sei. Er hoffe, daß das Thema beim

343

**Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan****Geheim****26. November 1987<sup>1</sup>**

Lieber Ron,

ich schreibe Ihnen zu einem Zeitpunkt, in dem Sie sich auf Ihr Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow<sup>2</sup> vorbereiten. Diese Gipfelbegegnung wird von den guten Hoffnungen und Wünschen aller Deutschen begleitet. Ich beglückwünsche Sie und Außenminister George Shultz, daß Sie für diese Gipfelbegegnung eine außerordentlich bedeutsame Tagesordnung durchgesetzt haben: ein weiterer Beweis, daß sich Geduld und Festigkeit gegenüber der Sowjetunion auszahlen. Zugleich möchte ich Ihnen danken für Ihre Schreiben vom 28. August und 19. November d.J. Die wichtigste Botschaft Ihrer Schreiben bekräftige ich mit allem Nachdruck: Gerade in der jetzigen Phase der internationalen Politik kommen der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1747*

Gipfel angesprochen werde und daß wir bei dem AM-Vierertreffen am Rande der NATO-Herbsttagung der Zustellung der Note nach dem Gipfel zustimmen könnten. Auf Frage von BM, was von Presse-Spekulationen über ein Treffen der vier Botschafter zu halten sei, antwortete Burt, daß nach einer Zustimmung zur Zustellung der Note ein Treffen der vier Botschafter in Berlin im Kontrollratsgebäude vorgesehen sei.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145177.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 26. November 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „mit der Bitte um Weiterleitung über unsere Botschaft in Washington“ übermittelt. Ferner vermerkte Kaestner, daß er die bereits in Auftrag gegebene Übersetzung „so bald wie möglich nachreichen“ werde. Zudem bat er, „für Herrn Bundesminister Genscher Ablichtung vom Original ziehen und ‚VS-geheim‘ einstufen zu lassen“. Schließlich informierte Kaestner, daß die „englische Fassung des Schreibens [...] von hier aus vorab dem Weißen Haus übermittelt“ werde.

Hat Pfetten-Arnbach am 26. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Sudhoff und Lautenschläger, das Ministerbüro, das Büro Staatssekretäre sowie an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Botschafter Holik verfügte und handschriftlich vermerkte: „Absendung d[es] Originals per Kurier am Freitag 27.11. sicherzustellen durch Reg[istratur] 014.“

Hat Holik am 27. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Hartmann, die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Hofstetter, Buerstedde und von Butler, Vortragenden Legationsrat Barker sowie an Referat 220 verfügte.

Hat Hofstetter vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Wagner am 30. November 1987 vorgelegen.

Hat Buerstedde vorgelegen.

Hat Butler vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Reyels am 15. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Barker am 15. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Nourney am 15. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Hofstetter am 16. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Wagner und Mülmenstädt verfügte.

Hat Wagner am 16. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

Hat Mülmenstädt erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11319 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Am 8. Dezember 1987 wurde der INF-Vertrag unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

Einheit und der Geschlossenheit der freien Demokratien des Westens höchste Bedeutung zu; gerade jetzt sind laufende, enge und vertrauensvolle Konsultationen unseres Bündnisses unerlässlich.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen meine Auffassung zu aktuellen Fragen der Ost-West-Beziehungen sowie zu gemeinsamen Anliegen unseres Bündnisses darlegen.

I. Das herausragende Ereignis der Gipfeltage wird die Unterzeichnung des Abkommens über die weltweite Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörper kürzerer und längerer Reichweite sein: Ich beglückwünsche Sie zu diesem historischen Durchbruch, mit dem erstmals der Weg echter Abrüstung beschritten wird und der die Tür für weitere Abrüstungsschritte öffnet.

Mit genau diesen Worten habe ich öffentlich die endgültige Einigung zwischen Secretary of State George Shultz und Außenminister Schewardnadse gewürdigt. Das INF-Abkommen findet die uneingeschränkte Zustimmung der Bundesregierung und aller verantwortlichen politischen Kräfte unseres Landes. Auf diese breite Unterstützung in unserem Land können Sie – auch im Blick auf das bevorstehende Ratifikationsverfahren – in Zukunft bauen.

Sie haben Ihrerseits den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland, den ich mit meiner Erklärung vom 26. August zu den Pershing Ia der Bundeswehr<sup>3</sup> geleistet habe, positiv gewürdigt. Dafür danke ich Ihnen. Diese Entscheidung war, wie die Entwicklung der letzten Monate gezeigt hat, das richtige Signal zum richtigen Zeitpunkt und ein unerlässlicher Schritt zum Verhandlungserfolg, der im Interesse aller Bündnispartner liegt.

II. Ich begrüße ausdrücklich Ihre Absicht, mit Generalsekretär Gorbatschow auf dem bevorstehenden Gipfel weitere Abrüstungsschritte ins Auge zu fassen, insbesondere tiefe und stabilisierende Reduzierungen der beiderseitigen Potentiale strategischer Angriffswaffen.<sup>4</sup> Dabei wird es darum gehen, für das Verhältnis von strategischen Offensiv- und Defensivwaffen eine die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigende, kooperative Lösung zu finden; dies gilt auch für die Anwendung des ABM-Vertrages<sup>5</sup>.

Daß inzwischen amerikanisch-sowjetische Gespräche über die Verifikation von Nukleartests aufgenommen<sup>6</sup> und damit die ersten Schritte auf dem Weg zu einem umfassenden Teststopp getan wurden, unterstütze ich sehr.

<sup>3</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

<sup>4</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

<sup>5</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

<sup>6</sup> Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung, Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp aufzunehmen, vgl. Dok. 296, Anm. 28.

Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp fand vom 9. bis 20. November 1987 in Genf statt. Gesandter Paschke, Washington, übermittelte am 2. Dezember 1987 folgende Informationen: „Die zweiwöchige Gesprächsrunde, die während des AM-Treffens in Washington am 16.9.1987 vereinbart worden war, habe in guter, geschäftsmäßiger und sehr intensiver Weise wissenschaftlich-technische Fragen der Überprüfung von Nukleartests behandelt.“ Für Januar 1988 seien Besuche der Atomtestgelände in Semipalatinsk bzw. Nevada durch Delegationen der jeweiligen Gegenseite vorgesehen: „Nach Auswertung der jeweiligen Ergebnisse soll ab 15.2. die nächste Runde in Genf beginnen, für die man mit einer Dauer von vier bis sechs Wochen rechnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5147; Referat 222, Bd. 162064.

III. Unser Bündnis erhofft von Ihrer Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow und der Unterzeichnung eines INF-Abkommens weiterführende Impulse auch für andere Bereiche der Abrüstung und Rüstungskontrolle wie für die West-Ost-Beziehungen insgesamt. Insbesondere müssen – wie Sie es bereits in Ihrer Genfer Gipfelerklärung mit Generalsekretär Gorbatschow<sup>7</sup> gefordert haben – die Anstrengungen beschleunigt werden, ein wirksames und international überprüftbares Abkommen über das vollständige und weltweite Verbot chemischer Waffen<sup>8</sup> abzuschließen<sup>9</sup>.

Die Sowjetunion hat in den strittigen Verifikationsfragen einige Bewegung gezeigt. Ich bin deshalb der festen Überzeugung, daß durch allseitiges ergebnisorientiertes Verhandeln die noch fehlenden Schritte zum endgültigen Abschluß getan werden können.

Angesichts der in der Bundesrepublik Deutschland lagernden Bestände an chemischen Waffen und unserer besonderen Vereinbarung über deren bevorstehenden Abzug<sup>10</sup> brauche ich Ihnen das vitale Interesse unseres Landes an Abrüstungsfortschritten in diesem Bereich nicht erneut darzulegen – erforderlich ist jedoch gerade jetzt, in der westlichen Öffentlichkeit jeden Eindruck zu vermeiden, als stünden nicht nur östliche Hemmnisse einem Abschluß im Wege.

IV. Für die Sicherheit unseres Landes sowie der bei uns stationierten Soldaten unserer Bündnispartner und ihrer Familien ist unverändert die gewaltige Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auf konventionellem Gebiet Grund ernster Sorge. Ich weiß, daß Sie diese Sorge teilen. Unsere berechtigte Forderung ist deshalb, durch Abbau der bestehenden Ungleichgewichte die Invasionsschwäche der Armeen des Warschauer Paktes zu beseitigen.

Eine Schlüsselrolle kommt dafür den Wiener Gesprächen über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural zu.<sup>11</sup> Dabei muß der Westen darauf dringen, daß die Sowjetunion auf ihre Forderung verzichtet, taktische Nuklearwaffen in diese Verhandlungen einzubeziehen. Ich wäre Ihnen daher sehr verbunden, wenn Sie auch diese Forderung unseres Bündnisses gegenüber Generalsekretär Gorbatschow bekräftigen würden; ich selbst habe mich im gleichen Sinne an ihn gewandt.<sup>12</sup>

Konventionelle Rüstungskontrolle ist das Gebiet, auf dem sich das von Generalsekretär Gorbatschow proklamierte „neue Denken“ in „neuem Handeln“ erweisen muß. Wir sollten uns nicht die Chance vergeben, die Ernsthaftigkeit seiner Absichten vor der Weltöffentlichkeit zu testen.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Die Wörter „chemischer Waffen“ wurden von Botschafter Holik hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „CW“.

<sup>9</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

<sup>10</sup> Zum geplanten Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 275.

<sup>11</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

<sup>12</sup> Der Passus „daß die Sowjetunion ... einzubeziehen“ und der Passus „ich selbst ... gewandt“ wurden von Botschafter Holik hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Stimmt nicht mehr ganz.“

Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. November 1987 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 335.

V. Lieber Ron, ich weiß Ihr Verständnis für die deutschen Sorgen wegen des ausgeprägten sowjetischen Übergewichts bei landgestützten nuklearen Flugkörper-systemen mit einer Reichweite unter 500 km sehr zu schätzen. Diese Bedrohung wird nach einem INF-Abkommen noch stärker hervortreten.<sup>13</sup> Es liegt daher im besonderen Interesse nicht nur meines Landes, sondern auch des ganzen Bündnisses, eine Perspektive für den Abbau des bestehenden Ungleichgewichts auch in diesem Bereich zu eröffnen. Die Außenminister unseres Bündnisses haben in Reykjavík<sup>14</sup> die Lösung dieser Frage zu Recht „in den Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und den weltweiten Abbau chemischer Waffen“<sup>15</sup> gestellt. Die Bundesregierung steht zu diesem Ansatz. Im gemeinsamen Interesse unseres Bündnisses sollten sich nunmehr unsere Bemühungen darauf richten, in vertraulichen und ohne Zeitdruck geführten Konsultationen eine gemeinsame Verhandlungsposition vorzubereiten.

Bei allen Schritten der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen wir die sicherheitspolitische Situation unseres Bündnisses nach Abschluß eines INF-Abkommens in unsere Überlegungen einbeziehen. Dem von den Außenministern in Reykjavík erteilten Auftrag, die weitere Entwicklung eines kohärenten Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung zu prüfen<sup>16</sup>, kommt deshalb erstrangige Bedeutung zu.

VI. Ich begrüße ausdrücklich, daß die Menschenrechte wiederum zentrales Thema Ihrer Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow sein werden. Zugleich danke ich für die detaillierte Unterrichtung, die Sie mir durch Deputy Secretary Whitehead haben zukommen lassen.<sup>17</sup>

Wir sind uns einig, daß es bei diesem komplexen Thema darum geht,

- sowohl das Los der prominenten Opfer der östlichen Regime zu lindern – ich erinnere mich gern an unsere erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Befreiung von Anatolij Schtscharanskij<sup>18</sup> –,
- als auch den berechtigten Wunsch von vielen Hunderttausenden nach Ausreise und Zusammenführung mit ihren Familien zu verwirklichen.

Ich bin Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, daß Sie sich – wie bei Ihren früheren Gipfelbegegnungen<sup>19</sup> – auch diesmal mit Nachdruck gegenüber Generalsekretär Gorbatschow für die berechtigten Anliegen der sowjetischen Juden und der Sowjetbürger deutscher Nationalität einsetzen werden. Es gilt, die Fortschritte der letzten Zeit, die wir begrüßen, auszubauen. Generalsekretär Gorbatschow muß wissen, daß für uns die Lage der Menschen und die Achtung der

<sup>13</sup> Zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle bei nuklearen Kurzstreckensystemen vgl. Dok. 291.

<sup>14</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>15</sup> Vgl. Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUE 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

<sup>16</sup> Vgl. Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUE 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384.

<sup>17</sup> Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 9./10. November 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 312.

<sup>18</sup> Zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij vgl. AAPD 1986, I, Dok. 25 und Dok. 26.

<sup>19</sup> Nach ihrem ersten Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf trafen Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavík zum zweiten Mal zusammen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Menschenrechte entscheidende Kriterien für Fortschritt im West-Ost-Verhältnis bleiben.

Der sowjetische Vorschlag, im Rahmen der KSZE ein „Menschenrechtsforum“ in Moskau zu veranstalten<sup>20</sup>, könnte dabei ein Hebel sein, sowjetische Zugeständnisse in der Substanz zu erreichen.

VII. Lieber Ron, ich weiß von Ihrem besonderen Verständnis, das Sie den Anliegen unseres geteilten Landes und seiner alten Hauptstadt Berlin entgegenbringen. Mit Ihrem denkwürdigen Berlin-Besuch im Juni d.J.<sup>21</sup>, mit Ihrer mutigen Rede vor dem Brandenburger Tor und mit Ihrer zukunftsweisenden Initiative<sup>22</sup> haben Sie sich zur Zukunft und Lebensfähigkeit der geteilten Stadt bekannt.

In Verfolg Ihrer weitsichtigen Initiative muß es nun darum gehen, der Sowjetunion unmißverständlich klar zu machen, daß Berlin nicht von günstigen Entwicklungen im West-Ost-Verhältnis ausgeschlossen werden darf. Für klare Worte an Generalsekretär Gorbatschow wäre ich Ihnen zutiefst verbunden.

VIII. Ich würde mich sehr freuen, den Meinungsaustausch über die Fragen, die ich in diesem Schreiben anspreche, bald nach dem Gipfeltreffen mit Ihnen persönlich fortzusetzen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir unsere Mitarbeiter beauftragen, einen geeigneten Termin zu suchen und bis dahin auf bewährtem Wege in Verbindung zu bleiben.

Meine guten Wünsche gelten dem erfolgreichen Verlauf Ihres Treffens mit Generalsekretär Gorbatschow und Ihrem persönlichen Wohlergehen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Helmut Kohl<sup>23</sup>

**VS-Bd. 11319 (220)**

<sup>20</sup> Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

<sup>21</sup> Zum Besuch des Präsidenten Reagan am 12. Juni 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 168.

<sup>22</sup> Zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 342.

<sup>23</sup> Die Wörter „Ihr Helmut Kohl“ wurden von Bundeskanzler Kohl handschriftlich eingefügt.